Kurt Keppler

TOD ÜBER DEUTSCHLAND

DER MORGENTHAUPLAN

TOD ÜBER DEUTSCHLAND · DER MORGENTHAUPLAN

Widmung

To

K. B. K.

Veröffentlichungen
des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte

BAND VI

In Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In-
und Auslandes
herausgegeben von Dr. habil. Herbert Grabert

Kurt Keppler

Tod über Deutschland
Der Morgenthauplan

Vorgeschichte - Geschichte - Wesen
Hintergründe



1971

VERLAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG
GRABERT-VERLAG · TÜBINGEN

Druck: Becht-Druck, Pfäffingen
Satz: Johann Staiger, Hechingen
Bindearbeiten: Großbuchbinderei Lachenmaier, Reutlingen
Klischees: Graphische Kunstanstalt Künstle, Tübingen
Schutzumschlag: Wigbert Grabert

Internationale Standard-Buchnummer (ISBN) 3 87847 023 1

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung

Siebentes Kapitel: *Anfänge*

Achtes Kapitel: *Die Ausarbeitung des Morgenthauplans*

Zehntes Kapitel: *Das Kabinettkomitee für Deutschland*

Elftes Kapitel: *Die Konferenz von Quebec*

Zwölftes Kapitel: *Das Bekanntwerden des Morgenthauplans und seine Aufnahme in der amerikanischen Öffentlichkeit*

Dreizehntes Kapitel: *„Kabinettkrise"*



EINLEITUNG

Der Morgenthauplan verdient die Aufmerksamkeit aller Deutschen

Der Morgenthauplan wurde Anfang September 1944 auf Veranlassung des Finanzministers der Vereinigten Staaten, Henry Morgenthau jr., ausgearbeitet, anschließend in einem Kabinettsausschuß diskutiert und mindestens zeitweise vom Präsidenten Roosevelt unterstützt. Es handelte sich daher um eine amtliche Verlautbarung der Vereinigten Staaten.
Dieser Plan ist von manchen Sachkennern als Ausrottungsplan bezeichnet worden. Am 23. August 1944 erklärte Kriegsminister Henry L. Stimson in einem Schreiben an den Präsidenten, die Durchführung von Morgenthaus Deutschlandplanung, die damals noch in ihren Anfängen stand, würde den Hungertod für dreißig Millionen Deutsche bedeuten, während Außenminister Cordell Hull Roosevelt am 24. September beschwor, den Morgenthauplan zu verwerfen, da er zum Verhungern von 40 Prozent des deutschen Volkes führen würde.
Schon darum verdient der Morgenthauplan die volle Aufmerksamkeit aller Deutschen. Nach über einem Vierteljahrhundert seit dem Bekanntwerden dieses Geschehens gibt es aber noch keine angemessene Gesamtdarstellung dieser Entwicklung in deutscher Sprache. Hinzu kommt, daß seit 1946 zahlreiche Freunde Morgenthaus, mit Mrs. Roosevelt an ihrer Spitze, versucht haben, den Morgenthauplan zu verharmlosen. Die Kommentare eines Teils der westdeutschen Presse zu dem am 6. Februar 1967 erfolgten Tod Morgenthaus haben gezeigt, daß sie in den Chor der Verharmloser einstimmten. Wenn dann Adenauer in Madrid kurz vor seinem Tod den Entwurf zum Atomsperrvertrag als „Morgenthauplan im Quadrat“ bezeichnet hat, muß leider gesagt werden, daß auch er damals das Wesen des Morgenthauplans völlig verkannt hat.

Amerikanische Literatur zum Morgenthauplan

Es gibt einige beachtenswerte amerikanische Beiträge zur Geschichte des Morgenthauplans, besonders die streng wissenschaftliche Untersuchung von Paul Y. Hammond: Directives for the occupation of Germany; The Washington controversy[1].

John M. Blum: From the Morgenthau Diaries, 3 Bde. 1959—1967

Ende 1967 wurden zwei weitere, für uns besonders wichtige Werke veröffentlicht. Morgenthau hat 1954 (auf den Rat von Arthur M. Schlesinger, jr.) Professor John Morton Blum beauftragt, sein Wirken als Finanzminister der Präsidenten Roosevelt und Truman (1934—1945) darzustellen. Der letzte Band von Blums dreibändigem Werk *From the Morgenthau Diaries* mit dem Bandtitel *Years of War 1941—1945* gelangte im Oktober 1967 auf den Büchermarkt[2] und enthält eine kurze, hauptsächlich auf die Morgenthau-„Tagebücher" gestützte Geschichte des Morgenthauplans.

Die Morgenthau-„Tagebücher"

Bei diesen „Tagebüchern" handelt es sich nur zum geringen Teil um tagebuchartige Aufzeichnungen Morgenthaus. In der Hauptsache bestehen sie aus Abschriften amtlicher Dokumente, besonders des Finanzministeriums[3]. Morgenthau ließ diese „Tagebücher" im Juli 1945 bei seinem Ausscheiden aus der Regierung auf Lastkraftwagen abbefördern und anschließend in über 860 Kunstlederbände binden. Da sein zweiter Nachfolger im Finanzministerium, John W. Snyder, zweifellos mit Billigung des Präsidenten Truman 1947 bis 1948, Widerspruch gegen diese Entfernung amtlichen, zum Teil geheimen Materials erhoben und am 7. Januar 1948 Morgenthau zur Rückgabe der „Tagebücher" aufgefordert hat[4], einigte sich dieser schließlich mit den zuständigen Bundesbehörden, die Tagebücher in der Franklin D. Roosevelt-Bibliothek zu deponieren, wo sie auch heute stehen, der Öffentlichkeit praktisch aber nicht zugänglich sind. Blum war jedoch von Morgenthau ausdrücklich mit der Sichtung dieses Materials beauftragt und seine drei Bände haben eine Fülle bisher unbekannter Tatsachen zutage gefördert. Das gilt auch für Blums Darstellung der Geschichte des Morgenthauplans, die anschließend auch in Deutschland Aufsehen erregt hat[5].

Morgenthau Diary (Germany)

Der Zufall wollte es (oder war es mehr als Zufall?), daß wenige Wochen nach Veröffentlichung von Blums drittem Band vom Untersuchungsausschuß für Innere Sicherheit des Rechtsausschusses des Senats der Vereinigten Staaten (im Folgenden nach seinem Vorsitzenden, Senator James O. Eastland, Eastland-Ausschuß genannt) eine Dokumentensammlung *Morgenthau Diary (Germany)* veröffentlicht worden ist[6], durch die die wichtigsten von Blum be-

nutzten Urkunden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Der Ausschuß hatte sich seit langem mit der Frage beschäftigt, ob Morgenthaus enger Mitarbeiter Harry Dexter White für die Sowjetunion Spionage getrieben habe, hat zur Aufklärung dieser Angelegenheit die Morgenthau-„Tagebücher" herangezogen und später beschlossen, diejenigen Dokumente zu veröffentlichen, die die Geschichte des Morgenthauplans betreffen. Durch diese Veröffentlichung wurde die Entstehungsgeschichte des Morgenthauplans weitgehend aufgeklärt und die Forschung zur Deutschlandpolitik der Roosevelt-Regierung 1944—1945 durch sie auf eine neue Grundlage gestellt. Denn während sie bisher weitgehend auf Memoiren, zeitgenössische Pressemeldungen und dergleichen angewiesen war[7], stehen ihr jetzt die amtlichen Quellen in weitem Umfang zur Verfügung.
Lücken können häufig durch die Heranziehung des reichhaltigen nichtamtlichen Materials geschlossen werden. Unter ihnen kommt den unveröffentlichten Stimson-Tagebüchern und den Stimson-Papers in der Sterling Memorial-Bibliothek der Yale-Universität besondere Bedeutung zu.

Blums dritter Band

Viele amerikanische Millionäre und Prominente lassen heute ihre Biographien von anerkannten Gelehrten und wohl regelmäßig gegen gute Bezahlung schreiben. In diese Gattung gehört auch Blums Werk, denn, wie dieser berichtet, habe ihm Morgenthau 1954 gesagt: „Ich möchte jemand, der mit mir an meiner Biographie arbeitet. Ich brauche einen Historiker, der meine Tagebücher durcharbeitet und die Geschichte meiner Jahre mit Franklin Roosevelt schreibt." Morgenthau habe sein ganzes Manuskript gelesen und gebilligt[8]. Offenbar gilt das auch für den dritten Band, der am Todestag Morgenthaus im wesentlichen abgeschlossen war. Später bezeichnete Blum seine drei Morgenthau-Bände ausdrücklich als „eine Art autorisierter Biographie"[9].
Blum war schon 1954, als ihn Morgenthau mit der Durchführung der nach zwölf Jahren vollendeten Arbeit beauftragt hat, Inhaber eines Lehrstuhls für amerikanische Geschichte an der Yale-Universität. Die beiden ersten Bände von *From the Morgenthau Diaries* waren allgemein gerühmt worden. Offenbar erblickte Blum in Morgenthau immer mehr einen väterlichen Freund. Am 9. Febr. 1967 hat er Morgenthau, an seiner Bahre stehend, als einen Mann bezeichnet, der die Gaben des Muts, der Menschenliebe und des Humors gehabt habe. Nur ein großer Mann sei zu großer Freundschaft fähig, und eine solche Freundschaft habe ihn mit Roosevelt verbunden[10].

Morgenthau war schon 1954 auch in den Vereinigten Staaten eine umstrittene Persönlichkeit. Blums Untersuchungen zum Morgenthauplan hätten daher mit besonderer wissenschaftlicher Behutsamkeit durchgeführt werden müssen. Die Dokumentation *Morgenthau Diary (Germany)* ermöglicht jetzt, einen großen Teil von Blums Ausführungen auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, und unsere Antwort auf die Frage, ob Blum Morgenthaus Deutschlandplanung mit der Gewissenhaftigkeit geschildert habe, wie das von einem führenden amerikanischen Historiker erwartet werden muß, ist ein klares Nein. Nicht nur die Entstehungsgeschichte des Morgenthauplans ist in unzulänglicher Weise dargestellt, und zwei in diesem Zusammenhang wichtige Urkunden mit besonders extremen Forderungen Morgenthaus werden ignoriert. Seine Ausführungen über Morgenthaus Kriegsverbrecher-Programm sind lückenhaft. Hier wieder wird eine wichtige Urkunde ignoriert. Selbst der Text des von Morgenthau dem Präsidenten Truman am 5. Juli 1945 übersandten Rücktrittsgesuchs wird von Blum unter Weglassung des wichtigen letzten Satzes und daher verstümmelt und unrichtig wiedergegeben[11]. Es ist müßig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, warum Blum in seinen Kapiteln über den Morgenthauplan so zahlreiche Versehen unterliefen, während es sich bei allen andern Abschnitten um vorbildliche Arbeit zu handeln scheint.

John M. Blum: Roosevelt and Morgenthau (1970)

Im Mai 1970 veröffentlichte Blum das einbändige Werk *Roosevelt and Morgenthau; a revision and condensation of From the Morgenthau Diaries,* das alle genannten Unrichtigkeiten übernommen hat, soweit es sich um Fragen handelt, die im neuen Buch erörtert werden. Wir gehen darauf nicht weiter ein.

Gabriel Kolkos neue Deutung des Morgenthauplans

Vor kurzem sind die amerikanischen Verharmloser des Morgenthauplans nach langem Schweigen zu neuem Leben erwacht, besonders in dem Ende 1968 veröffentlichten Buch von Gabriel Kolko: *The politics of war; the world and United States foreign policy 1943–1945*, in dem versucht wird, die Bedeutung des Morgenthauplans herabzusetzen und ihn weniger als deutschfeindliche, denn als gegen das sowjetrussische Wirtschaftssystem gerichtete Maßnahme zu interpretieren. Wir halten diese Deutung für verfehlt, sehen aber in Kolkos Buch einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis der Kriegspolitik

der Roosevelt-Regierung während der letzten Jahre des Zweiten Weltkriegs aus neo-marxistischer Sicht und werden wiederholt zu Kolkos Ausführungen Stellung nehmen[12].

Die eigentlichen Absichten dieses Buches

Es ist unsere Absicht, eine Geschichte des Morgenthauplans vorzulegen und diesen Plan kommentarartig zu besprechen. Der Morgenthauplan wird aber nur im Rahmen der Kriegs- und Deutschlandpolitik des Präsidenten Roosevelt voll verständlich. Wir schenkten daher nicht nur Roosevelts Stellung zum Morgenthauplan unsere volle Aufmerksamkeit, sondern beschäftigen uns auch mit Roosevelts Haltung gegenüber Morgenthaus Hauptforderungen (wirtschaftliche „Entwaffnung", Annexionen usw.). Unsere Untersuchung ist daher gleichzeitig ein Beitrag zum besseren Verständnis der Deutschlandpolitik Roosevelts der Jahre 1944–1945.

Widerstand gegen den Morgenthauplan innerhalb der amerikanischen Regierung

Der Morgenthauplan war der weitaus extremste amtliche Deutschlandplan der Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs. Die Gerechtigkeit erfordert, auch diejenigen amtlichen Stimmen, mit Stimson und Hull an ihrer Spitze, zu Wort kommen zu lassen, die Morgenthaus Forderungen ablehnten. Daher mußten wir auch den für die Deutschlandplanung zuständigen Stellen des Kriegs- und Außenministeriums unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Diese Aktivitäten, wie die entsprechenden des Präsidenten, werden hier jedoch grundsätzlich nur soweit herangezogen, als es zum besseren Verständnis der Geschichte und des Wesens des Morgenthauplans geboten ist.

Roosevelt und Finanzminister Morgenthau

Hier seien noch einige Bemerkungen allgemeiner Art über das Verhältnis Morgenthaus zum Präsidenten eingefügt. Wenn eingangs Morgenthau als „Finanzminister" der Vereinigten Staaten bezeichnet wurde, so bedarf dieser Ausdruck für deutsche Leser der Erläuterung. Während der Finanzminister der Bundesrepublik als Mitglied zur Bundesregierung gehört, ist die rechtliche Stellung seines amerikanischen Gegenstücks eine andere. Infolge des der Verfassung der Vereinigten Staaten zugrunde liegenden Grundsatzes der

Gewaltenteilung ist der Präsident alleiniger Inhaber der vollziehenden Gewalt. Die eigentlichen Regierungsgeschäfte liegen ausschließlich in seiner Hand, innerhalb der Schranken der Verfassung, deren Hüter das Oberste Bundesgericht ist. Als Oberbefehlshaber hat der Präsident zusätzliche Rechte, die bei Beginn eines (vom Kongreß erklärten) Kriegs steil ansteigen. Man hat daher seine Stellung in Kriegszeiten mit der des Diktators der Römischen Republik verglichen[13]. Die Mitglieder des Kabinetts des Präsidenten, dem der Finanzminister kraft Gesetzes angehört, sind, juristisch gesprochen, nicht Mitglieder der Regierung[14]. Sie sind nicht mehr als seine amtlichen Berater, die er nach Gutdünken entlassen kann, ohne zu einem solchen Schritt der Zustimmung des Kongresses oder Senats zu bedürfen. Man muß daher fragen: Wenn Morgenthau nichts weiter war als Roosevelts Berater, dessen Rat er annehmen, ablehnen oder ignorieren konnte, darf dann dem Morgenthauplan besondere Bedeutung zugemessen werden?
Hier ist zu sagen: Der Einfluß eines Kabinettsmitglieds auf den Präsidenten hängt vor allem von dessen persönlichen Beziehungen zum Präsidenten ab. Die meisten Kabinettsmitglieder sind Vertrauensleute bestimmter politischer, regionaler oder wirtschaftlicher Gruppen oder sind Verbindungsleute des Präsidenten zum Kongreß, wie das bei Außenminister Hull der Fall war, den Roosevelt oft schlecht behandelt hat. Ein rechtes Vertrauensverhältnis zum Präsidenten läßt sich in solchen Fällen oft nur schwer herstellen.

Morgenthau, der Freund und Vertraute Roosevelts

Was Morgenthau betrifft, war die Sachlage anders. Ihn hatte Roosevelt infolge der Bande der Freundschaft ins Kabinett berufen, die ihn mit Morgenthau verbanden. Morgenthau gehörte daher dem Kabinett als Freund und Vertrauter Roosevelts an, und es ist bekannt, daß Vertraute eines Präsidenten innerhalb oder außerhalb des Kabinetts auf diesen oft ungeheuren Einfluß ausüben. Das hängt damit zusammen, daß der Präsident kein Mißtrauensvotum von irgendwelcher Seite zu befürchten hat und lediglich die öffentliche Meinung seines Landes beobachten muß, die sich gegen besonders anstößige Handlungen eines Kabinettsmitglieds auflehnen könnte. Wie die folgenden Ausführungen ergeben, kann Morgenthaus Einfluß auf Roosevelt nicht überschätzt werden. Hinzu kommt, daß Morgenthau es auch verstanden hat, den Einfluß von Mrs. Roosevelt, in Notlagen sogar dem Präsidenten gegenüber, in seine Dienste zu stellen.
Außerdem wurde Morgenthau zunehmend als Verbindungsmann wichtiger und finanzkräftiger jüdischer Kreise zum Präsidenten betrachtet, der zur Zeit des Eingreifens Morgenthaus in die Deutschlandpolitik längst seine Ab-

sicht bekundet hatte, zum viertenmal ins Weiße Haus einzuziehen, und während des Wahlkampfs auf die finanzielle Hilfe dieser Kreise angewiesen war. Gleichgültig daher, ob der Präsident den Morgenthauplan völlig akzeptiert oder gelegentlich Versuche gemacht hat, von ihm abzurücken, infolge des einzigartigen persönlichen Verhältnisses Morgenthaus zum Präsidenten und infolge der Lage, in der sich Roosevelt zur Zeit der Ausarbeitung des Morgenthauplans befand, muß dieser Plan als eine der wichtigsten Stellungnahmen zur Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs bezeichnet werden.

Es geht um die Erforschung der historischen Wahrheit

Die vorliegende Untersuchung hat keine Tendenz, es sei denn, der Erforschung der historischen Wahrheit zu dienen. Ihre Absichten sind streng wissenschaftlich und nicht „volkspädagogisch". Es wurden große Anstrengungen gemacht, alle erreichbaren Quellen heranzuziehen, und viele werden hier zum erstenmal verwertet. Oft haben die Quellen selbst das Wort. Der Verfasser weiß, daß man auch Quellen in unaufrichtiger Weise sprechen lassen kann. Er glaubt, solchen Gefahren entgangen zu sein, und hofft, daß mit Hilfe seiner Dokumentation der Leser oft imstande ist, seine Behauptungen nachzuprüfen.

Keine antisemitische Tendenz

Die vorliegende Untersuchung ist frei von jeder antisemitischen Tendenz. Der Morgenthauplan war ein amerikanischer und kein jüdischer Plan, trotz der Tatsache, daß Morgenthau allmählich als Verbindungsmann jüdischer Gruppen zum Präsidenten betrachtet wurde. Es ist auch möglich, daß amerikanische jüdische Kreise auf den Präsidenten Druck ausgeübt haben, sich für den Morgenthauplan einzusetzen, und wir verweisen auf folgende Äußerung des ehemaligen Außenministers Hull: „Die Führer von Kreisen, die wegen der deutschen Greueltaten mit Recht empört waren, veranlaßten den Präsidenten, ihn (Morgenthau) nach Quebec einzuladen, hauptsächlich, um ihm Gelegenheit zu geben, dort seinen Deutschlandplan vorzulegen."[15] Über diese Vorgänge ist jedoch nicht viel Zuverlässiges bekannt, und wir gehen im folgenden nicht darauf ein.

Übersetzungs-Fragen

Der Orginaltext fast aller wichtigen von uns benützten Quellen ist englisch. Wir mußten diese Dokumente oder Auszüge in deutscher Übersetzung wiedergeben und betonen, daß die Übersetzung geschichts- und politikwissenschaftlicher Texte, besonders aus dem Bereich der internationalen Politik, den gewissenhaften Übersetzer oft vor fast unlösbare Schwierigkeiten stellt. Das gilt besonders für die Übersetzung von Fachausdrücken, Fragen, zu denen sich Verfasser wiederholt geäußert hat. Hinzu kommt, daß Fach- und ähnliche Ausdrücke von Morgenthau manchmal in einer vom üblichen Gebrauch abweichenden Weise verwendet oder, anders ausgedrückt, daß sie terminologisch verfälscht werden.
Sollte dem Verfasser gelegentlich ein Übersetzungsfehler unterlaufen sein, wäre er, wie leicht nachgewiesen werden kann, in guter Gesellschaft. Er hofft jedoch, daß er der erhöhten Sorgfaltspflicht des Übersetzers von Dokumenten und Texten zur internationalen Politik, der durch (fahrlässige oder vorsätzliche) Fehlübersetzung zur internationalen Brunnenvergiftung beitragen kann, Genüge geleistet hat.

Die militärischen Ereignisse

Die Geschichte des Morgenthauplans sollte im Zusammenhang mit den zeitgenössischen militärischen Ereignissen betrachtet werden, wie sie insbesondere seit der am 6. Juni 1944 erfolgten Landung der Amerikaner und Engländer an der Normandieküste ihren Verlauf nahmen. Über rein militärische Ereignisse kann sich jedoch der Leser leicht mit Hilfe zahlreicher deutscher Nachschlagewerke orientieren.

Morgenthauplan und deutsche Gegenwart

Die vorliegende Untersuchung ist eine historische Arbeit. Trotzdem ist sie für die deutsche Gegenwart und Gegenwartspolitik nicht ohne eine gewisse Bedeutung. Zwar sind die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland heute Verbündete, und die Präsidenten Kennedy, Johnson und Nixon haben freundliche Worte für ihren westdeutschen Partner in der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft gefunden. Trotzdem ist festzustellen, daß in den Vereinigten Staaten selbst heute nicht alle Spuren latenten oder offenen Morgenthau-Geistes verschwunden sind und daß noch heute zahlreiche Persönlichkeiten, die diesen Geist 1944–1945 ausbreiten halfen oder unterstütz-

ten, einflußreiche Posten im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten innehaben[16].

Mancher nachdenkliche Leser mag daher fragen: Was wird geschehen, wenn alle jene deutschfeindlichen Stimmungen, die auch heute in einflußreichen amerikanischen Kreisen vorhanden sind, infolge einer unvorhergesehenen Entwicklung erneut zum Durchbruch kommen? Und was wäre das Ergebnis, wenn derartige Tendenzen von einem neuen Roosevelt oder einem neuen Roosevelt-Morgenthau-Team (wahrscheinlich mit anderen Namen) ausgebeutet und geschürt würden? Das sind aber Fragen, die sich mit wissenschaftlichen Mitteln nicht meistern lassen und schon darum außerhalb der Grenzen dieser Veröffentlichung liegen. Es ist aber bei Verbündeten im gegenseitigen Interesse, die Grundlagen ihres Bündnisses stets von neuem nachzuprüfen und auf faule Stellen hinzuweisen, so daß es, falls es je nötig werden sollte, seine Belastungsprobe bestehen wird. Die vorliegende Untersuchung mag daher gleichzeitig als ein historischer Beitrag zu einer solchen Nachprüfung und Besinnung und daher als wissenschaftliche Stellungnahme zu einem politischen Problem von höchster Aktualität und Wichtigkeit verstanden werden.

[1] In Stein, Harold, Hrsg.: *American civil-military decisions. A book of case studies.* 1963. 311–460. Im folgenden zitiert: Hammond. Besonders wertvoll für die Aufdeckung des Einflusses des Morgenthauplans auf die spätere amerikanische Besatzungspolitik ist: Balabkins, Nicholas: *Germany under direct controls. Economic aspects of disarmament, 1945–1948.* 1964. Während sich dieses Buch hauptsächlich mit der Wirtschaftsentwicklung in der amerikanischen und britischen Zone beschäftigt, konzentriert sich die ebenfalls gute Schrift von John Gimbel: *The American occupation of Germany; politics and the military,* 1968, vor allem auf politische Fragen und Entscheidungen, beschränkt sich auf die amerikanische Zone, berücksichtigt aber auch die Entwicklung in Washington.

[2] zitiert: Blum III; die vorhergehenden Bände sind *Years of crisis, 1928–1938* (Blum I) und *Years of urgency, 1938–1941* (Blum II)

[3] Blum selbst bemerkte dazu: „Die Morgenthau-Tagebücher bestehen hauptsächlich aus Schriftstücken, die auf den Schreibtisch des Finanzministers wanderten, aus einlaufenden und auslaufenden Briefen und Aufschrieben, Protokollen von in seinem Amtszimmer stattgefundenen Sitzungen, von Niederschriften der Zusammenfassung von Ausführungen in anderen Sitzungen, an denen er oder seine Untergebenen teilnahmen, und von wörtlichen Niederschriften von Telefongesprächen, die er geführt hat." (Blum I, IX)

[4] Vgl. NYT, 28. Jan. 1947, 1, Sp. 5, und 21, Sp. 2; 2. Febr. 1947, 10, Sp. 3; 8. Jan. 1948, 1, Sp. 5

[5] Vgl. *Der Spiegel,* 1967/51, 81 ff; 52, 68 ff

[6] *Morgenthau Diary (Germany);* prepared by the Subcommittee to investigate the administration of the Internal Security Act and other internak security laws of the Committee on the Judiciary, United States Senate; Washington, November 20, 1969 (X, 1643, XXXIII S.); mit Einleitung (1–81) vom Hrsg. dieser Sammlung, Prof. Dr. A. Kubek, University of Dallas, die sich mit der Geschichte des Morgenthauplans und der Frage befaßt, ob einige Mitarbeiter Morgenthaus Sowjetspione waren.

Im Herbst 1970 wurde vom Druffel-Verlag, Leoni, eine Auswahl aus dieser Quellensammlung unter dem Titel *Das Morgenthau-Tagebuch. Dokumente des Deutschenhasses*, in deutscher, im allgemeinen befriedigender Übersetzung veröffentlicht. Der Herausgeber, H. Schild, hat aber nicht stets sorgfältig genug gearbeitet. So wird auf S. 146 mit Bezug auf die zweite Fassung des Morgenthauplans vom 4. Sept. 1944 behauptet: „Punkt 1 (Entmilitarisierung Deutschlands und...) entsprechen wörtlich dem Erstentwurf (vgl. S. 108 f.)." Das ist nicht richtig. Vielmehr hatte Punkt 1 in der Fassung vom 4. Sept. eine neue und seine endgültige Fassung erhalten.

[7] Das Studium der zeitgenössischen amerikanischen Tagespresse ist auch heute wichtig und wurde vom Verf. mit Sorgfalt betrieben.

[8] Vgl. Blum III, 7

[9] in seinem noch zu nennenden Buch *Morgenthau and Roosevelt*, S. XII

[10] NYT, 10. Febr. 1967, 33, Sp. 3. Über Morgenthau als großen Mann vgl. auch Blum III, 4 ff. Über Blums Freundschaft mit Morgenthau vgl. auch *Roosevelt and Morgenthau*, XII

[11] Über Blums Darstellung der Ausarbeitung des Morgenthauplans vgl. achtes Kapitel, Ende. Die ignorierten Urkunden sind die zweite und dritte Fassung des Morgenthauplans vom 4. und 5. September 1944. Zur Kriegsverbrecherfrage vgl. Teil IV, Punkt 11 und die dort abgedruckte Anlage B. Zahlreiche weitere Irrtümer Blums sind im folgenden Text und in den Anmerkungen als solche gekennzeichnet.

[12] Kolko, Prof. für amerikanische Geschichte an der State University of New York in Buffalo, NY, ist ein in amerikanischen akademischen Kreisen bekannter Linksradikaler, der an den Umtrieben teilgenommen hat, die zur Einstellung kriegswissenschaftlicher Forschung an der University of Pennsylvania führten. Im Mai 1967 hat er die amerikanische Vietnam-Politik vor dem von Lord Russell nach Stockholm einberufenen „International War Crimes Tribunal" scharf verurteilt.

[13] Vgl. Odegard, Peter: *The American Republic*. 1964. 407

[14] Diese besteht verfassungsrechtlich aus dem Kongreß, dem Präsidenten und dem Obersten Bundesgericht. In einem nichttechnischen Sinn bezeichnet man aber das Kabinett häufig als Regierung.

[15] Hull, Cordell: *The memoirs of Cordell Hull*. 1948. 1603

[16] Wir nennen nur einige Namen: Senator William Fulbright, seit langem Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, hat 1945 die wichtigsten Punkte des Morgenthauplans befürwortet. Der notorische Deutschenhasser und ehemalige Senator Claude Pepper, der inzwischen wieder als Kongreßmann in den Kongreß eingezogen ist, war 1944–1945 überzeugter Anhänger der Morgenthau-Politik. Ähnliches gilt für den Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Repräsentantenhauses, Kongreßmann Emanuel Celler. H. W. Fowler war bis Ende 1968 Finanzminister des Präsidenten Johnson. Max Lerner ist weiterhin Mitarbeiter großer amerikanischer Tageszeitungen, und Louis Nizer, vielbeschäftigter Strafverteidiger in New York, findet auch heute Zeit, seine Hörer als after dinner speaker über die Gefahren des „Pan-Germanismus" aufzuklären.

Erster Teil: Zur Vorgeschichte des Morgenthauplans

Erstes Kapitel

VORLÄUFER DES MORGENTHAUPLANS?

Der Varga-Plan

Hatte der Morgenthauplan irgendwelche Vorläufer? Als Vorläufer des Morgenthauplans wurden besonders zwei Vorschläge genannt: der „Varga-Plan" vom Herbst 1943 und die von Lord Vansittart seit Ende 1942 vertretenen Forderungen.
Beim Varga-Plan handelt es sich um Forderungen, die der sowjetrussische Wirtschaftsexperte Eugen Varga (1880–1964) besonders in seinem Aufsatz „Entschädigung für die von Hitler-Deutschland und dessen Verbündeten verursachten Kriegsschäden" im Novemberheft der Zeitschrift *Voina i Mir*[1] vertreten hat. Der Varga-Plan war keine sowjetische Regierungserklärung, aber man darf ihn wohl als offiziöse sowjetrussische Verlautbarung bezeichnen. Dieser Plan wurde in den Vereinigten Staaten, besonders seit der Brownell-Rede vom 6. November 1953, dazu benutzt, den Morgenthauplan selbst als Werk des Kremls und der Sowjetspionage in den Vereinigten Staaten hinzustellen. Die Behauptung, der Morgenthauplan sei in Wahrheit ein Werk der russischen Machthaber, hat sich auch Senator William Langer zueigen gemacht. Langer hat zur Begründung besonders auf den Varga-Plan verwiesen: der Morgenthauplan und der Varga-Plan stimmten in ihren Hauptforderungen überein. In beiden Dokumenten sei die Demontage oder Zerstörung der deutschen Industrie, die Zwangsarbeit Deutscher im Ausland sowie die Beschlagnahme aller deutschen Vermögenswerte außerhalb Deutschlands vorgesehen. Beide hätten sich weiterhin für ein Verbot von Hilfeleistungen von seiten der Alliierten an die Deutschen, für die Verteilung des deutschen Großgrundbesitzes an die Bauern und Arbeiter sowie für eine lange Besatzungszeit ausgesprochen[2]. Die drei letztgenannten Forderungen sind jedoch im Varga-Plan nicht erwähnt. Wie sich aus unseren Bemerkungen zu Punkt 14 in Teil IV ergibt, rühmte es Morgenthau als einen besonderen Vorzug seines

Deutschlandplans, daß nach Durchführung der von ihm geforderten Zerstörungsmaßnahmen die amerikanischen Truppen in kürzester Frist aus Deutschland zurückgezogen werden könnten.
Varga beschränkte sich auf die Erörterung der Frage künftiger Reparationen, die z. T. durch Arbeitsleistungen Deutscher in der Sowjetunion erfolgen sollten, während Morgenthau scharf zwischen Reparationen und „wirtschaftlicher Entwaffnung" unterschieden hat, wobei letzterer der Vorrang gebühre. Mit einer „wirtschaftlichen Entwaffnung" des deutschen „Aggressors" – außer durch Reparationsleistungen – hat sich jedoch der Varga-Plan nicht befaßt. Varga bemerkte lediglich, die Fehler der nach dem Ersten Weltkrieg getriebenen Reparationspolitik dürften diesmal nicht wiederholt werden, da diese Irrtümer dazu beigetragen hätten, das „militärisch-wirtschaftliche Potential" Deutschlands zu erhöhen[3]. Reparationen sollten gemäß dem Varga-Plan

1. dem deutschen Auslandsvermögen
2. dem gesamten Inlandsvermögen
3. dem Volkseinkommen der Nachkriegsjahre entnommen werden.

Wenn der Varga-Plan wie der Morgenthauplan die Beschlagnahme aller deutschen Auslandsguthaben und -vermögenswerte forderte, so ist das kein Zeichen kommunistischer an Morgenthau gerichteter Einflüsterungen. Varga meinte vielmehr, solche Reparationen, deren Höhe er auf etwa fünf Milliarden Goldmark schätzte, könnten den Vereinigten Staaten und Großbritannien für ihre verhältnismäßig kleinen materiellen Verluste überlassen werden, während die Sowjetunion mit ihrer Planwirtschaft am Empfang von Sach- und nicht an Geldleistungen interessiert sei. Ihre sehr viel höheren Wiedergutmachungsansprüche sollten dem inländischen Nationalvermögen entnommen oder durch wiederkehrende Leistungen der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden.
Was das inländische Nationalvermögen betrifft, so seien für Reparationen Gegenstände wie „Schiffe, rollendes Eisenbahnmaterial, industrielle Einrichtungen, Geräte aller Art, Schlachtvieh" besonders geeignet. Berücksichtigt werden müsse, daß der Wert des Nationalvermögens während des Krieges infolge Verschleißes gesunken sei. Außerdem könne nicht das ganze Volksvermögen für Reparationen herangezogen werden, denn eine solche Politik würde Deutschland hindern, angemessene Reparationen in Form von Industrie-Erzeugnissen und Rohstoffen zu liefern. Nur ein unbedeutender Teil der der Sowjetunion entstandenen Kriegsschäden könne daher durch Entnahmen aus dem deutschen Volksvermögen getilgt werden[4].
Die große Masse der deutschen Reparationen sollte daher aus Industrie-Erzeugnissen und Rohstoffen, insbesondere Kohle und Koks, bestehen. Da Deutschland in Zukunft keine Waffen herstelle, könne es große Jahresleistungen dieser Art machen. Über Art und Dauer dieser Leistungen erfahren wir

nichts Genaues. Sicherzustellen sei aber, daß der Lebensstandard der deutschen Aggressoren nicht höher sei als der der Völker der Sowjetunion. Das Eigentum der „Leute, die infolge Ausplünderung der besetzten Gebiete reich geworden sind", müsse eingezogen und in vollem Umfang zur Tilgung der Kriegsschäden herangezogen werden. Offenbar richtete sich diese Forderung in erster Linie gegen die deutschen Großindustriellen. Sie sollte die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel", wahrscheinlich in ganz Deutschland, vorbereiten helfen. Alle eben genannten Forderungen standen zu denen Morgenthaus in völligem Gegensatz, denn, wie dieser ständig wiederholte, sollten wiederkehrende Leistungen in Form von Industrie-Erzeugnissen und Rohstoffen nicht erfolgen, da derartige Maßnahmen eine Stärkung der deutschen Wirtschaft zur Folge hätten.

Eine besondere Art von wiederkehrenden Reparationsleistungen haben aber der Morgenthau- und der Varga-Plan gefordert: Reparationen durch Arbeitsleistungen Deutscher in der Sowjetunion. Varga führte dazu aus:

„Schließlich wäre es gerecht und zweckmäßig, Arbeitskräfte aus Deutschland und den Ländern von Hitlers Verbündeten zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete anzufordern. Die Hitler-Banditen, die das Völkerrecht mißachtet haben, verfrachten mit Gewalt Millionen friedlicher Bürger der besetzten Gebiete nach Deutschland und vor allem Bürger aus den besetzten Teilen der Sowjetunion und zwingen sie, Waffen zum Kampf gegen ihr eigenes Land zu schmieden. Die Gerechtigkeit erfordert, daß nach dem Krieg die Deutschen dazu beitragen, die Eisenbahnen, Brücken, Ortschaften und Fabriken wiederaufzubauen, die sie während des Kriegs zerstört haben."

Angaben über Arbeitsbedingungen und über die Dauer der Zwangsarbeit fehlen. In der genannten Rede v. 1. Sept. 1943 hat jedoch Varga erklärt, zehn Millionen gelernte Arbeiter würden auf zehn Jahre benötigt.

Besonders infolge seiner Forderung der Arbeitsleistung von Millionen schutzloser Deutscher in der Sowjetunion während eines langen Zeitraums macht der Varga-Plan heute den Eindruck maßloser Härte. Es ist jedoch festzustellen, daß Varga nie an die Zerstörung des deutschen Bergbaus und der Schwerindustrie gedacht hat. Vielmehr sollte nur so viel demontiert werden, wie ihm zu einem raschen Wiederaufbau der russischen Wirtschaft erforderlich erschien. Der Großteil der deutschen Reparationsleistungen sollte aus Industrie-Erzeugnissen bestehen. Dem Hinweis Vargas auf „Schlachtvieh, Saatgut und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse" darf unter diesen Umständen keine übertriebene Bedeutung gegeben werden. Varga wollte die Deutschen nicht verhungern lassen. Trotz der Schwere des Varga-Plans schließen wir uns daher dem Urteil eines amerikanischen Sachkenners an: Der Varga-Plan war gegenüber dem Morgenthauplan mild[5].

Die Forderungen des Lords Vansittart

Auch die Forderungen des Lords Vansittart aus den Jahren 1942–44 sind, mit größerem Recht, als Vorläufer des Morgenthauplans bezeichnet worden. Auf Einzelheiten gehen wir nicht ein. Vielmehr verweisen wir auf ein Zwölf-Punkte-Programm, das Vansittart mit Erläuterungen am 4. Dez. 1943 im *London Sunday Dispatch* veröffentlicht hat[6]. Die hier in Frage kommenden Punkte sind:

3. Festnahme und Aburteilung von Personen, die verdächtig sind, Kriegsverbrechen begangen zu haben, in Ländern, in denen diese Verbrechen begangen wurden. Neutrale Länder werden ersucht, Kriegsverbrechern kein Asyl zu gewähren.

8. Rückgabe jeglicher Beute oder Entschädigung für Beutegut oder für entfernte oder zerstörte Maschinen und Einrichtungen.

9. Wirksame Kontrolle oder, falls erforderlich, Eliminierung des deutschen Kriegspotentials einschließlich Luftfahrt in allen ihren Formen.

10. Schulen und Universitäten sollen unter internationaler Überwachung stehen, bis die Umerziehung des deutschen Volkes, den Grundsätzen des internationalen guten Willens gemäß, gewährleistet ist.

11. Der deutsche Rundfunk und alle Propagandastellen stehen solange als erforderlich unter internationaler Überwachung.

Die angeführten Punkte haben ihre Entsprechungen im Morgenthauplan, allerdings in extremeren Formulierungen. Aus Vansittarts Erläuterungen zu seinem Programm ergibt sich, daß er, wie Morgenthau, die Großindustriellen und „militaristischen Junker“ entschädigungslos enteignen wollte. Die „aufgeblasenen und bankrotten“ Junkergüter müßten in Kleinbauernstellen aufgeteilt werden. Wenn aber in Punkt 9 die „wirksame Kontrolle oder, falls erforderlich, Eliminierung“ des deutschen Kriegspotentials gefordert wird, so berührt sich das nur teilweise mit Morgenthaus Denken, macht jedoch deutlich, daß für ihn wie für Morgenthau die „wirtschaftliche Entwaffnung“ des deutschen Aggressors und nicht Reparationen im Vordergrund seines Denkens standen[7].

Paul Einzigs Vernichtungsplan

Vansittart ist bei der Formulierung seiner Vorschläge, soweit sie die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands betreffen, offensichtlich von dem britischen Wirtschaftspolitiker und Publizisten Paul Einzig beeinflußt worden, der seine Gedanken besonders in einem im Herbst 1942 veröffentlichten Aufsatz „A plan for Germany’s economic disarmament“ niedergelegt hat[8], die in einem kurz darauf veröffentlichten Buch *Can we win the peace?* weiter aus-

gebaut worden sind. Einzigs Darlegungen beeinflußten nicht nur zahlreiche britische und amerikanische Politiker und Tagesschriftsteller, sondern fanden, wie am Vorabend von Morgenthaus Eingreifen in die amerikanische Deutschlandpolitik vom Chefkorrespondenten der New York Times in Washington, Walter Krock, gemeldet worden ist[9], in der amerikanischen Hauptstadt amtliche Beachtung. Da Einzigs Gedankengänge den sonstigen mit der Deutschlandplanung befaßten amerikanischen Regierungsstellen fernlagen[10], ist anzunehmen, daß die Regierungsstelle, die sich für Einzigs Vorschläge besonders interessierte, das Finanzministerium unter Morgenthau gewesen ist.
Einzigs Grundthese lautete: Deutschland, das in den letzten 75 Jahren fünf Angriffskriege geführt hat (1864, 1866, 1870, 1914, 1939) ist ein Angreiferland und muß entwaffnet werden. Da Deutschland ein Industriestaat ist, ist neben einer militärischen eine industrielle Entwaffnung erforderlich, die es ihm unmöglich macht, die in Frage kommenden Industrien für eine neue Aufrüstung einzusetzen. Eine völlige De-Industrialisierung sei abzulehnen, denn das würde den Hungertod für Millionen Deutsche bedeuten. Zu zerstören seien aber, von Rüstungsindustrien abgesehen, die Flugzeugindustrie und alle solche Industrien, die zum Aufbau einer neuen Kriegswirtschaft erforderlich seien. Zu zerstören oder zu eliminieren sei daher das deutsche Kriegspotential, und die Durchführung folgender Maßnahmen sei unentbehrlich:
„*1. Die Rüstungsindustrie muß völlig zerstört werden. Es genügt nicht, die maschinellen Einrichtungen zu zerstören, die tatsächlich zur Herstellung von Waffen und Kriegsgerät verwandt werden. Kraftwerke, Fabrikgebäude usw. müssen ebenfalls zerstört werden, und die gesamte Kapazität der deutschen Maschinenindustrie muß entsprechend herabgesetzt werden.*
2. Der deutsche Werkzeugmaschinenbau ist zu demontieren. Infolge der Bedeutung dieser Industrien für Rüstungszwecke muß das sehr gründlich geschehen, so daß Deutschland völlig auf die Einfuhr von Werkzeugmaschinen angewiesen ist. Das wäre kein so großer Notstand, wie man zunächst annehmen möchte.
3. Die der Herstellung von synthetischem Kriegsmaterial dienenden Industrien sind zu zerstören. Sie sind größtenteils sehr unwirtschaftlich.
4. Alle deutschen Ölraffinerien sind zu demontieren. Das Volumen der Öltanks ist zu reduzieren, etwa zu drei Monaten des zivilen Verbrauchs.
5. Alle Reserven an strategischen Rohstoffen und Altmetall, die in Deutschland zur Zeit des Waffenstillstands vorhanden sind, sind zu entfernen... Es sollte Deutschland nicht gestattet sein, für länger als drei Monate Reserven an kriegswichtigen Rohstoffen zu haben.
6. Der Betrieb von unwirtschaftlichen [non-economic] Eisen-, Kupfer- usw. -bergwerken sollte unterbunden werden. Die Bergwerkseinrichtungen sind zu entfernen.

7. Alle deutschen Industriebetriebe, die mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen, sollten Anteilscheine ausstellen, die mehr als 51 Prozent aller Stimmen vertreten. Diese Anteilscheine würden von entsprechenden alliierten Industrien übernommen, die einen Vertreter in den Vorstand dieser Betriebe entsenden, um auf diese Weise ihre Tätigkeit zu überwachen.
8. Es sollte eine neue Wirtschaftsordnung geschaffen werden, durch die der europäische Kontinent vom deutschen Handel größtenteils unabhängig gemacht wird...[11]
Einzig meinte, das von ihm vorgeschlagene Programm stehe im Einklang mit den Grundsätzen der Atlantikcharta, denn die Charta selbst sehe die Entwaffnung des deutschen Aggressors vor. Eine wirksame Entwaffnung müsse außer einer militärischen auch eine wirtschaftliche Entwaffnung einschließen. Die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuteten auch nicht notwendig eine Verletzung des in der Atlantikcharta anerkannten Grundsatzes wirtschaftlicher Gleichberechtigung, denn einem so begabten Volke wie dem deutschen werde es nicht schwerfallen, anstelle der verbotenen, neue Industrien zu entwickeln und daher einen ihm angemessenen Lebensstandard zu sichern. Allerdings, fuhr Einzig fort, das von ihm vorgeschlagene Programm sei kein absoluter Schutz gegen neue deutsche Aggression. Nichts als die Ausrottung der großen Masse des deutschen Volkes würde einen solchen Schutz darstellen, eine Maßnahme, deren Durchführung von der angelsächsischen öffentlichen Meinung nicht geduldet würde[12]. Die von ihm gemachten Vorschläge seien daher ein Mittelweg zwischen unbarmherziger Ausrottung und unwirksamem Appeasement.
Einzigs Forderungen waren wohl der extremste Vorläufer des Morgenthauplans, und seine Lehre von der Notwendigkeit der Zerstörung oder Eliminierung des deutschen Kriegspotentials hat dann in Morgenthaus Denken eine entscheidende Rolle gespielt.

[1] Varga, Eugene: Vozmeshchenija ushcherba gitlerovski Germaniyei i jeje soobchnikami, in *Voina i Mir*, No. 10, 1943, 4–10. Die Zusammenfassung einer demselben Thema gewidmeten Rede Vargas v. 1. Sept. 1943 ist abgedruckt in NYT, 2. Sept. 1943, 8, Sp. 6.

[2] Vgl. *Congressional Records*, Bd. 102, 1793.

[3] Aus dieser Formulierung dürfte sich ergeben, daß Varga eine Zerstörung der Schwerindustrie als Entwaffnungsmaßnahme ablehnte und auch Demontagen nur insoweit befürworten wollte, als sie geeignet waren, zum alsbaldigen Wiederaufbau der Sowjetwirtschaft beizutragen, daß er jedoch die Außerbetriebsetzung der Kriegs- und Rüstungsbetriebe befürwortete.

[4] An einer späteren Stelle seines Aufsatzes nannte Varga als Gegenstände, die von den durch Aggression geschädigten Ländern benötigt würden: „Maschinen, Waggons, Autos, Schiffe und ... Schlachtvieh, Saatgut und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse". In seiner genannten Rede v. 1. Sept. 1943 hat Varga ebenfalls „livestock" als

Gegenstand für Reparationslieferungen bezeichnet. Die Verwandtschaft dieser Listen mit denen in Morgenthaus Buch genannten ist auffallend.

[5] Balabkins: aaO 16

[6] Mit geringen Änderungen Vansittarts abgedruckt in *The New York Times Magazine*, 18. Jan. 1944, 5 ff. Wir zitieren nach letzterer Fassung.

[7] Die völlige Zerstörung der deutschen Industrie hat Vansittart anscheinend nie gefordert. Im oben mitgeteilten Programm war, von den eigentlichen Rüstungsbetrieben abgesehen, lediglich die Zerstörung der deutschen Luftfahrtindustrie enthalten. In den Erläuterungen zu Punkt 8 wurde auch die Ausschaltung der angeblich unwirtschaftlichen synthetischen Industrien gefordert. In einer Oberhausrede vom 18. April 1944 setzte er sich außerdem für die Demontage des deutschen Werkzeugmaschinenbaus ein, und vielleicht wollte er auch die Eliminierung der chemischen Industrie befürworten (vgl. NYT, 19. Apr. 1944, 6, Sp. 4).

[8] *Economics Journal*, London, 52, 1942, 176 ff

[9] NYT, 4. 8. 1944, 12, Sp. 6

[10] Allerdings wurde der von Einzig scharf herausgearbeitete Begriff des (industriellen) Kriegspotentials seit 1943 auch vom Außenministerium in seiner Deutschlandplanung herangezogen. Es wird aber noch gezeigt, daß sich das Außenministerium bis Ende 1944 weitgehenden industriellen Demontagen widersetzt hat.

[11] *Economics Journal*, aaO, 180

[12] *ebd* 181

Zweites Kapitel

ZUR GESCHICHTE DES DEUTSCHENHASSES IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Amerikanischer Deutschenhaß im Ersten Weltkrieg

Der Morgenthauplan wäre ohne den Deutschenhaß, wie er sich in den Vereinigten Staaten seit dem Ersten Weltkrieg entwickelt hat, nicht möglich gewesen[1]. Wir können auf diese Entwicklung nur kurz hinweisen und machen besonders auf Gedanken und Schlagworte aufmerksam, die später in Morgenthaus Denken eine Rolle spielten.

Eine klug gelenkte britische Propaganda in den Vereinigten Staaten begann ihre Tätigkeit sofort nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Die Verhältnisse für solche Aktionen lagen besonders günstig: Zahlreiche britische Journalisten waren in den Redaktionsstuben der großen amerikanischen Zeitungen tätig oder arbeiteten als Europakorrespondenten für amerikanische Nachrichtenagenturen. Die enge Verbundenheit der amerikanischen *Protestant Episcopal Church* (Bischöfliche Kirche), der Kirche vor allem der tonangebenden amerikanischen Kreise mit der Church of England ist auch heute eine Tatsache. Infolge dieser und anderer kultureller und gesellschaftlicher Bande liehen gerade die einflußreichen Schichten in den Vereinigten Staaten dieser Propaganda willig ihr Ohr. England als Beschützer der kleinen Nationen wurde dem gewalttätigen deutschen „Militarismus" und „Imperialismus" gegenübergestellt, der stets gepredigt habe, daß Gewalt vor Recht gehe.

Bald fanden auch Meldungen über angebliche deutsche Greueltaten, besonders im „kleinen Belgien", gläubige Leser. Die beste, an die Adresse der Amerikaner gerichtete britische Propagandaleistung war sicherlich der im Auftrag der britischen Regierung ausgearbeitete *Bryce-Report*, benannt nach Viscount James Bryce, ehemaligem britischem Botschafter in Washington und Verfasser des Standardwerks *The American Commonwealth*, dessen Bericht sich viele längst widerlegte Greuelgeschichten zweifellos wider besseres Wissen zueigen gemacht hat. Die Tatsache, daß der Bericht in den Vereinigten Staaten nur wenige Tage nach der am 7. Mai 1917 erfolgten Torpedierung des britischen Passagierdampfers *Lusitania* veröffentlicht worden ist, hat zur weiteren

Aufpeitschung der deutschfeindlichen Stimmungen beigetragen. Mit dieser britischen ging bald eine bodenständige amerikanische Propaganda Hand in Hand. Wir beschränken uns auf die Mitteilung eines besonders lehr- und erfolgreichen Beispiels: Am 8. Juni 1913 hatte Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia Universität, New York, den Kaiser aus Anlaß seines 25. Regierungsjubiläums in einer aus diesem Anlaß herausgebrachten Sonderbeilage der *New York Times* überschwänglich gepriesen und als Hort des europäischen Friedens bezeichnet. Vom 20. Nov. bis 18. Dez. 1916 veröffentlichte Butler unter dem Pseudonym *Cosmos* in derselben Zeitung eine Artikelreihe, in der er die deutsche „Machtpolitik" verdammte, England als Beschützer und Deutschland als Feind der kleinen Länder bezeichnete (was u. a. 1864 durch die Annexion Schleswig-Holsteins offenkundig geworden sei). Die Hauptgefahr für die heutige Welt sei der preußische Militarismus, der zerstört werden müsse. Seine Zerstörung sei das oberste Kriegsziel der Alliierten. Der Militarismus sei eine preußische Geisteshaltung, und diese Haltung sei inzwischen eine deutsche Geisteshaltung geworden. Damit war das Schlagwort vom „Prussianism", des „preußischen Militarismus mit seinen Idealen der Eroberung und des Despotismus" geschaffen, wie dieser Begriff auch heute noch in amerikanischen Wörterbüchern definiert wird[2].
Nach der im April 1917 erfolgten Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland wurde die deutschfeindliche Propaganda von der Regierung des Präsidenten Wilson gelenkt und in der Propagandastelle *Office of War Information,* mit dem Zeitungsmann George Creel an ihrer Spitze, zentralisiert. Die Propagandastelle mobilisierte einen großen Teil der amerikanischen Wissenschaft, vor allem Universitätsprofessoren, und eine „Herde von 2000 Historikern" rief zum Kampf gegen *Prussianism, Pan-Germanism, Teutonism, Kaiserism usw.* auf und versuchte die deutsche Geschichte systematisch umzufälschen – eines der betrüblichsten Kapitel amerikanischer Universitätsgeschichte. Auch die private deutschfeindliche Propaganda nahm ihren Fortgang, und auf ihr wichtigstes Erzeugnis aus dieser Zeit, die von Henry Morgenthau sen., dem Vater des Urhebers des Morgenthauplans, im Umlauf gesetzte Story vom angeblichen Kronrat des Kaisers am 5. Juli 1914, werden wir in anderem Zusammenhang eingehen.

Deutschfeindliche Propaganda seit 1933

Diese Propaganda ließ nach dem Ende der Feindseligkeiten langsam nach, und die Creel-Behörde wurde im März 1919 aufgelöst. Von 1923 ab waren öffentliche Zeugnisse extremen Deutschenhasses in den Vereinigten Staaten selten. Die seelischen Folgen dieses Verleumdungsfeldzugs waren damit aber

nicht aus der Welt geschafft. Seine Früchte schlummerten in weitesten amerikanischen Kreisen in latenter Weise fort. Von 1933 ab wurden diese Instinkte reaktiviert. Daß von jetzt ab zahlreiche jüdische Persönlichkeiten und Verbände zum Kampf gegen Hitler und den Nazismus aufriefen, den sie oft mit Deutschtum identifizierten, ist nicht verwunderlich. Trotzdem erzielte diese neue Propagandawelle zunächst keine größeren Erfolge, denn inzwischen hatte sich ein ganzes Heer „revisionistischer" Historiker und Reporter darangemacht, die während des Krieges gegen Deutschland entfachte Greuel- und sonstige Propaganda Stück für Stück zu widerlegen.
Die 1934–1936 vom Munitionsausschuß des Senats der Vereinigten Staaten unter dem Vorsitz des Senators Gerald P. Nye durchgeführten Untersuchungen verstärkte die neoisolationistischen Stimmungen der Amerikaner. Zur Zeit des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs war es die Absicht der überwältigenden Mehrheit des amerikanischen Volkes, ihr Land vom Krieg zu „insulieren". Diese Haltung hat sich zur Zeit des „phony war", wie Senator Borah den „Sitzkrieg" entlang der deutsch-französischen Grenze genannt hat, weiter verstärkt. Seit der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 hat aber Präsident Roosevelt die Stimmungen der Amerikaner bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen alles Deutsche aufgepeitscht, und die unter sich allerdings häufig uneinigen amerikanischen Deutschlandfeinde hatten sich im *Committee for defending America by helping the Allies* eine über große Geldmittel verfügende Organisation geschaffen, die sich mehr und mehr interventionistisch gebärdete.
Ihr stand jedoch das 1940 von General Robert E. Wood, Charles Lindbergh und Senator Burton K. Wheeler gegründete *America First Committee* gegenüber, das jeden außenpolitischen Emotionalismus ablehnte. Es war der Ansicht, daß die Ereignisse in Europa die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten vorläufig nicht gefährdeten, und suchte jede unaufrichtige Propaganda, einschließlich der des Präsidenten, als solche aufzuweisen. Nach Hitlers Befehl zum Angriff auf die Sowjetunion gingen die amerikanischen Kommunisten und weitere Linksgruppen, die bisher eine neutralistische Haltung eingenommen hatten, zu den Interventionisten über.
Nach der Verwicklung der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg löste sich das *America First Committee* auf. Die deutschfeindliche Propaganda hatte jetzt freie Hand und verstand, weitere große Teile der Massenmedien in ihre Dienste zu stellen. Sie verschärfte sich fortlaufend, und seit 1943 entnahm sie ihre Schlagworte vor allem dem Gesamtbereich der Medizin und redete von chirurgischen Eingriffen, die im Interesse der künftigen europäischen Sicherheit im Westen, Osten und Norden des Reichs erforderlich seien, sowie von den Krebsgeschwüren des Nazismus, Pangermanismus, Prussianismus, Militarismus und „Junkerismus", die mit scharfem Messer aus dem deut-

schen Volkskörper herausgeschnitten werden müßten. Andere wollten die Deutschen mit psychiatrischen oder psychoanalytischen Mitteln heilen, isolieren und unschädlich machen.

Earnest A. Hooton und Louis Nizer

Es ist nicht erforderlich, auf weitere Einzelheiten einzugehen, da diese Propaganda meist mit stereotypen Schlagworten arbeitete[3]. Wir verweisen statt dessen auf zwei Äußerungen, die extreme Fälle deutschfeindlicher Hetze aus dem Jahr 1943 darstellen.

Den wichtigsten Teil des Aufsatzes des Professors für Anthropologie an der Harvard-Universität Earnest A. Hooton in der New Yorker Tageszeitung *PM* v. 4. 1. 1943 mit dem Titel „Was sollten wir mit den Deutschen tun?", gefolgt vom Untertitel: „Sollten wir die Deutschen töten oder retten?", geben wir auszugsweise wieder:

„Um das Zusammenwirken eines militaristischen Staats mit seinen beutegierigen Bürgern zu beenden, muß man jenen zerstören und diese durch Umzüchtung neutralisieren ... Das Ziel ist, den deutschen Nationalismus und die deutschen aggressiven Ideologien zu zerstören und die brauchbaren deutschen biologischen und soziologischen Gegebenheiten zu fördern. Es wird daher vorgeschlagen:

1. Alle Führer der Nazipartei werden hingerichtet oder lebenslänglich eingesperrt. Alle deutschen Berufsoffiziere werden dauernd exiliert.

2. Während eines Zeitraums von zwanzig Jahren oder länger wird die Masse der gegenwärtigen deutschen Soldaten in den verwüsteten Gebieten in Europa und anderswo (bezahlte) Wiederaufbauarbeit leisten. Diesen Arbeitern sollte verboten sein, die Gebiete, in denen sie arbeiten, zu verlassen ... Bei Wohlverhalten können sie naturalisiert werden. Unverheiratete sollten nur Mädchen des Gaststaates heiraten dürfen. Die Familien Verheirateter sollten vorläufig in Deutschland bleiben, es sollte ihnen aber später gestattet werden, zu ihren Vätern (!) überzusiedeln. Letztere dürfen nicht nach Deutschland zurückkehren. Die Absicht dieser Maßnahmen ist, die Geburtsraten der „reinen" Deutschen zu senken, die Aggressivität der Deutschen durch Umzüchtung zu neutralisieren und (mit Naziideen) indoktrinierte Deutsche zu entnationalisieren.

3. Das Deutsche Reich muß in verschiedene (wahrscheinlich die ursprünglichen) Staaten zerlegt werden. Jeder einzelne Staat sollte nach einem angemessenen Zeitraum der Beaufsichtigung durch die Alliierten seine eigene, nichtfaszistische Regierungsform wählen dürfen. Die Aufgabe dieser Maßnahmen wäre die Zerstörung des nationalen Gefüges deutscher Aggression.

4. Während der Zeit der Überwachung und Besetzung der deutschen Einzelstaaten durch militärische und zivile Behörden der Alliierten sollten die Angehörigen dieser Organisationen ermutigt werden, deutsche Frauen zu heiraten und sich dauernd in Deutschland niederzulassen. Während dieses Zeitraums sollte auch die Einwanderung von Nichtdeutschen, insbesondere von Männern, in die deutschen Staaten ermutigt werden.“

Mit eugenischen Mitteln sollten also die aggressiven Deutschen in friedliebende Europäer umgezüchtet werden.

Der im Bestseller des New Yorker Strafverteidigers und Schriftstellers Louis Nizer (geb. 1903 in London) *What to do with Germany?* enthaltene Deutschlandplan mag ebenfalls, mit gewissen Vorbehalten als Vorläufer des Morgenthauplans bezeichnet werden und ist auch darum wichtig, weil diese Veröffentlichung von einigen einflußreichen amerikanischen Persönlichkeiten, darunter Mrs. Roosevelt, Vizepräsident Wallace und dem damaligen Senator und späteren Präsidenten Truman warm gepriesen worden ist. Wir geben zunächst einige Zitate wieder: „Hitler hat keine neue Bewegung gegründet. Er hat alte Lehren übernommen, die so alt sind wie das deutsche Volk. Er hat die Lehren des Pangermanismus neu zusammengefaßt, die schon viele Generationen vor ihm lebendig waren. Er hat keinen neuen Kriegsplan ausgeheckt, sondern hat lediglich die preußischen Eroberungspläne mit neuem Leben erfüllt“ (47). „Die Deutschen haben eine Philosophie entwickelt, die den Krieg zur Religion erhebt und aus dem Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Aufgabe, alle anderen Völker zu versklaven“ (27). „Zum einzigartigen Wesen des Deutschtums gehört es, daß seine Verschwörung gegen den Weltfrieden nicht bloßes Gangstertum oder Nihilismus ist. Es ist eine geistige Bewegung und wird auf eine sorgfältig ausgearbeitete Philosophie gestützt“ (28). Von diesem Standpunkt aus entwickelt Nizer sein Deutschlandprogramm: Nach der Kapitulation muß das ganze deutsche Volk auf eine gewisse Zeit in Schutzhaft genommen werden. Mindestens 150 000 Deutsche (Nizer nannte keine genauen Zahlen) sollten als Kriegsverbrecher mit dem Tod bestraft werden, darunter die Führer und Unterführer des SS, Gestapo und anderer Verbände und „um die militärische Clique bis zu ihren Wurzeln auszurotten, verlangen wir“, so schreibt Nizer, „die Todesstrafe für die gewissenlosesten Mörder der Weltgeschichte“ (108). Dadurch würde das deutsche Volk auch von jenen Führungsschichten befreit, die bisher seine Kriegslust angestachelt hätten. Viele hunderttausende anderer sollten mit Freiheitsstrafen, einschließlich lebenslänglicher Freiheitsentziehung, bestraft und, soweit möglich, in Strafbataillonen außerhalb Deutschlands Zwangsarbeit leisten (107). Zu den künftigen Sträflingen – ob sie mit dem Tod bestraft werden oder in Strafbataillonen marschieren sollten, wird nicht ganz klar – sollten auch viele Industrielle gehören, insbesondere „alle Direktoren des deutschen Stahltrusts,

von I. G. Farben und anderer Kartelle", die alle an der Verschwörung gegen den Weltfrieden teilgenommen hätten (98). Es genüge aber nicht, das Naziregime und die militärische Kaste zu zerstören. Deutschland müsse auch industriell entwaffnet werden (136). Alle nicht für die Friedenswirtschaft erforderlichen Rohstoffe sollten entfernt, die Waffenfabriken zerstört und die Werkzeugmaschinen-, Eisen-, Stahl-, Aluminium- u. a. Industrie sollten „mindestens" streng kontrolliert werden (137). Reparationen sollten, abgesehen von der Arbeit der Strafbataillone, auch durch Demontagen, Geld- und Warenleistungen erfolgen (194). Während diese Vorschläge milder waren als die entsprechenden des Morgenthauplans, wollte Nizer, ebenso wie Morgenthau, die Güter der „Junkerkaste", dieser arroganten Vertreter eines Supernationalismus, zerschlagen und unter die Bauern verteilen (139). Anders als Morgenthau hat aber Nizer Lebensmittellieferungen nach dem besiegten Deutschland befürwortet[4].

Die Society for the Prevention of World War III und ihre Hauptbetzer

Morgenthaus Anhänger waren nie straff organisiert und bildeten keine geschlossene Gruppe. Schon 1943 war jedoch die *Society for the Prevention of World War III* gegründet worden, die zum Sammelbecken der extremsten Deutschenfeinde in den Vereinigten Staaten geworden ist. Wahrscheinlich stand Morgenthau dieser Organisation von Anfang an nahe. Es war das ursprüngliche Ziel dieser Gesellschaft, das amerikanische Volk „über die Lügen und Entstellungen der deutschen Propaganda" aufzuklären. Sie bezeichnete es als eine ihrer Hauptaufgaben, den Amerikanern klarzumachen, daß die deutschen Kreise, die Hitler unterstützten, dieselben seien, die Wilhelm II. und Bismarck gefördert hätten. Diese Kreise seien der Meinung, die deutsche Herrenrasse habe die Aufgabe, die Welt zu erobern, und es könne keinen Frieden geben, solange sie nicht zersört seien[5].
Die noch immer bestehende Gesellschaft entfaltete rege „Aufklärungsarbeit" und gibt seit ihrer Gründung eine Zeitschrift heraus, *Prevent World War III*, die unentgeltlich verteilt wird. Sie muß daher über erhebliche Geldmittel verfügen[6].
Zu den führenden Mitgliedern der Gesellschaft gehören und gehörten die uns bekannten George Creel (1876–1946) und Louis Nizer. Wir erwähnen noch folgende Mitglieder des Vorstands oder Beirats:
Rex Stout (geb. 1886); langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft; Schriftsteller und Verfasser von Detektiv- und Mordgeschichten. Stout war während des Zweiten Weltkriegs Vorsitzender des American War Writers Board und ist insbesondere durch seinen Aufsatz „We shall hate or we shall fail" (in

The New York Times Magazine, 17. 1. 1943, 18) hervorgetreten, eines der wichtigsten Produkte organisierten Deutschenhasses in den Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs. Am 12. 6. 1944 sprach er in einer öffentlichen Versammlung in New York und viele Zuhörer sollen den Eindruck gewonnen haben, daß er die völlige Ausrottung des deutschen Volkes befürworte. Gleich nach dem Bekanntwerden des Morgenthauplans trat er für diesen ein und forderte in einigen Rundfunkansprachen die Umwandlung Deutschlands in ein reines Agrarland. Als von 1947 ab in den Vereinigten Staaten der Wiederaufbau der deutschen Industrie ernstlich diskutiert wurde, erklärte er, auch er sei für ihren Wiederaufbau, aber nicht als deutsche Industrie und nicht in Deutschland. Was die Deutschen heute an brauchbaren industriellen Einrichtungen hätten, hätten sie ihren Nachbarn gestohlen. Die deutschen Industriebetriebe sollten daher aus Deutschland entfernt und in den bestohlenen Ländern neu aufgebaut werden[7].

Mark Van Doren (geb. 1894), Schriftsteller und lange Jahre Professor für Literatur an der Columbia University, New York; 1949 Vorsitzender und später Ehrenvorsitzender der Gesellschaft. In der eben erwähnten Versammlung vom 12. 6. 1944 soll auch er den Eindruck erweckt haben, daß er für die Ausrottung des deutschen Volkes eintrete. Im Dezember 1944 schrieb er: „Unsere Sicherheit verlangt, daß wir das ausrotten, was im deutschen Volk ausgerottet werden muß . . . Wir rotten im Namen des Friedens aus, während die Deutschen im Namen des Krieges ausgerottet haben“[8].

Edgar Ansel Mowrer (geb 1894), Journalist und Schriftsteller; 1947/48 stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft; war 1914/16 Zeitungskorrespondent in Berlin und galt damals als deutschfreundlich; von 1917 ab nahm er eine extrem deutschfeindliche Haltung ein, wurde aber bald nach dem Krieg wieder deutschfreundlich. 1933 wurde er mit seinem Buch *Germany puts the clock back* einer der führenden amerikanischen „Alarmisten“. Von 1943 ab häufiger Mitarbeiter von *Prevent World War III,* befürwortete er um diese Zeit wiederholt die Morgenthau-Politik. Etwa 1950 scheint er aber von diesen Grundsätzen abgerückt zu sein und hat sich inzwischen in einen Deutschenfreund zurückverwandelt.

Weitere, heute noch lebende Mitglieder der Gesellschaft sind ihr zeitweiliger 2. Vorsitzender Dean Alfange (geb. 1899), führendes Mitglied der während des Zweiten Weltkrieges extrem deutschfeindlichen American Labor Party, der Professor emeritus für Strafrecht Sheldon Glueck an der Harvard Universität, längere Zeit Berater des Nürnberger Hauptanklägers Robert Jackson; der Schriftsteller und Professor Lewis Mumford, gelegentlicher Mitarbeiter von *Prevent World War III;* der Professor emeritus an der Yale University Henry Peyre; und der Reporter und Schriftsteller William L. Shirer. Seit 1951 gehörte dem „Beirat“ der Gesellschaft auch der deutsche Schriftsteller Fritz von Unruh (gest. 1970) an.

Auf die Großkundgebung der Gesellschaft in New York vom 22. 5. 1945 kommen wir später zu sprechen. Die Gesellschaft setzte sich insbesondere für die Zerstörung oder Demontage der deutschen Schwerindustrie[9] und für die Abtrennung des Ruhrgebiets und Rheinlands von Deutschland ein[10], wandte sich lange gegen amerikanische Lebensmittelsendungen nach Deutschland[11], verlangte rücksichtsloses Vorgehen gegen alle von ihr als Kriegsverbrecher bezeichneten Personen und Personengruppen, besonders auch der Industriellen[12]. Wie Morgenthau forderte auch diese Gesellschaft die Ersetzung amerikanischer Besatzungstruppen in der amerikanischen Zone durch Truppen aus Deutschlands „Nachbarländern", denn sie alle hätten unter dem deutschen Joch gelitten und verstünden die deutsche Seele besser als die „naiven G. I's"[13]. 1957 entdeckte die Gesellschaft eine neue Weltgefahr, den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser. Die deutschfeindliche Propaganda flaute ab und 1959 nahm sie eine neue Satzung an, in der anscheinend von deutscher Weltgefahr und Weltverschwörung nicht länger die Rede war. Sie bezeichnete es jetzt als ihre Aufgabe, die Ursachen von Kriegen, insbesondere die der beiden Weltkriege zu erforschen und nach Mitteln zu suchen, die den Ausbruch eines neuen allgemeinen Kriegs verhindern könnten[14].

Der Vernichtungsplan des William B. Ziff

Wir machen noch auf ein Ende 1944, also nach dem Bekanntwerden des Morgenthauplans, veröffentlichtes Buch *The gentlemen talk of peace* aufmerksam, das Morgenthaus spätere Haltung beeinflußt haben mag. Sein Verfasser war William B. Ziff (1898–1953), Verleger, Zeitungsmann, Schriftsteller, Dichter und, wie Nizer, jüdischer Philanthrop. Wir beschränken uns auf die Würdigung der vom Verfasser der deutschen Frage gewidmeten Vorschläge (433 bis 443):

Infolge der von den Deutschen seit Jahrhunderten begangenen Brutalitäten müsse Deutschland auf vorhersehbare Zeit unfähig gemacht werden, verbrecherische Anschläge auf seine Nachbarn und den Weltfrieden zu begehen. Es müsse daher auf lange als Land ohne politische Rechte behandelt werden. „Unser Land hat das Gleiche mit den Indianern getan, aus Gründen, die sehr viel weniger stichhaltig sind". Damit hat der Verf. seine Absicht dargelegt: Das von ihm vorgesehene Rumpfdeutschland soll in eine den Indianerreservationen in den Vereinigten Staaten nachgebildete Deutschenreservation verwandelt werden. Zunächst sei eine umfassende chirurgische Operation am deutschen Volkskörper erforderlich. Ostpreußen und das Land östlich der Oder und „Veiße" (!) seien an Polen abzutreten, das zu stärken sei. Diese Maßnahmen seien auch darum notwendig, weil dieses Gebiet der Sitz des Junker-

tums und daher des metastatischen deutschen Krebsgeschwürs sei, durch dessen Entfernung eine Wunde am leidenden Volkskörper Europas geheilt würde. Die Junkergüter westlich der Oder-Neiße-Linie seien, ebenso wie der Besitz der Großindustriellen, zu enteignen, und sie seien als riesenhafte Staatsgüter zum Nutzen ganz Europas zu verwalten.
Jeder Plan, die deutsche Industrie durch Überwachung, durch Beschränkung des Außenhandels oder dergl. zu kontrollieren, müsse scheitern. Vielmehr sollten viele deutsche Industriebetriebe, „Ziegel um Ziegel und Maschine um Maschine", nach Rußland geschafft werden. Ebenso könnten die Schienen leicht von den deutschen Eisenbahnstrecken entfernt und in Polen und anderen Ländern neu gelegt werden. Die Schwäche dieser Vorschläge sei, daß das deutsche Restgebiet im Besitz von Rohstoffen verbliebe, die nicht entfernt werden könnten und die im Besitz der Bevölkerungen verblieben, die auf der Erdoberfläche über diesen Bodenschätzen wohnten. Der Schlüssel zu einer brauchbaren wirtschaftlichen Entwaffnung Deutschlands sei daher, die deutsche Bevölkerung von diesen Rohstoffgebieten zu entfernen. Alle Deutschen hätten daher nicht nur das Ruhr- und Saargebiet, sondern auch das Gebiet auf dem linken Rheinufer zu verlassen. Diese Gebiete sollten anschließend „mit Franzosen, Belgiern, Holländern und anderen" besiedelt werden. Auf diese Weise wäre es möglich, einen der wichtigsten europäischen Gefahrenherde zu beseitigen, ohne die Grundlagen zu zerstören, auf denen Europas Wohlstand beruht. Auch die Sudetendeutschen, die Deutschen östlich der Oder-Neiße-Linie und alle Volksdeutschen seien aus ihren Wohnsitzen zu entfernen und nach Innerdeutschland abzuschieben.
Es sei bekannt, die Russen wollten „einige zehn Millionen Deutsche" als Zwangsarbeiter haben und sie sollten sie erhalten. Mit Hilfe der Zwangsarbeiter könnte auch der alte französische Traum eines Kanals vom Atlantik zum Mittelmeer verwirklicht werden, während der Bau eines Tunnels von Gibraltar nach Nordafrika durch die Engländer mit Hilfe solcher Arbeitsbataillone lediglich ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit wäre.
Alle wissenschaftlichen und kulturellen Institute, die mitgeholfen hätten, das hässliche Gewebe des deutschen Rassenwahns zu erzeugen, müßten verschwinden, was gleichzeitig das Ende der deutschen Universitäten bedeuten würde. Die Bibliotheken der von den Deutschen überrannten Länder sollten mit den Beständen der deutschen Büchereien aufgestockt werden.
Nach Durchführung dieser Maßnahmen sei Deutschland nicht länger das reichste Land Europas. Es werde aber nicht ärmer sein als die anderen Länder, die die Deutschen überrannt hätten. Die Kraftwerke und Braunkohlenlager Innerdeutschlands stünden dem deutschen Handwerk und der leichten Industrie weiter zur Verfügung und die „Einwanderer", die im Innern des Reichs neue Heimstätten aufschlagen, fänden dort dünn besiedelte Gebiete

vor mit großem Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern. Eine solche Regelung werde für Einzelne Härten mitbringen, sei aber viel humaner als das, was die Deutschen ihren Opfern zugefügt hätten. „Im Ganzen gesehen, würde das amputierte Reich ein begünstigtes Land bleiben, das genügend Hilfsquellen für eine Bevölkerung hat, die zufrieden ist, ebenso bescheiden zu leben wie die Bewohner Polens, Jugoslawiens, Frankreichs oder Spaniens.“[15]

Mrs. Eleanor Roosevelt

Als eine der eifrigsten Befürworterinnen des Morgenthauplans muß noch Mrs. Eleanor Roosevelt genannt werden, die auch nach dem Tod ihres Manns Morgenthaus Schlagworte ständig wiederholte und gleichzeitig versuchte, den Morgenthauplan zu verharmlosen[16].
Seit Anfang 1947 mehrten sich die Zeichen, daß die Zeit der Morgenthau-Politik ihrem Ende entgegenging. Wenn daher jetzt Mrs. Roosevelt und Edgar Ansel Mowrer zu einer „Konferenz zum Studium der deutschen Frage“ aufriefen, war das wohl ein letzter verzweifelter Versuch zweier Morgenthau-Freunde, vom Morgenthauplan soviel wie möglich zu retten. Zu den Förderern des Unternehmens gehörten, von Morgenthau und einigen der früher Genannten abgesehen, Albert Einstein, der Professor an der Yale University Eugene Rostow und der ehemalige Undersecretary of State Sumner Welles. Von den auf den 6. März nach New York Eingeladenen sollen nur etwa 75 erschienen sein. Der Zeitpunkt der Veranstaltung war mit Vorbedacht gewählt, denn wenige Tage später begann die Moskauer Außenministerkonferenz. Offenbar war die Kundgebung ein Versuch, Druck auf die amerikanische Delegation in Moskau auszuüben. Auf der Tagung sprachen unter anderem der New Yorker Oberbürgermeister La Guardia, die deutsche Emigrantin Erika Mann[17], der eben genannte William Ziff und der Wirtschaftsjurist und frühere Nürnberger Ankläger Abraham L. Pomerantz, der am 8. 7. 1947 vom Kongreßmann Dondero als kommunistischer fellow traveller bezeichnet worden ist[18]. Die von der Konferenz angenommene Entschließung[19] war ein den neuen Verhältnissen geschickt angepaßter Morgenthauplan. Obwohl zahlreiche Zeitungen über die Veranstaltung ausführlich berichteten, war das Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit gering. Auf die weitere Deutschlanddiskussion in den Vereinigten Staaten gehen wir nicht ein.

[1] Eine ausführliche Darstellung dieser Entwicklung fehlt. Vgl. die kurze Untersuchung von Michael F. Connors: *The development of Germanophobia.* o.J. The Boniface Press, Tacoma Park, eine identische britische Ausgabe wurde von Briton's Publishing Co., London, W 2, veröffentlicht.

[2] Die in Anführungszeichen gesetzten Worte sind dem Eintrag „Prussianism" in *Webster's New Collegiate Dictionary*[2], 1956, entnommen. Die Cosmos-Aufsätze wurden später unter demselben Pseudonym vom *Carnegie Endowment für International Peace* als Broschüre veröffentlicht und größtenteils unentgeltlich verteilt; vgl. NYT 28. 2. 1917, 10, Sp. 5, und 17. Juni, I, 8, Sp. 4. Das Carnegie Endowment stand in beiden Weltkriegen mit an der Spitze der deutschfeindlichen Propaganda in den Vereinigten Staaten.

[3] vgl. Ferdinand A. Hermens: The danger of stereotypes viewing Germany, in *The Public Opinion Quarterly*, 1945/46, 4; wiederabgedruckt in: *Zwischen Politik und Vernunft*. 1969, 244 ff

[4] Die im Vorstehenden in den Text in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Seiten in Nizers Buch. Zur Begründung seiner Forderung der Zerschlagung der Junkergüter berief sich Nizer auch auf Albert Einstein (139).

[5] Vgl. die auf der Innenseite des Frontumschlags der ersten beiden Nummern der Zeitschrift *Prevent World War III* auszugsweise abgedruckten Programmpunkte. Das ganze Programm ist anscheinend nie veröffentlicht worden.

[6] Nach einer dem Verfasser zugegangenen vertraulichen Mitteilung sollen Hauptgeldgeber Henry Morgenthau sen. und Bernard Baruch gewesen sein.

[7] Vgl. zu Vorstehendem insbesondere NYT, 13. 6. 1944, 20, Sp. 3, und 26. 2. 1947, 23, Sp. 5; vgl. über Stout auch *Morgenthau Diary*, 663, 666, 731, 804.

[8] *Prevent World War III*, VI, 17

[9] *Prevent World War III*, 6, 3; 8, 5

[10] *ebd.*, 8, 5; 11, 5; 13, 5; 14, 5; NYT, 29. 9. 1946, 6, Sp. 8

[11] *ebd.*, 7, 11; 14, 3; 27, 4

[12] *ebd.*, 5, 5; 10, 5; 13, 7; 19, 1 und 15; 26, 4

[13] *ebd.*, 19, 1

[14] Vgl. *Prevent World War III*, 54, 1

[15] Die oben in Anführungszeichen angeführten Worte „mit Franzosen, Belgiern, Holländern und anderen" kommen im gleichen Zusammenhang in Morgenthaus Buch *Germany is our problem*, 23, vor. Ziffs Buch erhielt zahlreiche freundliche Besprechungen, vgl. z. B. NYT, 26. 11. 1944, 4. (Der größte Teil des Buchs beschäftigte sich mit anderen Fragen.)

[16] Vgl. z. B. die in *Prevent World War III*, 19, 20 abgedruckte Äußerung von Mrs. Roosevelt, in der sie den Versuch machte, den Morgenthauplan mit dem wesentlich weniger drastischen Abkommen von Quebec v. 15. 9. 1944 zu identifizieren.

[17] die inzwischen auch einige besonders gehässige Aufsätze in *Prevent World War III* (bes. 2, 14; 8, 11) und einigen Wochenschriften veröffentlicht hatte.

[18] *Congressional Record*, Bd. 93, 8563

[19] abgedruckt in *Prevent World War III*, 20, 18 f

Drittes Kapitel

DIE DEUTSCHLANDPLANUNG DER VEREINIGTEN STAATEN WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGS VOR MORGENTHAUS EINGREIFEN

Roosevelts frühe Deutschlandplanung

Am 5. Oktober 1937 hatte Präsident Roosevelt in einer Rede die „friedlich gesinnten Länder" aufgefordert, sich zu einer „Quarantäne" der totalitären „Angreiferländer" zusammenzuschließen[1], zu denen, wie für jedermann von vornherein klar war, Deutschland gehören sollte. Am 14. August 1941, also ebenfalls vor der Verwicklung der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg, haben Roosevelt und Churchill die Atlantikcharta bekanntgegeben, in der die Entwaffnung des deutschen Aggressors gefordert wurde. Für die Rooseveltregierung stand daher von vornherein fest, daß Deutschland für den Ersten und Zweiten Weltkrieg (soweit letzterer Europa betraf) allein verantwortlich und daher ein „Angreiferland" sei, das entwaffnet werden müsse. Näheres über diese Entwaffnung wurde zunächst nicht bekannt, es stand aber fest, daß zum Zweck dieser Entwaffnung ganz Deutschland von den Alliierten besetzt und alle Rüstungsbetriebe zerstört werden müßten.
Seit 1942 hat sich dann der Präsident wiederholt für die Zerstückelung Deutschlands und für die Abtrennung Ostpreußens und bald auch weiterer Gebiete vom Reich und die Zerstörung der deutschen Flugzeugindustrie ausgesprochen, wollte sich aber, was Deutschlands politische und wirtschaftliche Zukunft betraf, zunächst nicht festlegen. Wahrscheinlich hielt er lange die Zerstückelung Deutschlands, verbunden mit territorialen „Amputationen" und der Eliminierung der deutschen Kriegs- und Luftfahrtindustrie für ausreichenden Schutz gegen neue deutsche Aggression.

Die Deutschlandplanung des Außenministeriums (1943)

Die wirtschaftliche und politische Deutschlandplanung der Vereinigten Staaten lag daher zunächst überwiegend in den Händen des Außenministeriums.

Wohl im September 1943 wurde von diesem eine die Zukunft Deutschlands betreffende Denkschrift mit dem Titel *The Treatment of Germany* fertiggestellt[2], deren Aufgabe es u. a. sein sollte, Außenminister Hull als Arbeitsgrundlage für die im Oktober in Moskau stattfindende Außenministerkonferenz der Großen Drei zu dienen. Die Denkschrift sah die Besetzung ganz Deutschlands durch Truppenkontingente der Großen Drei vor und befürwortete eine militärische und wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands, sprach sich jedoch in vorsichtiger Weise gegen dessen Zerstückelung aus. Sie befürwortete statt dessen eine „Dezentralisierung" des deutschen Regierungssystems, deren Zweck es vor allem sein sollte, die „preußische Vorherrschaft über das Reich" herabzumindern. Die Erörterung der Frage von Gebietsabtretungen sollte vertagt werden. Das Weiterfunktionieren der meisten deutschen Regierungsstellen war vorgesehen, die zu entnazifizieren seien. In die Tätigkeit der lokalen Verwaltungsstellen sollten sich die Besatzungsbehörden nicht ohne zwingende Gründe einmischen. Der Anspruch der Alliierten auf Reparationen sollte anerkannt werden. Reparationen sollten sich aber in angemessenen Grenzen halten, denn ein „erträglicher Lebensstandard" für die deutsche Bevölkerung sollte gesichert sein, was offenbar hieß, die Sicherung eines solchen Lebensstandards sollte Reparationsleistungen vorgehen. Das Ziel der amerikanischen Politik sollte sein, das deutsche Volk durch eine maßvolle Politik für den Gedanken einer demokratischen Regierungsform zu gewinnen. Die Vorschläge für die Entwaffnung, einschließlich der wirtschaftlichen Entwaffnung Deutschlands, geben wir hier auszugsweise wieder:

„Entwaffnung...

4. Die Herstellung von Kriegsmaterial wird sofort unterbunden.

5. Für die Dauer des Waffenstillstands sollte wenigstens die Kontrolle der (bisherigen) Rüstungsbetriebe wie die aller anderen Wirtschaftsbetriebe den Vereinigten Nationen übertragen werden.

Zum Zweck der dauernden Kontrolle des militärischen Potentials Deutschlands sollten folgende Maßnahmen in Betracht gezogen werden:

4. Die deutschen Rüstungsbetriebe sollten demontiert werden.

5. Die Einfuhr nach und die Herstellung in Deutschland von Waffen, Munition und Kriegsmaterial und von Gegenständen, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind und von Flugzeugen aller Art, sollte verboten werden."[3]

Weiter sollte die militärische Ausbildung Deutscher verboten und der Große Generalstab abgeschafft werden. Das „militärische Kastensystem in allen seinen Formen" sollte eliminiert werden. Die Grundsätze der Denkschrift waren nicht durchweg klar. Sie spielte in den folgenden interalliierten Diskussionen keine Rolle. Die Haltung des Außenministeriums wurde jedoch auch in der Folgezeit weitgehend von diesen Grundsätzen beherrscht.

Auf der Außenminister-Konferenz in Moskau wurde mit Zustimmung Hulls am 1. November eine *Declaration of German Atrocities* angenommen[4], und es wurde die Gründung einer *European Advisory Commission* (EAC) mit dem Sitz in London beschlossen, in die die Großen Drei Vertreter entsenden sollten. Die Kommission sollte sich u. a. mit der Frage der Errichtung einer alliierten Militärverwaltung in Deutschland nach der Kapitulation befassen. Da die Großen Drei im November-Dezember 1943 in Teheran in der Frage der Teilung Deutschlands zu keiner Einigung gelangt waren, wurde die Kommission auch mit der Untersuchung dieser Angelegenheit beauftragt. Ihre Verhandlungen kamen aber, von den die bedingungslose Kapitulation Deutschlands betreffenden Beschlüssen abgesehen, nicht vorwärts[5]. Wir gehen daher auf die Arbeiten der Kommission und ihres amerikanischen Mitglieds Winant nicht weiter ein.

Die Direktive CCS 551 des Kriegsministeriums

Das amerikanische Kriegsministerium hatte auf die Verhandlungen der EAC keinen Einfluß. Am 15. Jan. 1944 war General Eisenhower in England eingetroffen, um die Landung einer amerikanisch-britischen Armee an der französischen Kanalküste vorzubereiten. Schon damals wurde in Eisenhowers Hauptquartier damit gerechnet, daß der deutsche Widerstand im Westen bald nach der alliierten Landung zusammenbrechen könnte. Da mit der Fertigstellung klarer Instruktionen der EAC für die künftigen alliierten Besatzungsbehörden in Deutschland vorläufig nicht zu rechnen war, wurde von einer Abteilung des in Washington stationierten alliierten Führungsstabs (Joint Chief of Staff) eine *Combined Directive for Military Government prior to Defeat or Surrender* ausgearbeitet, die nach der Kapitulation durch eine endgültige, möglichst unter russischer Mitwirkung zustande gekommene Regelung ersetzt werden sollte. Diese vorläufige Direktive wurde am 28. April 1944 von den Joint Chiefs of Staff genehmigt und unter dem Namen CCS 551 bekannt[6].

Die Direktive sah zahlreiche Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft vor. Die öffentlichen Versorgungsbetriebe und Eisenbahnen sollten möglichst rasch instandgesetzt, die Bergwerke und friedlichen Industrien geschützt werden. Die Landwirtschaft sollte gefördert und die bisherigen Vorschriften über Rationierung, Höchstpreise, Mindestlöhne usw. sollten weitergelten. Alle Maßnahmen sollten getroffen werden, um sicherzustellen, daß den Deutschen genügend Nahrungs-, Arzneimittel und Versorgungsgüter zur Verfügung stünden, „um Krankheiten zu verhindern". Der Nazismus sollte zerstört werden. Trotzdem war die Fortbeschäftigung von Parteimitgliedern

im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft, von besonders kompromittierten Personen abgesehen, zulässig. Zusammenfassend wurde festgestellt, die Behandlung der Deutschen sollte entschlossen, aber gerecht sein, soweit das mit den militärischen Bedürfnissen zu vereinbaren wäre.

„Handbook for Military Government in Germany"

Inzwischen hatte Eisenhowers Hauptquartier eine *German Country Unit* geschaffen, die ein *Handbook for Military Government in Germany* ausarbeitete, das dem Gebrauch der künftigen amerikanischen und britischen Besatzungsoffiziere dienen sollte[7]. Eine erste Ausgabe des amerikanischen Handbuchs wurde im Mai oder Juni 1944 fertiggestellt, eine dritte verbesserte Ausgabe im August. Diese Ausgabe wurde von Präsident Roosevelt beanstandet, nachdem ihn Morgenthau am 23. August auf sie aufmerksam gemacht hatte. In ihr wurde die Beibehaltung des zentralistischen deutschen Verwaltungssystems, die Förderung der Landwirtschaft und die Kontrolle der Lieferung und Verteilung von Lebensmitteln vorgesehen, so daß, falls möglich, für jedermann eine tägliche Lebensmittelration von 2000 Kalorien zur Verfügung stünde. Im Fall von Lebensmittelknappheit sollten die genannten Kalorien durch Einfuhr sichergestellt werden. Die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Versorgungsbetriebe und die Wiederherstellung der hauptsächlichen Friedensindustrien und einer geregelten Volkswirtschaft wurden befürwortet. Alle die Rationierung von Rohstoffen und Lebensmitteln betreffenden Maßnahmen sollten weitergelten und alle geeigneten Schritte erfolgen, um wirtschaftliches Chaos zu vermeiden[8].

Die Denkschriften des ECEFP-Ausschusses vom August 1944

Am 5. April 1944 war auf Grund Verfügung des Präsidenten das *Executive Committee on Economic Foreign Policy* (ECEFP) gegründet worden, in das, außer dem federführenden Außenministerium auch das Finanzministerium und einige weitere Ministerien und oberste Bundesbehörden, nicht aber das Kriegsministerium Vertreter entsandten. Am 9. Juni unterbreitete das Außenministerium diesem Ausschuß ein umfangreiches Schriftstück[9]. Auf seiner Grundlage wurden vom Ausschuß nach eingehenden Beratungen ein Dokument *General Directives of United States Economic Policy with regard to Germany* mit dem Datum 14. Aug.[10] und ein anschließend zu nennendes Schriftstück mit Vorschlägen zur Reparationspolitik mit Datum vom 12. Aug. ausgearbeitet und am 4. Aug. genehmigt. Sämtliche Vertreter stimmten für

die Annahme der beiden Vorschläge, mit Ausnahme des Vertreters des Finanzministeriums, der sich der Stimme enthielt. Da es sich hier um die letzten amerikanischen Regierungserklärungen zur Deutschlandfrage vor Morgenthaus Eingreifen handelt, gehen wir ausführlich auf sie ein.
Es müsse, so betonte die Denkschrift vom 14. Aug., Ziel der amerikanischen Deutschlandpolitik sein, einer neuen deutschen Aufrüstung vorzubeugen, gleichzeitig aber Bedingungen zu schaffen, mit deren Hilfe Deutschland den größtmöglichen Beitrag zum Wiederaufbau Europas und einer friedlichen und wachsenden Weltwirtschaft leisten könne, dessen Vorteile, im Einklang mit den Grundsätzen der Atlantikcharta, zu gegebener Zeit auch den Deutschen zugute kommen sollten. Die Denkschrift hielt die Eliminierung der deutschen Rüstungsindustrien grundsätzlich für erforderlich, meinte aber, ihre Richtlinien müßten gegebenenfalls praktischen Erfordernissen weichen. Es könne sein, daß gewisse Rüstungsbetriebe vorläufig zum Zweck der Weiterführung des Kriegs gegen Japan eingesetzt werden müßten, wie das auch im Schreiben des Außenministeriums vom 9. Juni vorgesehen war.
Von weitgehenden Demontagen sei abzusehen, der Hauptnachdruck sei auf die Umstellung auf nutzbringende Friedensproduktion zu legen und nicht auf Zerstörung. Um diese Ziele zu erreichen, sei es notwendig, ein gewisses Mindestmaß der Effektivität der deutschen Wirtschaft herzustellen und vor allem ihren Zusammenbruch zu verhindern und auf die Sicherung eines Minimum-Lebensstandards hinzuarbeiten. Kriegsindustrien sollten grundsätzlich auf Friedensproduktion umgestellt und anschließend kontrolliert werden. Die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsgerät „und von anderen Erzeugnissen, die direkt oder ausschließlich (oder zum größten Teil) für Kriegszwecke nützlich sind", sollte verboten werden. Es sei sehr schwierig, die letztgenannte Gattung zu definieren. Manche, z.B. unterirdische Werke, seien wohl regelmäßig zu zerstören. Was jedoch die Zukunft des „deutschen industriellen Kriegspotentials" betrifft – hiermit waren zweifellos die „zum größten Teil für Kriegszwecke nützlichen Industrien" gemeint – sei die Entscheidung, ob solche Werke erhalten oder demontiert oder zerstört werden sollten, besonders schwierig, und eine Entscheidung könne wohl meist nur nach Untersuchung des Einzelfalls getroffen werden[11]. Während des Krieges in Kriegsbetriebe umgestellte Friedensindustrien seien so rasch wie möglich wieder in die Friedenswirtschaft einzugliedern. Die Umstellung vieler Werke auf Friedensproduktion möge die deutsche Wirtschaft zeitweise vor schwierige Aufgaben stellen. Indessen rechnete offenbar die Denkschrift mit der erfolgreichen Durchführung einer solchen Aktion, denn sie gab der Hoffnung auf eine ordnungsmäßige Demobilisierung des deutschen Heeres und die Eingliederung der großen Masse der Demobilisierten in die Friedenswirtschaft Ausdruck.

Auch eine dauernde oder langdauernde Kontrolle der deutschen Wirtschaft sei abzulehnen, denn derartige strafähnliche Maßnahmen stünden im Widerspruch mit den politischen Interessen der Vereinigten Staaten. Eine dauernde Überwachung von sechzig Millionen technologisch fortschrittlicher Menschen wäre bestenfalls ein teures Unternehmen und würde der Welt kein Gefühl echter Sicherheit vermitteln. Vielmehr sollten die deutschen Importe überwacht werden, um die Hortung strategischer Rohstoffe zu verhindern. Derartige und ähnliche Maßnahmen könnten auch dazu dienen, die Abhängigkeit Deutschlands von überseeischen Rohstoffen zu vergrößern. Die privilegierte Stellung der „Junker" und der „industriellen Oligarchie" müsse gebrochen werden. Ferner seien Maßnahmen gegen die deutschen Kartelle zu ergreifen, um zu verhindern, daß Deutschland wirtschaftlich schwache Staaten erneut ausbeute und in wirtschaftliche Abhängigkeit brächte. Die Denkschrift vom 14. Aug. befürwortete auch Reparationen, Grundsätze für eine künftige Reparationspolitik wurden aber in einem besonderen Dokument mit dem Datum 12. Aug. niedergelegt[12].

Danach sollten Reparationen vor allem aus „reparations in kind" bestehen, worunter die Denkschrift Leistungen durch Lieferungen von Industrie-Erzeugnissen und Rohstoffen, besonders Kohle, sowie durch Arbeitsleistungen verstand[13]. Reparationen durch Demontagen sollten sich in mäßigen Grenzen halten. Außerdem wurde, „da Reparationen künstlich sind und vom normalen (zwischenstaatlichen) Handel abweichen", eine kurze Reparationszeit (5 bis 10 Jahre) ins Auge gefaßt, denn „je länger die Reparationen fortdauern, um so länger wird die volle Wiederherstellung des zwischenstaatlichen Handels und die wünschenswerte Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft hinausgezögert". Die Sicherung eines Minimum-Lebensstandards sollte Reparationslieferungen vorgehen. Eine solche Regelung sei auch im Interesse der Empfängerstaaten, da im Fall unzureichender Ernährung der Fabrikarbeiter und Bergleute die Reparationsleistungen zurückgingen. Besondere Schwierigkeiten hatte der Ausschuß mit der Frage von Reparationen in Form von Arbeitsleistungen. Hierzu wird ausgeführt:

„Es besteht grundsätzlich Einverständnis, daß Arbeitsleistungen unter angemessenen Bedingungen eine nützliche Form von Reparationen darstellen können. Die Hauptfragen beziehen sich auf die Methoden der Auswahl der Arbeiter, ihre Behandlung, die Dauer ihrer Dienstzeit und die Bewertung ihrer Dienstleistungen. – Ein Vorschlag, der Beachtung verdient, ist, zwei Klassen von Arbeitern zu unterscheiden, von denen die eine aus extremen Nazis wie Gestapoleuten, SS usw. bestehen würde, während die andere, falls möglich, auf freiwilliger Grundlage aus der allgemeinen deutschen Bevölkerung rekrutiert würde. Es wird ins Auge gefaßt, daß die erstgenannte Klasse, die eine strafähnliche oder Strafbehandlung erhielte, auf Grund früherer

politischer oder Verbandszugehörigkeit ausgewählt würde. Die letztere Klasse würde gemäß den Bedürfnissen der Länder, die Arbeitsdienste fordern, zusammengestellt. Sie würde durch mehr oder weniger normale Arbeiterschutzvorschriften geschützt.“
Wahrscheinlich sollte die kurze Reparationsfrist auch den Zwangsarbeitern zugutekommen.
Auch bei der Reparationsdenkschrift handelte es sich um ein vom damaligen Standpunkt aus verhältnismäßig maßvolles Dokument. Der Grundsatz, daß ein Optimum und nicht ein Maximum von Reparationsleistungen gefordert werden sollte, ist erkennbar. Oberstes Ziel der Denkschriften vom 12. und 14. Aug. 1944 war die baldige Rückgliederung Deutschlands in die europäische und die Weltwirtschaft.
Die beiden Denkschriften sind dem Präsidenten anscheinend nie vorgelegt worden. Schon darum ist ihre praktische Bedeutung gering. Da sie jedoch die Haltung zahlreicher oberster Bundesbehörden in der Deutschlandfrage unmittelbar vor Morgenthaus Eingreifen kennzeichnen und die Denkschrift vom 14. Aug. nach dessen eigener Behauptung der unmittelbare Anlaß für die Ausarbeitung des Morgenthauplans gewesen ist, sind sie für uns von besonderer Wichtigkeit.

[1] abgedruckt in Department of State, *Press Releases* v. 7. 9. 1937, 275 ff. Schon am 11. 1. 1933 hatte der damalige President Elect Roosevelt erklärt, daß er Waffenembargos nach „Angreiferländern“ begünstige; vgl. NYT v. 12. 1. 1933, 1, Sp. 5

[2] *Teheran-Dokumente,* 183–186

[3] Besondere Bedeutung kommt der eben genannten Ziff. 5 zur Kontrolle des „deutschen militärischen Potentials“ (welcher Begriff zweifellos mit dem später gebrauchten Ausdruck „deutsches Kriegspotential“ identisch ist) zu, denn der Ausdruck „materials essential to their manufacture“ könnte dahin verstanden werden, daß damit der Stillegung des Großteils der deutschen Schwerindustrie das Wort geredet werden sollte. Eine Auslegung dieser Klausel im Herbst 1943 aus dem Geiste Morgenthaus (vom Herbst 1944) wäre jedoch unzulässig. Höchstwahrscheinlich sollte damit die Kontrolle, nicht aber die Vernichtung der deutschen Schwerindustrie vorgeschlagen werden; so im Ergebnis auch Hammond, aaO 316

[4] abgedruckt in *Foreign Relations 1943,* I, 768 ff

[5] Vertreter der Vereinigten Staaten war der Botschafter in London, Winant, der in dieser Eigenschaft dem Präsidenten unmittelbar unterstellt war und anscheinend Außenminister Hull über die Arbeiten der Kommission nicht vollständig unterrichtete.

[6] abgedruckt in Holborn, Hajo: *American Military Government, its organization and politics.* 1947. 135–143; vgl. Hammond, 328 f. Ergänzende wirtschaftliche und finanzielle Vorschriften wurden der Direktive später hinzugefügt.

[7] Es wurden dann aber für die amerikanische und britische Zone besondere Handbücher ausgearbeitet.

[8] Vgl. die in *Morgenthau Diary (Germany),* 440–442 mitgeteilten Auszüge aus dem Handbuch

[9] abgedruckt in *Foreign Relations 1944,* I, 306–325

[10] *Foreign Relations 1944,* I, 278–287

[11] Offenbar sollten unter „zum größten Teil für Kriegszwecke nützlichen Industrien" solche Gattungen verstanden werden, deren Bedeutung für Kriegszwecke größer ist als für Friedenszwecke, was sich zweifellos von der großen Mehrzahl der Werke der Schwerindustrie, insbesondere der metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien, nicht sagen läßt. Der Nachdruck sollte außerdem auf „peacetime usefulness" und nicht auf Zerstörung gelegt werden, was wohl heißen sollte, daß auch Werke der Schwerindustrie, die überwiegend von militärischer Bedeutung waren (wie z. B. schwere Stahlplattenwerke), falls möglich, auf Friedensproduktion umgestellt und nicht zerstört werden sollten.

[12] *Foreign Relations 1944.* I, 287–299

[13] Der Ausdruck „reparations in kind" sollte vor allem andeuten, daß die Reparationen hauptsächlich aus Sachlieferungen und nicht aus Geldzahlungen bestehen sollten. Auch dieser Ausdruck wurde von Morgenthau-White meist in irreführender Weise gebraucht, die darunter in erster Linie Reparationen durch Demontagen von Fabrikeinrichtungen und durch Arbeitsleistungen verstehen wollten.

Zweiter Teil: Persönlichkeiten

Viertes Kapitel

HENRY MORGENTHAU JR.

Morgenthaus Vaterhaus

Der Morgenthauplan ist benannt nach Henry Morgenthau jr. (geb. am 11. Mai 1891 in New York; gest. am 16. Feb. 1967 in Poughkeepsie, NY), von 1934 bis 1945 Finanzminister (Secretary of the Treasury) der Vereinigten Staaten. Werfen wir nun zunächst einen Blick in sein Vaterhaus! Denn auch der in Mannheim geborene Vater Henry Morgenthau sen. (1856–1946) ist in der deutschen Geschichte kein Unbekannter. Besonders infolge von Grundstückspekulationen in New York gelangte er rasch zu einem großen Vermögen, so daß er sich als Fünfziger vom Geschäftsleben zurückziehen konnte, um als amerikanischer Botschafter in die Türkei zu gehen. Diesen Posten erhielt er vom Präsidenten Wilson als Dank für die ihm für seine Wahl geleistete finanzielle Hilfe. Anfang 1916 kehrte er nach den Vereinigten Staaten zurück, vor allem, um Gelder für Wilsons zweiten Wahlgang aufzubringen. Morgenthau sen. hatte bisher eine deutschfreundliche Haltung eingenommen, nahm in jüngeren Jahren an Veranstaltungen der Deutschamerikaner teil und bezeichnete sich noch im Februar 1916 als Deutschamerikaner[1]. Nach der im April 1917 erfolgten Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland verwandelte er sich aber in einen erbitterten Deutschenhasser und beschimpfte das deutsche Volk fast täglich als Hunnen. Den Hauptspaß mit dem Lande, dessen Staub er als Neunjähriger abgeschüttelt hatte, leistete er sich im Herbst 1918. In seinen damals veröffentlichten Memoiren erzählte er eine der unverantwortlichsten Propagandalügen des Ersten Weltkriegs[2], die längst als Fälschung entlarvt ist[3], die Geschichte vom angeblichen Kronrat des Kaisers in Potsdam v. 5. Juli 1914, bei welcher Gelegenheit der Kaiser, umgeben von seinen Paladinen und Generalen, den Krieg beschlossen habe, um die Welt zu erobern. Diese Geschichte wurde dann von der amerikanischen Regierung zur Rechtfertigung des Kriegsschuldartikels 231 des Versailler Vertrags heran-

gezogen. Zweifel an ihrer Richtigkeit wurden mit dem Hinweis auf das Ansehen des Ehrenmanns Morgenthau zurückgewiesen.
Nach dem Krieg bediente sich Morgenthau sen. zunächst einer maßvolleren Sprache, wiederholte aber während des Zweiten Weltkriegs alle von ihm seit 1917 gebrauchten Schlagworte. Am 8. Jan. 1944 beschäftigte sich der Achtundachtzigjährige in einer Rundfunkrede zum letztenmal mit der deutschen Frage[4]: Die Zeit seit Versailles sei nichts anderes gewesen als ein Waffenstillstand, den der Hunne dazu benutzt habe, seine Rüstungen zu vervollkommnen und es von neuem zu versuchen. Aber England habe die Zivilisation gerettet und die Hunnen zum Stehen gebracht. Und jetzt sei Amerika erwacht, und seine Flugzeuge schwärmten wie Heuschrecken über Deutschland.
Henry Morgenthau jr. hat oft versichert, das Denken seines Vaters habe ihn aufs tiefste beeinflußt; wir dürfen wohl hinzufügen: auch dessen außenpolitisches Denken. Wir können diesen Zusammenhängen nicht nachgehen, auf eins sei aber hingewiesen: Henry Morgenthau jr. hat die deutschen Großindustriellen und Finanzleute wiederholt als besonders gefährliche Kriegshetzer bezeichnet[5]. Der Gedanke von der Gefährlichkeit dieser Gruppen war aber in der Kronratlegende des Vaters Morgenthau vorgezeichnet: An diesem Kronrat hätten auch die führenden deutschen Industriebarone und Finanzmagnaten teilgenommen. Der Kaiser habe jeden von ihnen gefragt: „Sind Sie zum Krieg bereit?" Alle hätten diese Frage bejaht mit Ausnahme der Finanzleute, die erwidert hätten, sie brauchten noch zwei Wochen zur Durchführung wichtiger Transaktionen. Die Mitschuld der deutschen Großindustriellen und Finanzleute am Ausbruch des Ersten Weltkriegs war damit für zahlreiche Amerikaner erwiesen, und zur Zeit des Hängt-den-Kaiser-Feldzugs von Lloyd George warfen amerikanische Leitartikler die Frage auf, ob die industriellen Mitverschwörer von Potsdam nicht dasselbe Schicksal verdienten wie ihr kaiserlicher Meister.

Henry Morgenthau jr. der Landwirt und loyale Freund des künftigen Präsidenten

Henry Morgenthau jr. arbeitete zunächst im väterlichen Geschäft, besuchte dann auf einige Zeit die Universität, ohne ein Examen abzulegen und kaufte 1913 ein Landgut von 1000 Acre in East Fishkill im Staate New York, dem später weitere 700 Acre zugefügt wurden[6], zusammen 688 Hektar. Morgenthau war jetzt Gentleman Farmer (auf Deutsch: Großgrundbesitzer) im exklusiven Dutchess County.
Morgenthaus Gut war nicht weit von Hyde Park, dem Sitz der Roosevelt-Familie. So kam es, daß sich zwischen Henry jr. und dem späteren Präsiden-

ten eine warme Freundschaft entwickelte. Obwohl der alte Morgenthau schon 1910 und 1912 erhebliche Mittel für die Wahl Roosevelts zum Staatssenator von New York zur Verfügung gestellt hatte[7], traf Morgenthau jr. den künftigen Präsidenten, der damals 35 Jahre alt und Assistant Secretary im Marineministerium war, erst 1915. Roosevelt war vom jungen Morgenthau sofort entzückt und nannte ihn einen „schrecklich netten Menschen". Offenbar hatten die beiden viel Gemeinsames. Beide waren, nach der Behauptung von Prof. John M. Blum, Morgenthaus Biographen, Söhne reicher Eltern. Beiden war eine Art leichter Eleganz gemeinsam. „Beide waren, im besten Sinn des Worts, Gentlemen, entgegenkommende, kultivierte Menschen, die vermieden, ihren Reichtum zur Schau zu stellen... und hatten eine Art aristokratischen Instinkt für das Gemeinwohl."[8] Mrs. Roosevelt nannte Morgenthau einmal „Franklins Gewissen". Sie erzählte, ihr Mann habe Morgenthau oft wie einen jüngeren Bruder behandelt.[9] Der Präsident beschrieb später sein Verhältnis zu Morgenthau wohl am besten auf einer Fotografie, die ihn, mit Morgenthau im Auto sitzend, darstellt und die er Morgenthau mit der Aufschrift übersandte: „An Henry von einem von zwei der gleichen Art."[10] Morgenthau seinerseits versicherte, er habe seinen Präsidentenfreund mehr geliebt und bewundert als jeden andern Mann mit Ausnahme seines Vaters[11]. Diese Freundschaft dehnte sich auch auf die Frauen der beiden Freunde aus. Mrs. Roosevelt scheint auch Henry in aufrichtiger Freundschaft verbunden gewesen zu sein. Sie war eine derjenigen amerikanischen Persönlichkeiten, die den Morgenthauplan am längsten befürworteten[12], und wenn, was allerdings selten vorkam, Morgenthau Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten hatte, die anders nicht behoben werden konnten, wandte er sich in seiner Notlage an Mrs. Roosevelt. Am nächsten Morgen hatte er dann regelmäßig das o.k. des Präsidenten[13]. Auch gemeinschaftliche Grundstücksgeschäfte scheinen die Familien Roosevelt und Morgenthau gelegentlich gemacht zu haben[14].

Als Roosevelt 1928 zum Gouverneur des Staats New York gewählt worden war, bekam auch Henry einen Posten, das Ehrenamt des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrats, das er 1930 mit dem des Conservation Commissioner vertauschte[15], und Morgenthau erwarb sich erhebliche Verdienste um die Wiederaufforstung seines Staats. Roosevelt soll damals gesagt haben, er wünsche, daß Morgenthau in diesem Amt Erfahrungen sammle, die sich später in Washington verwerten ließen, denn Roosevelt bereitete sich schon damals auf die Präsidentschaft vor und meinte, Morgenthau solle ihn gegebenenfalls in die amerikanische Hauptstadt begleiten.

Am Abend des 8. Nov. 1932 saß Morgenthau mit Roosevelt und dessen intimsten Mitarbeitern im Hotel Biltmore in New York und war glücklich, als schon nach kurzer Zeit feststand, daß an Roosevelts Sieg kein Zweifel

bestehen konnte. Als Roosevelt sein Amt in Washington angetreten hatte, ging auch Morgenthau dorthin. Zwar mußte er sich zunächst mit einer verhältnismäßig bescheidenen Stellung begnügen[16]. Roosevelt hatte aber Morgenthau versichert, daß er ihm in Washington sehr nahe stehen würde[17], und Morgenthau wurde schon damals vom Präsidenten zur Bearbeitung von Sonderfragen herangezogen und war insbesondere an den Verhandlungen beteiligt, die am 16. Nov. 1933 zur Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten führten[18].

Morgenthau wird Finanzminister

Inzwischen hatte der Präsident nach einem Ministerposten für Morgenthau Ausschau gehalten, vor allem auch, „weil dessen einflußreicher Vater", der auch für Roosevelts Präsidentenwahl große Aufwendungen gemacht hatte, „seinen Sohn im Kabinett des Präsidenten sehen wollte"[19]. Roosevelts Absicht, Morgenthau zum Landwirtschaftsminister zu machen, scheiterte. Am 13. Nov. 1934 ernannte ihn aber der Präsident zum kommissarischen Finanzminister, und am 1. Jan. 1935 wurde er Finanzminister.

Es ist nicht unsere Aufgabe, auf Morgenthaus eigentliche Tätigkeit als Finanzminister (Steuergesetzgebung und -einziehung, Zollverwaltung, Kreditpolitik usw.) einzugehen. Insbesondere auch in vielen Fällen von Steuerhinterziehung ging Morgenthau energisch vor[20]. In solchen Angelegenheiten hatte Morgenthau oft Schwierigkeiten mit dem Kongreß, arbeitete aber mit dem Präsidenten stets loyal zusammen[21].

Morgenthau begnügte sich aber nicht, das Finanzministerium zu leiten und sich mit einem loyalen Beamtenstab zu umgeben. Häufig mischte er sich auch in Angelegenheiten anderer oberster Bundesbehörden, besonders des Außenministeriums, zum Leidwesen des Außenministers Hull, der sich über Morgenthaus Übergriffe wiederholt beim Präsidenten beschwerte, aber ohne dauernden Erfolg, und der 1940, hauptsächlich infolge seiner Verärgerung über Morgenthau, ernstlich an seinen Rücktritt gedacht haben soll[22]. Morgenthau kamen bei derartigen Gelegenheiten stets seine freundschaftlichen Beziehungen zu Roosevelt zugute, mit dem er als einziger seiner Kollegen am Montag regelmäßig allein zu Mittag speiste. Bald tauchten daher Behauptungen auf, das Finanzministerium sei auf internationalem Gebiet so einflußreich geworden, daß ihm eine eigene Außenpolitik zugeschrieben werden müsse, die teilweise energischer sei als die des Außenministeriums[23].

Insbesondere interessierte sich Morgenthau für die amerikanische Deutschlandpolitik. Morgenthau sen. hatte seinen Sohn einmal einen „Deutschamerikaner der zweiten Generation" genannt. Trotzdem hatte Morgenthau jr. schon im Ersten Weltkrieg stimmungsmäßig von Anfang an auf seiten der Feinde Deutschlands gestanden[24]. Schon 1915 hoffte er auf die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte. Nach der amerikanischen Kriegserklärung soll er sich sofort als Kriegsfreiwilliger gemeldet haben, aber seiner schlechten Augen wegen zurückgewiesen worden sein[25].
Nach Auffassung von Außenminister Hull und anderer soll von 1933 ab die Judenpolitik des Hitlerregimes Morgenthau aufs höchste erregt haben. Nach seiner Ernennung zum Finanzminister habe er oft versucht, den Präsidenten zu Maßnahmen gegen Hitlerdeutschland zu veranlassen, die indessen von Hull und seinen Mitarbeitern abgelehnt wurden[26]. Zahlreiche Beobachter begannen daher bald in Morgenthau einen Vertreter jüdischer Interessen in der amerikanischen Regierung zu erblicken[27]. Morgenthau hätte wohl solche Behauptungen zurückgewiesen. Zum stellvertretenden Außenminister Sumner Welles soll er 1939 gesagt haben, sein Standpunkt in der Deutschlandfrage werde allein nach sachlichen Gesichtspunkten bestimmt. Er könne nicht plötzlich als Jude fragen: Ist die betreffende Maßnahme gut oder schlecht für die Juden. In dem Augenblick, indem er sich dabei ertappe, sich von solchen Erwägungen leiten zu lassen, werde er sein Amt niederlegen[28].
Zunächst war Morgenthaus Einfluß auf die amerikanische Deutschlandpolitik gering. Roosevelt hatte aber das Finanzministerium mit der Bearbeitung internationaler Geld- und Finanzfragen beauftragt, und Morgenthau ging an die Bearbeitung solcher Fragen oft nicht von überwiegend finanzpolitischen Gesichtspunkten heran. Vielmehr sollten solche Maßnahmen dazu dienen, die europäischen Demokratien wirtschaftlich zu stärken und „faszistische Aggression" überall in der Welt, besonders aber von seiten Deutschlands zu entmutigen[29].

Hat Morgenthau 1934 ein Treffen Roosevelts mit Hitler geplant?

Währungspolitische Zusammenarbeit betrachtete Morgenthau als Vorbedingung für politische Zusammenarbeit. Er mußte aber bald einsehen, daß währungspolitische Experimente in internationalem Rahmen die Lage in Europa nicht verbessern konnten. Das seit 1935 durch Deutschlands Wiederaufrüstung eingeleitete Wettrüsten müsse alle europäischen Währungen, ja alle Währungen der Welt ruinieren. Morgenthau dachte daher an die Ein-

berufung einer Abrüstungskonferenz nach Washington und trat anfangs 1937 in dieser Angelegenheit in einen Meinungsaustausch mit seinem damaligen britischen Kollegen Neville Chamberlain[30]. Am 16. Febr. brachte er die Angelegenheit zur Kenntnis Roosevelts; und er soll vorgeschlagen haben, der Präsident möge die führenden europäischen Staatsmänner – zu denen damals auch Hitler gehörte – nach Washington einladen. Roosevelt habe erwidert, er werde ungefähr ein halbes Dutzend Länder einladen, und gegen jedes Land, das sich weigere, sich einem Mehrheitsbeschluß zu fügen, sollten wirtschaftliche Sanktionen ergriffen werden. Chamberlains Antwort, die die Stellungnahme der britischen Regierung enthielt, war ablehnend[31], und Morgenthau und Roosevelt haben in dieser Angelegenheit nichts weiter unternommen.

In seiner Quarantäne-Rede v. 5. Okt. 1937 hat aber dann der Präsident an diese Gedanken angeknüpft. Doch auch diesmal scheiterten seine Pläne vor allem am Widerstand der britischen Regierung. Der Gedanke einer Quarantäne der „Angreiferländer“ hat indessen Morgenthau wiederholt beschäftigt, und anfangs 1939 hatte er Harry Dexter White[32] beauftragt, einen Plan auszuarbeiten, der die Gründung einer Union der friedliebenden Länder vorsah, die die Ausfuhr gewisser kriegswichtiger Rohstoffe nach den Angreiferländern verbieten sollte. Weiter sollten Rohstoffe zu hohen Preisen in dritten Ländern aufgekauft werden, um sie den Angreiferländern vorzuenthalten. Am 11. April schlug dann Morgenthau (allerdings vergeblich) dem Präsidenten vor, zum Ankauf solcher Rohstoffe eine Milliarde Dollar zur Verfügung zu stellen[33]. Morgenthau mußte sich lange damit begnügen, die voraussichtlichen Opfer deutscher Aggression wirtschaftlich zu stützen. Doch sind bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs nur wenige gegen Deutschland direkt gerichtete Maßnahmen des Finanzministeriums erfolgt[34].

Morgenthau war seit 1938 mit Deutschland „gewissermaßen im Krieg“

Trotz dieser vorläufigen Zurückhaltung Deutschland gegenüber hat aber seit spätestens 1936 fast jede außenpolitische Maßnahme der Hitlerregierung Morgenthau aufs höchste erregt. Wir können darauf nicht weiter eingehen, da Morgenthau dieser Entwicklung untätig zusehen mußte. Zur Zeit der sudetendeutschen Krise im Herbst 1938 soll er aber ernstlich an einen Wirtschaftsboykott der Vereinigten Staaten gegen Deutschland gedacht haben, sah jedoch dann von der Weiterverfolgung dieses Gedankens ab, weil ein solcher Boykott Hitler hätte veranlassen können, den Deutschen zu sagen, der jüdische Finanzminister der Vereinigten Staaten wolle ihr Vaterland wirtschaftlich erwürgen. Sie hätten daher keine andere Wahl, als zu kämpfen[35].

„Wie alle anständigen Leute" soll aber auch Morgenthau nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens erleichtert aufgeatmet haben, daß ein Krieg großen Ausmaßes vermieden worden sei. Anschließend war er allerdings tief deprimiert, daß eine aggressive Macht durch Appeasement zufriedengestellt worden war. Offenbar waren die Lehren von München für Morgenthau entscheidend, denn seither, so erzählt uns sein Biograph, war er „mit Deutschland gewissermaßen im Krieg". Das ist nicht wörtlich zu verstehen. Sicherlich sollte es aber heißen, daß Morgenthau von diesem Zeitpunkt ab planmäßig auf einen Krieg der Vereinigten Staaten mit Deutschland hingearbeitet hat[36]. Daß dieses Ziel vorläufig nicht zu erreichen war, hat Morgenthau eingesehen. Er richtete daher seine Anstrengungen vor allem auf eine rasche Aufrüstung der Vereinigten Staaten. Es war ihm außerdem klar, daß Deutschland durch eine wirtschaftliche Quarantäne allein nicht im Zaum gehalten werden konnte. Er setzte sich daher weiter für die militärische Stärkung seiner voraussichtlichen Gegner ein, in denen er schon jetzt die künftigen Verbündeten seines eigenen Landes erblickte.

Morgenthau für Freigabe militärischer Geheimnisse an Frankreich

Im Okt. 1938 war der französische Unterhändler Monnet nach Washington gekommen, um Verträge für die rasche Lieferung von Militärflugzeugen abzuschließen. In diese Verhandlungen wurde Morgenthau von Roosevelt eingeschaltet. Er setzte sich, im Einklang mit der inzwischen von Roosevelt aufgestellten Lehre, Frankreich sei die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten, für die Überlassung neuester Flugzeugmodelle an die französische Luftwaffe ein, was ihn in einen scharfen Gegensatz zum Kriegsminister Woodring und zum Generalstab brachte, die gegen die Freigabe militärischer Geheimnisse protestierten[37]. Trotzdem erreichte Morgenthau mit Roosevelts Billigung die Freigabe der betreffenden Modelle, und bis Anfang September 1939 konnten den Franzosen mehrere hundert Kampfflugzeuge geliefert werden.
Diese Entwicklung erlitt nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eine Unterbrechung, denn am 5. Sept. 1939 proklamierte der Präsident auf Grund des Neutralitätsgesetzes von 1935/38 ein Ausfuhrverbot von Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach den kriegführenden Ländern. Dieses Waffenembargo wurde jedoch auf Betreiben Roosevelts vom Kongreß am 4. Nov. aufgehoben, so daß Frankreich und England wieder amerikanische Waffen und Flugzeuge gegen Barzahlung erwerben und auf nichtamerikanischen Schiffen in ihre Länder einführen konnten[38]. Schon vor Aufhebung des Waffenembargos war eine neue englisch-französische Einkaufskommission in

Washington eingetroffen, die sofort nach Aufhebung des Ausfuhrverbots große Aufträge, besonders für die Lieferung von Flugzeugen und Munition, erteilte. Morgenthau wurde vom Präsidenten zum Verbindungsmann zur Kommission bestimmt, hatte viele Besprechungen mit ihren Leitern und suchte die Arbeit der Kommission in jeder Hinsicht zu erleichtern.

Nach dem am 10. April 1940 erfolgten Einmarsch der Deutschen in Dänemark und Norwegen wurden auf Morgenthaus Veranlassung alle privaten dänischen und norwegischen Bankguthaben in den Vereinigten Staaten gesperrt, um der deutschen Regierung die Verfügung über sie unmöglich zu machen. Entsprechende Verfügungen erfolgten jeweils hinsichtlich der anderen von den Achsenmächten besetzten Länder[39].

Der Fall Frankreichs hat dann Roosevelt, Morgenthau und zahlreiche weitere Amerikaner alarmiert. Erneut dachte Morgenthau an eine wirtschaftliche Abriegelung des deutschen „Aggressors“ in Verbindung mit der britischen Blockade, hoffte aber vergebens auf eine Mitwirkung der Sowjetunion, die auch wegen des Verhaltens der Vereinigten Staaten im russisch-finnischen Konflikt verstimmt war.

England war jetzt mehr denn je auf amerikanische Hilfe angewiesen. Alle Kriegslieferungen mußten aber bar bezahlt werden, und nach der Behauptung der britischen Regierung gingen die Guthaben in den Vereinigten Staaten und die britischen Devisen- und Goldvorräte zu Ende. Unter führender Mitwirkung Morgenthaus[40] wurde daher im März 1941 vom Kongreß das Leihe- und Pachtgesetz verabschiedet, auf Grund dessen der Präsident den Ländern, die den Achsenmächten Widerstand leisteten, nicht nur Kriegsmaterial, sondern Güter aller Art unter jeweils festzulegenden Bedingungen zur Verfügung stellen konnte. Die Vereinigten Staaten wurden jetzt, nach Roosevelts Wort, das „Arsenal der Demokratien“. Nach der Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion im Juni 1941 setzte sich Morgenthau sofort für die Belieferung der Russen mit Leihe- und Pachtgütern ein und arbeitete auf eine allgemeine Verbesserung der russisch-amerikanischen Beziehungen hin[41]. Da jedoch Roosevelt seinen persönlichen Ratgeber Harry Hopkins zum Leiter des Amts für Leihe- und Pachtlieferungen ernannte, der später von Edward Stettinius abgelöst wurde, nahm Morgenthaus Einfluß in diesem Bereich ab, und seine Versuche, die russischen Quoten für Leihe- und Pachtlieferungen auf Kosten der britischen zu erhöhen, waren erfolglos.

Auf eine andere Maßnahme vom Frühjahr 1941 hatte indessen Morgenthau entscheidenden Einfluß: Dieser arbeitete auf die Beschlagnahme der in den amerikanischen Häfen lahmgelegten dreißig deutschen und italienischen Handelsschiffe hin, stieß aber vorläufig auf den Widerstand Roosevelts und des Außenministeriums. Seit Anfang 1941 begann dann der Widerstand des Präsidenten, hauptsächlich infolge Knappwerdens des britischen Schiffsraums,

zu erlahmen. Schließlich stimmte auch Außenminister Hull der von Morgenthau befürworteten Politik zu. Am 30. 3. 1941 wurden daher auf Roosevelts Weisung die in Häfen der Vereinigten Staaten liegenden deutschen, italienischen und dänischen Schiffe beschlagnahmt. Die meisten wurden den Engländern zur Verfügung gestellt[42].

Morgenthau und die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten

Morgenthau hat auch wiederholt in die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten eingegriffen oder einzugreifen versucht. Einige Hinweise müssen genügen. Seit dem Beginn der russisch-chinesischen Feindseligkeiten im Juli 1937 hat er verschiedene Versuche gemacht, China (d. h. die Tschang-Kai-Schek-Regierung) wirtschaftlich zu stärken, während er auf eine „Quarantäne" Japans, insbesondere auf ein Verbot der Ausfuhr von Öl und Alteisen, möglichst im Zusammenwirken mit England, hinarbeitete. Seine Pläne scheiterten schließlich am Widerspruch der britischen Regierung und des amerikanischen Außenministeriums. Am 3. Dez. 1940 sagte Morgenthau zum britischen Botschafter, er werde versuchen, den Chinesen amerikanische Bombenflugzeuge mit großem Aktionsradius zur Verfügung zu stellen. Ihre chinesischen Besatzungen sollten in den Vereinigten Staaten ausgebildet und die Flugzeuge anschließend in China stationiert werden, um Tokio und andere japanische Bevölkerungsmittelpunkte zu bombardieren. Der britische und der chinesische Botschafter hätten diesen Plan freudig aufgenommen. Auch Außenminister Hull habe ihn schließlich für annehmbar gehalten. Die britische Regierung habe ihn jedoch abgelehnt, und nachdem der amerikanische Generalstabschef General Marshall sich entschieden dagegen ausgesprochen hatte, hat Morgenthau in dieser Sache nichts weiter unternommen[43].
Wenn sich das amerikanische Außenministerium einem Ölausfuhrverbot nach Japan, wie es Morgenthau vorschwebte, lange widersetzte, so auch, weil es fürchtete, ein solcher Schritt könne die Japaner veranlassen, sich der Ölfelder auf Sumatra zu bemächtigen, ein Gedanke, der auch die holländische Exilregierung beunruhigte. Morgenthau war daher hocherfreut, als ihm der britische Botschafter versicherte, die Engländer würden im Fall eines allgemeinen Ölausfuhrverbots nach Japan die Ölquellen in Niederländisch-Indien zerstören.
Ein allgemeines Ölausfuhrverbot nach Japan wurde erst am 1. Aug. 1941 erlassen, eine Maßnahme, die nach dem Einmarsch der Japaner in Indochina auch das Außenministerium befürwortete. Dieses Verbot brachte keine unmittelbaren japanischen Gegenmaßnahmen. Vielmehr machte die japanische Regierung einen letzten Versuch, eine Verständigung oder einen modus

vivendi mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen, ein Versuch, der aber scheiterte, so daß am 7. Dez. 1941 der japanische Angriff auf Pearl Harbor erfolgte. Daß Morgenthau in die letzte Phase der amerikanisch-japanischen Verhandlungen auf dem Weg über seinen intimen Mitarbeiter Harry Dexter White in vielleicht entscheidender Weise eingegriffen hat, wird im nächsten Kapitel dargelegt.

Morgenthau will Hitler „zusammenschlagen"

Bis Ende 1941 hat sich Morgenthau, von einer Ausnahme abgesehen, über die Nachkriegsbehandlung Deutschlands nicht öffentlich ausgesprochen. Im Frühjahr 1941, kurz vor Hitlers Kriegserklärung an die Sowjetunion, erklärte er jedoch gegenüber einem Vertreter der New York Times:
„Ich denke, es gibt lediglich eine Aufgabe, der sich heute die Welt gegenübergestellt sieht, und das ist, Hitler zusammenzuschlagen. Das ist die erste Aufgabe, das muß allem andern vorgehen. Wenn es dann so weit ist, würde ich eine vollständige Abrüstung auf der ganzen Welt befürworten, eine Abrüstung, die so weit geht, daß alle Waffenfabriken zerstört werden. Dann, denke ich, sollten wir uns zur Organisierung einer internationalen Polizeitruppe zusammentun, die darauf achtet, daß diese Waffenfabriken zerstört bleiben und daß es keinem Land gelingt, sie wieder aufzubauen[44].
Das war nicht nur eine Aufforderung zu einer sofortigen amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland, sondern auch die weitaus schärfste Erklärung, die bisher von einem Mitglied der Rooseveltregierung zur Deutschlandpolitik abgegeben worden war. Morgenthau wurde daher zunehmend als der unversöhnlichste Feind nicht nur des Nazismus, sondern des deutschen Volkes in der amerikanischen Regierung betrachtet. Die Frage, ob mit dieser Äußerung einige Forderungen des Morgenthauplans vorweggenommen waren, wird uns später beschäftigen.
Nach dem Angriff auf Pearl Harbor, der auch Morgenthau völlig überrascht hat, standen für Roosevelt lange militärische Fragen im Vordergrund, auf die Morgenthau keinen weiteren Einfluß hatte. Morgenthau stand aber von Anfang an auf seiten derer, die die Niederwerfung Deutschlands für die wichtigste Aufgabe hielten und die für den Krieg gegen Japan nur ein Minimum an Machtmitteln zur Verfügung stellen wollten. Wiederholt machte er Versuche, den russischen Anteil an den Leihe- und Pachtgütern auf Kosten des britischen zu erhöhen. Ende August 1942 wollte er anscheinend den Präsidenten überreden, trotz der zu erwartenden schweren Verluste mit starken amerikanischen Streitkräften so rasch wie möglich eine Landung an der französischen Kanalküste vornehmen zu lassen, um auf diese Weise den russischen Widerstandswillen zu stärken[45].

Kurz zuvor hatte er sich in einer Aussprache mit leitenden Beamten seines Ministeriums erneut über die Schaffung einer internationalen Polizeitruppe unterhalten, die die „Angreiferländer" niederhalten sollte, meinte aber anschließend: „Ich glaube, es ist das beste, wenn die Vereinigten Staaten allein darüber entscheiden, daß alle diese Munitionsfabriken niedergerissen und zerstört werden, sowie die Fabriken, die Munition herstellen und Flugzeuge bauen, die weiter als zwei- oder dreihundert Meilen fliegen können."[46]

Morgenthaus geheimnisvolle Reise nach England im Jahre 1942

Im August 1942 soll dann Morgenthau den Präsidenten gebeten haben, amerikanische Garnisonen und Stützpunkte in England besichtigen zu dürfen. Roosevelt erteilte die Erlaubnis und regte an, Morgenthau solle sich bei seinem Besuch vor allem mit „internationalen Finanzfragen, einschließlich deutschen Finanzen" beschäftigen. Morgenthau habe daraufhin gebeten, Harry Dexter White mitnehmen zu dürfen, der solche Fragen bearbeitete[47]. Am 14. Okt. flog Morgenthau in Begleitung von White nach England[48]. Morgenthaus Eintreffen in England war unerwartet und erregte, als es am 15. Okt. bekannt wurde, großes Interesse. Am folgenden Tag sollen über dreihundert Pressevertreter einer von Morgenthau veranstalteten Pressekonferenz erwartungsvoll entgegengesehen haben. Morgenthau ist aber fast allen Fragen ausgewichen, habe sich unbehaglich gefühlt und habe einen unglücklichen Eindruck gemacht[49]. Die Reporter konnten sich daher den Zweck von Morgenthaus Reise nicht erklären, doch sei die überwiegende Meinung dahin gegangen, er sei hauptsächlich zum Zweck von Verhandlungen über amerikanische Leistungen auf Grund des Leihe- und Pachtgesetzes in England. Seine Reise habe daher besonders in britischen Finanzkreisen einen günstigen Eindruck hinterlassen. Nach seinen eigenen Angaben hat Morgenthau während seines Besuchs Churchill dreimal getroffen. Angaben über diese Besprechungen liegen nicht vor[50]. Am 27. Okt. entschloß sich Morgenthau, anscheinend vorzeitig, zur Beendigung seines britischen Aufenthalts und flog über Lissabon, wo er am 28. Okt. eine Unterredung mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten Salazar gehabt hat[51], nach den Vereinigten Staaten zurück. Da Morgenthau sich in England auch mit „deutschen Finanzen" beschäftigen sollte, und da er von White nach London begleitet worden und dieser an der Ausarbeitung des Morgenthauplans führend beteiligt war, möchte man fragen, ob er schon damals einen Vorläufer dieses Plans mit Churchill oder anderen britischen Regierungsvertretern besprochen hat. Aber die heute vorliegenden Quellen schweigen. Die Sache ist daher jetzt noch ebenso mysteriös, wie sie es auf der Pressekonferenz vom 16. Okt. 1942 gewesen war.

Wollte sich Morgenthau an die Spitze des amerikanischen Zionismus stellen?

Während seiner Abwesenheit sollen in den Vereinigten Staaten Gerüchte entstanden sein, Morgenthau wolle sich an die Spitze der zionistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten stellen. Diese Behauptungen haben sich nicht bestätigt, und Präsident Roosevelt soll, als er von ihnen hörte, ungläubig gelächelt und an das Wort des Vaters Morgenthau erinnert haben, das beste Zion für die Juden von heute seien die USA[52]. Auch Morgenthau Juniors Biograph behauptet, Morgenthau sei nicht Zionist gewesen[53].
Morgenthaus geringer Einfluß auf die damaligen militärischen Entscheidungen kam auch darin zum Ausdruck, daß er weder zur Konferenz von Casablanca (Januar 1943) noch zur ersten Konferenz von Quebec (August 1943) noch zum Gipfeltreffen der Großen Drei im Dezember 1943 in Teheran mitgenommen wurde. Es besteht kein Anhaltspunkt dafür, daß Morgenthau auf die in Casablanca von Roosevelt gestellte Bedingungslose-Übergabe-Forderung Einfluß gehabt hat, obwohl diese Erklärung später gelegentlich als Vorläufer des Morgenthauplans bezeichnet worden ist.

Morgenthau in Algier und Italien im Sommer 1943

Im Oktober 1943 flog dann Morgenthau nach Algier, wo er sich hauptsächlich mit währungspolitischen Fragen beschäftigt haben soll, sich aber auch in Angelegenheiten örtlicher französischer Stellen gemischt und den Rücktritt von Couve de Murville, des politischen Beraters des Admirals Darlan, erzwungen hat[54]. Anschließend besuchte er die italienische Front und Neapel, wo er sich über angeblich von deutschen Truppen begangene Greuel erregte, und am 21. Okt. erklärte er, die unnötigen Zerstörungen der Deutschen und ihre an unschuldigen italienischen Zivilisten begangenen Massenmorde hätten ihn tief beeindruckt[55]. Nach seiner Rückkehr nach Washington legte er Roosevelt einen langen Bericht über deutsche Greueltaten in Neapel vor[56].

Morgenthau sucht nach Hilfe für die mit Vernichtung bedrohten Juden

Seit 1942 haben Morgenthau Berichte und Gerüchte über die Vergasung von Juden in den von den Deutschen besetzten Gebieten mehr und mehr alarmiert. Wiederholt wandte er sich an den Präsidenten und Außenminister Hull, um die amerikanische Regierung zur Ergreifung geeigneter Hilfsmaßnahmen anzuspornen. Da das amerikanische Außenministerium, anscheinend weil es – das gilt insbesondere für Under Secretary of State Sumner Welles –

diesen Meldungen zunächst keinen Glauben schenkte, aber auch, weil es sich vor eine besonders schwierige Aufgabe gestellt sah, für die bedrohten Juden bis Ende 1943 nichts Wesentliches hatte tun können, appellierte Morgenthau schließlich an den Präsidenten und überreichte ihm am 16. Jan. 1944 eine Denkschrift mit dem Titel „Acquiescence of the Government in the murder of the Jews“ („Die Einwilligung unserer Regierung in die Judenmorde“), in der er ausführte: „Ob man die Weigerung der zuständigen Beamten, zu handeln, für absichtlich hält oder sie lediglich eine Folge ihrer Unfähigkeit ist, ist meiner Ansicht nach nicht wichtig. Es gibt jedoch eine wachsende Zahl von Leuten, die nicht länger gewillt sind, unsere Unfähigkeit zu handeln, auf die Unfähigkeit der zuständigen Beamten des Außenministeriums zurückzuführen. Sie halten Antisemitismus für die Ursache des Verhaltens dieser Beamten des Außenministeriums und, richtiger- oder unrichtigerweise, verlangen weitere Aufklärung in dieser Angelegenheit, falls sie sich nicht zu einem üblen Skandal entwickeln soll.“[57] Besondere Vorwürfe erhob Morgenthau gegen den Assistant Secretary im Außenministerium und besonderen Vertrauensmann des Außenministers Hull, Breckinridge Long, dem er auch bei einer mündlichen Aussprache, anscheinend am 20. Dez. 1943, Antisemitismus vorgeworfen hat[58]. Long hat derartige Vorwürfe stets in würdevoller Weise zurückgewiesen[59]. Zweifellos waren sie unbegründet. Sie haben aber dazu beigetragen, das gespannte Verhältnis zwischen Morgenthau und Hull weiter zu verschlechtern. Morgenthaus dringender Appell veranlaßte aber den Präsidenten zur Errichtung des War Refugee Board und damit zur verstärkten Hilfe für jüdische Flüchtlinge.

Morgenthaus Rundfunkreden im Juni/August 1944

Zu Beginn des Sommers 1944 hielt Morgenthau den Zeitpunkt für gekommen, sich öffentlich mit der deutschen Frage zu beschäftigen. Am 19. Juni appellierte er in einer Rundfunkrede an das amerikanische Volk, sich von den Deutschen nicht um die Früchte des Sieges betrügen zu lassen. Die deutsche Kriegsmaschine habe Pläne gemacht, den Krieg zu überdauern, und er vermute, die Deutschen möchten bereit sein, Hitler und seine Helfershelfer zu opfern, wenn sie auf diese Weise die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zum Frieden bewegen könnten. Die Vereinigten Staaten ließen sich jedoch nicht bestechen, sondern sie bestünden auf der Parole: bedingungslose Übergabe! Der Krieg, den das amerikanische Volk führe, sei ein Krieg zur Befreiung der Welt von Unterdrückung, Furcht und Versklavung. Die Vereinigten Staaten kämpften für die Freiheit der ganzen Welt. Ihre Sache sei die der ganzen Menschheit. Sie würden ihre Sache verraten, wenn sie sich

mit dem Feind der Menschheit in Verhandlungen einließen. Die Vereinigten Staaten dürften sich in keinen falschen Frieden hineinmanövrieren lassen[60]. Am 4. Juli warnte Morgenthau nochmals öffentlich vor einer „falschen Kapitulation“. Die Vereinigten Staaten führten einen totalen Krieg. Sie könnten sich lediglich mit einem totalen Sieg zufrieden geben. Alles andere wäre Verrat an denen, die gekämpft hätten und gefallen seien[61]. Morgenthau behauptete am 19. Juni, er habe keine geheimen Informationen. Wußte er aber vielleicht doch von der deutschen Widerstandsbewegung, die sich eben anschickte, zu ihrem entscheidenden Schlag auszuholen? Klangen seine Worte nicht wie eine höhnische Absage an die Männer des 20. Juli? Bedeutete das, was er sagte, nicht, das ganze deutsche Volk sei schuldig und träume noch im Augenblick der bevorstehenden Niederlage von Weltherrschaft? Das ganze deutsche Volk sei der Feind der Menschheit?
Am 13. August erklärte Morgenthau in einer Rundfunkrede aus London, Deutschland und Japan müßten entwaffnet werden und dauernd entwaffnet bleiben. Es müsse sichergestellt werden, daß sie nie wieder Angreiferländer werden könnten. Ewige Wachsamkeit sei erforderlich. Die von den Alliierten im Krieg gezeigte Einigkeit müsse auch im künftigen Frieden erhalten bleiben[62].
Inzwischen hatte Morgenthau seinen Plan zur Zerstörung der deutschen Wirtschaft und zur Umwandlung Deutschlands in ein „pastorales“ Land in seinen Grundzügen entworfen, und die Geschichte und Erläuterung des Morgenthauplans bildet den eigentlichen Inhalt dieses Buchs.

Zurück in Fishkill

Im folgenden beschäftigen wir uns noch kurz mit dem Tun des Privatmanns Morgenthau nach seinem am 5. 7. 45 erfolgten Ausscheiden aus dem Kabinett des Präsidenten Truman. Morgenthau begann jetzt erneut das Leben eines Gentleman-Farmers in Fishkill. Die Deutschlandfrage stand trotzdem noch lange im Vordergrund seiner Interessen, wie sich auch aus seinem am 5. Okt. 1945 veröffentlichten Buch *Germany is our problem* und aus zahlreichen Reden und Erklärungen aus dieser und der folgenden Zeit ergibt. Von Anfang April 1946 an betätigte sich Morgenthau einige Zeit als Rundfunkkommentator. Von Ende 1948 ab war er kurze Zeit als Bankdirektor tätig[63].
Vielleicht war Morgenthaus Ausscheiden aus der Regierung nicht nur auf Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Außenpolitik Trumans, sondern auch auf andere Differenzen zurückzuführen. Morgenthau galt zusammen mit Innenminister Ickes und dem früheren Vizepräsidenten und damaligen Handelsminister Wallace als Repräsentant des linken Flügels der Demokratischen

Partei. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei verschärften sich bald nach Trumans Regierungsantritt. Im November 1946 trat dann eine „Konferenz der Progressiven" zusammen, bestehend aus unzufriedenen, linksstehenden Mitgliedern der Partei, die Morgenthau zu ihrem Vorsitzenden wählten. Die Konferenz beteuerte, sie beabsichtige, ihre Reformarbeiten im Rahmen der Partei zu verwirklichen, an die Gründung einer neuen Partei werde nicht gedacht[64].

Im folgenden Jahr gründete aber Henry Wallace seine Progressive Party, und es entstanden Gerüchte, Morgenthau sympathisiere mit dieser Partei, die öffentlich für einige Forderungen des Morgenthauplans eintrat. Zweifel an Morgenthaus Haltung wurden aber am 30. Dez. 1947 beseitigt, an welchem Tag dieser eine Aussprache mit Truman hatte. Im Anschluß daran erklärte Morgenthau, Präsident Roosevelt habe sich selbst für Truman und gegen Wallace entschieden, als er 1944 Trumans Wahl zum Vizepräsidenten durchgesetzt habe, und er füge sich der Entscheidung des früheren Präsidenten[65].

Der Zionist Morgenthau

Am 2. Januar 1947 war Morgenthau zum ersten Vorsitzenden des United Jewish Appeal gewählt worden, einer Dachorganisation jüdischer Verbände in den Vereinigten Staaten, die insbesondere Gelder für den in der Entstehung begriffenen Staat Israel aufzubringen hatte. Morgenthau hatte diese Stellung bis 1950 inne[66]. Wie er später sagte, mache er eine jährliche Pilgerfahrt nach Israel. Er ist auch wiederholt für enge politische Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten eingetreten und hatte am 3. Jan. 1951 eine Unterredung mit Präsident Truman über die Israel-Frage, über deren Inhalt nichts bekannt geworden ist[67]. Der Staat Israel hat Morgenthaus Bemühungen schon 1948 damit belohnt, daß er eine neue Siedlung in Gegenwart Morgenthaus mit dem hebräischen Äquivalent seines Familiennamens benannte[68].

Wie allgemein anerkannt ist, bezeichnet das Wort Zionismus diejenige Bewegung im jüdischen Volk, die die Neuerrichtung eines jüdischen Staates in Palästina zum Ziel hat. Wir erinnern daran, daß Blum behauptet hat, Morgenthau sei kein Zionist gewesen[69]. Die Wahrheit ist jedoch, daß Morgenthau drei Jahre lang Leiter eines der führenden zionistischen Verbände in den Vereinigten Staaten gewesen ist.

Von 1950/51 ab hat sich Morgenthau mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Seine letzte öffentliche politische Stellungnahme war anscheinend eine Rede, die er am 21. Nov. 1950 vor dem Congress of Industrial Organization, einem Arbeitnehmerverband, gehalten hat. Morgenthau

gab dabei seiner Sorge Ausdruck, Westdeutschland könnte von ehemaligen Nazis beherrscht werden, deren Ideen von denen des Sowjetkommunismus nicht weit entfernt sein würden. Bevor diese Ex-Nazis von den Demokratien als ebenbürtige Partner anerkannt werden könnten, müsse dafür gesorgt werden, daß diese Leute nicht zu einer Fünften Kolonne würden, die sich an den Meistbietenden verkaufe[70]. Vom Morgenthauplan war nicht mehr die Rede.

Morgenthaus Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben hatte vielleicht auch gesundheitliche Gründe. Im Dezember 1952 mußte er sich einer Magenoperation unterziehen, und im April 1950 und September 1961 hatte er leichte Herzanfälle. Der Hauptgrund für seine Abwendung von der Tagespolitik war aber nach seinen eigenen Angaben persönlicher Natur. 1949 war seine Frau gestorben, und im November 1951 heiratete er Marcelle Puthon Hirsch. Es sei vor allem der Einfluß seiner zweiten Frau gewesen, der ihm eine ganz neue Lebensauffassung vermittelt habe. „Marcelle", so schrieb Morgenthau 1959, „die französischer Abstammung ist, hatte beide Füße auf dem Boden ... und ihre Stellung zur Welt und zu den Leuten im allgemeinen halfen mir, eine neue Philosophie zu entwickeln, die frei von allen politischen Bestrebungen und allem politischem Ehrgeiz ist."[71]

Morgenthaus Audienz bei Papst Pius XII.

Morgenthaus Hauptinteresse waren von jetzt ab anscheinend Reisen. Schon im Sommer 1948 war er als Tourist in Italien und war am 26. Aug. von Papst Pius XII. in besonderer Audienz empfangen worden[72]. In den folgenden Jahren finden wir ihn am Golf von Biskaya, in Indien, Hongkong und am Fuß des Keniaberges. Von etwa 1958 ab war sein Name in der amerikanischen Presse kaum mehr zu finden. Von einigen amerikanischen Zeitungsschreibern war er sogar vorzeitig totgesagt worden. Keine der großen amerikanischen Tageszeitungen hat seiner am 11. Juni 1966 aus Anlaß seines 75. Geburtstags gedacht. Morgenthau ist dann am 6. Febr. 1967 in einem Krankenhaus in der Nähe von Fishkill gestorben[73] An dem am 9. Febr. in der Synagoge Emanu-el in New York abgehaltenen Trauergottesdienst sollen ungefähr dreihundert Personen teilgenommen haben, darunter auch einige ehemalige Mitarbeiter Morgenthaus im Finanzministerium. Vertreter der amerikanischen Regierung waren, entgegen der allgemeinen Übung, nicht anwesend[74].

[1] Morgenthau, sen., Henry: *Ambassador Morgenthau's story.* 1918, 263

[2] Morgenthau, sen., Henry: aaO 83 ff

[3] Führenden Anteil an der Aufdeckung dieses Schwindels hatten zwei Amerikaner, Prof. Sidney B. Fay (siehe besonders dessen Aufsatz: „New light on the origins of the World War...“, in *American Historical Review* (25), 1920, 629 f, 638) und der 1968 verstorbene amerikanische Altmeister der Kriegsschuldforschung zum Ersten Weltkrieg, Harry Elmer Barnes; vgl. insbes. seinen Aufsatz in der Zweimonatsschrift *Liberation* (3), 1958, 5/6, 4 ff: „Revisionism and the promotion of peace“

[4] NYT, 9. 1. 1944, 29, Sp. 1

[5] Die Gefährlichkeit der Industriellen wurde auch als weiterer Grund für die Zerstörung der Notwendigkeit der deutschen Industrie herangezogen.

[6] NYT, 8. 2. 1967, 16, Sp. 4; vgl. NYT 3. 5. 1950, 50, Sp. 7

[7] Freidel, Frank: *Franklin D. Roosevelt. The Ordeal.* 1957, 115

[8] Blum I, 35

[9] Blum I, V

[10] Blum I, 34

[11] Morgenthau in *Colliers,* 1. 11. 1947, 18

[12] Vgl. Blum III, 354

[13] Vgl. Morgenthau in *Colliers,* 25. 10. 1947, 86, und zahlreiche Beispiele in den drei Blum-Bänden, z. B. Blum I, 436; Blum II, 26 f

[14] Vgl. NYT, 3. 5. 1950, 50, Sp. 7, wo von einem Verkauf parzellierter Grundstücke die Rede ist, die zur Hälfte Morgenthau und zum Nachlaß des Präsidenten gehörten.

[15] Blum I, 16; 21 f

[16] als Leiter der vom Präsidenten Hoover gegründeten Farm Credit Administration

[17] Blum I, 31

[18] Blum I, 55 ff. Aus dieser Zeit datiert auch Morgenthaus freundschaftliches Verhältnis zum russischen Außenkommissar Litwinow, das ihm dann später zugutekam, nachdem Litwinow als Botschafter nach Washington berufen worden war.

[19] so Schlesinger, Arthur M. jr: *The age of Roosevelt; The crisis of the old order, 1919–1933.* 1957, 469

[20] Am 9. 7. 1937 beschuldigte der einflußreiche Kongreßmann Hamilton Fish, wahrscheinlich zu Unrecht, den Vater Morgenthaus der Steuerhinterziehung. Vgl. NYT, 10. 7. 1937, 4, Sp. 5. Die amerikanische Steuergesetzgebung gab damals großen Vermögen oft die Möglichkeit, Steuergesetze legal, insbesondere durch Gründung von Familienstiftungen zu umgehen, und offenbar hat Morgenthau sen. diese Möglichkeiten geschickt ausgenutzt.

[21] Nur einmal soll er mit dem Präsidenten eine ernste Differenz gehabt haben, als Roosevelt 1937 infolge neuerlicher Konjunkturrückgänge eine Politik weiterer großer Ausgaben, für die Deckungen nicht vorhanden waren, befürwortete. Roosevelts Appell, ihn in einer Stunde nationalen Notstands nicht zu verlassen, habe Morgenthau, nach seiner eigenen Behauptung, davon abgehalten, sein geplantes Rücktrittsgesuch einzureichen; vgl. *Morgenthau* in *Colliers,* 24. 9. 47, 42. Über frühere Gerüchte von Rücktrittsabsichten Morgenthaus vgl. NYT, 28. 1. 1936, 25, Sp. 4

[22] Vgl. Hull, Cordell: *Memoirs.* 1948, 207 ff; Pratt, Julius: *Cordell Hull 1933–1944.* 1946, 24–29; 353; vgl. auch Blum I, 181; Blum II, 261

[23] so Catledge, Turner in *The New York Times Magazine,* 4. 6. 1939, 13

[24] Blum I, 6 f

[25] Blum I, 9

[26] Hull: *Memoirs.* 207 ff

[27] so, außer Hull, auch Penrose, E. F.: *Economic planning of the peace.* 1953. 248, 253; Davids, Jules: *America and the world of our time. U.S. diplomacy in the 20th century.* 1960. 291

[28] Blum II, 81

[29] Morgenthau und sein Ministerium machten daher zahlreiche, meist allerdings erfolglose Versuche, England und Frankreich finanziell zu stützen, und es war Morgenthaus besonderes Verdienst, daß am 25. 9. ein Dreimächte-Abkommen unterzeichnet werden konnte, durch das die Währungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs aufeinander festgelegt wurden. Ermutigt durch diesen Erfolg, hoffte Morgenthau, auch die Sowjetunion auf die Grundsätze dieses Abkommens festlegen zu können. Alle Fühler in dieser Hinsicht waren aber erfolglos. Vgl. bes. Blum I, 155–160, 175 f

[30] Blum I, 450–455

[31] anscheinend vor allem, weil er glaubte, der amerikanischen Regierung wären im Fall eines ernsthaften europäischen Konflikts infolge des neuen Neutralitätsgesetzes von 1935/1938 die Hände gebunden und es wäre schon darum mit sicherer amerikanischer Unterstützung nicht zu rechnen.

[32] über ihn vgl. das nächste Kapitel

[33] Die Rohstoffe sollten in den Vereinigten Staaten als Materialreserve für einen künftigen Krieg aufgespeichert werden; das wäre, wie Morgenthau meinte, ein geringer Preis für die Lahmlegung der Aggressoren. Nach einigem Schwanken ging aber Roosevelt auf diese Ideen, die auch eine Mitwirkung der Sowjetunion ins Auge faßten, nicht ein. Whites Denkschrift ist abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 83–87; vgl. auch Langer, William, und S. E. Gleason: *The challenge to isolation, 1937–1940.* 1952, 82, und Blum II, 89 f

[34] Die wichtigste war die am 22. 6. 1936 beschlossene Einführung von Kampfzöllen gegen die Einfuhr gewisser deutscher Industrie-Erzeugnisse, mit denen das amerikanische Finanzministerium gegen angebliches deutsches Dumping vorgehen wollte. Nach Aufgabe der gerügten Verkaufsmethoden wurden am 18. 8. die normalen Zölle wiederhergestellt.

[35] Blum 1, 521

[36] Blum I, 527; vgl. auch Hull: *Memoirs,* 472

[37] Vgl. Blum II, 64–68. Eine aufgeregte Debatte im Kongreß und in der Presse folgte, als beim Probeflug eines der von Frankreich gewünschten Flugzeuge der französische Beobachter verletzt und so die ganze Sache in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Vgl. NYT, 28. 1. 1939, 1, Sp. 8, und 29. 1., 1, Sp. 6

[38] Dem genannten Neutralitätsgesetz von 1935 war 1937 eine (auf eine Anregung von Bernard M. Baruch zurückgehende) „cash-and-carry"-Klausel eingefügt worden, wonach kriegswichtige Rohstoffe nach den kriegführenden Ländern lediglich gegen Barzahlung und auf nichtamerikanischen Schiffen ausgeführt werden durften. Dieses cash und carry wurde jetzt auch auf Waffen und Kriegsmaterial angewandt.

[39] Vgl. Langer und Gleason: aaO 428; über die spätere Entwicklung vgl. dieselben: *The undeclared war 1940–1941.* 1953, 193 ff, 439

[40] Vgl. bes. Blum II, 426; Langer und Gleason: *Undeclared war.* 262 ff. Morgenthau verstand es jedoch, sich in der Öffentlichkeit geschickt im Hintergrund zu halten.

[41] wobei ihm seine 1933 in Washington angeknüpften Beziehungen mit Litwinow zugute kamen, der im Dez. 1941 Botschafter der Sowjetunion in den Vereinigten Staaten wurde.

[42] Langer und Gleason: *Undeclared war.* 219, 424 f

[43] Blum II, 367 f

[44] *The New York Times Magazine,* 22. 6. 1941, 10. Morgenthau erklärte weiter um diese Zeit in einer Rede: „Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir lieber auf

unseren Füßen sterben oder auf unseren Knien leben wollen." Die Vereinigten Staaten könnten ihre Freiheit nicht bewahren, falls sie jetzt nicht bereit seien, für sie bis zum letzten Mann zu kämpfen. Vgl. NYT, 15. 6. 1941, 39, Sp. 3

[45] Vgl. das in *Morgenthau Diary (Germany)*, 328 f abgedruckte, von H. D. White entworfene Schreiben an den Präsidenten v. 28. 8. 1942, das aber anscheinend nicht abgesandt worden ist.

[46] Blum III, 144. Die Unterhaltung hat anscheinend am 5. 8. 1942 stattgefunden.

[47] Blum III, 127

[48] Vgl. das von zwei britischen, Morgenthau zugeteilten Offizieren angefertigte Reisetagebuch, abgedruckt in *Interlocking Subversion*, 2591–2594

[49] NYT, 17. 10. 1942, 1, Sp. 6; The Times (London), 17. 10., 6, Sp. 6. Vgl. auch Blum III, 130

[50] Am 21. Okt. wurde er vom König von England im Buckingham-Palast empfangen und speiste anschließend mit ihm und der Königin zu Mittag. NYT, 22. 10., 3, Sp. 3; *The Times* (London), 7, Sp. 2; vgl. Blum III, 129 f, wo man sich auch über die besondere Liebenswürdigkeit unterrichten kann, mit der die Königin Morgenthau behandelte.

[51] *The Times* (London), 30. Okt., 3, Sp. 5. Diese Episode wurde von der amerikanischen Presse und wird auch in Blum III ignoriert.

[52] Unsere einzige, aber sehr zuverlässige Quelle für diese Angelegenheit ist Hassett, William D.: *Off the record with F. D. R., 1942–1945*. 1958, 137. Hassett war während der genannten Zeit Privatsekretär Roosevelts. Das Buch enthält dessen (nicht zur Veröffentlichung bestimmte) Tagebucheinträge. Roosevelt spielte mit seiner Bemerkung auf einen Aufsatz von Henry Morgenthau sen. in *World's Work* v. Juli 1921 an (teilweise abgedruckt in seinem Buch *All in a lifetime*, 404), wo es am Schluß heißt: „Wir amerikanischen Juden haben in den Vereinigten Staaten unser Zion gefunden. Ich weigere mich, mich als Zionisten bezeichnen zu lassen. Ich bin Amerikaner!"

[53] Blum III, 207

[54] Vgl. bes. Murphy, Robert: *Diplomat among warriors*. 1964. Blum III, 147–152; 155 f

[55] NYT, 22. Okt. 1943, 9, Sp. 1

[56] NYT, 5. 11. 1943, 23, Sp. 1. Blum kommt hierauf nicht zu sprechen.

[57] Die Denkschrift ist abgedruckt in Morse, Arthur D.: *While six million died*. 1968, wo diese ganze Angelegenheit auf Grund zahlreicher, z. T. bisher nicht zugänglicher Quellen untersucht wird. Vgl. auch Blum III, 209–223

[58] Vgl. Blum III, 218 f

[59] Das Außenministerium kämpfte, was die vorgesehenen Rettungsaktionen betraf, mit ungeheuren Schwierigkeiten, die auch auf die Haltung der britischen Regierung, auf die Haltung anderer europäischer Regierungen, einschließlich der Schweiz, die auf peinliche Einhaltung der Einwanderungsvorschriften bestanden, auf die veraltete amerikanische Einwanderungsgesetzgebung, nicht zuletzt aber auf die Haltung des Präsidenten Roosevelt zurückzuführen waren, der zwar Pläne zur Ansiedlung der Juden in Kamerun, in Palästina, Nordafrika und später auch in Italien erwog, aber offenbar von der Schaffung eines „safe haven" für eine große Zahl jüdischer Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten lange nichts wissen wollte.

[60] NYT, 20. 6., 17, Sp. 1. Vgl. auch Blum III, 333, wo der Inhalt der Reden verharmlost und behauptet wird, Roosevelt und Hull hätten den Inhalt der Rede im voraus genehmigt.

[61] NYT, 5. 7., 1, Sp. 2

[62] NYT, 14. Aug. 1944, 10, Sp. 3

[63] NYT, 4. 4. 1946, 29, Sp. 4, und 29. 12. 1948, 29, Sp. 7

[64] NYT, 9. 11. 1946. 3, Sp. 1; vgl. ebd. 16. 10., 1, Sp. 6

[65] NYT, 31. Dez. 1947, 2, Sp. 7

[66] NYT, 3. 1. 1947, 10, Sp. 7. Von 1950 bis 1953 war er Ehrenvorsitzender dieses Verbands.

[67] Vgl. NYT, 13. 1. 1952, 4, Sp. 3; 17. 3. 1948, 3, Sp. 3; 4. 1. 1951, 20, Sp. 6

[68] NYT, 28. 10. 1948, 7, Sp. 4

[69] Vgl. Text zu Anm. 53

[70] NYT, 22. Nov. 1950, 16, Sp. 1

[71] Morgenthau in Blum I, XVI

[72] NYT, 27. August 1948, 4, Sp. 2

[73] NYT, 8. Febr. 1967, 16, Sp. 4

[74] NYT, 10. 2. 1967, 35, Sp. 3. Auch von einem Beileidsschreiben des Präsidenten an die Witwe Morgenthaus, wie es in solchen Fällen sonst üblich ist, hat man nichts gehört.

Fünftes Kapitel

HARRY DEXTER WHITE, EIN SOWJETSPION?

Die Brownell-Rede vom 6. November 1953

Von Ende 1953 ab wurde der Morgenthauplan in den Vereinigten Staaten mitunter White-Morgenthau-Plan oder einfach White-Plan genannt. Der unmittelbare Anlaß zu diesem Bezeichnungswandel war eine Rede von Herbert Brownell jr., dem Justizminister (U.S. Attorney General) des Präsidenten Eisenhower, v. 6. Nov. 1953[1], in der Brownell den ehemaligen Assistant Secretary im amerikanischen Finanzministerium und engen Mitarbeiter Morgenthaus, Harry Dexter White, als „sowjetrussischen Spion" und „Verfasser des Morgenthauplans" bezeichnet hat.
White wurde am 29. Okt. 1892 als jüngster Sohn der litauisch-jüdischen Einwanderer Jakob und Sarah Weit in Boston geboren, wo sein Vater sein Geld zunächst als Hausierer verdiente, zwanzig Jahre später aber Eigentümer von vier Eisenwaren- und Steingutgeschäften war. Harry übernahm nach dem Tod seines Vaters eines dieser Geschäfte. Nach dem Ersten Weltkrieg studierte er Wirtschaftswissenschaften, unterrichtete an verschiedenen Universitäten und Colleges und erwarb den Doktorgrad der Harvard-Universität[2].

Whites Aufstieg im Finanzministerium

Whites Aufstieg begann im Juni 1934, als er auf Empfehlung des Professors Jacob Viner von der Universität Chicago als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter ins Finanzministerium nach Washington berufen wurde. Bald erwarb er sich das Vertrauen Morgenthaus und machte rasch Karriere. 1936 wurde er stellvertretender Leiter der neugegründeten Abteilung für Geldforschung und Statistik und am 25. März 1938 Leiter dieser Abteilung[3]. White beschäftigte sich zunächst mit theoretischer Währungsforschung. 1934/35 unternahm er im Auftrag seines Ministeriums Reisen nach Belgien, Holland und England zum Zweck des Studiums der Währungen dieser Länder. Bald wurde er von Morgenthau zur Bearbeitung währungspolitischer Tagesfragen herangezogen

und soll diesen schon bei den Verhandlungen beraten haben, die zum Drei-Mächte-Abkommen v. 25. Sept. 1936[4] geführt haben. Auch für die Finanzen der chinesischen Nationalregierung hat sich White frühzeitig interessiert und machte von 1936 an Vorschläge zur Stützung der chinesischen Währung[5]. Whites Einfluß auf die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten stieg, nachdem ihm Morgenthau im Frühjahr 1941 die Verantwortung für alle Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung Chinas übertragen hatte[6]. Im November 1941 griff White in vielleicht verhängnisvoller Weise in die Verhandlungen mit Japan ein, die sich ihrem entscheidenden Stadium näherten. In einer anscheinend auf Morgenthaus Ersuchen ausgearbeiteten Denkschrift forderte er u. a. den Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus China, Indochina und Siam sowie aus der Mandschurei, falls die Sowjetunion ihre Truppen von der mandschurisch-chinesischen Grenze zurückziehen würde[7]. Unter dem Einfluß von Whites Niederschrift wurde die amerikanische Note verschärft, die den Japanern am 26. Nov. 1941 überreicht und von diesen mit dem Angriff auf Pearl Harbor beantwortet worden ist.

White oberster Deutschland-Berater Morgenthaus

Am 15. Dez. 1941 ernannte Morgenthau White zu seinem obersten Bevollmächtigten in allen Angelegenheiten, die mit Fragen der Außenpolitik zu tun hatten und zu seinem Verbindungsmann zum Außenministerium[8]. Im Herbst 1942 hatte White, wie bereits berichtet, Morgenthau als einziger von dessen Mitarbeitern nach England begleitet. Am 25. Febr. 1943 wurde White Beauftragter Morgenthaus in allen Angelegenheiten, die mit den Operationen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten im Ausland zu tun haben, „einschließlich solcher Gebiete, in welchen Streitkräfte der Vereinigten Staaten künftig operieren mögen“[9]. Auf Grund dieser Verfügung waren also auch die künftige Besatzungspolitik in Deutschland betreffende Fragen, soweit das Finanzministerium ein Mitspracherecht hatte, in den Händen von White konzentriert. Whites außenpolitischer Einfluß zeigte sich auch daran, daß er von jetzt ab des öfteren von Morgenthau zu seinen Besprechungen internationaler Fragen mit dem Präsidenten zugezogen wurde[10].

Inzwischen hatte Morgenthau White beauftragt, einen Plan zur künftigen internationalen Finanz- und Geldpolitik auszuarbeiten, dessen Ergebnis stabile Währungen, vergrößerter Welthandel, größere industrielle Produktion und Beseitigung der Arbeitslosigkeit sein sollten[11]. Diese Vorschläge, die White dann später, nach eingehenden Auseinandersetzungen mit Finanzsachverständigen anderer Länder, insbesondere dem britischen Finanzexperten Lord Keynes, umarbeitete und verbesserte, sind unter dem Namen

„White-Plan" bekannt geworden. Sie bildeten die Richtlinien für die Beratungen der Bretton Woods-Konferenz (1.–22. 7. 1944), die dann zur Errichtung der von White-Keynes vorgeschlagenen *International Bank for Reconstruction and Development* und eines *International Monetary Fund* führten. White wurde am 26. Febr. 1946 vom Präsidenten Truman zum amerikanischen Direktor des *Monetary Fund* ernannt, welche Stellung er am 28. April 1948 überraschend niederlegte[12].
Anfang August 1944 hatte White Morgenthau nach London begleitet und war anwesend, als Morgenthau am 12. Aug. seinen Plan zur Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland vor Mitgliedern der amerikanischen Botschaft entwickelte. Anschließend ergänzte er Morgenthaus Ausführungen durch einen eigenen Vortrag. Unter Whites Leitung wurde schließlich auch der Morgenthauplan ausgearbeitet. White hat dann als einziger Ratgeber Morgenthaus und Roosevelts am 13. Sept. an der Aussprache mit Churchill in Quebec teilgenommen, die am 15. Sept. zur Paraphierung eines Abkommens durch beide Regierungschefs führte, das als gemilderter Morgenthauplan bezeichnet werden kann. Am 18. Januar 1945 wurde White zum Assistant Secretary im Finanzministerium ernannt und behielt diesen Posten nach dem am 5. Juli 1945 erfolgten Ausscheiden Morgenthaus aus dem Kabinett des Präsidenten Truman bei[13]. Offenbar wurde Morgenthaus Erlaß vom 25. Febr. 1943 von dessen Nachfolger Vinson nicht aufgehoben. Whites Einfluß auf die amerikanische Deutschlandpolitik war daher vermutlich nicht zu Ende.
White hatte auch an der Ausarbeitung von Morgenthaus im Oktober 1945 veröffentlichten Buch *Germany is our problem* führend teilgenommen. Die Arbeiten am Buch waren im Finanzministerium schon ein Jahr früher begonnen worden, und White setzte sie auch nach Morgenthaus Ausscheiden aus der Regierung fort[14].

„Japanischer Morgenthauplan"

Man hat Whites genannte Denkschrift vom November 1941 zur Frage der Beilegung der amerikanisch-japanischen Spannungen in irreführender Weise als „japanischen Morgenthauplan" bezeichnet. Offenbar hat sich aber White ernsthaft mit der Absicht eines „Morgenthauplans" für Japan getragen, denn am 9. Dez. 1944 schrieb er an Morgenthau im Zusammenhang mit den Arbeiten am „deutschen Buch": „Nebenbei bemerkt, habe ich einige Leute des Finanzministeriums mit der Ausarbeitung eines ähnlichen Buchs für Japan beauftragt. Wie weit wir in dieser Sache gehen wollen, kann späterer Entscheidung vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit, denke ich, wäre es gut, diese Arbeiten aufzunehmen, für den Fall, daß Sie aufgefordert werden sollten, einen Plan für Japan vorzulegen."[15] Über den weiteren Verlauf dieser

Arbeiten ist nichts bekannt. Doch wurden sie offenbar von Morgenthau gefördert[16].

War White Sowjetspion?

Seit spätestens 1941 soll White für die Sowjetunion Spionage getrieben haben. Auch einige seiner engsten Mitarbeiter im Finanzministerium waren der Spionage für Sowjetrußland verdächtig. Am 5. Nov. 1945 – ein Jahr und sechs Wochen nach dem Bekanntwerden des Morgenthauplans – sandte der Direktor des Federal Bureau of Investigation, J. Edgar Hoover, dem Präsidenten Truman einen Bericht, in dem White verdächtigt wurde, für die Sowjetunion Spionage zu treiben. Diese Warnung wurde jedoch vom Präsidenten ebenso ignoriert wie zwei weitere vom Dezember 1945 und Februar 1946. Vielmehr ernannte Truman White am 26. Januar 1946 zum Direktor des *Monetary Fund* und dankte ihm in einem Schreiben vom 30. April 1946, das in *Interlocking Subversion* (958) abgedruckt ist.

White von zwei Zeugen schwer belastet

Kurz nach seinem am 28. April 1948 erfolgten Rücktritt vom Amt beauftragte dann das Justizministerium eine Grand Jury (Anklagebehörde bei den Bundesgerichten), zu prüfen, ob gegen White Anklage wegen Landesverrats erhoben werden sollte. Die Grand Jury hielt das vorliegende Beweismaterial nicht für ausreichend, so daß von der Anklage abgesehen wurde[17]. Da das Verfahren vor der Grand Jury geheim ist, erfuhr die Öffentlichkeit davon erst im August 1948, nachdem zwei ehemalige kommunistische Agenten, die auch dem *Federal Bureau of Investigation* Informationen geliefert hatten, White im Juli und August 1948 vor dem Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Machenschaften des Repräsentantenhauses schwer belastet hatten[18]. White hat darauf den Ausschuß gebeten, sich vor ihm gegen die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen verteidigen zu dürfen und wurde am 13. Aug. 1948 vom Ausschuß als Zeuge vernommen[19]. Er leugnete, jemals Spionage getrieben zu haben oder Mitglied der Kommunistischen Partei oder von kommunistischen Spionageorganisationen gewesen zu sein[20].

White über seine Mitarbeit am Morgenthauplan

Bei dieser Gelegenheit kam White auf seine Mitarbeit am Morgenthauplan zu sprechen. Wir geben die betreffende Stelle wörtlich wieder:

„Kongreßmann McDowell: Mr. White, darf ich mich mit Ihnen bekannt machen? Ich habe gehört, Sie seien der Verfasser des berühmten Morgenthauplans.
White: Haben Sie zufällig auch gehört, daß ich Verfasser des berühmten White-Plans bin?
McDowell: Ja!
White: Also Sie haben! Anscheinend haben Sie von mir gehört? Nein, ich würde nicht so weit gehen. Ich möchte sagen, daß ich an der Abfassung der Denkschrift in verantwortlicher Weise mitgearbeitet habe, die dann dem Präsidenten und den zuständigen Stellen übersandt oder übergeben wurde. Dürfte ich mich dazu näher äußern?
McDowell: Besser nicht!
White: Würden Sie es vorziehen, daß ich nicht weiter darauf eingehe?
McDowell: Ich wünsche, daß Sie nicht weiter darüber sprechen."[21]
Es ist bedauerlich, daß White keine Gelegenheit gegeben wurde, sich über seine Mitarbeit am Morgenthauplan im einzelnen zu äußern, um so mehr, als er drei Tage nach seiner Vernehmung tot war. Als Todesursache wurde Herzschlag angegeben[22]. Es tauchten aber Gerüchte auf, White sei an einer Überdosis von Schlaftabletten gestorben, und diese Gerüchte sind bis heute nicht völlig verstummt[23]. Da das gegen White zur Zeit seines Todes vorliegende Beweismaterial lückenhaft war, rief sein Tod in der amerikanischen Öffentlichkeit vielfach Teilnahme hervor[24]. Etwa drei Monate nach Whites Tod wurde aber weiteres, White schwer belastendes Material gefunden[25]. Die Überzeugung, daß White tatsächlich für die Sowjetunion spioniert hatte, war von jetzt ab fast allgemein.

Hat Truman versagt?

Aber erst seit der Brownell-Rede v. 6. Nov. 1953 gab es einen Fall White. War doch durch sie bekannt geworden, daß Truman die wiederholten, White betreffenden Warnungen des amerikanischen Sicherheitsdienstes ignoriert hatte. Die Angelegenheit hat die amerikanische Öffentlichkeit tief erregt, und die Presse hat sich wochenlang mit ihr beschäftigt. Wie war es möglich, fragten jetzt viele, daß der Präsident einen notorischen Sowjetspion in Schutz nahm? Ex-Präsident Truman verteidigte sich sofort in einer Rundfunkrede gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe laxer Amtsführung und machte geltend, im Winter 1945/46 habe er von den gegen White erhobenen Beschuldigungen noch nichts gewußt[26]. Sein eigener ehemaliger Außenminister Byrnes bestritt jedoch die Richtigkeit dieser Ausführungen und behauptete, er selbst habe am 6. Febr. 1946 mit Truman über diese Warnungen des Sicher-

heitsdienstes gesprochen, und Truman sei daher spätestens seit diesem Zeitpunkt mit dem Fall vertraut gewesen[27]. Dies war knapp einen Monat, ehe Truman entschied, daß sich die Vereinigten Staaten den von der Sowjetunion an die Türkei gerichteten Forderungen widersetzen sollten und daß ein Versuch der Russen, die Dardanellen und das Gebiet des östlichen Mittelmeers unter ihre Kontrolle zu bringen, notfalls verhindert werden müßte. Jetzt hatten sich die Vereinigten Staaten nach langem Schwanken endgültig festgelegt. Wie konnte, wurde weiter gefragt, unter solchen Umständen ein Mann in einer wichtigen Stellung belassen werden, der im Verdacht stand, für die Sowjetunion Spionage getrieben zu haben?[28] Diese Laxheit den Kommunisten gegenüber, stellte am 14. Nov. 1953 der außenpolitische Chefkorrespondent der New York Times, Reston, fest[29], sei das größte Geschenk gewesen, das dem Kreml von irgendeinem Land zuteil geworden sei. Und es wurde wiederholt darauf hingewiesen, diese Laxheit sei lediglich das Erbe, das Truman von der Roosevelt-Regierung übernommen habe. Niemand, schrieb das Nachrichtenmagazin *Time* am 23. Nov. 1953 (21), beschuldige Roosevelt und Truman des Verrats. Was man ihnen aber vorwerfen müsse sei, daß sie ein politisches Klima geschaffen hätten, in dem der Verrat geblüht habe. Wir gehen auf diese Zusammenhänge nicht weiter ein, weisen aber darauf hin, daß allein im Finanzministerium außer White fünf Beamte in leitenden Stellungen verdächtigt waren, für die Sowjetunion Spionage zu treiben. Mindestens zwei von ihnen waren auf Whites Empfehlung in diese Behörde berufen worden und mit ihm eng befreundet[30]. Ein bündiger Beweis dafür, daß White Sowjetspion gewesen sei, ist nicht erbracht. Die gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe sind jedoch überwältigend[31].

Auch Whites Anteil am Zustandekommen des Morgenthauplans ist bisher nicht völlig aufgeklärt. Der einzige, der nach Whites Tod diese Zusammenhänge hätte einwandfrei aufklären können, Henry Morgenthau jr., hüllte sich während der im Anschluß an die Brownell-Rede einsetzenden Debatten zum Fall White in Stillschweigen, zum Leidwesen der vielen Reporter, die sich an seine Fersen hefteten[32]. Bei früheren Gelegenheiten hatte sich Morgenthau damit gebrüstet, der Urheber des Plans zu sein. Diese Behauptungen wurden durch das später zu Tage getretene Material nicht widerlegt. Sie stehen auch im Einklang mit der oben genannten Aussage Whites v. 13. 8. 1948 und mit den Darlegungen des Morgenthau-Biographen Blum[33]. Nach wie vor sehen wir daher in Morgenthau den eigentlichen Urheber des nach ihm benannten Plans und halten Brownells Behauptung, der wahre Schöpfer des Morgenthauplans sei White, für irrig. Whites sachverständige Mitarbeit ist jedoch eine Tatsache.

Morgenthaus Aussagen vor dem Eastland-Ausschuß

Der Unterausschuß für innere Sicherheit des Rechtsausschusses des amerikanischen Senats (Eastland-Ausschuß), der sich seit langem mit der Sowjetspionage in amerikanischen Regierungsstellen beschäftigt, hat seit Ende 1953 dem Fall White seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, zog zu seinen Untersuchungen auch die Morgenthau-„Tagebücher“ und den schriftlichen Nachlaß von H. D. White heran und hat sich auf diese Weise auch um die Aufklärung der Geschichte des Morgenthauplans Verdienste erworben. Am 1. Juni und 28. Okt. 1955 hat der Unterausschuß Morgenthau in nichtöffentlichen Sitzungen zum Fall White als Zeugen vernommen. Dieser erklärte am 1. Juni unter Eid, er habe erst nach seinem Rücktritt als Finanzminister von den gegen White erhobenen Beschuldigungen gehört. Hätte er früher von ihnen gewußt, so hätte er White vom Dienst suspendiert und den Fall untersucht. Hätten sich die Beschuldigungen als wahr herausgestellt, so hätte er White vom Dienst entlassen. Senator Eastland, der Vorsitzende des Unterausschusses, betonte bei dieser Gelegenheit, die Untersuchung sei nicht gegen Morgenthau gerichtet. Whites Anteil an der Urheberschaft des Morgenthauplans kam am 1. Juni nicht zur Sprache. In der Vernehmung v. 28. Okt. ging es anscheinend besonders um die Morgenthau-„Tagebücher“, und Morgenthau, der den Unterausschuß schon früher ermächtigt hatte, die „Tagebücher“ zu benutzen, genehmigte jetzt deren Veröffentlichung[34].

Amerikanische Behauptungen, der Morgenthauplan sei das Werk des Kremls

Es ist verständlich, daß sich in der bald nach Kriegsende einsetzenden Zeit zunehmender Kommunistenfurcht in den Vereinigten Staaten Stimmen erhoben, die den Morgenthauplan, der die Sowjetunion in vielfacher Weise zu begünstigen schien, mit der Sowjetspionage in Verbindung bringen wollten, eine Entwicklung, die durch die Brownell-Rede gefördert wurde. Diese Behauptungen gehen in erster Linie auf die Behauptungen der Exkommunistin Elizabeth Bentley vor einem Senatsausschuß v. 14. Aug. 1941 zurück[35]. Hier die wesentlichen Stellen im Wortlaut:

„Senator Eastland: Wissen Sie, wer den Morgenthauplan ausgearbeitet hat?
Bentley: Es geschah unter dem Einfluß von Harry Dexter White, der auf die Verwüstung Deutschlands hinarbeitete, denn das war, was die Russen wollten.
Senator Ferguson: Das war, was die Russen wollten?
Bentley: Sicher, Moskau wollte seine Industrien völlig zerstören, denn sie würden von keinem weiteren Nutzen für die Sowjetunion sein.
Morris (Rechtsberater des Ausschusses): Sie sagen, Harry White hat darauf hingearbeitet?

Bentley: Und unseren Instruktionen gemäß förderte er diese Politik energisch.
Senator Eastland: Wollen Sie sagen, daß es eine kommunistische Verschwörung gab, die Deutschland zerstören und schwächen wollte, so daß es uns nicht helfen könnte.
Bentley: Das ist richtig. Deutschland sollte nicht länger als Schranke dienen, durch welche der Westen geschützt werden könnte.
Senator Eastland: Und wurde Mr. Morgenthau, der Finanzminister der Vereinigten Staaten, von kommunistischen Agenten dazu benutzt, dieses Unternehmen zu fördern?
Bentley: Ich fürchte so, ja.
Senator Ferguson: Was meinen Sie mit dem Ausdruck: ‚Ich fürchte so?'
Bentley: Minister Morgenthau war sicher nicht in die kommunistische Verschwörung verwickelt. Ich wollte nicht den Eindruck erwecken, daß er das wissentlich tat."
Diese Aussagen von Miss Bentley dürfen wohl nicht ernst genommen werden. Was konnte sie, deren Aufgabe es nach ihren eigenen Angaben war, amtliche amerikanische Urkunden an einen sowjetrussischen Verbindungsmann weiterzuleiten, über die Absichten des Kremls wissen?[36] Trotzdem wurde von einigen amerikanischen Autoren behauptet, White habe den ihm vom russischen Geheimdienst zugespielten Deutschlandplan Morgenthau vorgelegt und ihn zu dessen Annahme überredet[37], und White habe seinen Plan im Auftrag Stalins fabriziert. Letztere Auffassung hat insbesondere der republikanische Senator William Langer wiederholt vertreten, zuletzt am 1. Febr. 1956 im Senat der Vereinigten Staaten[38]. Auffällt, daß in diesen Diskussionen Morgenthau selbst als – vielleicht – leichtgläubiges Opfer der Machenschaften Whites und anderer hingestellt wurde. Allerdings mit der Ausnahme: Am 14. Mai 1945 hatte Senator Langer im Senat im Anschluß an Bemerkungen über die Sowjetspionage in den Vereinigten Staaten und den „Meisterspion" Harry Dexter White erklärt: „Es ist jetzt erwiesen, daß diese beiden Präsidenten (Roosevelt und Truman) von Freunden und Nachbarn verraten worden sind, auf deren Vertrauen sie jeden Anspruch hatten."[39]. Letztere Bemerkung war eine klare Anspielung auf Morgenthau, den Freund und Dutchess County Nachbarn Roosevelts[40]. Offenbar kam der 1959 verstorbene Senator immer mehr zu der Überzeugung, daß im amerikanischen Finanzministerium seit langem eine riesenhafte Spionagezentrale der Sowjetunion am Werke war, mit dem Finanzminister der Vereinigten Staaten Henry Morgenthau jr. an ihrer Spitze.

[1] teilweise abgedruckt in NYT, 7. Nov. 1953, 1, Sp. 2. Auch der Linksradikale Max Lerner hatte in seiner noch zu nennenden Artikelreihe in *PM* v. Sept./Okt. 1944 schon alle drei Ausdrücke gebraucht, von denen sich aber lediglich Morgenthauplan eingebürgert hatte.

[2] Nach der Brownell-Rede haben sich vor allem die Wochenschriften *Time* und *United States News and World Report* Verdienste um die Aufklärung der Lebensgeschichte von White erworben. Vgl. bes. *Time*, 23. 11. 1953, 11 ff, *US News*, 20. 11. 1953, 17 ff, 110 ff. Vgl. auch *Business Week*, 28. 11. 196 f

[3] Whites Tätigkeit im Finanzministerium wurde seit Ende 1953 von dem Senats-Unterausschuß untersucht. Die Ergebnisse sind vor allem in Teil 29 und 30 der Veröffentlichung dieses Ausschusses *Interlocking Subversion* niedergelegt.

[4] Vgl. Kap. 5, Anm. 30

[5] Blum I, 223–228

[6] Blum II, 376

[7] Vgl. *U.S. Foreign Relations. Japan, 1931–1945;* Bd. 2, 1959, 768

[8] Vgl. *Interlocking Subversion. Final Report.* 29

[9] Morgenthaus Verfügung ist abgedruckt in *Interlocking Subversion,* 953; vgl. ebd. 2317 f; vgl. auch Blum III, 89 f

[10] Über zwei solche Besprechungen v. 18. und 25. Mai 1944 vgl. Hassett: aaO 244, 247

[11] „Suggested Plan for a United and Associated Nations Stabilization Fund and a Bank for Reconstruction and Development of the United and Associated Nations"; in *US Foreign Relations 1942,* Bd. I, 171–190. Der Plan trägt das Datum 15. 5. 1942.

[12] NYT, 27. 2. 1946, 9, Sp. 6, und 29. 4. 1948, 37, Sp. 6

[13] Über Whites Ernennung zum Assistant Secretary vgl. *Interlocking Subversion,* 1104 f

[14] Vgl. Morgenthaus Brief an die Witwe Whites v. 18. 8. 1948, abgedruckt in NYT, 12. 11. 1953, 20, Sp. 5

[15] Schreiben Whites an Morgenthau in *Morgenthau Diary (China),* 1387

[16] Morgenthau schrieb in dem in Anm. 21 genannten Brief noch: („White) ... machte wertvolle Vorschläge zur Behandlung der Deutschen und Japaner in der Nachkriegszeit." Am 25. Juni 1945 machte White Morgenthau darauf aufmerksam, daß mit der Ausarbeitung einer Anweisung für die künftigen amerikanischen Besatzungsbehörden in Japan begonnen worden sei; vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 1589

[17] Offenbar deshalb, weil wichtiges Material durch Abhören von Telefongesprächen gesichert worden war und weil nach dem damals geltenden Bundesrecht so erlangtes Beweismaterial nicht als Beweismittel gegen einen Beschuldigten benutzt werden durfte.

[18] Es handelte sich um Elizabeth Bentley, Verfasserin von *Out of Bondage,* 1951, und Whitaker Chambers, Verfasser von *Witness,* 1952. Miss Bentley hat in ihrer Veröffentlichung White als eine ihrer wichtigsten Informationsquellen bezeichnet, und Chambers hat in seinem Buch und in einigen Vernehmungen vor Kongreßausschüssen White ebenfalls schwer belastet. Über die Glaubwürdigkeit der beiden vgl. Packer, Robert E.: *Ex-Communist witnesses. Four studies in fact-finding.* 1962; bes. 57–60; 103, 222. Vgl. auch Latham, Earl: *The Communist controversy in Washington.* 1966, 174–179; 379

[19] U.S. House of Representatives, 80th Congress, 2nd Session. *Hearings before the Committee on Un-American activities.* 1948, 877–911

[20] Chambers und Bentley haben auch selbst ausgesagt, White sei nicht Parteimitglied gewesen.

[21] Whites Anspielung auf den „White-Plan“ war zweifellos eine Anspielung auf die im Text zu Anm. 12 genannte Denkschrift.

[22] Dafür würde sprechen, daß White 1947 nach einem Herzanfall längere Zeit in Florida war.

[23] so vor allem auch der Hrsg. von *Morgenthau Diary (Germany)*, Anthony Kubek, in der Einleitung zu dieser Dokumentation, 80; vgl. auch Latham, Earl: aaO 176.

[24] Vgl. z. B. den Leitartikel in NYT v. 18. 8. 1948, 24, Sp. 3

[25] Es handelte sich um einige von Chambers in einer Kürbisschale aufbewahrte und zeitweise vergessene Papiere, darunter acht Seiten handschriftliches, streng geheimes Material von White, das, wie Chambers behauptete, von White zur Weiterleitung an einen Sowjetagenten übergeben worden war. Andere dort aufbewahrte Dokumente rührten von einem ehemaligen hohen Beamten des Außenministeriums, Alger Hiss, her, der hauptsächlich auf Grund dieses Materials am 22. 1. 1950 wegen Meineids (nicht Landesverrat) verurteilt worden ist.

[26] Die Rede ist abgedruckt in NYT v. 17. 11 1953, 26, Sp. 1

[27] NYT v. 18. 11. 1953, 1, Sp. 6

[28] und der auch nach seiner Übersiedlung in den Monatery Fund Empfänger geheimer Mitteilungen war. Vgl. NYT v. 19. 11. 1953, 30, Sp. 6

[29] NYT v. 15. 11. 1953, 10, Sp. 6

[30] die im nächsten Kapitel behandelten Coe und Glasser

[31] ähnlich auch: Packer, Robert L.: aaO 358 ff. Vgl. auch Latham, Earl: aaO 176; Cabell, Philipp: *The Truman Presidency*. 1966, 358

[32] Am 11. 11. 1953 erklärte eine Angestellte Morgenthaus, dieser habe zur Zeit keinen Anlaß, sich zum Fall White zu äußern und er könne Zeitungsleute nicht empfangen. NYT v. 12. 11., 17, Sp. 5. Am 13. 11. lehnte es Morgenthau ab, sich zur Brownell-Rede und zu Whites Anteil am Zustandekommen des Morgenthauplans zu äußern. NYT v. 14. 11. 10, Sp. 3

[33] Blum III, 343

[34] Das Protokoll zur Vernehmung v. 1. 6. ist abgedruckt in *Interlocking Subversion*, 2277 ff und in *Morgenthau Diary (China)*, 1695–1699. Vgl. auch NYT v. 2. 6. 1955, 13, Sp. 1. Das Protokoll der Vernehmung v. 28. 10. ist bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt. Vgl. aber NYT v. 27. 10. 1955, 15, Sp. 1 und 29. 10., 1, Sp. 5

[35] U.S. Congress, Senate, International Security Subcommittee, *Institute of Pacific Relations*, Hearings. 82nd Congress, 2nd Session, 1951, 418 f. Über Miss Bentley vgl. Anm. 29

[36] Darüber, daß das im Morgenthauplan vorgesehene De-Industrialisierungsprogramm und Morgenthaus Haltung gegenüber der Frage deutscher Reparationen nicht den sowjetrussischen Absichten entsprachen, vgl. auch Dean, Vera M.: Who deindustrialized Germany?, in *Foreign Policy Bulletin* v. 15. 1. 1953.

[37] so Flynn, John T.: Communists and the New Deal, in *The American Mercury*, Juli 1957, 57 ff; Connors, Michael: Revisionism and Roosevelt's foreign policy, in *The American Mercury*, Dez. 1959, 55; Crocker, George N.: *Roosevelt's road to Russia*, 1959, 234 ff.

[38] *Congressional Records*, 102, 1789, 1791

[39] *Congressional Records*, 100, 8053

[40] Zwar war auch Marineminister Forrestal ein Dutchess County Nachbar Roosevelts. Langers Bemerkung kann sich aber nicht auf ihn bezogen haben, da bekannt war, daß Forrestal gegen kommunistische Spionageversuche stets besonders scharf vorgegangen ist. White soll daher einen Dokumentenaustausch mit dem Marineministerium angestrebt haben, um dessen auf andere Weise nicht zugängliches Material für seine Spionagetätigkeit verwenden zu können.

Sechstes Kapitel

„MORGENTHAU-BOYS"

Bernard Bernstein – Virginius F. Coe – Josiah E. Du Bois – Harold Glasser – Ansel F. Luxford – John W. Pehle

Wie oben dargestellt, hat sich Morgenthau als Finanzminister von Anfang an mit einem ihm ergebenen Beamtenstab umgeben. Als er dann im August und September 1944 seinen Deutschlandplan ausarbeiten ließ, konnte er mit der vollen Unterstützung der von ihm für diese Aufgaben eingesetzten Beamten rechnen. Auch die meisten seiner Sendlinge innerhalb der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, mit Oberstleutnant (später Oberst) Bernard Bernstein an der Spitze, waren Morgenthau treu ergeben und galten als Befürworter des Morgenthauplans. Diese Leute wurden in den Kreisen der Militärregierung „Morgenthau-Boys" genannt. Der Ausdruck wurde dann in den Vereinigten Staaten viel gebraucht. So verdammte am 4. Juni 1948 der Kongreßmann John Taber, Vorsitzender des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses, den „verderblichen Morgenthauplan", dessen Ziel es sei, Deutschland in eine große Ziegenweide zu verwandeln, und fuhr fort: „Die Morgenthau-Boys gefallen sich in dem ihnen eigenen Sadismus. Sie haben Deutschlands Erholung und Wiederaufbau verhindert. Für ihre Rachepolitik müssen jetzt die amerikanischen Steuerzahler Milliarden Dollar bezahlen."[1] Um welche der wichtigsten, in der Deutschlandpolitik eingesetzten Mitarbeiter Morgenthaus handelt es sich hier?

Bernard Bernstein

Bernard Bernstein, geb. 1908, war neben White Morgenthaus wichtigster Berater in Deutschland-Angelegenheiten und anscheinend ein Freund Morgenthaus. 1934 trat er in die Rechtsabteilung des Finanzministeriums ein. 1942 wurde er in eine Oberstenuniform gesteckt, kam als Morgenthaus Vertreter ins afrikanische Hauptquartier Eisenhowers und von dort nach Italien. Später war er Finanzberater Eisenhowers in England und dann in Frankfurt. Bernstein galt im Hauptquartier als Bevollmächtigter Morgenthaus, verkehrte mit

ihm oft direkt, unter Umgehung des militärischen Instanzenwegs, und rekrutierte, im Einvernehmen mit Morgenthau, einen großen Teil des in Deutschland benötigten Personals.
Am 12. Aug. 1944 hatte Bernstein an Morgenthaus Besprechungen in London teilgenommen, bei welcher Gelegenheit dieser die Grundzüge des Morgenthauplans erstmals entwickelt hat, und griff selbst in die Diskussion ein. Die finanziellen Bestimmungen der Direktive JCS 1067 sind vor allem sein Werk. In Frankfurt setzte er sich für eine möglichst extreme Auslegung der Direktive ein, galt im Hauptquartier als „Extremist", als eifrigster Vertreter des Vergeltungsgedankens und Mitverfasser des Morgenthauplans. Im Sept. 1945 wurde Bernstein auch Leiter der Abteilung der Militärregierung zur Untersuchung und Unterdrückung der deutschen Kartelle und zur Ausfindigmachung der deutschen Auslandsguthaben. Trotzdem nahm seine Macht seit dem am 5. Juli 1945 erfolgten Rücktritt Morgenthaus ab. Ende 1945 schied er aus der Militärregierung aus und wurde Rechtsanwalt in New York[2].
Als Privatmann setzte Bernstein seinen Kampf für extreme Demontage- und andere Maßnahmen in Deutschland fort, erklärte am 31. Jan. 1946 in einer Rede in New York, nur die Russen hätten bisher auf dem Gebiet der industriellen Entwaffnung Deutschlands gründliche Arbeit geleistet. Er forderte die Verbannung der ehemaligen Generalstäbler auf Lebenszeit und die Bestrafung der Großindustriellen als Kriegsverbrecher. Am 21. Febr. verlangte er in einer Rede vor dem American Jewish Congress in Cleveland erneut die Bestrafung der Industriellen und rigorose Demontagemaßnahmen. Es war offenbar sein Deutschenhaß, der ihn bewog, eine mehr und mehr sowjetfreundliche Haltung gerade in einem Zeitpunkt einzunehmen, in dem sich die amerikanisch-russische Spannung verschärfte.
Bernstein sprach von jetzt ab auch in kommunistischen oder kommunistisch gelenkten Versammlungen, in Anwesenheit führender amerikanischer Kommunisten, so am 6. März 1946 auf dem Internationalen Frauenkongreß, einer bald darauf verbotenen kommunistischen Organisation. Bernsteins kommunistenfreundliche Haltung löste in der Öffentlichkeit Proteste aus. Am 9. Juli 1947 bezeichnete ihn der Kongreßmann George A. Dondero als „einen von der Morgenthau-Gruppe, die Deutschland in ein Weideland verwandeln will ... Nach seinem erzwungenen Rücktritt sprach er vor kommunistischen Organisationen, die seinen Worten Beifall spendeten". Offenbar wollte sich der Eastland-Ausschuß Donderos Behauptungen im wesentlichen zu eigen machen[3].

Virginius F. Coe

Virginius F. Coe, geb. 1907, Wirtschaftswissenschaftler, trat Ende 1934 als Hilfsarbeiter in die Abteilung für Geldforschung und Statistik des Finanzministeriums ein. 1940 wurde er stellvertretender Leiter und 1944 Leiter der Abteilung als Nachfolger seines Freundes White. Als White Anfang 1946 Direktor des International Fund wurde, wurde Coe Generalsekretär dieser Behörde. Nachdem Präsident Roosevelt im März 1945 das noch zu erwähnende Informal Policy Committee on Germany geschaffen hatte, griff Coe als stellvertretender Bevollmächtigter Morgenthaus wiederholt in dessen Verhandlungen ein. Obwohl Coe schon 1948 öffentlich beschuldigt worden war, der kommunistischen Partei anzugehören und für die Sowjetunion Spionage zu treiben, wurde er in seiner Stellung am International Fund belassen.
Am 3. Dez. 1952 wurde er vom Eastland-Ausschuß eidlich als Zeuge vernommen und verweigerte unter Berufung auf sein Zeugnisverweigerungsrecht die Beantwortung der Frage, ob er Mitglied der amerikanischen kommunistischen Partei sei oder gewesen sei, obwohl er drei Jahre vorher dieselbe Frage vor einem anderen Kongreßausschuß unter Eid verneint hatte. Coe wurde darauf fristlos entlassen, floh nach Mexiko und von dort nach Festland-China, wo er lange antiamerikanische Propaganda betrieb[4].

Josiah E. Du Bois jr.

Josiah E. Du Bois jr., geb. 1912, trat 1936 als juristischer Hilfsarbeiter in den Dienst des Finanzministeriums, wurde 1943 Abteilungsleiter in der Rechtsabteilung und war seit Anfang 1944 auch am War Refugee Board tätig. Im August 1944 begleitete er Morgenthau nach England. Im Dezember 1944 wurde er Assistant to the Secretary. Im Sommer 1945 gehörte er der amerikanischen Delegation auf der Konferenz von Potsdam an und war anschließend bei der Reparationskommission in Moskau tätig. Im Mai 1946 schied er aus dem Regierungsdienst aus, wurde aber später wieder in den Bundesdienst übernommen und ging nach Nürnberg, wo er die Anklage gegen die I.G.-Farben-Direktoren vorbereitete und leitete.
In seinem Buch *The Devil's chemists: 25 conspirators of the I.G. Farben cartel who manufacture wars* (1952) schilderte er seine Nürnberger Tätigkeit. Du Bois nahm auch an der Ausarbeitung des Morgenthauplans teil und soll Verfasser einiger Kapitel von Morgenthaus Buch *Germany is our problem* (1945) sein; sicher rührt das Kapitel VII „Germany as an anti-Russian smoke screen" von ihm her.
Auch an der weiteren Deutschlandplanung des Finanzministeriums nahm er teil, und 1945 wurde er von Morgenthau besonders als Sachverständiger für

Kriegsverbrecherfragen herangezogen und ist stets für besonders scharfe Maßnahmen eingetreten. Auf seinen Vorschlag zur Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher, wohl das rachsüchtigste Dokument der Morgenthau-Planer in einem Entwurf zu Morgenthaus genanntem Buch, werden wir zurückkommen. Am 9. Juli 1947 bezeichnete ihn der Kongreßmann Dondero in seiner genannten Erklärung als einen „wohlbekannten Linksradikalen, der ein aufmerksamer Beobachter der kommunistischen Parteilinie ist". Auch der Eastland-Ausschuß hat 1953 auf die bedenkliche politische Rolle von Du Bois hingewiesen. Du Bois war ein Freund des notorischen Kommunisten und Sowjetspions William L. Ullman, der ebenfalls auf Empfehlung von Harry Dexter White im Finanzministerium beschäftigt wurde[5].

Harold Glasser

Harold Glasser, geb. 1906, wie White Sohn jüdisch-litauischer Einwanderer, trat 1936 auf Empfehlung von White in die Abteilung für Geldforschung und Statistik des Finanzministeriums ein und wurde später, als Nachfolger seines Freundes Coe, stellvertretender Leiter und Leiter dieser Abteilung. Glasser, der schon vorher einige wichtige Auslandsposten bekleidet hatte, war 1943 im Auftrag des Finanzministeriums in Nordafrika und ging im folgenden Jahr nach Italien, um dort Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation zu treffen.

Im Sommer 1944 war er in Washington, nahm an der Ausarbeitung des Morgenthauplans teil (Morgenthau Diary, 590), ist Mitverfasser des von White am 9. Sept. 1944 Morgenthau vorgelegten Dokuments E „How British Industry would benefit by proposed program" und von da ab einer der wichtigsten Mitarbeiter Morgenthaus bei der Deutschlandplanung.

Am 19. Jan. 1945 nahm Glasser an der wichtigen Aussprache mit Vertretern des Außenministeriums teil (898) und wurde von da ab häufig von Morgenthau zu seinen internen Aussprachen zur Deutschlandpolitik zugezogen (1061, 1081), beteiligte sich ständig als einer der Bevollmächtigten Morgenthaus an den Verhandlungen des IPCOG-Ausschusses und griff dort insbesondere in die Debatten über Reparationen und Kriegsverbrecher ein. Er war daher lange Zeit einer der wichtigsten Ratgeber Morgenthaus zur Deutschlandpolitik.

1946 war er im Auftrag des Finanzministeriums in Deutschland, und Anfang 1947 nahm er als Finanzberater des Außenministers General Marshall an der Außenministerkonferenz in Moskau teil. Glasser, der vom Federal Bureau of Investignation seit langem beobachtet und inzwischen von den ehemaligen Sowjetagenten Bentley und Chambers schwer belastet worden war, stand am

14. April 1953 als Zeuge vor dem Eastland-Ausschuß und verweigerte sein Zeugnis unter anderem zu den Fragen, ob er der Kommunistischen Partei angehört oder Spionage für die Sowjetunion getrieben habe. Glasser, damals Beamter bei der Vertretung der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, legte darauf dieses Amt nieder und wurde Angestellter einer jüdischen Wohlfahrtsorganisation in New York. Infolge seines Verhaltens in der genannten Sitzung des Eastland-Ausschusses wurde Glasser von zahlreichen amerikanischen Zeitungen als „notorischer Sowjetspion" bezeichnet.
Glassers Name wird in Blum III überhaupt nicht erwähnt![6]

Ansel F. Luxford

Ansel F. Luxford, geb. 1911, trat 1933 als Hilfsarbeiter in die Rechtsabteilung des Finanzministeriums ein, befaßte sich seit 1942 besonders mit der Kontrolle der Guthaben der Achsenmächte und ihrer Staatsangehörigen in den Vereinigten Staaten. Er wurde im Dez. 1944 Assistant to the Secretary. Im Juli 1946 schied er aus dem Bundesdienst aus und wurde Rechtsanwalt in Washington. Luxford wurde Mitte August 1944, zusammen mit White und Pehle, von Morgenthau mit der Ausarbeitung des Morgenthauplans beauftragt. Anschließend nahm er gelegentlich an Verhandlungen des Finanz- mit dem Außen- und Kriegsministerium zur Deutschlandfrage teil.
Im Winter 1944–1945 hat Luxford an der Ausarbeitung von Morgenthaus Buch *Germany is our problem* teilgenommen. Mindestens zwei Kapitel sind von ihm ausgearbeitet worden, die aber in dieser Form nicht veröffentlicht wurden. In einem Kapitel zur künftigen deutschen Ernährung schrieb er u. a., daß „Neu-Deutschland" sich selbst ernähren könne und führte aus: „Infolge der Kriegsverluste und infolge der Überführung vieler Arbeiter in Nachbarländer zum Zweck von Wiederaufbauarbeiten wird die Bevölkerung Neu-Deutschlands sehr viel älter und jünger sein als die des alten. Die sehr Alten und sehr Jungen verbrauchen aber nicht so viel Nahrungsmittel wie die dazwischen liegenden Jahresklassen." Das sollte wohl heißen, daß der weitaus größte Teil nicht nur der arbeitsfähigen Männer, sondern auch der Frauen im Ausland Zwangsarbeit leisten sollte[7].

John W. Pehle

John W. Pehle, geb. 1909, trat 1934 als juristischer Ratgeber in den Dienst des Finanzministeriums. 1940 wurde er Direktor der Division of Foreign Funds Control, der die Überwachung der Guthaben der Achsenmächte und

ihrer Staatsangehörigen in den Vereinigten Staaten oblag (und in der auch Luxford längere Zeit gearbeitet hat). Längst vor dem Pearl-Harbor-Tag wurde diese Überwachung von Pehle, im Einklang mit Morgenthaus Instruktionen, als Mittel zur Führung eines Wirtschaftskriegs gegen Deutschland und Italien gehandhabt. Ende 1943 wurde Pehle außerdem Direktor des neu geschaffenen War Refugee-Board. Pehle hat, zusammen mit White und Luxford, nach Morgenthaus Behauptung, den Morgenthauplan ausgearbeitet. Später hat er als Beauftragter Morgenthaus wiederholt mit dem Außen- und Kriegsministerium über Deutschlandfragen verhandelt. Im Mai 1946 schied er aus dem Bundesdienst aus und wurde Rechtsanwalt.

Nach den Grundsätzen des amerikanischen Sprafprozeßrechts können auch Beschuldigte oder Angeklagte eidlich als Zeugen vernommen werden, haben aber vor Bundesgerichten (gemäß Zusatzartikel V der Bundesverfassung) ein Zeugnisverweigerungsrecht. Verweigert ein Beschuldigter das Zeugnis, so dürfen nachteilige Schlüsse aus seinem Verhalten nicht gezogen werden und der Angeklagte muß mangels Beweises freigesprochen werden. Da er aber das Zeugnisverweigerungsrecht nur hat, wenn die Beantwortung der Frage zu einer Verurteilung führen könnte, geht aus der Zeugnisverweigerung regelmäßig hervor, daß er schuldig ist.

Kongreßausschüsse nehmen ein (begrenztes) Recht in Anspruch, Personen eidlich zu vernehmen und wenden dann obige Grundsätze sinngemäß an. Aus der Zeugnisverweigerung von Coe und Glasser (und einigen weiteren im Finanzministerium beschäftigten Zeugen) wurde daher von der amerikanischen Presse allgemein der Schluß gezogen, daß sie sich der Spionage zugunsten der Sowjetunion schuldig gemacht oder (wie Coe) Mitglieder der Kommunistischen Partei gewesen seien.

Auf Disziplinarverfahren finden obige Grundsätze keine Anwendung und die betreffenden Beamten wurden sofort fristlos entlassen, falls sie nicht einer Entlassung durch sofortige Amtsniederlegung zuvorkamen.

[1] Vgl. NYT v. 5. 6. 1948, 1, Sp. 8

[2] NYT v. 18. 9. 1945. 4, Sp. 2; 26. 11., 3, Sp. 5; 28. 3. 1946, 44, Sp. 4. – „*Elimination of German Resources of War. Hearings*... Subkommittee on War Mobilization, U.S. Senate, 79th Congress, 2nd Session. 1945, 1110 ff.

[3] Die Reden Bernsteins wurden (auf Antrag der Abgeordneten Gahagan-Douglas) abgedruckt in *Congressional Records*, 92, A 1425 ff, A 1493 ff, vgl. weiter *Interlocking Subversion*, Teil 30, XIV. Über Donderos Bemerkungen siehe *Congressional Records*, 93, 8563 und NYT v. 10. 7. 1947, 13, Sp. 3

[4] Vgl. *Interlocking Subversion* 1130; *ebd.*, Teil 30, XLII; vgl. auch Blum III, 283 bis 302; *Morgenthau Diary (Germany)*, 36, 46–49

[5] Vgl. NYT v. 19. 6. 1946, 34, Sp. 5; *Interlocking Subversion*, Teil 30, XXVIII; vgl. die Besprechung von Du Bois' Buch in NYT v. 18. 11. 1953, 17, Sp. 7

[6] Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Seitenzahlen in *Morgenthau Diary (Germany)*: über Dokument E vgl. auch Teil III, 3, Anm. 37. Über Glassers Persönlichkeit und die Beschuldigungen gegen ihn vgl. *Interlocking Subversion*, Teil 16, 1070–1183 und Teil 30, XXXVIII; vgl. auch Kubek in *Morgenthau-Diary (Germany)*, 24 f

[7] Über Luxfords Mitarbeit an der Deutschlandplanung vgl. auch *JaltaDokumente*, 141; Hammond: aaO 393. Über seine Mitarbeit an Morgenthaus Buch vgl. *Interlocking Subversion*, 2694, 2698; Über das obige Zitat *ebd.* 2698

Dritter Teil: Geschichte des Morgenthauplans

Siebentes Kapitel

ANFÄNGE

Morgenthau sinnt auf Rache

Über die Anfänge des Morgenthauplans ist wenig Zuverlässiges bekannt. Daß sich Morgenthau seit langem Gedanken über Deutschlands Zukunft gemacht hat, ergibt sich aus seinem Interview vom Juni 1941 und den ebenfalls genannten Bemerkungen von Anfang August 1942[1]. Im Juli 1943 hatte ihm Robert E. McConnell, dem Morgenthau 1942 die Verwaltung der amerikanischen Tochtergesellschaften von I.G. Farben übertragen hatte und der anschließend als Berater Morgenthaus im Finanzministerium tätig war, Vorschläge unterbreitet, die eine neue deutsche Aggression, besonders durch ein striktes Verbot der Unterhaltung kriegswichtiger Rohstoffreserven, unmöglich machen sollten. Vor allem aber sei die Herstellung von synthetischem Öl und Stickstoff zu unterbinden und die in Frage kommenden Betriebe sollten demontiert werden[2]. Morgenthau fand diese Vorschläge offenbar beachtenswert, denn er hat anschließend eine Unterredung McConnells mit dem persönlichen Berater des Präsidenten Roosevelt, Samuel Rosenman, arrangiert. Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit ist nichts bekannt geworden[3]. In seinem Buch hat dann Morgenthau betont, der Präsident habe gewußt, daß er sich seit langem Gedanken über die Nachkriegsbehandlung Deutschlands mache[4].

Morgenthau fliegt am 6. August 1944 nach England

Später behaupete er, die Sache habe im August 1944 auf einem Flug nach England begonnen. Während der Vorbereitung der Reise habe er noch nicht damit gerechnet, in die künftige Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten verwickelt zu werden. Infolge der Ereignisse während der Reise sei er aber plötzlich im Mittelpunkt der amtlichen Deutschlandpolitik gestan-

den. Das Ergebnis seien die Vorschläge gewesen, die unter dem Namen Morgenthauplan bekanntgeworden seien[5].
Am 6. August flog Morgenthau mit Harry Dexter White, dem Assistant Secretary im Finanzministerium, Fred B. Smith, und seinem Rechtsberater, Josiah E. Du Bois jr.[6], nach London, angeblich um Fragen, die mit der Stützung der französischen Währung zusammenhingen, zu regeln. Auf dem Flug habe ihm White ein Schriftstück gezeigt, das er „zunächst mit Interesse, dann mit Besorgnis und zuletzt mit scharfer Ablehnung gelesen“ habe[7]. Es handelt sich um die Denkschrift des ECEFP-Ausschusses vom 14. Aug. 1944, die weitgehende Demontagen ablehnte und Maßnahmen zur Verhinderung von wirtschaftlichem Zusammenbruch und Chaos in Deutschland für erforderlich hielt.
Morgenthau fand den Ton dieses Dokuments widerspruchsvoll. Während es eine Kontrolle des deutschen Kriegspotentials befürworte, lehne es eine dauernde Einschränkung der Schwerindustrie ab und plane den schließlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Es ignoriere daher eine grundsätzliche Frage: die Schaffung einer Lage, die Deutschland hindern würde, zum drittenmal in einem Jahrhundert ein hilfloses Europa zu verwüsten und zu terrorisieren. Er habe daraufhin beschlossen, alles irgendwie Mögliche über die amerikanische Deutschlandpolitik in Erfahrung zu bringen[8].

Morgenthaus Aussprache mit Eisenhower

Am folgenden Tag hatte Morgenthau eine Unterredung mit General Eisenhower in dessen Hauptquartier in Südengland. Ebenfalls anwesend waren White und Smith. Letzterer bemerkte dazu später in einem Aufsehen erregenden Aufsatz[9]:
„Am 7. August 1944 ... wurde in einem Zelt in Südengland der Morgenthauplan geboren. Es war tatsächlich General Eisenhower, der den Morgenthauplan geschaffen hat. In einer Unterhaltung löste er den Funken aus, der dazu diente, den Plan ins Leben zu rufen.“
Smith führte weiter aus, White habe sich kritisch über die Einstellung der amerikanischen Militär- und sonstigen Behörden zur Frage der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands geäußert, die – wie auch die genannte ECEFP-Denkschrift – einen baldigen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft befürworteten. Das richtige wäre, die deutsche Wirtschaft zunächst zusammenbrechen zu lassen, ehe etwas mit ihr getan werde. Eisenhowers Gesicht habe einen grimmigen Ausdruck angenommen, und er habe jetzt die Bemerkungen gemacht, die den Funken zum Morgenthauplan ausgelöst hätten. Das ganze deutsche Volk, habe der General erklärt, habe das verbrecherische Naziregime

unterstützt und sei daher an den Naziverbrechen mitschuldig. Die Deutschen sollten eine Zeitlang hart angefaßt werden, und er habe nicht die Absicht, die deutsche Wirtschaft „aufzupolstern". Die, welche Deutschland gelinde behandeln möchten, seien solche, die es zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus ausbauen wollten. Das sei ein Problem, denn die Stärke Rußlands sei phantastisch. Er glaube aber nicht, Rußland würde „zu unseren Lebzeiten" Schwierigkeiten machen, denn es habe jetzt alles, was es verdauen könnte[10]. Smith behauptete, seinen Aufsatz auf Grund von Notizen geschrieben zu haben, die er unmittelbar nach der Aussprache mit Eisenhower niedergeschrieben habe. Trotzdem handelte es sich hier um oberflächlichen Journalismus[11]. Smith muß daher mit großer Reserve verwertet werden. Smith selbst konnte nicht behaupten, Eisenhower habe sich für die beiden Hauptforderungen des Morgenthauplans eingesetzt, die Zerstörung der deutschen Industrie und Bergwerke und für das Verbot von Hilfeleistungen an das von Hungersnot bedrohte deutsche Volk.

Morgenthau hat sich die Behauptung, Eisenhower sei der eigentliche Urheber des Morgenthauplans, nie ausdrücklich zu eigen gemacht[12], und in seiner Aufsatzreihe vom November 1947 meinte er lediglich, es seien seit seiner Begegnung mit Eisenhower Gedanken in ihm herangereift, die sich später zum Morgenthauplan verdichtet hätten. Es ist auch wahrscheinlich, daß sein Wissen um die „phantastische Stärke Rußlands" Eisenhower trotz seiner damals stark deutschfeindlichen Einstellung von unvorsichtigen Äußerungen in der Deutschlandfrage abgehalten hätte. Eisenhower hat die Behauptung, er sei der eigentliche Urheber des Morgenthauplans, am 25. März 1947, unmittelbar nach der Veröffentlichung des Smith-Aufsatzes in einer Rede in Washington zurückgewiesen und betont, er habe die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland niemals befürwortet. Vielmehr habe er sich für den Wiederaufbau der deutschen Industrie eingesetzt, die allerdings streng zu kontrollieren wäre. Dabei habe er sich auch von der Erwägung leiten lassen, die Kosten der Ernährung der Deutschen sollten von diesen und nicht vom amerikanischen Steuerzahler getragen werden[13]. Eisenhowers Stellvertreter, General Clay, machte sich diese Gedanken am 16. Oktober zu eigen und erklärte, Eisenhower habe sich stets für den industriellen Wiederaufbau Deutschlands eingesetzt und ihn als notwendig für die wirtschaftliche Gesundung Europas betrachtet[14].

Die Behauptung, Eisenhower sei der Urheber des Morgenthauplans, geht also ausschließlich auf Smith zurück, und Smith war genötigt, seine frühere Darstellung am 13. Dezember 1953 zu berichtigen. Eisenhower, behauptete er jetzt, habe zwar nicht den Funken zum Morgenthauplan ausgelöst, sondern er sei lediglich in ihn „hineingelaufen"[15].

Eisenhowers Bericht über die Unterhaltung mit Morgenthau in seinem 1948 veröffentlichten Buch *Crusade in Europe* (287) erscheint daher glaubwürdig. Morgenthau habe bei seinem Besuch am 7. August zunächst über die künftige deutsche Währung gesprochen, worauf sich die Unterhaltung der Zukunft Deutschlands im allgemeinen zugewandt habe. Eisenhower führte aus:

„Ich drückte mich ungefähr so aus: Das sind Dinge, über die andere zu entscheiden haben. Meine Ansicht ist: Nach dem Ende der Feindseligkeiten darf kein Zweifel bestehen, wer den Krieg gewonnen hat. Deutschland muß besetzt werden. Mehr als das, dem deutschen Volk wird nicht gestattet, sich seiner Verantwortung für die Verschwörung und Tragödie, in die die Welt sich verwickelt hat, zu entziehen. Die prominenten Nazis, zusammen mit gewissen Industriellen, müssen vor Gericht gestellt und betraft werden. Mitgliedschaft in der Gestapo und SS sollte als Beweis für Verschulden angesehen werden. Der Generalstab muß aufgelöst, alle Archive müssen beschlagnahmt und alle Mitglieder, die verdächtig sind, an der Planung des Kriegs mitgewirkt oder Kriegsverbrechen begangen zu haben, sollten vor Gericht gestellt werden. Deutschland sollte Reparationen an Länder wie Belgien, Holland, Frankreich, Luxemburg, Norwegen und Rußland bezahlen. Die Fähigkeit dieses Lands, einen Krieg vorzubereiten, muß eliminiert werden. Das kann vielleicht durch eine strikte Kontrolle der Schwer- und Maschinenindustrie geschehen oder lediglich durch ein Verbot der Herstellung von Flugzeugen. Den Deutschen sollte erlaubt sein und sie sollten angehalten werden, ihren eigenen Lebensunterhalt sicherzustellen, und sie sollten von den Vereinigten Staaten nicht unterstützt werden. Es wäre daher töricht, die Förderung ihrer Rohstoffe zu unterbinden.

Ich wandte mich nachdrücklich gegen einen Vorschlag, den ich gehört habe, die Ruhrbergwerke zu ersäufen. Etwas Derartiges hielt ich für töricht und verbrecherisch.“[16]

Eisenhowers Verhalten in Deutschland vor und nach der Kapitulation steht mit diesen Ausführungen im Einklang[17]. Trotzdem nahmen Versuche, besonders von Morgenthau nahestehender Seite, Eisenhower mit der Entstehung des Morgenthauplans in Zusammenhang zu bringen, zunächst kein Ende[18]. Heute ist klar, daß Eisenhower am Zustandekommen des Morgenthauplans unbeteiligt war. Trotzdem ist die Frage, was sich bei der Unterhaltung vom 7. August 1945 im einzelnen abgespielt hat, weithin ungeklärt.

Morgenthau fordert am 12. August 1944 gegenüber Vertretern der amerikanischen Botschaft die Umwandlung Deutschlands in ein „pastorales" Land

Am 12. August hatte Morgenthau eine Aussprache mit dem amerikanischen Botschafter in London, Winant, und einigen weiteren Mitgliedern der Botschaft. Über diese Unterhaltungen sind wir gut unterrichtet, da der bei dieser Aussprache anwesende Wirtschaftsberater des Botschafters, E. F. Penrose, einen eingehenden Bericht über diese Vorgänge gegeben hat[19]. In Begleitung Morgenthaus befanden sich White, J. J. Du Bois und der damalige Finanzsachverständige des Generals Eisenhower, Oberstleutnant Bernard Bernstein[20] (s. o.). Morgenthau ließ sich von Winant zunächst über die Arbeit der European Advisory Commission (EAC) unterrichten, deren amerikanisches Mitglied Winant war. Anschließend ersuchte er Penrose, die amtlichen britischen Ansichten über die Nachkriegsbehandlung Deutschlands zu umreißen, und Penrose gab einen Überblick über die damaligen, verhältnismäßig maßvollen Pläne der britischen Regierung, einschließlich Reparationspolitik. Danach wandte er sich, seiner eigenen Darstellung gemäß[21], an Bernstein, der sich über die Deutschlandplanung im Hauptquartier Eisenhowers äußerte und meinte, der Wunsch der Offiziere der künftigen Militärregierung, tüchtige Arbeit zu leisten, würde sie wahrscheinlich veranlassen, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach besten Kräften zu fördern.

Morgenthaus Befürchtungen hinsichtlich der Absichten der amerikanischen und britischen Militärbehörden wurden dadurch vergrößert. Offenbar hielt er jetzt den Zeitpunkt für gekommen, seine eigenen Ansichten zur Behandlung des besiegten deutschen Feindes zum besten zu geben. Es war wohl das erstemal, daß er mit Hilfe von White seinen Plan zur Zerstörung der deutschen Industrie und zur Umwandlung Deutschlands in eine „Ziegenweide" im Zusammenhang vortrug.

Wiederum, habe Morgenthau erklärt, bestehe die Gefahr, daß die Engländer und viele Amerikaner für einen milden Frieden eintreten. Die den Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg gezeigte Milde habe zum Zweiten Weltkrieg geführt. Das einzige Mittel, einen dritten Weltkrieg zu verhindern, sei, es den Deutschen unmöglich zu machen, je wieder Krieg zu führen. Nach all dem bisher Gehörten bezweifle er, daß die deutsche Frage von den verantwortlichen Stellen in realistischer Weise angepackt werde. Es genüge nicht, Deutschland zu entwaffnen. Wichtiger sei die Zerstörung der deutschen Industrie und damit der wirtschaftlichen Fähigkeit der Deutschen, einen neuen Krieg vorzubereiten. Er glaube nicht, die Alliierten seien in zehn oder zwanzig Jahren noch bereit, Deutschland mit Gewalt zu hindern, eine neue Kriegswirtschaft aufzubauen. Die Vereinigten Staaten seien unwillig, ihre Truppen

lange in Deutschland zu belassen. Der einzig mögliche Weg, Deutschland am Aufbau einer neuen Kriegsmaschine zu hindern, sei, es wirtschaftlich zu entmachten und ihm auf diese Weise die für eine neue Aggression unentbehrlichen Kriegsmittel möglichst lange vorzuenthalten. Dieses Ziel könne nur durch die Zerstörung der deutschen Industrie und Bergwerke und durch die Umwandlung Deutschlands in ein pastorales Land erreicht werden[22]. Nach der Behauptung von Fred Smith soll Morgenthau bei dieser Gelegenheit seinen Plan mit der „Landwirtschaftsplanung in Dänemark" verglichen haben, wo fast die ganze Bevölkerung mit der Bewirtschaftung kleiner Bauerngüter beschäftigt sei und in mäßigem Wohlstand lebe[23].
Morgenthau habe noch betont, eine solche Politik liege im Interesse Englands, denn der Verlust ihrer Kapitalreserven im Ausland werde die Engländer zwingen, ihre Ausfuhr drastisch zu erhöhen, falls sie eine angemessene Lebenshaltung bewahren wollten. Nach Zerstörung der deutschen Industrie könnten sie die meisten der bisherigen deutschen Exportmärkte übernehmen. Wenn man gegen seine Ausführungen einwende, sie führten zu wirtschaftlichem Chaos in Deutschland, so sei dazu lediglich zu sagen, ein solches Chaos sei unvermeidlich.

Die überzähligen Deutschen sollten nach Nordafrika geschafft werden

Penrose versichert, Morgenthau habe nach einer Gesprächspause erklärt, Deutschland müsse in ein reines Agrarland verwandelt werden. Seinen Vorhalt, eine solche Umstellung sei, von allem andern abgesehen, infolge Knappheit des bestellbaren Bodens unmöglich, habe Morgenthau mit der Bemerkung abgetan, die überzählige deutsche Bevölkerung könne nach Nordafrika abgeschoben werden[24].

Morgenthaus Aussprachen mit Eden und Sir John Anderson

Morgenthau hatte in England auch einige Unterredungen mit Mitgliedern der britischen Regierung. Vielleicht noch vor der Aussprache in der amerikanischen Botschaft hatte er eine Unterhaltung mit seinem britischen Kollegen Sir John Anderson, die sich, aber wohl nur kurz, auch der Deutschlandfrage zugewandt hat. Der britische Finanzminister sei der Ansicht gewesen, die deutsche Kriegsindustrie müsse eliminiert werden, die Herstellung nichtmilitärischer Kriegs-Erzeugnisse solle den Deutschen aber nicht verwehrt werden. Sein Vorschlag, „Deutschland in eine Anzahl kleiner landwirtschaftlicher Provinzen zu zerlegen, den Deutschen alle wesentlichen industriellen

Betätigungen zu versagen und sie in kleine Landwirte zu verwandeln", sei bei Anderson auf tödliches Stillschweigen gestoßen. Nach Morgenthaus Ansicht habe Anderson, „wie so viele britische Tories", an ein starkes Nachkriegsdeutschland als Gegengewicht gegen die Sowjetunion gedacht[25]. Außenminister Eden dagegen, den Morgenthau in Begleitung von White am 13. und 15. August getroffen hat, habe seinen Ausführungen mit großem Interesse gelauscht. Morgenthau soll auch Eden die Zerlegung Deutschlands in kleine landwirtschaftliche Gebiete und die Unterbindung der industriellen Produktion vorgeschlagen haben. Offenbar hat aber Eden Morgenthaus De-Industrialisierungs-Bemerkungen überhört; denn die Diskussion scheint sich an beiden Tagen auf die Frage einer Zerstückelung Deutschlands konzentriert haben[26]. Trotzdem witterte Morgenthau offenbar in Eden, infolge seiner höflichen Zurückhaltung, eine verwandte Seele, jedoch zu Unrecht, wie er bald darauf in Quebec erkennen mußte. Auch Churchill hat mit Morgenthau in London kurz gesprochen, hat sich aber damals mit ihm in eine Diskussion über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft nicht eingelassen[27].

Morgenthaus Rückkehr nach Washington – Seine Aussprache mit Außenminister Hull

Wir begleiten jetzt den Helden unserer Geschichte nach Washington zurück, wo er am 17. August eintraf. Morgenthau begab sich am nächsten Morgen zu Außenminister Hull, vor allem, um sich über die mangelnden Fortschritte der Arbeiten der EAC zu beklagen. Während die Großen Drei in Teheran die Teilung Deutschlands beschlossen hätten[28], betreibe die EAC ihre Arbeiten, ohne die Zerstückelung Deutschlands ins Auge zu fassen. Hull soll erwidert haben, es sei das erstemal, daß er von den Teilungsgesprächen von Teheran höre. Zwar würden Routineangelegenheiten, wie sie häufig auftauchten, von ihm mit Kriegsminister Stimson besprochen. Grundsätzliche, die Zukunft Deutschlands betreffende Fragen würden jedoch auf höherer Ebene geregelt, und er werde in solchen Angelegenheiten nicht einmal um Rat gefragt. Trotz seiner Bitte sei ihm bisher nicht gestattet worden, die Protokolle von Teheran zu sehen. Morgenthau sagte anschließend zu Hull: „Ich weiß, daß das nicht zu meiner Zuständigkeit gehört, aber ich tue das als amerikanischer Bürger, und ich werde fortfahren, das zu tun, und wenn ich etwas herausfinde, werde ich herüberkommen und Ihnen Bescheid geben."[29] Offenbar war Morgenthau jetzt entschlossen, in die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten aktiv einzugreifen, und die geeignete Persönlichkeit, die ihm ein solches Eingreifen ermöglichen konnte, war der Präsident der Vereinigten Staaten.

Morgenthau wendet sich an den Präsidenten – Roosevelts Suppenküchen-Schreiben an Kriegsminister Stimson

Am 19. August hatte Morgenthau eine kurze Unterredung mit Roosevelt, die aber anscheinend in dieser Richtung zu nichts geführt hat[30]. Am 25. August hatte er aber Gelegenheit, mit dem Präsidenten ausführlich zu sprechen. Morgenthau hatte ein Exemplar des bereits erwähnten, in England vorbereiteten Handbuchs mitgebracht, das zum Gebrauch der künftigen amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland bestimmt war und dessen Genehmigung durch das Kriegsministerium bevorstand. Im Handbuch war, wie ebenfalls bemerkt, für die Deutschen eine durchschnittliche Tagesration von 2000 Kalorien und ein schrittweiser Wiederaufbau der Friedensindustrien und einer kontrollierten Wirtschaft vorgesehen. Morgenthau überreichte dem Präsidenten das Handbuch zusammen mit einer Sammlung besonders anstößiger Stellen, und Roosevelt, der das Handbuch mit den Erläuterungen des Finanzministeriums anscheinend noch am gleichen Abend las, schrieb am 26. August an Kriegsminister Stimson:

„Dieses sogenannte Handbuch ist ziemlich schlecht... Falls es noch nicht genehmigt und verteilt worden ist, sollten alle Exemplare zurückbehalten werden, bis Sie Gelegenheit gehabt haben, es durchzusehen.

Es macht auf mich den Eindruck, daß Deutschland in derselben Weise rehabilitiert werden sollte wie die Niederlande oder Belgien und als ob die Deutschen möglichst rasch auf die Vorkriegsverhältnisse zurückgebracht werden sollten.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß diesmal jedermann in Deutschland einsieht, daß Deutschland ein besiegtes Land ist. Ich will nicht, daß die Deutschen infolge von Hunger sterben, aber, zum Beispiel, wenn die Deutschen Nahrungsmittel brauchen, außer denen, die sie haben, um Leib und Seele zusammenzuhalten, können sie dreimal täglich von den Suppenküchen unseres Heeres mit Suppe gefüttert werden. Das wird sie völlig gesund erhalten, und sie werden sich an diese Erfahrung ihr ganzes Leben lang erinnern. Die Tatsache, daß sie ein besiegtes Volk sind, kollektiv und einzeln, muß ihnen so eingehämmert werden, daß sie zögern werden, einen neuen Krieg zu beginnen...

Zu viele Leute hier und in England glauben, das deutsche Volk als Ganzes sei nicht für das verantwortlich, was geschehen ist, es seien nur einige Nazi-Führer verantwortlich. Leider ist das nicht der Fall. Dem ganzen deutschen Volk muß beigebracht werden, daß die ganze Nation in eine rechtswidrige Verschwörung gegen die Errungenschaften der modernen Zivilisation verwickelt gewesen ist.“[31]

An seinen Suppenküchen-Bemerkungen hat der Präsident anscheinend besonderen Gefallen gefunden, denn er hat sie in der Folgezeit mehrfach wiederholt oder variiert. So soll er kurz darauf gesagt haben, die Deutschen sollten auf lange nichts als Suppe zum Frühstück, zum Mittag- und Abendessen haben, und zu Morgenthau soll er weiter gesagt haben, wenn er zu entscheiden hätte, würden die Deutschen in den nächsten 25 Jahren auf eine Kost von Brot und Wasser gesetzt[32].

Das geistige Klima für den Morgenthauplan

Weitere Bemerkungen des Präsidenten aus dieser Zeit bestätigen den Eindruck einer großen Verschärfung seiner Haltung in der Deutschlandfrage. Schon am 1. April 1944 hatte er seinen obersten militärischen Beratern geschrieben, er sei jetzt nicht bereit zu sagen, „ob wir nicht beabsichtigen, die deutsche Nation zu zerstören“[33], und während seiner Aussprache mit Morgenthau v. 19. Aug. 1944 soll er weiter gesagt haben: „Wir müssen das deutsche Volk entweder kastrieren oder wir müssen die Deutschen so behandeln, daß sie nicht länger Menschen erzeugen können, die sich in gleicher Weise benehmen, wie das früher geschehen ist.“[34] Weiter soll er bei dieser Gelegenheit gesagt haben: „Wir müssen hart zu den Deutschen sein, denn die Deutschen sind zu uns hart gewesen.“[35] Hier muß man fragen: Was haben die Deutschen den Amerikanern je getan? Eine solche Fragestellung entsprach aber offenbar nicht länger Roosevelts Denkweise. „Ich bin Zionist“, sagte er am 10. Febr. 1945 in Jalta zu Stalin[36]. Anscheinend wurde der Präsident mehr und mehr vom Gedanken beherrscht, es sei Aufgabe der Vereinigten Staaten, die vom Hitlerregime an den Juden begangenen Verbrechen am ganzen deutschen Volke in furchtbarer Weise zu rächen. Diese Einstellung soll von einigen obersten amerikanischen Regierungsstellen geteilt worden sein[37]. Ende August 1944, so vermerkte Kriegsminister Stimson in seinem Tagebuch, habe er in seiner Umgebung eine sehr ausgeprägte Stimmung persönlicher Verbitterung gegen das ganze deutsche Volk feststellen können, ohne Rücksicht auf persönliche Schuld, und er fürchte, das könnte zu „massenweiser Rache unseres Volkes in Gestalt von plumpen wirtschaftlichen Maßnahmen“ führen[38]. Das geistige Klima für den Morgenthauplan war damit in Washington geschaffen.

[1] Vgl. Teil II, 1, Text zu Anmerkungen 44 und 46

[2] *Morgenthau Diary (Germany)*, 354–357. McConnell dachte auch an die Demontage von Betrieben, die Ausrüstungen für synthetische Öl- und Stickstoffwerke herstellen können, hat aber diesen Gedanken anscheinend nicht weiter verfolgt. Vgl. auch A. Kubek ebd, 11 f mit McConnell betreffendem biographischem Material.

[3] Vgl. ebd. 363 f. Gemäß Blum III, 10, soll aber der „McConnell-Plan" in wichtiger Weise zur späteren Formulierung der Deutschlandpolitik des Finanzministeriums beigetragen haben, und McConnell hat auch an der Ausarbeitung des Morgenthauplans teilgenommen.

[4] Morgenthau, Henry: *Germany is our problem*, XI

[5] Vgl. Morgenthau in *New York Post*, 24. Nov. 1947, 2 (auch zum folgenden).

[6] Smith, ein Reklamefachmann, war von Morgenthau 1942 ins Finanzministerium geholt worden, um die Zeichnung von Kriegsanleihen in Gang zu setzen.

[7] *New York Post* v. 24. Nov. 1947, 2

[8] Morgenthau in *New York Post* v. 24. 11. 1947, 2

[9] Smith, Fred B.: The rise and fall of the Morgenthau Plan, in *United Nations World* (1) März 1947, 32 ff. Über Simth vgl. 6

[10] Nach Smith soll Eisenhower weiter erklärt haben, das ganze deutsche Volk sei ein „synthetischer Paranoiker", und er sehe nicht ein, warum Paranoiker milde angefaßt werden sollten. (Das würde darauf hindeuten, daß Eisenhower damals unter dem Einfluß der später zu nennenden „Lehren" von Richard Brickner stand.) Fast die gleiche Äußerung wird Eisenhower auch von Morgenthau-Schlesinger in *New York Post* v. 24. 11. 1947 zugeschrieben. Sie wurde aber in Blum III nicht wiederholt. In der gleichen Nummer der *New York Post* werden Eisenhower auch die in indirekter Rede angeführten Worte in den Mund gelegt: „Die beste Kur für die Deutschen wäre, sie in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen" (to let the Germans stew in their own juice). In Blum III, 335 wird dagegen ausgeführt: „Wie er (Morgenthau) seinen Mitarbeitern nach seiner Rückkehr (nach Washington, am 17. Aug.) mitteilte: „Wir begannen gleich mit General Eisenhower... Er war sehr positiv, daß er sie (die Deutschen) hart behandeln würde. Er war durchaus gewillt, sie in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen." Das würde andeuten, daß Morgenthau die Bemerkungen des Generals in dieser Weise interpretierte, daß sich Eisenhower dieser Worte aber nicht selbst bedient hat. Später haben dann aber Morgenthau, *Morgenthau Diary (Germany)*, 415, und White (ebd., 424) wiederholt behauptet, es seien dies Eisenhowers eigene Worte gewesen.

[11] z. B. spricht Smith wiederholt von der „Konferenz von Ottawa", während die Konferenz von Quebec gemeint war. Die von Smith (33) erwähnte Rede Morgenthaus v. 12. 4. 1943 ist weder in den vom Verf. nachgeschlagenen Tageszeitungen noch in Blum III erwähnt. Es muß bezweifelt werden, ob sie je gehalten worden ist.

[12] ebensowenig Blum III, 335, Anm.

[13] NYT v. 26. 3. 1947, 10, Sp. 3

[14] NYT v. 17. Okt. 1947, 8, Sp. 4

[15] Diese Berichtigung machte Smith unter dem Eindruck der durch den Fall White ausgelösten Erregung. Smith behauptete jetzt weiter, White habe bei der Besprechung vom 7. 8. 1944 vorgeschlagen, die Besatzungsmächte sollten die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen lassen, und sie sollte nach einer Zeit passiven Zuwartens auf einer im wesentlichen agrarischen Grundlage wiederaufgebaut werden. Eisenhower sei mit diesen Ausführungen „mitgegangen", denn er sei infolge neuer Meldungen über „Nazigreuel" verärgert gewesen (vgl. NYT v. 14. 11. 1953, 1, Sp. 16). Über angebliche, amerikanischen Soldaten gegenüber begangene Greuel um diese Zeit (für welche sich doch wohl Eisenhower in erster Linie interessiert hätte) ist jedoch den in Frage kommenden amtlichen amerikanischen Veröffentlichungen nichts zu entnehmen.

Wahrscheinlich handelte es sich daher insoweit um eine Erfindung von Smith, die er brauchte, um seine Darstellung glaubwürdiger zu machen.

[16] Morgenthau hat die Richtigkeit dieser Darlegungen nie bestritten. In Blum III, 335, Anm. wird lediglich behauptet, Morgenthau könne sich nicht erinnern, Eisenhower gegenüber den Vorschlag gemacht zu haben, die Ruhrbergwerke zu ersäufen.

[17] Eisenhower hat schon 1943 Roosevelts Forderung der bedingungslosen Übergabe bedauert; vgl. Pogue, Forrest C.: *The Europen theater of operations.* 1951, 339 f. Nachdem sie erfolgt war, hat er sich sofort für die Sicherstellung der deutschen Ernährung eingesetzt.

[18] So schrieb im Sommer 1947 der einflußreiche Journalist und Befürworter des Morgenthauplans, Edgar Ansel Mowrer: „Diese Politik der teilweisen De-Industrialisierung Deutschlands stammte von General Eisenhower und wurde vom Präsidenten Roosevelt gebilligt. Wäre sie unter dem Namen Eisenhower-Plan statt Morgenthauplan bekannt geworden, wäre ihr Schicksal vielleicht ein anderes gewesen." Vgl. *Prevent World War III,* 21, 9. Über einen späteren solchen Versuch vgl. NYT v. 1. Juni 1952, 35, 1

[19] Penrose, E. F.: *Economic planning of the peace.* 1953, 224–248

[20] Weiter waren anwesend der Botschaftsrat Philipp E. Moseley und drei andere. Gemäß *Morgenthau Diary (Germany),* 898, hat später Moseley die damals von Morgenthau und White gemachten Vorschläge als „phantastisch, kindisch und idiotisch" bezeichnet.

[21] *New York Post* v. 25. 11. 1947, 2

[22] Penrose: aaO 245 f

[23] Smith: aaO 34. Smith war aber bei dieser Besprechung nicht anwesend.

[24] Penrose, aaO 248

[25] Morgenthau in *New York Post* v. 25. 11. 1947, 2

[26] Vgl. Blum III, 338. In Blum III werden diese Unterhaltungen nicht erwähnt. Vgl. aber dort 338, Anm. Vgl. auch die in *Teheran-Dokumente,* 881, 883 f, teilweise abgedruckten, von White angefertigten Niederschriften über diese Aussprachen, in denen von De-Industrialisierung nicht die Rede ist. Vgl. auch Blum III, 338 f

[27] Morgenthau hat allerdings gemäß *Morgenthau Diary (Germany)* ,415, am 18. Aug. zum amerikanischen Außenminister Hull gesagt: „Ich hatte den Eindruck, er (Churchill) wolle die Deutschen in strenger Weise behandeln lassen", eine Behauptung, die aber in erster Linie dazu gedient haben mag, Hull für seine Deutschlandplanung empfänglich zu machen. In *New York Post* v. 25. 11. 1947 hatte Morgenthau dazu lediglich bemerkt: „Mr. Churchill interessierte sich mehr für Britanniens als Deutschlands Zukunft." Am 23. 8. 1944 sagte Morgenthau zu Kriegsminister Stimson, er glaube, Churchill stehe der Frage der Zukunft Deutschlands interesselos gegenüber, *Morgenthau Diary (Germany),* 427

[28] Morgenthau hatte Eden in London offenbar mißverstanden, denn in Teheran war die Frage der Zerstückelung Deutschlands diskutiert, dann aber zur weiteren Untersuchung an die EAC verwiesen worden. Dort kamen diese Arbeiten besonders infolge russischer Obstruktion nicht vom Fleck.

[29] Vgl. Morgenthaus in *Morgenthau Diary (Germany),* 415, abgedruckte Niederschrift v. 18. 8. 1944. Den Morgenthauplan hat Morgenthau damals mit Hull nicht diskutiert.

[30] Vgl. Blum III, 342

[31] abgedruckt in *U.S. Foreign Relations 1944,* I, 544–546, und *Morgenthau Diary (Germany),* 443–445. Das Kriegsministerium stellte nach Eingang des Schreibens die Verteilung des Handbuchs ein und ließ es umarbeiten. Vom 15. Sept. ab wurde es in revidierter Form neu verteilt. Vgl. Hammond, aaO 356 f

[32] Vgl. Byrnes, James: *Speaking frankly.* 1951, 181; Smith, Fred: aaO 36

[33] Roosevelt an Joint Chiefs of Staff, 1. 4. 1944, in *U.S. Foreign Relations* 1944, I, 499 f

[34] Blum III, 342

[35] Morgenthau in *New York Post* v. 25. 11. 1947, 12; vgl. Blum III, 342

[36] *Jalta Dokumente,* 924. Wir haben die dort in indirekter Rede mitgeteilte Äußerung Roosevelts in direkte Rede übertragen.

[37] Vgl. Knappen, Marshall: *And call it peace,* 1947, 1 ff

[38] Stimson, Diaries, 26. 8. – 3. 9. 1944; vgl. auch Morison, Elting E.: *Turmoil and tradition. A study of the life and times of Henry L. Stimson.* 1960, 605

Achtes Kapitel

DIE AUSARBEITUNG DES MORGENTHAUPLANS

Beginn der Ausarbeitung des Morgenthauplans unter H. D. White

Am 19. August 1944 hatte Morgenthau Harry Dexter White und zwei weitere Beamte seines Ministeriums, John W. Pehle und Ansel Luxford, beauftragt, den „Standpunkt des Finanzministeriums zur Deutschlandfrage" darzulegen[1]. Leiter der Arbeiten war White. Am 23. August sind anscheinend auch Herbert Gaston und Robert E. McConnell diesem Ausschuß beigetreten[2]. Aber auch Josiah E. Du Bois jr., Harold Glasser und „einige andere Boys des Finanzministeriums" wurden in diese Arbeiten eingeschaltet[3]. Außerdem war Morgenthau darauf bedacht, einige der „sehr fähigen deutschen Emigranten" in seine Dienste zu stellen und hielt vor allem nach einem „sehr berühmten deutschen Psychologen" Umschau, der die deutsche Seele kennt und Ratschläge zur Behandlung solcher Deutscher geben kann, deren Seelen durch Nazifanatismus verseucht seien. Es sei vor allem eine Frage der Bloßlegung der deutschen Seele, und es sei auch zu untersuchen, wie die nächste Generation der deutschen Kinder heranwachsen sollte[4]. Morgenthau war von der Wichtigkeit der neuen Aufgabe, die er sich gestellt hatte, überzeugt. „Das ist die wichtigste Sache, die ich je unternommen habe, seit ich in der Regierung bin", sagte er am 28. Aug. zu White[5].
White und Mitarbeiter machten sich sofort an die Arbeit, in ständigem Gedankenaustausch mit Morgenthau. Auch nachdem dieser einen kurzen Urlaub angetreten hatte, den er auf seinem Landsitz Fishkill verbrachte, stand er mit White in täglicher telefonischer Verbindung[6]. Anscheinend noch am 31. Aug. hat die White-Gruppe ihre Denkschrift fertiggestellt, die Urfassung des Morgenthauplans[7]. Wir bringen sie in unserer nachstehenden Übersetzung ungekürzt zum Abdruck.

Die erste Fassung des Morgenthauplans vom 1. September 1944

„Es wird vorgeschlagen, die Haltung der Vereinigten Staaten auf der Grundlage folgender Grundsätze festzulegen:

1. Die Entmilitarisierung Deutschlands

Es sollte das Ziel der alliierten Streitkräfte sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands innerhalb der kürzesten Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet die vollständige Entwaffnung des deutschen Heeres und Volkes (einschließlich der Wegnahme oder Zerstörung alles Kriegsmaterials) und die völlige Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie ebenso wie solcher Hilfsindustrien, die keine andere Berechtigung haben.

2. Die Teilung Deutschlands

(a) Polen sollte den Teil Ostpreußens erhalten, der nicht an die USSR fällt, und den südlichen Teil Schlesiens, wie aus der Karte zu ersehen ist.
(b) Frankreich sollte das Saargebiet erhalten und die durch den Rhein und die Mosel abgegrenzten Nachbargebiete.
(c) Wie aus Punkt 3 zu ersehen ist, sollte eine internationale Zone errichtet werden, die das Ruhrgebiet, die angrenzenden Industriegebiete und den Nord-Ostsee-Kanal einschließt.
(d) Dänemark sollte das Gebiet zwischen seiner gegenwärtigen Grenze und dem Nord-Ostsee-Kanal erhalten.
(e) Der restliche Teil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten geteilt werden, (1) einen süddeutschen Staat, der Bayern, Württemberg, Baden und einige kleinere Gebietsteile umfaßt, und (2) einen norddeutschen Staat, der einen großen Teil des alten Staats Preußen, Sachsen, Thüringen und einige kleinere Staaten umfaßt.
Zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich, das in seinen Grenzen vor 1938 wiederhergestellt wird, wird eine Zollunion bestehen.

3. Das Ruhrgebiet

Hier liegt das Herz von Deutschlands industrieller Macht. Es sollte folgendermaßen behandelt werden:
(a) Es sollte eine internationale Zone errichtet werden, die das Ruhrgebiet und die angrenzenden Industriegebiete umfaßt. Der Nord-Ostsee-Kanal und das Rheinland sollten in diese Zone einbezogen werden. Die Zone sollte von einer Sicherheitsbehörde regiert werden, die von den Vereinten Nationen errichtet wird. Die ungefähren Grenzen sind aus anliegender Karte zu ersehen.
(b) Die Internationalisierung dieses Gebiets wird in keiner Weise beeinträchtigen: (a) die vollständige Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie und ihrer Hilfsindustrien gemäß Ziffer 1 dieser Denkschrift; (b) Restitution und Reparationen, einschließlich Entfernung von Industriebetrieben und maschinellen Einrichtungen gemäß Ziffer 4 dieser Denkschrift.
(c) Eigentum und Kontrolle der verbleibenden größeren Industrien werden an die internationale Behörde übertragen.

(d) Die internationale Behörde wird an folgende Grundsätze gebunden sein: (i) Die Naturschätze und die industrielle Leistungsfähigkeit des Ruhrgebiets dürfen nicht in einer Weise genutzt werden, die geeignet sein kann, das Kriegspotential Deutschlands oder des Ruhrgebiets zu erhöhen; (ii) Die Zone wird ein Freihandelsgebiet sein. Einfuhr von Kapital sollte jedoch entmutigt werden.

4. Restitution und Reparationen

Reparationen in Form von wiederkehrenden Zahlungen und Leistungen sollten nicht gefordert werden. Restitution und Reparationen werden durch die Übergabe von vorhandenen deutschen Vermögenswerten und Gebieten geleistet, z. B.:

(a) durch Rückgabe des von den Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten durch Plünderung erworbenen Eigentums

(b) durch Übertragung von deutschem Gebiet und von Privatrechten an industriellem Eigentum, das sich in solchen Gebieten befindet, an die von Deutschland überfallenen Länder und an die auf Grund des Teilungsplans vorgesehene internationale Organisation

(c) durch die Entfernung von Industrieanlagen und industriellen Einrichtungen in der Internationalen Zone und in dem nach Maßgabe des Teilungsplans abgegrenzten nord- und süddeutschen Staat und ihre Verteilung unter die verwüsteten Länder

(d) durch deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands

(e) durch Beschlagnahme alles deutschen Eigentums jeglicher Art außerhalb Deutschlands.

5. Die Behandlung von Sondergruppen

(a) Es muß ein besonders intensiver Versuch gemacht werden, Kriegsverbrecher zu ergreifen und zu bestrafen.

(b) Alle Mitglieder der folgenden Gruppen sind in Gewahrsam zu nehmen, bis die Schuld jedes Einzelnen festgestellt ist:

(1) die SS

(2) die Gestapo

(3) alle hohen Funktionäre der Polizei, der SA und anderer Sicherheitsorganisationen

(4) alle hohen Regierungsvertreter und Vertreter der Nazipartei

(5) alle führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die mit dem Nazismus eng verbunden sind

(c) Abgesehen von der Frage festgestellter Schuld für besondere Verbrechen stellt bloße Mitgliedschaft in der SS, der Gestapo und ähnlicher Gruppen einen Grund für die Einreihung in Zwangsarbeitsbataillone dar, die außerhalb Deutschlands Wiederaufbauarbeiten leisten.

(d) Die Nazipartei und ihre angeschlossenen Verbände wie Arbeitsfront,

Hitlerjugend, Kraft durch Freude usw. sollten aufgelöst und ihre Vermögen und Akten beschlagnahmt werden. Jede mögliche Anstrengung sollte gemacht werden zu verhindern, daß sie als Untergrundorganisationen oder in verschleierter Form wiederaufleben.

(e) Alle Angehörigen folgender Gruppen sollten aus öffentlichen Ämtern entfernt und für unfähig erklärt werden, öffentliche Ämter zu bekleiden oder sich als Journalisten, Lehrer oder im Rechtswesen oder in irgendeiner leitenden Stellung im Bankwesen, Handel oder in der Industrie zu betätigen:

(1) der Nazipartei

(2) Nazi-Freunde, die durch Wort oder Tat das Naziprogramm unterstützt oder verteidigt haben

(3) die Junker

(4) Offiziere des Heeres und der Marine

(5) Alle Junkergüter sollten zerschlagen und unter die Bauern verteilt und das System der Primogenitur und Fideikommisse sollte abgeschafft werden.

6. Alle vor der Kapitulation erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, die auf Grund von Rasse, Hautfarbe, Glaubensbekenntnis oder politischer Überzeugung diskriminieren, sollten abgeschafft und für null und nichtig erklärt werden.

7. Erziehung und Propaganda

(a) Alle Schulen und Universitäten bleiben geschlossen, bis eine alliierte Erziehungskommission ein brauchbares Programm für ihre Reorganisierung entworfen hat. Es wird davon ausgegangen, daß es eine beträchtliche Zeit dauern kann, ehe irgendeine höhere Lehranstalt wieder geöffnet wird. Mittlerweile ist deutschen Studenten das Studium an ausländischen Universitäten nicht verboten. Volksschulen werden, sobald geeignete Lehrkräfte und Lehrbücher zur Verfügung stehen, wieder geöffnet.

(b) Alle deutschen Zeitungen, Zeit- und Wochenschriften usw. werden ihr Erscheinen sofort einstellen und dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen.

8. Politische Dezentralisierung

Die militärische Verwaltung Deutschlands sollte in der Anfangszeit mit dem Ziel einer schließlichen Teilung Deutschlands in drei Staaten erfolgen. Zur Erleichterung der Teilung und zur Sicherung ihrer Dauer sollten sich die Militärbehörden von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

(i) Alle Beamten der politischen Ämter der Reichsregierung werden entlassen. Amtlicher Verkehr ist hauptsächlich mit lokalen Regierungsstellen aufzunehmen.

(ii) Die Wiederherstellung der Länderregierungen in den 18 Ländern, in die Deutschland zur Zeit eingeteilt ist, ist anzustreben; außerdem werden aus den preußischen Provinzen selbständige Länder gemacht.

(iii) Nach der Teilung Deutschlands sollten die einzelnen Länderregierungen ermutigt werden, für jedes der neu geteilten Gebiete eine Bundesregierung zu organisieren. Diese neuen Regierungen sollten die Form von losen Konföderationen von Staaten haben, mit besonderer Betonung der Länderrechte und einem hohen Grad von lokaler Selbstverwaltung. Schließlich würden diese Konföderationen souveräne Befugnisse ausüben, einschließlich besonderer Währungen und Postverwaltungen und des Rechts auswärtiger Beziehungen und Verhandlungen usw.

9. Die deutsche Wirtschaft

Der einzige Zweck der Militärbehörden bei der Kontrolle der deutschen Wirtschaft wird darin bestehen, militärische Unternehmungen und die militärische Besetzung zu erleichtern. Die alliierte Militärregierung wird keine Verantwortung übernehmen für wirtschaftliche Fragen wie Preiskontrolle, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Gütererzeugung, Wiederaufbau, Verteilung, Verbrauch, Unterbringung, Transportwesen und wird keine Maßnahmen treffen, die den Zweck haben, die deutsche Wirtschaft zu stärken, ausgenommen solche, die für militärische Unternehmungen erforderlich und oben angedeutet sind. Die Verantwortung für die Versorgung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes ist Sache des deutschen Volkes, mit solchen Mitteln, wie sie ihm unter den gegebenen Umständen zur Verfügung stehen mögen.

10. Die Verantwortung der Vereinigten Staaten

(a) Für die Ausführung des in dieser Denkschrift aufgestellten Programms für das Deutschland der Nachkriegszeit sind die Vereinten Nationen gemeinsam verantwortlich. Die Ausführung der vereinbarten gemeinsamen Politik sollte daher schließlich der internationalen Behörde anvertraut werden, die aus den die Vereinten Nationen betreffenden Verhandlungen hervorgeht.

Was die einzelnen Maßnahmen betrifft, die zum Zweck der Ausführung des gemeinschaftlichen Programms zu ergreifen sind, scheint es erwünscht, die Maßnahmen, die in der Anfangszeit der militärischen Besetzung durchzuführen sind, von denen zu trennen, zu deren Durchführung eine sehr viel längere Zeit benötigt wird. Während die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und die USSR aus praktischen Gründen die Hauptrolle bei der Entmilitarisierung (gemäß Punkt 1) spielen, (wobei sie natürlich von den Streitkräften der übrigen Vereinten Nationen unterstützt werden), kann die ins einzelne gehende Ausführung der andern Teile des Programms am besten von Deutschlands kontinentalen Nachbarn durchgeführt werden.

(b) Wenn Deutschland völlig entmilitarisiert ist, würde sich folgende Verteilung von Pflichten zur Ausführung des deutschen Programms ergeben:
(i) Die Vereinigten Staaten würden militärische und zivile Vertreter in allen internationalen Kommissionen haben, die zum Zweck der Ausführung des ganzen deutschen Programms errichtet werden mögen, und diese Vertreter sollten angemessenes amerikanisches Personal zur Verfügung haben.
(ii) Die Hauptverantwortung für die Überwachung Deutschlands und für die Zivilverwaltung in Deutschland würde von den Streitkräften von Deutschlands kontinentalen Nachbarn übernommen werden. Genau gesagt, sollten zu diesen Streitkräften russische, französische, polnische, tschechische, griechische, jugoslawische, norwegische, holländische und belgische Soldaten gehören.
(iii) Auf Grund dieses Programms könnten die Streitkräfte der Vereinigten Staaten binnen verhältnismäßig kurzer Frist zurückgezogen werden. Die tatsächliche Zurückziehung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollte jedoch nicht vor dem Zustandekommen eines Abkommens mit der USSR und Großbritannien erfolgen, in dem die oben angeführten Grundsätze dieser Denkschrift bestätigt worden sind[8]".

Das Wesen der Erstfassung

Die Erstfassung des Morgenthauplans war noch nicht jenes unmenschliche Dokument, das sie wenige Tage später geworden ist[9]. Insbesondere war, was das Ruhrgebiet betrifft, lediglich eine politische, nicht aber eine wirtschaftliche Sonderbehandlung vorgesehen, und zwar sollte das „Ruhrgebiet" und umliegende Gebiete (in Wahrheit ganz Nordwestdeutschland) in Zukunft eine internationale Zone bilden, die mit den beiden neuen Staaten, aus denen „Rumpfdeutschland" künftig bestehen sollte, nichts zu tun gehabt hätte. Die Zerstörung der Wirtschaft des Ruhrgebiets war aber noch nicht vorgesehen; vielmehr sollte das Ruhrgebiet grundsätzlich wie die neuen deutschen Staaten behandelt werden. Auch die wirtschaftliche Behandlung des übrigen Deutschlands wäre gemäß Punkt 1 der Erstfassung milder gewesen als die in den späteren Fassungen vorgesehene.
Dasselbe gilt für die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Sondergruppen. Man möchte daher annehmen, daß die erste Fassung des Morgenthauplans ein Versuchsballon war, dazu bestimmt, die Haltungen des Außen- und Kriegsministeriums und vor allem von Kriegsminister Stimson, der zu Morgenthaus Überraschung sein gefährlichster Gegenspieler werden sollte, und vielleicht auch die des Präsidenten selbst zu testen[10].
Morgenthau hat den Text der Erstfassung von Anfang an als unbefriedigend angesehen. Schon am 31. Aug., als der volle Text dieser Fassung ihm noch

nicht bekannt war, hatte er White telefoniert und Bedenken gegen einige der inzwischen ausgearbeiteten Vorschläge geltend gemacht. Er hat bei dieser Gelegenheit die völlige Zerstörung der Ruhrwirtschaft gefordert; sie müsse eliminiert werden. Dies wäre auch der beste Weg, die nach dem Krieg in England zu erwartende große Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Ob auch die Saarwirtschaft zu verschwinden habe, sei noch zu überlegen[11]. Als White sich gegen die Zerstörung der Ruhrwirtschaft wandte und fragte, was dann mit der Bevölkerung dieses Gebiets geschehen sollte, war Morgenthaus Antwort, er schlage die Gründung einer internationalen Gesellschaft zur Errichtung großer hydroelektrischer Anlagen vor, die über die ganze Welt verteilt werden. Bei ihrem Bau könnten einige Millionen Deutsche Verwendung finden[12]. Das zweite wichtige Problem, habe Morgenthau bei dieser Telefonunterhaltung weiter erklärt, sei, sich zu überlegen, was mit den Leuten geschehen sollte, die nazistisch verseucht seien „und was wir mit ihnen tun, bis sie aussterben und was mit ihren Kindern geschehen soll“[13].

White erläutert die Erstfassung

Auf das von Roosevelt am 25. Aug. ernannte Kabinettkomitee, das aus Hull, Stimson und Morgenthau bestehen und das dem Präsidenten Vorschläge zur Nachkriegsbehandlung Deutschlands unterbreiten sollte, werden wir im nächsten Kapitel eingehen. Am 2. Sept. sprach der persönliche Beauftragte Roosevelts, Harry Hopkins, zur Vorbereitung der ersten Ausschußsitzung mit Vertretern der drei Ministerien. White hat bei dieser Gelegenheit den Vertretern des Außen- und Kriegsministeriums Abschriften der Erstfassung des Morgenthauplans überreicht, die er mündlich erläuterte. White sei dabei weit über ihren Wortlaut hinausgegangen und habe u. a. geltend gemacht, die internationale Zone dürfe mit den in Punkt 2 vorgesehenen deutschen Reststaaten keinerlei Handelsbeziehungen haben und sie dürfe keinesfalls zur Stärkung der restdeutschen Wirtschaft beitragen[14].

Morgenthaus Aussprache mit dem Präsidenten am 2. September

Am gleichen Tag waren Präsident und Mrs. Roosevelt zu ihrem Gutsnachbarn Morgenthau hinübergefahren, und Morgenthau zeigte dem Präsidenten bei dieser Gelegenheit die ihm inzwischen zugegangene erste Fassung des Morgenthauplans. Der Präsident habe dieses Dokument mit großem Interesse gelesen. Er, Morgenthau, habe aber sofort erklärt, diese Vorschläge gingen nicht weit genug. Das Herz der deutschen Kriegsmaschine sei das Ruhrgebiet,

und er fordere, daß „die Ruhrwirtschaft demontiert und die maschinellen Einrichtungen den Ländern gegeben werden, die sie benötigen". Er sehe ein, das werde achtzehn bis zwanzig Millionen Menschen arbeitslos machen. Aber wenn versucht werde, das Ruhrgebiet als internationale Zone zu organisieren (ohne, so muß wohl hinzugefügt werden, die Ruhrwirtschaft zu eliminieren), würden die Deutschen fortgesetzt nach „Anschluß" schreien – Morgenthau gebrauchte das deutsche Wort – und am Ende vielleicht erfolgreich sein.
Ähnlich wie gegenüber White am 31. Aug. sagte er jetzt auch zu dem um Englands Zukunft besonders besorgten Präsidenten, die Zerstörung der Ruhrwirtschaft werde die wirtschaftliche Zukunft Englands und Belgiens für die nächsten zwanzig Jahre sichern, denn die Hauptkonkurrenten dieser Länder seien Ruhrkohle und Ruhrstahl gewesen. Die zweite wichtige Frage, die die Erstfassung unbeantwortet lasse, sei, was mit den Deutschen zwischen zwanzig und vierzig geschehen solle, und in leichter Abwandlung des zwei Tage zuvor zu White Gesagten fuhr er fort: „Ich bin überzeugt, daß diese Leute umerzogen werden können, und es mag nötig sein, sie nach einigen Gegenden in Zentralafrika abzuschieben, wo sie beim Bau großer Kraftwerke beschäftigt werden können... Die nächste wichtige Frage ist, was mit den Kindern dieser Leute geschehen soll, so daß sie die richtige Art Erziehung erhalten."[15]
Als der Präsident die Erstfassung des Morgenthauplans überflogen hatte, soll er gesagt haben, er möchte wissen, ob die drei Dinge darin seien, die ihn besonders interessierten: erstens, die Deutschen dürften keine Luftfahrzeuge besitzen, nicht einmal Segelflugzeuge; zweitens, kein Deutscher dürfe eine Uniform tragen; drittens, es dürfe kein Marschieren irgendwelcher Art geben. Diese drei Verbote würden den Deutschen mehr als alles andere zeigen, daß sie ein besiegtes Volk seien, und sie seien psychologisch und symbolisch äußerst wichtig[16].
Aus Morgenthaus eigener Darstellung gewinnt man den Eindruck, daß sich der Präsident Morgenthaus Forderung der Zerstörung der Ruhrwirtschaft und der Abschiebung der „Nazis" nach Zentralafrika kommentarlos angehört hat und daß er sich auf diese Forderungen nicht festlegen wollte[17]. Trotzdem glaubte Morgenthau beim Schluß der Unterhaltung, der Präsident habe seine Ausführungen voll gebilligt[18], und als er am 4. Sept. White und Mitarbeiter wieder im Finanzministerium traf, erklärte er ihnen, Roosevelt sei willig, so weit zu gehen wie er selbst oder noch weiter. „Der Mann ist hungrig nach unserer Arbeit. Er ist ganz wahnsinnig."[19]

Die folgende lange Aussprache mit seinen Ratgebern kann nur von Morgenthaus Standpunkt aus, der Präsident billige alle seine Vorschläge, richtig verstanden werden.
Gleich zu Beginn der Aussprache drückte Morgenthau White erneut seine Unzufriedenheit mit dem Entwurf vom 1. Sept. aus, besonders soweit er sich auf die Ruhrwirtschaft bezog, die bei dieser Gelegenheit völlig im Vordergrund stand. Wie gegenüber Roosevelt am 2. Sept. betonte er jetzt gegenüber White, eine Internationalisierung des Ruhrgebiets ohne gleichzeitige Zerstörung seiner Wirtschaft wäre eine wertlose Geste und würde lediglich die Rufe nach Anschluß vervielfachen. Außerdem forderte er jetzt auch ausdrücklich die Zerstörung der Bergwerke: „Nur wenn die Fabriken demontiert und die Bergwerke ersäuft, in die Luft gesprengt, zertrümmert werden, sind die Deutschen in Zukunft unfähig, Krieg zu führen.“[20] Das Ruhrgebiet sei seit langem die Brutstätte der deutschen Kriege. „Es ist außerdem dieses Gebiet, das die Stahlwerke von Birmingham und den britischen Kohlenbergbau fast zum Erliegen gebracht und den niederen Lebensstandard der Engländer verursacht hat.“[21] Auch Whites Vorschlag, wenigstens die Bergwerke zu verschonen, da nach dem Krieg überall in Europa ungeheurer Kohlenmangel herrschen werde, fand vor Morgenthau keine Gnade. Aus Kohle stelle man Chemikalien her, und die Ruhrkohle eigne sich besonders zur Stahlerzeugung. „Ich sehe keinen anderen Weg, die Deutschen an der Herbeiführung eines neuen Kriegs zu hindern als den, die Ruhrwirtschaft völlig zu zerstören... Falls dieses Gebiet produktionsunfähig gemacht und von seiner Industrie entblößt wird, falls die Bergwerke ersäuft, in die Luft gesprengt, zertrümmert werden, werden die Deutschen in Zukunft unfähig sein, Krieg zu führen“, und, so begann Morgenthau jetzt zu scherzen, bald nach dem Krieg werde es neue große Massen von deutschen Kindern geben. „Lassen wir ihnen auch etwas“ (von den deutschen Bodenschätzen)[22].

Was soll mit den fünfzehn Millionen überzähligen Menschen des Ruhrgebiets geschehen?

Morgenthaus Forderung der völligen Zerstörung der Ruhrwirtschaft stellte White erneut die Frage entgegen, was dann mit den mindestens fünfzehn Millionen überzähligen Menschen dieses Gebiets geschehen solle. Morgenthau hatte jetzt eine neue Antwort: Diese Leute könnten durch die Suppenküchen des amerikanischen Heeres gefüttert werden[23]. Das war eine Anspielung auf die Suppenküchen-Bemerkungen des Präsidenten in seinem Schreiben an Stimson vom 25. Aug.

Als dann ein Mitarbeiter Whites Zweifel äußerte, ob eine solche Regelung auf die Dauer Erfolg verspreche, war Morgenthaus Antwort: „Warum, zur Hölle, sollte ich mir Sorgen machen, was mit dem deutschen Volk geschieht?" Amerikanische Pioniere sollten in jedes Stahlwerk, jedes Bergwerk, jedes chemische Werk, jedes synthetische Ölwerk oder was es sonst noch gibt, gesandt werden, in ihnen Dynamitladungen anbringen, die Wasserhähne öffnen und alles überfluten und in die Luft sprengen. Dann könnten die großen Menschenfreunde zusammensitzen und beschließen, was mit der Bevölkerung geschehen soll[24]. Das Ruhrgebiet müsse in ein „Geisterland" verwandelt werden[25].

Anscheinend hielt aber Morgenthau selbst die Umwandlung des Ruhrgebiets in ein Geisterland nicht für ausreichend, um einer neuen deutschen Aggression vorzubeugen. Hat er doch am 4. Sept. weiter behauptet, die Ruhrbergleute seien gerissene Burschen. Nach Zerstörung der Bergwerke würden sie wahrscheinlich von den Kellern ihrer Häuser Stollen graben und heimlich Kohle fördern. Diese Kerle seien so gescheit und solche Teufel. Geschehe das, so werde es bald wieder Marschkolonnen deutscher Soldaten geben[26].

Morgenthau fordert Vertreibung des größten Teils der Bevölkerung des Ruhrgebiets

Morgenthau hielt daher die Vertreibung eines großen Teils der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter- und Bergmannsfamilien, vom Ruhrgebiet für erforderlich, hat auch diese Angelegenheit mit White besprochen, und White hat sofort mehrere Methoden in Vorschlag gebracht, mit deren Hilfe eine solche Maßnahme durchgeführt werden könnte[27].

Der Niederschlag dieser Diskussion war die noch am Abend des 4. Sept. fertiggestellte zweite Fassung des Morgenthauplans. Wie bemerkt, war White am 31. Aug. auch beauftragt worden, in seine Denkschrift Vorschriften zur Behandlung der dem Nazismus verfallenen Generation und ihrer Kinder aufzunehmen. Wie wichtig ihm das war, geht auch aus seinen mitgeteilten Ausführungen gegenüber Roosevelt vom 2. Sept. hervor, und am Morgen des 4. Sept. war eine seiner ersten Bemerkungen zu White, die erste Fassung des Morgenthauplans sei auch darum zu beanstanden, weil sie keine Bestimmungen zur Behandlung dieser Menschen enthalte[28].

Morgenthau wollte die deutschen Kinder ihren Eltern wegnehmen und sie durch amerikanische, britische und russische Offiziere den Geist wahrer Demokratie lehren lassen

Derartige Vorschriften wurden aber – trotz Morgenthaus Drängen – den späteren Fassungen nicht eingefügt. Wir gehen daher auf diese Angelegenheit nicht weiter ein, möchten aber auf ein von Morgenthau aufgezeichnetes Gespräch mit Stimson vom 23. Aug. verweisen, in dem er u.a. ausführte: *„Glauben Sie nicht, es wäre das Richtige, ein Blatt aus Hitlers Buch zu entlehnen, diese deutschen Kinder von ihren Eltern völlig zu entfernen und sie zu Mündeln des Staats zu machen? Ehemalige amerikanische, britische und russische Offiziere sollten ihre Schulen leiten und könnten den Kindern den Geist wahrer Demokratie beibringen.“*[29]

Die zweite Fassung des Morgenthauplans vom 4. September 1944

In der Neufassung des Morgenthauplans vom 4. Sept. war Punkt 1, der dem Punkt 1 der Erstfassung entsprach, erheblich verschärft und hatte damit seine endgültige Formulierung erhalten. Die am 2. Sept. von Roosevelt genannten „drei Dinge“ waren der Neufassung als Punkte 10–12 eingefügt. Die wichtigste Änderung hatte Punkt 3 erfahren, denn es war jetzt die völlige Zerstörung oder Demontage der Industrien und Bergwerke der internationalen Zone – nicht nur des Ruhrgebiets – vorgesehen. Diese Maßnahmen sollten in zwei Stufen und so rasch wie möglich durchgeführt werden. Außerdem sollten die Arbeiter und Bergleute und vielleicht noch weitere Bewohner dieser Zone, zusammen mit ihren Familien, „ermuntert“ werden, diese dauernd zu verlassen. Sie sollten so weit wie möglich „zerstreut“ werden[30]. Wir bringen hier die Neufassung des Punktes 3 in unserer Übersetzung:

„3. Das Ruhrgebiet

(Das Ruhrgebiet, umliegende Industriegebiete, wie aus anliegender Karte ersichtlich, einschließlich Rheinland und alles deutsche Gebiet nördlich vom Nord-Ostsee-Kanal.) Hier liegt das Herz von Deutschlands industrieller Macht, die Brutstätte seiner Kriege. In diesem Gebiet müssen nicht nur alle gegenwärtig existierenden Industrien beseitigt, sondern das Gebiet muß auch so geschwächt werden, daß es nie mehr ein Industriegebiet werden kann. Die folgenden Maßnahmen werden dies bewerkstelligen:

A. Innerhalb einer kurzen Frist, wenn möglich nicht länger als sechs Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten, werden alle Industrieanlagen und Einrichtungen, die nicht durch militärische Einwirkungen zerstört sind, entweder

vollständig demontiert und vom Gebiet entfernt oder vollständig zerstört. Aus den Bergwerken werden alle Einrichtungen entfernt, und alle Schritte müssen unternommen werden, die eine Wiederinbetriebnahme der Bergwerke so schwierig wie möglich machen.
Es wird davon ausgegangen, daß die Ausräumung dieses Gebiets in zwei Abschnitten durchgeführt wird (von den Zerstörungen abgesehen, die durch militärische Operationen erfolgen werden):
1. Entfernung von Betrieben und Einrichtungen durch Mitglieder der Vereinten Nationen als Restitution und Reparationen (Punkt 4).
2. Alle während einer bestimmten Frist – sagen wir sechs Monate – nicht entfernten Einrichtungen werden vollständig zerstört oder sie werden verschrottet, und der Schrott wird den Vereinten Nationen zugeteilt.
B. Allen Leuten in diesem Gebiet wird zu verstehen gegeben, daß die Zone nie wieder ein Industriegebiet werden darf. Aus diesem Grund sollten alle Leute in diesem Gebiet, die als Facharbeiter ausgebildet sind oder über eine technische Ausbildung verfügen, zusammen mit ihren Familien ermuntert werden, dieses Gebiet dauernd zu verlassen, und sie sollten so weit wie möglich zerstreut werden. Es werden Schritte unternommen werden, die ein Mindestmaß an Nahrung für diese Leute während der Wanderperiode oder während ihrer Überführung in neue Beschäftigungen, die kein Kriegspotential haben, sicherstellen.
C. Dieses Gebiet sollte eine internationale Zone werden, die von einer internationalen Sicherheitsbehörde, die von den Vereinten Nationen errichtet wird, verwaltet wird. Bei der Verwaltung des Gebiets sollte die internationale Behörde alle Maßnahmen treffen und sich von Grundsätzen leiten lassen, die geeignet sind, oben genannte Zahl zu fördern[31].

Erläuterungen: Wir erläutern hier und im folgenden nur solche Vorschriften der Entwürfe zum Morgenthauplan, die in die endgültige, seit langem bekannte Fassung vom 9. Sept. nicht aufgenommen worden sind, die bisher der deutschen Öffentlichkeit nicht bekannt waren und die ohne kurze Erläuterungen nicht in ihrer ganzen Tragweite verstanden werden möchten.
1. zu 3 A, Abs. 1: Wenn Morgenthau wiederholt darauf hingewiesen hat, daß die Ruhrwirtschaft so schnell wie möglich vernichtet werden müsse, machte er als Hauptgrund geltend, daß „die Leute" (daheim in den Vereinigten Staaten) nach sechs Monaten (nach Ende der Feindseligkeiten) „zu milde" werden könnten (*Morgenthau Diary [Germany]*, 492). Offenbar glaubte er, eine solche Haltung könnte die Durchführung seines Zerstörungsprogramms gefährden. Am liebsten hätte er gesehen, wenn die Wirtschaft der internationalen Zone von den vorrückenden amerikanisch-britischen Armeen (um die es sich allein handeln konnte), während ihres Vormarsches zerstört würde

(*ebd.*, 500). Sein Mitarbeiter Pehle meinte zustimmend, das wäre das beste, selbst wenn dadurch für Demontagezwecke geeignete Industrie-Einrichtungen zerstört würden (*ebd.*) Sein Mitarbeiter Gaston fügte hinzu: „Wenn wir das zur Zeit der Demolierung Deutschlands tun, wird die Öffentlichkeit nicht widersprechen" (*ebd.*, 501). In der Fassung v. 5. Sept. war daher eine Zerstörung in drei Stufen vorgesehen, die aber offenbar auch von der Fassung v. 4. Sept. erwogen wurde.
2. zu B: Der Abschnitt über die „Zerstreuung" („should be as widely dispersed as possible") wird verständlich, wenn man weiß, daß zur Zeit der Ausarbeitung des Morgenthauplans auch andere sich für die „Zerstreuung" entweder des ganzen deutschen Volkes in alle Welt eingesetzt haben, um dadurch seine nationale Existenz zu vernichten, oder für die Zerstreuung der Deutschen aus den abzutretenden Gebieten und der Volksdeutschen eintraten, da deren Abschiebung nach „Rumpfdeutschland" eine „demographische Stärkung" dieses Gebiets und damit des deutschen Kriegspotentials zur Folge hätte; ähnlich auch Imre Ferenczi, ehemaliger Bevölkerungssachverständiger der International Labor Organization in einem in NYT v. 1. Jan. 1945, 22, Sp. 7 abgedruckten Schreiben, in dem eine solche Zerstreuungspolitik auch als Beitrag zur „geistigen Entwaffnung" der Deutschen im Sinn Morgenthaus empfohlen wird. Als neue Wohngebiete für die zu Zerstreuenden, die offenbar in ganz kleine und darum leicht assimilierbare Gruppen aufgelöst werden sollten, werden u. a. Alaska, das nordwestliche Kanada und Turkestan empfohlen; vgl. auch Max Lerners noch zu nennende Bemerkungen über das „Verpflanzen verhungernder Bevölkerungen". Eine derartige Politik könnte gemäß Ferenczi und Lerner, den Beginn einer konstruktiven Friedenspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg darstellen.
Besonders wichtig ist auch Punkt 9 „Bestrafung der Kriegsverbrecher und Sondergruppen" nebst zugehöriger Anlage. Auch diese neue Fassung stellt gegenüber der ursprünglichen eine drastische Verschärfung dar[32].

Die dritte Fassung des Morgenthauplans vom 5. September

Am 5. Sept. war die erste Sitzung des Kabinettkomitees für Deutschland, und noch am gleichen Tag, offenbar unter dem Eindruck der Ausschußbesprechungen, wurde eine weitere, die dritte Fassung des Morgenthauplans fertiggestellt. In ihr hatte aber lediglich der die internationale Zone betreffende Punkt 3 erhebliche Änderungen und eine gewisse weitere Verschärfung erfahren[33]:

„3. Das Ruhrgebiet

(Das Ruhrgebiet, benachbarte Industriegebiete, wie auf anliegender Karte ersichtlich, einschließlich Rheinland, Nord-Ostsee-Kanal und alles deutsche Gebiet nördlich vom Nord-Ostsee-Kanal.)

Hier liegt das Herz von Deutschlands industrieller Macht, die Brutstätte seiner Kriege. Dieses Gebiet sollte nicht nur von allen gegenwärtig vorhandenen Industrien entblößt, sondern auch so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet werden kann. Die folgenden Schritte werden das bewerkstelligen:

(a) Innerhalb einer kurzen Frist, möglichst nicht länger als sechs Monate nach Ende der Feindseligkeiten, werden alle Industriebetriebe und ihre Einrichtungen entweder völlig demontiert und vom Gebiet entfernt oder völlig zerstört. Alle Einrichtungen werden von den Bergwerken entfernt, und die Bergwerke werden mit Gewalt völlig zertrümmert.

Es wird davon ausgegangen, daß die Ausräumung des Gebiets in drei Stufen durchgeführt wird:

1. Die Streitkräfte werden gleich beim Einmarsch ins Gebiet alle Anlagen und Einrichtungen zerstören, die nicht weggeschafft werden können.

2. Entfernung von Betrieben und Einrichtungen durch Mitglieder der Vereinten Nationen als Restitution und Reparationen (Punkt 4).

3. Alle während einer bestimmten Frist – sagen wir sechs Monate – nicht entfernten Anlagen und Einrichtungen werden vollständig zerstört oder sie werden verschrottet, und der Schrott wird den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt.

(b) Allen Leuten in diesem Gebiet wird zu verstehen gegeben, daß die Zone nicht erneut ein Industriegebiet werden darf. Aus diesem Grunde sollten alle Leute in diesem Gebiet, die als Facharbeiter ausgebildet sind oder über eine technische Ausbildung verfügen, zusammen mit ihren Familien ermuntert werden, dieses Gebiet dauernd zu verlassen, und sie sollten soweit wie möglich zerstreut werden.

(c) Dieses Gebiet sollte eine internationale Zone werden, die von einer internationalen Sicherheitsbehörde verwaltet wird, die von den Vereinten Nationen errichtet wird. Bei der Verwaltung des Gebiets sollte die internationale Behörde sich von Grundsätzen leiten lassen, die geeignet sind, oben genannte Ziele zu fördern.“

Erläuterungen: Jetzt ist ausdrücklich ausgesprochen, daß die Bergwerke, offenbar durch Überflutungen und Explosivstoffe, „mit Gewalt völlig zertrümmert (completely wrecked) werden“ sollten, wie das Morgenthau am 4. Sept. wiederholt gefordert hatte, während in der Fassung von diesem Tag über die Art der Zerstörung nichts ausgesagt war.

Statt in zwei Stufen, wie in der Fassung vom vorhergehenden Tag, sollte jetzt die Zerstörung in drei Stufen erfolgen, und Betriebe, deren Einrichtungen (equipment) nicht – es muß wohl hinzugefügt werden: ohne Schwierigkeit – entfernt werden konnten, sollten, im Einklang mit Morgenthaus mündlichen Ausführungen vom 4. Sept., von den vorrückenden Truppen, zusammen mit den Fabrikgebäuden, während des Vormarsches zerstört werden. Wenn Morgenthau davon absah, die Zerstörung der ganzen Ruhrindustrie während des Vormarsches zu fordern, so wohl darum, weil die Sowjetunion seit 1943 wiederholt Ansprüche auf Reparationen durch Lieferung von Industrie-Erzeugnissen geltend gemacht hatte, die zum großen Teil aus dem Ruhrgebiet kommen sollten.
Es ist darauf hinzuweisen, daß der letzte Satz von 3 B der Fassung vom 4. Sept., der den umzusiedelnden Familien ein Minimum von Nahrungsmitteln während der „Wanderperiode" garantieren wollte, in der Fassung vom 5. Sept. nicht mehr enthalten ist[34].

Die endgültige Fassung des Morgenthauplans vom 9. September

Am 9. Sept. ist der Morgenthauplan nochmals geändert worden und hatte damit seine endgültige Form erhalten. Es ist dies diejenige Fassung, die wir in Teil IV punktweise besprechen. Dort werden wir auch zu diesen Änderungen Stellung nehmen.
Wir haben bemerkt, daß die Fassungen vom 4. und 5. Sept. von Blum in seinem 3. Band überhaupt nicht erwähnt werden. Blum führt vielmehr (356) aus: „Am Abend des 4. September hatten Morgenthaus Mitarbeiter ... den Entwurf fertig, der für ihn die wesentliche Zusammenfassung seiner Gedanken geblieben ist. Sein Entwurf von diesem Tag war identisch mit der Form, die er später in Faksimile in seinem Buch Germany is our problem veröffentlicht hat."
Hierzu ist zu sagen, daß diese Behauptung in zweifacher Weise unrichtig ist. Der Faksimile-Abdruck in Morgenthaus Buch ist nicht der Entwurf vom 4., vielmehr die endgültige Fassung mit dem Datum 9. Sept. Die Fassung vom 4. Sept. ist außerdem nicht die endgültige Fassung, wie man aus Blums Darstellung schließen müßte. Vielmehr ist der Morgenthauplan nach dem 4. Sept. noch zweimal geändert worden, und zwar am 5. und 9. Sept. In der Fassung vom 9. Sept. waren die bisherigen Vorschriften über die Zerstörung der Ruhrwirtschaft wieder etwas gemildert worden und von den zwei oder drei Abschnitten, in denen die Ruhrwirtschaft gemäß den Entwürfen vom 4. und 5. Sept. zerstört werden sollte, ist in ihr nicht mehr die Rede und ebensowenig von der Forderung, den größten Teil der Bevölkerung des Ruhrgebiets zu

„ermuntern", dieses Gebiet zu verlassen, worauf diese Menschen über die ganze Welt „zerstreut" werden sollten.
Wir können kaum glauben, daß einem so fähigen und sorgfältig arbeitenden Gelehrten wie Blum derart primitive Fehler und Verwechslungen unterlaufen sein können und stehen vor einem Rätsel. Es war notwendig, darauf hinzuweisen; denn da Blum die besonders extremen Entwürfe vom 4. und 5. Sept. 1944 entgangen sind, festigt sich beim Lesen seiner Ausführungen der unrichtige Eindruck, daß Morgenthau zwar in seinen mündlichen Ausführungen zur Deutschlandfrage öfters zur Maßlosigkeit neigte, daß er sich jedoch in seinen schriftlichen Darlegungen und insbesondere in seinen Denkschriften größere Zurückhaltung auferlegen wollte.

[1] Vgl. Morgenthau in *New York Post* v. 26. 11. 1947, 2 (in seiner Fortsetzungsreihe „Our policy toward Germany"); Blum III, 342 f. Über Luxford und Pehle vgl. 6. Kap., Ziff. 5, 6. Über ihre Mitwirkung an der Ausarbeitung s. *Morgenthau Diary (Germany),* 590, 594. Über Luxfords Mitwirkung s. auch *Jalta Dokumente,* 141; vgl. weiter Hammond, 393

[2] Vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 428. Über Gaston vgl. Blum III, 34; über McConnell vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 17, Anm. 31. Über seine Vorschläge von 1943 ebd. 11 f. McConnell wurde anscheinend hauptsächlich als technischer Sachverständiger herangezogen.

[3] Über Du Bois und Glasser (letzterer wird in Blum III überhaupt nicht erwähnt), vgl. 6. Kap., Ziff. 3, 4. Vgl. auch *Morgenthau Diary (Germany),* 50, und Blum III, 283

[4] *Morgenthau Diary (Germany),* 428 (Unterhaltung mit White v. 28. 8.). Schon am 23. 8. hatte Morgenthau gemeint, die deutschen Emigranten seien eine wahre Goldgrube für seine Zwecke, ebd. 428

[5] *Morgenthau Diary (Germany),* 448

[6] Blum III, 350

[7] abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany),* 463–466. Die Denkschrift hat das Datum 1. Sept.

[8] Die Punkte 2, 4, 7 und 9 wurden in alle späteren Fassungen des Morgenthauplans unverändert oder fast unverändert übernommen und bilden in der endgültigen Fassung v. 9. 9. die Punkte 2 und 3 (Punkt 2 der Erstfassung ist dort in die Punkte 2 und 3 zerlegt; Abschnitt e, die Gebietsabtretung an Dänemark betreffend, ist in den späteren Fassungen nicht mehr enthalten), 5, 6 und 8. Punkt 6 der Erstfassung ist in keine der späteren Fassungen übernommen worden. Die Punkte 3 (Ruhrgebiet) und 5 (Sondergruppen) wurden, wie sich aus dem folgenden ergibt, später erheblich geändert. Punkt 1 erhielt in der zweiten und Punkt 10 (als Punkt 14) in der letzten Fassung seine endgültige Form. Bei der in Punkt 2 a und 3 a genannten Karte handelte es sich wahrscheinlich um dieselbe, die in *Morgenthau Diary (Germany)* nach 554 abgedruckt ist. Die in die endgültige Fassung übernommenen Punkte werden in den entsprechenden Abschnitten in Teil IV besprochen. Wegen Punkt 1 der Erstfassung siehe unsere Bemerkungen am Beginn unserer Erläuterungen von Punkt 1. Wegen der Punkte 3 und 5 vgl. auch unsere Bemerkungen zu den Punkten 4 und 11 der Fassung v. 11. 9. in Teil IV.

[9] Wenn Kolko (aaO 326) die Erstfassung des Morgenthauplans einen „vorläufigen Plan" nennt, den Morgenthau „mit der festen Überzeugung gemacht hat, daß er später verwässert" würde, so ist dazu zu bemerken, daß es sich bei der Fassung v. 1. 9. wohl um einen vorläufigen Plan handelte, dessen Forderungen aber in den späteren Fassungen, von der letzten abgesehen, erheblich verschärft worden sind. Auch später wandte sich Morgenthau lange gegen jede Verwässerung (des verschärften Plans).

[10] Am 25. 8., zwei Tage nach seiner Aussprache mit Morgenthau, überreichte Stimson dem Präsidenten ein Schreiben, das er noch mündlich erläuterte und in dem er sich gegen die De-Industrialisierung und Zerstückelung Deutschlands wandte, was den Hungertod für dreißig Millionen Deutsche bedeuten würde. Vgl. Blum III, 348 (einzige Quelle).

[11] *Morgenthau Diary (Germany)*, 461 f

[12] Blum III, 351

[13] *Morgenthau Diary (Germany)*, 461 f. White erwiderte, er wolle sich die Frage der Behandlung der Nazis überlegen. Wegen der Kinder habe er sich noch keine Gedanken gemacht.

[14] Vgl. das Schreiben des Abteilungsleiters im Außenministerium Riddleberger an Undersecretary of State Stettinius v. 28. 10. 1944 in *Jalta Dokumente*, 160 f

[15] Blum III, 352 f (einzige Quelle).

[16] Morgenthau in *New York Post* v. 28. 11. 1947, 2; Blum III, 352

[17] Die von Roosevelt angeführten „drei Dinge" könnten dahin verstanden werden, daß er, wie es seiner Art entsprach, durch Aufwerfen von Nebenfragen der Erörterung unangenehmer Hauptfragen ausweichen wollte (auf die Zerstörung der deutschen Flugzeugindustrie hatte er sich schon früher festgelegt). Ein weiteres Beispiel wäre Roosevelts Bemerkung im Anschluß an Morgenthaus Frage über die Zukunft der deutschen Kinder: „You know you will have to create entirely new textbooks for the Germans."

[18] Blum III, 353

[19] *Morgenthau Diary (Germany)*, 494

[20] *ebd.*, 489 f

[21] *ebd.*, 489, auch zum folgenden.

[22] *ebd.*, 495

[23] *ebd.*, 487

[24] *Morgenthau Diary (Germany)*, 492. Am Nachmittag des 4. 9. wurde die Aussprache fortgesetzt, und Morgenthau sagte weiter: „Nehmt diese (diesmal nicht näher definierten) Kohlengebiete und ersäuft sie" (ebd. 493).

[25] *ebd.*, 493. Unter *„ghost town"* versteht man in den Vereinigten Staaten eine von ihren Bewohnern verlassene Siedlung, so vor allem eine ehemalige Bergwerkstadt, deren Bergwerke (wie z. B. die meisten Silberbergwerke in Colorado) inzwischen unrentabel geworden waren, ihren Betrieb eingestellt hatten und deren (meiste) Bewohner die Siedlung verlassen hatten, die dann verfiel. *Ghost territory* (ein wohl von Morgenthau geprägtes Wort) wäre daher ein aus *ghost towns* bestehendes Gebiet.

[26] *ebd.*, 490

[27] *ebd.*, 491–494

[28] *ebd.*, 483

[29] *ebd.*, 426. Über die Frage, warum Morgenthau auf die Aufnahme entsprechender Vorschriften nicht bestanden hat, lassen sich nur Vermutungen anstellen. Die nächstliegende Annahme ist, daß er insoweit der Unterstützung des Präsidenten nicht sicher war.

[30] Die Fassung v. 4. 9. ist abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 503–509. Dieser Entwurf wird in Blum III völlig ignoriert.

[31] Über die zu Beginn des Punktes 3 genannte Karte vgl. 8

[32] Punkt 8 „Controls over the development of German economy" ist neu eingefügt und stimmt im wesentlichen mit Punkt 9 der endgültigen Fassung überein.

[33] Auch die dritte Fassung wird in Blum III völlig ignoriert. Abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 548–554.

[34] Punkt 14 der Fassung v. 5. 9. „Appointment of a High Commissioner" (für Deutschland) war dieser Fassung offenbar auf Anregung eines Morgenthau am 4. 9. von Hull überreichten Schreibens eingefügt worden (vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 519). Offenbar dachte Morgenthau, ebenso wie Hopkins, an den Undersecretary im Kriegsministerium Robert Patterson, als geeigneten Mann für diesen Posten, *ebd.*, 523 f. Dieser Punkt wurde in die endgültige Fassung des Morgenthauplans nicht übernommen.

Zehntes Kapitel

DAS KABINETTKOMITEE FÜR DEUTSCHLAND

Morgenthaus Aussprache mit Stimson am 23. August 1944

Am 23. August 1944 hatte Morgenthau eine Aussprache mit Kriegsminister Stimson und erwähnte „die Möglichkeit, alle Industrien aus Deutschland zu entfernen und aus den Deutschen eine landwirtschaftliche Bevölkerung von Kleinbauern" zu machen. Es war wohl das erstemal, daß Morgenthau seine Ansichten über Deutschlands „wirtschaftliche Entwaffnung" einem Mitglied des Kabinetts des Präsidenten vorgetragen hat. Stimson habe erwidert, eine solche Politik würde es wohl nötig machen, viele Leute aus Deutschland zu entfernen, denn Deutschland sei 1860 ein Landwirtschaft treibendes Land mit nur vierzig Millionen Einwohnern gewesen. Morgenthau erwiderte nach seiner eigenen Darstellung: „Das ist lange nicht so schlimm, wie sie in Gaskammern zu senden." Morgenthau schlug auch die Ernennung eines aus Hull, Stimson und ihm selbst bestehenden Ausschusses vor, die Vorschläge zur Nachkriegsbehandlung Deutschlands machen sollte, der dann Rossevelt bei seinem demnächst stattfindenden Treffen mit Churchill als Verhandlungsgrundlage dienen könnten[1]. Stimson arbeitete anschließend ein Schreiben aus, das er dem Präsidenten am 25. Aug. überreichte und mündlich erläuterte. In diesem und in seiner Aussprache mit Roosevelt wandte er sich scharf gegen Morgenthaus Absichten. Zwar sei es nötig, Deutschland zu entwaffnen und die führenden Nazis zu bestrafen. Eine Zerstückelung Deutschlands – über derartige Absichten Morgenthaus hatte Stimson offenbar schon früher gehört – lehnte Stimson jedoch ab und er schlug eine internationale Kontrolle des Ruhr- und Saargebiets vor. Zerstückelung und De-Industrialisierung würden Hungertod für dreißig Millionen Deutsche bedeuten[2].

Roosevelt ernennt ein „Kabinettkomitee für Deutschland"

Anschließend an Stimsons Unterredung mit Roosevelt fand eine Kabinettsitzung statt und der Präsident ernannte bei dieser Gelegenheit, einer Anregung

Stimson folgend – die aber auf Morgenthau zurückging – ein „Kabinettkomitee für Deutschland“, bestehend aus Hull, Stimson und Morgenthau, dessen Aufgabe sein sollte, Richtlinien für die Nachkriegsbehandlung Deutschlands auszuarbeiten und dem Präsidenten zur Genehmigung vorzulegen[3]. Morgenthau war damit amtlich in die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten eingeschaltet.

Vorbereitung der ersten Ausschußsitzung

Harry Hopkins, Roosevelts persönlicher Ratgeber, den der Präsident gebeten hatte, dem Kabinettkomitee bis auf Weiteres seine volle Aufmerksamkeit zu schenken[4], sprach am 2. Sept. zur Vorbereitung der ersten Ausschuß-Sitzung mit Vertretern der drei Ministerien. Es war bei einer dieser Zusammenkünfte, daß White den Anwesenden Abschriften der inzwischen unter seiner Leitung ausgearbeiteten Denkschrift „Suggested Post-Surrender Program for Germany“ vorlegte, die Urfassung des Morgenthauplans.

Am gleichen Tag überreichten zwei Vertreter des Außenministeriums ihren Kollegen vom Kriegs- und Finanzministerium eine am Tag zuvor ausgearbeitete Denkschrift[5], die im wesentlichen an den bisherigen Stellungnahmen des Außenministeriums festhalten wollte, die Notwendigkeit betonte, mit der britischen und der Sowjetregierung zum Zweck der Lösung der Deutschlandfrage zusammenzuarbeiten, sich für die militärische Entwaffnung Deutschlands, die Auflösung der Nazipartei und für die Bestrafung der Kriegsverbrecher einsetzte, sich jedoch gegen eine gewaltsame Teilung aussprach. Spontanen separatistischen Bestrebungen sollte jedoch nicht entgegengetreten und eine weitgehende Dezentralisierung des deutschen Regierungssystems sollte angestrebt werden. Was die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands betraf, sollte durch weitgehende Kontrollmaßnahmen die Leistung von Reparationen, auf die jedoch die Vereinigten Staaten keinen Anspruch erheben sollten, gesichert, die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Friedensproduktion gefördert und die wirtschaftliche Beherrschung Europas durch Deutschland ausgeschaltet werden. Das entsprach im wesentlichen den Grundsätzen der ECEFP-Denkschrift vom 12. Aug. 1944[6]. Zum Schluß wird ausgeführt:

„Falls man sich auf ein weitgehendes Programm industrieller Demontage und Zerstörung festlegt, ist klar, daß das zu großen Strukturänderungen in der gesamten europäischen Wirtschaft führen muß. Deutschland erzeugt nicht genug Lebensmittel und es ist zweifelhaft, ob ein Plan, Deutschland zu einem vorzugsweise Ackerbau treibenden Land zu machen, ohne die Liquidierung oder Auswanderung von X Millionen Deutschen durchgeführt werden kann. Deutschland ist außerdem ein wichtiger Lieferant von Rohstoffen wie Kohle

und Bauxit für Europa als Ganzes, ganz abgesehen von den Industrie-Erzeugnissen, die Deutschland normalerweise ausführt. Falls wir ein ‚Zertrümmerungsprogramm' (wrecking program) als beste Maßnahme zum Schutz unserer Sicherheit vorschlagen, müssen wir mit erheblichem Widerspruch in Europa rechnen wegen der für Europa zu erwartenden Folgen und falls von Deutschland wiederkehrende Leistungen als Reparationen gefordert werden sollten, werden wir alle derartigen Möglichkeiten durch eine Politik der Zerstörung der deutschen Industrie ausschalten."

Große Meinungsverschiedenheiten im Kabinettkomitee

Zweifellos waren diese Worte an die Adresse Morgenthaus gerichtet und obwohl in der Erstfassung seines Deutschlandplans von weitgehenden „Zertrümmerungsabsichten" nicht die Rede war, wußte man im Außenministerium über Morgenthaus wahre Absichten Bescheid und lehnte sie ab. Und wie Stimson war auch das Außenministerium überzeugt, daß die Ausführung des Morgenthauplans zum Hungertod von Millionen Deutschen führen würde. Auch der Vertreter des Kriegsministeriums wandte sich am 2. Sept. scharf gegen Morgenthaus Absichten. Große Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Außen- und Kriegsministerium auf der einen und dem Finanzministerium auf der andern Seite hatten sich daher schon in den Vorbesprechungen vom 1. und 2. Sept. geltend gemacht[7]. Die Meinungsverschiedenheiten wurden damals anscheinend nicht als unüberwindlich angesehen und die Vertreter des Außenministeriums wurden beauftragt, eine neue Denkschrift auszuarbeiten, die versuchen sollte, die Standpunkte der drei Ministerien nach Möglichkeit zu versöhnen[8].

Stimson behauptet, die Morgenthau-Politik würde zum Verhungern von dreißig Millionen Deutschen führen

Am Abend des 4. September hatte Morgenthau eine neue Aussprache mit Stimson, an der auch dessen Mitarbeiter McCloy sowie Harry Dexter White teilnahmen. Morgenthau zeigte Stimson die eben fertiggestellte Neufassung seines Deutschlandplans, worin die völlige Zerstörung der Industrien und Bergwerke des Ruhrgebiets vorgesehen war. Stimson wandte sich sofort gegen Morgenthaus verschärften Plan. Wie schon am 25. Aug. gegenüber Roosevelt machte er jetzt auch gegenüber Morgenthau geltend, daß eine solche Politik den Hungertod von dreißig Millionen Deutschen zur Folge haben würde. Auf die Frage, wie er zur Zahl von dreißig Millionen komme, erwiderte Stim-

son, das sei der Unterschied der Bevölkerungszahl in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, ehe Deutschland industrialisiert gewesen sei und der gegenwärtigen Zahl. Stimson wandte sich auch gegen eine Teilung Deutschlands, während McCloy eine solche als erwägenswert bezeichnet und gleichzeitig angeregt habe, den Sitz der deutschen Regierung von Berlin nach Frankfurt zu verlegen. Auch gegen die von Morgenthau geforderte Behandlung der Kriegsverbrecher erhob Stimson Widerspruch[9]. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Morgenthau auf der einen und Stimson und Hull auf der andern Seite verstärkten sich noch seit den am 5. Sept. beginnenden Sitzungen des Kabinettkomitees und hielten auch in den folgenden Wochen an. Ehe wir auf die Verhandlungen dieses Ausschusses eingehen, versuchen wir daher, die Persönlichkeiten der beiden hauptsächlichen Gegenspieler Morgenthaus in der amerikanischen Deutschlandpolitik, Hull und Stimson, kurz zu würdigen.

Außenminister Cordell Hull

Hull, Cordell (1871–1955), Südstaatler aus Tennessee, war Jurist und eine Zeitlang Richter. Hull war von 1907 bis 1931 mit dreijähriger Unterbrechung Kongreßmann und anschließend Senator. Am 4. März 1933 wurde er von Roosevelt wegen seines Ansehens, das er im Kongreß genoß, des Einflusses, den er auf den südstaatlichen Senatorenblock der Demokratischen Partei ausübte, seiner großen Personalkenntnis und seiner Vertrautheit mit den Geschäftsordnungen beider Häuser des Kongresses zum Secretary of State (Außenminister) ernannt. Hull hatte seit langem ein außenpolitisches Steckenpferd: Freihandel und die Schaffung einer von Zoll- und sonstigen Schranken möglichst freien, kapitalistischen Weltwirtschaft, die zu allgemeinem Wohlstand führen würde. Für die eigentlichen Aufgaben der Außenpolitik hatte er sich weniger interessiert. Roosevelt wollte ihn besonders als Verbindungsmann zum Kongreß benutzen und da für ihn innenpolitische Fragen zunächst völlig im Vordergrund standen, mag ihm seine Wahl leicht gefallen sein. Als Außenminister verkündete Hull häufig Grundsätze über internationale Moral, verließ sich aber in Tagesfragen auf seine Fachberater. Soweit die Deutschlandpolitik seit 1943 in Frage kommt, waren das besonders der stellvertretende Direktor des Amts für Europäische Angelegenheiten, H. Freeman Mathews, und James W. Riddleberger, der Leiter von dessen Mitteleuropäischen Abteilung, die beide für eine nicht zu strenge Deutschlandpolitik eintraten. Hull hatte häufig Meinungsverschiedenheiten und Ärger mit seinem Undersecretary of State, dem zweithöchsten Funktionär im Außenministerium, Sumner Welles, einem Berufsdiplomaten, Freund von Präsident und Mrs. Roosevelt und späterem Befürworter des Morgenthauplans. Welles, der oft, mitunter mit Bil-

ligung Roosevelts, Hulls Instruktionen ignorierte, mußte sein Amt 1943 niederlegen, nachdem Hull ernstlich mit seinem Rücktritt gedroht hatte. Dessen Stellung dem Präsidenten gegenüber wurde aber dadurch nicht fester und er wurde im Dezember 1943 nicht zur Konferenz von Teheran mitgenommen. Hull soll später gesagt haben, er habe „vom Präsidenten so viele Demütigungen erfahren, wie sie kein Privatmann hätte dulden und seine Selbstachtung hätte wahren können". Trotzdem warb Hull ständig um die Gunst des Präsidenten und war zu Kompromissen bereit, auch wenn er Roosevelts Außenpolitik für verfehlt hielt. Man hat in den letzten Jahren Hulls Bedeutung als Außenminister herabzusetzen versucht. Tatsächlich hat er jedoch die Außenpolitik (besonders auch Ostasienpolitik) der Vereinigten Staaten weitgehend kontrolliert. Allerdings hat ihn Roosevelt von Ende 1943 ab aus der Deutschlandpolitik nach Möglichkeit herauszuhalten versucht. Im Sommer und Herbst 1944 war der Dreiundsiebzigjährige kränklich, was sein damaliges Verhalten zum Teil erklären mag. Am 27. Nov. 1944, drei Wochen nach Roosevelts Wiederwahl schied Hull, äußerlich korrekt, aber enttäuscht, aus der Regierung aus. Die nächsten sieben Monate verbrachte er im Krankenhaus. Daß Hull oft Reibungen und Ärger mit Morgenthau hatte, der mitunter seine eigene Außenpolitik betreiben wollte, wurde bereits erwähnt. Hulls Denkwürdigkeiten: The memoirs of Cordell Hull, 1948, sind nicht immer zuverlässig; über sein Verhältnis zu Morgenthau vgl. 207 ff. Die Darstellung von Julius Pratt: Cordel Hull, 1933–1945 (in der Serie: „The American Secretaries of State and their diplomacy", Bd 12), 1964 ist enttäuschend. Der Abschnitt über Hulls Verhältnis zum Morgenthauplan (756 ff) ist besonders dürftig[10].

Kriegsminister Henry L. Stimson

Stimson, Henry L(ewis), 1867–1950, als Sohn wohlhabender Eltern in New York geboren, wurde bald einflußreiches Mitglied der Republikanischen Partei, ist aber nie in den Kongreß eingezogen. Von 1911–1913 war er Kriegsminister des Präsidenten Taft, daraufhin Rechtsanwalt. 1927 war er oberster Bevollmächtigter der Vereinigten Staaten in dem von amerikanischer Marineinfanterie besetzten Nikaragua. Anschließend war er Generalgouverneur der Philippinen. Nach dem Einzug des Präsidenten Hoover ins Weiße Haus (1929) wurde er Außenminister. Im Mandschureikonflikt 1931–1933 nahm er eine stark japanfeindliche Haltung ein und verkündete am 7. Jan. 1932 die „Stimson-Doktrin". Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung (1933) trieb er japanfeindliche Propaganda, auch in seinem Buch: The Far Eastern Crisis (1937). Die Deutschen hielt Stimson für „arrogant", erklärte aber als Außenminister in einem Schreiben vom 16. Dez. 1931 an den Vorsitzenden des Fi-

nanzausschusses des Repräsentantenhauses: „Infolge seiner zentralen Lage in Europa wird ein wirtschaftlich starkes Deutschland ein mächtiges Bollwerk gegen Unbeständigkeit und gegen den Kommunismus sein, während, falls es zusammenbricht, dieser Zusammenbruch nicht an seinen Grenzen Halt machen wird." Trotzdem nahm Stimson nach der Machtübernahme durch Hitler eine stark deutschfeindliche Haltung ein, die sich nach dem Beginn des zweiten Weltkriegs steigerte. Bald wurde er einer der führenden amerikanischen Interventionisten und trat im Mai 1940 für eine sofortige Kriegserklärung an Deutschland ein. Einen Monat später, am 19. Juni 1940, wurde er trotz seiner Zugehörigkeit zur Republikanischen Partei Kriegsminister und war glücklich, erneut der amerikanischen Armee verbunden zu sein, die er seit dreißig Jahren kenne und liebe und in der er im Ersten Weltkrieg, zuletzt als Kommandeur eines Feldartillerieregiments, gedient hatte. Von der amerikanischen Presse wurde Stimsons Ernennung überwiegend als Zeichen einer bevorstehenden Verschärfung der Deutschlandpolitik Roosevelts betrachtet, und Senator Burton K. Wheeler meinte, daß dieser Schritt die amerikanischen Kriegshetzer freuen werde. Trotzdem hatte Stimson bis zum Sommer 1944 wenig Gelegenheit, Roosevelts Deutschlandpolitik zu beeinflussen. Bei seinen anschließenden Auseinandersetzungen mit Morgenthau wurde Stimson besonders von seinem Assistant Secretary John J. McCloy (geb. 1895) beraten, dem späteren Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten in Deutschland. Stimson befürwortete im Sommer 1945 den Abwurf der Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki. Wie Hull, den er geistig weit überragte, gehörte er zum konservativen Flügel des Kabinetts des Präsidenten, hatte sonst aber wenig mit ihm gemein. Über die von uns eingehend herangezogenen durchweg zuverlässigen (ungedruckten) Stimson Diaries vgl. Quellennachweis.
Zahlreiche Auszüge aus ihnen sind enthalten in: Stimson, Henry L. und McGeorge Bundy: On active service in peace and war, 1947. Über Stimson vgl. besonders: Morison, Elting E.: Turmoil and Tradition. A study of the life and time of Henry L. Stimson. Diese hervorragende Arbeit zieht weiteres Material aus den Stimson Diaries heran, das in Stimson und Bundy nicht verwertet worden ist[11].

Die erste Sitzung des Kabinettkomitees

Am 5. Sept. traf sich das Kabinettkomitee zum erstenmal. Morgenthau soll inzwischen „hinter den Kulissen herumgeschlichen" sein und die „Unterstützung des Präsidenten und anderer" gesucht haben[12]. Offenbar rechnete Morgenthau seit Roosevelts genanntem Schreiben an Stimson vom 26. Aug. und besonders seit seinem Besuch in Fishkill vom 2. Sept. mit der vollen Unterstüt-

zung des Präsidenten. Er hat aber die Neufassung seines Deutschlandplans vom 4. Sept. in der Sitzung nicht vorgelegt, hat dagegen mündlich die Zerstörung der gesamten Industrie und des Bergbaus des Ruhrgebiets gefordert, das in ein „Geisterland" verwandelt werden müsse[13]. Hopkins hat Morgenthaus Forderungen im wesentlichen unterstützt, denn nach Stimsons Aufzeichnungen habe er vorgeschlagen, die gesamte Stahlerzeugung im Ruhrgebiet zu unterbinden, was nach Stimsons zweifellos richtiger Auffassung einer Sabotage der gesamten industriellen Produktion des Gebiets gleichgekommen wäre[14].

Stimson hatte den Eindruck, Hull sei „gegen die Deutschen ebenso aufgebracht wie Morgenthau und er ist bereit, alle Grundsätze über den Haufen zu werfen, die er seit zwölf Jahren vertreten hat. Auch er will das ungeheure Ruhr- und Saargebiet zerstören und Deutschland in ein zweitklassiges Agrarland verwandeln, ohne Rücksicht darauf, was dieses Gebiet nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Wohlstand Europas bedeutet"[15]. Morgenthau war der Ansicht, Hull habe seinen bisherigen Standpunkt stark geändert, und berichtete, dieser habe unter anderem gesagt, der Nazismus sei im deutschen Volk zweitausend Meilen tief verankert und müsse ausgerottet werden[16]. Hull hat aber die Zerstörung der Ruhrwirtschaft niemals befürwortet und Stimson selbst mußte seine diesbezüglichen Bemerkungen später einschränken[17].

Wir haben bemerkt, daß das Außenministerium am 2. Sept. gebeten worden war, eine neue Deutschland-Denkschrift auszuarbeiten und in ihr die Standpunkte der drei Ministerien zu versöhnen. Diese von Riddleberger ausgearbeitete Denkschrift, die nicht notwendig in jeder Hinsicht Hulls eigene Meinung darstellte, hat dieser in der Sitzung vom 5. Sept. vorgelegt[18]. In ihr wurde vorgeschlagen, die Frage der Teilung Deutschlands und der Reparationen zu vertagen, da sie ohne vorherige Konsultationen mit den Russen und Briten nicht gelöst werden könnte. Außerdem sollten die Junkergüter, da sie den wirtschaftlichen Rückhalt der militärischen Kaste in Deutschland gebildet hätten, an „Pächter" verteilt werden. Der Schlußabsatz der Denkschrift faßte den Standpunkt des Außenministeriums über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft wie folgt zusammen:

„Die Hauptziele unserer Wirtschaftspolitik sind: 1. Der Lebensstandard des deutschen Volkes soll so gestaltet werden, daß ihm an Nahrungsmitteln nur das zum Leben absolut Notwendige zur Verfügung steht; 2. Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa muß gebrochen werden; 3. Deutschlands wirtschaftliche Produktionskraft muß so umgestaltet werden, daß sie von Ein- und Ausfuhren abhängig gemacht wird, so daß Deutschland nicht erneut mit eigenen Mitteln eine Kriegswirtschaft aufbauen kann."

Hulls Denkschrift war, wie gesagt, ein Kompromiß und enthielt wohl die äußersten Konzessionen, die er bereit war, Morgenthau zu machen. Die im

Schlußabschnitt aufgestellten Grundsätze – von 1. abgesehen – waren außerdem sehr allgemein und ließen der Auslegung weiten Spielraum[19]. Zweifellos war Hull, wie schon früher, mit gewissen De-Industrialisierungsmaßnahmen einverstanden, wollte aber die – angebliche – wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Europa durch geeignete Umstellungen der Produktion brechen. Es war daher vor allem Hulls erster Punkt, der Stimson beunruhigte. Der Vorschlag des Außenministeriums, die deutsche Ernährung auf einem „subsistence level" zu halten, hätte aber mit Roosevelts Suppenküchen-Bemerkungen vom 26. Aug. ungefähr im Einklang gestanden und war daher wohl einer von Hulls zahlreichen, regelmäßig allerdings erfolglosen Versuchen, Roosevelt gegen Morgenthau auszuspielen.
Es war aber vor allem Stimson, der Morgenthaus Forderung der De-Industrialisierung Deutschlands und die Umwandlung des Ruhrgebiets in ein „Geisterland" zurückgewiesen hat, anscheinend zur Überraschung Morgenthaus, der wohl in Erinnerung an Stimsons viele extrem deutschfeindliche Äußerungen inzwischen wieder vergessen hatte, daß dieser sich schon am 25. Aug. und dann wieder am 4. Sept. gegen Morgenthaus Forderungen ausgesprochen hatte[20].

Stimsons Denkschrift vom 5. September

In einer dem Präsidenten noch am Abend des 5. September übersandten Denkschrift hat Stimson seinen Standpunkt nochmals zusammengefaßt[21]. Er führte unter anderem aus:
„Es wurde geltend gemacht, das Ruhr- und Saargebiet sollten in ein völlig de-industrialisiertes landwirtschaftliches Gebiet umgeformt werden. Ich halte einen solchen Vorschlag für undurchführbar und unbrauchbar, und ich sehe voraus, daß ein Versuch, diese Gebiete so zu behandeln, ungeheure allgemeine Übel zur Folge hätte. Während der letzten achtzig Jahre europäischer Geschichte... war dieses Gebiet eine der wichtigsten Rohstoffquellen, auf denen das wirtschaftliche und industrielle Leben Europas beruhte... In Deutschland hat (diese wirtschaftliche Entwicklung) zu einer zusätzlichen Bevölkerung von dreißig Millionen geführt, die nicht von der Landwirtschaft leben kann... Ich kann einen Vorschlag nicht für realistisch halten, der ein solches Gebiet unter den gegenwärtigen Verhältnissen in ein unproduktives Geisterland verwandeln will, ein Gebiet, das der Mittelpunkt einer der am meisten industrialisierten Teile der Welt geworden ist und das von einer arbeitsamen, tatkräftigen und fortschrittlichen Bevölkerung bewohnt wird. Ich könnte mir vorstellen, den Mißbrauch, den Deutschland mit diesen Gaben der Natur getrieben hat, durch kluge Systeme von Kontrollen und Überwachungen oder sogar durch die Übertragung des Eigentums an diesen Ge-

bieten an andere Länder zu beseitigen, aber ich kann mir nicht vorstellen, wie eine solche Gabe der Natur in einen Schutthaufen verwandelt werden könnte ... Solche Fehler hätten lediglich zur Folge, die Grundlagen, auf denen der künftige Frieden aufgebaut werden muß, zu vergiften ... Die heute morgen gemachten Vorschläge würden einem System vorbeugender und erzieherischer Strafen die gefährliche Waffe völliger wirtschaftlicher Unterjochung hinzufügen. Derartige Methoden sind nach meiner Ansicht nicht geeignet, Kriege zu verhindern. Sie sind geeignet, Kriege herbeizuführen."

Das Kabinettkomitee vor dem Präsidenten am 6. September

Am folgenden Tag erschien das Kabinettkomitee vor dem Präsidenten, wie in der Öffentlichkeit sofort bekannt wurde[22]. Morgenthau legte jetzt seinen verschärften Plan vor[23]. Offenbar kam es Morgenthau darauf an, Roosevelts Zustimmung zur raschen Zerstörung der Ruhrwirtschaft zu erhalten, die gemäß Ziff. 3 (a) seines Deutschlandplans in der Fassung vom 5. September „innerhalb einer kurzen Frist, möglichst nicht länger als sechs Monate nach dem Ende der Feindseligkeiten" erfolgen sollte. Insoweit hatte jedoch Morgenthau keinen Erfolg, denn nach seinen eigenen Worten soll der Präsident hierzu bemerkt haben: „Man kann diese wirtschaftlichen Maßnahmen in sechs Monaten oder in einem Jahr vornehmen, es hat damit keine Eile."[24] Weiter habe Roosevelt erklärt, England werde sich nach dem Krieg in einer schwierigen Lage befinden, und das Ruhrgebiet könne dazu dienen, der britischen Stahlindustrie „Rohmaterialien" zu liefern. Stimson scheint besonders infolge dieser Äußerung des Präsidenten den Eindruck gewonnen zu haben, Roosevelt widersetze sich der Zerstörung der Ruhrwirtschaft[25], obwohl der Ausdruck „Rohmaterialien" Bedenken lediglich gegen eine Zerstörung des Ruhrbergbaus, nicht aber der Industriebetriebe anzudeuten schien.

Was den künftigen deutschen Lebensstandard betraf, schienen sich Roosevelts Ansichten mit denen der Denkschrift Hulls vom vorhergehenden Tag weitgehend zu decken, denn der Präsident hat bei dieser Gelegenheit seine Suppenküchen-Bemerkungen wiederholt und soll gesagt haben, die Deutschen könnten dreimal täglich in amerikanischen Suppenküchen Essen fassen und dabei glücklich und zufrieden sein. Seine eigenen Vorfahren hätten selbst in dieser einfachen Weise gelebt[26]. Und offenbar angeregt durch diese seine eigenen Bemerkungen, habe der Präsident, obwohl für die ganze Sitzung nur eine „knappe halbe Stunde" zur Verfügung stand, eine „in die Länge gezogene" Plauderei über das Leben der Leute in Hyde Park und Umgebung im Jahr 1809 begonnen, als sie noch selbstgesponnene Kleider getragen hätten. Er sehe nicht ein, warum die Deutschen nicht zu den Verhältnissen

von 1810 zurückkehren sollten. Sie müßten dann ohne Badezimmer auskommen und hätten keine Luxusgüter, könnten aber trotzdem glücklich und zufrieden sein[27].

„Sind die Deutschen in der Landwirtschaft nicht sehr wundervoll, Henry?"

Außerdem habe der Präsident gesagt, die Deutschen seien in der Landwirtschaft „sehr wundervoll". „Mit ihren Methoden könnten sie zehn Millionen mehr Menschen versorgen. Meinst Du nicht auch, Henry?", eine Frage, die Morgenthau mit „Sicher könnten sie das" beantwortete[28]. Hopkins soll sich bei dieser Gelegenheit erneut für die Zerstörung der deutschen Stahlwerke eingesetzt haben[29], während Hull nicht viel gesagt habe. Morgenthau hatte aber nicht länger den Eindruck, daß der Außenminister seinem Deutschlandplan zum großen Teil zustimme und hielt Hulls Benehmen für zweideutig.
Es war aber wieder Stimson, der Morgenthaus Forderungen schärfsten Widerstand entgegensetzte, häufig auf seine neue Denkschrift Bezug nahm und betonte, er sei ganz damit einverstanden, daß Großbritannien nach dem Krieg in jeder Weise unterstützt werde. Das sei aber sehr verschieden von der Zerstörung der Ruhrwirtschaft, wie Morgenthau sie fordere[30].
Stimson hatte den Eindruck, der Präsident habe die meisten seiner Bemerkungen an ihn gerichtet und er habe Morgenthaus Vorschläge nicht akzeptiert. Auch Morgenthau glaubte, Roosevelt habe Stimson „Hilfe und Beistand" geleistet und fand die ganze Sitzung „höchst unbefriedigend". Aber Roosevelts Bemerkungen, die Deutschen könnten zu den Verhältnissen von 1810 zurückkehren und es könnten weitere zehn Millionen in der Landwirtschaft untergebracht werden, deuteten darauf hin, daß er Morgenthaus De-Industrialisierungs-Vorschläge billigte. Morgenthau hatte jedoch mit der Durchführung dieser Vorschläge höchste Eile, und was ihn beunruhigte, war, daß sich der Präsident Zeit lassen wollte.

Neue Aussprache des Kabinettkomitees mit dem Präsidenten am 9. September

Morgenthau bestand daher auf einer weiteren Zusammenkunft des Ministerausschusses mit dem Präsidenten. Diese fand am 9. Sept. statt. Vorher hatte Morgenthau Gelegenheit, mit dem Präsidenten und Hull kurz zu sprechen. Roosevelt hielt es am 7. Sept. für notwendig, Morgenthau aufzumuntern, hielt aber an seiner Auffassung fest, die Ruhrbetriebe müßten nach und nach geschlossen werden[31]. Hull machte am 8. Sept. auf Morgenthau einen reservierten

Eindruck und hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, der Präsident möge auf der bevorstehenden Konferenz von Quebec die Fragen der Teilung und wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands nicht zur Debatte stellen und solle seine Auseinandersetzungen mit Churchill auf militärische Fragen beschränken[32], ein Zeichen, daß sich Hulls Standpunkt demjenigen Stimsons näherte.

In der Sitzung vom 9. Sept. legte Morgenthau eine neue, die endgültige, in Teil IV besprochene, Fassung seines Deutschlandplans vor. Außerdem überreichte er dem Präsidenten eine Denkschrift, die sich mit der Bestrafung der Kriegsverbrecher befaßte, und einige weitere unter Leitung von White und McConnell ausgearbeitete Gutachten[33], in denen u. a. behauptet wurde, Großbritanniens Kohlenreserven würden, bei Zugrundelegung des derzeitigen Abbauvolumens, für die nächsten 500 Jahre ausreichen[34]. Auch Stimson legte dem Ausschuß eine neue Denkschrift vor, in der er sich gegen die Behauptung verwahrte, er trete für einen milden Frieden ein. Ebenso wie Morgenthau halte auch er die Ergreifung von Schutzmaßnahmen gegen neue deutsche Aggression für erforderlich. Er unterscheide sich von Morgenthau nicht grundsätzlich, sondern nur hinsichtlich der Methode. Die von diesem vorgeschlagenen Methoden seien verfehlt. Stimson wandte sich wieder gegen die Zerstörung der Ruhrwirtschaft und führte unter anderem aus:

„Ich trete solchen Vorschlägen weiterhin entgegen... Meine Auffassung ist vor allem, daß solche Hilfsquellen einen natürlichen und notwendigen Vorteil für die europäische Wirtschaft darstellen. Zu einer Zeit, in der die Welt unter Zerstörung und an ungenügender Produktion leidet, ist meiner Ansicht nach der Gedanke einer völligen Zerstörung dieser Hilfsmittel verfehlt. Ich bestehe darauf, daß diese Hilfsmittel erhalten und für den Wiederaufbau Europas, insbesondere auch Großbritanniens, eingesetzt werden. Die Internationalisierung des Ruhrgebiets... würde eine Lösung dieser Frage im Einklang mit den Bedürfnissen und Interessen der Welt darstellen. Die Behauptung, wir seien auf die Dauer unfähig, einen solchen Reichtum der Natur mit geeigneten Hilfsmitteln zu kontrollieren, würde die Zerstörung jeder Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Welt darstellen. Ich glaube, daß die Erfahrungen, die uns die Deutschen (durch ihre Aggressionen) in zwei Weltkriegen geliefert haben ... ausreichen, um sicherzustellen, daß wir diese Fragen erfolgreich lösen werden. Die unnatürliche Zerstörung dieser Industrien würde andererseits Mitgefühl für die Deutschen hervorrufen, und wir würden auf diese Weise im eigenen Lande und im Ausland Freunde für die Deutschen werben, während jetzt die meisten Völker der Welt außerordentlich deutschfeindlich sind.“[35]

Da die neuen Denkschriften und Beilagen dem Ausschuß erst zu Beginn der Sitzung vorgelegt worden waren, spielten sie, von einer Ausnahme abgesehen[36], in den etwa dreiviertel Stunden dauernden Verhandlungen keine

Rolle. Gleich zu Beginn der Sitzung soll Hopkins die Frage der Teilung Deutschlands aufgeworfen, und Roosevelt soll erklärt haben, er befürworte dessen Teilung in drei Teile. Gleichzeitig habe sich der Präsident auch für die Organisierung des Ruhr- und Saargebiets sowie der Umgebung des Nord-Ostsee-Kanals als „Treuhandgebiete" ausgesprochen[37]. Anschließend war von Reparationen die Rede, und als Roosevelt Morgenthau fragte, was geschehen solle, falls die Russen auf Wiedergutmachungen durch wiederkehrende Leistungen bestünden, die Morgenthau ablehnte, war Morgenthaus Antwort, die Russen seien vernünftige Leute. Sie würden sich wohl seiner Auffassung anschließen, „falls wir ihnen eine Gegenleistung anbieten"[38]. Morgenthau berichtete weiter, der Präsident habe in den ihm überreichten Dokumenten herumgeblättert und dann laut den Titel eines dieser Schriftstücke gelesen: „Es ist ein Irrglaube, daß Europa ein wirtschaftlich starkes Deutschland braucht."[39]

Roosevelt: „Ich würde Deutschland in ein Agrarland zurückverwandeln"

Anschließend habe der Präsident erklärt, es sei das erstemal, daß er das höre. „Alle Wirtschaftssachverständigen widersprechen dieser Auffassung, aber ich stimme ihr zu." Der Präsident habe hinzugefügt: „Ich würde Deutschland in ein Agrarland zurückverwandeln." Weiter soll der Präsident seine Suppenküchen-Bemerkungen wiederholt haben.
Vielleicht hatte jetzt Morgenthau, trotz vorhergegangener Enttäuschungen, sein Hauptziel erreicht, und er fühlte sich „sehr ermutigt". Diese Wendung war um so wichtiger, weil Roosevelt noch am gleichen Abend Washington verließ, um sich, nach einer kurzen Pause in Hyde Park, mit Churchill in Quebec zu treffen. Stimson blickte den kommenden Ereignissen mit banger Sorge entgegen[40].

Die Entstehung der Direktive JCS 1067

Es war die Hauptaufgabe des Kabinettkomitees für Deutschland, sich auf oberste Richtlinien für die künftige amerikanische Militärregierung in Deutschland zu einigen, und man hoffte zunächst, auch Churchill in Quebec auf diese Grundsätze festlegen zu können. Da aber die im Kabinettkomitee auftretenden Gegensätze es unwahrscheinlich erscheinen ließen, eine Einigung hinsichtlich der der Militärregierung zu erteilenden Weisungen zu erzielen und da im September 1944 in Washington ebenso wie in Eisenhowers Hauptquartier mit der Möglichkeit eines plötzlichen Zusammenbruchs des deutschen

Widerstands im Westen gerechnet wurde, hat das Kabinettkomitee durch einen Unterausschuß (dem u. a. McCloy vom Kriegs- und White vom Finanzministerium angehörten) eine Interimsdirektive für die der Kapitulation unmittelbar folgende Zeit ausarbeiten lassen, die später durch eine endgültige Direktive ersetzt werden sollte. Nachdem am 22. September Morgenthaus Vertreter behauptet hatten, der Morgenthauplan habe die Zustimmung des Präsidenten, erlahmte der Widerstand des Außen- und Kriegsministeriums gegen zahlreiche von Morgenthaus Forderungen, und noch am gleichen Tag einigte sich der Unterausschuß auf eine vorläufige Anweisung an die künftigen amerikanischen Militärbehörden, die Vorläuferin der Direktive JCS 1067, der zahlreiche Forderungen Morgenthaus einverleibt worden sind. Die Geschichte der Direktive JCS 1067 liegt außerhalb des Rahmens dieser Untersuchung. Wir werden uns aber bemühen darzulegen, inwieweit ihre verschiedenen Fassungen vom Morgenthauplan und Morgenthaus Forderungen beeinflußt worden sind[41].

Schon die Behauptung des einleitenden Teils der Direktive (143), das deutsche Volk müsse verstehen, daß alle erforderlichen Schritte unternommen werden, die verhindern, daß es einen dritten Versuch der Welteroberung macht, zeigt, daß an irgendwelchen Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft, wie sie noch die ECEFP-Denkschrift vom 14. August 1944 vorgesehen hatte, nicht mehr gedacht wurde. In der der Direktive beigefügten Anlage C war ausdrücklich vorgesehen, daß grundsätzlich keine Maßnahmen zum Zweck der Wiederherstellung oder Stärkung der deutschen Wirtschaft getroffen werden (153). Wenn in der Direktive von Demontagen oder Reparationen nicht die Rede war, so, weil es sich um eine vorläufige Anordnung handeln sollte. Wenn aber in derselben Anlage C vorgesehen wurde, daß „wirtschaftliche Probleme wie Preiskontrolle, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Gütererzeugung, Wiederaufbau, Verteilung, Verbrauch, Wohn- und Transportwesen in der Hand des deutschen Volkes und der deutschen Behörden liegen“ sollten, außer wenn Gütererzeugungen oder Dienstleistungen zum Zweck der Verhinderung von Epidemien oder schweren Krankheiten oder Unruhen oder – unter gewissen Voraussetzungen – zum Zweck der Fortführung des Krieges gegen Japan erforderlich seien (153), entsprach diese Formulierung, von der „schwere Krankheiten- und Unruhen“-Klausel und der Japan-Klausel abgesehen, völlig der des Punkts 9 der Erstfassung (= Punkt 8 der endgültigen Fassung) des Morgenthauplans, einer der wichtigsten Vorschriften dieses Dokuments, und die in Anführungszeichen gesetzten Worte sind dem Morgenthauplan wörtlich entnommen. Die die politische Dezentralisierung betreffenden Weisungen der Direktive (144) gehen auf Punkt 8 zurück, und die in Anlage A, Ziff. 11 (a) vorgesehene Schließung aller Schulen und Hochschulen wurde auch in Punkt 7 der Erstfassung ge-

fordert. Auch die in der Politischen Direktive (145) enthaltenen Bestimmungen zur Behandlung von Parteimitgliedern, „Nazi sympathizers“ und Mitgliedern angeschlossener Organisationen geht weitgehend auf Punkt 5 der Erstfassung des Morgenthauplans zurück. Die Direktive vom 22. September[42] *bedeutete daher einen klaren, wenn auch nicht vollen Sieg Morgenthaus.*
Am 23. September wurde die Interimsdirektive vom Kabinettkomitee gebilligt und wurde am 24. an Eisenhower übersandt. Sie erfuhr in der Folgezeit einige Änderungen, erhielt im April 1945 ihre endgültige Gestalt, war jetzt ihres vorläufigen Charakters entkleidet und war bis Juli 1947 die oberste Anweisung der Truman-Regierung an die Militärbehörden in Deutschland.

[1] Vgl. Morgenthaus Niederschrift über diese Aussprache in *Morgenthau Diary (Germany),* 425 ff. Stimson bezeichnete diese Aussprache in seinem Tagebucheintrag vom 23. 8. als „sehr befriedigend“, ging dort aber auf die eben mitgeteilten Äußerungen Morgenthaus nicht ein, 344 f.

[2] Blum III, 348

[3] *Stimson Diary,* 25. 8., 2; Blum III, 349 f. Falls Marineangelegenheiten zur Debatte standen, sollte auch das Marineministerium einen Vertreter entsenden.

[4] Die Behauptung, Roosevelt habe Hopkins zum Vorsitzenden des Ausschusses bestellt, steht im Widerspruch mit späteren Bemerkungen Stimsons (vgl. *Stimson Diary* 14. 9. 1944 u. a.), in denen Hull als Vorsitzender bezeichnet wird.

[5] „American policy for treatment of Germany after surrender“, v. 1. 9. 1944, abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany),* 479 ff

[6] Vgl. 3. Kap.

[7] Der Vertreter des Außenministeriums Riddleberger, der an diesen Vorbesprechungen teilgenommen hatte, schrieb später dem stellvertretenden Außenminister Stettinius, zwischen allen Beteiligten habe grundsätzliches Einverständnis bestanden, soweit die Auflösung der Nazipartei, die militärische Entwaffnung Deutschlands, die Kontrolle des Nachrichtenwesens, der Presse und Propaganda in Frage kämen. Ebenso befürworteten alle drei Ministerien eine Dezentralisierung des deutschen Regierungssystems. Grundsätzliches Einverständnis bestehe in der Frage der Reparationen. Große Meinungsverschiedenheiten bestünden aber hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands, besonders der des Ruhrgebiets, sowie über die Frage der Zweckmäßigkeit einer Teilung Deutschlands (vgl. das Schreiben von Riddleberger an Stettinius v. 28. 10. 1944 in *Jalta-Dokumente,* 160 f). Riddlebergers Ansicht, es herrsche Einigkeit in der Frage der Reparationen war zweifellos unrichtig, denn schon die Erstfassung des Morgenthauplans wandte sich gegen Reparationen durch wiederkehrende Leistungen, die das Außenministerium seit langem befürwortete.

[8] *Jalta-Dokumente,* 161

[9] Vgl. White Niederschrift v. 4. 9. in *Morgenthau Diary (Germany),* 503. Am 6. 9. hat McCloy Morgenthau aufgesucht und betont, Stimson sei sehr beunruhigt, da die Eliminierung der Ruhrwirtschaft den Hungertod für dreißig Millionen Deutsche bedeuten würde. Er gab wieder dieselbe Erklärung für das Zustandekommen dieser Zahl (vgl. *Morgenthau Diary [Germany],* 533).

[10] Das oben in Anführungszeichen angeführte Zitat entstammt Wehle, L.: *Lost threads in American history.* 1953. 125

[11] Das Schreiben Stimsons v. 16. 12. 1931 ist abgedruckt in NYT, 17. 12. 1931, 18, Sp. 1.

[12] *Stimson Diary*, 5. 9. 1944

[13] Daß Morgenthau diese Forderung, die er am Tag zuvor White gegenüber gestellt hatte, auch in dieser Sitzung geltend machte, kann daraus geschlossen werden, daß der Ausdruck „ghost area" in Stimsons dem Präsidenten gleich nach der Sitzung überreichten Denkschrift enthalten und in Anführungszeichen gesetzt ist.

[14] *Stimson Diaries*, 5. 9. 1944; ferner *Morgenthau Diary (Germany)*, 526. Die Richtigkeit dieser Behauptung Stimsons wird unterstützt durch die Tatsache, daß Lord Halifax am 12. 9. der britischen Regierung über die Unterhaltung eines britischen Regierungsvertreters mit Hopkins berichtete. Dieser habe dabei erklärt, es wäre vielleicht besser, das Ruhrgebiet nicht zu internationalisieren und stattdessen die Stahlerzeugung dieses Gebiets zu unterbinden, die demontierten Maschinen England und Belgien zur Verfügung zu stellen und den Deutschen zu verbieten, die Betriebe wieder aufzubauen (Vgl. Woodward, Llewellyn: *British Foreign Policy in the Second World War*. 1962. 471 f).

[15] Stimson und Bundy: aaO, 571. Auch McCloy meinte später, Stimson habe sich damals über die von „Morgenthau und Hull" gemachten Vorschläge entsetzt; vgl. insbesondere sein in *Congressional Records*, Bd. 102, 8053 abgedrucktes Schreiben v. 27. 3. 1953.

[16] *Morgenthau Diary (Germany)*, 526. Mit dieser Bemerkung wollte Hull offenbar ein strenges Vorgehen gegen die Kriegsverbrecher befürworten, wie er das schon im Herbst 1943 in Moskau getan hatte. Daß Hull seine De-Industrialisierungspläne billige, konnte Morgenthau selbst nicht behaupten. Gleich nach der Sitzung sagte allerdings Morgenthau zu einigen seiner Mitarbeiter: „Er (Hull) behauptete, nach dem (amerikanischen) Bürgerkrieg war im Süden alles zerstört, und es dauerte 75 Jahre, bis die Leute wieder normal lebten. Er benutzt das als Beispiel, was seiner Ansicht nach mit Deutschland getan werden sollte" (Vgl. *Morgenthau Diary [Germany]*, 526). Wahrscheinlich hat aber Morgenthau Hulls Bemerkung nicht richtig gedeutet. Wahrscheinlich handelte es sich hier um eine jener unzähligen Bemerkungen Hulls, die zu seiner Beliebtheit im Süden wesentlich beitrugen, in der er seinem Groll über das dem Süden nach dem Bürgerkrieg zugefügte Schicksal Ausdruck geben wollte. Daß Hull die Zerstörung der Ruhrwirtschaft nicht befürwortet hat, ergibt sich aus einer Unterhaltung Morgenthaus vom folgenden Tag: „*Pehle:* Hat Hull diese Ruhrvorschläge je angenommen? *Morgenthau:* Nein, ich denke, er will sich in dieser Sache Zeit lassen. Es gibt bis jetzt zwei, die meinen Standpunkt teilen." Vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 538. (Die beiden waren sicher Roosevelt und Hopkins, vgl. auch *Morgenthau Diary [Germany]*, 538). Hull soll, gemäß Morgenthaus Behauptung v. 5. 9. auch gesagt haben: „Vielleicht müssen wir auch unseren Außenhandel etwas einschränken, um die Deutschen leiden zu lassen" (vgl. *Morgenthau Diary [Germany]*, 526). Aber auch diese (sonst nirgends belegte) Äußerung wäre kein Beweis für die Hull von Morgenthau am 5. 9. zugeschriebenen Absichten.

[17] Stimson und Bundy: aaO, 571

[18] Abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 519 ff

[19] H. D. White hat das auch sofort erkannt und hoffte, die Denkschrift für Morgenthaus Zwecke ausbeuten zu können (vgl. *Morgenthau Diary [Germany]*, 528).

[20] Über Morgenthaus Überraschung vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 525 f. Danach hat Morgenthau unmittelbar nach der Ausschuß-Sitzung gesagt: „as the discussion opened, it turned out – now your people will be surprised – that Stimson is opposed to making Germany a barren farm country, in which we close up the various factories. ... In other words, I gathered he wanted an international Ruhr and Saar and let them continue to produce. I then advanced my theory of locking up the Ruhr and Stimson said he opposed that. More and more did Stimson come out very emphatically, very positively, that he did not want any production stopped. He said it was an unnatural thing to do. It ran in the face of the economy, and you just couldn't do it". – Hopkins soll kurz darauf zu Morgenthau gesagt haben,

Stimson habe sich wohl deshalb so scharf gegen die De-Industrialisierung Deutschlands und des Ruhrgebiets ausgesprochen, weil er von der alten Schule sei und an die Heiligkeit des Privateigentums glaubte. Demgegenüber vermute er, Morgenthau, Stimson wolle die deutsche Wirtschaft erhalten, weil er Deutschland zu einem Bollwerk gegen die Sowjetunion machen wolle (vgl. *Morgenthau Diary [Germany]*, 527; Blum III, 360).

[21] vollständig abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 530 ff

[22] NYT, 7. 9. 1944, 9, Sp. 1. Es wurde vermutet, die Diskussion habe der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands gegolten. Morgenthaus Anwesenheit wurde damit erklärt, daß er für die neue, in Deutschland zu schaffende Währung verantwortlich sei, was tatsächlich der Fall war. Auf diese vom Standpunkt des Morgenthauplans aus unwichtige Sonderfrage, die in Blum III, bes. 177–191; 345–348 in großer Breite geschildert wird, gehen wir im folgenden nicht ein.

[23] Es handelte sich hier zweifellos um die in *Morgenthau Diary (Germany)*, 548 ff abgedruckte Fassung v. 5. und nicht um die Fassung v. 4. 9. Hull: *Memoirs*, 1605 und Stimson und Bundy (aaO, 574) haben einen Auszug aus dieser Fassung abgedruckt, und zwar handelte es sich hier um den ersten Absatz des Abschnitts (a) des Punkts 3 (The Ruhr Area), in der Fassung v. 5. 9. Die entsprechenden Teile der Fassung v. 4. 9. haben einen zum Teil abweichenden Wortlaut.

[24] *Morgenthau Diary (Germany)*, 536

[25] Stimson und Bundy: aaO, 573

[26] Stimson Diaries, 6. 9. 1944

[27] *Morgenthau Diary (Germany)*, 536

[28] *Morgenthau Diary (Germany)*, 538

[29] *Morgenthau Diarz (Germany)*, 537

[30] Stimson und Bundy: aaO, 573. Stimson meinte jetzt, Morgenthau wolle das Ruhrgebiet in einen „Aschenhaufen“ verwandeln. Über diesen Ausdruck vgl. auch *Morgenthau Diary (Germany)*, 538

[31] Blum III, 365

[32] *Morgenthau Diary (Germany)*, 588 f

[33] Bei der Kriegsverbrecherdenkschrift handelte es sich wahrscheinlich um das in *Morgenthau Diary (Germany)*, 551 ff, abgedruckte Dokument. – Bei den Gutachten handelte es sich wohl um die acht kurzen, in *Morgenthau Diary (Germany)*, 597 ff, gedruckten Dokumente. Sie wurden am Morgen des 9. 9., kurz vor der Konferenz, von White und anderen in Gegenwart Morgenthaus erläutert, vgl. *ebd.*, 591 ff. Die Titel der Gutachten lauten: A. Reparationen bedeuten ein mächtiges Deutschland; B. Deutschlands wirtschaftliche Restitutionen an die Vereinten Nationen: C. Der deutsche Militarismus läßt sich nicht lediglich durch die Zerstörung des Nazismus zerstören; D. Es ist ein Irrglaube, daß Europa ein wirtschaftlich starkes Deutschland braucht; E. Wie die britische Industrie von dem vorgeschlagenen Programm profitieren würde; F. Warum die Naturschätze des Ruhrgebiets gesperrt und die Fabrikeinrichtungen entfernt werden sollten; G. Kontrollen zum Zweck der Entwicklung der deutschen Wirtschaft; H. Was muß hinsichtlich der deutschen Umerziehung geschehen?
Da Roosevelt in der Sitzung vom 9. 9. auf das in D genannte Dokument ausdrücklich Bezug genommen hat, teilen wir folgende Auszüge mit: „1. Die manchmal gehörte Behauptung, Deutschland sei ein unentbehrlicher Lieferant von Industriegütern für den Rest Europas, ist nicht stichhaltig. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die französisch-belgisch-luxemburgische Gruppe hätten aus ihren ungenutzten industriellen Kapazitäten praktisch all das liefern können, was Deutschland in der Vorkriegsperiode nach Europa ausgeführt hat. In der Zwischenzeit können die Vereinten Nationen, insbesondere die Vereinigten Staaten, mit Leichtig-

keit das zum Wiederaufbau Europas und seiner industriellen Bedürfnisse Erforderliche ohne deutsche Mitwirkung zur Verfügung stellen... 2. Es ist oft behauptet worden, Europa sei auf die Ruhrkohle angewiesen. Die französisch-belgische Stahlindustrie und einige neue industrielle Einheiten, die in Europa nach dem Krieg entstehen werden, werden die meisten und vielleicht alle diese Bedürfnisse befriedigen können. Die Kohlenindustrien Frankreichs, Polens, Schlesiens, und des Saargebiets können weiter ausgebaut werden, falls der Wettbewerb des Ruhrgebiets beseitigt ist... 5. Kurz gesagt, die Behauptung, ein gesundes europäisches Wirtschaftsleben sei auf die deutsche Industrie angewiesen, ist nie wahr gewesen, noch wird sie in Zukunft wahr sein. Die Deutschland aufzuerlegende Behandlung sollte daher ohne Rücksichtnahme auf die Folgen erfolgen, die eine solche Politik für das restliche Europa zur Folge hat. Schlimmstenfalls werden diese Folgen verhältnismäßig geringe Nachteile in gewissen Gegenden Europas verursachen. Bestenfalls werden sie die industrielle Entwicklung des restlichen Europas beschleunigen. Aber irgendwelche Nachteile werden durch die den Vereinten Nationen zufallenden politischen und wirtschaftlichen Vorteile mehr als aufgewogen."

[34] Vgl. das in der letzten Anmerkung genannte Dokument F.

[35] Vollständig abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 612 ff. Stimson wies auch die von Morgenthau vorgeschlagene Bestrafung der Kriegsverbrecher zurück, betonte anschließend, er stehe der Frage der Teilung Deutschlands unbefangen gegenüber, er sei aber in dieser Hinsicht noch zu keinem endgültigen Ergebnis gelangt. Weiter befaßte er sich mit Morgenthaus Vorschlägen für Gebietsabtretungen und akzeptierte die Wahrscheinlichkeit einer Abtretung Ostpreußens und von Teilen Schlesiens an Polen oder Rußland. Weiter sprach er sich gegen die Abtretung des Saargebiets an Frankreich und für die Teilnahme Frankreichs an der internationalen Kontrolle des Ruhr- und Saargebiets aus. Diese beiden Gebiete könnten eine „internationale Barriere" zwischen Deutschland und Frankreich bilden.

[36] Vgl. Anm. 39

[37] Vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 608

[38] Vgl. Blum III, 367

[39] Es handelt sich um das in Anm. 33 unter D angeführte Dokument.

[40] *Stimson Diaries*, 11. und 15. 9. 1944

[41] Vgl. die ausführliche Darstellung der Geschichte der Direktive in Hammond, 371 ff; 388 ff; 422 ff. Über Whites Behauptung v. 22. 9., der Präsident habe den Morgenthauplan gebilligt, vgl. das Schreiben des Abteilungsleiters im Außenministerium, Riddleberger, an Außenminister Hull v. 23. 9.; *Jalta Dokumente*, 141

[42] Die Interimsdirektive ist abgedruckt in *Jalta Dokumente*, 143 ff. Die in vorstehendem Absatz in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Seitenzahlen in *Jalta-Dokumente*.

Elftes Kapitel

DIE KONFERENZ VON QUEBEC

Die Vorbereitung der Konferenz

Im Juli 1944 beschlossen Roosevelt und Churchill, sich im September in Quebec zu treffen, wo sie sich schon um dieselbe Zeit im Vorjahr getroffen hatten. Aus Roosevelts anschließendem Verhalten ergibt sich, daß er Hull planmäßig von der Teilnahme an dieser Konferenz auszuschließen suchte. Am 9. Sept. sagte er zu Hull, es würden dort voraussichtlich militärische und finanzielle Fragen besprochen, denn Churchill habe ihm gesagt, England sei pleite. Hull erklärte, er ziehe es unter diesen Umständen vor, nicht nach Quebec zu kommen. Roosevelt habe bei dieser Gelegenheit hinzugefügt, er wünsche, daß Morgenthau nach Quebec komme, falls dort finanzielle Fragen erörtert würden[1]. Offenbar hat Roosevelt Hull am 9. Sept. falsch informiert, denn der Verhandlungsverlauf in Quebec zeigt, daß der Präsident mit Churchill, außer militärischen Fragen, die weiteren Leihe- und Pachtlieferungen (eine Angelegenheit, an der Hull sehr interessiert war), vor allem aber die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands diskutieren wollte.
Roosevelt reiste noch am 9. Sept. nach Hyde Park, und Morgenthau soll ihn „zufällig" auf dem Bahnhof in Washington getroffen und ihn dorthin begleitet haben[2].

Roosevelt und Churchill treffen am 13. September in Quebec ein

Am 11. September trafen Präsident und Mrs. Roosevelt in Quebec ein, und da dies das einzige Mal war, daß Mrs. Roosevelt ihren Mann zu einer internationalen Konferenz begleitete, muß man fragen, ob das auf Drängen Morgenthaus geschah, der zu ihr seine letzte Zuflucht nehmen wollte, falls Roosevelt gegen seinen Deutschlandplan unerwartete Bedenken erheben sollte.
Am gleichen Tag haben sich auch Churchill und seine Frau sowie zahlreiche hohe amerikanische und britische Offiziere in Quebec eingefunden. Die Presse veröffentlichte eine vom Sekretär des Präsidenten, Early, entworfene Erklärung, Roosevelt und Churchill seien „mit ihren Stäben" in Quebec ein-

getroffen und verhandelten über die weitere Planung des Kriegs. Der Hauptpunkt der Verhandlungen, so wurde von den in Quebec anwesenden Pressevertretern angenommen, sei die Vorbereitung einer neuen Offensive gegen Japan[3]. Die Abwesenheit Hulls ist unter diesen Umständen nicht aufgefallen, zumal da auch Churchill ohne Außenminister Eden gekommen war. Roosevelts Hauptabsicht war wohl, mit Churchill über Deutschlands Zukunft zu verhandeln. Das war inzwischen auch in London bekannt geworden, denn am 2. Sept. hatte der britische Botschafter in Washington, Lord Halifax, seine Regierung über die Bildung des Kabinettkomitees für Deutschland unterrichtet und gemeldet, in Washington werde eine sehr strenge Deutschlandpolitik erwogen, darunter die Teilung des Reichs und die Internationalisierung des Ruhrgebiets. Morgenthau trete außerdem für eine hemmungslose Inflation in Nachkriegs-Deutschland ein, die die deutsche Wirtschaft zerrütten und großes Elend hervorrufen würde. Die Amerikaner hätten die Absicht, diese Fragen in Quebec zur Sprache zu bringen[4].

Morgenthau trifft am 13. September in Quebec ein und erläutert Churchill den Morgenthauplan

Am 12. Sept. wurde Morgenthau von Roosevelt auf den 14. Sept. nach Quebec bestellt, traf dort aber schon am 13. ein. Seine Anwesenheit wurde von der amerikanischen Presse sofort bemerkt, die jetzt der Vermutung Ausdruck gab, es würden voraussichtlich auch den Verlauf des Kriegs in Europa betreffende Fragen Gegenstand der Unterhaltungen sein[5].

„Ein unerhörtes Geschehen"

Auf Stimson machte diese für ihn allerdings nicht unerwartete Entwicklung, von der er erst aus seiner Zeitung erfuhr, einen niederschmetternden Eindruck. In seinem Tagebuch nannte er Morgenthaus Berufung nach Quebec ein „unerhörtes Geschehen" und fuhr fort: „Der Präsident hat einen Ausschuß ernannt, damit diese Fragen mit voller Überlegung behandelt werden können, und jetzt geht er nach Quebec und nimmt einen Mann mit, der die Minderheit vertritt und der infolge seiner verständlichen semitischen Beschwerden so voreingenommen ist, daß er bei dieser Gelegenheit ein sehr gefährlicher Berater des Präsidenten ist."[6] Stimson war also von Anfang an überzeugt, Morgenthau werde mit Hilfe von Roosevelt versuchen, Churchill zur Annahme seines Deutschlandplans zu überreden. Und wenn das britische Kriegskabinett sofort, nachdem es von Morgenthaus Ankunft in Quebec gehört hatte, beschloß,

Eden dorthin zu senden[7], geschah das sicher, weil es damit rechnete, Morgenthau werde in Quebec auf die Beschließung jener Maßnahmen drängen, über die er im August mit Eden und Sir John Anderson gesprochen hatte[8]. Eden traf am 14. September in Quebec ein, und die amerikanische Presse berichtete, seine Ankunft sei unerwartet gewesen, und es sei jetzt damit zu rechnen, die ganze Europapolitik der beiden Mächte würde in Quebec diskutiert[9].

Morgenthaus Bericht über die Verhandlungen mit Churchill

Morgenthau berichtete, Roosevelt habe, als er ihn am 13. September in Quebec traf, den Morgenthauplan auf dem Schoß gehabt[10]. Am selben Tag fand, nach Morgenthaus Darstellung, in Quebec ein „Bankett" statt, bei welcher Gelegenheit der Präsident Morgenthau gebeten habe, Churchill seinen Deutschlandplan zu erläutern. Anwesend waren, neben Roosevelt, Morgenthau und Churchill, auch dessen Ratgeber, Lord Cherwell, sowie Harry Dexter White, der ein Protokoll über den Verlauf dieser Veranstaltung angefertigt hat, das bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist[11]. Wir folgen weiter Morgenthaus Darstellung: Churchill habe sich seinen Forderungen gegenüber zunächst scharf ablehnend verhalten und sich leidenschaftlich geweigert, „sein Land an einen toten Deutschen zu ketten". Der Präsident habe wenig gesagt. Wenn sich aber Churchill in seinen Angriffen auf ihn müde geredet hätte, habe Roosevelt gefühlt, seine Zeit sei gekommen und habe mit seinem „überlegenen Humor" verstanden, die Lage wiederherzustellen[12]. Eine Verständigung mit Churchill sei aber an diesem Abend nicht zustande gekommen, und Morgenthau ging unglücklich zu Bett und verbrachte eine schlaflose Nacht.

An den beiden folgenden Tagen wurde jedoch Churchill umgestimmt, anscheinend vor allem von Lord Cherwell[13]. Am 14. Sept. war, wie bemerkt, Eden in Quebec eingetroffen, der sich sofort scharf gegen Morgenthaus Vorschläge ausgesprochen haben soll, zu Morgenthaus Überraschung, der in London den Eindruck gewonnen hatte, Eden billige seine Absichten auf die „Zerlegung Deutschlands in zahlreiche kleine landwirtschaftliche Provinzen und die Unterbindung aller industriellen Produktion". Edens Einwendungen vermochten Churchill nicht wankend zu machen und ebensowenig eine Aussprache vom 15. Sept., an der einige Zeit auch Roosevelt und Morgenthau beteiligt waren. Vielmehr diktierte Churchill am 15. Sept. das Deutschland-Abkommen von Quebec, das wir weiter unten besprechen.

Wir sind bisher, was die Entstehungsgeschichte dieses Abkommens betrifft, fast ausschließlich Morgenthaus Darstellung gefolgt. Diese steht aber nur teilweise im Einklang mit dem Inhalt eines Telegramms, mit dem Churchill noch am 15. Sept., also offenbar gleich nach der Paraphierung des Deutschland-Abkommens, das britische Kriegskabinett über die bisherigen Ereignisse und Ergebnisse von Quebec unterrichtet[14]. Danach hätten Roosevelt und Morgenthau, nachdem sie mit Churchill über die „künftigen Munitions- und sonstigen Lieferungen" gesprochen hatten, mit ihm über „ihren Plan zur Erweiterung des britischen Exportgeschäfts gesprochen, um durch ihn den Verlust der britischen Investitionen im Ausland auszugleichen. Sie schlugen die völlige Demontierung der Stahlindustrien im Ruhr- und Saargebiet vor. Die Russen würden die meisten (demontierten) Maschinen für den Wiederaufbau ihrer eigenen Betriebe beanspruchen. Eine internationale Verwaltung wäre notwendig, um diese potentiellen Mittelpunkte der deutschen Rüstungsindustrie auf viele Jahre außer Betrieb zu setzen. Das Ergebnis werde die Betonung des pastoralen Charakters des deutschen Lebens sein. Die bisher aus diesen Industriemittelpunkten ausgeführten Güter – im Wert von 300–400 Millionen Pfund Sterling – würden in Zukunft zum großen Teil von Großbritannien geliefert werden." Churchill habe hinzugefügt, der Vorschlag habe ihn zunächst abgestoßen, aber er habe den Gesichtspunkt der (wirtschaftlichen) Entwaffnung Deutschlands für ausschlaggebend gehalten; die sich daraus für Großbritannien ergebenden Vorteile seien einleuchtend.

Zum besseren Verständnis von Churchills Bemerkungen über die „Munitions- und sonstigen Lieferungen" müssen wir auf die amerikanisch-britischen Verhandlungen über die künftigen Lieferungen an England auf Grund des Leihe- und Pachtgesetzes eingehen, die ebenfalls in Quebec stattgefunden haben. Churchill war, soweit es sich um nichtmilitärische Fragen handelte, vor allem zum Zweck von Verhandlungen über solche Lieferungen nach Quebec gekommen, die sich hauptsächlich auf die Zeit nach der Niederwerfung Deutschlands und bis zur Kapitulation Japans (Phase II) bezogen. Am 14. Sept. schlug Morgenthau, in Übereinstimmung mit Churchills Wünschen, für das erste Jahr von Phase II Munitionslieferungen im Wert von 3,5 Milliarden Dollar und sonstige Lieferungen, besonders Nahrungsmittel und Schiffe, im Betrag von drei Milliarden Dollar vor. Einzelheiten sollten später geregelt werden. Roosevelt erklärte sich mit einer solchen Lösung einverstanden. Diese Lieferungen sollten vor allem ermöglichen, einen erheblichen Teil der britischen Industrie von Kriegs- auf Friedensproduktion umzustellen, um so den britischen Außenhandel anzukurbeln. Churchill meinte, es sei zu hoffen, der zusammengeschmolzene britische Außenhandel würde so wiederhergestellt[15].

Nach Churchills Bericht an das Kriegsministerium haben Roosevelt und Morgenthau ihre Vorschläge zur Zerstörung der Industrien des Ruhr- und Saargebiets während der Verhandlungen über die neuen Leihe- und Pachtlieferungen vorgelegt und sie ebenfalls als Maßnahmen zur Stützung des britischen Außenhandels bezeichnet. Der Zweck des Deutschlandabkommens sollte also derselbe sein wie der der neuen Leihe- und Pachtlieferungen. Beide Maßnahmen wurden von Morgenthau Churchill gegenüber anscheinend als eine Einheit hingestellt, deren Aufgabe es sei, Englands wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu gewährleisten[16]. Anscheinend fand Churchill Morgenthaus Argumente einleuchtend und hat dem Deutschlandabkommen vor allem darum seine Zustimmung erteilt, weil er hoffte, England würde auf diese Weise das deutsche Exportgeschäft übernehmen können. Diese Auffassung hat dann Morgenthau, als er Hull und Stimson am 20. Sept. über die Ereignisse von Quebec Bericht erstattete, ausdrücklich bestätigt. Morgenthau erklärte, sein Deutschlandplan habe dem „Ministerpräsidenten anscheinend besonders darum gefallen, weil Großbritannien auf diese Weise viele deutsche Eisen- und Stahlmärkte erwerben und einen gefährlichen Konkurrenten ausschalten" würde[17].

In seinen Memoiren hat Churchill einen etwas abweichenden Standpunkt vertreten und geltend gemacht, er habe dem Deutschlandabkommen zugestimmt, „weil der Präsident, von dem wir so viel zu fordern hatten, so unnachgiebig war"[18]. Das würde darauf hindeuten, daß sich Churchill vor allem durch die ihm von Roosevelt in Aussicht gestellten Leihe- und Pachtlieferungen zum Abschluß des Deutschland-Abkommens hat bewegen lassen[19]. Auch in Hull und Stimson ist, nachdem ihnen Morgenthau am 20. Sept. über die Vorgänge in Quebec erzählt hatte, sofort der Verdacht aufgetaucht, die den Engländern zugesagten neuen Lieferungen seien ein quid pro quo für Churchills Zustimmung zum Deutschland-Abkommen gewesen. Eine direkte Frage Stimsons hatte Morgenthau allerdings verneint[20], allerdings ohne Hull oder Stimson zu überzeugen. Hulls Mißtrauen gegen Morgenthau nahm vielmehr zu. Er war besonders verärgert, weil er neue Leihe- und Pachtlieferungen von britischem Entgegenkommen im Bereich der Empire-Vorzugszölle hatte abhängig machen wollen, welche Zölle besonders mit seinen Ansichten über Freihandel im Widerspruch standen. Rückblickend gelangt man daher zur Auffassung, daß Roosevelt Hulls Einwendungen vorausgesehen und daher Anstrengungen gemacht hat, ihn von der Konferenz in Quebec fernzuhalten[21].

„Internationale Erpressung übelster Art“

Es dürfte daher feststehen, daß Roosevelt die neuen Lieferungen der britischen Regierung bedingungslos zur Verfügung stellen wollte, von der einen Bedingung allerdings abgesehen, daß sie dem ihm von Morgenthau unterbreiteten Deutschlandplan zustimme. Unter diesen Umständen ist die Auffassung, Churchill sei lediglich durch die in Aussicht gestellten weiteren großen Lieferungen zur Annahme des Deutschland-Abkommens veranlaßt worden, seit langem weit verbreitet, und anknüpfend an solche Überlegungen hatte Senator William Langer am 1. Febr. 1956 im Senat der Vereinigten Staaten die von Morgenthau und Roosevelt Churchill gegenüber gebrauchten Methoden als „internationale Erpressung übelster Art“ gebrandmarkt[22]. Trotzdem glauben wir, im Einklang mit Churchills Bericht an das britische Kriegskabinett, daß es insbesondere die Gier des britischen Ministerpräsidenten nach den deutschen Exportmärkten gewesen ist, die ihn veranlaßt hat, seinen Widerstand gegen den (modifizierten) Morgenthauplan aufzugeben.

Das Deutschland-Abkommen von Quebec vom 15. September

Wie bemerkt, hat Churchill seinen Widerstand gegen Roosevelts und Morgenthaus Deutschlandplanung spätestens am 15. Sept. aufgegeben. Am Morgen dieses Tages arbeiteten Morgenthau und Cherwell einige Entwürfe einer Vereinbarung für die De-Industrialisierung Deuschlands, besonders des Ruhr- und Saargebiets aus, von denen aber keiner Churchill befriedigt haben soll. Einer dieser Entwürfe soll gelautet haben[23]:

„Auf der Konferenz des Präsidenten mit dem Premierminister erklärte Mr. Churchill, er werde die Diskussionen zusammenfassen, die wir hinsichtlich der künftigen Stellung des Ruhr- und Saargebiets hatten. Er sagte, Rußland und die übrigen Alliierten sollten ermächtigt werden, alle Maschinen an sich zu nehmen, die sie wünschten, daß die Industrien im Ruhr- und Saargebiet außer Betrieb gesetzt und daß diese beiden Gebiete einer internationalen Behörde unterstellt würden, die diese Industrien überwachen und Vorsorge treffen würde, daß sie nicht wieder aufgebaut werden. Dieses Programm für die Ausschaltung der kriegswichtigen Industrien im Ruhr- und Saargebiet ist Teil eines Programms für die Umwandlung Deutschlands in ein großenteils Landwirtschaft treibendes Land. Der Premierminister und der Präsident sind sich einig über dieses Programm.“

Auch diesen Entwurf fand Churchill unbefriedigend und diktierte anschließend selbst einen Text, der von ihm und Roosevelt paraphiert wurde. Er lautet[24]:

„Auf einer Konferenz des Präsidenten und des Premierministers hinsichtlich der besten Maßnahmen zur Verhinderung der Wiederbewaffnung Deutschlands herrschte Übereinstimmung, daß die künftige Stellung des Ruhr- und Saargebiets von besonderer Wichtigkeit sind.
Die Leichtigkeit, mit der man die metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien in Deutschland von Friedens- auf Kriegsproduktion umstellen kann, haben wir durch bittere Erfahrungen kennengelernt. Es ist auch daran zu erinnern, daß die Deutschen einen großen Teil der Industrien Rußlands und anderer benachbarter Verbündeter verwüstet haben, und es ist lediglich ein Gebot der Gerechtigkeit, diese betreffenden Länder zu ermächtigen, die maschinellen Einrichtungen zu entfernen, die sie brauchen, um diese von ihnen erlittenen Verluste zu beseitigen. Die genannten Industrien im Ruhr- und Saargebiet würden daher notwendigerweise außer Betrieb gesetzt und abgebaut. Es herrschte Übereinstimmung, daß diese beiden Gebiete einer der Weltorganisation unterstehenden Behörde unterstellt werden sollten, die die Demontage dieser Industrien überwachen und sicherstellen würde, daß sie nicht unter irgend einem Vorwand wiederaufgebaut werden.
Das Programm für die Ausschaltung der kriegswichtigen Industrien im Ruhr- und Saargebiet ist ein Schritt auf dem Wege zur Umwandlung Deutschlands in ein Land von vorzugsweise landwirtschaftlichem und pastoralem Gepräge. Der Premierminister und der Präsident befanden sich hinsichtlich dieses Programms in Übereinstimmung.

O.K. F.D.R.
W.C.
15. 9."

Der Streit um das Wort „pastoral"

Beide Fassungen zeigen erhebliche Unterschiede, auf die wir nicht im einzelnen eingehen. Es sei aber bemerkt, daß das Wort „pastoral" lediglich in der endgültigen, nicht aber in der zuerst mitgeteilten Fassung vorkommt, und es wurde behauptet, dieses Wort sei Churchills eigener Beitrag[25]. Es steht aber lediglich fest, daß Churchill den endgültigen Text des Abkommens diktierte. Er mußte sich dabei an das mit Roosevelt und Morgenthau mündlich Vereinbarte halten. Da aber, wie Penrose berichtet, Morgenthau schon am 12. Aug. in London erklärt hatte, Deutschland müsse in ein „pastorales Land" verwandelt werden, ist wahrscheinlich, daß dieser Ausdruck Churchill von Morgenthau nahegelegt worden ist.

Das Abkommen – ein etwas gemilderter Morgenthauplan

Wir vergleichen jetzt die Vereinbarung von Quebec mit der endgültigen Fassung des Morgenthauplans. Der Vergleich ergibt, daß die Quebecer Vereinbarung wesentlich weniger weit geht als Morgenthaus eigentlicher Plan und daher ein Kompromißprodukt ist[26].

Während auf Grund der endgültigen Fassung nicht nur alle Industrien und Bergwerke in der dort genannten „internationalen Zone", d. h. ganz Nordwestdeutschlands zerstört werden sollten, hatte die Vereinbarung von 15. Sept. lediglich die Außerbetriebsetzung von drei namentlich genannten Zweigen der Schwerindustrie des Ruhr- und Saargebiets im Auge, behielt sich allerdings weitere De-Industrialisierungsmaßnahmen (unverbindlich) vor. Von Gebietsabtretungen, Teilung des deutschen Restgebiets und den sonstigen Forderungen ist im Quebecer Abkommen überhaupt nicht die Rede. Morgenthau betonte in seiner erwähnten Aussprache mit Hull und Stimson vom 20. Sept. ausdrücklich, daß in Quebec über Gebietsabtretungen und Teilung überhaupt nicht gesprochen worden sei. Churchill erklärte am 21. Juli 1949 in einer nochmals zu erwähnenden Unterhausrede, er bedaure, die „Morgenthau-Erklärung" in Quebec unterzeichnet zu haben. Diese Ausdrucksweise war mißverständlich, denn Churchill hat in Quebec den Morgenthauplan nicht angenommen, sondern eine wesentlich mildere Vereinbarung, die auf einigen Grundgedanken des Morgenthauplans, besonders dem der „wirtschaftlichen Entwaffnung" Deutschlands beruht, mit diesem aber nicht verwechselt werden darf.

Völkerrechtsfragen

Als völkerrechtliches Dokument macht die Vereinbarung von Quebec keinen einheitlichen Eindruck. Wenn die Parteien übereinkamen, die wichtigsten Industrien des Ruhr- und Saargebiets außer Betrieb zu setzen und wenn sie die Durchführung dieser Maßnahmen einer noch zu errichtenden Behörde übertragen wollten, die auch den Wiederaufbau dieser Industrien zu verhindern hatte, war das wohl als bindende Vereinbarung gedacht, obwohl auch dieser Teil des Abkommens als „Programm" bezeichnet wurde. Demgegenüber ist lediglich eine schrittweise Umwandlung Deutschlands in ein vorzugsweise landwirtschaftliches und pastorales Land vorgesehen, mit der – teilweisen – De-Industrialisierung des Ruhr- und Saargebiets als erstem Schritt, dem weitere derartige Maßnahmen in ganz Deutschland folgen sollten, wahrscheinlich auch im Ruhr- und Saargebiet selbst. Wie diese schrittweise De-Industrialisierung erfolgen sollte, wird nicht gesagt, außer daß sie gleichzeitig der Lieferung von Reparationen durch Demontagen dienen sollte. Trotzdem

ist auch dieser Teil des Abkommens rechtlich nicht ohne Bedeutung. Zwar haben sich die Parteien zur Vornahme weiterer De-Industrialisierungsmaßnahmen nicht verpflichtet (Es handelte sich insoweit um kein pactum de contrahendo). Sie sind aber übereingekommen, diplomatische Verhandlungen über die Frage der Notwendigkeit oder Möglichkeit der Durchführung solcher Maßnahmen einzuleiten. Insoweit hatte die Vereinbarung daher den Charakter eines Konsultativpakts[27].

Churchill soll in Quebec erklärt haben, er könne die Vereinbarung nur vorläufig unterzeichnen und bedürfe zu deren endgültiger Annahme der Zustimmung des Kriegskabinetts[28]. Dafür, daß es sich um eine vorläufige Abmachung handelte, spricht auch die Tatsache, daß Roosevelt und Churchill das Abkommen nicht unterzeichnet, sondern nur mit den Anfangsbuchstaben ihrer Namen paraphiert haben, denn solche Paraphierungen sind nach diplomatischer Praxis nur Vorstufen später unterzeichneter und damit bindender Abmachungen[29]. Am 11. März 1946 wurde von einer „hohen Regierungsstelle" der Vereinigten Staaten, also wohl von Außenminister Byrnes, erklärt, der Morgenthauplan für die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland sei auf der Konferenz weder angenommen noch abgelehnt worden. Es sei lediglich eine provisorische Vereinbarung zustande gekommen, daß der Gegenstand weiterer Untersuchung bedürfe[30]. Im Ergebnis kann man diesen Ausführungen zustimmen. Am 21. Juli 1949 hat dann Churchill in seiner bereits genannten Unterhausrede behauptet, die Vereinbarung von Quebec habe niemals Rechtsgültigkeit gehabt. Auch dem ist beizupflichten, da Churchill nach seiner Behauptung das Abkommen unter der aufschiebenden Bedingung der Genehmigung durch das Kriegskabinett unterzeichnet hat, eine Bedingung, die niemals eingetreten ist.

Das Zonenabkommen

Auf der Konferenz von Quebec erfolgte auch eine Einigung über die Abgrenzung der amerikanischen und britischen Besatzungszonen in Deutschland. Bisher hatte Roosevelt Nordwestdeutschland als Besatzungszone gefordert. Jetzt erklärte er sich bereit, dieses den Briten zu überlassen und mit Süddeutschland (und Bremen-Bremerhaven) vorlieb zu nehmen. Vielleicht, daß dieses Entgegenkommen ebenfalls dazu beigetragen hat, die Neigung Churchills zu vergrößern, dem Deutschland-Abkommen zuzustimmen. Andererseits hat die Erwägung, daß die De-Industrialisierung des Ruhr- und Saargebiets von den Engländern und nicht von den Amerikanern durchgeführt werden sollte, Roosevelts Haltung in der Zonenfrage gefördert[31].

Der Höhepunkt von Morgenthaus Leben

Obwohl das Deutschland-Abkommen von Quebec als Kompromißprodukt betrachtet werden muß, war Morgenthau mit dem von ihm Erreichten zufrieden. Nach Hulls Behauptung ist er „wild enthusiastisch" nach Washington zurückgekehrt[32] und in einer Aussprache mit Mitarbeitern hat Morgenthau am 19. Sept. gesagt: „Die Sache dort oben in Quebec ist unglaublich gut verlaufen. Soweit es sich um mich handelt, ist sie der Höhepunkt meiner ganzen Laufbahn in der Regierung. Diese 48 Stunden gaben mir mehr persönliche Befriedigung als irgend etwas anderes, was ich zu tun hatte ... Der Standpunkt des Finanzministeriums ist voll akzeptiert worden, und der Präsident hat sich folgendermaßen ausgedrückt: Er sagte, er habe nach etwas getastet und dann seien wir gekommen und hätten ihm alles gegeben, was er gewollt habe"[33].

Das Quebecer Abkommen schläft ein

Die Morgenthau von Roosevelt in Quebec erneut gezeigten Gunstbeweise ließen ihn aber offenbar die Größe seines Erfolgs überschätzen. Wie bemerkt, hatte Churchill die endgültige Entscheidung über die Annahme des Deutschland-Abkommens von der Genehmigung des Kriegskabinetts abhängig gemacht. Eine solche ist niemals erfolgt. Schon Churchills Unterhausrede vom 28. Sept. 1944, in der er sich für ein neues Gipfeltreffen der Großen Drei ausgesprochen hat, wurde als vorsichtiges Abrücken von der Deutschlandpolitik von Quebec gedeutet[34]. Kurz darauf legte das britische Kriegskabinett das Deutschland-Abkommen einem Sachverständigenausschuß zur Begutachtung vor[35]. Stimson hat, nachdem er von Morgenthaus Ankunft in Quebec gehört hatte, an Roosevelt eine neue, im wesentlichen von Mc Cloy ausgearbeitete Denkschrift gesandt, in der er u. a. ausführte: „Die Vorteile für England, die infolge der Unterdrückung der deutschen Konkurrenz entstehen mögen, werden in der Denkschrift des Finanzministeriums stark hervorgehoben. Aber das ist ein Verlangen, das an die kurzsichtige Gier der Sieger gerichtet ist ... das sie bei nüchterner Überlegung selbst zurückweisen würden"[36]. Churchill war am 15. Sept. dieser kurzsichtigen Gier zum Opfer gefallen, wie sich auch aus seiner Bemerkung vom gleichen Tag Eden gegenüber ergibt: „Die Zukunft meines Volkes steht auf dem Spiel und wenn ich zwischen meinem und dem deutschen Volk zu wählen habe, bin ich für mein Volk". In dem von dem Sachverständigenausschuß erst Ende 1944 erstatteten Gutachten gewann endlich die nüchterne Überlegung die Oberhand[37]. Das Gutachten war scharf ablehnend, betonte, daß die Ausführung des Abkommens zwei Millionen Einwohner von insgesamt sechseinhalb Millionen, größenteils Arbeiter, ihrer

Existenzgrundlage berauben würde. Es sei möglich, daß England auf diese Weise seine Exporte erhöhen könnte, aber nicht um 300–400 Millionen Pfund, (wie Churchill in seinem Telegramm an das Kriegskabinett behauptet hatte), sondern vielleicht um den zehnten Teil dieses Betrags. Das britische Außenministerium machte sich die Gedankengänge des Gutachtens zu eigen und Eden hat angeordnet, daß in dieser Angelegenheit nichts weiter erfolgen sollte, außer, falls sie von Roosevelt erneut zur Sprache gebracht würde. Roosevelt kam aber der britischen Regierung gegenüber auf diese Angelegenheit nicht zurück. Schuld an diesem passiven Verhalten Roosevelts war wohl in erster Linie, daß sich nach Quebec der Widerstand Hulls und Stimsons Morgenthau gegenüber erheblich verstärkte. Nach der am 24. Sept. erfolgten Veröffentlichung einer nichtamtlichen Fassung des Morgenthauplans und der stark ablehnenden Haltung des überwiegenden Teils der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten bekam es Roosevelt offenbar mit der Angst zu tun. Kurz darauf wurde die Urschrift der Deutschland-Vereinbarung von Quebec im Weißen Haus vernichtet[38]. Das Abkommen von Quebec ist daher in der Tat, wie Churchill am 21. Juli 1949 im britischen Unterhaus erklärt hat, „einfach eingeschlafen".

[1] Vgl. Morgenthau in *New York Post*, 28. 11. 1947, 18; Blum III, 368. Vgl. auch Chase, John L.: „The development of the Morgenthau Plan through the Quebec Conference"; in *Journal of Politics* (XVI), 1954. 324 ff

[2] Smith, Fred: aaO 37

[3] NYT, 12. 9. 1944, 1, Sp. 5

[4] Woodward, Llewellyn: aaO 435

[5] Vgl. Morgenthau in *New York Post*, 28. 11. 1947, 18; NYT, 14. 9. 1944, 1, Sp. 4

[6] *Stimson Diaries*, 14. 9. 1944

[7] Woodward, Llewellyn: aaO 471

[8] Am 12. 9. berichtete Lord Halifax dem Kriegskabinett weiter, Hopkins schlage die Eliminierung der Stahlindustrie Deutschlands vor. Woodward: aaO 471 f

[9] NYT, 15. 9., 1, Sp. 8. Hull erklärte in Washington nach Edens Ankunft, er plane nicht, nach Quebec zu fahren. NYT, 15. 9., 9, Sp. 5. Vielmehr beauftrage er den amerikanischen Botschafter in Ottawa, Atherton, sich nach Quebec zu begeben, um dort die Interessen des Außenministeriums wahrzunehmen. Vgl. Hull: *Memoirs*, 1610. Ob es dazu gekommen ist, konnte nicht festgestellt werden. Roosevelt fuhr nach Abschluß der Konferenz nach Hyde Park und hat offenbar geplant, Hull nach dort einzuladen, falls Churchill mit Eden nach Hyde Park käme. Vgl. *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 810. Da aber Eden von Quebec sofort nach London geflogen ist, ist auch daraus nichts geworden.

[10] Morgenthau in *New York Post*, 28. 9. 1947, 18. Zweifellos handelte es sich hier um die endgültige Fassung des Morgenthauplans, die Roosevelt, nach Morgenthaus Behauptung, mit nach Quebec genommen haben soll.

[11] mit Ausnahme eines kurzen, in *Teheran-Dokumente*, 884 abgedruckten Auszugs

[12] Morgenthau in *New York Post,* 28. 11. 1947, 18; Blum III, 309. Ein Beispiel von Roosevelts „überlegenen Humor“ ist in Blum III, 370 wiedergegeben. Daß Roosevelt bemüht war, Morgenthau gegenüber Churchill nach besten Kräften zu unterstützen, geht auch aus dem in der letzten Anmerkung erwähnten Teil von Whites Niederschrift hervor.

[13] Ursprünglicher Name F. A. Lindemann. Zu Cherwells Tätigkeit in Quebec vgl. auch: The Earl of Birkenhead: *The Professor and the Prime Minister.* 1960. 281 ff

[14] Vgl. Woodward: aaO 472. Der Inhalt des Telegramms wurde von Woodward nicht im Wortlaut, sondern nur in allgemeinen Zügen wiedergegeben. Die im Text in Anführungszeichen gesetzte Stelle ist eine Übersetzung von Woodwards Text.

[15] Das Protokoll über diese Verhandlungen ist abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany),* 619 f; vgl. auch Blum III, 312 f

[16] Morgenthau hat ähnliche Gedanken schon am 12. 8. in London vertreten und dann anschließend im Kabinettkomitee. Vor allem bediente sich aber das Dokument „How British Industry would benefit by proposed Program“, *Morgenthau Diary (Germany),* 601 f, derartiger Argumente.

[17] Matthews-Niederschrift vom 20. 9., *Jalta-Dokumente,* 134. Blum weiß über diese Zusammenhänge nicht viel zu berichten, teilt jedoch mit (III, 311), die für Roosevelt bestimmte britische Denkschrift, die die neuen Leihe- und Pachtlieferungen betraf, sei Morgenthau gleich bei seinem Eintreffen in Quebec, also am Nachmittag des 13. 9., überreicht worden. Es ist daher wahrscheinlich, daß Morgenthau an diesem Tag zunächst Leihe- und Pachtverhandlungen führte und Churchill später beim „Bankett“ in seinen Deutschlandplan einweihte.

[18] Churchill: *Triumph and tragedy.* 1953. 156

[19] Für diese Auffassung könnte sprechen, daß die – vorläufige – Einigung über die Leihe- und Pachtlieferungen erst am letzten Verhandlungstag, dem 16. 9., erfolgte, einen Tag nach der Paraphierung des Deutschland-Abkommens. Vgl. Blum III, 373 f

[20] Hull: *Memoirs.* 1615. *Jalta-Dokumente.* 135. Auch H. D. White hat später diese Auffassung geteilt; vgl. *Morgenthau Diary (Germany).* 717 f

[21] Vgl. auch Chase: aaO 351 ff. Wahrscheinlich hat Roosevelt aus denselben Gründen auch Hopkins nicht nach Quebec mitgenommen, obwohl dieser dem Morgenthauplan wohlwollend gegenüberstand. Ursprünglich hatte Hopkins damit gerechnet, in Quebec dabei zu sein, hatte aber dann den Präsidenten gewarnt, den Engländern im Bereich der Vorzugszölle Konzessionen zu machen, vgl. *Foreign Relations 1944,* Bd. III, 156. Am 14. 9. teilte dann Hopkins Stettinius mit, er ginge nicht nach Quebec. *Foreign Relations 1944,* Band I, 810

[22] *Congressional Records,* Bd. 102, 1794

[23] Von Morgenthau abgedruckt in *New York Post,* 24. 11. 1944, 28. 11. 1947, 18. Diesen Entwurf soll Morgenthau diktiert haben.

[24] abgedruckt u. a. in *Morgenthau Diary (Germany),* 620 f. Die Worte „in Germany“ im zweiten Absatz sollen Churchills Diktat auf Veranlassung Roosevelts eingefügt worden sein; vgl. Blum III, 370

[25] so auch Morgenthau selbst; vgl. Blum III, 373; ebenso Feis, Herbert: *Churchill, Roosevelt, Stalin.* 1957. 370. – Von einigen, die Churchill eine durch dieses Wort charakterisierte Politik nicht zutrauten, wurde vermutet, Churchill habe dieses Wort seiner Niederschrift eingefügt, um die Vereinbarung von vornherein der Lächerlichkeit anheimzugeben. Demgegenüber ist auf das erwähnte Telegramm Churchills an das britische Kriegskabinett vom 15. 9. 1944 zu verweisen, in dem zum Schluß hervorgehoben wird, das Ergebnis des Abkommens werde sein, den „pastoralen Charakter des deutschen Lebens“ zu betonen.

[26] Die in Blum III, 373 mitgeteilte Bemerkung eines Mitarbeiters Morgenthaus, die sich insbesondere auf das Wort „pastoral“ stützte, die Vereinbarung von Quebec

gehe über die Forderungen des Morgenthauplans weit hinaus, ist völlig unhaltbar und wurde von Morgenthau zurückgewiesen.

[27] Die Worte im zweiten Absatz des Abkommens „in Deutschland" sollen, wie bemerkt, Churchills Diktat auf Roosevelts Wunsch eingefügt worden sein. Diese Worte sind aber nicht so wichtig, wie Morgenthau und Schlesinger geglaubt haben, denn dem Satz, in dem diese Worte stehen, kommt – rechtlich – keine konstitutive, sondern lediglich deklaratorische Bedeutung zu. Praktisch bedeutet das, daß sich die diplomatischen Verhandlungen, von denen eben die Rede war, auf ganz Deutschland und nicht lediglich auf das Ruhr- und Saargebiet erstrecken sollten.

[28] Churchill: *Triumph and tragedy.* 157

[29] Durch das „o.K." vor „F.D.R." wollte Roosevelt wahrscheinlich die Formlosigkeit der Abmachung unterstreichen.

[30] NYT, 12. 3. 1946, 5, Sp. 2

[31] Vgl. *Morgenthau Diary (Germany).* 627. Danach hat Morgenthau am 20. 9. 1944 zu Hull und Stimson gesagt, der Präsident wünschte, daß die Engländer die Verwaltung des Ruhr- und Saargebiets zu besorgen hätten, so daß sie die in Quebec vereinbarte Politik durchführen könnten. Stimson argwöhnte sofort, nachdem er von dieser Sache gehört hatte, diese Regelung möchte ein schlauer Schachzug des Präsidenten gewesen sein, zu vermeiden, daß die Amerikaner über die dornige Frage der De-Industrialisierung des Ruhr- und Saargebiets entschieden. Vgl. *Stimson Diary,* 20. 9. 1944. – Wenn außerdem im Abkommen lediglich die De-Industrialisierung des Ruhr- und Saargebiets festgelegt, die des übrigen Deutschlands dagegen späterer Regelung vorbehalten wurde, so zweifellos darum, weil Morgenthau und Roosevelt sicher sein wollten, daß die wichtigsten Teile der Ruhr- und Saarindustrie zerstört würden, auch wenn sie sich unter britischer Verwaltung befänden.

[32] Hull: *Memoirs.* 1614

[33] *Morgentau Diary (Germany),* 624 f

[34] Vgl. NYT, 29. 9. 1944, 1, Sp. 5. Damals war jedoch das Quebecer Deutschland-Abkommen in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Es war aber inzwischen eine nichtamtliche, im nächsten Abschnitt besprochene Fassung des Morgenthauplans bekannt geworden.

[35] Woodward: aaO (auch zum Folgenden)

[36] abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany).* 621 ff

[37] Die Grundzüge des Gutachtens sind wiedergegeben in Woodward: aaO 473, Anm. 2

[38] Vgl. dazu das in *Congressional Records,* Bd. 102, 6466 abgedruckte Schreiben von John J. McCloy an Senator William Langer vom 24. 3. 1956, wo zu diesem Geschehen in folgender Weise Stellung genommen wird: „Ich sah das Original der Vereinbarung von Quebec und es war identisch mit dem Abdruck in Stimsons Buch (Stimson und Bundy: aaO 576 f) ... Nachträglich habe ich gehört, daß man versucht hat, die Urschrift der paraphierten Urkunde zu finden. Ich hatte stets das Gefühl, daß jemand im Weißen Haus – nicht Mr. Roosevelt – sie zerstört hat, nachdem alle die ablehnenden Stellungnahmen in den Zeitungen veröffentlicht worden waren." Es darf wohl hinzugefügt werden, daß die Vernichtung der Urkunde nicht ohne Roosevelts Wissen erfolgt sein kann. Vgl. dazu auch *The Cicago Tribune,* 31 3. 1956, 4, Sp. 1

Zwölftes Kapitel

DAS BEKANNTWERDEN DES MORGENTHAUPLANS UND SEINE AUFNAHME IN DER AMERIKANISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Die Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf eine drastische Verschärfung der Deutschlandpolitik

Außergewöhnliche politische Geschehnisse bleiben in Washington, trotz versuchter Geheimhaltung, meist nicht lange geheim. Der Morgenthauplan war keine Ausnahme. Am 19. Sept. hat Morgenthau in der genannten Aussprache mit seinen Ratgebern weiter ausgeführt: „Ich weiß nicht, wie sie es (d. h. die Vereinbarung von Quebec vom 15. Sept.) bekanntmachen oder was sie in dieser Sache sonst noch unternehmen wollen". Das weist darauf hin, daß ihm die Bekanntgabe des Abkommens nicht unerwünscht gewesen wäre. Bei dieser Gelegenheit hat sich auch herausgestellt, daß nicht nur Hunderte von Bundesbeamten, sondern auch einige einflußreiche Journalisten über die Vorgänge in Quebec genau Bescheid wußten[1]. Das Bekanntwerden des Morgenthauplans war daher nur eine Frage der Zeit.

Die folgenden Ausführungen zeigen, daß die öffentliche Meinung schrittweise, aber so rasch wie möglich, auf die durch den Morgenthauplan angekündigte Schwenkung der amerikanischen Deutschlandpolitik vorbereitet werden sollte. Diese Vorbereitung begann am 21. Sept., an welchem Tag die amerikanische Presse berichtete, in den letzten Wochen habe sich das (der Öffentlichkeit bereits bekannte) Kabinettkomitee für Deutschland eingehend mit der Frage der industriellen „Demobilisierung" Deutschlands beschäftigt und Morgenthaus Einfluß, der für eine sehr strenge Politik eintrete, sei im Wachsen. Die Grundsätze der künftigen Besatzungspolitik in Deutschland seien von Roosevelt und Churchill in Quebec ausführlich besprochen worden[2].

Am gleichen Tag hatte auch der meist gut unterrichtete, extrem deutschfeindliche Kolumnist Drew Pearson eine Story bereit, die sich um das genannte, für die Offiziere der künftigen amerikanischen Militärregierung in Deutschland bestimmte Handbuch und Morgenthaus Aussprache mit Roosevelt vom 25. Aug. drehte. Als Morgenthau auf die im Handbuch vorgesehenen Pläne zur Kontrolle der deutschen Industrie hingewiesen habe, habe der Präsident erklärt: „Ich würde mich über diese Kontrolle nicht aufregen, denn es wird künftig in Deutschland keine Industrie zu kontrollieren geben". Pearson teilte auch eine weitere Variante von Roosevelts Suppenküchen-Bemerkungen mit. Der Präsident habe zu Morgenthau gesagt: „Ich werde den Deutschen dreimal täglich eine Schüssel Suppe geben, in der nichts drin ist". Pearsons ganze Tonart macht deutlich, daß er Morgenthaus „harte" Linie unterstützen wollte und außerdem versuchte, die Haltung des Kriegs- und Außenministeriums lächerlich zu machen[3].
Am folgenden Tag bestätigte Roosevelt auf einer Pressekonferenz, er habe in Quebec mit Churchill über die Zukunft Deutschlands gesprochen, meinte jedoch, auf Einzelheiten nicht eingehen zu können[4]. Ebenfalls am 22. Sept. klärte der Chefkorrespondent der *New York Times* in Washington, Arthur Krock, die Leser seines Blatts „auf zahlreiche Anfragen" dahin auf, Morgenthau sei jetzt Roosevelts oberster Berater in Fragen der Deutschlandpolitik, denn seine Ideen über die künftige Behandlung Deutschlands stünden im Einklang mit Roosevelts Absichten. Morgenthau sei der Ansicht, den Deutschen müsse eine Lektion erteilt und aus der amerikanischen Deutschlandplanung müsse alles ausgemerzt werden, was auch nur entfernt als Milde betrachtet werden könnte[5]. Ein anderer Korrespondent dieses Blattes wußte in der gleichen Ausgabe zu berichten, es sei zur Zeit unmöglich zu sagen, was mit der deutschen Industrie, vor allem Schwerindustrie geschehen solle, ob sie „dezentralisiert" – der Ausdruck wurde nicht erläutert – internationalisiert, oder, wie ein hoher Regierungsvertreter vorschlage, zerstört werden solle. Die umstrittenen Vorschläge des Handbuchs für die künftige Militärregierung hätten eine Neuformulierung der amerikanischen Deutschlandpolitik nötig gemacht, ein Prozeß, der noch nicht abgeschlossen sei. Diese Neuformulierung sei ein Grund dafür gewesen, daß Morgenthau mit einem „deutschen Plan" nach Quebec gerufen worden sei[6].
Die amerikanische Öffentlichkeit war damit über Morgenthaus Forderung der Zerstörung der deutschen Industrie unterrichtet.

Die Meldung des Wall Street Journal vom 23. September

Am 23. Sept. brachte dann das *Wall Street Journal* auf der ersten Seite einen Bericht seines Washingtoner Korrespondenten Alfred A. Flynn, der zahlreiche Einzelheiten des Morgenthauplans mitteilte und, wie aus Flynns Darlegungen hervorgeht, hauptsächlich auf im Finanzministerium eingeholten Informationen beruhte. Danach sollte Deutschland in einen nord- und einen süddeutschen Staat geteilt und das Ruhrgebiet von einer internationalen Kommission verwaltet werden. Auch über die von Morgenthau in Ost und West vorgesehenen Gebietsabtretungen wußte Flynn Einzelheiten zu berichten. Der Plan sehe eine völlige Änderung des deutschen Wirtschaftssystems vor, dessen Hauptpfeiler in Zukunft landwirtschaftliche Produktion sein werde. Die Stahl-, Eisen- und chemischen Industrien sollten zum größten Teil und die synthetische Ölindustrie sollte völlig zerstört werden. Hinsichtlich der elektrischen Industrien seien wohl wenige direkte Eingriffe erforderlich, da wahrscheinlich die meisten Kraftwerke durch Luftangriffe zerstört seien. Es müsse lediglich sichergestellt werden, daß diese Betriebe nicht wieder aufgebaut würden. Deutschlands künftige industrielle Produktion werde auf bestimmte Zweige der leichten Industrie, z. B. Nahrungsmittelindustrie, beschränkt. Die Befürworter des Plans im Finanzministerium gäben zu, Deutschlands künftige Wirtschaft reiche nicht aus, die Bevölkerung zu versorgen, außer auf der Grundlage einer Hungerwirtschaft (starvation economy). Das würde jedoch dreißig Millionen Deutsche ermutigen, nach andern Teilen der Welt – welche, wird nicht gesagt – auszuwandern, was ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens sein werde. Der Plan des Finanzministeriums sei noch nicht die offizielle Politik der Vereinigten Staaten. Von einigen Regierungsstellen werde er abgelehnt, besonders mit der Begründung, er werde wirtschaftliches Chaos in Europa zur Folge haben[7].

Die Associated Press teilt am 24. September Einzelheiten über den Morgenthauplan mit

Am 24. Sept. veröffentlichten dann die Sonntagsausgaben der amerikanischen Zeitungen eine Meldung des Korrespondenten der Associated Press, John M. Hightower, in Roosevelts Kabinett gäbe es große Meinungsverschiedenheiten wegen Morgenthaus Plan, Deutschland als modernen Industriestaat zu zerstören und es in ein Ackerbau treibendes Land von Kleinbauern zu verwandeln. Der Morgenthauplan – dieser Ausdruck wurde hier zum erstenmal benutzt – habe die Zustimmung des Präsidenten. Morgenthau habe in Quebec den Eindruck gewonnen, Churchill halte seine Vorschläge für annehmbar.

Der Plan werde aber von Hull abgelehnt und von Stimson leidenschaftlich bekämpft. Nach Hightowers Behauptung enthielt der Morgenthauplan folgende sieben Forderungen, die wir ungekürzt wiedergeben:

1. *„die Entfernung aller solchen industriellen Anlagen aus Deutschland nach den verwüsteten Ländern, soweit sie von diesen gewünscht wird und die Zerstörung des Rests der deutschen Industrie;*
2. *die dauernde Schließung aller Bergwerke, die in Nachkriegs-Deutschland vorhanden sein mögen;*
3. *die Abtretung des Saargebiets und der westdeutschen Industriegebiete an Frankreich, sowie die Abtretung solcher ostdeutschen Gebiete an Polen, die die Sowjetunion in dieser Weise behandelt sehen möchte;*
4. *die Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in kleine Bauernstellen, die es den 40–50 Millionen in Deutschland verbleibenden Menschen ermöglichen würde, auf einer im wesentlichen landwirtschaftlichen Grundlage zu leben;*
5. *die Weigerung anderer Länder, dem deutschen Volke irgendwelche wirtschaftlichen Unterstützungen zu gewähren, so daß sich die Deutschen selbst aus dem Trümmerfeld herausarbeiten müssen, das der Krieg in Europa und in ihrem Lande hinterlassen hat;*
6. *die langdauernde Kontrolle Deutschlands durch eine alliierte Militärmission;*
7. *keine eigentlichen Reparationen, da ein Ackerbau treibender deutscher Staat mit geringem oder gar keinem Handel solche nicht leisten könnte, wenn auch die Verteilung deutscher Industrieanlagen unter gewissen Umständen als Reparationsleistung betrachtet werden könnte“*[8].

Es sei betont, daß es sich hier um keine amtliche Lesart des Morgenthauplans handelt. Wahrscheinlich hat Hightower den vorstehenden sieben Abschnitten selbst diese Formulierung gegeben, aber zweifellos auf Grund von ihm von amtlicher Seite erteilten Informationen[9]. Dieser Text war der einzige, der der Öffentlichkeit lange als „Morgenthauplan“ bekannt war und besonders, nachdem Morgenthau abgelehnt hatte, sich zu dieser Fassung öffentlich zu äußern[10], wurde sie meist als authentisch betrachtet, bis dann Morgenthau im Oktober 1945 in seinem Buch den Text des Morgenthauplans veröffentlichte.

Die Reaktion der öffentlichen Meinung

Die Reaktion der amerikanischen Presse auf den (vermeintlichen) Morgenthauplan war überwiegend ablehnend und zum großen Teil feindlich. Selbst extrem deutschfeindliche Blätter wie der *St. Louis Post-Dispatch* wagten nicht offen für den Morgenthauplan einzutreten. Von sonstigen großen Tages-

zeitungen scheinen sich nur die *New York Post*, die *Daily News* (Chikago) sowie das inzwischen eingegangene Nachmittagsblatt PM (New York) offen für den Morgenthauplan eingesetzt zu haben.

Deutschenhasser Max Lerner preist den Morgenthauplan in der Zeitung PM

Besonders ausführlich waren die Ausführungen des Leitartikels dieses Blatts Max Lerner (jetzt Professor an der Yeshiva University, New York). Seine Ausführungen sind besonders auch darum interessant, weil sie nach eingehenden Besprechungen mit Harry Dexter White niedergeschrieben worden sind[11]. Lassen wir Lerner nunmehr selbst sprechen:
„Der Morgenthauplan wird nicht nur Deutschlands Kriegspotential beseitigen. Er beseitigt auch Deutschland als künftigen Zankapfel der Alliierten. Denn wenn es keine deutsche Industrie mehr gibt, wird es Deutschlands wegen auch keine Machtkämpfe zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Rußland geben. Und solche Machtkämpfe gibt es heute, trotz aller raffinierten Versuche, sie zu verschleiern ... Man kann große Teile der deutschen Industrie demontieren und in andern Ländern wiederaufbauen ... Dann kann man auch verhungernde Bevölkerungen dorthin verpflanzen, wo sie sich selbst erhalten können ... Haben wir den Mut und den Verstand, einen solchen Europaplan auszuführen? ... Deutschlands Kriegsmaschine hat den europäischen Kontinent seit Generationen beherrscht ... Vieles am Morgenthauplan stimmt nicht ganz ... Es ist stets bedauerlich, wenn man gegen den technischen Fortschritt Front machen muß. Es ist stets eine negative Lösung, wenn man die industrielle Ausbeute verkleinert, statt sie zu vergrößern, wenn man den Vormarsch der Wissenschaft bremst, statt ihn zu beschleunigen. Niemand gefallen diese Züge des Morgenthauplans, nicht einmal denjenigen, die diesen Plan entworfen haben. Aber PM heißt den Plan des Finanzministeriums willkommen. Zum erstenmal ist jetzt die Frage der Zukunft Deutschlands in realistischer Weise angepackt. Zum erstenmal hat eine Gruppe verantwortlicher Regierungsvertreter den Mut gefunden, den Vorkämpfern für ein neues Appeasement entgegenzutreten. Zum erstenmal hat jemand gewagt, die Vorschläge für einen milden Frieden abzulehnen, den Vorschlägen für einen milden die Vorschläge für einen strengen Frieden entgegenzusetzen ... Wenn die Geschichte der tragischen Irrtümer des englischen und amerikanischen Volkes hinsichtlich der deutschen Frage geschrieben wird, wird gesagt werden, der Plan des Finanzministeriums sei der Beginn einer neuen realistischen Aussprache gewesen. Ich sage der Beginn und nicht das Ende. Das Verdienst des Morgenthauplans liegt darin, die Hohlheit und Gefahr aller Pläne aufgedeckt zu haben, die die deutsche Industrie erhalten wollte ...“

Ablehnende Pressestimmen

Im Folgenden geben wir zwei ablehnende Stellungnahmen auszugsweise wieder. Die seit langem Roosevelt-feindliche *Daily News* (New York) schrieb am 26. Sept. 1944 (17):

„Es scheint nun, daß Morgenthau an Roosevelt seine Gedanken verkauft hat, was mit Deutschland nach dem Krieg geschehen soll. Das würde Rußland zur stärksten Macht Europas machen mit Folgen, die nicht jedermann gefallen werden. Aber lassen wir das vorläufig dahingestellt. Was uns aber interessiert, ist, ob es klug ist, im voraus mit dem Gedanken Reklame zu machen, daß die Alliierten nach dem Sieg keine Gnade werden walten lassen. Morgenthau und Roosevelt sagen den Deutschen, daß sie nichts zu gewinnen haben, wenn sie jetzt kapitulieren; daß sie bedingungslos kapitulieren müssen, um nachher streng bestraft zu werden ... Wir sollten einsehen, daß nichts eher geeignet wäre, die Deutschen zu einem letzten Verzweiflungskampf anzuspornen. Warum sollten sie kapitulieren ... wenn sie von einer Kapitulation nichts zu gewinnen haben?

Durch einen letzten Verzweiflungskampf werden die Deutschen von uns einen sehr viel höheren Preis an Mannschaften, Geld und Zeit fordern, als wenn sie jetzt kapitulierten.“

Am 27. Sept. schrieb der *Evening Star*, Washington (A 10):

„Die Aussicht auf einen karthagischen Frieden wird den Widerstand der Deutschen stärken. Der Zweck des Morgenthauplans ist, falls die bisher vorliegenden Berichte zutreffend sind, sicherzustellen, daß Deutschland nie wieder in der Lage sein wird, Krieg zu führen. Zur Erreichung dieses Ziels sind aber nicht jene drastischen Maßnahmen erforderlich, die der Plan ins Auge faßt. Es besteht kein Grund anzunehmen, daß Deutschland nicht militärisch machtlos gehalten werden kann und daß ihm trotzdem gestattet werden kann, seine Rohstoffe auszubeuten und viel von seiner Industrie zu behalten. Das eigentliche Problem ist der Grad der Überwachung, der die Deutschen hindern wird, ihre wirtschaftlichen Kräfte zur Kriegsvorbereitung zu benützen. Das ist eine schwierige Angelegenheit ... Falls irgendwelche Hoffnung für einen dauernden Frieden in Europa bestehen soll, müssen die Friedensbedingungen streng, aber auch gerecht und vernünftig sein.“

Ein karthagischer Friedensplan

Auch das vielgelesene Nachrichtenmagazin *Time* bezeichnete am 2. Okt. 1944 (20) den Morgenthauplan als karthagischen Frieden, welcher Ausdruck von da ab häufig gebraucht wurde. Morgenthau glaubte, Deutschland müsse von

den Vereinigten Staaten ebenso zerstört werden, wie einst Karthago von den Römern zerstört worden sei. Dieser Plan stehe kaum über dem Schlagwort: „Sterilisiert alle Deutschen!“[12].

Die Führer der Republikanischen Partei bemächtigten sich des Morgenthauplans als Wahlkampfparole

Inzwischen hatte sich Präsident Roosevelt dem amerikanischen Volke zum viertenmal als Präsidentschaftskandidat vorgestellt und der Wahlkampf war in vollem Gang. Es mußte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Führer der Republikanischen Partei versuchen würden, sich des Morgenthauplans als Wahlkampfparole zu bedienen und vor allem Roosevelts gemeldete Zustimmung zu diesem Plan öffentlich anzuprangern. Angriffe dieser Art ließen nicht lange auf sich warten. Am 18. Okt. 1944 sprach der republikanische Gegenkandidat, Governor Thomas E. Dewey, von „Morgenthaus üblem Plan“, den Göbbels sofort dazu benützt habe, „die Deutschen in fanatischen Widerstand hineinzuängstigen“. Es scheine, daß sich die Moral des deutschen Volkes über Nacht gewandelt habe und die Vereinigten Staaten bezahlten jetzt mit ihrem Blut für die Unterlassung, ein vernünftiges Programm für Deutschlands Zukunft aufgestellt zu haben. Warum habe Roosevelt statt Hull und Stimson Morgenthau mit nach Quebec genommen, dessen Kenntnisse auf militärischem und außenpolitischem Gebiet ein streng gehütetes militärisches Geheimnis seien[13]? Albert M. Landon, Roosevelts republikanischer Gegenkandidat von 1936, verdammte unmittelbar vor der Wahl, „Morgenthaus grauenhaften Plan“, der den Krieg um viele Monate verlängere und der das amerikanische Volk viele Tausende von unnötigen Blutopfern koste[14]. In seiner Abschlußrede vom gleichen Tag kam Dewey nochmals auf den Plan Morgenthaus, dieses „Meisters der diplomatischen und der Kriegskunst“ zu sprechen. Die Nazipropagandisten hätten durch die von Roosevelt gestattete Bekanntgabe des Plans gerade das erhalten, was sie brauchten. Das sei so viel wert wie zehn neue Divisionen. Morgenthaus „wirre Inkompetenz“ habe den Krieg durch den Plan verlängert, „dessen ganzen Inhalt wir noch nicht kennen, aber wir kennen wenigstens einen Teil davon“[15].

Morgenthau bekommt Angst

Offenbar hat die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Flynn- und Hightower-Meldungen Morgenthau sofort beunruhigt. Noch am 24. Sept. versuchte er – allerdings erfolglos – den Präsidenten zu überreden, in einer von Stimson,

Hull und ihm selbst unterzeichneten Erklärung bekannt zu machen, daß eine endgültige Entscheidung in der Deutschlandfrage noch nicht erfolgt sei[16]. Zahlreiche aufgeregte Besprechungen Morgenthaus mit seinem engeren Mitarbeiterstab folgten und drehten sich vor allem um die Frage, wie man der stets unfreundlicher werdenden Reaktion der Presse begegnen und ob man vielleicht eine Gegenpropaganda organisieren könnte[17].

Roosevelts Tochter wirft Morgenthau aus dem Weißen Haus hinaus

Vor allem scheint Morgenthau befürchtet zu haben, die unfreundliche Aufnahme seines Plans könnte seine guten Beziehungen zum Präsidenten stören und hatte wohl damit nicht unrecht, denn als er am 29. Sept. wieder einmal im Weißen Haus antichambrierte, ließ ihm der Präsident durch seine Tochter mitteilen, er könne ihn nicht empfangen und die Tochter, Anna Boettiger, hat ihn anschließend in milder, aber unzweideutiger Weise aus dem Weißen Haus hinausgeworfen[18].
Am meisten beunruhigt wurde Morgenthau durch Behauptungen, der Morgenthauplan habe den Widerstandswillen der Deutschen gestärkt und verlängere den Krieg unnötigerweise, wie sie am 18. Okt. auch Dewey aufgestellt hatte. Der Dewey-Rede v. 4. Nov. haben daher Morgenthau und seine Vertrauten mit besonderer Sorge entgegengesehen, denn es soll das Gerücht zirkuliert haben, Dewey wolle sich in seiner Rede fast ausschließlich mit dem Morgenthauplan beschäftigen, was sich dann aber nicht bestätigte. Morgenthau hat jedoch White beauftragt, eine Erklärung auszuarbeiten, die in erster Linie der Zurückweisung derartiger Behauptungen dienen sollte[19]. Morgenthau hat auch Stimson, allerdings vergeblich, um eine öffentliche Zurückweisung der Beschuldigung gebeten, der Morgenthauplan verlängere den Krieg[20].
Der Kampf gegen den Morgenthauplan war keine Parteiangelegenheit. Auch viele Mitglieder der Demokratischen Partei haben den Morgenthauplan verdammt, darunter Senator Edwin C. Johnson, Vorsitzender des Heeresausschusses des Senats. In einer Erklärung v. 29. Sept. 1944 behauptete er, Morgenthau habe mit seinem Plan in die blutigen Hände Hitlers gespielt. Vor Bekanntgabe des Plans hätten sich die Deutschen massenweise ergeben. Jetzt kämpften sie wie Dämonen. Die Folge des Plans seien daher neue Blutopfer für die Vereinigten Staaten[21].

Bedingungslose Übergabe-Forderung und Morgenthauplan

Bald wurde der Morgenthauplan mit Roosevelts bedingungsloser Übergabe-Forderung in Verbindung gebracht und am 8. Jan. 1945 beschäftigte sich die

Kolumnistin Dorothy Thompson, geschiedene Frau von Sinclair Lewis, in einer Rundfunkrede mit derselben Frage. Mrs. Thompson, die Roosevelts Deutschlandpolitik lange unterstützt hatte, erklärte: Ein seiner Industrien beraubtes Deutschland werde unfähig sein, sich selbst zu unterhalten. Die bedingungslose Übergabe-Formel sei mehr und mehr mit neuen Begriffen, insbesondere denen des Morgenthauplans ausgefüllt worden, daß sie nunmehr der Auslöschung Deutschlands als Staat, als funktionierender Volkswirtschaft und daher als Volk gleichkäme. Die Kenntnis dieser Zusammenhänge habe alle jene deutschen Kreise entmachtet, die gewillt waren, die führenden Nazis zu eliminieren und eine Kapitulation herbeizuführen. Solche Kreise habe es in Deutschland gegeben. Sie hätten aber keine Ermunterung erhalten und heute seien sie tot[22].

Senator Burton K. Wheeler rechnet mit Morgenthau und Roosevelt ab

Die endgültige Abrechnung mit der Deutschlandpolitik der Roosevelt-Morgenthau-Regierung erfolgte am 15. Jan. 1945 in dem zu Beginn des Jahres erneut zusammengetretenen Senat der Vereinigten Staaten durch Senator Burton K. Wheeler, ursprünglich eines Befürworters der Innenpolitik Roosevelts und gern gesehenen Gasts im Weißen Haus. Roosevelts Außen- und Kriegspolitik hatte aber Wheeler mehr und mehr befremdet und inzwischen hatte sich dieser Parteigenosse Roosevelts zu einem seiner schärfsten außenpolitischen Gegner entwickelt. Am 5. Jan. 1945 appellierte Wheeler an den gesunden Menschenverstand des amerikanischen Volkes und beschwor es, das „brutale Schlagwort der bedingungslosen Übergabe, das die Vereinigten Staaten teuer bezahlen müßten", zurückzuweisen[23]. Am 15. Jan. rechnete er endgültig mit Roosevelts Außen- und Deutschlandpolitik ab. Nochmals forderte er die Regierung auf, das „brutale und eselhafte Schlagwort" der bedingungslosen Übergabe aufzugeben, das seit dem Bekanntwerden des Morgenthauplans einen neuen, sinistren Sinn erhalten habe und den Deutschen Vernichtung in Aussicht stelle, falls sie kapitulierten. Wir zitieren Wheeler wörtlich[24]:
„Es ist mir unvorstellbar, daß das amerikanische Volk auch nur für einen Augenblick derart brutale und grausame Vorschläge wie die des Ministers Morgenthau für die endgültige Behandlung Deutschlands und des deutschen Volkes dulden würde. Lassen Sie mich hier wiederholen, was ich bei so vielen Gelegenheiten früher gesagt habe: Ich entschuldige die Naziausschreitungen, die Hitlerische Raserei in keiner Weise. Was ich dagegen glaube, ist, daß solche Vorschläge Europa und der Welt den ersehnten Frieden nicht in den nächsten tausend Jahren bringen. Was auch unsere Wünsche hinsichtlich Deutschlands sein mögen: was wir grundsätzlich berücksichtigen müssen, ist nicht nur

das, was wir in unserem Wahnsinn mit dem deutschen Volk tun möchten, sondern das, was Europa und der Welt einen dauerhaften Frieden bringt. Selbstverständlich, wenn in unserem Lande die Leidenschaften überschäumen, ist es oft der Fall, daß Wahnsinn und Haß den Sieg über die Vernunft davontragen, aber wir müssen in die Zukunft blicken. Wir in den Vereinigten Staaten, die wir mit unserer Intelligenz und Toleranz prahlen, sollten nicht an das denken, was wir tun möchten, sondern an das, was das beste für uns und die Welt ist. Ich glaube, daß, falls die amerikanische Regierung es zuläßt, daß weite Kreise die Grundsätze von Morgenthaus Gedankenkind als die eigentlichen Kriegs- und Friedensziele der Vereinigten Staaten betrachten, dies unnötigerweise das Leben von Tausenden und Abertausenden von Amerikanern kosten würde."
Wie Governor Dewey und Senator Johnson glaubte auch Wheeler, der Krieg werde durch den Morgenthauplan unnötigerweise verlängert.

Amerikanische Frontsoldaten gegen den Morgenthauplan

Bald veröffentlichten auch amerikanische Zeitungen Feldpostbriefe, die gegen den Morgenthauplan protestieren, dessen Torheiten die amerikanischen Frontkämpfer auszulöffeln hätten und amerikanische Kriegsberichterstatter bestätigten diese Stimmung auf Grund von Unterhaltungen mit Frontsoldaten[25]. Sogar amtliche amerikanische Stellen sollen schon Anfang Oktober 1944 öffentlich erklärt haben, die bedingungslose Übergabe-Forderung zusammen mit dem Morgenthauplan sei vom Standpunkt der raschen Beendigung des Kriegs in Europa sehr zu bedauern. Gleichzeitig gaben sie ihrer Überzeugung Ausdruck, den Deutschen müsse etwas Konkreteres geboten werden, falls in ihnen ein Anreiz zur Kapitulation entfacht werden sollte[26].
Das Kriegsministerium soll sich schon vorher „privat" dahin geäußert haben, der Morgenthauplan ziehe das Ende des Kriegs in Europa hinaus und infolge verstärkten deutschen Widerstands erhöhten sich die Verluste der Amerikaner[27].

[1] *Morgenthau Diary (Germany),* 625

[2] NYT, 21. 9. 1944, 1, Sp. 5

[3] Pearsons Artikel ist abgedruckt u. a. in *The Washington Post,* 21. 9. 1944, 18

[4] *St. Louis Post--Dispatch,* 22. 9. 1944, 3 A, Sp. 6

[5] NYT, 22. 9. 1944, 18, Sp. 5. Krock fügte hinzu, in einer „ordentlichen Regierung" wären das Außen- und Kriegsministerium die hauptsächlich mit dieser Angelegenheit befaßten Ministerien, besonders, da weder Hull noch Stimson irgend welcher Neigungen zur Milde verdächtigt werden könnten. Krocks Ausführungen haben anscheinend Morgenthau erheblich beunruhigt und als später Stimmen laut wurden, der Morgenthauplan habe den deutschen Widerstandswillen gefestigt, meinte Morgenthau, diese Argumente gingen vor allem auf Krock zurück. Morgenthau wußte außerdem um Krocks enge Beziehungen zu Hull und glaubte, er habe wichtige Informationen von Hull erhalten. Vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 668 ff, 678

[6] NYT, 22. 9., 1, Sp. 6

[7] Daß Flynn seine Informationen hauptsächlich oder ausschließlich im Finanzministerium erhalten hatte, ergibt sich aus Ausdrücken in Flynns Bericht wie: „Officials who support the Treasury plan say"; „supporters of the Treasury plan agree" u. ä. Trotzdem versuchte Morgenthau später zu leugnen, daß Flynn seine Informationen im Finanzministerium erhalten habe; vgl. besonders das Schreiben des Assistant Secretary in diesem Ministerium H. Gaston an den Herausgeber des *Christian Science Monitor* vom 3. 11. 1944, wo u. a. ausgeführt wird: „Flynn of *Wall Street Journal* and Hightower of the *Associated Press* printed stories purporting to summarize confidential information made by Secretary Morgenthau to the President. They are characterized by J. Harsh in a story in the *Monitor* as ‚leaks' and Secretary Morgenthau does not know their source. His investigations have convinced him that they didn't come from the Treasury." *Morgenthau Diary (Germany),* 747.

[8] NYT, 24. 9. 1944, 1, Sp. 3. Es scheint nicht erforderlich, zu vorstehenden Punkten im einzelnen Stellung zu nehmen. Ziff. 1 und 2 unterstützen die Annahme, daß Morgenthau, trotz des Quebecer Abkommens, an der Zerstörung der ganzen deutschen Industrie und aller Bergwerke festhalten wollte. Ziff. 3 beruht wohl auf unzulänglichen Informationen. Ziff. 5 entspricht im wesentlichen dem Punkt 8, Satz 3 der Endfassung des Morgenthauplans. In Punkt 7 wird die Zwangsarbeit Deutscher im Ausland nicht erwähnt, obwohl gemäß Punkt 5 (d) der Endfassung Reparationsleistungen auch durch „deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands" erfolgen sollten. In der Hightower-Meldung wird jedoch in anderem Zusammenhang mitgeteilt, der Morgenthauplan gehe davon aus, daß die Sowjetunion für ihren Wiederaufbau deutsche Arbeitsbataillone benötige.

[9] Darüber, daß es sich um eine amtliche Stelle gehandelt haben muß, waren sich Morgenthau und McCloy bei einem Meinungsaustausch v. 29. 9. einig; vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 661, 668.

[10] NYT, 24. 9. 1944, 24, Sp. 1. Alles, was Morgenthau sagte, war „No comment".

[11] Lerner veröffentlichte seine Stellungnahme in den Ausgaben von *PM* v. 29. 9., 1. und 2. 10. 1944. White erwähnte am 28. 9. eine lange Aussprache mit Lerner: „In den zwei Stunden, die wir mit Lerner zubrachten – er ist ein sehr fähiger Bursche – well, als wir fertig waren, fragte ich ihn noch nach seiner Meinung zu diesem Vorschlag [dem Morgenthauplan]. Er sagte, im allgemeinen sei er dafür. Er sagte, es sei eine schlechte Ausgangsstellung, aber die andere Alternative wäre schlimmer. Er sagte, im allgemeinen werde er dafür eintreten. Aber er meinte, es werde sich aus zwei Gründen schrecklicher Widerstand dagegen erheben; einmal weil das ein Mittel wäre, Rußlands Macht zu steigern und die russische Gefahr zu vergrößern. Er dachte, vor allem die katholische Kirche werde ein gut Teil in dieser Richtung tun. Zweitens, sagte er, werde eine Stimmung aufkommen, daß die Juden versuchten, Rache zu üben, weil ihnen von Hitlers Händen solche Leiden zugefügt worden seien. Das,

meinte er, würden die beiden Angriffe sein, die in schlauer Weise geführt werden würden." *Morgenthau Diary (Germany)*, 664. Nachdem sich der russische Botschafter Gromyko am 5. 10. 44 bei White über den Morgenthauplan erkundigt hatte, wollte Morgenthau sofort wissen, ob White den Botschafter auf Lerners Aufsatzreihe aufmerksam gemacht habe. *Morgenthau Diary (Germany)*, 700. Daraus ergibt sich, welche Bedeutung Morgenthau diesen Ausführungen beimaß.

[12] Das war wohl eine Anspielung auf das Buch von Theodore N. Kaufmann: *Germany must perish!* (1941), in dem die Sterilisierung aller zeugungsfähigen Deutschen gefordert worden ist. Über einen wütenden Protest von Mary M. Hupfel gegen den *Time*-Aufsatz in der extrem deutschfeindlichen *Saturday Review of Literature* s. Ausgabe v. 21. 10. 44, 18.

[13] NYT, 19. 10. 44, 12, Sp. 2

[14] NYT, 4. 11. 44, 39, Sp. 8

[15] NYT, 5. 11. 44, 1, Sp. 4

[16] *Morgenthau Diary (Germany)*, 632. Am 25. 9. wandte sich Morgenthau mit einem ähnlichen Ersuchen an Hull, der ablehnte mitzumachen (ebd 633).

[17] *Morgenthau Diary (Germany)*, 633 ff; 639 f; 663–667; 668 f

[18] Vgl. Morgenthaus eigene Darstellung in *Morgenthau Diary (Germany)*, 678

[19] Der undatierte, erst nach dem 30. 9. entstandene Entwurf zu einer solchen Erklärung befindet sich beim White-Nachlaß in der Princeton University, rührt zweifellos von White her, wurde aber anscheinend nicht veröffentlicht.

[20] Stimson und McCloy hörten Stimsons Abschlußrede auf Bitten Morgenthaus im Rundfunk. Anschließend kam Stimson zu dem Ergebnis, er als Kriegsminister müsse sich aller Parteipolitik fernhalten. Vgl. *Stimson Diary*, 4. 11. 44. Am 17. 11 sandte Stimson ein persönliches Schreiben an Morgenthau (von diesem am 27. 11. 47 in seiner Artikelreihe in der *New York Post* veröffentlicht), in dem er seinem Bedauern über Deweys Angriffe Ausdruck gab.

[21] *Chicago Tribune*, 30. 9. 1944, 1, Sp. 4. Gleichzeitig hatte der Senator ein 7-Punkte-Programm unterbreitet, das von Ostpreußen abgesehen, die territoriale Einheit Deutschlands erhalten und die deutsche Wirtschaft im wesentlichen unversehrt lassen wollte.

[22] Die Rede ist teilweise abgedruckt in *Congressional Records*, Bd. 100

[23] NYT, 6. 1. 1945, 4, Sp. 1. Wheelers scharfe Angriffe auf Roosevelt veranlaßten den neuen Außenminister Stettinius am folgenden Tag, dem Senator entgegenzutreten, der nur für eine kleine, diskreditierte Minderheit spreche. NYT, 7. 1. 1945, 12, Sp. 1

[24] *Congressional Records*, Bd. 91, 224 ff; vgl. auch NYT, 16. 1. 1945

[25] vgl. z. B. NYT, 25. 10. 1944, 9, Sp. 5 über den Ärger von Soldaten der 26. Division

[26] NYT, 8. 10. 1944, 1, Sp. 5. Wahrscheinlich hat es sich bei der betreffenden Regierungsstelle um das Außenministerium gehandelt.

[27] *Chicago Tribune*, 29. 9. 1944, 4, Sp. 4. Gleichzeitig wurde von amtlichen und privaten Stellen betont, der Morgenthauplan sei mit dem soeben in den besetzten deutschen Gebieten verbreiteten Aufruf Eisenhowers nicht zu vereinbaren: „Wir kommen als Eroberer, aber nicht als Unterdrücker". Hierzu muß aber bemerkt werden, daß Eisenhowers Proklamation lange vor der Formulierung des Morgenthauplans entworfen worden ist. Der erste Absatz von Eisenhowers Aufruf lautete ursprünglich: „The Allied forces under my command have now entered Germany. We come as conquerors; but not as oppressors. In the areas of Germany occupied by the forces under my command as in other countries liberated from the horrors of Nazi tyranny we shall overthrow Nazi rule, dissolve the Nazi party and abolish the cruel, oppressive and discriminatory laws and institutions which the party has

created. Party leaders, the Gestapo, and others suspected of crimes and atrocities will be tried and if guilty punished.“ Morgenthau ließ statt dessen, anscheinend am 7. 9., folgenden Text vorschlagen: „We come as military victors to insure that Germany will never again drench the world in blood. The German people must never again become the carriers of death, horror and wanton destruction to civilization. As conquerors our aim is not oppression but the obliteration of every vestige of Nazism and militarism from Germany. The cruel and barbaric laws and institutions of Nazism will be abolished. Party leaders, the Gestapo and those guilty of crimes and atrocities will be punished. Hitler and the other arch criminals of this war will be put to death.“ Vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 587; vgl. auch daselbst 554; 623; 689. Die dann von Eisenhower erlassene Proklamation hielt im wesentlichen am alten Text fest, einschließlich „We come as conquerors but not as oppressors“.

Dreizehntes Kapitel

„KABINETTKRISE“

Roosevelts unehrliches Spiel

Am 16. September hatte Hull vom Präsidenten eine Abschrift des Deutschland-Abkommens von Quebec erhalten. In seinem Begleitschreiben bezeichnete Roosevelt dieses als „außerordentlich befriedigend“ und gab der Hoffnung Ausdruck, Hull würde den Vorschlag, „das Ruhrgebiet, Saargebiet usw. nicht zu rehabilitieren“, billigen[1]. Der Präsident begann damit Hull gegenüber ein unehrliches Spiel, denn die in Quebec vereinbarte Demontage fast der gesamten Schwerindustrie des Ruhr- und Saargebiets war etwas anderes als die Weigerung der Siegermächte, zum Wiederaufbau dieser Industrien beizutragen, von der jetzt der Präsident zu reden anfing. Ebenfalls am 16. Sept. erhielt Hull eine Abschrift der vorläufigen Vereinbarung über die England zu gewährenden neuen Leihe- und Pachtlieferungen. Wir wissen, daß Hulls Ärger grenzenlos war, als er feststellte, daß diese Leistungen nicht von britischem Entgegenkommen im Bereich der Empire-Vorzugszölle abhängig gemacht worden waren. Die Vorgänge in Quebec hatten erneut gezeigt, wie wenig der Präsident sich um die Zuständigkeiten des Außenministeriums kümmerte. Sie waren geeignet, Hulls Groll gegen Morgenthaus Eingreifen in seine Befugnisse zu vermehren und auch dadurch seinen Widerstand gegen den Morgenthauplan zu stärken.

Morgenthau unterrichtet Hull und Stimson über die Ereignisse von Quebec

Am 20. Sept. trafen Hull und Stimson mit Morgenthau zusammen, bei welcher Gelegenheit dieser seinen beiden Kollegen seine Version der Ereignisse von Quebec zum besten gab. Hulls Ärger wurde dadurch noch gesteigert, und gegen Ende der Aussprache gab er seiner Entrüstung über die Art Ausdruck, in der dort für die Vereinigten Staaten lebenswichtige Fragen ohne Zuziehung von Fachberatern des Außenministeriums entschieden worden waren[2].

Stimson hatte inzwischen McCloy beauftragt, eine weitere Denkschrift zur Deutschlandfrage auszuarbeiten. Sie trägt das Datum 15. Sept. und wurde dem Präsidenten anscheinend zwei Tage später nach Hyde Park übersandt, wohin sich Roosevelt und Churchill von Quebec begeben hatten. Wir geben die wichtigsten Teile der Denkschrift wörtlich wieder[3]:

„Falls ich annehmen könnte, die Vorschläge des Finanzministeriums würden diesen Zweck (die Sicherung des Weltfriedens) erfüllen, würde ich meine Bedenken nicht aufrecht erhalten. Aber ich kann nicht glauben, daß sie einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Sie sind Strafmaßnahmen und sind nicht vorbeugend und konstruktiv. Infolge der Verbitterung, die sie erzeugen werden, werden sie wahrscheinlich einem neuen Krieg die Wege ebnen ... Es liegt nicht im Bereich des Möglichen, ein Volk von siebzig Millionen, das sich seit vielen Jahren in den Künsten und Wissenschaften auszeichnet und das durch seine Tüchtigkeit und Tatkraft eine der am meisten industrialisierten Volkswirtschaften in Europa geschaffen hat, zu zwingen, seine bisherigen Lebensformen aufzugeben und zu einer bäuerlichen Lebensweise zurückzukehren ...
Die Frage ist nicht, ob wir die Deutschen für ihre Sünden leiden lassen sollten. Die einzige Frage ist, ob auf lange Jahre hinaus siebzig Millionen gebildete, tüchtige und einfallsreiche Leute auf einem so niederen Existenzniveau gehalten werden können, wie das die Vorschläge des Finanzministeriums ins Auge fassen. Ich glaube nicht, daß das möglich ist ... Durch Zwang herbeigeführte Armut ist besonders schlimm, denn sie zerstört nicht nur den Charakter des Opfers, sondern erniedrigt auch den Sieger. Das wäre gerade so ein Verbrechen, wie sie die Deutschen an ihren Opfern begehen wollten. Es wäre ein Verbrechen gegen die Kultur ...
Auf Grund der Atlantikcharta haben die Besiegten ebenso wie die Sieger Anspruch auf Freiheit von Mangel. Aber die vorgesehene Behandlung Deutschlands würde, falls sie sich durchführen lassen sollte, viele Millionen Menschen ihrer Rechte auf Freiheit von Mangel und auf Freiheit von Furcht [freedom from want and freedom from fear] berauben. Andere Völker überall auf der Welt würden die Gültigkeit unserer sittlichen Grundsätze und die Brauchbarkeit der politischen und wirtschaftlichen Normen, die wir den Besiegten gegenüber anwenden, bezweifeln ...
Die vorgeschlagene Regelung würde, da Deutschland gegenwärtig unter ganz anderen wirtschaftlichen Bedingungen lebt (als vor der Industrialisierung) zweifellos ungeheure Leiden verursachen, einschließlich Tod und tatsächliches Verhungern für viele oder Auswanderung oder andere Veränderungen für andere ... Die Summe der vom Finanzministerium vorgeschlagenen drastischen politischen und wirtschaftlichen Änderungen ist ein offenes Eingeständ-

nis des Bankrotts jeder Hoffnung auf eine vernünftige wirtschaftliche und politische Regelung der Ursachen von Kriegen.
Ich bin nicht für eine milde Behandlung Deutschlands. Aber ich fordere mit Nachdruck, daß Maßnahmen getroffen werden, die unserem Ziel, künftige Kriege zu verhindern, im Lichte der bisherigen Geschichte dienen werden. Das karthagische Aussehen des vorgeschlagenen Plans würde nach meiner Meinung in unserem Volke wie auch in der übrigen Welt eine Reaktion auslösen, die sich nicht lediglich gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen richten würde, sondern die auch solche angemessenen und vernünftigen Überwachungsmaßnahmen wegfegen könnte, die wir vernünftigerweise anordnen möchten.“
Diese Denkschrift enthält vor allem zwei neue Gesichtspunkte. Auf den ersten, die Heranziehung der Atlantikcharta, brauchen wir nicht einzugehen, denn diese am 14. Aug. 1941 verkündete Erklärung war für den Präsidenten von Anfang an nicht mehr als ein Fetzen Papier. Bedeutsam ist jedoch die Vorhersage, andere Völker könnten die von den Vereinigten Staaten den Deutschen gegenüber zur Anwendung zu bringenden sittlichen Grundsätze bezweifeln, denn das sollte wohl heißen, daß viele im Ausland (und vielleicht auch in den Vereinigten Staaten) Morgenthaus Racheplan rassischen Beweggründen zuschreiben möchten[4]. Daß dies so ist, ergibt sich auch aus einigen Tagebucheinträgen Stimsons aus dieser Zeit, von denen wir den vom 14. Sept. schon angeführt haben.

„Wild gewordener, auf Rache sinnender Semitismus“

Am 16. Sept. hat er sich noch deutlicher ausgedrückt: „Ich habe bisher niemand getroffen“, schrieb er jetzt nieder[5], „den die karthagische Einstellung des Finanzministers nicht erschreckt hätte. Das ist wild gewordener, auf Rache sinnender Semitismus (Semitism gone wild with vengeance) und wenn sie schließlich obsiegen sollte, was ich nicht glauben kann, ist es völlig sicher, daß das den Samen zu einem neuen Weltkrieg in der nächsten Generation erzeugen wird.“
Auf Stimsons drei Deutschland-Denkschriften, einschließlich der eben genannten, erwiderte Morgenthau mit einem Schreiben an den Präsidenten vom 20. Sept., das wir, mit wenigen kurzen Auslassungen wörtlich wiedergeben[6]:

Morgenthaus Denkschrift vom 20. September

„Falls ich Mr. Stimsons Standpunkt zur Deutschlandfrage richtig verstehe ... weiß ich nicht, was er meint, wenn er behauptet, er trete für keine sanfte Behandlung Deutschlands ein. Das von Mr. Stimson vorgesehene Programm

möchte, aus Gründen internationaler Zusammenarbeit zwischen den Völkern, die deutsche Wirtschaft im Grunde genommen unversehrt erhalten. Das würde Deutschland die Möglichkeit geben, innerhalb von 15 bis 25 Jahren wirtschaftlich so stark zu werden ... daß es die Völker guten Willens mit noch mehr Tod und Zerstörung und mit größerem Schrecken heimsuchen könnte, als es in diesem Krieg getan hat. Das ist dieselbe Art von Appeasement, die so viel dazu beigetragen hat, Deutschland zu ermutigen, die Welt in den gegenwärtigen Krieg zu stürzen" ...

„Der Morgenthauplan ist äußerst human"

Die Vorschläge des Finanzministeriums haben keinen Strafcharakter, ihr Zweck ist äußerst human. Revanche ist nicht der Zweck unserer Vorschläge. Ihr Zweck ist die Wohlfahrt der Menschen in der ganzen Welt. Das deutsche Volk wird für einige Jahre nach dem Krieg eine schwere Zeit haben, weiter zu kommen, was auch das Nachkriegsprogramm für Deutschland sein mag. Die Tatsache einer schweren militärischen Niederlage wird unvermeidlich große Leiden in der Zeit nach der Kapitulation zur Folge haben. Jedoch, wenn eine Übergangszeit von fünf oder zehn Jahren vorüber ist, ist nicht einzusehen, warum die anerkannte Anpassungsfähigkeit und Tüchtigkeit des deutschen Volkes dieses nicht befähigen sollte, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen, so daß das deutsche Volk als ganzes sich eines besseren Lebens erfreuen kann, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.
Außerdem steht in jedem Plan, der Deutschland hindern soll, die Welt erneut in einen Krieg zu stürzen, die Wohlfahrt von zwei Milliarden Menschen auf dem Spiel. Nur drei von je hundert Menschen leben in Deutschland. Allein infolge des gegenwärtigen Krieges wird Deutschland für den Tod von beinahe so vielen, wenn nicht mehr Menschen, verantwortlich sein, als innerhalb seiner Grenzen leben. Das Leben und Glück einer vielfachen Zahl, von Hunderten von Millionen, wurde schwer in Mitleidenschaft gezogen. Und die Zahl der Todesopfer, der Schrecken und die Zerstörungen dieses Kriegs sind klein, im Vergleich mit dem, was in einem neuen Krieg, 25 Jahre von heute, geschehen mag. Je härter der Deutschlandplan in der Übergangszeit ist, je wirksamer er ist, den Ausbruch eines dritten Weltkriegs zu verhindern, um so humanitärer ist er.
Mr. Stimson scheint zu glauben, der Lebensstandard des deutschen Volkes werde ernstlich bedroht, wenn ihm die industriellen Einrichtungen genommen werden, die es zur Vorbereitung eines neuen Kriegs braucht. Es ist richtig, daß der Plan des Finanzministeriums das industrielle Kriegspotential Deutschlands wirksam auslöschen würde. Der Zweck dieses Plans ist aber nicht,

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten, sondern sicherzustellen, daß sie sich in fruchtbarer Weise friedlichen Zwecken und nicht militaristischem Machtstreben zuwendet. In den dem Krieg unmittelbar folgenden Jahren wird Deutschland infolge wirtschaftlicher Verlagerung und infolge von gesellschaftlichem Chaos schmerzlich leiden, gleichgültig, was das von den Alliierten angenommene Wirtschaftsprogramm ist. Es ist aber nicht einzusehen, warum die Deutschen unter dem Plan des Finanzministeriums nicht in der Lage sein sollten, ihre Wirtschaft den Verhältnissen so anzupassen, daß sie ein Wohlstandsniveau erreichen können, das so hoch oder höher ist, als das der meisten andern europäischen Völker. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß ein friedliches Deutschland von den schweren Lasten befreit sein wird, die in früheren Zeiten für Rüstungszwecke aufgebracht wurden ... Die früher dem Krieg gewidmeten Energien und Ausgaben könnten in Zukunft zur Verbesserung der sozialen Dienste und zur Beseitigung von Unzulänglichkeiten Verwendung finden, die sich in der deutschen Volkswirtschaft bemerkbar machen könnten.

Die Tatsache der Niederlage wird unter den Deutschen in den dem Krieg unmittelbar folgenden Jahren Bitterkeit und Leiden hervorrufen. Ob aus diesem und andern Gründen der Funke der Hoffnung auf Welteroberung in den deutschen Herzen fortschwelen wird, hängt nicht davon ab, ob wir die Deutschen, nach ihrer eigenen Auffassung, milde oder hart behandeln. Der Funke wird zur Flamme, falls die Deutschen glauben, es liegt noch in ihrer Macht, die Welt zu erobern. Der Funke wird erlöschen, sobald das deutsche Volk einsieht, daß es unnütz ist, die Unterjochung anderer Völker als Lebensaufgabe zu betrachten. Und je früher dieser Funke erlischt, desto eher werden die Deutschen fähig sein, ihr Leben der Schaffung besserer Lebensbedingungen für sich selbst und für die übrige Welt zu widmen."

Wir werden auf diese Ausführungen Morgenthaus zurückkommen. Auch ohne jeden Kommentar zeigen sie, daß Morgenthaus und Stimsons Standpunkte sich unversöhnlich gegenüberstanden. Am 24. Sept. wurde dann die im letzten Kapitel wiedergegebene nichtamtliche und nicht in allen Einzelheiten richtige Fassung des Morgenthauplans veröffentlicht und gleichzeitig gemeldet, Morgenthau erfreue sich der Unterstützung des Präsidenten. Sein Deutschlandplan werde aber von Hull abgelehnt und von Stimson leidenschaftlich bekämpft[7].

Kabinettkrise erster Klasse

Das führte bald zu Gerüchten über eine durch den Morgenthauplan hervorgerufene Kabinettkrise, die lange nicht verstummen wollten. In seinen Wahlreden vom 18. Okt. und 4. Nov. hat auch der republikanische Präsident-

schaftskandidat Dewey von einer „Kabinettkrise erster Klasse“ gesprochen, die entstanden sei, nachdem die sorgfältige Deutschlandplanung des Außen- und Kriegsministeriums durch den Morgenthauplan über den Haufen geworfen worden sei und sie angehalten habe, bis Roosevelt Morgenthaus „plumpen Plan“ zu den Akten gelegt habe[8]. Eine Folge einer Kabinettkrise fürchtet aber jeder Präsident: die öffentliche Kritik, die der Rücktritt eines populären Kabinettmitglieds haben kann. Roosevelt betrachtete ungünstige Reaktionen der Öffentlichkeit auf seine Politik meist mit Sorge, besonders aber jetzt, wo es sich darum handelte, ob er am 7. Nov. zum viertenmal ins Weiße Haus einziehen würde. Einige wichtige Schritte des Präsidenten in den folgenden Tagen und Wochen hatten daher vor allem den Zweck, Hull und Stimson günstig zu stimmen.

Hulls Schreiben an Roosevelt vom 25. September

Am 25. Sept. sandte Hull dem Präsidenten ein Schreiben, das gleichzeitig eine Antwort auf Roosevelts Schreiben aus Quebec vom 15. Sept. darstellte. Hull meinte u. a., es wäre zweckmäßig, mit der britischen und russischen Regierung zu einer Einigung über Deutschlands Zukunft zu gelangen. Das Außenministerium habe aber keine Anhaltspunkte dafür, daß die britische Regierung die völlige Vernichtung von Deutschlands industrieller Produktion im Ruhr- und Saargebiet wünsche und über die Absichten der Sowjetunion wisse es überhaupt nichts. Wäre es daher nicht das beste, zunächst die Ansichten dieser Mächte über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft einzuholen[9]? Am gleichen Tag veröffentlichte Hull eine Erklärung, wonach alle die Zukunft Deutschlands betreffenden Fragen von den zuständigen Regierungen, einschließlich der Regierung der Vereinigten Staaten, aufmerksam geprüft würden. Es habe im gegenwärtigen Augenblick keinen Zweck, darüber mehr zu sagen, außer daß zu hoffen sei, die zuständigen obersten Regierungsstellen der betreffenden Mächte würden sich über diese Fragen in Bälde verständigen[10]. Das war eine Flucht Hulls in die Öffentlichkeit, ein weiterer Versuch des Außenministeriums, führend in die Deutschlandpolitik eingeschaltet zu werden, eine Feststellung der Tatsache, daß die deutsche Frage nicht durch Pronunciamentos des amerikanischen Finanzministers und nicht einmal durch solche des Präsidenten, sondern nur in Zusammenarbeit mit der britischen und der Sowjetregierung gelöst werden könnte.

Hull: 40 Prozent des deutschen Volkes werden verhungern

Wahrscheinlich noch am gleichen Tag hat Hull den Präsidenten aufgesucht und geltend gemacht, der Morgenthauplan sei nicht von Sachverständigen entworfen; er würde in Deutschland alles zerstören außer dem Land. Das vorhandene Land könne nur sechzig Prozent der deutschen Bevölkerung ernähren; die übrigen Prozent würden sterben. Hull habe seine Bemerkungen mit der Bemerkung geschlossen, falls die Öffentlichkeit Roosevelts Namen mit dem Morgenthauplan in Verbindung bringe, werde ihn das politisch schädigen. Der Präsident habe bei dieser Gelegenheit wenig gesagt. Offenbar habe er die verheerende Natur des Morgenthauplans und des Abkommens von Quebec nicht erkannt[11].

Der Präsident war jetzt endgültig darüber unterrichtet, daß Hull den Morgenthauplan ebenso ablehnte wie Stimson, und Hulls öffentliche Erklärung wurde von der Presse allgemein als Zeichen des Fortbestehens der Kabinettkrise betrachtet. Roosevelt hat Hull für einen guten Kenner des politischen Klimas in den Vereinigten Staaten gehalten und dessen Warnung, der Eindruck, er unterstütze den Morgenthauplan, könne seiner Sache Schaden zufügen, hat er sicher ernstgenommen.

Pressemeldungen, Roosevelt rücke vom Morgenthauplan ab

Wenn daher vom 27. Sept. ab von dem Präsidenten nahestehender Seite Meldungen verbreitet wurden, die besagten, Roosevelt habe sich vom Morgenthauplan abgewandt, ist anzunehmen, daß diese Verlautbarungen auf taktischen Erwägungen beruhten. Vor allem war es ihr Zweck, eine kritische öffentliche Meinung zu beruhigen und Gerüchten über eine ernste Kabinettkrise den Boden zu entziehen. Die Presse, die noch am 24. Sept. berichtet hatte, Morgenthau habe die Unterstützung des Präsidenten, meldete drei Tage später, der Präsident habe den Morgenthauplan niemals in seiner Gesamtheit angenommen, wenn er auch ursprünglich Morgenthaus Kritik an der Deutschlandplanung des Kriegsministeriums gebilligt habe. Morgenthau habe sein Spiel verloren und es sei damit zu rechnen, Hull und Stimson würden in ihren Ministerien die Zügel straffer anziehen[12]. Diese Meldungen wurden am 28. Sept. dahin ergänzt (und gleichzeitig eingeschränkt), es stehe ein Ausgleich zwischen dem strengen Plan Morgenthaus und denen, die eine gemäßigtere Politik befürworten, bevor. Roosevelt versuche, in seinem Kabinett eine Einigung herbeizuführen. Von der Presse seien die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts übertrieben worden, während die vielen Punkte, in denen Hull und Stimson mit Morgenthau übereinstimmten, nicht beachtet

worden seien. Alle drei seien einig, daß Deutschland hart und nicht sanft behandelt werden sollte. Die Meinungsverschiedenheiten hätten sich im wesentlichen auf die Methode bezogen, durch die künftigen Aggressionen Deutschlands vorgebeugt werden sollte und nicht auf das ihnen zugrunde liegende Prinzip[13]. Gleichzeitig wurde berichtet, es sei anzunehmen, der Präsident werde eine öffentliche Erklärung abgeben, in der er dem deutschen Volke wie allen sonstigen Gegnern des Morgenthauplans versichern werde, Morgenthaus karthagischer Friedensplan sei nicht das Ziel seiner Politik. Das Außenministerium sei jetzt wieder die tonangebende Behörde in allen Fragen der amerikanischen Außenpolitik[14].

Rücktrittsdrohung Hulls?

Eine solche Erklärung ist aber nie erfolgt und Meldungen, es stehe ein Kompromiß Morgenthaus mit Hull und Stimson bevor, wurde noch am gleichen Tag Lügen gestraft, denn ein Teil der amerikanischen Presse verbreitete die Meldung, eine „hohe Regierungsstelle" habe bestätigt, Hull habe am Vorabend der Präsidentenwahl mit seinem Rücktritt gedroht, falls Morgenthaus Politik blinder Rache vom Präsidenten gebilligt würde[15]. Der Ausdruck „hohe Regierungsstelle" deutete auf Hull selbst hin, der sich infolge schlechter Gesundheit schon früher mit Rücktrittsabsichten getragen, sich aber auf Drängen des Präsidenten bereit erklärt hatte, den Rücktritt bis nach der Präsidentenwahl zu verschieben. Stimson soll, derselben Meldung zufolge, zwar nicht mit seinem Rücktritt gedroht, aber klargemacht haben, er werde sich an die Öffentlichkeit wenden, falls Morgenthau fortfahren sollte, sich unbefugt in seinen Aufgabenkreis einzumischen.
Die Kabinettkrise hatte sich also eher verschärft als vermindert. Der Präsident sah sich daher genötigt, selbst in den Streit seiner Minister einzugreifen und zur Beilegung der dadurch in der Öffentlichkeit entstandenen Unruhe beizutragen. Er tat das in vierfacher Weise. Am 29. Sept. – also dem Tag, an dem Roosevelts Tochter Morgenthau aus dem Weißen Haus hinausgeworfen hat, machte Roosevelt auf seiner Pressekonferenz beschwichtigende Bemerkungen und leugnete, daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern seines Kabinetts in der Deutschlandfrage bestünden[16]. Wieder einmal hätten sensationslüsterne Reporter versucht, Unfrieden zu stiften. Die Meldungen über eine Kabinettkrise seien Zeitungsgerede. Auf Befragen fügte der Präsident hinzu, jede dieser Geschichten sei in ihren grundsätzlichen Behauptungen unwahr, wobei er den Nachdruck auf das Wort „grundsätzlich" lege[17].

Roosevelts Schreiben an Crowley

Weiter gab Roosevelt auf der Pressekonferenz ein Schreiben an Leo T. Crowley bekannt, den Leiter der Foreign Economic Administration (FEA), einer dem Präsidenten unmittelbar unterstellten Behörde, in der er Crowley ersuchte, die von seinem Amt in Gang gesetzten Untersuchungen über die Zukunft der deutschen Wirtschaft zu beschleunigen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß Deutschland nicht erneut eine Gefahr für kommende Generationen werde. Diese Arbeiten sollten „unter Leitung des Außenministeriums und im Einklang mit der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, wie sie vom Außenministerium definiert wird", stattfinden[18]. Der Zweck des Schreibens an Crowley war besonders, die Öffentlichkeit von den innerhalb des Kabinetts bestehenden Spannungen abzulenken, und Roosevelt hat diesen Zweck wohl großenteils erreicht. Allerdings verursachte der Brief bei den amerikanischen Leitartiklern Kopfzerbrechen. Warum, wurde gefragt, sollten diese Arbeiten von der FEA „unter Leitung des Außenministeriums" erfolgen und nicht von diesem selbst vorgenommen werden, in dessen Zuständigkeit sie gehörten[19].

Roosevelts Schreiben an Hull vom 29. September

Der dritte Schritt des Präsidenten, seine Antwort auf Hulls Schreiben vom 25. Sept.[20] sollte diesen endgültig beruhigen und die maßgebenden Kreise im Außenministerium gewannen anscheinend den Eindruck, das Schreiben habe den von Roosevelt in Quebec eingenommenen Standpunkt erheblich modifiziert.[21] Der Präsident meinte zunächst, er verspreche sich nicht viel davon, die Ansichten der britischen und Sowjetregierung über die Zukunft der deutschen Wirtschaft einzuholen, wie Hull das am 25. Sept. angeregt hatte. Die folgenden Ausführungen des Präsidenten ergeben, daß er den in Quebec eingenommenen Standpunkt nicht ändern wollte. Was er sagen wollte, war, er sei mit der Auslegung des Deutschlandabkommens von Quebec durch das Außenministerium nicht einverstanden. Er versuchte darzulegen, er habe sich in Quebec nicht auf die völlige Zerstörung der Industrien des Ruhr- und Saargebiets festgelegt, was an sich richtig ist. Wenn er aber fortfuhr, es sei nötig, „in beiden Gebieten eine möglichst vollständige Kontrolle" der Schwerindustrie durchzuführen und wenn er den Eindruck zu erwecken suchte, diese Industrien könnten zum großen Teil bestehen bleiben, so ist das unrichtig, denn in Quebec ist die Außerbetriebsetzung und Demontage der drei wichtigsten Zweige der Schwerindustrie dieser Gebiete beschlossen worden, nicht aber deren „Kontrolle"[22]. Wenn er weiter meinte: „Niemand will aus Deutschland ein reines Agrarland machen", ist auch das unwahr, worauf Hull den Präsi-

denten am 25. Sept. oder kurz zuvor ausdrücklich hingewiesen hatte. Und eine weitgehende Pastoralisierung Deutschlands war im Quebecer Abkommen als Endziel ausdrücklich vorgesehen. Das vom Präsidenten am 16. Sept. Hull gegenüber begonnene unehrliche Spiel wurde also im neuen Schreiben fortgesetzt.
Als vierter Schritt des Präsidenten ist dessen Schreiben an das Kriegs-, Außen-, Finanzministerium und die FEA zu nennen, wonach für die alliierte Kontrollkommission in Deutschland politische Berater auf Vorschlag des Außenministeriums, Wirtschaftssachverständige auf Vorschlag der FEA und Finanzberater auf Vorschlag des Finanzministeriums ernannt werden sollten[23].
Hulls Vorschlag vom 25. Sept., mit der russischen und britischen Regierung in einen Meinungsaustausch über die Nachkriegsbehandlung Deutschlands einzutreten, den Roosevelt am 29. Sept. zurückgewiesen hatte, war zweifellos erwägenswert und entsprach auch grundsätzlich dem von Churchill in seiner Unterhausrede vom 28. Sept. eingenommenen Standpunkt. Vielleicht wäre es damals möglich gewesen, auch Näheres über die Haltung der Sowjetregierung zu erfahren, denn die Vorgänge in Quebec und die Pressemeldungen über den Morgenthauplan haben in Moskau sofort großes Interesse erregt. Zwar beschäftigte sich eine Tass-Meldung vom 28. Sept. mit der in Washington herrschenden Kabinettkrise, hüllte sich aber über die Stellung der Sowjetunion zum Morgenthauplan in Stillschweigen[24].

Gromyko trifft White

Die Sowjetregierung beauftragte aber sofort ihren Botschafter in Washington, Gromyko, Erkundigungen über den Morgenthauplan einzuholen. Vielleicht hat sie ihn sogar zu diesem Zweck von Moskau nach Washington zurückgesandt[25]. Gromyko hat sich – offenbar unter Umgehung des Außenministeriums – direkt an White gewandt und ihn gefragt, ob die Zeitungsberichte über den Morgenthauplan ungefähr stimmten, welche Frage White mit: „Sie kommen der Wahrheit ziemlich nahe", beantwortete. Auf Whites Frage, wie man in Moskau über den Morgenthauplan denke, erwiderte Gromyko, er wisse amtlich darüber nichts, glaube aber, seine Regierung stehe dem Morgenthauplan nahe, womit nicht viel gesagt war. Gromyko hat bei dieser Gelegenheit angedeutet, er möchte mit Morgenthau selbst sprechen. Zweifellos wäre Morgenthau eine solche Aussprache erwünscht gewesen, denn am 26. Sept. hatte er zur Sekretärin des Präsidenten gesagt, er möchte Gromyko ein Exemplar seines „Schwarzbuchs" geben[26]. Ob Morgenthau die Unterredung mit Gromyko hatte und ob er diesem eine Ausfertigung des „Schwarzbuchs" überreicht hat, konnte nicht festgestellt werden.

Was die britische Regierung betrifft, so war Hull am 20. Sept. über Edens Widerspruch gegen das Quebecer Abkommen unterrichtet worden und aus Churchills Unterhausrede vom 28. Sept. konnte er schließen, daß die Stellung der britischen Regierung zur wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands, trotz Quebec, ungeklärt war, daß sie aber mit Hull hinsichtlich der Notwendigkeit von Verhandlungen der Großen Drei zur Deutschlandfrage übereinstimmte. Auf Grund des Deutschlandabkommens von Quebec waren außerdem, wie bemerkt, amerikanisch-britische Konsultationen über die weitere wirtschaftliche Zukunft Deutschlands ausdrücklich vorgesehen. Diese hätten sich leicht auf die Sowjetunion ausdehnen lassen. Wahrscheinlich ging sogar das Abkommen selbst von der Notwendigkeit eines solchen Gedankenaustausches aus[27]. Trotzdem war Roosevelt in seinem Schreiben vom 29. Sept. plötzlich gegen jeden diplomatischen Gedankenaustausch. Der Grund ist klar. Die von Hull beabsichtigten Konsultationen sollten auf amerikanischer Seite in den Händen des Außenministeriums liegen. Ebenso wie früher war aber der Präsident auch jetzt nicht bereit, Hull Einblick in die eigentlichen Ziele seiner Deutschlandpolitik zu gewähren. Infolge dieser Haltung Roosevelts sah Hull von der Weiterverfolgung seiner Absichten ab, und da Roosevelt sich untätig verhielt, war die interalliierte Diskussion über Deutschlands Zukunft wieder einmal auf dem toten Punkt angelangt.

Hulls Schreiben an Roosevelt vom 1. Oktober

Hull hat sich anscheinend durch Roosevelts Taktik täuschen lassen und dem Präsidenten am 1. Okt. eine neue Denkschrift übersandt, in der der Standpunkt des Außenministeriums nochmals zusammengefaßt wurde[28]. Deutschland muß unfähig gemacht werden, Krieg zu führen und seine wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa muß gebrochen werden. Rüstungsbetriebe, die nicht auf Friedensproduktion umgestellt werden können, sind zu zerstören. Die sonstige Industrie ist, soweit erforderlich, umzustellen und streng zu kontrollieren. Den Schlußabsatz der Denkschrift, der, was die künftige Lebenshaltung betrifft, eine Milderung des von Hull im Kabinettkomitee eingenommenen Standpunkts darstellt, geben wir wörtlich wieder:

„Es ist von größter Wichtigkeit, die Lebenshaltung des deutschen Volkes so zu gestalten, daß es klar sieht, daß es den Krieg verloren hat und daß es alle ehrgeizigen Lehren aufgeben muß, die besagen, es sei ein Herrenvolk, dazu berufen, die Welt zu regieren. Durch das Fehlen von Luxusgütern können wir ihm vielleicht beibringen, daß sich Kriegführen nicht lohnt.“

Offenbar war nunmehr auch das Außenministerium der Ansicht, daß Deutschland auf Welteroberung ausgehe. Zweifellos war das dem Einfluß Morgen-

thaus zu danken. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, in wie vielfacher Weise dessen Denken auch andere mit der Deutschlandpolitik befaßte Stellen beeinflußt hat.
Roosevelts Antwort vom 20. Okt.[29] macht erneut seine Absicht deutlich, Hull und das Außenministerium aus der amerikanischen Deutschlandpolitik so lange wie möglich auszuschalten. Der Satz: „Ich mache nicht gern Pläne für ein Land, das wir noch nicht besetzt haben", war für seine Haltung bezeichnend, nur ist dazu zu bemerken, daß das Deutschlandabkommen von Quebec gerade so ein Plan war, wie sie der Präsident angeblich nicht gern machte. Mit den wirtschaftlichen Vorschlägen des Außenministeriums erklärte sich der Präsident grundsätzlich einverstanden, meinte aber, er verstehe einige Ausführungen zu dieser Frage nicht richtig. Gleichzeitig verlangte er, wie er das schon früher wiederholt getan hatte, den Deutschen sollte die Herstellung von Flugzeugen einschließlich Handelsflugzeugen, dauernd untersagt sein.

Hull läßt sich täuschen

Im Außenministerium hat das Schreiben des Präsidenten einen guten Eindruck gemacht und man glaubte dort, daß Roosevelt seiner Auffassung weitgehend beipflichte und daß er aufgehört habe, den Morgenthauplan zu unterstützen[30]. Kurz darauf begab sich Hull ins Krankenhaus und ließ von dort am 26. Okt. eine Erklärung verbreiten, in der Roosevelt als „vorausschauender Führer" gepriesen und das amerikanische Volk aufgefordert wurde, Roosevelt erneut zum Präsidenten zu wählen[31].
Dieselbe unehrliche Taktik, deren sich Roosevelt Hull gegenüber bediente, gebrauchte er auch, oder versuchte, sie Stimson gegenüber zu gebrauchen. Beunruhigt durch die Feindseligkeit der Öffentlichkeit gegen den Morgenthauplan, telefonierte der Präsident am 27. Sept. Stimson, nahm kurz auf dessen letzte Denkschrift Bezug und meinte, wie er das auch Hull gegenüber getan hatte, er habe nie die Absicht gehabt, Deutschland in ein reines Agrarland zu verwandeln. Seine Absicht sei vielmehr in erster Linie gewesen, England zu helfen. Alles, was er gewollt habe, sei gewesen, einen Teil der Produktion des Ruhrgebiets England zur Verfügung zu stellen[32].

Roosevelts Aussprache mit Stimson vom 3. Oktober

Am 3. Okt. war dann Stimson Roosevelts Gast im Weißen Haus und breitete beim Mittagessen vor Roosevelt in Gegenwart von dessen Tochter und ihrem Mann, Major Boettiger, erneut seine Sorgen wegen des Morgenthauplans aus.

Stimson meinte, die größte Gefahr sei, daß im Ausland der Eindruck entstehe, der Morgenthauplan sei ein Racheplan, was, wie bereits bemerkt, wohl heißen sollte, er sei rassischen Ressentiments zuzuschreiben. Roosevelts Führerrolle habe sich bisher durch ihren hohen sittlichen Standpunkt ausgezeichnet. Er dürfe diesen Standpunkt nicht zerstören und vergiften. Trotz seiner Freundschaft für Morgenthau habe er, Stimson, geschaudert, als dieser seinen Deutschlandplan entwickelt habe, denn er wisse, wie ein Mann seiner Rasse wegen einer solchen Tat angeprangert werden könnte. Der Schwiegersohn des Präsidenten und seine Frau hätten ihm leidenschaftlich zugestimmt. Der Präsident habe nicht viel gesagt, habe dämlich gelacht und gemeint, „Henry" habe einen schweren Schnitzer gemacht. Erneut habe der Präsident behauptet, es sei nie seine Absicht gewesen, Deutschland in ein Agrarland zu verwandeln. Seine und Stimsons Ansichten gingen nicht weit auseinander. Stimson zog darauf eine Abschrift des Abkommens von Quebec aus der Tasche und las dem Präsidenten die letzten beiden Absätze dieses Dokuments vor, wo es hieß, die Vereinbarung fasse die Umwandlung Deutschlands in ein in erster Linie agrarisches und pastorales Land ins Auge.

Roosevelt entschied sich für die „Pastoralisierung" Deutschlands in einem Zustand der Geistesabwesenheit

Jetzt griff der Präsident zu einem Mittel, das er mitunter auch seinen engsten Mitarbeitern gegenüber in schweren Notlagen anwandte: Präsident Roosevelt stellte sich dumm. Der Präsident habe einen richtig verblüfften Eindruck gemacht und erklärt, er habe keine Ahnung, wie er etwas Derartiges habe unterschreiben können. Er müsse das getan haben, ohne viel zu denken[33].
Stimson berichtete später, er habe daraufhin den Morgenthauplan mit dem Präsidenten nie wieder diskutiert, denn es sei ihm jetzt klar gewesen, daß Roosevelt niemals die Absicht gehabt habe, diesen Plan auszuführen[34].
Insbesondere Hulls und Stimsons Memoiren, Deweys Wahlreden und Behauptungen von Hulls Nachfolger Stettinius und Roosevelts Freund Sherwood[35], Roosevelt habe sich nach kurzem vom Morgenthauplan abgewandt, haben diese Ansicht beinahe zum Allgemeingut der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten gemacht. Roosevelt hat sich aber von Morgenthaus Deutschlandplan niemals öffentlich losgesagt oder distanziert. Infolge des Wahlkampfs mußte er sich jedoch in dieser Angelegenheit Zurückhaltung auferlegen und diese Zurückhaltung setzte er auch nach seiner am 7. Nov. erfolgten Wiederwahl fort.

[1] Hull, *Memoirs*, 1610 f

[2] Vgl. Matthews-Niederschrift v. 20. 9. in *Jalta-Dokumente*, 134 f; vgl. auch die Niederschrift von H. D. White gleichen Datums, ebd 136 ff

[3] vollständig abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 621 ff; vgl. auch Stimson und Bundy: aaO, 578 f

[4] so auch Snell, John L.: *Wartime origin of the East-West dilemma over Germany*. 1959, 99

[5] *Stimson Diaries*, 16./17. 9. 1944, 3

[6] abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 630 ff

[7] NYT, 24. 9., 1, Sp. 3

[8] Über die Dewey-Reden vgl. 10. Kap.[13,15]

[9] *Jalta-Dokumente*, 142

[10] Vgl. NYT, 26. 9., 11, Sp. 1

[11] Hull: *Memoirs*, 1617 f

[12] NYT, 28. 9., 12, Sp. 5

[13] NYT, 29. 9., 5, Sp. 1. In seiner Denkschrift v. 20. 9. hatte aber Morgenthau die Behauptung, auch Stimson sei für einen harten Kurs Deutschland gegenüber, nicht gelten lassen.

[14] NYT, 29. 9., 20, Sp. 5

[15] *Chicago Tribune*, 29. 9., 4, Sp. 4. Hull hat zu dieser Meldung weder öffentlich noch in seinen Memoiren Stellung genommen.

[16] Das Kabinettkomitee für Deutschland war vom Präsidenten am 26. 9. aufgelöst worden mit der Begründung, es habe ihm seine Ansichten mitgeteilt und habe damit seinen Zweck erfüllt. Die verschiedenen, dem Präsidenten vorgelegten Denkschriften würden jetzt vom Präsidenten „und dem Außenministerium" geprüft. Das den drei Ausschußmitgliedern zugestellte Schreiben ist abgedruckt in dem (hektographierten) Aufsatz des ehemaligen Rechtssachverständigen des Außenministeriums Beny P. Myers „The Morgenthau Plan and the origins of JCS 1067" in der Historischen Abteilung des Außenministeriums.

[17] NYT, 30. 9., 4, Sp. 6

[18] Über Crowley vgl. Blum III, 4. Der Brief an Crowley ist abgedruckt in NYT, 30. 9. 1944, 2, Sp. 3. Die Worte „unter Leitung des Außenministeriums" sollen dem Schreiben nachträglich auf Hulls Vorstellungen hin eingefügt worden sein. Die von Roosevelt am 25. 9. 1943 geschaffene FEA vereinigte einige bisher selbständige Ämter, darunter auch die Lend-Lease Administration (Amt für Durchführung des Leihe- und Pachtgesetzes). Nach Eingang dieses Schreibens organisierte Crowley eine große Behörde, FEA, *Enemy Branch*. Am gleichen Tag soll der Präsident auch das Außenministerium „privat" instruiert haben, „das deutsche Problem zu untersuchen und darüber zu berichten"; vgl. Blum III, 380, als einzige Quelle.

[19] Die Antwort auf diese Frage scheint heute einfach: In die Arbeitstagungen der FEA sandte auch das Finanzministerium einen Vertreter und einer der wichtigsten hauptamtlichen Mitarbeiter von Crowley, Oscar Cox, war ein Morgenthau-Boy, der den Morgenthauplan von Anfang an eifrig befürwortete, vgl. Max Lerner in PM, 27. 9. 1944, 10; vgl. auch Blum III, 134, 216; 222. Trotz Auflösung des Kabinettkomitees war daher Morgenthaus Einfluß auf die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten nicht zu Ende.

[20] abgedruckt in *Jalta-Dokumente*, 155

[21] Vgl. Riddlebergers Schreiben an Stettinius, 28. 10. 1944, *Jalta-Dokumente*, 162

[22] Im vorhergehenden Absatz des Schreibens hatte Roosevelt ausgeführt, eine bloße

„Inspektion" (also wohl Kontrolle) von Fabrikbetrieben, die der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials dienen könnten, sei nicht genug.

[23] *Morgenthau Diary (Germany),* 690

[24] Vgl. NYT, 29. 9. Es wurde lediglich – wie um Morgenthau über seinen Irrtum aufzuklären – bemerkt, die Frage der Zerstückelung sei bisher in der EAC überhaupt nicht erörtert worden.

[25] Vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 700 f. Am 5. 10. sagte White zu Morgenthau und Mitarbeitern, Gromyko habe ihn soeben besucht. Er sei eben von Moskau zurückgekehrt, wo er zweieinhalb Monate gewesen sei. (Letztere Behauptung ist unrichtig, denn aus *Foreign Relations 1944,* Bd. I, 706 ff, ergibt sich, daß Gromyko vom 11. 8.–18. 9. und am 27.–28. 9. und wahrscheinlich auch in der Zwischenzeit in Washington war. Anscheinend war er am 2. 10. in Moskau.) Aus Whites Darstellung ergibt sich, daß Morgenthau über diesen Besuch nicht im voraus unterrichtet war, und man darf annehmen, daß der Besuch auch ohne Kenntnis oder Genehmigung des Außenministeriums erfolgt ist (in Blum III wird diese Episode nicht erwähnt).

[26] *Morgenthau Diary (Germany),* 638 f. Als „Schwarzbuch" bezeichnete Morgenthau die letzte von Roosevelt nach Quebec mitgenommene Fassung des Morgenthauplans nebst zugehörigen Anlagen.

[27] Das Abkommen hebt hervor, die Sowjetunion habe bevorzugte Anrechte auf demontierte Fabrikeinrichtungen. Zur Regelung dieser Angelegenheit hätte es diplomatischer Verhandlungen bedurft. Außerdem sollten an der internationalen Behörde, die die Demontagen überwachen und den Wiederaufbau der in Frage kommenden Industrien verhindern sollte, zweifellos auch russische Vertreter teilnehmen.

[28] *Jalta-Dokumente,* 156 ff. Das Datum der Denkschrift ist der 29. 9. Die Denkschrift enthielt größtenteils Wiederholungen. Wir gehen nur auf die Vorschläge zur wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands und zur deutschen Lebenshaltung ein.

[29] *Jalta-Dokumente,* 158 f

[30] Vgl. Riddlebergers Schreiben an Stettinius, 28. 10., *Jalta-Dokumente,* 162; Hull: *Memoirs,* 1622

[31] NYT, 27. 10. 1944, 13, Sp. 1

[32] *Stimson Diaries,* 27. 9.–1. 10.

[33] Diese Darstellung beruht auf *Stimson Diaries,* 5. 10. 1944, 5. Vgl. auch Stimson und Bundy: aaO, 580 f. Wenn Morison: aaO, 609, anführt, der Präsident habe besonders darauf hingewiesen, daß er einen Ausdruck wie „pastoral" niemals gebraucht hätte, so ist zu bemerken, daß diese Behauptung nicht auf den eben genannten Eintrag in den Stimson-Tagebüchern gestützt werden kann. Allerdings soll der Präsident später, in anderem Zusammenhang, eine derartige Bemerkung gemacht haben.

[34] Stimson und Bundy: aaO, 582

[35] Stettinius, Edward E.: *Roosevelt and the Russians.* 1949. 40; Sherwood, Robert: *Roosevelt and Hopkins.* 1948. 818 ff

Vierzehntes Kapitel

MORGENTHAU UND ROOSEVELT

Morgenthau wendet sich gegen Handbuch für künftige britische Besatzungsbehörden in Deutschland

Seit Anfang Oktober 1944 war in der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck im Wachsen, Roosevelt habe sich vom Morgenthauplan abgewandt, ein Eindruck, der von Hull und Stimson geteilt wurde. Diese Auffassung stand aber im Gegensatz zu der Morgenthaus, der Ende Oktober zu McCloy sagte, er werde sich nach der Präsidentenwahl wieder mit Leibeskräften für seinen Deutschlandplan einsetzen[1] und der so tat, als habe er von der inzwischen erfolgten Auflösung des Kabinettkomitees durch den Präsidenten nichts gehört. Aber schon vor der Wahl hat Morgenthau seine Zurückhaltung aufgegeben und sich in einer Niederschrift vom 1. Nov. scharf gegen die Vorschläge eines Handbuchs für die britischen Besatzungsbehörden in Deutschland gewandt[2], das weder eine weitgehende Demontage der deutschen Industrie noch eine politische und wirtschaftliche Sonderbehandlung des Ruhr- und Saargebiets vorgesehen hat. Das Handbuch erregte ebenso Morgenthaus Ärger, wie das früher erwähnte Handbuch für die amerikanischen Besatzungsbehörden seinen Unwillen erregt hatte.

Morgenthau machte geltend, das Handbuch vernachlässige oder ignoriere folgende Gesichtspunkte:

„(a) die Eliminierung oder Zerstörung der deutschen Schwerindustrie, besonders der metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien Deutschlands;
(b) die künftigen Grenzen Deutschlands;
(c) die Teilung Deutschlands;
(d) die Frage der Sonderbehandlung des Ruhrgebiets durch Internationalisierung oder sonstwie;
(e) Restitution;
(f) Reparationen, einschließlich der Frage, ob es Reparationen in Form von wiederkehrenden Zahlungen geben soll;
(g) ein umfassendes Erziehungsprogramm;
(h) ein umfassendes Programm für politische Dezentralisierung;

(i) die Art von Kontrollen, die erforderlich sind, um das Wiedererstehen eines starken deutschen Industriestaats zu verhindern;
(j) Agrarreform, einschließlich Zerschlagung der Junkergüter;
(k) Bestrafung der Kriegsverbrechen und Festnahme von Kriegsverbrechern;
(l) Auslieferung der Kriegsverbrecher an die Länder, in denen sie ihre Verbrechen begangen haben"[3].
Morgenthaus Forderungen in diesem Schreiben gehen über die der Vereinbarung von Quebec weit hinaus. Nicht nur im Ruhr- und Saargebiet, wie es diese Vereinbarung vorsah, sondern in ganz Deutschland sollte die Schwerindustrie zerstört werden. Auf der Zerstörung der leichten Industrie und des Ruhrbergbaus wollte Morgenthau bei dieser Gelegenheit allerdings nicht bestehen. Trotzdem war das Schreiben ein Versuch, die britische Regierung auf alle sonstigen wesentlichen Forderungen des Morgenthauplans, die in diesem Schreiben in annähernd derselben Reihenfolge aufgezählt sind, festzulegen, obwohl die Engländer diese Grundsätze bisher überhaupt nicht anerkannt hatten. Trotz der Warnungen von seiten McCloys, der Morgenthau (durch White) ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, der Präsident habe das Außenministerium mit Nachdruck dahin unterrichtet, er wünsche die Frage der Teilung Deutschlands, der De-Industrialisierung des Ruhrgebiets und der Reparationen jetzt nicht zu entscheiden, sondern wünsche sich das weiter zu überlegen[4], übergab Morgenthau seine Niederschrift noch am gleichen Tag dem wieder in Washington weilenden Lord Cherwell mit der Bitte, sie an Churchill weiterzuleiten[5]. Churchill soll dieses Dokument „sehr einleuchtend" gefunden haben, veranlaßte aber nichts weiter, sondern hat Abschriften an das Außen- und Kriegsministerium weitergeleitet. Beide Behörden betrachteten Morgenthaus Einwände als „unbegründet, unerheblich und als außerhalb der Zuständigkeit von Morgenthaus Ministerium liegend"[6].

Roosevelts Wahlrede vom 21. Oktober: Deutschland, diese „tragische Nation"

Am 21. Okt. hatte sich Präsident Roosevelt in einer Wahlrede mit Deutschland und seiner Zukunft beschäftigt[7], dieser „tragischen Nation", die den Sturm gesät hat und jetzt den Orkan erntet. Er erhebe keine Anklage gegen die „deutsche Rasse" als solche, denn als Amerikaner könne er nicht glauben, daß Gott irgendeine Rasse der Menschheit auf ewig verdammt habe. Das „deutsche Volk", wie er sich jetzt wieder ausdrückte, werde nicht versklavt, schon darum nicht, weil die Amerikaner keinen Sklavenhandel trieben. Es werde für die Deutschen aber notwendig sein, sich den Weg zurück in die Gesellschaft der Frieden und Freiheit liebenden Völker zu erarbeiten und dieser Weg werde anfangs steil sein. Den Deutschen werde kein einziger Bestandteil

militärischer oder „potentieller militärischer Macht“ gelassen. Diese Rede wurde von manchen als weitere Absage des Präsidenten an den Morgenthauplan aufgefaßt, nicht aber von Morgenthau, der später ihre Kernsätze seinem Buch *Germany is our problem* vorangestellt hat und offenbar mit Recht, denn was konnte „potentielle militärische Macht“ anderes bedeuten als das deutsche industrielle Kriegspotential, zu dem insbesondere die Schwerindustrie gehörte? Besonderes Interesse verdient auch der Ausdruck „deutsche Rasse“. Wollte sich der Präsident der Auffassung derer anschließen, die behaupteten, das deutsche Volk habe sich infolge Jahrhunderte langer Fehlentwicklung nicht nur geistig, sondern auch erblich so verändert, daß es als etwas rassisch Neues und als Fremdkörper in den es umgebenden Ländern betrachtet werden müsse? War Roosevelt auf dem Weg, ein vom Rassenwahn erfüllter Anti-Hitler zu werden?

Stettinius wird Außenminister

Am 7. Nov. wurde Roosevelt zum viertenmal zum Präsidenten gewählt und hätte jetzt wieder offener reden können. Er hat das aber nicht getan und setzte seine bisherige Taktik fort, auch nachdem der bisherige Undersecretary of State Edward E. Stettinius, aus den Kreisen der Schwerindustrie kommend, am 1. Dez. 1944 Hulls Geschäfte endgültig übernommen hatte. Stettinius war nach Stimsons Ansicht „gütig, nett, schlecht unterrichtet, unerfahren, wohlmeinend, aber ohne Charakterstärke und ohne die Fähigkeit, auf seinen Entscheidungen zu beharren“ und Roosevelt hat ihn offenbar als bequemen Jasager betrachtet[8].

Senator Kilgore unterstützt Morgenthauplan

Mitte November hat dann Morgenthau Unterstützung von einflußreicher Seite erhalten. Am 1. Okt. 1944 hatte sich Senator Harley M. Kilgore, Vorsitzender des Unterausschusses für wirtschaftliche Mobilmachung des Heeresausschusses des Senats, gegen den Morgenthauplan ausgesprochen und meinte, Deutschland solle seine Industrien behalten. Die Macht der Kartelle müsse gebrochen werden. Pläne, die deutsche Industrie zu zerstören und die Deutschen in Kleinbauern zu verwandeln, seien undurchführbar[9]. Bald ist er aber, aus nicht aufgeklärten Gründen, umgefallen und echote, sobald er auf deutsche Dinge zu sprechen kam, Morgenthaus Phrasen. Am 12. Nov. forderte er die Demontage nicht nur von Deutschlands „direkten“ Kriegsindustrien, sondern auch aller „in erster Linie indirekter Rüstungsindustrien, einschließlich der metallurgischen und chemischen Betriebe und ihre Verschickung nach den

„verwüsteten Ländern Europas". Diejenigen, die sich mit der Eliminierung der Rüstungsindustrie begnügen wollten, hätten übersehen, daß die ganze deutsche Industrie „seit dreißig Jahren als Munitionswirtschaft organisiert" sei. Die Struktur und Organisation der deutschen Wirtschaft müsse so geändert werden, daß sie nicht länger für Kriegszwecke eingesetzt werden könnte[10]. Morgenthau selbst hatte den Eindruck, die Kilgore-Erklärung komme einer Zustimmung zu allen wirtschaftlichen Forderungen seines Deutschland-Plans gleich, und am 16. Nov. jubilierte er vor seinen Mitarbeitern, der Präsident habe gesagt, Kilgores Stellungnahme sei wunderbar. Eine Wolke sei vor seinen Augen verschwunden und es sei ihm jetzt gleich, was die Öffentlichkeit denke[11].

Meinungsaustausch Roosevelt – Stettinius zur Deutschlandfrage

Stettinius beschäftigte sich mit der politischen und wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands in vier Schreiben an den Präsidenten vom 10., 15., 22. und 29. Nov. 1944[12], die sich von Hulls früheren Stellungnahmen nicht grundsätzlich unterscheiden, aber bestrebt waren, besonderen Wünschen des Präsidenten Rechnung zu tragen. Sie wandten sich aber gegen eine weitgehende De-Industrialisierung Deutschlands, wobei auch darauf hingewiesen wurde, solche Maßnahmen würden von der britischen Regierung abgelehnt. Es solle soviel von der deutschen Wirtschaft erhalten werden, als mit der Zerstörung des Naziregimes und der Brechung der wirtschaftlichen Vorherrschaft Deutschlands in Europa zu vereinbaren sei. Reparationen sollten in erster Linie aus Industrieprodukten und erst in zweiter aus demontierten Betrieben bestehen. Der deutsche Lebensstandard sollte anfänglich allerdings so niedrig wie möglich sein.

Am 15. Nov. hatte Stettinius, damals noch kommissarischer Außenminister, eine Aussprache mit Roosevelt, der erklärte, er sei noch in einer unversöhnlichen Stimmung. Nach einer Weile fügte der Präsident aber hinzu, das Dokument des Außenministeriums vom 10. Nov. sei unversöhnlich genug. Er meinte weiter, er werde dieses Schreiben beim Mittagessen Morgenthau zeigen, der damit erneut in die amerikanische Deutschlandpolitik eingeschaltet war. Offenbar hat Morgenthau Einwendungen gegen die Vorschläge des Außenministeriums erhoben, denn der Präsident hat dieses Schriftstück einfach liegen lassen, und es wurde im März 1945 vom Weißen Haus unerledigt an das Außenministerium zurückgesandt[13]. Am 4. Dez. bestätigte der Präsident dem Außenministerium den Empfang von dessen Schreiben v. 29. Nov., das die Sprache des Schreibens v. 10. Nov. stellenweise verschärft hatte, sachlich mit ihm jedoch weitgehend übereinstimmte. Der Präsident führte u. a. aus:

„Was die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands betrifft, sollten wir ihm erlauben, sich industriell so weit zu erholen, daß es seinen eigenen Bedarf decken kann. Es darf aber vorläufig nichts exportieren, bis wir besser sehen, wie die Dinge sich entwickeln. Wir sind gegen Reparationen, wünschen aber die Rückgabe alles entwendeten Eigentums“[14].

Dieses Schreiben schien eine Abwendung des Präsidenten vom Morgenthauplan anzukündigen, zeigte aber erneut, daß er einer klaren Stellungnahme ausweichen wollte.

Lord Keynes informiert Stettinius über Roosevelts Absichten

Am 26. Nov., also nur neun Tage vorher, hatte Roosevelt mit dem britischen Regierungsvertreter und Wirtschaftssachverständigen Lord Keynes gesprochen und die Diskussion hatte sich auch um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gedreht. Anschließend hatte Keynes Stettinius aufgesucht und ihn auf dessen Wunsch über die Aussprache mit dem Präsidenten unterrichtet. Gemäß einer von Stettinius gleich nach der Unterredung angefertigten Niederschrift[15] hat Keynes Stettinius folgendes mitgeteilt:
„Lord Keynes führte aus, der Präsident habe mit ihm lange über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft gesprochen. Er sagte, als er dem Präsidenten zuhörte, hätten dessen Ausführungen das bestätigt, was ihm Lord Cherwell über die Ereignisse auf der Konferenz von Quebec mitgeteilt hatte. Ich erkundigte mich, ob das eine völlig agrarische Wirtschaft bedeute. Er (Keynes) erwiderte, das gerade nicht, aber die Pläne, das Ruhrgebiet zu de-industrialisieren und viele wichtigen deutschen Industrien zu eliminieren, gingen ziemlich weit. Er (Keynes) sagte, der Präsident habe betont, es bestehe keine Eile, Entscheidungen zu fällen, die die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands betreffen. Er wolle zunächst sehen, welche Schäden unsere Bomber angerichtet hätten und was die allgemeinen Verhältnisse seien, ehe eine endgültige Stellungnahme erfolge.“
Roosevelt hat mitunter im Freundeskreis gescherzt, seine linke Hand wisse oft nicht, was seine rechte tue. Offenbar war das jetzt wieder der Fall. Zwar hat der Präsident Stettinius und Keynes gegenüber betont, er wolle einer endgültigen, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands betreffenden Entscheidung ausweichen. In seiner Unterhaltung mit Keynes hat er aber klar gemacht, daß er am Quebecer Abkommen festhalten wollte und vielleicht an weitergehende De-Industrialisierungsmaßnahmen dachte. Diese Ausführungen sind daher mit Roosevelts Schreiben an Stettinius vom 4. Dez. nicht zu vereinbaren. Offenbar hatte auch Stettinius, wenn er Keynes so genau aushorchte, das Gefühl,

vom Präsidenten falsch informiert zu werden, und es ist wohl einmalig in der diplomatischen Geschichte der Vereinigten Staaten, daß ein Außenminister, der von seinem Präsidenten irregeführt wurde, sich vom Vertreter eines anderen Landes über dessen wahre Absichten Auskunft holen mußte.

Morgenthau wiederholt frühere Forderungen gegenüber Roosevelt

Am 10. Jan. 1945 hatte Morgenthau eine Unterredung mit dem Präsidenten. Er hatte ein Schreiben bei sich, das er Roosevelts Sekretärin zwei Tage später überreichte[16]. Bei dieser Gelegenheit hat Morgenthau erneut die Eliminierung der deutschen Schwerindustrie und – entgegen dem Rat von White und Mitarbeitern – des Ruhrbergbaus gefordert und hatte auch alle andern Forderungen des Morgenthauplans, von der Zerstückelung Deutschlands abgesehen, wiederholt. Im Schreiben vom 10. Jan. wurden die Forderungen auf folgende „Grundsätze" gestützt:
„1. Das deutsche Volk hat den Willen, es noch einmal zu versuchen (d. h. einen – nach Morgenthaus Ansicht – dritten Versuch zur Welteroberung zu machen).
2. Programme für Demokratie, Umerziehung und Güte können diesen Willen nicht binnen kurzer Zeit zerstören.
3. Die Schwerindustrie ist der Kern des deutschen Kriegspotentials."
Anschließend gab er einem Gedanken Ausdruck, der in seinen Denkschriften, nicht aber in seinem Denken neu war: Diejenigen, die gegen die Zerstörung des deutschen Kriegspotentials und gegen ein schwaches Deutschland seien, seien vor allem solche, die Deutschland zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus und die Sowjetunion ausbauen möchten. Wir gehen auf diese Ideen Morgenthaus, die sich besonders auch gegen Stimson richteten, in anderem Zusammenhang ein.
Wir haben schon auf die Interimsdirektive vom 23. Sept. 1944 für die künftige amerikanische Militärverwaltung in Deutschland hingewiesen, die inzwischen das Aktenzeichen JCS 1067 erhalten hatte.

Neufassung der Direktive JCS 1067

Am 6. Jan. 1945 wurde eine Neufassung der Direktive genehmigt, die nicht länger als Interimsdirektive, sondern als „Post Defeat Directive" bezeichnet wurde[17]. In ihr wurde hervorgehoben, die Deutschen müßten verstehen, daß alle notwendigen Schritte unternommen würden, die gewährleisteten, daß sie keinen neuen Versuch zur Welteroberung machten, was wohl die Ankündi-

gung einer völligen Eliminierung des deutschen Kriegspotentials und daher der Schwerindustrie darstellte. Die Einzelvorschriften der neuen Direktive waren jedoch oft nicht klar, und da sie später erheblich geändert wurde, gehen wir auf sie hier nicht näher ein. Morgenthaus Niederschrift vom 1. Nov. 1944, die dieser Lord Cherwell übergeben hat, war zweifellos gleichzeitig ein Versuch gewesen, die Engländer auf die Grundsätze der amerikanischen, damals allerdings noch nicht völlig ausgearbeiteten Direktive festzulegen, ein Versuch, der aber scheiterte.

Das „Briefing Book" des Außenministeriums

Mittlerweile traf das Außenministerium die letzten Vorbereitungen für die Konferenz von Jalta. Nochmals wurden für den Präsidenten die Ansichten des Außenministeriums sowie die voraussichtlichen Haltungen der sowjetrussischen und britischen Regierung in einem „Briefing book" vom 12. Jan. 1945 zusammengestellt[18]. Soweit die Deutschlandpolitik in Frage kommt, waren die Ziele des Außenministeriums im wesentlichen die alten. Was die Zukunft der deutschen Industrie betrifft, war aber, vielleicht unter dem Eindruck des Keynes-Gesprächs, eine Kursverschärfung wahrzunehmen. Für eine Übergangszeit von unbestimmter Dauer erklärte sich das Außenministerium mit einer erheblichen Herabsetzung der Kapazität der Schwerindustrie und einem Verbot der Herstellung gewisser Erzeugnisse, besonders im Bereich der synthetischen Industrien und des Werkzeugmaschinenbaus – von der Kriegsindustrie und dem Flugzeugbau abgesehen – einverstanden. Für die Anfangszeit war außerdem eine weitere Herabsetzung des deutschen Lebensstandards vorgesehen. Später sollte eine „Assimilierung" der deutschen Wirtschaft an die „Welt-Gesellschaft der friedlich gesinnten Völker" stattfinden.
Es ist unwahrscheinlich, daß Präsident Roosevelt das umfangreiche Buch gelesen hat. Morgenthau hat es aber eingehend studiert. Am 17. Jan. hatten Morgenthau und Stettinius, begleitet von zahlreichen Mitarbeitern, eine lange Aussprache, deren Zweck es sein sollte, die erneut zutage getretene Verschiedenheit ihrer Auffassungen zu überwinden. Morgenthau legte dar, seine Deutschlandpolitik habe vor allem drei Ziele: 1. ein starkes Großbritannien; 2. freundschaftliche Beziehungen zu Rußland; 3. ein schwaches, zu neuer Aggression unfähiges Deutschland. Eine solche Politik bedinge die Eliminierung der deutschen Schwerindustrie und, so fuhr Morgenthau fort, er persönlich befürworte weiter die Schließung der Kohlenbergwerke, während seine Mitarbeiter solche Maßnahmen ablehnten. Hand in Hand mit der Durchführung der De-Industrialisierung könne die Intensivierung der deutschen Landwirtschaft gehen, so daß Deutschland ein vorzugsweise landwirtschaftliches Gebiet

werde. Churchill habe seine Vorschläge in Quebec unterstützt und sein Programm stellte auch eine Versicherung gegenüber der Sowjetunion dar, daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht hätten, Deutschland als Puffer gegen Rußland und vielleicht als künftigen Verbündeten zu gebrauchen. Ein künftiges starkes Deutschland würde die Quelle ständiger europäischer Rivalitäten sein, nicht aber ein schwaches. Der Beweggrund derjenigen, die inner- und außerhalb der Regierung eine drastische wirtschaftliche Schwächung Deutschlands ablehnten, sei in erster Linie ihre russenfeindliche Einstellung. Die Vertreter des Außenministeriums hielten an den Grundsätzen des Briefing Book fest und versicherten, auch die von ihnen vorgeschlagene Politik sei geeignet, künftiger deutscher Aggression vorzubeugen. Sie werde außerdem der raschen wirtschaftlichen Erholung Europas dienen[19].

Das Schreiben des Finanzministeriums vom 19. Januar 1945

Da eine Angleichung der Standpunkte der beiden Ministerien an diesem Tag nicht erfolgt ist, wurde ein weiteres Treffen von Vertretern beider Ministerien auf den 19. Jan. angesetzt. Bei dieser Gelegenheit hat White den Vertretern des Außenministeriums eine umgearbeitete Fassung des Dokuments vom 10. Jan. vorgelegt[20], in dem erneut die Eliminierung der deutschen Schwerindustrie und deren Wiederaufbau in anderen europäischen Ländern vorgeschlagen wurde. „Jedes Programm", heißt es dort, „dessen Zweck es ist, Deutschland zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus und Rußland zu machen, wird unvermeidlich zu einem neuen Weltkrieg führen". Morgenthau wandte sich zusammenfassend gegen folgende angeblichen „Lehren":
„a) den irrtümlichen Glauben, daß Europa ein industriell starkes Deutschland brauche;
b) die Behauptung, daß wiederkehrende Reparationsleistungen (die den baldigen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erforderlich machen würden), erforderlich sind, damit Deutschland für die von ihm angerichteten Zerstörungen Ersatz leisten kann;
c) den Glauben, daß die Entfernung oder Zerstörung alles deutschen Kriegsmaterials und der Rüstungsbetriebe ausreiche, um Deutschland an der Führung eines neuen Kriegs zu hindern;
d) die unlogische Annahme, ein milder Frieden werde das Anwachsen der Demokratie in Deutschland erleichtern;
e) den irrtümlichen Glauben, die Umwandlung Deutschlands in ein vorzugsweise Landwirtschaft treibendes Land mit leichten Industriebetrieben, aber ohne Schwerindustrie, werde zum Verhungern der Deutschen führen."
Während Morgenthau am 1. Nov. 1944 den Engländern gegenüber nicht ge-

wagt hatte, von der Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland zu sprechen, hatte er seiner eigenen Regierung gegenüber keine solchen Bedenken, behauptete vielmehr, eine solche Lösung werde nicht zum Verhungern von Millionen Deutschen führen, wie das Hull und Stimson im September und Oktober 1944 behauptet hatten, ohne jedoch einen Beweis für seine Behauptung anzuführen. Und wenn er erneut behauptete, der Wiederaufbau Deutschlands werde besonders von denen gefördert, die Deutschland zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus machen möchten, sah das so aus, als wolle er auch dem Außenministerium den Vorwurf machen, daß es mit solchen Gedanken liebäugle, und der Sprecher des Außenministeriums, Dunn, hat solche Unterstellungen in der Aussprache vom 19. Jan. sofort scharf zurückgewiesen[21].

Churchill trifft „Onkel Joe" in Moskau und berichtet Roosevelt

Roosevelt hat außer Harry Hopkins auch Stettinius beauftragt, ihn nach Jalta zu begleiten, während Morgenthau zu Hause bleiben mußte. Mit sicherer Unterstützung seines Deutschlandplans durch den Präsidenten beim bevorstehenden Gipfeltreffen konnte er daher nicht rechnen. Was die britische Regierung betrifft, hatte diese Morgenthaus Schreiben vom 1. Nov. ignoriert. Churchill hatte allerdings während seines Moskauer Besuchs im Okt. 1944 Stalin die „Kontrolle des Ruhr- und Saargebiets" vorgeschlagen und soll weiter gesagt haben: „Wir sollten zuerst alle Fabrikeinrichtungen wegnehmen, die von den USSR, Belgien, Frankreich und den Niederlanden benötigt werden", und fügte hinzu, das sei Morgenthaus Politik. Als Schuldnerland müsse Großbritannien nach dem Krieg seine Exporte steigern. Die Absicht der Sowjetunion, Maschinen wegzunehmen, decke sich daher mit Englands Absicht, die ehemaligen deutschen Exportmärkte zu übernehmen[22]. Nach seiner Rückkehr nach London kabelte Churchill an Roosevelt: „U. J. (Uncle Joe) ... wünscht die Abtrennung des Ruhr- und Saargebiets (von Preußen), seine Außerbetriebsetzung und wahrscheinlich seine internationale Kontrolle und die Bildung eines besonderen Staats im Rheinland. Er wünscht auch die Internationalisierung des Nord-Ostsee-Kanals. Ich bin dieser Art Denken nicht abgeneigt"[23]. Churchills Auffassung stand aber im Gegensatz zu der Edens und anderer britischer Regierungsvertreter. Vielleicht hat sogar Morgenthau Churchill selbst nicht mehr richtig getraut.
Wahrscheinlich setzte daher Morgenthau seine Hoffnungen vor allem auf den russischen Bundesgenossen. Stalin hatte sich anläßlich von Churchills genanntem Besuch in Moskau sofort erkundigt, wie dieser über den Morgenthauplan denke, eine Frage, die Churchill ausweichend beantwortet hat. Es ist fraglich, ob Morgenthau Anfang 1945 von Stalins Äußerungen gegenüber Churchill

wußte und mit dem Ausdruck „Außerbetriebsetzung des Ruhr- und Saargebiets" mag Stalin etwas anderes gemeint haben als Morgenthau. Dasselbe gilt von Stalins Rede v. 6. Nov. 1944, in der er die „militärische, wirtschaftliche und politische Entwaffnung Deutschlands" gefordert hat[24]. Wahrscheinlich nahm Morgenthau an, daß die Sowjetregierung seinem Deutschlandplan günstig gesinnt sei, rechnete aber Anfang 1945 in einer Hinsicht noch mit Schwierigkeiten: die Russen, so dachte er, würden wohl weiterhin auf Reparationen durch Leistungen von deutschen Industrieerzeugnissen, bestehen, ein Gedanke, der Morgenthau oft erschreckt hatte[25].

Morgenthau befürwortet große, für die Sowjetunion bestimmte Kredite

Aber jetzt, da sich der Präsident zur Reise nach Jalta anschickte, kam Morgenthau ein Zufall zu Hilfe, der – wenigstens nach Morgenthaus Denkweise – die Sowjetregierung endgültig auf die Hauptpunkte seines Deutschlandplans festlegen konnte. Auf sowjetrussische Anregung waren längere Zeit Verhandlungen über einen großen amerikanischen Nachkriegskredit geführt worden, waren aber im August 1944 eingeschlafen[26]. Am 4. Jan. 1945 bat dann die Sowjetregierung um die Gewährung eines amerikanischen Nachkriegskredits von sechs Milliarden Dollar, der mit zweieinhalb Prozent verzinst und in dreißig Jahren getilgt werden sollte[27]. Morgenthau hatte schon am 1. Jan. an den Präsidenten appelliert, die Kreditverhandlungen wiederaufzunehmen und den Russen einen „konstruktiven" Vorschlag zu machen. Eine Einigung unter für sie günstigen Bedingungen werde zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten weitgehend beitragen[28]. Auf der genannten Sitzung des Kabinettkomitees für Deutschland vom 9. Sept. 1944 soll Roosevelt Morgenthau gefragt haben: „Angenommen, die Russen bestehen auf Reparationen (in Form von Industrieerzeugnissen) und die Engländer und die Vereinigten Staaten sind dagegen. Was wird dann geschehen?" „Well", war Morgenthaus Antwort, „die Russen sind intelligente und vernünftige Leute. Ich denke, wenn die Frage der Reparationen auftaucht, besteht eine gute Möglichkeit, daß sie mit uns mitmachen, vorausgesetzt, wir bieten ihnen eine Gegenleistung[29]."

Offenbar hielt Morgenthau den Zeitpunkt der Gegenleistung jetzt für gekommen, denn erneut vertauschte er die Rolle eines kaltherzigen Finanzmanns mit der eines freundlichen Dollardiplomaten und schlug dem Präsidenten vor, den Russen zehn Milliarden Dollar zu zwei Prozent Zinsen auf 35 Jahre zu gewähren, ihnen also wesentlich bessere Bedingungen einzuräumen, als sie selbst vorgeschlagen hatten[30]. Eine solche „Geste" der Vereinigten Staaten – auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler – würde, wie Morgenthau am 17. Jan.

zu Stettinius sagte, der Sowjetregierung endgültig beweisen, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, mit ihr für die Sache des Friedens zu arbeiten, und würden jeden Verdacht zerstreuen, den die Russen hinsichtlich der künftigen Politik der Vereinigten Staaten haben möchten[31]. Morgenthau hielt diese Vorschläge trotz ernster Warnungen des Außenministeriums aufrecht, das ihn über die sowjetrussischen Maßnahmen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn unterrichtet hatte – wahrscheinlich waren das die „gegenwärtigen Schwierigkeiten", von denen Morgenthau in seinem Schreiben an den Präsidenten vom 1. Jan. gesprochen hatte – und geltend machte, eine Drohung der Entziehung der Kredite wäre wohl das einzige Druckmittel, das den Vereinigten Staaten den Russen gegenüber zur Verfügung stünde. Der Gedanke, daß Morgenthau den Russen die Kredite als neues quid pro quo für deren Verzicht auf deutsche Reparationen in Form von Industrieerzeugnissen und vielleicht zur Zustimmung zum gesamten Morgenthauplan anbieten wollte, ist naheliegend, denn im Fall der Kreditgewährung hätten die Russen ihren Bedarf an Fertigwaren und Halbfabrikaten in den Vereinigten Staaten decken können und wären auf deutsche Erzeugnisse nicht länger angewiesen gewesen. Falls Morgenthau geglaubt haben sollte, er könne mit Stalin dasselbe Spiel treiben, das er mit Churchill in Quebec getrieben hatte, hat er sich allerdings getäuscht, denn die Kreditverhandlungen haben zu nichts geführt[32].

Roosevelt in Jalta

Auf die Verhandlungen der Konferenz von Jalta gehen wir nicht näher ein. In den bisher bekannt gewordenen Konferenzprotokollen ist der Morgenthauplan nicht erwähnt. Trotzdem schwebte dieser aber offenbar wie ein Schatten über den Deutschlandverhandlungen der Großen Drei, denn Morgenthaus Forderungen wurden von den Russen wiederholt herangezogen, wenn auch nicht mit ihrem Namen genannt. Schon der Meinungsaustausch des stellvertretenden Sowjet-Außenministers Majskij mit dem amerikanischen Botschafter Harriman vom 20. Jan. ließ erkennen, daß die Sowjetunion den Morgenthauplan benützte, um die Vereinigten Staaten zu Konzessionen zu bewegen, denn Majskij betonte, Deutschland müsse „industriell demilitarisiert" werden, und sprach sich für dessen Zerstückelung aus. Vor allem aber klangen Majskijs Worte, zwei oder drei Millionen Deutsche sollten in der Sowjetunion zehn Jahre oder länger Zwangsarbeit leisten und diese Zeit sollte auch der Umerziehung der Deutschen dienen, wie eine, wenn auch etwas mildere Wiederholung der genannten Bemerkungen Morgenthaus gegenüber dem Präsidenten vom 2. Sept. 1944[33]. Am 5. Febr. hat Majskij seine Demontage- und Reparationsforderungen in der Vollsitzung der Konferenz noch ver-

schärft[34]. Eine Einigung über die künftige Behandlung Deutschlands, einschließlich Demontagen, Reparationen und Zerstückelung kam aber in Jalta nicht zustande, wie auch die Erklärung der großen Drei vom 11. Feb. mit zugehörigen Protokollen ergibt[35].
Es ist behauptet worden, Roosevelts Verhalten in Jalta sei ein weiterer Beweis dafür, daß er vom Morgenthauplan abgerückt sei. Demgegenüber ist auf das allerdings minderwertige Buch des Sohns des Präsidenten, Elliott, *As He saw it* (1946) hinzuweisen[36], wo dieser behauptete, der Präsident habe den Morgenthauplan auf der Konferenz Stalin gegenüber befürwortet. Diese Behauptung darf nicht einfach als Propagandalüge abgetan werden, andererseits kann ihr übertriebene Bedeutung nicht zukommen. Daß sich Roosevelts Stellung zum deutschen Volk seit dem Herbst 1944 grundsätzlich nicht geändert hatte, geht auch daraus hervor, daß er am 4. Febr. zu Stalin in Jalta gesagt hat, er sei heute blutdürstiger als vor einem Jahr, und anschließend Stalin aufforderte, einen Toast auf die Hinrichtung von 50 000 deutschen Offizieren auszubringen[37].
Am 28. Feb., einen Tag nach seiner Rückkehr nach Washington, instruierte der Präsident Außenminister Stettinius, die Beschlüsse von Jalta, von den militärischen abgesehen, auszuführen[38]. Das Außenministerium kam diesem Ersuchen sofort nach und unterbreitete dem Präsidenten am 10. März eine „Draft Directive for the treatment of Germany", die von diesem am 12. März unterzeichnet wurde[39].

Das Informal Policy Committee on Germany

Am 15. März wurde vom Präsidenten auf Anregung von Stettinius ein *Informal Policy Committee on Germany* (IPCOG) bestellt, in das das Außenministerium, Kriegs-, Marine- und Finanzministerium und die FEA Vertreter entsandten und das unter dem Vorsitz des Assistant Secretary of State, Clayton, tagte. Dieser Ausschuß hatte wesentlich geringere Befugnisse als das *Cabinett Committee on Germany* vom Vorjahr.

Wie sich Roosevelt die Kontrolle der deutschen Wirtschaft vorstellte – Eine neue, sinistere Version von Roosevelts Suppenküchen-Bemerkungen

Am 22. März hat der Präsident Clayton empfangen und u. a. erklärt, er zweifle, ob die künftigen Besatzungsbehörden die deutsche Wirtschaft kontrollieren sollten, wie das in der neuen Draft Directive vorgeschlagen worden war, Maßnahmen, gegen die sich Morgenthau stets gewandt hat. Die Art der

Kontrollen, die er vorschlage, sei, „einen Ausschuß von, sagen wir, drei Deutschen zu bestellen, die das und das zu tun haben und wenn sie diese Dinge nicht tun, werden sie erschossen". Anschließend kam der Präsident auf seine Suppenküchen-Bemerkungen zurück, versah sie aber mit einer wichtigen Einschränkung: Die Suppenküchen sollten nur in Tätigkeit treten, wenn die Deutschen wirklich am Verhungern seien. Trotzdem soll aber Roosevelt bei dieser Gelegenheit gesagt haben, was die Zukunft der deutschen Industrie betreffe, seien seine Ansichten nicht extremistisch. Er sei für die Erhaltung solcher Industrien wie Lokomotiven- und Maschinenbau. Solange die Deutschen ihre Industrien für ihre eigene Versorgung benützten, erhebe er keine Einwendungen gegen das Fortbestehen einer umfangreichen deutschen Industrie. Er sei nicht für die Zerstörung des Bergbaus oder der gesamten Industrie[40].
Gemäß den Grundsätzen der neuen Draft Directive sollten, was die Entnazifizierung betraf, lediglich „aktive" Nazis, deren Zahl auf etwa zwei Millionen geschätzt wurde, aus dem öffentlichen Dienst oder den gehobenen Stellen im Wirtschaftsleben entfernt werden. Rüstungsbetriebe einschließlich kriegstechnischer Forschungsstellen sollten zerstört werden und den Deutschen sollte verboten sein, Betriebe oder Anlagen zur Herstellung von Flugzeugen, synthetischem Öl oder Gummi und von Leichtmetallen zu unterhalten. Die Betriebseinrichtungen sollten demontiert und nach den alliierten Ländern verfrachtet oder zerstört werden. Die Exporte der metallurgischen, insbesondere Maschinen- und der chemischen Industrien sollten vorläufig eingeschränkt, diese Industrien aber nicht ernstlich angetastet werden. Gleichzeitig sollten Landwirtschaft, Bergbau und leichte Industrien gefördert werden. Demontagen sollten vor allem dazu dienen, Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa zu brechen und die Dauer der Reparationen sollte zehn Jahre sein. Die Sicherstellung eines „Mindestmaßes an Nahrung, Kleidung, Wohnraum und Arzneimitteln" sollte Lieferungen von Reparationen vorgehen und der Kontrollrat für Deutschland sollte befugt sein, angemessene Kontrollen für die ganze deutsche Wirtschaft, einschließlich Rationierung, Höchstpreise, Mindestlöhne, anzuordnen, und versuchen, eine übermäßge Inflation zu verhindern. Deutsche Zentralbehörden sollten nach Möglichkeit erhalten oder wiederaufgebaut werden und unter Leitung des Kontrollrats arbeiten. Das Erziehungswesen sollte einheitlich kontrolliert werden und anscheinend sollte der Unterricht an allen Lehranstalten weitergehen.
Trotz der Schwere des vom Außenministerium vorgesehenen Wirtschaftsprogramms war das ein weiter Schritt weg von dem, was Morgenthau forderte, und Morgenthau hat die Draft Directive sofort abgelehnt. Am 15. März konnte er feststellen, daß auch das Kriegsministerium die Direktive ablehnte, wenn auch aus anderen Gründen. Am 19. März informierte McCloy Morgenthau, Stimson habe mit dem Präsidenten über die neue Direktive gesprochen,

der erklärte, er erinnere sich nicht, ein solches Dokument unterzeichnet oder gesehen zu haben[41].

Morgenthaus Schreiben an den Präsidenten und das Außenministerium vom 20. März 1945

Am 20. März übergab dann Morgenthau dem Präsidenten ein Schreiben[42], in dem er ausführte, lediglich er, der Präsident, könne beurteilen, ob die neue Direktive mit den Beschlüssen von Jalta zu vereinbaren sei. Er selbst sei überzeugt, sie stehe mit Roosevelts Absichten im Widerspruch, da sie für die Beibehaltung deutscher Zentralbehörden, eines erheblichen Teils der Schwerindustrie und für zahlreiche Kontrollmaßnahmen von seiten der Besatzungsbehörden zum Schutz der deutschen Wirtschaft eintrete. Er schlage daher eine Umarbeitung der Direktive vor, die folgenden Grundsätzen Rechnung trage:
„*1. Wir sollten vermeiden, irgendwelche Verantwortung für das Funktionieren der deutschen Wirtschaft zu übernehmen und sollten davon absehen, die deutsche Wirtschaft zu kontrollieren. Die Aufrechterhaltung und Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft ist eine deutsche Angelegenheit und sollte von uns weder zum Zweck der Einziehung von Reparationen noch aus andern Gründen gefördert werden, vom Zweck der Sicherheit der Besatzungstruppen abgesehen.*
2. Wir sollten die größtmögliche Verminderung der deutschen Schwerindustrie sowie die Eliminierung des deutschen Kriegspotentials anstreben. Die Besatzungstruppen sollten keine Verantwortung für die Versorgung des deutschen Volks mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern übernehmen, außer, soweit das zur Vermeidung von Hungertod, Krankheiten und Unruhen, welche die Besatzungstruppen gefährden könnten, erforderlich ist.
3. Während der Zeit der militärischen Besetzung sollten die erforderlichen Maßnahmen in den einzelnen Besatzungszonen durch einen Kontrollrat vereinheitlicht werden; die eigentliche Durchführung des alliierten Programms sollte aber auf die Dezentralisierung des politischen Gefüges Deutschlands hinstreben.
In einem gleichzeitigen Schreiben an den Außenminister erhob Morgenthau dieselben Bedenken und machte geltend, die Direktive sei auch mit dem Abkommen von Quebec v. Sept. 1944 nicht vereinbar und stünde der – angeblichen – Absicht der Großen Drei, Deutschland zu teilen, im Wege[43].

McCloy arbeitet Grundzüge einer neuen Direktive aus

Stettinius war nicht der Mann, dem gemeinsamen Druck von Morgenthau und Stimson zu widerstehen, und McCloy arbeitete eine „Summary of United States initial post defeat policy relating to Germany" aus[44], auf deren Grundlage eine neue, die Direktive vom 10. März ersetzende Anweisung ausgearbeitet werden sollte. Diese Richtlinien, die Kontrollen zum Schutz der deutschen Wirtschaft durch die Besatzungsbehörden nur in engen Grenzen zulassen wollten, näherten sich insoweit Morgenthaus Standpunkt, gingen aber, obwohl sie sich die „Zerstörung des deutschen Kriegspotentials" zum Ziel setzten, längst nicht so weit wie der Morgenthauplan. Trotzdem erklärte sich Morgenthau mit ihnen nach unwesentlichen Änderungen einverstanden. Am 23. März wurde diese Urkunde vom Präsidenten unterzeichnet mit dem Zusatz, die Direktive vom 10. März werde durch sie außerkraftgesetzt[45].

Isador Lubin, ein gelehriger Schüler Morgenthaus

Am 11. Febr. war von den Großen Drei in Jalta die Errichtung einer Reparationskommission mit dem Sitz Moskau beschlossen worden. Am 11. März ernannte Roosevelt den Wirtschaftssachverständigen Isador Lubin zum amerikanischen Mitglied der Kommission, der kurz nach seiner Ernennung zu DuBois gesagt haben soll, seine Reparationspläne würden Deutschland nur leichte Industrien belassen. Kurz darauf soll er erklärt haben, erhalte er nicht 95 Prozent von dem, was er wolle, werde er zurücktreten[46]. Schon am 22. März hatte Lubin ein Schriftstück fertig, das den Aufgabenkreis des amerikanischen Mitglieds der Kommission und die künftige amerikanische Reparationspolitik umreißen wollte und das er dem Präsidenten mit dem Anheimgeben übersandte, es als Grundlage für die ihm (Lubin) zu erteilenden Instruktionen zu benützen. Obwohl der Präsident auf dieses Schreiben anscheinend nichts veranlaßt hat, ist es für uns von besonderer Bedeutung, denn es entpuppt sich als neuer, auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkter Morgenthauplan. Da die Ähnlichkeit von Lubins Forderungen mit Morgenthaus De-Industrialisierungs-Vorschlägen auffällt und da Morgenthau am 11. Apr. 1945 mit Bezug auf Lubin zu Roosevelt gesagt haben soll: „Wir helfen ihm und haben die Sachen für ihn geschrieben"[47], muß man annehmen, daß Lubins Schreiben v. 22. März in Morgenthaus Ministerium ausgearbeitet worden ist. Wir heben aus ihm folgende Abschnitte hervor:
„A. Reparationen sollen in größtmöglichem Umfang dem deutschen Nationalvermögen entnommen werden, wie es zur Zeit des Zusammenbruchs vorhanden ist, einschließlich Maschinen, Fabrikeinrichtungen und -anlagen, besonders

der metallurgischen, elektrischen und chemischen Industrie (einschließlich aller Werke zur Herstellung synthetischen Öls, synthetischen Stickstoffs und synthetischen Gummis), Schiffe, Eisenbahnmaterial ...
B. Zurückstellung (der Errechnung) des Gesamtbetrags und Verteilungsschlüssels der deutschen Reparationen sollte die sofortige Entfernung von Anlagen, Einrichtungen und Rohstoffen ... aus Deutschland nicht beeinflussen ...
C. Wir sind gegen jedes Reparationsprogramm, das zu seiner Durchführung auf weitgehende Kontrollen und die Verantwortung (der Besatzungsbehörden für die deutsche Wirtschaft) angewiesen wäre".
Aus diesem Grund sollten auch Reparationen in Form von wiederkehrenden Leistungen möglichst klein sein und hauptsächlich aus Kohle, Erzen, Holz und sonstigen Rohstoffen bestehen. Die am Schluß des Schreibens mitgeteilte Liste von Industrien, die erhalten werden könnten, geben wir in wörtlicher Übersetzung wieder:
„Kohlenbergbau; Erzbergbau; Salinen; Pottascheförderung; Erdölraffinerien; Steine; Keramik; Porzellan; Glas; optische Instrumente; Uhren; Textilwaren; Teppiche; Papier; Zellulose; Papiermasse; Druckerei; Verlagswesen; Leder, Gummiwaren (nicht synthetisch); Sägewerke; Holz; Möbel; Musikinstrumente; Spielwaren; Nährmittelindustrie; Getreidemühlen; Bäckereien; Pralinen und Zuckergebäck; Fische; Fleisch; Molkereien; Margarine; Büchsenkonserven; Kaffee; Brauereien; Wein, Tabak; Kleidung; Pelzwaren; Schuhe; öffentliche Versorgungsbetriebe; Transportwesen; Bauwesen".
In einem Schriftstück v. 24. März nannte der zuständige Sachbearbeiter im Außenministerium Lubins Schreiben
„die weitaus extremste Darlegung der Doktrin des Finanzministeriums zur wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands, die ich je gesehen habe. Es befürwortet die Pulverisierung der deutschen Industrie und lehnt jeden Versuch ab, die deutsche Wirtschaft umfassend zu kontrollieren. Dieses Ziel (der „Pulverisierung") soll jetzt auf dem Weg über Reparationen erreicht werden, auf die Weise, daß die Leistung von Reparationen durch (demontierte Fabrik-) Einrichtungen statt durch Industrieerzeugnisse erfolgt. Es ignoriert völlig die Tatsache, daß die Russen fest entschlossen sind, umfangreiche Reparationen zu erhalten, einschließlich Reparationen in Form von Industrie-Erzeugnissen"[48].

Roosevelts letztes amtliches Schreiben zur Deutschlandpolitik vom 6. April 1945

Am 6. April 1945 schrieb der Präsident dem Außenministerium mit Bezug auf die künftige Deutschlandpolitik u. a.:
„Ich, denke, unsere Haltung sollte eine solche des Nachdenkens und der Ver-

tagung sein. Mein ursprünglicher Gedanke, den ich auch jetzt noch vertrete, war die Eliminierung des Worts „Reich". Diese Angelegenheit geht weiter als (die Frage von) Zahlungen, die sehr stark das Problem beeinflussen, was Deutschland in zehn oder zwanzig Jahren sein wird"[49].

Dieses letzte amtliche Schreiben Roosevelts zur Deutschlandfrage dürfte dartun, daß sich dieser auch weiterhin nicht festlegen wollte, nicht einmal in der Frage der Zerstückelung, im Gegensatz zu zahlreichen früheren Verlautbarungen.

[1] Diese von Morgenthau McCloy gegenüber gemachte, nicht genau datierbare Bemerkung hat letzterer dem Abteilungsleiter im Außenministerium Matthews mitgeteilt, der darüber am 4. 11. Stettinius berichtete (vgl. *Jalta-Dokumente*, 165).

[2] über das Handbuch vgl. Woodward, aaO, 474

[3] Das Schriftstück ist abgedruckt in *Jalta-Dokumente*, 163 ff. Eine leicht abweichende (und wohl frühere) Fassung ist enthalten *Morgenthau Diary (Germany)*, 719 ff. Auch das Kriegsministerium machte in einer Niederschrift McCloys Bedenken gegen das britische Handbuch geltend; *ebd.*, 721; 726 f

[4] *Morgenthau Diary (Germany)*, 724; vgl. auch Blum III, 303 f. Bei der von McCloy erwähnten Mitteilung Roosevelts an das Außenministerium handelte es sich höchstwahrscheinlich um seine Antwort v. 20. 10. (*Jalta-Dokumente*, 158 f) auf Hulls Denkschrift v. 29. 9. (nicht „October memorandum", wie in Blum, aaO behauptet wird). In Roosevelts Schreiben wurde u. a. ausgeführt, „die Frage einer möglichen Teilung Deutschlands sollte (vorläufig) nicht entschieden werden". Der Präsident meinte weiter, er wünsche die in der Denkschrift des Außenministeriums genannten „wirtschaftlichen Ziele" mit den zuständigen Vertretern des Außenministeriums zu diskutieren. Offenbar wollte Roosevelt in allen diesen Fragen weiter einer Entscheidung ausweichen.

[5] Vgl. Luxfords Niederschrift vom 1. 11. 1944, *Morgenthau Diary (Germany)*, 727, wo ausgeführt wird: „Der Finanzminister erklärte bei der Überreichung der Urkunde an Lord Cherwell, ihr Inhalt stelle die Auffassung des Finanzministeriums dar. Er sagte, McCloy hätte sie durchgesehen und sei mit ihr völlig einverstanden. Er erklärte weiter, er habe McCloy gegenüber die Aushändigung der Niederschrift an Lord Cherwell für wünschenswert erklärt und McCloy habe ‚gefühlt', es sei eine ausgezeichnete Idee, das Schriftstück auf dem Weg über Lord Cherwell in Churchills Hände gelangen zu lassen." Blum wollte sich diese Bemerkungen anscheinend zu eigen machen und behauptete (aaO, 385), McCloy habe Morgenthau ermuntert, Lord Cherwell den Plan des Finanz- „und Kriegsministeriums" zu erläutern. Ein solches Verhalten McCloys wäre einer nachträglichen Anerkennung der Hauptgrundsätze des Morgenthauplans gleichgekommen, die Stimson von Anfang an erbittert bekämpft hat, in dessen Auftrag McCloy handelte. In der in Anmerkung 1 genannten Mitteilung von Matthews an Stettinius heißt es außerdem noch: „Nebenbei bemerkt, hat mir McCloy gesagt, er habe sein Bestes getan, Morgenthau davon abzubringen, ein derartiges Schriftstück Lord Cherwell zu überreichen". Blums Darstellung dieser Angelegenheit stimmt daher zweifellos nicht.

[6] Woodward: aaO, 474; „impertinent" hat außer der Bedeutung „unerheblich", die wir vorgezogen haben, auch die von „unverschämt". Der Zusammenhang macht nicht ganz klar, ob die eine oder andere Bedeutung gemeint ist.

[7] abgedruckt in NYT, 22. 10., 1, Sp. 8

[8] Morgenthau hatte die Kandidatur von Stettinius am 27. 11. Mrs. Roosevelt gegenüber unterstützt, wofür sich Stettinius warm bedankt hat, vgl. Blum III, 393

[9] NYT, 2. 10. 1944, 20, Sp. 3. Der 1956 gestorbene Senator war später lange Zeit Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Senats.

[10] Vgl. NYT, 13. 11. 1944, 1, Sp. 2. Kilgore erklärte weiter: „Es genügt nicht, das nazistische, militärische und politische Führertum Deutschlands zu zerstören. Deutschlands industrielle Führerschicht muß ebenfalls zerstört werden ... Die Bestrafung von 10 000 führenden, imperialistisch eingestellten Industriellen ist wirksamer als die Bestrafung einer Million kleiner Nazis."

[11] *Morgenthau Diary (Germany)*, 758

[12] *Jalta-Dokumente*, 166; 171; 173 f

[13] *Jalta-Dokumente*, 171; 172, Anm.

[14] *Jalta-Dokumente*, 174. Der Satzteil „Wir sind gegen Reparationen" sollte wahrscheinlich besagen: „Wir sind gegen Reparationen in Form von Geldleistungen"; vielleicht war Roosevelt (wie Morgenthau) auch gegen Reparationen in Form von Industrieerzeugnissen.

[15] abgedruckt in *Foreign Relations 1944*, Bd. III, 78

[16] Das Schreiben ist abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 858 ff; über die Übergabe des Schreibens an die Sekretärin vgl. 858, Anm.

[17] abgedruckt in *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 378 ff. Die finanziellen, hauptsächlich von B. Bernstein ausgearbeiteten Teile der Direktive wurden erst am 6. 2. fertiggestellt (vgl. Hammond, aaO, 400 ff).

[18] *Jalta-Dokumente*, 178 ff

[19] abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 879 ff; Morgenthau kam bei dieser Gelegenheit auch ausführlich auf seine gleich zu erwähnenden Kreditpläne für die Sowjetunion zu sprechen.

[20] abgedruckt (mit Datum v. 19. 1.) in *Jalta-Dokumente*, 175 f

[21] Vgl. die Niederschrift über diese Aussprache in *Morgenthau Diary (Germany)*, 898 ff. Bei dieser Gelegenheit kam White, der Vertreter Morgenthaus, auch ausführlich auf die Zukunft des Ruhrgebiets zu sprechen

[22] Woodward: aaO, 474, Anm. 1

[23] Telegramm v. 22. 10. 1944; *Jalta-Dokumente*, 159 f

[24] Vgl. NYT, 7. 11. 1944

[25] Am 7. 11. 1944 hatte Stimson Morgenthau ein vom Kriegsministerium ausgearbeitetes Gutachten übersandt, das betonte, die Sowjetunion werde wahrscheinlich auf erheblichen Reparationen in Form von deutschen Industrieprodukten und Kohle bestehen; vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 770, 777. Am 25. 1. 1945 sagte ein Tass-Korrespondent einem Mitarbeiter Morgenthaus, er glaube, die Sowjetregierung sei für eine Einschränkung, nicht aber für die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und für die „Demokratisierung" der deutschen Wirtschaft; *ebd.*, 910

[26] Über die Geschichte dieser Verhandlungen und Morgenthaus Beteiligung vgl. Blum III, 880 f

[27] *Jalta-Dokumente*, 310 ff

[28] *Jalta-Dokumente*, 309 f

[29] Blum III, 387.

[30] aaO, 315

[31] *Morgenthau Diary (Germany)*, 881; vgl. *Jalta-Dokumente*, 319 f (auch zum Folgenden); vgl. auch Blum III, 306

[32] Der Verdacht, daß Morgenthau den Russen die Kredite als Gegenleistung für Entgegenkommen in der Deutschlandfrage anbieten wollte, wird dadurch verstärkt,

daß er den Präsidenten zu überreden suchte, Verhandlungen über die Kredite in Jalta zu beginnen, was aber Roosevelt ablehnte; vgl. Blum III, 305

[33] Über Majskijs Unterhaltung mit Harriman vgl. *Jalta-Dokumente*, 176 ff

[34] aaO, 620 f. Majskijs Bemerkungen veranlaßten Churchill zum Geständnis, er werde vom Gespenst eines verhungernden Deutschlands verfolgt. Majskijs Antwort war, Deutschland werde auch unter dem von ihm vorgeschlagenen Programm einen ausreichenden Lebensstandard sichern können, *ebd.*, 622 f, ohne aber – ebenso wie Morgenthau – den Beweis für seine Behauptung anzutreten. Wenn Roosevelt bei dieser Gelegenheit sagte: „Ich stelle mir ein Deutschland vor, das für seinen eigenen Unterhalt sorgt und nicht verhungert ... Lassen wir Deutschland genügend Industrie und Arbeit, daß es nicht verhungert" *(ebd.*, 632), würde das andeuten, daß der Präsident bei dieser Gelegenheit die Auffassung des Außenministeriums teilte, die Sicherung eines Minimum-Lebensstandards müsse den Vorrang vor Reparationsleistungen haben.

[35] Stalins Forderung der Zerstückelung Deutschlands wurde in Jalta von Roosevelt warm unterstützt, aber von Churchill bekämpft. Vielleicht war es daher Roosevelts schlechter Gesundheitszustand, der ihn veranlaßte, in dieser Frage Churchill nachzugeben; so Smith, Gaddis: *American diplomacy in World War II.* 1965, 133

[36] aaO, 233. Elliot Roosevelt war in Jalta und hat zahlreiche damalige Bemerkungen des Präsidenten, soweit sie die Sowjetunion betrafen, richtig wiedergegeben.

[37] *Jalta-Dokumente*, 571; über die Vorgeschichte des Toasts vgl. *Teheran-Dokumente*, 554. Wenn die in Anm. 34 mitgeteilte Äußerung Roosevelts den Eindruck macht, er wolle es nicht auf das Verhungern der Deutschen ankommen lassen, kann demgegenüber auf folgenden Wortwechsel des Präsidenten mit seinem Schwiegersohn, Oberst Boettiger, von Mitte März 1945 hingewiesen werden: „John (Boettiger): ‚You don't want them (die Deutschen) to starve?'" The President said: „Why not?". *Morgenthau Diary (Germany)*, 1050.

[38] Vgl. *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 433

[39] abgedruckt in *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 434 ff; über das Datum der Unterzeichnung durch den Präsidenten vgl. 434, Anm. Vgl. auch *Morgenthau Diary (Germany)*, 953 ff

[40] Über Claytons Aussprache mit Roosevelt vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 1117. Über Roosevelts neue Version der Suppenküchen-Bemerkungen und über den „Ausschuß der drei Deutschen" vgl. auch Hammond: aaO, 417 f. Hammond gibt Roosevelts „Ausschuß"-Bemerkungen wie folgt wieder: „He [Roosevelt] said that his idea about governing Germany would be to appoint a committee of say three Germans. They would be told to do thus and thus and so, and if they didn't do we would take them out and shoot them and get three more Germans."

[41] *Morgenthau Diary (Germany)*, 1029. Vgl. auch Blum III, 425, wo ausgeführt wird, Rosenman habe am 12. 4., dem Todestag Roosevelts, zu Morgenthau gesagt, in letzter Zeit hätte ein jeder den Präsidenten veranlassen können, irgend etwas zu unterzeichnen. Der Präsident habe oft den Inhalt unterzeichneter Urkunden nicht gekannt.

[42] abgedruckt in *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 464 f

[43] Morgenthau wollte sich jetzt also mit einer „greatest possible contraction" der Schwerindustrie zufrieden geben und von der Zerstörung der Bergwerke war nicht mehr die Rede.

[44] abgedruckt in *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 471 ff

[45] *ebd*, 471, Anm. 9. Die Erklärung wurde von Morgenthau und einigen andern mitunterzeichnet.

[46] Über Lubins Ernennung vgl. *Department of State. Bulletin*, 18. 3. 1945, 434; vgl. auch Blum III, 403. Lubins gleich zu nennendes Schreiben an Roosevelt ist abge-

druckt in *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 1179 ff. Truman hat dann den Multimillionär Pauley anstelle von Lubin zum amerikanischen Mitglied der Kommission ernannt.

[47] Blum III, 419

[48] abgedruckt in *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 1181 f. Vgl. auch das anschließend abgedruckte Schreiben des Außenministeriums v. 24. 3. mit Grundsätzen für eine künftige amerikanische Reparationspolitik, wo als Aufgabe der amerikanischen Regierung u. a. die „Verhinderung eines Reparationsprogramms" bezeichnet wird, „das uns vor die Alternative stellen würde, massenweises Verhungern in Deutschland zu dulden oder eine langdauernde Verantwortung für Hilfsmaßnahmen für das deutsche Volk" zu übernehmen.

[49] teilweise abgedruckt in *Foreign Relations 1945*, Bd. III, 321. Das ganze Schreiben ist hier in Faksimile abgedruckt. Roosevelts Schreiben war die Antwort auf ein dem Verfasser nicht bekanntes Schreiben Winants zur Deutschlandfrage, das sich wohl vor allem mit Reparationen befaßte, worauf sich Roosevelts Ausdruck „Zahlungen" zu beziehen scheint.

Fünfzehntes Kapitel

BARUCHS LONDONER MISSION

Baruch, der „Kenner" der deutschen Seele

Bernard Manes Baruch (1870–1965), der sich mit Stolz als Spekulanten bezeichnete, aber nicht versäumte, dabei auf den eigentlichen Sinn des lateinischen *speculari* hinzuweisen, war einer der bedeutendsten amerikanischen Finanzleute seiner Zeit. Schon während des Ersten Weltkriegs war Baruch Berater des Präsidenten Wilson. Aus dieser Zeit datiert seine Freundschaft mit Churchill, den er mitunter bei Spekulationen beraten haben soll[1]. Anschließend gehörte er der amerikanischen Friedensdelegation an, bearbeitete insbesondere Reparationsfragen und ist schon damals, allerdings vergeblich, für große deutsche Reparationslieferungen an Frankreich in Form von demontierten Industrieeinrichtungen sowie durch Zwangsarbeit Deutscher in den im Westen zerstörten Gebieten eingetreten[2]. Das wäre die beste Politik, Deutschland niederzuhalten, denn Baruch habe die deutsche Seele gekannt und gewußt, daß für die Deutschen Frieden nur ein Intervall zwischen Kriegen sei[3].

Baruch befürwortet den Morgenthauplan

Baruch war auch lange Berater des Präsidenten Roosevelt, zu dessen Wahlen er erhebliche Mittel beigesteuert und den er häufig im Weißen Haus besucht hat. Morgenthau kannte er durch dessen Vater, und am 18. Okt. 1944 sagte er zu diesem, er habe soeben mit dem Präsidenten über die Deutschlandfrage gesprochen und bekenne sich zum Morgenthauplan[4].

Ein wichtiges Dokument

Am 9. Dez. sandte der Präsident Morgenthau die Abschrift eines Schreibens vom 14. Nov., dessen Verfasser nicht genannt ist, das aber, wie Inhalt und Stil zeigen, zweifellos von Baruch herrührte[5].

Deutschland, so wird behauptet, hätte zur Vorbereitung des Ersten Weltkriegs und Deutschland und Japan hätten zur Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs durch „sweated labor" sowie durch von der Regierung subventionierte Exporte zum Zweck der Expansion ihrer Kriegswirtschaft den Wohlstand und die Konkurrenzfähigkeit der übrigen Welt zu vernichten gedroht. Schon vor dem Ersten Weltkrieg seien die Deutschen dabei gewesen, die Welt industriell zu erobern. Nach dem Ersten Weltkrieg habe Deutschland seine Dumping-Politik in verstärktem Maße fortgesetzt. Es sei daher nötig, nach dem Krieg die industrielle Betätigung der Deutschen zu beschränken und zu verhindern, daß deutsche Waren solche der übrigen Welt erneut durch unfaire Machenschaften vom Weltmarkt verdrängen. Alle deutschen Auslandsguthaben seien zu beschlagnahmen und zu Reparationen heranzuziehen. Baruch entwickelte weitere Grundsätze für die künftige Reparationspolitik, die im wesentlichen im „Baruch-Plan" vom 18. März 1945 wiederkehren.

Wir weisen hier noch auf einige Gedankengänge hin, die in Baruchs späteren Stellungnahmen fehlen oder dort anders formuliert sind: Russland müsse seiner Sicherheit wegen einen „cordon sanitaire of défense" erhalten, der offenbar aus deutschem Gebiet bestehen sollte. (Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Baruch den Ausdruck „cordon sanitaire" im damals üblichen Sinn gebraucht und gleichzeitig die Sowjetunion beschimpft). Falls die Russen deutsche Zwangsarbeiter haben wollten, sollten sie diese zu angemessenen Bedingungen erhalten. Es sei nicht einzusehen, warum das Ruhr- und Saargebiet nicht unter britische oder „gemeinschaftliche" Kontrolle gestellt werden sollten. In Afrika sollte ein Staat errichtet werden, in den Emigranten und Flüchtlinge von überall her aufgenommen werden sollten, die „Vereinigten Staaten von Afrika", die unter Verwertung neuester technischer Errungenschaften aufgebaut werden sollten.[6]

Baruch und Roosevelt

Anfang März 1945 hatte Baruch wieder eine Unterhaltung mit dem Präsidenten und anscheinend eine weitere am 13. März. „Ich wünsche, daß Sie Winston sehen", habe der Präsident gesagt. „Sie sind der einzige Mensch, der mit ihm reden kann"[7]. Der Präsident habe weiter gesagt, Baruch solle nach London und mit Churchill den künftigen Frieden betreffende Fragen besprechen. Der eigentliche Anlaß zur Reise sei aber ein Besuch von Harry Hopkins gewesen, der in dunklen Andeutungen von Schwierigkeiten gesprochen habe, die Roosevelt zur Zeit mit Churchill habe[8]. Anscheinend hat Baruch noch am 13. März Morgenthau über seine Unterredung mit dem Präsidenten unterrichtet und Morgenthau sagte zu einigen Mitarbeitern, Baruchs Ansichten über Deutschlands Zukunft seien völlig all right. Als Baruch mit dem Präsidenten über den

Morgenthauplan gesprochen habe, habe er zu diesem gesagt: „Henry hat recht“ und, so fügte Morgenthau hinzu, vielleicht werde man den Morgenthauplan bald Baruch-Plan nennen[9].
Am 17. März meldete die Presse, Baruch werde in etwa zwei Wochen nach England reisen, hauptsächlich, um mit Churchill über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft zu verhandeln. Baruch befürwortete einen strengen Frieden, eine lange Besatzungszeit und die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie. Seine Pläne seien aber nicht so radikal wie die Morgenthaus[10]. Baruch weiß in seinen Memoiren über diese Vorgänge wenig zu berichten. Es sei ihm nicht gelungen, vom Präsidenten klare Instruktionen zu erhalten[11].

Baruch fliegt am 28. März 1945 nach London

Am 19. März, also erst nach Bekanntgabe des Bevorstehens der Baruch-Reise, hat dann Roosevelt, wie Baruch weiter berichtet, an Churchill gekabelt, er wäre froh, wenn dieser „Bernie“ sehen würde, der, wie er wisse, einer seiner ältesten Freunde sei. Churchill antwortete, Baruch sei jederzeit willkommen. Letzterer flog am 28. März im Flugzeug des Präsidenten nach London, trug dort die Uniform eines amerikanischen Generals und hatte mit Churchill zahlreiche Unterhaltungen „intimster Art“. Auch an verschiedenen Sitzungen des britischen Kriegskabinetts hat er teilgenommen und hatte u. a. mit Eden, Attlee, Sir John Anderson, Morrison und Bevin Aussprachen[12]. Anfang April wurde Baruch in Begleitung Churchills vom König von England empfangen[13]. Am 12. April war er als Gast Churchills in einem exklusiven Klub. Die heitere Stimmung wurde durch die Nachricht von Roosevelts Tod jäh unterbrochen und Baruch beschloß, am nächsten Tag nach Washington zu fliegen, um an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilzunehmen.

Die Soldatenzeitung „Stars and Stripes“ interviewt Baruch

Anscheinend erfolgten Baruchs Verhandlungen in London in einer Atmosphäre völliger Verschwiegenheit. Irgendwelche diese Aussprachen betreffende Niederschriften liegen offenbar nicht vor. Am 4. April hatte Baruch jedoch einem Mitarbeiter der amerikanischen Soldatenzeitung *Stars and Stripes* ein Interview gewährt, in dem er ausführte: „Wir müssen Deutschland und Japan für mindestens eine Generation de-industrialisieren. Wir müssen auch Vorsorge treffen, daß diese Länder mit ihren Hungerlöhnen die Welt nicht erneut mit ihren billigen Erzeugnissen überschwemmen und dadurch die Lebenshaltung der Länder der Vereinten Nationen unterhöhlen[14].“ Nach seiner eigenen

späteren Darstellung hat Baruch damals in London weiter die Auffassung vertreten, die Eliminierung Deutschlands und Japans vom Welthandel werde Großbritannien eine einzigartige Möglichkeit bieten, seinen Außenhandel zu erhöhen[15]. Churchills Frage, was im Fall der De-Industrialisierung Deutschlands mit den „armen flachshaarigen deutschen Kindern" geschehen soll, soll Baruch mit der Bemerkung beantwortet haben: „Denken Sie an die Kinder Englands"[16].

Der Baruch-Plan

Am 1. Juni veröffentlichte dann die *New York Times* eine Verlautbarung Baruchs mit dem Datum 18. März 1945[17]. Danach wäre sie etwa zehn Tage vor Baruchs Abreise nach London fertiggestellt worden. Man darf daher annehmen, daß dieses Dokument, das sich fast ausschließlich mit der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands beschäftigte (wenn auch Japan nebenher erwähnt wurde) und dessen Hauptgrundsätze dieselben sind wie die des Interviews vom 4. April, die Grundlage für Baruchs Verhandlungen in London bildete, und wir bezeichnen es daher als Baruch-Plan[18]. Das vom Verf. gekürzte und übersetzte Dokument v. 18. März hat folgenden Wortlaut[19]:
„1. Das wichtigste, den Abschluß und die Aufrechterhaltung des künftigen Friedens betreffende Problem ist, möglichst rasch zu entscheiden, was mit Deutschland und Japan geschehen wird. Wir können eine solche Ordnung auf einem Fundament von Granit oder Streusand errichten ...
2. Für mindestens fünf und vielleicht sieben Jahre nach Wiederherstellung des Friedens wird eine ungeheure Nachfrage nach allem bestehen, nach Rohstoffen, Industrie-Erzeugnissen, Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnraum, Transportwesen und Kapital. Am Ende dieses Zeitraums wird sich herausstellen, ob das, was mit Deutschland und Japan geschieht, uns zum Verhängnis oder zum Segen gereicht. Falls die Regelung klug ist, wird die Nachfrage fortdauern. Falls wir jedoch Deutschland und Japan törichterweise erlauben – oder durch eine unvernünftige Reparationspolitik zwingen – mit ihren für Hungerlöhne arbeitenden Arbeitern auf dem Weltmarkt in Wettbewerb zu treten, wird dieser Wettbewerb seine Rückwirkung auf die Vereinten Nationen haben und wird geringere Löhne und Unternehmergewinne und wirtschaftlichen Niedergang zur Folge haben ...
3. Was wird unsere Politik Deutschland gegenüber sein? Wird Deutschland für eine gewisse Zeit in drei oder vier Besatzungszonen geteilt und dann als Ganzes wiederhergestellt oder ist die Besetzung Grundlage einer dauernden Zerstückelung? ...
4. Werden die Vereinten Nationen solche Reparationen fordern, die die Deutschen zwingen, mit Hochdruck zu arbeiten, so daß Deutschland erneut ein hochindustrialisiertes Land und eine Weltgefahr wird?

5. In dieser Hinsicht müssen drei miteinander eng verwandte Gesichtspunkte vor Augen gehalten werden:
a) Wir müssen verhindern, daß Deutschland und Japan als große Industriestaaten wiederhergestellt werden.
b) Wir müssen verhindern, daß Deutschland und Japan sich erneut in den internationalen Exporthandel einschalten. Dadurch, daß wir den subventionierten Wettbewerb von 170–180 Millionen für Hungerlöhne arbeitenden Deutschen und Japanern ausschalten ... entziehen wir dem Feind nicht nur die Mittel zum Kriegführen, sondern wir vergrößern die industriellen Möglichkeiten der übrigen Welt. Wir verschaffen den Vereinten Nationen mehr und mehr Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten, die sie befähigen, einen Teil ihrer Kriegskosten mit erhöhten Gewinnen und Steuereinnahmen zu tilgen. Wir machen für die Industrialisierung bisher unterentwickelter Länder Platz. Unsere landwirtschaftlichen und sonstigen Erzeugnisse, die uns Deutschland nicht länger abnimmt, werden nach anderen Ländern ausgeführt, deren industrielle Tätigkeit zunimmt. Statt mit Deutschland werden die Vereinten Nationen untereinander mehr Handel treiben.
c) Wir müssen unsere Lebensstandards schützen und erhöhen und wir erhöhen dadurch die Lebensstandards der ganzen Welt ...
6. Die vorstehenden Überlegungen rechtfertigen folgende oberste Grundsätze für die Reparationspolitik: Reparationen müssen im Einklang mit Deutschlands Zahlungsfähigkeit und im Rahmen folgender drei Begrenzungen festgesetzt werden: Erstens, Deutschlands Reparationsleistungen dürfen nicht zu einer Wiederherstellung seines Kriegspotentials beitragen; zweitens, Deutschlands Reparationen dürfen zu keiner Schmutzkonkurrenz im Exportgeschäft führen und drittens, seine Reparationen dürfen die Lohn- und Lebensstandards (der Siegerstaaten) nicht gefährden. Sollten diese allgemeinen Richtlinien Billigung finden, wird das Reparationsproblem hauptsächlich darin bestehen,
a) die Zahlungsfähigkeit Deutschlands innerhalb der genannten drei Begrenzungen zu bestimmen;
b) die Ansprüche der verschiedenen Vereinten Nationen festzustellen und
c) im Weg von Verhandlungen festzustellen, welche der konkurrierenden Ansprüche der verschiedenen Länder Deutschland bezahlen kann.
7. Die „Reparationen", von denen ich hier spreche, sind solche von längerer Dauer. Die Frage der Rückgabe geplünderten Eigentums, das die Nazis entwendet haben, gestohlene Vermögen, Ausplünderung von Kirchen oder religiösen Gruppen ... kann im Einklang mit bestehenden Rechtsordnungen erfolgen. Solches Eigentum sollte den rechtsmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden. Da es sich hier um greifbares Eigentum handelt, kann darüber mit einem Schlag zusammen mit Deutschlands ausländischen Vermögenswerten verfügt werden.

8. Hinsichtlich der Frage von Reparationen durch Sachlieferungen und durch deutsche Arbeitskräfte ... werden die verschiedenen Länder durch verschiedene Erwägungen geleitet. Deutschland wird Kohle nach den Nachbarländern ausführen müssen, ebenso Pottasche und etwas Stahl. Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Wiederausfuhr solcher Lieferungen sind erforderlich. Dem Nutzen solcher Sachlieferungen müssen die Gefahren gegenübergestellt werden, die sich aus der Aufrechterhaltung oder einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ergeben würden. Vorsicht in dieser Hinsicht ist in der ganzen Reparations- und Besatzungspolitik von besonderer Wichtigkeit. Der Gedanke, ein Maximum an Reparationen zu erhalten, könnte in manchen den Gedanken aufkommen zu lassen, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Solche Leute werden dann geneigt sein, sich auf die Besetzung als einzige Schutzmaßnahme gegen einen neuen deutschen Angriffskrieg zu verlassen.
9. Da die Wirkung jeder langen Besetzung zweifelhaft ist – die öffentliche Meinung mag sich einige Jahre nach dem Krieg drastisch ändern – sollte ein Minimalprogramm zur Verhinderung der Wiederherstellung von Deutschlands militärischer Macht möglichst rasch durchgeführt werden. Z. B. sollten die großen Junkergüter möglichst rasch zerschlagen und in Kleinbauernstellen aufgeteilt werden, die die größtmögliche Bevölkerungszahl zu absorbieren hätten und dadurch die Zahl derer verringern, die industrielle Arbeit suchen. Die Notwendigkeit der sofortigen Schaffung eines Minimums von Sicherungsmaßnahmen gegen deutschen (wirtschaftlichen) Wiederaufstieg wäre gleichzeitig eine Sicherung gegen mögliche künftige öffentliche Gleichgültigkeit. Auf dieses Minimum darf nicht verzichtet werden ...
10. Die Notwendigkeit, Deutschland so lange wie geboten zu besetzen, wird durch die hier vorgeschlagene Reparationspolitik bekräftigt, da eine solche Politik eine Wohlstands- und Beschäftigungszunahme in den Vereinten Nationen zur Folge haben würde. Sobald die Militärbehörden Deutschland kontrollieren, sollte ein Stab von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern Deutschlands industriellen und technischen Fortschritt in allen Bereichen untersuchen. Dann können wir feststellen, was Deutschland hat, das zum Nutzen aller Verwendung finden kann. Eine solche Maßnahme ist auch zur wirksamen Kontrolle der deutschen Wirtschaft nötig. Wir müssen wissen, welche für Krieg und Frieden wichtigen Geheimnisse bestehen ...
11. Die in Deutschland verursachten Zerstörungen müssen ebenfalls zum Zweck der Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit untersucht werden. Wir haben gewiß nicht den Wunsch, die deutsche Wirtschaft wiederaufzubauen, damit sie Reparationen leisten kann. Es ist sehr viel besser, solche Industrien in freundlichen europäischen Ländern wiederaufzubauen und dadurch Europas wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland herabzumindern. In jedem solchem Programm sollte dafür gesorgt werden, daß es den west-

lichen und östlichen Ländern jeweils ihren gerechten Anteil an aus Deutschland entfernten Industrien zuweist. Russland hat besondere Ansprüche auf deutsche Arbeitskräfte und Güter ... Es mag eingewendet werden, das hier befürwortete Programm würde eine große Umformung der deutschen Wirtschaft bedeuten. Das ist richtig. Eine solche Umstellung ist jedoch unvermeidlich, selbst wenn eine „Sei nett zu den Deutschen"-Politik durchgeführt würde. Niemals seit dem Ersten Weltkrieg hat der deutsche Außenhandel dem Exporteur wie dem Importeur gleichermaßen zum Vorteil gereicht. Besonders seit Hitler ist Deutschlands Außenhandel im Interesse von Kriegszwecken verzerrt worden. Soweit Deutschland in Frage kommt, gibt es überhaupt kein Zurück zu normalem Handel. Da Deutschlands Wirtschaft in jedem Fall völlig umgeformt werden muß und ein Zeitraum schwierigen Sichanpassens nicht zu vermeiden ist, wollen wir sicher sein, daß wir den Frieden sichern ...
12. Keine Währungsstabilisierung irgend welcher Art könnte die Schäden überdauern, die ihr ... von einer verfehlten Reparationspolitik zugefügt würden. Es kann keinen wirksamen Abbau der Zollschranken ... geben, bis die deutschen und japanischen Krebsgeschwüre (aus dem Körper der Weltwirtschaft) herausgeschnitten sind ...
13. Falls Deutschland und Japan (in der hier vorgeschlagenen Weise) behandelt werden, wird es Arbeit für jeden geben. Falls jedoch die Feindwirtschaft wiederaufgebaut wird, wird ihr billiger Wettbewerb zur Vernichtung des Lebensstandards der Vereinten Nationen führen und wirtschaftliche und geistige Unzufriedenheit zur Folge haben. Er wird außerdem Elend hervorrufen, alles Dinge, die unsere Feinde in die Lage versetzen würden, einen neuen Versuch zur Welteroberung zu machen.
14. Soweit Arbeitsbataillone in Frage kommen, hoffe ich, daß es nicht die Arbeiter und Bauern sind, die man wegschickt, sondern die „brain-trusters", die Geopolitiker und der Generalstab, der des Heeres, der Industrie und der Diplomatie. Laßt sie in Arbeitsbataillonen arbeiten, die sie so unbedenklich in andern Ländern zusammengestellt haben. Der Generalstab wird versuchen, sich in Schlupfwinkel in der ganzen Welt zu verkriechen. Es wäre gut, ihn zu Hause aufzustöbern, zusammen mit all' den Junkern und die Arbeiter und Bauern in Ruhe zu lassen, die sich (wirtschaftlich) erholen, wenn ihre ehemaligen Rädelsführer weggesandt sind."

Anmerkung:
Wir nehmen hier lediglich zu einigen Sonderfragen Stellung und bringen nur eine allgemeine Würdigung dieses Dokuments im Textteil.
Zu 3. Zerstückelung. Baruchs Anregung (in Frageform), die Besatzungszonen zu „selbständigen" Staaten oder vielleicht Interessensphären der betreffenden Besatzungsmächte auszubauen und auf diese Weise eine dauernde Zerstückelung

zu erreichen, ist dem Morgenthauplan gegenüber neu. Sie wurde aber im amerikanischen Tagesschrifttum wiederholt befürwortet.
Zu 9. Junkergüter. Baruchs Vorschlag, die „Junker"-Güter möglichst rasch in Kleinbauernstellen aufzuteilen, entspricht dem Punkt 10 des Morgenthauplans. Während aber nach Morgenthaus Absicht die Güter „unter die Bauern verteilt werden" sollten, waren gemäß Baruchs (und Morgenthaus späteren) Vorschlägen Arbeiter auf ihnen anzusiedeln. Vgl. dazu auch T. H. Tetens: „Beat Germany First-strategy" in Barron's National Business and Financial Weekly, 1945, No. 37, 5–7. (Tetens ist damals von Baruch als privater „Deutschlandsachverständiger" beschäftigt worden und Verfasser zahlreicher haßerfüllter Schriften zur Deutschlandfrage). Tetens schrieb u. a.: „Baruch will Millionen deutscher Arbeiter und ihre Familien auf den Junkergütern ansiedeln. Er weiß, daß Deutschland während der dreißiger Jahre landwirtschaftlich fast autark war. Dadurch, daß er vorschlägt, einen großen Teil der deutschen Industrie wegzunehmen und Millionen von Arbeitern als Kleinbauern anzusiedeln, hofft er, Deutschland in Zukunft harmlos zu machen." Zweifellos hatten diese Ausführungen Baruchs Billigung.
Zu 14. Zwangsarbeiter. Ebenso wie Morgenthau forderte auch Baruch die Heranziehung Deutscher als Zwangsarbeiter, wie das schon im Schreiben vom 14. Nov. 1944 geschehen war. Von Bedingungen wie in diesem Schreiben war aber jetzt nicht mehr die Rede. Während sich Baruch vor kurzem gegen eine Arbeitsdienstpflicht für Amerikaner mit der Begründung ausgesprochen hatte, Arbeitsdienstpflicht sei Sklaverei (Coit: aaO 531), hatte er gegen eine sehr viel schlimmere Art von Arbeitsdienstpflicht für Deutsche nichts einzuwenden. Wenn in die Arbeitsbataillone besonders die Geopolitiker (deren gefährliche Pläne Baruch ebenfalls von Tetens hatte untersuchen und anprangern lassen) sowie die Generalstäbler, Industriellen, Finanzleute und Diplomaten eingereiht werden, die „gewöhnlichen" Arbeiter und Bauern jedoch verschont werden sollten, muß man feststellen, daß Heranziehung vorzugsweise von „brain trustern" besonders unwirtschaftlich gewesen wäre, und man ist überrascht, einen solchen Vorschlag im Gutachten eines führenden amerikanischen Wirtschaftssachverständigen zu finden. Außerdem wäre die Zahl dieser Zwangsarbeiter gering gewesen. Am 22. Juni erläuterte Baruch jedoch, daß auch die „Nazis" in die Arbeitsbataillone eingereiht werden sollten. Man muß fragen, ob Arbeiter oder Bauern, die Parteimitglieder, einschließlich Mitläufer, waren, „gewöhnliche" Arbeiter oder Bauern waren. Baruchs offizielle Biographin berichtet außerdem, Baruch habe ein „Gutachten" seines Privatsekretärs und Mitarbeiters Samuel Lubell vom 21. März 1944 aufmerksam studiert, in dem vorgeschlagen wurde, die „Nazi-Soldaten" – was wohl heißen sollte, die Soldaten von „Nazi Germany" – im Ausland fünf Jahre lang Zwangsarbeit leisten zu lassen. Dadurch würde Deutschland infolge zu gerin-

ger Geburtenrate unfähig gemacht, einen neuen Eroberungskrieg anzuzetteln. Coit: aaO 545. Man möchte annehmen, daß sich die Baruch-Biographin über den angeblich vorgeschlagenen kurzen Zeitraum getäuscht hat, da eine derart kurze Zeitspanne keine Garantie für einen drastischen Rückgang der Geburtenrate gewesen wäre.

Der Baruch-Plan ein modifizierter Morgenthauplan

Der Baruch-Plan und der Morgenthauplan stimmen trotz der oft unklaren Sprache des ersteren in ihren Absichten weitgehend überein. Die Zerstörung des deutschen (industriellen) Kriegspotentials und die Demontage des größten Teils der deutschen Industrie, besonders Schwerindustrie, war auch Baruchs Ziel, wie sich besonders aus dem Interview vom 4. April 1945 ergibt. Wie Morgenthau hatte auch Baruch mit der Durchführung dieser Maßnahmen besondere Eile, denn andernfalls hätte seine Forderung, die Junkergüter möglichst rasch zu zerschlagen, auf denen arbeitslose Arbeiter angesiedelt werden könnten, keinen Sinn.
Folgende Gesichtspunkte sind jedoch neu: Von einer politischen und wirtschaftlichen Sonderstellung des Ruhrgebiets ist im Baruch-Plan nicht die Rede, obwohl im Schreiben vom 14. Nov. 1944 eine politische Sonderbehandlung des Ruhr- und Saargebiets erwogen worden ist. Vor allem wurde aber keine Forderung auf Zerstörung des deutschen Bergbaus erhoben. Vielleicht sollten die metallurgischen Industrien Deutschlands nicht völlig zerstört werden. Auf Einzelheiten wurde jedoch nicht eingegangen. Während gemäß Punkt 14 des Morgenthauplans die amerikanischen und britischen Truppen möglichst rasch aus Deutschland zurückgezogen werden sollten, sprach sich Baruch, dem britischen Mißtrauen gegen die Sowjetunion Rechnung tragend, für eine lange Besatzungszeit aus und während das angebliche Hauptziel des Morgenthauplans die wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands war, um dieses dadurch an der Anzettelung eines dritten Weltkriegs zu hindern, tritt dieser Gesichtspunkt bei Baruch zurück, und er forderte die Vernichtung des Großteils der deutschen Industrie vor allem durch Reparationsleistungen in Form von demontierten Industrieeinrichtungen und durch Beseitigung der industriellen „Schmutzkonkurrenz“ Deutschlands (und Japans) auf dem Weltmarkt, wobei er offenbar davon ausging, die schlechte Bezahlung der Arbeiter zur Hitler-Zeit werde auch nach Beseitigung der Naziherrschaft fortdauern. Der Baruch-Plan war daher insbesondere ein Appell an britische Profitgier und Konkurrenzneid und daß derartige Überlegungen Churchill in Quebec weitgehend beherrscht hatten, dürfte er inzwischen von Morgenthau erfahren haben.
Baruchs Denkschrift fand in der amerikanischen Öffentlichkeit nur geringen Widerhall. Erwähnung verdient aber die scharf ablehnende Stellungnahme

der britischen Wochenschrift *The Economist*[20], die Baruchs Denkschrift als „unmoralisch, unwirtschaftlich und unausführbar“ ablehnte.

Die Baruch-Reise war ein Mißerfolg

Baruchs Londoner Reise war eine amtliche Mission im Auftrag des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Seine Mission war aber ein Mißerfolg und offenbar hielt auch Morgenthau, der Baruch kurz nach seiner Rückkehr getroffen hat, dessen Verhandlungen für ergebnislos. Wie Morgenthau am 21. April 1945 zu einigen Mitarbeitern gesagt hat, habe Baruch ihm erzählt, die Engländer hätten sich aus Furcht vor Rußland noch nicht entschieden, was wichtiger sei, Deutschland wiederaufzubauen oder den infolge Zerstörung der deutschen Industrie freiwerdenden Exporthandel zu übernehmen. Die Briten hätten diese Brücke noch nicht überschritten[21]. In seinem Bericht über die Reise, den er dem Präsidenten Truman vorlegte, soll Baruch betont haben, die britischen Regierungsstellen fürchteten Rußland mehr als irgend etwas anderes[22].

Morgenthau und Baruch

Wenn Baruch in seinen Memoiren schrieb, er habe „einige Zeit sogar mit dem Morgenthauplan sympathisiert“ und wenn seine Biographin behauptet, Baruch habe „in einem Augenblick der Unbesonnenheit“ den unbrauchbaren Morgenthauplan zur völligen industriellen Zerstörung des deutschen Volkes unterstützt[23], so handelt es sich bei beiden Behauptungen um plumpen Schwindel. Vielmehr hat sich Baruch, wie dargelegt, schon im Okt. 1944 mit dem Morgenthauplan völlig einverstanden erklärt und seine Reise nach London im Frühjahr des folgenden Jahres war ein letzter verzweifelter Versuch der Roosevelt-Morgenthau-Regierung, die britische Regierung erneut auf die Grundsätze des Abkommens von Quebec v. 15. Sept. 1944 festzulegen und vom Morgenthauplan zu retten, was noch zu retten war. Anscheinend war das auch Morgenthaus Eindruck. Bei der eben genannten Unterhaltung vom 21. April hat er u. a. weiter ausgeführt:
„Baruch war unglaublich gut. Er traf das britische Kriegskabinett, das ihn über die deutsche Frage und über seine Stellung zum Morgenthauplan befragte. Er sagte ihnen praktisch, Morgenthau sei ein Waschlappen, und Baruch ist seit seiner Rückkehr sehr viel mehr für die (industrielle) Dezentralisierung Deutschlands eingetreten als vor seiner Abreise... Er sagte: „das ist, wofür ich von jetzt ab zu leben habe: zu sehen, daß Deutschland de-industrialisiert wird und daß das in der richtigen Weise geschieht, und ich werde niemand erlauben,

mir in die Quere zu kommen ... Er wurde so erregt, daß ihm Tränen in die Augen traten. Ich habe nie jemand gesehen, der in so entscheidender Weise geredet hat.“

Vielleicht könnte daher Baruchs Reise als weiteres Zeichen dafür angesehen werden, daß Roosevelt dem Morgenthauplan bis zu seinem Ende treu geblieben ist.

Baruch hatte unmittelbar nach seiner Rückkehr von London eine Begegnung mit Präsident Truman, dessen Freund und Gönner er ebenfalls gewesen war[24]. Bei dieser Gelegenheit hat er dem neuen Präsidenten über seine Londoner Verhandlungen Bericht erstattet[25]. Auf alle Fälle hat Baruch dem Präsidenten einen Erfolg seiner Reise nicht mitteilen können.

Baruch vor dem Heeresausschuß des Senats

Die Denkschrift vom 18. März war offenbar der Grund für die Einladung des extrem deutschfeindlichen Senators und Mormonenprofessors Elbert D. Thomas, des Vorsitzenden des Heeresausschusses des Senats an Baruch, vor dem Ausschuß über das Thema „Eliminierung der deutschen Kriegswirtschaft“ zu sprechen. Baruchs Vernehmung fand am 22. Juni statt[26]. Da Baruch bei dieser Gelegenheit als Privatmann sprach, wäre es an sich nicht erforderlich, auf diese Ausführungen näher einzugehen. Baruch konnte aber vor dem Ausschuß unbefangener sprechen als in seiner in erster Linie an die britische Regierung gerichteten Denkschrift vom 18. März, für deren Auslegung jedoch die Ausführungen vom 22. Juni bedeutungsvoll sind. Da seine Vernehmung drei Wochen vor dem Beginn der Konferenz von Potsdam stattfand, waren seine Worte wohl auch an die Staatsmänner der Sowjetunion gerichtet. Die Zukunft der amerikanisch-russischen Beziehungen spielte daher in seinen Ausführungen eine erhebliche Rolle.

Deutschland, so meinte Baruch jetzt, habe in den letzten achtzig Jahren fünf Angriffskriege geführt (1864; 1866; 1870; 1914; 1939) und zwei Versuche gemacht, die Welt zu erobern (40). Falls ihm das Handwerk nicht gelegt werde, mache es einen dritten Versuch und werde vielleicht erfolgreich sein (2). Kriegführen sei bisher Deutschlands wichtigstes Handwerk gewesen und seine wirtschaftliche und industrielle Beherrschung Europas müsse gebrochen werden (13). Jalta sei ein ausgezeichneter Anfang, sei aber nicht genug. Von diesem Standpunkt aus entwickelte Baruch nochmals sein De-Industrialisierungsprogramm und wandte sich gegen alle, die die deutsche Schwerindustrie erhalten und sich mit ihrer Kontrolle zufrieden geben wollten (18). Diese Ausführungen waren wohl insbesondere als Kritik der Haltung des Außenministeriums gedacht. Das De-Industrialisierungsprogramm müsse spezifisch

sein und für jede Industrie gelte es, ins Einzelne gehende Richtlinien auszuarbeiten (4). Erneut betonte er, die De-Industrialisierung müsse mit größter Beschleunigung durchgeführt werden (14). Das ganze deutsche Auslandgeschäft sei zu vernichten, denn es sei traditionsgemäß ein Instrument für pangermanistische Propaganda und wirtschaftliche Kriegführung gewesen (17). Reparationen sollten vor allem durch Arbeitsleistungen Deutscher im Ausland, besonders in der Sowjetunion, geleistet werden. In die Arbeitsbataillone sollten die „hauptsächlichen Kriegshetzer", vor allem „die Nazis", die Gestapo, die Junker, der Generalstab, die Geopolitiker, die großen Industriellen und Finanzleute, unter Verschonung der „gewöhnlichen Bauern und Arbeiter" eingereiht werden (6). Es sei kein Zweifel, daß „Leute wie Krupp" und andere Industrielle den gegenwärtigen Angriffskrieg mit vorbereitet hätten. Sie seien daher des Mordes schuldig. Wie sie bestraft werden sollten, wisse er nicht. Keinesfalls dürften ihnen ihre Betriebe zurückgegeben werden (13). Der Generalstab und die „ganze militärische Kaste" müsse ausgerottet werden, mit „lock, stock and barrel; hair, skin and bones" (13).
Das Problem der künftigen Ernährung der Deutschen sei schwierig. Wieviel Nahrungsmittel in Deutschland vorhanden sein würden, werde vor allem von den Deutschen abhängen. Wem sollten die höchsten Prioritäten für Lebensmittellieferungen zugebilligt werden, den Deutschen oder den Völkern, die von ihnen ausgeplündert worden sind? (8) Er habe 1938 oder 1939 eine Erklärung der deutschen Ernährungsbehörde gesehen, wonach Deutschland seinen Lebensmittelbedarf selbst decken könne. Ob das richtig sei, wisse er nicht. Wahrscheinlich würden aber die Schwierigkeiten der Deutschen in dieser Hinsicht übertrieben (15). Die Vereinigten Staaten müßten sich auf eine lange Besatzungszeit vorbereiten (6) und die De-Industrialisierung Deutschlands müsse aufrechterhalten werden, bis das deutsche Volk eine sittliche und geistige Wiedergeburt erlebe (24).
Sein Deutschlandplan diene ferner auch der Sicherstellung künftiger amerikanisch-russischer Zusammenarbeit. Die Russen hätten seit langem den Wunsch, einen eisfreien Hafen zu erhalten. Vielleicht würden sie daher Anspruch auf Kiel erheben (26), ein Anspruch, zu dessen Geltendmachung auf der bevorstehenden Konferenz von Potsdam Baruch damit die Sowjetunion wohl ermuntern wollte.
Auch Baruchs Ausführungen vom 22. Juni fanden in der amerikanischen Presse nur geringen Widerhall. Eine der freundlichsten Pressestimmen war ein Leitartikel des *Daily Worker*, des Organs der damals der Moskauer Parteilinie strikt folgenden Kommunistischen Partei, der, offenbar in ironischer Weise, Baruch, der lange die Interessen Wall Streets vertreten habe, für seine freundschaftlichen, an die Adresse der Sowjetunion gerichteten Worte dankte und seine Vorschläge als beachtenswert bezeichnete[27].

Zweifellos wäre der Baruch-Plan trotz seiner vorsichtigeren Formulierungen im Ergebnis vom Morgenthauplan nicht sehr verschieden gewesen und hätte die Zerstörung des weitaus größten Teils der deutschen Industrie bedeutet. Offenbar hat auch Churchill, wie seine Frage nach dem Schicksal der „flachshaarigen deutschen Kinder" zeigt[28], den Baruch-Plan für einen sinistren Rache- und Aushungerungsplan gehalten, welcher Eindruck von Baruchs Bemerkungen über „Prioritäten" bei Lebensmittellieferungen bestätigt wird. Wenn daher Ferdinand A. Hermens im Nov. 1945 behauptete, der Endeffekt von Baruchs Vorschlägen wäre von Ausrottungspolitik nicht zu unterscheiden[29], so ist dem zuzustimmen.

Während nach 1946 kaum ein amerikanischer Politiker, von Mrs. Roosevelt abgesehen, für den Morgenthauplan Partei zu ergreifen wagte, haben Baruchs Gedanken den amerikanischen Deutschenfeinden noch lange geistige Nahrung geliefert. Wir verweisen hier auf eine Rede des Senators Pepper v. 5. Febr. 1947, in der er sich bei seinen Angriffen auf Senator Robert Taft und andere vor allem auf den Baruch-Plan stützte. Es sei der Zweck des Potsdamer Abkommens wie des Baruch-Plans, das von Preußen beherrschte, wahnsinnig auf Eroberung ausgehende Deutschland endgültig niederzuhalten, ohne das deutsche Volk der Armut auszuliefern, jenes Deutschland, das in den letzten 70 Jahren Frankreich dreimal und Europa und die Welt zweimal mit Krieg überzogen habe. Die von Taft und John Foster Dulles gemachten Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wären geeignet, die „Alliierten" (d. h. die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion) endgültig zu entzweien, während Baruch gezeigt habe, wie sie zusammengehalten werden könnten. Baruch habe gefordert, aus dem deutschen Volkskörper sollten dessen auf Krieg hinarbeitenden Organe herausgeschnitten werden, Dulles und Genossen wollten diese jedoch stärken. Er sei kein Deutschenfeind, aber er glaube, die Welt müsse dafür sorgen, daß sie von den Deutschen nicht nochmals zum Krieg herausgefordert werde[30].

[1] Coit, Margaret: *Mr. Baruch.* 1957. 465. Dieses Buch ist im Auftrag Baruchs geschrieben und gehört daher in jene Klasse „wissenschaftlicher" Literatur, die wir in der Einleitung gekennzeichnet haben.

[2] Coit: aaO, 263; 266. Vgl. auch Burnett, Philip M.: *Reparations at the Paris Peace Conference.* 1940. Bd. 1, 102; Bd. 2, 758 ff

[3] Coit: aaO, 153

[4] *Morgenthau Diary (Germany)*, 717

[5] *ebd.*, 776 ff. Die meisten Gedankengänge sind dieselben oder Vorläufer des weiter unten abgedruckten Dokuments v. 18. 3. 1945. Das Schreiben v. Nov. 1944 hat wohl die amerikanische Außenpolitik nicht beeinflußt. Wir gehen daher nur kurz darauf ein.

[6] In *Das Morgenthau-Tagebuch. Dokumente des Anti-Germanismus* wird das genannte Schriftstück v. 14. 11. (267, 388) dem Präsidenten Roosevelt zugeschrieben, obwohl klar ist, daß es sich um ein Roosevelt von dritter Seite, unserer Meinung nach von Baruch übersandtes Schreiben handelt, das dann Roosevelt *abschriftlich* an Morgenthau zur *Kenntnisnahme* und mit dem *Ersuchen um Rückgabe* weiterleitete, Morgenthau ist also nicht einmal zur Stellungnahme aufgefordert worden.

[7] Coit: aaO, 544; vgl. auch Baruch in *Saturday Evening Post*, 12. 6. 1948, 18

[8] Baruch: *The public years.* 1960. 343

[9] *Morgenthau Diary (Germany)*, 962 ff. Am 17. 3. erzählte Isador Lubin, der inzwischen von Roosevelt zum amerikanischen Mitglied der auf Grund der Jalta-Beschlüsse zu errichtenden Reparationskommission ernannt worden war, Morgenthau von einer Unterhaltung, die er mit Baruch gehabt habe. Baruch habe gesagt, er betrachte es als seine Aufgabe, den Engländern klar zu machen, daß eine sehr harte Reparationspolitik getrieben werden müsse, was sehr im Interesse des britischen Außenhandels liege. Außerdem sei Baruch hundertprozentig für Zwangsarbeit Deutscher im Ausland und habe hinzugefügt: „Reparations is the most important thing in the whole question of settling the war. Therefore, I want to see that a good job is done and I will tell you how to do it"; *ebd.*, 999

[10] NYT, 17. 3. 1945, 1, Sp. 6

[11] Vgl. auch *Morgenthau Diary (Germany)*, 980; 991. Anscheinend hat Morgenthau Baruch zur Vorbereitung seiner Mission zahlreiches amtliches Material zur Verfügung gestellt.

[12] Baruch: *The public years.* 345; vgl. auch 548

[13] NYT, 3. 4. 1945, 5, Sp. 2

[14] Vgl. NYT, 5. 9. 1945, 1, Sp. 6 und 6. 4., 1, Sp. 7

[15] Baruch: *The public years.* 347

[16] Coit: aaO, 548. Diese Story geht auf eine Darstellung des damals einflußreichen zionistischen Kolumnisten Louis Lyon in der *New York Post* v. 25. 5. 1945, 22, zurück.

[17] NYT, 1. 6. 1945, 1, Sp. 7. Schon am 25. 5. hatte der Chefkorrespondent dieses Blatts in Washington, Arthur Krock, über dieses Schriftstück berichtet, vgl. *ebd.*, 18, Sp. 6. Baruchs Dokument soll nach der Behauptung der britischen Wochenschrift *The Economist* v. 9. 6. 1945, 770 f, in der Zwischenzeit in zahlreichen amerikanischen Regierungsstellen zirkuliert haben und zur Kenntnis der hauptsächlichen alliierten Staatsmänner gebracht worden sein.

[18] Baruch zeigte Morgenthau eine von ihm angefertigte Niederschrift zur Deutschlandfrage am 13. 3. mit der Bemerkung, er habe sie dem Präsidenten zeigen wollen, der sie jedoch nicht gelesen habe. *Morgenthau Diary (Germany)*, 962. Vielleicht handelte es sich hier um eine vorläufige Fassung des „Baruch-Plans", die ihrerseits wohl einer Vorläuferin in der genannten Niederschrift v. 14. 11. 1944 hatte.

[19] Die Numerierung wurde vom Verf. der Übersichtlichkeit halber vorgenommen.

[20] v. 9. 6. 1945, 770 ff

[21] *Morgenthau Diary (Germany)*, 1170. [22] Coit: aaO, 544

[23] Baruch: *The public years.* 408

[24] Baruch hat, nach seiner Behauptung, 1944 den höchsten Betrag für Trumans Wahl zum Senator bezahlt. Truman soll damals erklärt haben, er werde ihm dankbar sein, solange er lebe; Coit: aaO, 543. Die Freundschaft endete aber 1947.

[25] Nach Morgenthaus Behauptung habe ihm Baruch am 21. 4. erzählt, er habe den anwesenden Außenminister Stettinius aus dem Zimmer gewiesen, um mit Truman vertraulich sprechen zu können; vgl. *Morgenthau Diary (Germany), 1170.* In Baruch: *The public years*, 357, wird diese Episode anders dargestellt und behauptet, beim Besuch seien Truman und Stettinius anwesend gewesen, und beide hätten seinen Bericht gelesen. Baruch berichtete weiter: „Der Bericht faßte meine Unterhaltung mit den Briten zusammen und enthielt verschiedene Empfehlungen hinsichtlich des künftigen Friedens... Ich befürwortete eine strikte Kontrolle Deutschlands". Als Truman den Bericht gelesen hatte, habe er gesagt: „Ich möchte, daß niemand dieses Dokument sieht. Es wird die Grundlage meiner Politik bilden"; *ebd.*, 358. Das (wie vieles andere in diesem Buch) klingt völlig unglaubwürdig. Der Bericht, der bisher unbekannt ist, soll das Datum 20. 4. tragen. Coit: aaO, 548

[26] *Elimination of German resources for war.* Hearings before a subcommittee of the Committee on Military Affairs, U.S. Senate, 79th Congress, 1st session... Testimony of Honorable Bernard Baruch before the full Military Affairs Committee, June 22, 1945. – Die im Folgenden in den Text in Klammern eingefügten Zahlen beziehen sich auf die Seitenzahlen dieser Veröffentlichung.

[27] Baruch beantwortete diese Ausführungen mit einem an den *Daily Worker* gerichteten und von diesem am 5. 8. veröffentlichten Schreiben.

[28] Vgl. Text zu Anm. [16]

[29] in einem in NYT, 18. 11. 1945, IV, 8, Sp. 8, veröffentlichten Schreiben

[30] Vgl. NYT, 6. 2. 1947, 10, Sp. 3

Sechzehntes Kapitel

MORGENTHAU UND TRUMAN

Trumans außenpolitische Unerfahrenheit

Nach dem am 12. April 1945 erfolgten Tod des Präsidenten Roosevelt waren die Gefahren, die die Existenz des deutschen Volkes von amerikanischer Seite bedrohten, nicht vorüber. Alles hing jetzt vom neuen Präsidenten Harry S. Truman ab, der bisher außenpolitisch nicht hervorgetreten war und dem Präsident Roosevelt, auch nachdem Truman im November 1944 Vizepräsident der Vereinigten Staaten geworden war, Einblicke in seine Außenpolitik nicht gewährt hatte. Truman war bis dahin außenpolitisch auch nicht besonders interessiert. Als Senator hatte er jedoch das besonders gehässige, schon erwähnte Deutschlandbuch von Louis Nizer von 1943 gelobt[1] und Bernard M. Baruch, dessen Deutschlandplanung wir im letzten Abschnitt gewürdigt haben, zählte auch Truman zu seinen vielen Freunden. Truman hat in seinen Memoiren versichert, er habe den Morgenthauplan schon abgelehnt, als er noch Senator gewesen sei, und habe als Präsident in dieser Hinsicht noch stärker gefühlt[2]. Öffentlich hat sich jedoch der Senator und Vizepräsident Truman, soweit wir feststellen konnten, niemals vom Morgenthauplan distanziert[3]. Es schien zunächst auch, daß Truman an der Außen- einschließlich Deutschlandpolitik seines Vorgängers festhalten wollte. Es ist aber nochmals zu betonen, daß, was den Morgenthauplan betrifft, im Zeitpunkt von Roosevelts Tod in dessen Kabinett keine Einigung über dessen Stellung zum Morgenthauplan bestanden hat und daß man im Außen- und Kriegsministerium glaubte, Roosevelt sei längst vom Morgenthauplan abgerückt, während Morgenthau darauf beharrte, der Präsident habe seinen Deutschlandplan noch am Tag vor seinem Tode unterstützt. Dem neuen Präsidenten waren auch, was seine Deutschlandpolitik betraf, durch die Beschlüsse von Jalta die Hände gebunden, und Truman hatte sich, im Einklang mit der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes, zunächst für freundschaftliches Zusammenarbeiten mit der Sowjetunion entschieden.

Morgenthaus ausschlaggebender Einfluß ist zu Ende

Morgenthaus manchmal ausschlaggebender Einfluß auf die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten war aber mit Roosevelts Tod zu Ende, besonders auch, weil der neue Präsident engere persönliche Beziehungen zu Morgenthau nicht unterhalten hat. Ja, so behauptet Morgenthaus Biograph, dieser habe den neuen Präsidenten kaum gekannt[4]. Trumans außenpolitische Unerfahrenheit veranlaßte ihn auch, die Deutschland-Sachverständigen des Außenministeriums öfters zu Rate zu ziehen, während er offenbar zu Stettinius, der während der hier in Frage kommenden Zeitspanne meist von Washington abwesend war, kein Vertrauen fassen konnte[5]. Es ist klar, daß die Vertreter dieses Ministeriums den Morgenthauplan aus der Sicht des Außenministeriums interpretierten. Harry Dexter White, der seit 1943 Morgenthau zu zahlreichen Besprechungen mit Roosevelt begleitet hat, wurde von Truman anscheinend überhaupt nie empfangen.

Truman zieht Stimson als Deutschlandberater bei

Truman zog auch Stimson gelegentlich zu einem außenpolitischen Meinungsaustausch heran. Nachdem dieser sich Truman gegenüber schon einige Male mündlich ablehnend über den Morgenthauplan ausgesprochen hatte, trug er seine schweren Befürchtungen über Morgenthaus Forderungen dem Präsidenten am 15. Mai schriftlich vor und führte u. a. aus:

„Frühere Vorschläge zur Behandlung Deutschlands sahen vor, dieses Land zur Bestrafung früherer Missetaten am Rande des Hungers zu halten. Ich bin der Ansicht, daß das ein großer Fehler war. Bestrafen wir die Kriegsverbrecher, nehmen wir den Deutschen ihre Waffen, ihren Generalstab und vielleicht ihre gesamte bewaffnete Macht. Aber wir dürfen ihnen nicht die Mittel nehmen, die zum schließlichen Wiederaufbau eines zufriedenen Deutschlands erforderlich sind. Das bedeutet notwendigerweise eine erhebliche Industrialisierung, denn Deutschland hat heute eine überschüssige Bevölkerung von dreißig Millionen, die von seiner Landwirtschaft nicht unterhalten werden kann“[6].

In einer Aussprache vom gleichen Tag mit dem Präsidenten, nahm Stimson auf diese Ausführungen Bezug und Truman soll ihnen voll zugestimmt haben. Wahrscheinlich war das die erste klare Stellungnahme des neuen Präsidenten zur amerikanischen Deutschlandpolitik und zum Morgenthauplan.

Inzwischen hatte Morgenthau um die Gunst des neuen Präsidenten zu werben begonnen. In seiner ersten Aussprache mit Truman am 14. April bat er um dessen Unterstützung und meinte, er sei in seinem Job sehr verwundbar, denn er habe den Finanzmittelpunkt der Welt von London und Wall Street an seinen Schreibtisch im Finanzministerium verlegt. Mit Genugtuung hörte er Trumans Antwort, das sei, wo er dessen Sitz haben wolle. Morgenthau kam anschließend auf den Morgenthauplan und seine „sehr entschiedenen Gedanken" über Deutschland zu sprechen und war anscheinend mit Trumans Antwort, er möchte Näheres darüber hören, zufrieden[7]. Morgenthau hat offenbar nicht erkannt, daß ihm Truman seine volle Unterstützung in Angelegenheiten zusichern wollte, die in die strikte Zuständigkeit des Finanzministeriums gehörten, daß er sich jedoch auf seine Forderungen zur Deutschlandpolitik nicht festlegen wollte.

In der amerikanischen Öffentlichkeit tauchten bald Gerüchte von einem bevorstehenden Ausscheiden Morgenthaus aus der Regierung auf und am 16. April wurde gemeldet, Morgenthau habe dem Präsidenten ein Rücktrittsgesuch unterbreitet, aber gleichzeitig erklärt, er sei bereit, in der Regierung zu bleiben, falls er von Truman dieselbe Unterstützung erhalte wie von seinem Vorgänger. Truman habe ihm die erbetene Versicherung gegeben und ihn gebeten, bis auf weiteres in der Regierung zu bleiben[8]. Ein Wachsen des Einflusses von Morgenthau ließ sich jedoch nicht feststellen und selbst die Gerüchte über seinen baldigen Rücktritt wollten nicht verstummen. Am 22. Mai sah sich daher der Präsident genötigt, auf seiner Pressekonferenz zu ihnen Stellung zu nehmen, und erklärte, Morgenthau habe kein Rücktrittsgesuch eingereicht und falls er eines eingereicht hätte, hätte er es nicht angenommen[9]. Inzwischen hatte Morgenthau einige weitere Unterredungen mit Truman gehabt und am 20. Mai hatte dieser ihm mitgeteilt, er habe an Stelle von Isador Lubin, der wie bemerkt, erklärt hatte, er sei 95 % für den Morgenthauplan, den kalifornischen Ölmagnaten Edwin W. Pauley zum amerikanischen Mitglied der Reparationskommission ernannt, die in Moskau zusammentreten sollte[10].

Am 7. Mai hatte Deutschland kapituliert. Das war zahlreichen früheren Bemerkungen Morgenthaus zufolge der Tag, an dem er aus der Regierung ausscheiden und seine Beschäftigung als Landwirt wiederaufnehmen würde.

Offenbar hatte er aber inzwischen diese Absichten vergessen und versuchte, seine Stellung in der Truman-Regierung mit allen Mitteln zu festigen und zu diesem Zweck auch private Kreise und wohlwollende Kongreßmitglieder zu mobilisieren. Das wichtigste Ereignis in dieser Hinsicht war zweifellos die Kundgebung der völlig vom Morgenthau-Geist beherrschten *Society for the Prevention of World War III* v. 22. Mai 1945 in New York. Der New Yorker Oberbürgermeister La Guardia begrüßte die Redner, darunter auch Senator Alben W. Barkley, späteren Vizepräsidenten und einen der Hauptbosse der Demokratischen Partei. Hauptredner war Joseph Pulitzer (gest. 1956), Verleger und Herausgeber der einflußreichen Tageszeitung *St. Louis Post Dispatch*, der betonte, es solle, was die Entwicklung in Deutschland betreffe, nicht alle Schuld Hitler zugeschoben werden. Dieser sei nur das Symptom einer Krankheit, die mit dem Kaiser und Bismarck begonnen habe. Deutschland müsse vom Krebsgeschwür des Nazismus und Militarismus ein für alle Male befreit werden. Der gesamte Generalstab und fast alle, wenn nicht alle Mitglieder der Gestapo und SS müßten den Tod als Kriegsverbrecher erleiden und mit einer Gewehrkugel im Schädel aus dieser Welt hinausbefördert werden; dasselbe Schicksal gebühre den deutschen Industriellen und Finanzleuten, „diesen gerissenen, gewandten, englisch sprechenden Burschen mit ihren in London geschneiderten Anzügen, die ihre Gäste so üppig bewirten und doch bis zum Hals in Blutschuld stehen". Es sei schwer, genaue Angaben über die Zahl der Todeskandidaten zu machen, denn das Kriegsministerium zögere, sich insoweit festzulegen. Er schätze, daß die Zahl zwischen einer und zwei Millionen liege. Vielleicht sei eineinhalb Millionen die richtige Zahl. Wenn Deutschland von den Alliierten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln desinfiziert sei, könnte den diese Säuberungsaktion Überlebenden Bewährungsfrist erteilt werden. Es bestehe dann die Möglichkeit, daß brauchbare Staatsbürger aus ihnen gemacht werden könnten. Auch Senator Barkley gebrauchte das damals beliebte Gleichnis vom Krebsgeschwür, nämlich dem des Nazismus, Prussianismus und Militarismus, das aus dem deutschen Volkskörper herausgeschnitten werden müsse. Es müßten außerdem alle Maßnahmen getroffen werden, daß die Deutschen nicht erneut wirtschaftlich, finanziell oder politisch zu einer Weltgefahr würden. Mit einem Gebet des protestantischen Kirchenführers Guy E. Shipler wurde die Versammlung geschlossen[11].

Kilgore hetzt weiter

Inner- und außerhalb des Kongresses setzte Senator Kilgore seine im Herbst des Vorjahrs begonnene Hetzarbeit fort und wandte sich am 21. Juni besonders gegen die deutschen Industriellen. Sie hätten bereits Pläne für eine Wiederaufrüstung Deutschlands. In Spanien, Schweden und anderen Ländern als Neutrale verkleidet, bereiteten sie ihren dritten Versuch zur Welteroberung vor[12]. Die in diesem Zusammenhang wichtigen Ausführungen von Bernard M. Baruch vom 22. Juni haben wir schon erwähnt.

Wir wenden uns jetzt Morgenthaus Amtstätigkeit während seiner 84 Tage unter Truman, soweit sie für die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Bedeutung ist, im einzelnen zu. Infolge von Roosevelts Verzögerungspolitik gab es noch keine klare Anweisung der amerikanischen Regierung an die Besatzungsbehörden zur Behandlung des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft in der Nachkriegszeit. Inzwischen hatte das Hauptquartier des Generals Eisenhower durch den Kommandeur der Versorgungstruppen, General Somervell, Bedenken gegen die bisherige Direktive JCS 1067 angemeldet und angeregt, insbesondere von der Demontage der synthetischen Industrien und der Leichtmetallbetriebe vorläufig Abstand zu nehmen. Diese Betriebe sollten für die Besatzungstruppen arbeiten[13].

Beratungen des IPCOG-Ausschusses

Der IPCOG-Ausschuß beriet am 25. April fast den ganzen Tag über die Neufassung der Direktive, wie sie inzwischen von verschiedenen Unterausschüssen ausgearbeitet worden war. Ernstere Meinungsverschiedenheiten hat es bei dieser Beratung nicht gegeben, von einer Ausnahme abgesehen. Der hier interessierende Teil von Abschnitt 30 b der neuen Fassung lautete:

„30. Um Deutschland zu entwaffnen, sollte der Kontrollrat ... b) die Herstellung von Handelsschiffen, synthetischem Gummi und Öl, Aluminium und Magnesium ... unverzüglich verbieten und verhindern"[14]. McCloy wandte sich, damit den Bedenken Somervells teilweise Rechnung tragend, gegen den Ausdruck „unverzüglich" (immediately), soweit es sich um das Verbot der Herstellung von synthetischem Öl und Gummi handelte. Warum sollten die Besatzungstruppen solche Betriebe nicht weiterhin zur Durchführung von Besatzungszwecken benutzen? Ein Mitarbeiter McCloys machte außerdem auf die Bedeutung solcher Werke für den beschleunigten wirtschaftlichen Wiederaufbau Frankreichs aufmerksam. Solche Überlegungen fanden aber vor Morgenthau keine Gnade. Wäre es nicht besser, wandte er ein, diese Werke in Frankreich und Belgien wiederaufzubauen? Außerdem seien die meisten der-

artigen Fabriken durch Kriegseinwirkung zerstört. Unter diesen Umständen sei die Aufrechterhaltung des Grundsatzes wichtiger als das bißchen Material, das sie erzeugen könnten. Trotzdem wurde aber dieser Ausdruck gestrichen und Morgenthau hat dem nicht ausdrücklich widersprochen[15].
Der Morgenthau-Biograph Blum behauptet, die Ausschußsitzungen v. 24. bis 26. April hätten Morgenthau dem Standpunkt des Außen- und Kriegsministeriums wesentlich näher gebracht. Morgenthau sei mit der neuen Direktive auch nach Streichung des Worts „unverzüglich" (und der sonstigen Änderungen) zufrieden gewesen.[16] Das genaue Gegenteil ist jedoch richtig. Praktisch handelte es sich nur um die Frage: Sollte die Zerstörung der genannten Werke im Interesse der amerikanischen Besatzungstruppen hinausgezögert werden, denn auch das Kriegsministerium vertrat den Standpunkt, die synthetische Industrie gehöre zum Kriegspotential und müsse zerstört, nur sollte die Zerstörung oder Demontage vorläufig zurückgestellt werden[17].

Morgenthaus „Politik der verbrannten Erde" in Deutschland

Trotzdem hatte Morgenthau noch am 8. und 9. Mai einige aufgeregte Telefongespräche mit Stimson, in denen er sich gegen die Verzögerung der Zerstörung wandte und die Stimson veranlaßten, in seinem Tagebuch zu notieren, Morgenthau könne nun einmal von seiner „Politik der verbrannten Erde" in Deutschland nicht lassen und ist nicht bereit, auch nur das kleinste Entgegenkommen zu zeigen[18].

Die endgültige Fassung der Direktive JCS 1067

Erst im Verlauf des 10. Mai, an welchem Tag die neue Direktive vom Präsidenten genehmigt und unterzeichnet worden ist, hat Morgenthau seinen Widerstand gegen den vorläufigen Weiterbestand der synthetischen Öl- und Gummiwerke aufgegeben. Hören wir dazu Herbert Feis, ehemaligen hohen Beamten im Außenministerium, der dazu wahrscheinlich aus eigener Anschauung berichtet hat:
„Die vom IPCOG-Ausschuß am 25. April genehmigte Neufassung der Direktive ICS 1067 war am 26. April dem General Eisenhower übersandt worden, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Präsidenten.
Lediglich eine wichtige Änderung ist später erfolgt. Am Morgen des 10. Mai unterrichtete (der stellvertretende Außenminister) Grew den Präsidenten Truman, die endgültige Fassung der Direktive sei tatsächlich fertig und würde ihm später an diesem Tag vorgelegt. Der Präsident, der an den bisherigen,

diesen Gegenstand betreffenden Aussprachen nicht teilgenommen hatte, bat Grew, die Hauptgedanken der Direktive zusammenfassend zu beschreiben. Grew tat das und führte aus, eine ihrer Absichten sei, diejenigen deutschen Industrien zu eliminieren, die geeignet seien, Kriegsgerät herzustellen. Der Präsident fragte, ob das auch die Eliminierung von Betrieben der leichten Industrie einschließe, und erhielt die Antwort, abgesehen von einigen spezialisierten Industrien, sei das nicht der Fall. Grew erwähnte darauf, Morgenthau befürworte die Eliminierung der synthetischen Ölbetriebe, aber das Außen- und Kriegsministerium seien der Ansicht, ihre Zerstörung sei nicht ratsam, solange das Öl, das sie erzeugten, von den amerikanischen Besatzungstruppen gebraucht werde. Der Präsident erwiderte, er mißbillige Morgenthaus Standpunkt. Dieselbe Frage hatte sich hinsichtlich der synthetischen Gummibetriebe und der Aluminium- und Magnesiumwerke erhoben. Die (unverzügliche) Zerstörung aller dieser Werke war in JCS 1067 (vom 25. April) vorgesehen. Aber diese Anweisung wurde in der neuesten Fassung aufgehoben.
Am Nachmittag desselben Tags brachte Assistant Secretary of State Clayton die von den Vereinigten Stabschefs und allen Mitgliedern des IPCOG-Ausschusses unterzeichnete Direktive JCS 1067/8 ins Weiße Haus. Morgenthau, der anwesend war, erklärte seine Kapitulation vor einer höheren Instanz. Er sagte, er schließe sich der Auffassung des Präsidenten an. Darauf unterzeichnete der Präsident die Direktive. Sie wurde General Eisenhower am 14. Mai übersandt«[19].

Morgenthau will für Truman eine Rede zur Deutschlandpolitik schreiben

Am 16. Mai überreichte Morgenthau dem Präsidenten ein Schriftstück, worin er diesen aufforderte, das amerikanische Volk über die jetzt durch die Direktive endgültig festgelegte Deutschlandpolitik aufzuklären, dadurch gleichzeitig schädliche Gerüchte zu zerstreuen und solche Völker zu ermutigen, die nach der Führerschaft der Vereinigten Staaten Ausschau halten. Es wäre auch der gegebene Augenblick für eine Rundfunkansprache des Präsidenten an die Völker der Welt, und, so schloß das Schreiben: „Wenn Sie wünschen, könnte ich Ihnen den Entwurf einer solchen Rede binnen 24 Stunden liefern“[20].
Offenbar gleichzeitig mit der deutschen Direktive wurde auch eine dieser Direktive weitgehend nachgebildete Direktive für die amerikanische Besatzung in Österreich ausgearbeitet, in welche Arbeiten schließlich auch der IPCOG-Ausschuß eingeschaltet wurde[21]. Ob Morgenthau auch an diesen Arbeiten aktiven Anteil hatte, ist nicht bekannt.

Direktive für die Besatzungsbehörden in Japan

Nachdem H. D. White Morgenthau, wahrscheinlich am 23. Juni 1945, mitgeteilt hatte, zur Zeit werde an einer Direktive für die amerikanischen Besatzungstruppen in Japan gearbeitet[22], erkundigte sich Morgenthau am 24. Juni beim stellvertretenden Außenminister Grew über den Stand dieser Sache. Grew bestätigte, der vorläufige Entwurf einer solchen Direktive liege vor und Morgenthau drückte ihm seine Enttäuschung aus, daß er zur Mitarbeit nicht ebenfalls herangezogen worden sei. Grew, letzter Vorkriegsbotschafter der Vereinigten Staaten in Tokio, erwiderte, an dieser Arbeit seien nur Kenner Japans und des Fernen Ostens beteiligt. Morgenthau fand diese Antwort enttäuschend und bat, ihm Einblick in den Japan-Entwurf zu gewähren. Grews Antwort war, das werde zu gegebener Zeit geschehen.[23] Weiteres ist in dieser Angelegenheit nicht bekannt.
Trotz der bereits erwähnten Ernennung von Pauley zum amerikanischen Mitglied der Reparationskommission, der an den Präsidenten unmittelbar zu berichten hatte, war Morgenthaus Einfluß auf die bevorstehende Reparationspolitik nicht völlig ausgeschaltet, denn von Anfang Mai an arbeitete der IPCOG-Ausschuß, an dessen Sitzungen Morgenthau weiterhin teilnahm, Richtlinien für die von Pauley zu betreibende Reparationspolitik aus. Morgenthau hat auf die Gestaltung dieser Richtlinien keinen nennenswerten Einfluß ausgeübt und praktische Bedeutung hat diese Arbeit nicht erlangt, da die Pauley-Richtlinien später von den sowjetrussischen und britischen Mitgliedern der Reparationskommission abgelehnt wurden. Hier sei noch kurz auf die Tätigkeit des Ausschusses hinsichtlich von Reparationsleistungen durch deutsche Zwangsarbeiter eingegangen.

Nochmals Isador Lubin

Isador Lubin hatte schon Anfang April 1945 vorgeschlagen, die Zwangsarbeiter sollten „in erster Linie aus Nazigruppen, der Gestapo, SS-Organisationen, Offizieren der Wehrmacht und solchen Bevölkerungsgruppen rekrutiert werden, die zur Finanzierung und zum Aufbau der Nazimaschine beigetragen haben“[24].

Deutsche Arbeits- und Strafbataillone

Alle Mitglieder des Ausschusses, von Morgenthau abgesehen, führten diese Verhandlungen mit Widerwillen, wußten aber, daß Reparationen durch Zwangsarbeiter von den Großen Drei in Jalta vereinbart worden waren[25].

Am 4. Mai nahm der Ausschuß folgenden Antrag an: *„Zur Leistung von Zwangsarbeit sollten nur Kriegsverbrecher und Leute, deren Zugehörigkeit zur Gestapo, SS oder Führerschicht der SA oder zur Führung der Nazipartei durch angemessene Verfahren festgestellt worden ist, herangezogen werden“*.[26] Aus der Mitte des Ausschusses wurde angeregt, Pauley sollte sich mit Robert H. Jackson, Trumans Sachverständigem in Kriegsverbrecherfragen und späterem Nürnberger Ankläger, in Verbindung setzen[27]. In einem Pauley übersandten Schreiben mißbilligte dann Jackson, daß Deutsche wegen Zugehörigkeit zu gewissen Verbänden zur Zwangsarbeit verschickt werden sollten, solange der verbrecherische Charakter dieser Verbände nicht gerichtlich festgestellt sei. Bald, so fuhr er fort, würden Gerüchte über die unmenschliche Behandlung solcher Zwangsarbeiter in die Vereinigten Staaten gelangen, würden dort Unwillen hervorrufen und die moralische Stellung der Vereinigten Staaten in diesem Krieg weitgehend vernichten[28].

Morgenthau will hundert Jahre Frieden in Europa

Am 18. Mai setzte der Ausschuß in Anwesenheit Jacksons seine Beratungen fort und alle Mitglieder unterstützten Jacksons Vorbehalte mit Ausnahme von Morgenthau, der meinte, die Verschickung der Zwangsarbeiter dürfte nicht infolge von juristischen Spitzfindigkeiten verzögert werden, und der sich als einziger der Stimme enthielt bei der Abstimmung über einen Ergänzungsantrag zum Beschluß vom 4. Mai, dessen Absicht es war, Jacksons Vorschlag in diesen Beschluß einzuarbeiten[29]. Morgenthau beklagte sich weiter darüber, daß durch die neue Regelung die Bestrafung der Kriegsverbrecher unverantwortlich verzögert werde. Am 21. Mai sagte er zum französischen Außenminister Bidault, es könnte bis Weihnachten dauern, bis der verbrecherische Charakter der SS und Gestapo durch Gerichtsbeschluß festgestellt sei, und bis dahin hätten sich diese Leute in unauffindbare Schlupfwinkel verkrochen. „Meine Absicht“, fuhr Morgenthau fort, „ist nicht Rache, sondern hundert Jahre Frieden in Europa“[30].
Am 1. Juni wollte sich Morgenthau an den Präsidenten wenden, Verzögerungen in der Verfolgung von Kriegsverbrechern aus den genannten Gründen entgegenzutreten, und hatte weiter die Absicht, ihn auf den unbefriedigenden Fortgang der Entnazifizierungsmaßnahmen in der amerikanischen Zone aufmerksam zu machen. Er hat aber dann zwei in seinem Ministerium vorbereitete, diese Angelegenheit betreffende Schriftstücke dem Präsidenten nicht überreicht[31].
Mitte April hatte, wie Morgenthau berichtet, Jean Monnet, der Leiter der französischen Wirtschaftsdelegation in Washington, ihn eingeladen, Frank-

reich zu besuchen und „zu den Franzosen zu sprechen, was sehr gut für ihre Moral wäre"[32], eine Idee, die wohl Morgenthau besonders darum zusagte, weil sie ihm Gelegenheit gegeben hätte, einen Abstecher nach Deutschland zu machen. Daraus ist aber nichts geworden. Am 11. Juni schlug dann Morgenthau Clayton vor, der IPCOG-Ausschuß solle Deutschland besuchen und feststellen, wie die Deutschland-Direktive vom 10. Mai ausgeführt würde. Seine Anregung sei aber, wie er weiter berichtet, von Clayton nicht sehr freundlich aufgenommen worden[33].

Morgenthau möchte sich das Ruhr- und Saargebiet ansehen

Am 13. Juni sagte Morgenthau zum Präsidenten, der französische Finanzminister Pleven habe ihn aufgefordert, im Juli Paris zu besuchen. Er würde die Einladung gern annehmen und gleichzeitig das Saar- und Ruhrgebiet besuchen. Er gab weiter Truman seiner Besorgnis Ausdruck, daß sich General Clay zunehmend mit „Wall Street-Leuten" umgebe. Truman hat zunächst ausweichend geantwortet, informierte Morgenthau aber am 18. Juni, er wünsche nicht, daß dieser nach Frankreich gehe. Er, Truman, werde bald Churchill und Stalin in Potsdam treffen. Morgenthau meinte darauf, seine Reise könnte die Trumans ergänzen. Truman machte darauf klar, er wünsche nicht, daß Morgenthau um dieselbe Zeit wie er Europa besuche[34].
Wir haben schon auf den „White-Plan" von 1942/1943 hingewiesen, der die Grundlage für die auf der Bretton Woods-Konferenz abgeschlossenen Vereinbarungen zur Schaffung einer Internationalen Bank und eines Internationalen Geldfonds bilden sollte. Diese Vereinbarungen waren noch, soweit die Vereinigten Staaten in Frage kamen, vom Kongreß und Präsidenten zu bestätigen. Der amerikanische Gesetzentwurf zur Ausführung dieser Vereinbarungen wurde Anfang Juni vom Repräsentantenhaus angenommen und gelangte von dort an den Senat. Es war bekannt, daß eine Gruppe von Senatoren unter Führung von Senator Robert Taft den Gesetzesentwurf für verfassungswidrig hielt. Wir gehen auf die weitere Geschichte des Ausführungsgesetzes nicht ein, erwähnen diese Angelegenheit aber, weil Morgenthau am 12. Juni 1945 vor dem Senatsausschuß für Bankwesen und Währungsfragen zu dieser Sache gehört wurde.[35]

Morgenthau befürwortete im Juni 1945 als Zeuge vor dem Senatsausschuß erneut die De-Industrialisierung Deutschlands

Im Verlauf von Morgenthaus Ausführungen richtete Senator Taft an ihn die Frage, wie der Zweck der Vereinbarungen, den Welthandel zu fördern, mit

der Tatsache vereinbart werden könne, daß nach den derzeitigen Plänen Deutschland und Japan so gut wie völlig vom Welthandel ausgeschlossen werden sollten. Hätten sie nicht vor dem Krieg erheblichen Anteil am Welthandel gehabt? Nein, erwiderte Morgenthau, zwar habe er die betreffenden Statistiken nicht bei sich. Sie zeigten aber, Deutschlands Exporte könnten vom kontinentalen Europa so leicht übernommen werden, daß ihr Verschwinden überhaupt nicht bemerkt würde[36]. Bei dieser Gelegenheit gab Morgenthau nochmals seiner Hoffnung auf die baldmöglichste De-Industrialisierung Deutschlands Ausdruck, fügte jedoch hinzu, Deutschland solle erlaubt werden, seine eigenen Bedürfnisse an „Nahrung und Kleidung" zu erzeugen. An der Zerstörung der Schwerindustrie wollte er aber festhalten[37].
Morgenthaus selbstbewußte Art, der am 12. Juni Senator Taft, führendes Mitglied der Republikanischen Partei, mit fadenscheinigen Argumenten abfertigte, deutete an, daß er seine Stellung in der Regierung noch als stark betrachtet hat. Noch am 29. Juni sagte er zu einigen Mitarbeitern, er werde im kommenden Monat nach Moskau reisen[38]. Bei derselben Gelegenheit sagte Morgenthau, er wolle „am Dienstag" [3. Juli] mit dem Präsidenten sprechen, besonders über die Vertretung des Finanzministeriums auf der Konferenz von Potsdam[39]. Vor seiner Aussprache mit dem Präsidenten hatten aber zwei Ereignisse Morgenthau den Ernst der Lage klargemacht, der er sich am 29. Juni anscheinend noch nicht bewußt war.
Am 24. Juni trat Außenminister Stettinius zurück und nach Maßgabe des damals geltenden Gesetzes über die Präsidentschaftsnachfolge wäre jetzt Morgenthau beim Tod oder der Amtsunfähigkeit Trumans Präsident der Vereinigten Staaten geworden.

Truman ernennt am 30. Juni „Jimmy" Byrnes zum Außenminister

Diese Möglichkeit war mit der am 30. Juni erfolgten Ernennung von James F. Byrnes zum neuen Außenminister weggefallen. Morgenthau hatte, wie bemerkt, mit einer solchen Entwicklung seit Roosevelts Tod gerechnet, hatte versucht, sie zu verhindern und hatte Senator Kilgore als Kandidaten für den Außenministerposten vorgeschlagen[40]. Byrnes, eine energische Persönlichkeit, hat nach seiner glaubhaften Versicherung, den Morgenthauplan von vornherein abgelehnt[41]. Dieser Schritt Trumans zeigt, daß er bestrebt war, die amerikanische Außen- und Deutschlandpolitik in die Hand eines Mannes zu legen, der gewillt war, seinen Standpunkt, falls erforderlich, auch dem Präsidenten gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Die Amtseinführung von Byrnes war ein großes Ereignis und führte insbesondere auch das Ansehen vor Augen, das Byrnes im Kongreß genoß.

Stimsons Aussprache mit Truman am 3. Juli

Das andere Ereignis war die lange Aussprache, die Stimson am 3. Juli mit Truman hatte und auf die sich jener sorgfältig vorbereitet hatte. Die Unterhaltung bezog sich wieder in erster Linie auf Deutschland. Stimson betonte erneut, das Element der Rache müsse von der amerikanischen Deutschlandpolitik ferngehalten werden. Der Präsident, so führte Stimsons Tagebuch aus, habe dem zugestimmt. Der Tagebucheintrag fährt fort:

„das Problem unserer jüdischen Leute hier in Washington . . .“

„Dann sprach ich mit ihm über das Problem unserer jüdischen Leute hier und erzählte ihm in formloser Weise von der Episode im letzten Sommer in Quebec. Ich gab ihm ein ziemlich klares Bild, wie sich alles ereignete. . . . Dann erzählte ich ihm von meinem Mittagessen mit dem Präsidenten (Roosevelt) über das Thema ‚pastorales Deutschland‘. Darauf sagte ich ihm, die Gefahr sei noch nicht vorbei, und erwähnte Baruchs vor kurzem erfolgte Erklärung. Er sagte, sie seien alle gleich – sie könnten es nicht lassen, sich einzumischen. Mit anderen Worten, er schien die Ansicht des Kriegsministeriums, wie Deutschland behandelt werden sollte, völlig zu teilen. Ich schloß, indem ich ihm sagte, wie nach unserer Ansicht die Zuständigkeit verteilt werden sollte. Nämlich der Präsident und der Außenminister sollten die die Politik betreffenden Fragen entscheiden und das Kriegsministerium sollte für die Verwaltungsgeschäfte zuständig sein. Er sagte mir, das sei genau seine Ansicht[42].“
Gleichzeitig ernannte Truman Stimson zum Mitglied der amerikanischen Delegation für Potsdam.
Trotzdem scheint Morgenthau den Ernst seiner Lage noch am Nachmittag des 3. Juli nicht erkannt zu haben. Morgenthau war in letzter Zeit mit den Engländern sehr unzufrieden und sein Mißtrauen hat sich nach der deutschen Kapitulation verstärkt. Obwohl Truman inzwischen den Leiter des Amts für wirtschaftliche Mobilmachung Fred Vinson auch zum Vorsteher des Amts für Leihe- und Pachtlieferungen gemacht hatte, mischte er sich weiter in dessen Angelegenheiten. Anfang Juni regte er bei Truman an, dieser solle Churchill sagen, die Vereinigten Staaten seien bereit, im Bereich der Leihe- und Pachtlieferungen ihren Verpflichtungen nachzukommen, erwarteten jedoch, daß England die anderen in Quebec übernommenen Verpflichtungen ausführe. Das war eine klare Anspielung auf das Deutschlandabkommen von Quebec, das also Morgenthau weiterhin als gültig und dessen Erfüllung durch die Engländer er weiterhin als quid pro quo für die Leihe- und Pachtlieferungen betrachten wollte, wie er das schon im Sept. 1944 getan hatte. Selbstverständlich ist

aus diesen Absichten nichts geworden, vielmehr hat Truman bei dieser Gelegenheit Morgenthau dahin unterrichtet, daß er derartige Angelegenheiten persönlich erledige[43]. Trotzdem fuhr Morgenthau fort, die britische Deutschlandpolitik zu kritisieren. Am 3. Juli sagte er zu einigen Mitarbeitern, er habe an einer direkten oder indirekten Unterstützung Englands durch die Vereinigten Staaten kein weiteres Interesse. Er sei am Ende seiner Geduld und werde die Aufmerksamkeit des Präsidenten mit Nachdruck darauf lenken, daß die amerikanische Regierung zur Zeit eine big business-freundliche, kartellfreundliche und nazifreundliche britische Politik unterstütze. Das müsse aufhören. Er werde im Hintergrund bleiben, bis die Engländer die leitenden Nazi-Geschäftsleute aus ihren Stellungen entfernt hätte. Gleichzeitig schimpfte er auf die Schweizer, die keine Kohle bekommen und im kommenden Winter frieren sollten, solange nicht das letzte deutsche Bankkonto in der Schweiz aufgestöbert sei[44].

Morgenthau legt am 5. Juli sein Amt als Finanzminister nieder

Diese Klagen Morgenthaus haben den Präsidenten wohl nicht mehr erreicht, denn bei der nächsten Aussprache Morgenthaus mit Truman ging es um wichtigere Dinge. Die Unterredung fand am Morgen des 5. Juli statt, einen Tag, ehe der Präsident an der Spitze einer großen Delegation nach Potsdam abreiste. Diese Aussprache führte zu einem Bruch mit Truman, denn noch am gleichen Tag wurde bekannt, Morgenthau habe dem Präsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet, das dieser sofort angenommen habe[45]. Am folgenden Tag wurde bekannt, der Präsident habe Vinson zu Morgenthaus Nachfolger ernannt. Morgenthau und Truman geben über den Hergang bei der Unterredung einander widersprechende Darstellungen. Trotzdem lassen sich die Gründe, die zum Bruch führten, einigermaßen sicher feststellen. Am 6. Juli wurde „von Morgenthau nahestehender Seite“ behauptet, Morgenthau sei der ewigen Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt müde gewesen, habe daher den Präsidenten um die Unterredung vom 5. Juli ersucht und ihn um klare Auskunft über seine Stellung im Kabinett gebeten. Offenbar habe Trumans Antwort Morgenthau nicht befriedigt, denn er sei ganz plötzlich zurückgetreten. Selbst seine engsten Mitarbeiter im Finanzministerium seien aufrichtig überrascht gewesen[46]. Morgenthaus Tagebucheintrag vom 5. Juli steht mit der Pressemeldung vom gleichen Tag in der Hauptsache im Einklang: Truman habe zunächst auf die Frage, ob er bis zur Kapitulation Japans (deren nahes Bevorstehen Morgenthau nicht ahnte), Finanzminister bleiben könne, ausweichend geantwortet. Er habe, als Truman auf seine nochmalige Frage erwidert habe, vielleicht möchte er einen andern Finanzminister, seinen sofortigen

Rücktritt angekündigt und erklärt, er werde ein schriftliches Rücktrittsgesuch nachbringen. Truman habe ihn darauf gebeten, die Geschäfte des Finanzministers bis zu seiner Rückkehr von Potsdam weiterzuführen. Morgenthau habe noch seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der amerikanischen Delegation kein Vertreter des Finanzministeriums angehöre, denn dieses habe Informationen, die sonst niemand besitze[47].

Diese Darstellung läßt sich nicht mit der vereinbaren, die Truman in seinen Memoiren gegeben hat:

„Finanzminister Morgenthau kam zu mir am 5. Juli ins Weiße Haus, um mir seinen Rücktritt anzubieten ... Nachdem er erfahren hatte, daß ich im Juli nach Potsdam gehe, kam er zu mir, um sich zu erkundigen, ob er mitkommen könne. Ich erwiderte, der Finanzminister wird in den Vereinigten Staaten dringend benötigt, sehr viel dringender als in Potsdam. Er erklärte, es sei für ihn notwendig mitzukommen und falls er nicht mitgenommen werde, müsse er zurücktreten. Ich erwiderte: ‚All right, wenn Sie so fühlen, nehme ich Ihren Rücktritt sofort an.' Und das tat ich[48]*."*

Wir halten Trumans Darstellung für die glaubwürdigere, obwohl sie wohl erst lange Zeit nach diesem Geschehen aus dem Gedächtnis niedergeschrieben worden ist. Daß Morgenthau Anstrengungen gemacht hat, zur Zeit der Konferenz von Potsdam in Europa zu sein, haben wir gezeigt. Am Tag vor Morgenthaus Unterredung mit Truman hatte der neue Außenminister Byrnes Stimson erzählt, Morgenthau könnte zur Zeit der Konferenz von Potsdam plötzlich in Deutschland auftauchen und dem Präsidenten von dort aus seine Hilfe anbieten, worauf beide herzlich gelacht hätten[49]. Aus Morgenthaus eigenem Tagebucheintrag ergibt sich, daß er sich bei Truman darüber beklagt hat, daß das Finanzministerium auf der Konferenz nicht vertreten sei, und schon am 29. Juni hatte er zu einigen Mitarbeitern gesagt, er wolle mit dem Präsidenten über dessen Vertretung auf der Konferenz sprechen. Es ist naheliegend anzunehmen, daß er diese Vertretung selbst wahrnehmen wollte, auch darum, weil er Anstrengungen gemacht hat, zur Zeit der Konferenz in amtlicher Eigenschaft in Europa zu sein. Trumans Weigerung – mit einer solchen hat er zweifellos gerechnet – ihn nach Potsdam mitzunehmen, war daher höchstwahrscheinlich der Hauptgrund für sein Zerwürfnis mit dem Präsidenten.

Wahrscheinlich bedarf aber Trumans Darstellung einer Berichtigung: Wie Robert Murphy in seinem schon genannten Buch ausführt[50], habe ihm Admiral Leahy erzählt, Truman habe zu ihm gesagt, Morgenthau habe am 5. Juli mit seinem Rücktritt gedroht, falls er nicht nach Potsdam mitkommen könne. Truman habe diese Drohung als Rücktrittsgesuch aufgefaßt und sich mit diesem sofort einverstanden erklärt. Wahrscheinlich hat daher Morgenthau bei seiner Aussprache mit Truman gedacht, der Präsident würde versuchen, diese Drohung so kurz vor seiner Abreise zu ignorieren und wäre vielleicht zum

Einlenken bereit. Zu Morgenthaus Überraschung hat aber Truman sofort die nötigen Konsequenzen gezogen. Die Morgenthau von Murphy-Leahy zugeschriebene Taktik erscheint auch darum glaubhaft, weil sich Morgenthau fast bis zum Zeitpunkt der Aussprache in seiner Stellung völlig sicher fühlte, daß selbst seine engsten Mitarbeiter durch seinen Rücktritt überrascht worden sind und daß er am 24. Juli erklärt hat, sein Weggang vom Finanzministerium sei nicht seine eigene Wahl.

Morgenthaus Rücktrittsgesuch und Trumans Antwort wurden am folgenden Tag von der Presse veröffentlicht. Morgenthaus Schreiben lautet: *„Sehr geehrter Herr Präsident! Als Präsident Franklin D. Roosevelt nach Washington ging, bat er mich, mit nach dort zu gehen und sagte weiter, wenn er dort fertig sei, würden wir beide nach Dutchess County zurückkehren. Während zwölf der ereignisreichsten Jahre der amerikanischen Geschichte war ich ihm eng verbunden und nahm aktiv an der Lösung der wichtigsten Fragen teil, denen sich unser Land vor und während des Krieges gegenübergestellt sah. Unmittelbar nach dem Tod des Präsidenten sagte ich Ihnen, wie mir zumute war, und führte aus, Ihre Hände seien ungebunden, soweit es sich um mich handelt. Sie waren damals so gütig, mir zu sagen, Sie bedürften meiner Hilfe und Sie nötigten mich zu bleiben. Seither habe ich mit Ihrer Unterstützung viele der wichtigsten Aufgaben zum Abschluß gebracht, die damals vor uns gestanden hatten. Wie ich Ihnen heute morgen sagte, bin ich jetzt der Ansicht, daß der Zeitpunkt gekommen ist, zu dem ich meiner Verantwortung enthoben werden kann. Ich unterbreite Ihnen daher mein Rücktrittsgesuch als Finanzminister. Ich wäre gern sofort zurückgetreten. Aber da Sie heute morgen sagten, ich solle die Geschäfte bis zu Ihrer Rückkehr aus Europa weiterführen, werde ich selbstverständlich diesem Ihrem Wunsch Rechnung tragen. Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen meine Wertschätzung für die volle Unterstützung ausspreche, die Sie mir gewährt haben. Ich hoffe sehr, es wird Ihnen und Ihren Mitarbeitern gelingen, die schwierigen Fragen erfolgreich zu meistern, die vor Ihnen stehen. Falls Sie je wünschen sollten, meinen Rat einzuholen, stehe ich jederzeit zur Verfügung“*.[51]

Morgenthaus Rücktritt hat in der amerikanischen Presse nur geringen Widerhall gefunden. Selbst die meisten Leitartikel der extremen deutschfeindlichen Blätter vermieden, den Morgenthauplan in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Auch die Reaktion des Kongresses war lau. Die Morgenthau am 6. und 21. Juli von den Senatoren White und Barkley und den Kongreßmännern Thon und Patman gewidmeten Abschieds- und Dankesworte[52] mögen Morgenthau Trost bereitet haben, waren aber in solchen Fällen übliche Routineangelegenheiten. Auch diese Redner vermieden, auf den Morgenthauplan zu sprechen zu kommen.

[1] Vgl. die Besprechung dieses Buchs in der Wochenschrift *The New Yorker,* 12. 2. 1944, 83

[2] Truman, Harry S.: Memoirs. Bd. 1, 1956. 235

[3] Vgl. auch Murphy, Robert: aaO, 270, wo er berichtet, Admiral Leahy, Roosevelts und Trumans persönlicher Berater, habe ihm erzählt, Truman habe zu ihm (Leahy) gesagt, er habe, als er vom Morgenthauplan in den Zeitungen las, diesen nicht leiden können. Er sei auch der Ansicht gewesen, Morgenthau habe seine Zuständigkeit überschritten. Das spricht dafür, daß sich Truman zum Morgenthauplan zunächst nicht öffentlich geäußert hat. Murphy, seit 1943 politischer Berater des Generals Eisenhower, war wohl der schärfste Gegner des Morgenthauplans unter den leitenden Persönlichkeiten der Roosevelt-Regierung.

[4] Blum III, 421

[5] Truman hatte anscheinend die Absicht, ihn durch James F. Byrnes zu ersetzen und Morgenthau, der mit Byrnes wiederholt heftige Auseinandersetzungen gehabt hatte, wußte schon am 16. 4. von diesen Gerüchten, die ihn beunruhigte (vgl. Blum III, 424).

[6] gekürzt mitgeteilt in *Stimson Diary,* 16. 5. 1945; vgl. auch Stimson und Bundy: aaO, 583

[7] Blum III, 422

[8] NYT, 17. 4., 13, Sp. 2

[9] NYT, 24. 5. 1945, 1, Sp. 1

[10] Vgl. Blum III, 425

[11] Unsere Darstellung beruht auf den Berichten folgender Zeitungen v. 23. 5. 1945: NYT; *New York Post Louis Post Dispatch.* Vgl. auch *Prevent World War III,* No. 10, 24. Pulitzers Versuch, die genannten Zahlen dem Kriegsministerium zuzuschreiben, war gänzlich irreführend. Sie mochten aber Morgenthaus damaligen Absichten entsprochen haben.

[12] NYT, 22. 6. 1945, 1, Sp. 7. Vgl. auch Kilgores Aufsatz „Germany is not yet defeated; her industrial power is a threat to peace“, in *The New York Times Magazine,* 12. 8. 1945, 10. In diesem Aufsatz wird ebenfalls die wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands durch Zerstörung seiner Industrie gefordert.

[13] Vgl. dazu die Stellungnahmen von Mitarbeitern Morgenthaus in *Morgenthau Diary (Germany),* 1458, 1460

[14] Vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 1209

[15] *ebd.,* 1211 ff. Auf die sonstigen in den Sitzungen des Ausschusses v. 24.–26. 4. erörterten Fragen gehen wir hier nicht ein.

[16] Blum III, 453; 456 f

[17] so auch Stimsons Schreiben an Morgenthau v. 9. 5., *Morgenthau Diary,* 1521 f. Vgl. auch Morgenthaus (verspätete) Antwort v. 22. 5., *ebd.,* 1519 f

[18] Vgl. *Stimson Diary,* 8. 5., 3: „Morgenthau hat bei mir angerufen, weil er Sorgen hat, der IPCOG-Ausschuß werde seine Politik der verbrannten Erde (scorched earth policy) Deutschland gegenüber nicht ganz so rücksichtslos ausführen, wie er es wünscht. Es handelt sich um die Zerstörung der deutschen (synthetischen) Ölwerke.“ *Stimson Diary,* 8. 5., 3: „Ich hatte dann eine Besprechung mit (einigen Untergebenen), die versucht hatten, mich wegen eines Antwortschreibens auf das von Morgenthau an mich telefonisch gerichtete Ersuchen um Zerstörung alles derartigen synthetischen Öls und Benzins und der in Frage kommenden Produktionsstätten zu sehen. Es lag eine allgemeine Anweisung zur Zerstörung vor. Unsere Heeresleitung war verständlicherweise bestrebt zu retten, was für ihren eigenen Bedarf gebraucht werden konnte . . . um unnötige Ausgaben zu vermeiden, die sich aus der Einfuhr aller unserer Bedürfnisse aus den Vereinigten Staaten ergeben würden. Wir sind auf Morgenthaus erbitterten Widerstand gestoßen, der bestürzt ist, wenn er den Eindruck erhält, seine Politik der verbrannten Erde Deutschland gegenüber könnte nur ein bischen gemildert werden. Ich sehe entsetzliche Folgen seines Einflusses in naher

Zukunft voraus. Angesichts der Engpässe von fast allem in Europa, halte ich es für sehr kurzsichtig, eine solche Politik unkritisch durchzuführen."

[19] Diese Darstellung ist dem Buch von Herbert Feis: *Between war and peace. The Potsdam Conference;* 1960, 56, Anm., entnommen. Wir halten diese Darstellung eines als besonders gewissenhaft anerkannten Autors überhaupt für glaubwürdiger als die des im Auftrag von Morgenthau arbeitenden Blum. Sie wird außerdem durch das Vorhergehende, insbesondere die Auszüge aus den Stimson-Tagebüchern unterstützt.

[20] *Morgenthau Diary (Germany),* 1487. Truman hat dieses Schriftstück offenbar ignoriert. Anschließend hatte die amerikanische Regierung zunächst die Absicht, den Text der Direktive bekanntzumachen, entschloß sich aber dann, ihn geheimzuhalten.

[21] Vgl. *ebd.,* 1594. Ein Teil dieser Direktive ist abgedruckt, *ebd.,* 1595 ff

[22] *ebd.,* 1589

[23] *ebd.,* 1593

[24] *Morgenthau Diary (Germany),* 1142

[25] Beschluß v. 11. 2. 1945, *Jalta-Dokumente,* 982 f (2 c)

[26] *Morgenthau Diary (Germany),* 1426

[27] *ebd.,* 1434

[28] *ebd.,* 1488

[29] Über Einzelheiten vgl. ebd., 1502 f. Am Schluß der Sitzung erklärte Morgenthau, er wolle dem neuen Antrag zustimmen, *ebd.,* 1511

[30] *ebd.,* 1519. Vgl. auch Blum III, 460

[31] Beide Schriftstücke sind abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany),* 1543 ff und 1548 f

[32] *Morgenthau Diary (Germany),* 1170 f

[33] *ebd.,* 1568

[34] Blum III, 461 f

[35] *Bretton Woods Agreement Acts.* Hearings before the Committee on Banking and Currency, U. S. Senate, 79th Congress, 1st Session on H. Res. 3314 ... Washington, 1945. Vgl. bes. 17. In Blum III wird diese Vernehmung Morgenthaus überhaupt nicht erwähnt.

[36] Gemäß NYT, 13. 6., 15, Sp. 4, soll Morgenthau erklärt haben: „The continent of Europe can absorb Germany's trade overnight". Die Anführungszeichen deuten auf ein wörtliches Zitat hin, das dann anscheinend in der amtlichen Veröffentlichung abgeschwächt worden ist.

[37] Es ist klar, daß diese Ausführungen Morgenthaus über Deutschlands und Japans geringen Anteil am Welthandel mit dem „Baruch-Plan" v. 18. 3. 1945 und ähnlichen Thesen, darunter auch solchen Morgenthaus selbst im Widerspruch standen. Vgl. dazu auch Whites Schreiben an Morgenthau v. 3. 5. 1945, *Morgenthau Diary (Germany),* 1442, wo vom „Paradox" gesprochen wird, daß die Bretton-Woods-Vereinbarungen an einer Stelle behaupten, Deutschland habe durch Kartelle und subventionierte Exporte die europäische Industrie beherrscht, später aber davon ausgehen, Deutschland hätte einen verhältnismäßig kleinen Teil an Europas Bedürfnissen hergestellt. Interessant ist auch Morgenthaus neue Formel „Nahrung und Kleidung". Sollte das heißen, von der Nährmittel- und Bekleidungs-Industrie abgesehen, sollte auch die leichte Industrie (Arzneimittel usw.) zerstört werden?

[38] *Morgenthau Diary (Germany),* 1607. Zweifellos sollte das heißen: „in amtlicher Eigenschaft". Was er in Moskau vorhatte, ist unklar, da inzwischen Pauley zum amerikanischen Vertreter bei der dort tagenden Reparationskommission ernannt worden war.

[39] White meinte, das Finanzministerium solle auf dieser Konferenz vertreten sein und wenn Clayton zum Mitglied der amerikanischen Delegation ernannt worden sei, solle ein ebenso einflußreicher Vertreter des Finanzministeriums dorthin gehen, und zwar Morgenthau selbst oder er, White. Morgenthau erwiderte nach einigen Zwischenbemerkungen u. a.: „I have asked to see President Truman Tuesday. I have sent him a message. I was going to raise the question about who was going to go and who was going to give him all this information, see?". Das genannte, für die Gründe von Morgenthaus Rücktritt vielleicht wichtige Schreiben wurde bisher nicht veröffentlicht.

[40] Blum III, 424; 460 f

[41] Byrnes, James F.: *Speaking freely, 1947.* 183

[42] *Stimson Diary,* 3. 7. 1945, 2 f. Bei „Baruchs Erklärung" handelte es sich zweifellos um dessen Ausführungen v. 22. 6. 1945

[43] Vgl. Blum III, 450 f (einzige Quelle)

[44] *Morgenthau Diary (Germany),* 1624; 1623

[45] NYT, 6. 7., 1, Sp. 1

[46] NYT, 7. 7., 22, Sp. 3. Dafür daß es sich um einen plötzlichen Entschluß Morgenthaus handelte, sprechen auch dessen im Vorstehenden mitgeteilten Äußerungen. Am 24. 7., unmittelbar nach dessen Auszug aus dem Finanzministerium, soll Morgenthau erklärt haben, Truman habe ihn aufgefordert zurückzutreten, und er habe bei dieser Gelegenheit sein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, daß nicht bekannt sei, er habe seinen Posten als Finanzminister entgegen seinen eigenen Wünschen auf Trumans Aufforderung hin aufgegeben. Morgenthau soll weiter gesagt haben: „Mein Weggang vom Finanzministerium ist nicht meine eigene Wahl. Ich wäre gern bis zur Kapitulation Japans geblieben, aber es hat anders kommen sollen. Meine zwölf Jahre als Finanzminister unter der großartigen Führung von FDR endeten mit seinem Tod" (NYT, 25. 7. 1945, 1, Sp. 6). Diese Darstellung mußte Morgenthau jedoch am nächsten Tag berichtigen. Er erklärte jetzt, Truman habe seinen Rücktritt nicht verlangt, betonte aber erneut, sein Rücktritt habe nicht auf eigener Wahl beruht (NYT, 26. 7., 1, Sp. 1; vgl. auch *ebd.*, 18, Sp. 5).

[47] Blum III, 465 f (einzige Quelle). Morgenthau hat, diesem Tagebucheintrag zufolge, Truman zum Schluß noch gefragt, ob er den Morgenthauplan mitnehmen wolle, worauf Truman erklärt habe, er habe ihn gelesen und kenne ihn.

[48] Truman: *Memoirs.* Bd. 1, 253

[49] *Stimson Diary,* 4. 7. 1945, 3

[50] Murphy: aaO, 270. Die Erzählung Leahys hat wahrscheinlich kurz nach dem Beginn von Trumans Präsidentschaft stattgefunden und ist daher wohl zuverlässiger als Trumans sehr viel später erfolgte Darstellung in seinen Memoiren.

[51] Der hier wiedergegebene Text ist NYT, 6. 7. 1945, entnommen. Das Schreiben ist auch in Blum III, 467, abgedruckt, wo jedoch der letzte Satz weggelassen ist. Die Weglassung ist nicht, wie sonst regelmäßig, durch Punkte angedeutet. Da nach Blum III, 451 „Morgenthaus Interesse seit Juni 1945 ausschließlich der Deutschlandfrage galt" und alles andere von untergeordneter Bedeutung war, muß man annehmen, daß Morgenthau Truman seinen Rat besonders im Bereich der amerikanischen Deutschlandpolitik, d. h. für die Ausführung des Morgenthauplans anbieten wollte. Auch darum halten wir die Weglassung des letzten Satzes in Blum III für wissenschaftlich völlig unzulässig.
Trumans lange Antwort *(ebd.),* die mit „Dear Henry" beginnt, hebt u. a. hervor, Morgenthaus Rücktritt sei freiwillig erfolgt und zählt dann Morgenthaus verdienstvolle Leistungen auf. Auf den Morgenthauplan geht auch sie nicht ein.

[52] *Congressional Records,* Bd. 91, 7297; 7920 f

Siebzehntes Kapitel

TRUMANS KLEINE SCHRITTE

Eisenhower: „Die amerikanische Politik geht nicht dahin, das deutsche Volk durch Verhungernlassen zu vernichten"

Im letzten Kapitel haben wir über Morgenthaus Aussprache mit Truman vom 5. Juli 1945 berichtet, bei welcher Gelegenheit Truman Morgenthaus Rücktrittsgesuch mit den Worten angenommen haben soll: „Gut, wenn Sie so fühlen, nehme ich Ihr Gesuch sofort an". Trumans Bericht fährt fort: „Das war das Ende der Unterhaltung und das Ende des Morgenthauplans"[1]. Die erste Hälfte des letzten Satzes ist zweifellos richtig, die zweite unrichtig.
Aus dem Gesagten ergibt sich, daß Truman nie daran gedacht hat, den Morgenthauplan in seiner ganzen Härte auszuführen, und seine seit Morgenthaus Rücktritt erfolgte Deutschlandpolitik kann als weiteres Zurückweichen vom Morgenthauplan gekennzeichnet werden. Der erste wichtige Schritt in dieser Richtung wurde jedoch nicht von Truman, sondern von General Eisenhower getan. Offenbar sind in den ersten zwei oder drei Monaten nach der Kapitulation überhaupt keine amerikanischen Lebensmittel an die Deutschen verteilt worden, und in den ersten Wochen sei es für amerikanische Kommandostellen sogar schwierig gewesen, Kraftfahrzeuge zugeteilt zu erhalten, die einheimische deutsche Lebensmittel aus Überschußgebieten nach Notstandsbezirken befördern sollten[2]. Am 18. Juni hat Eisenhower erklärt, die Zerstörungen in den deutschen Großstädten seien so wie die „in den am meisten zerstörten Teilen Londons, multipliziert mit 100 000". In Deutschland stehe eine Hungersnot bevor und das Wichtigste sei jetzt, einer solchen vorzubeugen, so daß die Vereinigten Staaten „kein Buchenwald eigener Machart bauen"[3]. Am 30. August bezeichnete er es als „absolut notwendig", sofort amerikanische Lebensmittel nach Deutschland zu schaffen, um die deutsche Ernährung auf einer Minimalgrundlage sicherzustellen, und betonte, die amerikanische Politik gehe nicht dahin, das deutsche Volk durch Verhungernlassen zu vernichten[4]. Das waren wohl Anspielungen auf den Morgenthauplan. Offenbar waren es insbesondere diese Appelle Eisenhowers, einiger karitativer Verbände

und einer Anzahl Kongreßmitglieder, die den Präsidenten bewogen, die deutsche Lebensmittelversorgung auf einer „subsistence level"-Grundlage, im Einklang mit den Richtlinien der Direktive JCS 1067 in die Wege zu leiten[5].

Wenn Truman sich weigerte, Morgenthau nach Potsdam mitzunehmen, so zweifellos auch darum, weil er annahm, seine Anwesenheit würde eben das sein, was die russischen Machthaber wünschten, denn neben Handelsminister Wallace hatte Morgenthau den Ruf, das sowjetfreundlichste Mitglied des Kabinetts des Präsidenten zu sein. Außerdem wußte er, daß die Sowjetunion schon in Jalta versucht hatte, den Morgenthauplan für ihre Zwecke auszubeuten.

Potsdam

Auch in Potsdam wurde der Morgenthauplan nicht ausdrücklich erwähnt. Die von Truman der Konferenz vorgelegten Vorschläge beruhten aber größtenteils auf der Direktive JCS 1067. Sie bildeten die Grundlage für das Potsdamer Abkommen vom 2. Aug. 1945[6]. Insbesondere die politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen entsprachen oft denjenigen der Direktive. Zahlreiche amerikanische Pressestimmen verkündeten daher, die in Potsdam vereinbarte Deutschlandpolitik sei im wesentlichen ein amerikanischer Plan. Trotzdem war dieser Plan nicht der Morgenthauplan. Von einer Zerstückelung Deutschlands war ebensowenig die Rede wie von der völligen Zerstörung der Industrien und Bergwerke des „größeren" Ruhrgebiets. Wenigstens ein Teil der deutschen Schwerindustrie sollte erhalten bleiben. Das Potsdamer Abkommen war wesentlich milder als der Morgenthauplan[7].

Trumans Rundfunkrede vom 8. August 1945

Am 8. Aug. hat Truman dem amerikanischen Volk in einer Rundfunkrede über die Ergebnisse von Potsdam Bericht erstattet[8]. Er vertrat den Gedanken der Kollektivschuld des deutschen Volkes und meinte, die deutsche Industrie müsse „dezentralisiert" und das deutsche Kriegspotential eliminiert werden, ohne diese Ausdrücke zu erläutern. Anscheinend glaubte er, eine solche Politik werde zu zahlreichen Demontagen führen; in zahlreichen Fällen hielt er aber anscheinend geeignete Kontrollen für ausreichend, eine Auffassung, die Morgenthau stets abgelehnt hatte. Der Hauptnachdruck werde künftig auf die Landwirtschaft und die „friedlichen" Industrien gelegt. Auch das Wort „friedlich" wurde nicht erklärt.

Trumans Absicht, die Sowjetunion zum Krieg gegen Japan zu veranlassen und ihr daher nach Möglichkeit entgegenzukommen, war in Potsdam offenkundig. Die Verhandlungen hatten aber gezeigt, daß sich der russisch-amerikanische Gegensatz ständig verschärfte. Vielleicht, daß sich daher die Haltung der Vereinigten Staaten nach der am 2. Sept. erfolgten Kapitulation Japans versteifen würde. Letzteres war aber nicht der Fall. Vielmehr verhielt sich die amerikanische Regierung in den kommenden Monaten in der Deutschlandfrage fast untätig.

Das Calvin Hoover-Gutachten

Erwähnung verdient jedoch das damals nur auszugsweise veröffentlichte Gutachten des Wirtschaftsexperten Calvin Hoover, damaligem Wirtschaftsberater des stellvertretenden Kommandeurs der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Clay, v. 10. Sept. 1945[9], das es für unmöglich erklärte, die vom Potsdamer Abkommen vorgesehenen Demontagemaßnahmen durchzuführen und gleichzeitig den dort vorgesehenen Minimum-Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Es setzte sich daher für die Erhaltung eines wesentlich größeren Teils der deutschen Schwerindustrie ein. Dieses Gutachten hat seit Anfang Okt. 1945 zum Streit der Meinungen über die Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik, besonders auch in den Reihen des Kongresses beigetragen und hat vor allem Morgenthau alarmiert, der am 26. Sept. erneut zur Durchführung seines Deutschlandplans aufgefordert hatte, gleichzeitig aber feststellte, daß „bis zur letzten Nacht kein einziges Pfund deutscher Maschinen aus der britischen oder amerikanischen Besatzungszone entfernt" worden sei[10].

Elbert D. Thomas und Harley M. Kilgore

Es ist hier nochmals auf die Tätigkeit des Mormonen-Professors Elbert D. Thomas zu verweisen, des Vorsitzenden des Heeresausschusses des Senats. In einem im Nov. 1945 in der Monatsschrift *American Mercury* veröffentlichten Aufsatz „German business still a menace" trug er seine Ansichten über die Zukunft der deutschen Wirtschaft zusammenfassend vor: Die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten dürfe nicht erneut zur Posse werden, wie das nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen sei. Die Alliierten müßten zu den Deutschen unbarmherzig sein, bis sich diese infolge eines Gesinnungswechsels würdig erwiesen, mit anderen Völkern auf dem Fuß der Gleichberechtigung zu verkehren. Bis dahin müßten sie sich mit einer im wesentlichen agrarischen Wirtschaft begnügen. Allerdings solle ihnen gestattet werden, Gebrauchsgüter für ihren eigenen Bedarf herzustellen, aber zahlreiche Industrien hätten völlig

zu verschwinden. Die deutschen Industriellen hätten Hitler ermutigt und ihn zu einem Schlag gegen die ganze Welt angestiftet in der Absicht, den Welthandel zu beherrschen. Sie seien, so phantastisch das klingen möge, die eigentlichen deutschen Heerführer. Das letzte Mal seien sie ihrem Schicksal entgangen und hätten sich gleich daran gemacht, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten. Das dürfe nicht nochmals geschehen. Der uns bereits bekannte Senator Kilgore, der Mitte Nov. 1944 zu Morgenthau gesagt haben soll, sein eigener Deutschlandplan und der Morgenthauplan stimmten im wesentlichen überein[11], betätigte sich seit Morgenthaus Ausscheiden aus der Regierung immer mehr als dessen Sprachrohr. Kurz nach der Kapitulation hatte er Deutschland besucht und nach seiner Rückkehr erklärte er, Pläne zu einem neuen deutschen Versuch, die Welt zu erobern, seien im Gang und würden besonders von ins Ausland geflüchteten Industriellen gefördert. Das besiegte Deutschland, erklärte er kurz darauf, bedrohe weiterhin den Weltfrieden. Die deutsche Wirtschaft sei seit langem als Kriegswirtschaft aufgebaut und die Industriellen seien, zusammen mit dem Generalstab und der Nazipartei, die Hauptschuldigen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Jetzt schon seien die Industriellen und Militaristen dabei, die Wissenschaft der Aggression zu vervollkommnen, um ihre auf den Schlachtfeldern erlittenen Niederlagen auszuwetzen[12].
Am 12. Aug. wiederholte Kilgore in einem Aufsatz in *The New York Times Magazine* seine früheren Beschuldigungen, behauptete, der deutsche industrielle Goliath sei durch Kriegsschäden nicht in nennenswerter Weise geschwächt, und riet, den von den Industriellen und Militaristen verbreiteten Märchen nicht zu glauben, die deutsche Wirtschaft liege ohnmächtig am Boden. Die deutsche Wissenschaft und ihre Vertreter an den Universitäten seien niemals Werkzeuge des menschlichen Fortschritts gewesen. Am 8. Okt. wetterte er erneut gegen die Industriellen. Sie seien Kriegsverbrecher, denn sie hätten „Werkzeuge der Aggression“ hergestellt[13]. Am 21. Dez. erklärte er, falls die deutsche Wirtschaft nicht grundsätzlich geändert würde, würden die Vereinigten Staaten dazu beitragen, ein Wirtschaftssystem zu verewigen, das auf Krieg hinarbeitete[14].
Wahrscheinlich entsprachen aber die Ansichten der Senatoren Thomas und Kilgore nur den Gedankengängen einer Minderheit von Kongreßmitgliedern[15].

Der Colmer-Report

Das zeigte auch der mit großem Interesse aufgenommene Bericht des Ausschusses des Repräsentantenhauses für wirtschaftlichen Wiederaufbau unter dem Vorsitz des Kongreßmanns Colmer vom 12. Nov. 1945[16], der die in Deutschland betriebene und geplante Wirtschafts- und Demontagepolitik für

wirtschaftlichen Wahnsinn erklärte. Der Bericht führt u. a. aus: „*Es ist die Ansicht des Ausschusses, daß die Wegnahme von Transportmitteln und Maschinen, die solche herstellen, sowie eine weitergehende Demontage von Fabrikeinrichtungen als die, die vom Sachverständigenausschuß des Generals Clay empfohlen worden ist, nur eines von zwei Dingen bedeuten kann: a) daß ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung durch Krankheiten, Unterernährung oder langsames Verhungernlassen in den nächsten Jahren ‚liquidiert' werden soll, mit dem Ergebnis, daß sich Epidemien über ganz Europa verbreiten, da ansteckende Krankheiten an Landesgrenzen nicht Halt machen; oder b) die Unterhaltung starker Besatzungstruppen, hauptsächlich zum Zweck, Hungerunruhen niederzuschlagen oder die Organisierung von Hilfeleistungen aus den Vereinigten Staaten. Falls ein „harter" Frieden die Eliminierung von acht oder zehn Millionen Deutschen nötig macht, wäre es viel humaner, sie sofort zu eliminieren*[17]."
Der Bericht führte weiter aus, die vorgesehenen Reparationen würden das ganze europäische Wirtschaftssystem lange ungünstig beeinflussen. Der Ausschuß sei nicht dafür, daß Deutschland große Wiederaufbaukredite erhalte. Andrerseits müsse alles getan werden, um wirtschaftliches Chaos in Mitteleuropa zu verhindern[18].

Der Byron Price-Bericht

Das Verhalten der Regierung stand zu diesen lebhaften Auseinandersetzungen im Kongreß und in der Öffentlichkeit in auffallendem Gegensatz. Präsident Truman schwieg, sandte aber im Okt. 1945 den Zeitungsmann Byron Price als persönlichen Beauftragten nach Westdeutschland und Berlin mit dem Auftrag, ihm über die gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland Bericht zu erstatten. Price legte dem Präsidenten seinen Bericht am 9. Nov. 1945 vor, in dem auch er seiner Besorgnis über die Folgen des Potsdamer Abkommens Ausdruck gab, die Entnazifizierungspolitik kritisierte, die zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland beitrage, und Erhöhung der Lebensmittelrationen und weitere Hilfsmaßnahmen vorschlug, falls die Vereinigten Staaten nicht bevorzugen sollten, sich aus Europa zurückzuziehen[19].

Die Verlautbarung des Außenministeriums vom 12. Dezember 1945

Die einzige unmittelbare Folge der Price- und Calvin Hoover-Gutachten war eine lange Erklärung des Außenministeriums vom 12. Dez. 1945[20], in der die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten betont wurde, weiter zur Durchführung des Potsdamer Abkommens beizutragen. Das wichtigste Ziel der

amerikanischen Besatzungsbehörden sei zur Zeit die Verhinderung von Krankheiten und Unruhen infolge drohender Hungersnot. Den Deutschen stehe ein harter Winter bevor; mit einer Besserung der Verhältnisse im Frühjahr sei jedoch zu rechnen. Alle deutschen Reparationsschulden müßten gewissenschaft beglichen werden. Die Erklärung betonte aber: „Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, solche Friedensindustrien zu eliminieren oder zu schwächen, in denen Deutschland erfolgreich auf dem Weltmarkt gearbeitet hat.“ Dieser Satz schien zu besagen, daß diese Industrien, zu denen zweifellos auch viele Betriebe der Schwerindustrie, besonders der chemischen und optischen Industrie, gehörten, nicht demontiert und zum Exporthandel herangezogen werden sollten, eine Auffassung, die sich mit den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens kaum hätte vereinbaren lassen. Gerade dieser Satz der Erklärung erregte daher sofort den Zorn der Morgenthau-Freunde, und am 21. Dez. erklärte Senator Kilgore unter Bezugnahme auf ihn, es wäre selbstmörderisch, wenn die Vereinigten Staaten zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beitrügen, nur weil gewisse Stellen der Militärregierung in Deutschland solche Maßnahmen befürworteten. Eine solche Politik wäre geeignet, die Sicherheit der Vereinigten Staaten und den Weltfrieden zu gefährden. Habe das Außenministerium, vielleicht auch unter dem Einfluß des Price-Berichts, seine Absicht aufgegeben, das Potsdamer Abkommen auszuführen und das deutsche Kriegspotential zu zerstören? Kilgore fügte hinzu, er glaube, diese Haltung des Außenministeriums habe nicht den Beifall des Präsidenten[21].

Kilgore, Morgenthaus Sprachrohr

Kilgores Unwillen richtete sich vor allem auch gegen General William H. Draper, obersten Wirtschaftsberater des Generals Clay, ehemaliges Mitglied des New Yorker Bankhauses Dillon, Reed & Co., der von Anfang an das Calvin Hoover-Gutachten befürwortet und auch weiterhin zur wirtschaftlichen Vernunft in Deutschland und zur Revision der Direktive JCS 1067 geraten hat. Darum hat er sich das besondere Mißtrauen Morgenthaus und seiner Freunde zugezogen. Schon am 18. Okt. hatte Morgenthau in einer Rede die Berufung von Leuten in die Wirtschaftsabteilung der Militärregierung gerügt, die persönliche finanzielle Interessen an einer baldigen Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft hätten. Die Berufung solcher Leute sei ein schwerer Fehler[22]. Am 21. betätigte sich Kilgore auch in dieser Sache als Morgenthaus Sprachrohr und behauptete, einige Beamte der Militärregierung, deren Aufgabe es sei, die Entmilitarisierungsvorschriften des Potsdamer Abkommens auszuführen, seien dabei, die deutsche Wirtschaft zu stärken, und arbeiteten auf die Wiederherstellung eines starken Deutschlands als eines

Gegengewichts gegen die Sowjetunion hin. Das seien vor allem solche, die enge Beziehungen zu den deutschen Kartellen hätten oder gehabt hätten[23].

Der „Fowler-Plan"

Wir haben auf das Schreiben des Präsidenten Roosevelt an den FEA-Leiter Leo T. Crowley v. 29. Sept. 1944 hingewiesen, mit welchem Crowley vom Präsidenten ersucht wurde, die von seiner Behörde in Gang gesetzten Untersuchungen zur künftigen wirtschaftlichen Rolle Deutschlands zu beschleunigen. Crowley errichtete sofort eine große Behörde, (FEA, Enemy Branch) zum Studium der wirtschaftlichen Nachkriegsbehandlung Deutschlands, unter Leitung von Henry H. Fowler, späteren Finanzminister des Präsidenten Lyndon Johnson. Fowlers Behörde faßte ihre Untersuchungen am 17. Dez. 1945 in einem langen Bericht zusammen, der am 20. Dez. in Gegenwart Fowlers von Senator Kilgore öffentlich bekannt gegeben wurde[24]. Der FEA-Bericht kann als gemilderter Morgenthauplan bezeichnet werden. Er hebt hervor, daß er mit dem Morgenthauplan weitgehend übereinstimmt. Die Grundforderung des FEA-Plans war ebenfalls: Demilitarisierung durch De-Industrialisierung. Im Gegensatz zum Morgenthauplan wollte aber der FEA-Bericht von einer völligen Zerstörung der deutschen Schwerindustrie absehen. Trotzdem enthielt der FEA-Plan lange Listen von zu verbietenden Industrien, insbesondere im Bereich der Schwerindustrie.
Ebenso wie der Morgenthauplan hat auch der Fowler-Bericht eine politische und wirtschaftliche Sonderbehandlung des „größeren" Ruhrgebiets vorgesehen. Das Gebiet sollte von Deutschland dauernd getrennt und den Vereinigten Nationen als „Treuhandgebiet" unterstellt werden. Die vorgesehenen wirtschaftlichen Zerstörungsmaßnahmen waren allerdings weniger weitgehend als die des Morgenthauplans. Dagegen sollte gemäß den FEA-Vorschlägen der größte Teil der Bevölkerung vom Ruhrgebiet vertrieben und nach Restdeutschland abgeschoben werden. Von Morgenthaus Absichten hinsichtlich der künftigen deutschen Ernährung hat sich der FEA-Plan allerdings distanziert und die vorläufige Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland befürwortet. Zweifellos stimmte aber der FEA-Bericht nicht mit dem überein, was Truman und insbesondere Byrnes um diese Zeit anstrebten, die sich inzwischen beide gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland ausgesprochen hatten. Trotzdem machte der Bericht deutlich, daß noch zu dieser Zeit hohe amerikanische Regierungsstellen vom Morgenthau-Geist beherrscht worden sind und innerhalb der Regierung keine völlige Klarheit über die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten herrschte.

Demontagen

Am 21. März 1946 erklärte der neue Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General McNarney, eine Änderung des Potsdamer Abkommens müsse in Erwägung gezogen werden[25]. Der nur fünf Tage später in Berlin bekannt gegebene „level of industry"-Plan strafte aber alle Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse Lügen, denn der Plan sah weitgehende Beschränkungen der industriellen Produktion, insbesondere im Bereich der Schwerindustrie, vor. Es begann eine Welle von Demontagen, auf deren Geschichte wir hier nicht eingehen. Am 3. Mai hat dann aber General Clay die Demontagen in der amerikanischen Zone vorübergehend eingestellt, was wieder ein Abrücken vom Potsdamer Abkommen und vom Morgenthauplan anzudeuten schien.

Molotow gegen den Morgenthauplan

Der eigentliche Angriff auf diesen Plan erfolgte jedoch nicht von seiten der Vereinigten Staaten, sondern der Sowjetunion. Am 10. Juli erklärte der russische Außenkommissar Molotow auf der Außenministerkonferenz in Paris: „Es wäre unrichtig, einen Kurs einzuschlagen, der die Agrarisierung Deutschlands und die Vernichtung seiner hauptsächlichen industriellen Mittelpunkte vorsieht"[26]. Das war eine klare Anspielung auf den Morgenthauplan. Die Überraschung in Washington war groß. Die Molotow-Rede veranlaßte General Clay, das Kriegs- und Außenministerium zu ersuchen, neue Richtlinien für die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland auszuarbeiten und zu versuchen, die propagandistische Wirkung der Rede in Deutschland abzuschwächen[27].

Die Stuttgarter Rede des Außenministers Byrnes vom 6. September 1946

Das Ergebnis war die Stuttgarter Rede des Außenministers Byrnes v. 6. Sept. 1946, in der er ausführte, die Vereinigten Staaten hätten nicht den Wunsch, die Leiden des deutschen Volkes zu vermehren oder ihm die Gelegenheit zu nehmen, sich aus diesen Nöten herauszuarbeiten. Gleichzeitig wandte er sich gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland und sprach sich für Reparationen auch durch Lieferung von Industrieerzeugnissen aus, eine Forderung, die Morgenthau besonders heftig bekämpft hatte[28]. General Clay glaubte in der Rede den Beginn einer Rückkehr zu den Grundsätzen des Handbuchs von 1944 für die künftigen amerikanischen Besatzungsoffiziere

erblicken zu dürfen, die dann von Roosevelt abgelehnt und lächerlich gemacht worden sind[29]. Clay schlug auch vor, die Direktive JCS 1067 durch eine andere zu ersetzen, die den Grundsätzen der Rede Rechnung trage. Trotzdem geschah lange nichts, was wohl auch damit zusammenhing, daß sich das Verhältnis zwischen Truman und Byrnes verschlechterte, der am 20. Januar 1947 sein Amt niederlegte.

Ist der Morgenthauplan noch in Kraft?

Infolge des ständigen Niedergangs der deutschen Wirtschaft, der Tatsache, daß um diese Zeit nur etwa ein Viertel der Kapazität der nicht demontierten Industriebetriebe ausgenützt werden konnte und der unzureichenden Lebensmittelversorgung war aber gerade um diese Zeit die Lage in Westdeutschland wieder besonders verzweifelt, und zahlreiche Amerikaner erhoben erneut die Frage: Ist der Morgenthauplan noch in Kraft?[30]

Der „Morgenthauplan, dazu bestimmt, ein ganzes Volk bis zu seinen Wurzeln auszurotten" (Martin Niemöller)

Mit besonderer Schwere lastete diese Frage auf dem deutschen Volke. Wir verweisen hier auf ein Schreiben von Martin Niemöller an einen amerikanischen protestantischen Kirchenführer, wahrscheinlich von Anfang 1947. „Leute", so schrieb Niemöller, „die das deutsche Flüchtlingselend kennen und die heute in Westdeutschland vor dem Verhungern stehen, können zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß diese ganze Entwicklung nichts anderes ist als der in die Praxis umgesetzte Morgenthauplan, dazu bestimmt, ein ganzes Volk bis zu seinen Wurzeln auszurotten"[31].
Der neue Außenminister, General George Marshall, teilte wohl die Grundsätze der Stuttgarter Rede, beurteilte aber die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wesentlich pessimistischer als Byrnes und war auch durch den Vormarsch des Kommunismus im Fernen Osten alarmiert. Die Morgenthau-Freunde blickten daher der am 10. März 1947 in Moskau beginnenden Außenministerkonferenz mit besonderer Sorge entgegen. Daß die von Mrs. Roosevelt und E. A. Mowrer auf den 6. März 1947 nach New York einberufene *National Conference on the German Problem* ein allerdings kläglich gescheiterter Versuch gewesen ist, die amerikanische Regierung und, falls möglich, auch die übrigen in Moskau vertretenen Mächte im Sinne des Morgenthauplans zu beeinflussen, ist schon erwähnt worden[32].

Die Direktive JCS 1779

Die Außenministerkonferenz war ein voller Mißerfolg, und gleich danach wurde eine neue Deutschlanddirektive, JCS 1779, ausgearbeitet und am 15. Juli 1947 in Kraft gesetzt[33]. Die neue Direktive erklärte zwar die „Grundsätze" des Potsdamer Abkommens, soweit Reparationen und wirtschaftliche Entwaffnung in Frage kamen, weiterhin für verbindlich, stellte aber amerikanische Hilfe für die Neuankurbelung der deutschen Wirtschaft, einschließlich des „friedlichen" Teils der deutschen Schwerindustrie in Aussicht. Trotzdem nahmen die (längst wieder aufgenommenen) Demontagen ihren Fortgang, und auch die Ernährungslage in Deutschland besserte sich nur langsam.

Noch am 28. 11. 47 fragte Senator Robert A. Taft: Ist der Morgenthauplan noch in Kraft?

Am 28. November stellte daher Senator Robert A. Taft im Senat der Vereinigten Staaten in einer machtvollen Rede erneut die Frage: Ist der Morgenthauplan noch in Kraft? und glaubte sie, insbesondere soweit die Demontagepolitik in Frage kam, trotz aller Beschwichtigungsversuche der Truman-Regierung bejahen zu müssen[34]. Tafts Ausführungen waren wohl begründet, denn im gleichen Monat hat General Clay vor einem Kongreßausschuß die Fortführung der Demontagen als „Sicherheitsmaßnahme", d. h. als Maßnahme zur Zerstörung des Deutschen Kriegspotentials im Sinn der Morgenthaupolitik bezeichnet.[35]

Die Zeit des Morgenthau-Geistes geht zu Ende

Am 1. Juli 1947 war jedoch der Marshallplan angekündigt worden, und am 8. Januar 1948 hat Marshall vor einem Kongreßausschuß erklärt, auch Westdeutschland sollte Marshallplan-Hilfe erhalten[36]. Die letzten Überbleibsel der Morgenthau-Politik begannen jetzt der Reihe nach zu verschwinden, und mit der im April 1951 erfolgten endgültigen Einstellung der Demontagen hatte diese Politik ihren Abschluß gefunden.

[1] Truman: aaO, Bd. I, 327

[2] Zink, Harald: *The United States in Germany*, 1945 ff. 1957, 295

[3] NYT, 11. 6. 1945

[4] NYT, 30. 8. 1945, 9, Sp. 2

[5] Morgenthau hatte in seiner Rede v. 13. 2. 1946 mit Bezug auf die Lebensmittellieferungen erklärt, er sei froh, daß sich die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht ihrer Pflichten bewußt seien, obwohl er in seinem Buch vom Oktober 1945 gegen amerikanische Lebensmittellieferungen aufgetreten war. Die Morgenthau nahestehende *Society for the Prevention of World War III* wandte sich weiterhin in vielen Kundgebungen gegen die Lieferung amerikanischer Lebensmittel an die deutsche Bevölkerung. Noch im Oktober 1947 schrieb der Schriftsteller Philip Wylie in der Zeitschrift dieser Gesellschaft, die schlechte Ernährungslage in Deutschland lasse ihn kalt wie Stein. Heute, da die ganze Welt am Verhungern sei, mache die amerikanische Regierung besondere Anstrengungen zugunsten Deutschlands. „Ich schäme mich über unsere Regierung, die Mitleid schreien muß, um Nahrungsmittel nach Deutschland senden zu können". *Prevent World War III*, No. 22, 33; vgl. auch No. 24, 1; No. 27, 27. Vgl. weiter das Interview Mrs. Roosevelts v. 13. 2. 1946, NYT, 14. 2. 1946, 27, Sp. 2

[6] abgedruckt in *Potsdam-Dokumente II*, 1499 ff

[7] Morgenthaus Behauptung in seinem Buch (XII), die Großen Drei seien in Potsdam bestrebt gewesen die vom Morgenthauplan vorgezeichnete Politik auszuführen, ist ebenso unrichtig wie die spätere Behauptung des Senators Robert Taft, das Potsdamer Abkommen habe sich praktisch den Morgenthauplan zu eigen gemacht (vgl. *Congr. Rec.* Bd. 91, 10928).

[8] abgedruckt in *The Department of State Bulletin*, 12. 8. 1945, 208

[9] Vgl. Ratchford, B. U. und W. D. Ross: *Berlin Reparations Assignment*, 1947. 79 ff, vgl. auch NYT, 8. 10. 1947, 1, Sp. 8

[10] NYT, 27. 9. 1945, 14, Sp. 3. Vgl. auch das in *Prevent World War III*, No. 12, 17, abgedruckte Telegramm der Society for the Prevention of World War III an General Eisenhower

[11] Vgl. Blum III, 391

[12] Vgl. NYT, 22. 6., 1, Sp. 7; 10. 7. 1945, 14, Sp. 2

[13] NYT, 7. 10. 1945, 8, Sp. 4

[14] NYT, 22. 12. 1945, 8, Sp. 4

[15] Zu ihnen gehörte besonders noch der damalige Senator und jetzige Kongreßmann Claude Pepper.

[16] 79th Congress, 1st Session, House Report No. 378. Eigth report of the House Special Committee on postwar economic policy and planning pursuant to House Resolution 60 ... Economic reconstruction of Europe, Nov. 12, 1945

[17] Mit dem „Sachverständigenausschuß des Generals Clay" war der unter Vorsitz von Calvin Hoover arbeitende Ausschuß gemeint, der das im Text zu Anm. 9 genannte Gutachten ausgearbeitet hat.

[18] Es sei betont, daß sich diese Anklagen nicht gegen den Morgenthauplan als solchen, sondern gegen die auf Grund des Potsdamer Abkommens betriebene Besatzungspolitik richteten.

[19] abgedruckt in Department of State Bulletin, 2. 12. 1945, 885 ff. John Gimbel: *The American occupation of Germany*, 1968, 21 f

[20] abgedruckt in *Department of State Bulletin*, 16. 12. 1945, 927 ff

[21] NYT, 22. 12. 1945, 6, Sp. 6. Kilgore meinte noch, es sei eine „Verdrehung des Potsdamer Abkommens", anzunehmen, daß es den Deutschen einen Minimum-Lebensstandard garantieren wolle. Es sei verfehlt, anzunehmen, „industrielle" Ent-

waffnung würde für die Deutschen Not und Verhungern bedeuten. Die deutsche Landwirtschaft solle weiter entwickelt werden.

[22] NYT, 19. 10. 1945, 8, Sp. 2. Morgenthaus Ausführungen bezogen sich zweifellos in erster Linie oder ausschließlich auf Draper.

[23] Vgl. Anm. 20. Diese Behauptung Kilgores wurde am 25. 12. von einem Sprecher der Militärregierung zurückgewiesen, vgl. NYT, 26. 12., 7, Sp. 1. Auch von der *Society for the Prevention of World War III* wurde der „Wall Street-Mann" Draper fortgesetzt angegriffen und beschimpft; vgl. Prevent *World War III*, No. 13, 28, 29; No. 30, 32 f

[24] A program for German economic and industrial disarmament. A study submitted by the Foreign Economic Administration (Enemy Branch) to the Subcommittee on War Mobilization of the Committee on Miliary Affairs, United Staates Senate, 79th Congress, 2nd Session. Vgl. dazu meinen Aufsatz: „Der Fowler-Plan" in *Politische Studien* (17), 1966, 51 ff und Gimbel, John: aaO, 24 f. Über die Bekanntgabe durch Kilgore vgl. NYT, 21. 12. 1945, 5, Sp. 1

[25] NYT, 22. 5. 1946, 5, Sp. 1

[26] NYT, 11. 7. 1946, 1; Sp. 1. Vgl. 4, Sp. 3

[27] Vgl. Gimbel, aaO, 74 ff; Hammond, aaO, 441 f

[28] Die Rede ist teilweise abgedruckt in NYT, 7. 9. 1946, 1, Sp. 8

[29] Über das Handbuch vgl. auch Gimbel, aaO, 87

[30] Vgl. z. B. die Aufsätze in der amerikanischen protestantischen Wochenschrift *Christian Century* „This is mass starvation", v. 30. 10. 1946, 1310, und „Is the Morgenthau Plan still in force?", v. 21. 5. 1947, 872

[31] Auszüge aus diesem Schreiben, dessen Datum nicht mitgeteilt wurde, sind enthalten in *Christian Century*, 27. 5. 1947, 644

[32] Das Mitglied der amerikanischen Delegation, Charles P. Kindleberger vom Außenministerium, soll noch kurz vor der Konferenz Vertreter der Morgenthau-Politik gewesen sein und, allerdings vergeblich, versucht haben, die Entsendung des Expräsidenten Herbert Hoover im Febr. 1947 zum Zweck des Studiums der deutschen Ernährung zu verhindern; vgl. *Human Events* (News letter), 26. 3. 1947, 3. Herbert Hoovers Bericht ist abgedruckt in NYT, 16. 7. 1947, 4, und hat zweifellos erheblich zur weiteren Abwendung der Vereinigten Staaten vom Morgenthauplan beigetragen.

[33] Vgl. NYT, 16. 7. 1947, 4

[34] Die Rede ist abgedruckt in *Congressional Records*, Bd. 93, 10 928 ff; vgl. bes. 10 929. Vgl. auch NYT, 29. 11., 10, Sp. 3. Taft führte vor allem aus: „Der Morgenthauplan war absichtlich zu dem Zweck entworfen, Deutschland in ein Landwirtschaft treibendes Land zu verwandeln ... Dieser Plan ist gewiß mehr als alles andere für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Westeuropa verantwortlich, denn Deutschland könnte viele Güter erzeugen, die diese Länder brauchen ... Kein Zweifel, daß es mit diesem Krankheitsherd im Herzen Europas fast unmöglich ist zu hoffen, daß in den anderen Ländern Europas eine normale Wirtschaftslage hergestellt werden kann. Wir haben wiederholt behauptet, wir hätten den Morgenthauplan aufgegeben, aber niemand weiß, ob wir ihn wirklich aufgegeben haben ... Sogar heute setzen wir die in diesem Plan vorgesehene Politik fort, soweit sie die Demontagen deutscher Fabriken betrifft ... Ich denke daher, daß wir zum großen Teil selbst für die in Deutschland herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse die Verantwortung tragen."

[35] U. S. Senate. Committee on Approbriation. *European Interim Aid ... Hearings.* Nov. 1947, 662; vgl. Balabkins: aaO, 26 f

[36] Vgl. Gimbel, aaO, 166

Vierter Teil: Erläuterungen zum Morgenthauplan

EIN PROGRAMM, DAS DEUTSCHLAND HINDERN SOLL, EINEN DRITTEN WELTKRIEG ZU BEGINNEN

Vorbemerkung

Kommentar zum Morgenthauplan – Quellenmaterial und Auslegungsgrundsätze

Wir besprechen hier die einzelnen 14 Punkte des Dokuments kommentarartig, das nach Morgenthaus Behauptung „den Morgenthauplan zusammenfaßt" und das Präsident Roosevelt im September 1944 mit zur Konferenz von Quebec genommen hat (VII). Amtlich ist diese Urkunde bisher nicht veröffentlicht. Auch in der Dokumentensammlung *Morgenthau Diary (Germany)* ist sie nicht abgedruckt. Sie wird jedoch als authentische Form des Morgenthauplans betrachtet, seit Morgenthau den Faksimile-Abdruck einer Fotokopie dieses Schriftstücks in seinem Buch *Germany is our problem* vor S. IX veröffentlicht hat. Die Fotokopie ist nicht datiert. Stimson notierte jedoch später, Roosevelt habe das „Schriftstück des Finanzministeriums vom 9. September" in Quebec angenommen[1]. Am 9. Sept. hat auch H. D. White Morgenthau über die an der dritten Fassung des Morgenthauplans (v. 5. Sept. 1944) vorgenommenen Änderungen informiert, und es ist damit wohl gesichert, daß der Morgenthauplan am 9. Sept. in der vierten Fassung seine endgültige Gestalt erhalten hat[2]. Die drei vorausgehenden Fassungen sind für die Auslegung der endgültigen Fassung von besonderer Bedeutung.
Wie aus Punkt 2 hervorgeht, ist die dort genannte Karte Anlage 12 zum Morgenthauplan. Bei dem Roosevelt überreichten Dokument muß es sich daher um ein umfangreiches Schriftstück gehandelt haben. Morgenthau hat auf diese Dokumentensammlung wiederholt als auf sein „Schwarzbuch" verwiesen, während sie Hull einmal „dieses Buch" nannte. Welches die zum Morgenthauplan gehörenden (mindestens 12) Anlagen sind, geht, von der Karte

abgesehen, aus der uns zur Verfügung stehenden Dokumentation nicht hervor. Wahrscheinlich ist, daß die in Morgenthau Diary (Germany), 597–604 abgedruckten acht Schriftstücke zu ihnen gehören. Von ihnen kommt den Dokumenten B, H, und G besondere Bedeutung zu, da sie den Zweck haben, die Punkte 5, 6 und 9 der endgültigen Fassung zu erläutern. Sie sind bei den betreffenden Punkten in Übersetzung ganz oder teilweise abgedruckt. Punkt 11 will offenbar auf ein anderes Dokument verweisen, das nähere Vorschriften zur Behandlung der Kriegsverbrecher und Sondergruppen enthält. Ein solches Dokument lag der zweiten und dritten Fassung des Morgenthauplans bei, fehlt aber bei der letzten. Wir ziehen daher die Anlage zur dritten Fassung zur Auslegung des Punkts 11 heran. Es ist bei Punkt 11 ungekürzt in Übersetzung abgedruckt[3].
Die hervorragende Bedeutung von Morgenthau Diary (Germany) als Quellensammlung zur Auslegung des Morgenthauplans ergibt sich aus dem Gesagten. Ebenfalls besonders wichtige Quellen sind die Vereinbarung von Quebec vom 15. Sept. 1944 und die genannten Meldungen des Wall Street Journal und der Associated Press vom 23. und 24. Sept. 1944. Obwohl Morgenthau leugnete, daß diese Meldungen auf im Finanzministerium eingeholten Informationen beruhten, verdienen derartige Dementis keinen Glauben, da White im Okt. 1944 zu Gromyko gesagt hat, „sie kommen der Wahrheit nahe, ziemlich nahe“[4].

Morgenthaus Buch „Germany is our problem“

Eine weitere für die Auslegung des Morgenthauplans besonders wichtige Quelle ist Morgenthaus am 5. Okt. 1945 (also nach seinem Ausscheiden aus der Regierung) veröffentlichtes Buch *Germany is our problem*, das aber durchweg von anderen unter der redaktionellen Leitung von Harry Dexter White geschrieben worden ist. Da dieses Buch auch Einblicke in Morgenthaus Denken gewährt, bringen wir hier eine allgemeine Würdigung, während die einzelnen in Morgenthaus Buch enthaltenen Forderungen und Vorschläge in den folgenden Abschnitten erörtert werden.
White hat anscheinend ein vorläufiges Inhaltsverzeichnis ausgearbeitet und die einzelnen Kapitel zur Fertigstellung an seine Mitarbeiter verteilt. Von ihnen können mit Hilfe von drei vorliegenden Entwürfen, J. B. DuBois, Ansel Luxford, Herbert Gaston und J. B. Friedman identifiziert werden. Weitere Beamte des Finanzministeriums sowie der Zeitungsmann David Loth haben aber an der Ausarbeitung teilgenommen. Morgenthau ließ sich über den Fortgang der Arbeiten fortlaufend Bericht erstatten und hat in einer Vorbemerkung (X) die volle Verantwortung für den Inhalt des Buchs übernommen[5].

Mit den Arbeiten am Buch war anscheinend Ende Oktober 1944 begonnen worden, und Morgenthau sagte am 3. Nov. zu einigen Mitarbeitern, er hoffe, die Genehmigung des Präsidenten zur Veröffentlichung zu erhalten, werde das Buch aber auch ohne dessen Genehmigung veröffentlichen. Die Hauptarbeit wurde anscheinend im November und Dezember 1944 und im Februar 1945 geleistet. Noch bei seiner letzten Unterhaltung mit Roosevelt am Abend vor dessen Tod hat Morgenthau über diese Angelegenheit gesprochen und ihn gebeten, eine Vorrede zum Buch zu schreiben. Auch Truman gegenüber kam er wiederholt auf dieses Thema zu sprechen. Anscheinend hatte Morgenthau geplant, sein Buch am Tag der Kapitulation Deutschlands herauszubringen. Die Sache verzögerte sich jedoch, und erst am 10. Aug. 1945 machte der Verlag Harper & Brothers, New York, bekannt, er sei eben in den Besitz von Morgenthaus Manuskript gelangt. Morgenthaus oberstes Ziel sei, Mittel in Vorschlag zu bringen, die es ermöglichten, künftige deutsche Aggressionen zu verhindern. Morgenthaus Vorschläge seien „nicht in einem Geist der Rache, sondern als vernünftige und bedeutende Vorschläge zur Förderung der amerikanischen Außenpolitik" vorgebracht. In den bereits erwähnten Pressekonferenzen vom 26. Sept. und 4. Okt. 1945 hat dann Morgenthau selbst auf die bevorstehende Veröffentlichung hingewiesen und behauptet, Roosevelt und Truman hätten der Veröffentlichung zugestimmt. Kurz zuvor war die Gründung einer „Eleanor and Henry Morgenthau jr. Foundation for Peace, Inc." als gemeinnütziger Stiftung bekannt gegeben worden, deren Zweck es sein sollte, für eine Welt der Freiheit, des Friedens und der Sicherheit einzutreten und in deren Aufsichtsrat u. a. Mrs. Roosevelt saß. Trotz dieser publicity ist jedoch Morgenthaus Buch kein Bestseller geworden, und von der genannten Foundation, der die Tantiemen zufließen sollten, hat man nichts weiter gehört. Viele Hunderte von Exemplaren wurden von Organisationen wie der *Society for the Prevention of World War III* und dem *Carnegie Endowment for International Peace* unentgeltlich verteilt. Ende 1945 wurde bekannt, mehrere hundert Exemplare seien dem Kriegsministerium geschenkweise überlassen worden. Dieses ließ sie dann an die höheren amerikanischen Stäbe in Westeuropa mit dem Hinweis verteilen, diese Maßnahme bedeute keine Stellungnahme des Kriegsministeriums für oder gegen den Morgenthauplan[6].
Obwohl an Morgenthaus Buch von einem Stab von Mitarbeitern ein volles Jahr gearbeitet wurde, wurde es anscheinend in größter Hast herausgebracht. Zur endgültigen Charakterisierung des Buchs führen wir hier folgende Stelle aus Kapitel VII „Deutschland hat den Willen, es nochmals zu versuchen" (108) an:
„Als der Krieg (1914) kam, ließ sich die Arroganz des Kaisers von der, die ein Vierteljahrhundert später Hitler zeigte, kaum unterscheiden, außer daß Wilhelms Ergüsse grammatisch besser waren. Kennzeichnend für die vier

Jahre kaiserlichen Säbelrasselns war folgender Tagesbefehl von 1914 an die Ostarmeen: ‚Bedenkt, ihr seid das auserwählte Volk! Der Geist Gottes hat sich auf Mich herabgesenkt, denn Ich bin der Kaiser der Deutschen! Ich bin das Werkzeug des Allerhöchsten, Ich bin sein Schwert, sein Stellvertreter... Mögen alle Feinde des deutschen Volkes verderben! Gott fordert ihre Zerstörung, Gott, der durch Meinen Willen von euch fordert, seinen Willen zu vollstrecken'."[7]

Siebentes Kapitel dieses Buches

Wir verweisen noch auf Kapitel VII „Germany as an anti-Russian smoke screen", da die dort aufgeworfenen Fragen in Morgenthaus amtlichen Stellungnahmen nur eine geringe Rolle spielten, obwohl er schon in seinem Schreiben an den Präsidenten vom 10. Jan. 1945 behauptet hat, der eigentliche Beweggrund der meisten Amerikaner, die gegen ein industriell schwaches Deutschland seien, sei ihre Furcht vor Rußland und dem Kommunismus. Es sei der „zwanzig Jahre alte Gedanke", Deutschland als Bollwerk gegen den Bolschewismus zu benutzen. Der Verfasser des Kapitels ist zweifellos DuBois.

Morgenthau hat ständig wiederholt, der Erfolg seines Deutschlandprogramms beruhe auf der Zusammenarbeit der Großen Drei, vor allem aber der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in der Nachkriegszeit. Behauptungen, die Sowjetunion möchte nach dem Krieg ihre eigenen Wege gehen, haben ihn stets beunruhigt. Kapitel VII sollte vor allem dazu dienen, dem amerikanischen Volk zu zeigen, daß Anlaß zu Mißtrauen dem bisherigen russischen Bundesgenossen gegenüber nicht gegeben sei, außer wenn dieses Mißtrauen von den Amerikanern selber, besonders aber von Leuten in hohen Regierungsstellen gezüchtet werde (94). Leider geschähe das, und das Gefährliche sei, daß die Leute, die Rußland verdächtigten, ihre Argumente nicht offen darlegten, sondern zu Flüsterfeldzügen ihre Zuflucht nehmen (90). Die Wahrheit sei jedoch, daß Rußland und die Vereinigten Staaten, trotz Verschiedenheit der ideologischen Standpunkte, stets gemeinsame außenpolitische Interessen gehabt hätten (96), und die Amerikaner wüßten, daß (im Ersten Weltkrieg) Deutsche und nicht Russen amerikanische Soldaten getötet und amerikanische Zivilisten torpediert hätten und daß Pläne zur Eroberung der westlichen Halbkugel von den Deutschen und nicht den Russen geschmiedet worden seien (91). Keine andern Länder hätten daher durch Krieg mehr zu verlieren und weniger zu gewinnen als die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Trotzdem, so meinten die Furchtsamen und Heuchler, müsse ein Bollwerk gegen den Kommunismus errichtet werden (98). Wenn es jedoch unvernünftig sei anzunehmen, den Vereinigten Staaten drohe Gefahr von Rußland oder

dem Kommunismus, sei es der Gipfel des Wahnsinns, Deutschland zum Wächter gegen die Sowjetunion zu bestellen. Diejenigen, die solche Gedanken hegten, seien törichte Appeaser (99). Diese Leute wollten nicht sehen, daß ein de-industrialisiertes Reich nicht die Möglichkeit habe, Machtpolitik zu treiben, daß aber, falls die Vereinigten Staaten die deutsche Wirtschaft stärkten und Deutschland zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus ausbauten, die Deutschen die Möglichkeit hätten, Rußland gegen die westlichen Alliierten auszuspielen und sich an den Meistbietenden zu verkaufen. Deutschland wäre dann erneut in der Lage, auf Welteroberung auszugehen[8].

Zweifellos galten derartige Befürchtungen Morgenthaus vor allem „britischen Tories" wie Sir John Anderson, vor allem aber Stimson, dessen heftige Ablehnung des Morgenthauplans ihn überrascht hatte. Am 27. Sept. 1944 hatte Morgenthau White beauftragt, Stimsons Haltung in der Frage der deutschen Reparationen während seiner Zeit als Außenminister des Präsidenten Hoover (1929–1933) nachprüfen zu lassen, und im Verlauf dieser Nachforschungen wurde zweifellos die Erklärung Stimsons v. 16. Dez. 1931 aufgestöbert, deren erster Teil: „Infolge seiner zentralen Lage in Europa wird ein wirtschaftlich starkes Deutschland ein Bollwerk gegen Unbeständigkeit und den Kommunismus sein", in Kapitel VII (89) abgedruckt ist, ohne allerdings Stimson als Urheber zu nennen. Es konnte jedoch kein Zweifel bestehen, wer gemeint war[9].

Buchbesprechungen

Im Folgenden bringen wir kurze Auszüge aus zeitgenössischen amerikanischen Besprechungen von Morgenthaus Buch. Die Namen der Verfasser sind, soweit bekannt, in Klammern beigefügt.

1. *The New York Times*, 5. 10. 45, 21, Sp. 3: „Morgenthau ist ein Idealist, der dringend den Frieden will. Aber er ist auch ein Realist, der glaubt, der einzige Weg, den Frieden zu sichern, ist, Deutschland ohnmächtig zu machen ... (Das Buch) ist in vieler Hinsicht so überzeugend und vernünftig, daß es gut für die Welt wäre, wenn es in die Hände von Truman, Byrnes und Eisenhower gelangte."

2. *The New York Times Book Review*, 7. 10. 45, 8 (Elizabeth Simon): „Kein Buch hat seit Mein Kampf dem amerikanischen Volke so wichtige Informationen geliefert... Wenn wir Morgenthaus Warnungen lesen und aus ihnen lernen, sollten wir in der Lage sein, jenen dritten Weltkrieg zu verhindern, der schon jetzt vorbereitet wird... Da der Verfasser die erste Hälfte seines Lebens der Praxis und Theorie der Landwirtschaft gewidmet hat, ist er besonders berufen, die Debatte (zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat) auf eine konkrete Grundlage zu stellen... Das Buch ist leicht lesbar,

sein Ton ist maßvoll und gewählt und dem Geist der Sentimentalität ebenso abhold wie dem der Rachsucht."
3. *Christian Science Monitor*, 8. 10. 45, 15: „Lobend hervorzuheben ist die ehrliche und geradlinige Haltung Morgenthaus... Seine Argumente sind fast unwiderleglich... Die Vorschläge des Verfassers sind menschenfreundlich, vernünftig und völlig frei von Rachegefühlen."
4. *Saturday Review of Literature* (Wochenschrift), 6. 10. 45, 11 (Hans Kohn): „Aufgabe der Sieger ist, künftige deutsche Aggression unmöglich zu machen... Das müssen sie tun, nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes, für das ein dritter Versuch (die Welt zu erobern), nichts anderes als völlige Zerstörung bedeuten könnte. Vollständige Entwaffnung der Deutschen ist die unvermeidliche Voraussetzung für die Schaffung eines friedliebenden Deutschland. Morgenthau zeigt den Weg dazu... Was Deutschland betrifft, gibt es für uns nur eine Frage: Sind die vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet, Deutschlands Kriegspotential zu schwächen? Es ist Morgenthaus Verdienst, daß er seine und unsere Aufmerksamkeit auf diese entscheidende Frage konzentriert... Die Wohlfahrt Europas auf lange Sicht und die derzeitigen eigenen Interessen Deutschlands fordern ein Deutschland mit leichten Industrien und intensiver Landwirtschaft. Ein Deutschland ohne Schwerindustrie wird das Menschenmaterial und Gebiet haben, seine Bevölkerung zu ernähren."
5. *Foreign Affairs* (Vierteljahrsschrift), Jan. 46, 355: „Befürworter eines milden Friedens werden nicht alles billigen, was unser ehemaliger Finanzminister vorschlägt, um Deutschland völlig zu entwaffnen, aber sie werden zugeben müssen, daß seine Vorschläge nicht auf Rachsucht beruhen, sondern auf dem Wunsche, einen dauernden Frieden zu sichern."
6. *Political Science Review* (Vierteljahrsschrift), Febr. 46, 167 (Dena F. Fleming): „Der außerordentliche Beitrag, den dieses Buch leistet, ist der Beweis, daß das deutsche Volk einen erträglichen Lebensstandard haben kann, falls es in die Schranken seiner Verbrauchsgüterindustrien und der Landwirtschaft zurückgewiesen wird... Es zeigt klar, daß, falls wir entschlossen sind, das zu tun, weitere Millionen Deutsche ein anständiges, gesundes Leben auf dem Lande finden können... Das ist ein Buch, das jeder, der unserem Sieg Dauer verleihen will, lesen muß."
Eine ernsthafte, scharf ablehnende Besprechung ist die von George Doherty in der unabhängigen katholischen Wochenschrift *Commonweal*, 9. 11. 1945, 95 f. Außerdem sei noch die bereits erwähnte Kolumnistin Dorothy Thompson genannt, die in einer Rundfunkansprache das Buch als „Morgenthaus Mein Kampf" bezeichnete (vgl. *Prevent World War III*, No. 12, 27).
Im folgenden besprechen wir den Morgenthauplan punktweise, heben aber hervor, daß eine solche Darstellung das Wesen dieses Plans nicht voll er-

schließt. Der Morgenthauphan ist ein kunstvolles Gebilde: Die wichtigsten seiner Vorschriften sind in kluger Weise aufeinander abgestimmt. Nur eine Gesamtbetrachtung, die das Gefüge von Morgenthaus vierzehn Punkten als Einheit erfaßt, vermag das wahre Wesen des Morgenthauplans erkennen zu helfen. Eine solche Gesamtbetrachtung, die die Verzahnung dieser Vorschriften aufzeigt und aufzuweisen sucht, wie diese Verzahnung das deutsche Wirtschaftsleben weiter zerstört und die Existenz des deutschen Volkes weiter gefährdet hätte, versuchen wir in unserem Schlußkapitel zu geben.

[1] *Stimson Diaries, 27. 9. 1944.* Die im Text der Vorbemerkung in runde Klammern gesetzte Ziffern beziehen sich auf die Seitenzahlen in Morgenthaus Buch.

[2] Zu Whites Bemerkungen über die vorgenommenen Änderungen vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 594. Alle vier Fassungen sind im englischen Original im *Urkundenanhang* abgedruckt. Eine vollständige Übersetzung der ersten und Auszüge aus der zweiten und dritten Fassung (v. 1., 4. und 5. 9. 1944) sind in Kap. 9 abgedruckt, in dem auch die Entstehungsgeschichte des Morgenthauplans dargelegt ist.

[3] Über die „Schwarzbuch"-Bemerkungen vgl. *ebd., 638;* vgl. auch Morgenthau in *New York Post,* 28. 11. 1947, 2

[4] Über Whites Bemerkung vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 701. White hat dabei die genannten Pressemeldungen nicht namentlich erwähnt. Es war aber klar, daß sie ebenfalls gemeint waren.

[5] Vgl. das undatierte, in *Morgenthau Diary (Germany),* 737 ff, abgedruckte Inhaltsverzeichnis, offenbar v. 3. 11. 1944. Über David Loth vgl. *ebd.,* 1328; 1335.

[6] Über Morgenthaus Bemerkungen v. 3. 11. 1944 vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 730. Am 24. 3. 1945 fragte Morgenthau bei Roosevelt an, ob er ein Buch über die (künftige) deutsche Wirtschaft veröffentlichen könne, *ebd., 1091.* Am 12. 4., dem Todestag Roosevelts, erklärte er, er habe Roosevelts Zustimmung zur Veröffentlichung, *ebd.,* 1155. Über Morgenthaus letzte Unterhaltung mit Roosevelt vgl. Blum III, 457, 459. Über die Erklärung von Harper & Brothers und die beiden Pressekonferenzen vgl. NYT, 10. 8. 1945, 10, Sp. 5; 27. 9., 14, Sp. 3, und 5. 10., 7, Sp. 1. Über die Errichtung der „Stiftung" vgl. *ebd.,* 22. 8. 1945, 22, Sp. 2. Über die „Schenkung" ans Kriegsministerium vgl. *ebd.,* 30. 12. 1945, 10, Sp. 2

[7] Diese Stelle, die wie viele andere in Morgenthaus Buch dartun sollte, daß die Deutschen eigentlich immer Nazis gewesen seien, kehrt wörtlich im gleichnamigen Kapitel des in *Interlocking Subversion* abgedruckten Entwurfs zu Morgenthaus Buch (2716) wieder, wo als „Quelle" 181 f des Buchs von Richard M. Brickner: *Is Germany incurable?* angeführt wird. Tatsächlich findet sich dieses Zitat an der angeführten Stelle in Brickners Buch, das seinerseits auf eine Propagandaschrift aus der Zeit des Ersten Weltkriegs: Pages d'histoire, No. 40; *Paroles Allemandes,* mit einem Vorwort von Abbé Wetterlé, verweist. Letztere war dem Verfasser nicht zugänglich. Das Ganze macht jedoch einen völlig unglaubwürdigen Eindruck, ist aber bezeichnend für die Methode vieler amerikanischer deutschfeindlicher Propagandisten während des Zweiten Weltkriegs: Es werden meist längst widerlegte, aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stammende Propagandageschichten ausgegraben, meist solche, die in schwer zugänglichen Schriften enthalten sind, und werden als „Quellen" angeführt. Ein Beispiel für die genannte Hast ist der Eintrag auf S. 233 des Inhaltsverzeichnisses „Festspielhaus 17". Auf S. 17 ist aber von keinem „Festspielhaus", sondern lediglich von der Zerstörung der deutschen Schwerindustrie die Rede.

[8] Frühere Fassungen des Kapitels VII sind in Princeton-Entwurf I, Kap. 2, vom 16. 11. 1944 und in Kap. 3 des Entwurfs in *Interlocking Subversion* (2707 ff) vom 11. 12. 1944 enthalten. Da DuBois Verfasser dieser Entwürfe ist, ist anzunehmen, daß er auch Kapitel VII des endgültigen Texts ausgearbeitet hat. In den früheren Entwürfen wurden besonders auch kritische Bemerkungen des ehemaligen Botschafters in Moskau Bullitt über die Sowjetpolitik als lügnerisch zurückgewiesen.

[9] Über Morgenthaus Bemerkung zu White v. 27. 9. 1944 vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 654. Morgenthau sagte bei dieser Gelegenheit noch, jemand habe ihm erzählt, Stimsons Verhalten sei damals (1931) sehr schlimm gewesen und es habe sich seither nicht geändert. In den beiden genannten früheren Entwürfen war Stimson ausdrücklich als Verfasser der Erklärung bezeichnet worden.

Achtzehntes Kapitel

DIE ENTMILITARISIERUNG DEUTSCHLANDS

„Es muß das Ziel der alliierten Streitkräfte sein, eine vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in denkbar kürzester Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet die vollständige Entwaffnung des deutschen Volkes und Heeres (einschließlich der Entfernung oder Vernichtung alles Kriegsmaterials), die völlige Entfernung oder Zerstörung der ganzen deutschen Rüstungsindustrie und die Entfernung anderer Schlüsselindustrien, die die Grundlage militärischer Macht bilden."

Das „Angreiferland" Deutschland muß entwaffnet werden

Alle obersten Stellen der Roosevelt-Regierung waren sich darüber einig, daß Deutschland für den Ersten und Zweiten Weltkrieg allein verantwortlich, daß es daher ein „Angreiferland" sei und entwaffnet werden müsse. Da Deutschland ein Industriestaat ist, sei die militärische Entwaffnung des deutschen Aggressors nicht genug. Nicht nur Morgenthau, sondern auch das Kriegs- und Außenministerium setzten sich für eine angemessene „wirtschaftliche" Entwaffnung des deutschen Volkes ein. Darüber, wie diese Maßnahmen durchgeführt werden sollten, bestand aber im Sommer 1944 in Washington keine Einigkeit.

Morgenthau: Keine Entwaffnung ohne „wirtschaftliche Entwaffnung"

Morgenthaus Standpunkt war: Eine wirtschaftliche Entwaffnung kann nur durch die Zerstörung der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergwerke sichergestellt werden, denn erst dann büße Deutschland seine Fähigkeit ein, erneut aufzurüsten, einen dritten Weltkrieg vorzubereiten und aus ihm vielleicht als Sieger hervorzugehen. Daher keine brauchbare Entmilitarisierung ohne De-Industrialisierung. Zu zerstören oder

zu eliminieren sei das deutsche Kriegspotential. Mittelpunkt des deutschen Kriegspotentials sei das Ruhrgebiet, da dort 70 bis 80 Prozent der deutschen Kohle gefördert würden und da die Ruhrkohle zur Stahlerzeugung besonders geeignet sei (20). In Punkt 4 war daher dem „Ruhrgebiet“ – in Wahrheit handelte es sich um ganz Nordwestdeutschland – eine Sonderbehandlung zugedacht. Dieses Gebiet sollte von Deutschland getrennt und alle seine Industrien und Bergwerke sollten vollständig zerstört werden.

Punkt 1 bezieht sich nur auf das deutsche Restgebiet

Punkt 1 konnte sich daher nur auf das von Morgenthau vorgesehene deutsche Restgebiet beziehen, von dem, außer dem eigentlichen Ruhrgebiet auch alle westdeutschen Industrie- und Bergwerksgebiete, einschließlich Saarland, sowie das oberschlesische Industriegebiet als abgetrennt zu denken sind. Trotzdem konnte das Kriegspotential dieses Restgebiets nicht ignoriert werden und die zu seiner Unschädlichmachung erforderlichen Maßnahmen sind in Punkt 1 aufgezählt.

Das deutsche Kriegspotential

Wir haben gesehen, daß die Lehre vom Kriegspotential besonders vom britischen Publizisten Paul Einzig entwickelt worden ist, der diesen Ausdruck im Sinn von „industriellem Kriegspotential“ gebraucht und von diesem Standpunkt aus, wohl als erster, die Zerstörung des größten Teils der deutschen Schwerindustrie gefordert hat. Wie Einzig operierten seit 1943–1944, vom Finanzministerium abgesehen, auch einige andere oberste Bundesbehörden, insbesondere das Außenministerium, mit dem Begriff des Kriegspotentials, das auch sie meist im Sinn von „industrielles Kriegspotential“ aufgefaßt haben[1]. Trotzdem befürworteten diese Behörden, wahrscheinlich auch, weil sie bestrebt waren, den Grundsätzen der Atlantikcharta Rechnung zu tragen, lediglich die Eliminierung solcher Rüstungsbetriebe, die nicht auf Friedensproduktion umgestellt werden konnten, während umstellbare Betriebe umgestellt und angemessen kontrolliert werden sollten. Der Morgenthauplan war daher gleichzeitig eine Kampfansage an die Deutschlandplanung des Außen- und Kriegsministeriums.

Auch Präsident Roosevelt selbst scheint sich bis zum Sommer 1944 nicht auf eine weitgehende De-Industrialisierung Deutschlands festgelegt zu haben.[2] Zwar befürwortete der Präsident von Anfang an die Eliminierung der deutschen Rüstungsindustrie. Lange haben dann aber für ihn Zerstückelungsfragen im Vordergrund gestanden. Seit spätestens 1943 begann er sich auch für

die Zerstörung der deutschen Luftfahrtindustrie einzusetzen. Diese Maßnahmen zusammen hielt der Präsident bis dahin, neben der Abtrennung einiger deutscher Gebiete, offenbar für ausreichenden Schutz gegen neue Aggression. Morgenthaus Forderung der Zerstörung der deutschen Industrie und Bergwerke, wie er sie vom August 1944 ab amtlich vortrug, war daher in der amerikanischen Deutschlandpolitik etwas Neues. Das heißt nicht, daß diese Haltung für Morgenthau persönlich neu war. Vielmehr zeigte Morgenthaus genanntes Interview vom Frühjahr 1941, daß er sich schon damals, also lange vor Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, für die Zerstörung der deutschen „Waffenfabriken" eingesetzt hat. Falls Morgenthau unter „Waffenfabriken" – wie später Einzig – auch Betriebe verstehen wollte, die erst nach Kriegsbeginn auf die Erzeugung von Kriegsmaterial umgestellt worden waren, hätte das die Zerstörung eines großen Teils der deutschen Industrie und wohl des größten Teils der Schwerindustrie bedeutet.

Morgenthaus Argumente

Im Folgenden versuchen wir, Morgenthaus Argumente zugunsten der Zerstörung des deutschen industriellen Kriegspotentials, von denen wir vielen schon in zeitlicher Anordnung begegnet sind, kurz systematisch zusammenzufassen. Diese Bemerkungen gelten auch für unsere Erläuterungen zu Punkt 4. Deutschland, das seit 1864 fünf Angriffskriege geführt hat[3], ist eine Nation, die von maßloser Herrsucht besessen und deren Ziel die Eroberung der Welt ist.[4] Die deutsche Industrie, besonders Schwerindustrie, ist Deutschlands wichtigstes Werkzeug auf dem Pfad zur Welteroberung. Die Vereinigten Staaten haben während des Zweiten Weltkriegs gezeigt, wie rasch Industriebetriebe in Rüstungsbetriebe umgestellt werden können (13). Behält Deutschland seine Schwerindustrie, so kann es in zwanzig oder dreißig Jahren einen neuen Weltkrieg entfesseln. Wie ein Damoklesschwert hängt daher die deutsche Schwerindustrie über dem Haupt der Menschheit als immer gegenwärtige Drohung (127). Die „Welt" braucht aber endlich Sicherheit gegen deutsche Aggression. Die Zerstörung der deutschen Industrie und Bergwerke ist daher ein erster Schritt auf dem Weg zur Beseitigung der deutschen Gefahr (87). Eine solche Politik sei eine Voraussetzung für die Sicherung des Weltfriedens und diene der Sicherheit aller Völker, das deutsche Volk mit eingeschlossen (28). Der Morgenthauplan habe keinen Strafcharakter; ebenso sei die Forderung der Zerstörung der deutschen Industrie kein Haßfeldzug. Die Welt habe in letzter Zeit genug an Haß erlebt und die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hätten nicht die Absicht, die Politik ihrer Feinde nachzuahmen (28). Der Morgenthauplan, der den Schutz der ganzen Menschheit gegen neue deutsche Aggression bezwecke, sei in höchstem Maße menschenfreundlich.[5]

Ein solches Programm sei auch geeignet, die Macht der deutschen Großindustriellen zu brechen, insbesondere die der Ruhrmagnaten, die, zusammen mit den Junkern, die gefährlichste deutsche Bevölkerungsschicht seien, eine Schicht, die trotz zahlenmäßiger Schwäche die deutschen Regierungen seit langem beherrsche, die den Zweiten Weltkrieg vorbereitet habe, noch ehe der Erste zu Ende war und die schon jetzt am Werke sei, Pläne für die siegreiche Durchführung des dritten Weltkriegs zu schmieden (10; 40; 130). Die Durchführung des Morgenthauplans werde aber auch dazu dienen, die Umerziehung der Deutschen zu fördern. Es sei notwendig, die Deutschen nicht nur materiell, sondern auch geistig zu entwaffnen. Solange sie ihre Schwerindustrie hätten, seien sie nicht bereit, ihren Welteroberungsplänen Lebewohl zu sagen. Hätten sie aber keine Hochöfen, keine Stahlwerke oder sonstige riesenhafte Industriebetriebe mehr, würden sie eher geneigt sein, an die Segnungen des Friedens statt an Krieg zu glauben. Erst nach der Zerstörung der Schwerindustrie könne daher die Umerziehung beginnen (146). Oder, wie Morgenthau in einer Rede vom 11. Nov. 1945 darlegte[6], die Deutschen seien nicht nur ein fanatisches, sondern auch ein praktisches Volk. „Die Aufgabe der Umerziehung der Deutschen, soweit sie von uns und unseren Alliierten gefördert werden kann, besteht in der Wegnahme der Treibstoffe für ihren Fanatismus. Nehmt ihnen ihre Schwerindustrie, zerstört den Einfluß der Junker und der militaristischen Clique, und der deutsche gesunde Menschenverstand wird Gelegenheit haben, sich zu entfalten“. Bloße Kontrollen der deutschen Industrie oder der Rohstoffe seien wertlos, denn, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg würden die Deutschen auch diesmal leicht Mittel finden, derartige Maßnahmen zu umgehen. Außerdem würden sie versuchen, den einen Alliierten gegen den andern auszuspielen.

Morgenthau fordert die Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie

Die erste Forderung, die (militärische) Entwaffnung des deutschen Heeres und Volkes, einschließlich der Entfernung oder Zerstörung alles Kriegsmaterials bedarf keiner Erläuterung. Alle amerikanischen Regierungsstellen betonten die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme. Die weitere Forderung, die völlige Zerstörung der Rüstungsindustrie, die zweifellos die Zerstörung aller zugehörigen Industriebauten einschließen sollte, wurde jedoch vom Außen- und Kriegsministerium nicht geteilt. Vielmehr haben diese Behörden eine Zerstörung oder Wegnahme nur solcher Betriebe der Rüstungsindustrie befürwortet, die sich nicht auf Friedensproduktion umstellen ließen. Umstellbare Betriebe sollten grundsätzlich erhalten bleiben, umgestellt und anschließend kontrolliert werden. Erst während des Kriegs in Kriegsbetriebe umgestellte

Friedensindustrien sollten erneut in die Friedenswirtschaft eingegliedert werden, soweit sie nicht zu Reparationen heranzuziehen waren. Daß sich das Kriegsministerium den Fortbestand solcher Industriebetriebe einschließlich Rüstungsbetriebe sichern wollte, die Bedürfnisse der Besatzungstruppen befriedigen oder zur Weiterführung des Kriegs gegen Japan Verwendung finden konnten, wurde erwähnt.[7]

Er fordert weiter die Entfernung „anderer Schlüsselindustrien"

Dagegen konnten andere „Schlüsselindustrien, die die Grundlage militärischer Macht bilden", entweder zerstört oder „entfernt" werden. Letzterer Ausdruck sollte wohl die Heranziehung solcher Betriebe für Reparationen ermöglichen. Die eben genannte Formulierung ist erstmals in der zweiten Fassung des Morgenthauplans v. 4. Sept. aufgetaucht. In der ersten Fassung vom 1. Sept. war dagegen die „völlige Zerstörung der ganzen deutschen Rüstungsindustrie und solcher Teile ihrer Hilfsindustrien, die keine andere Berechtigung haben", vorgesehen. Zweifellos stellte die neue Fassung gegenüber der ersten eine erhebliche Verschärfung dar.[8] Trotzdem hätte auch die mildere Erstfassung gemäß den Erläuterungen von McConnel v. Sept. 1944[9] die Durchführung folgender Maßnahmen gerechtfertigt:
„A. Die Entfernung aller synthetischen Ölwerke; B. Die Entfernung überzähliger Stickstoffwerke; C. die Entfernung überzähliger Schwefelsäurewerke; D. die Zerstörung schwerer Stahlplattenwerke; E. die Entfernung elektrischer Hochöfen; F. die Entfernung von Werken zur Herstellung hochwertiger Stahllegierungen; G. die Zerstörung aller Flugzeugfabriken und ein für alle Deutschen geltendes Verbot, Flugzeuge herzustellen oder zu bedienen; H. die Zerstörung aller Aluminiumwerke, aller Werke zur Herstellung von Aluminiumlegierungen und aller Leichtmetallwerke; I. die Zertrümmerung aller Pulverfabriken".
Nach dem Gesagten ist der Begriff „Schlüsselindustrien, die die Grundlage militärischer Macht bilden, wesentlich weiter, wurde aber anscheinend in keinem zeitgenössischen Dokument klar definiert. Aus dem Abkommen von Quebec v. 15. Sept. 1944 ergibt sich jedoch, daß zu diesen Industrien insbesondere die metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien gehören sollten, da man sie „mit Leichtigkeit . . . von Friedens- auf Kriegsproduktion umstellen kann". Auch in seinem Buch hat Morgenthau besonders die Zerstörung oder Demontage dieser Industrien in ganz Deutschland gefordert, da sie zum Kriegspotential gehörten und ihr Fortbestehen (anscheinend auch in stark vermindertem Umfang) stets eine Bedrohung des Weltfriedens bedeuten würde (18).

Was diese Industrien im einzelnen betrifft, bemerkte Morgenthau in seinem Buch: die metallurgischen Industrien umfassen nicht nur die Eisen- und Stahlindustrien, sondern auch die Leichtmetallindustrien, besonders die Aluminium- und Magnesiumwerke und die Deutschen dürften keine Maschinen behalten, die diese Metalle herstellen könnten(19). Was die Eisen- und Stahlindustrie betrifft, seien insbesondere zu verbieten: die Herstellung und der Betrieb von Hochöfen, Schmelz- und Walzwerken sowie die Fortexistenz von Werken, die Roheisen in Eisen- und Stahl-Fertig-oder Halbfertigwaren verarbeiten könnten. Insbesondere muß die Werkzeugmaschinen-Industrie beseitigt und die Herstellung von Motoren aller Art, einschließlich Flugzeugmotoren, sowie der Bau von Flugzeugen, Lokomotiven, schwerem Eisenbahngerät, Eisenbahnschienen, schweren Traktoren, Autos und Autozubehör verboten werden (18). Weiter ist die gesamte chemische Industrie zu zerstören oder zu demontieren, denn diese Industrien bilden die Grundlage für Deutschlands Explosivstoff- und synthetische Industrien. Die Erlaubnis zur Herstellung einiger chemischer Produkte, z. B. Arzneimitteln könne erwogen werden, aber nur in engen Grenzen und kleinen Betrieben. Größte Vorsicht sei am Platze, denn es könne z. B. eine Parfümierfabrik ohne technische Umstellung in einen Betrieb zur Herstellung von Kampfgasen verwandelt werden. Auch die elektrischen Industrien und alle größeren Elektrizitätswerke seien zu zerstören, außer Werke, die ausschließlich für den häuslichen Bedarf arbeiten oder Haushaltsgeräte wie z. B. Vakuumreiniger herstellten. Vielleicht, daß auch Elektrizitätswerke öffentlicher Versorgungsbetriebe zum Teil fortbestehen sollten, obwohl das nicht klar ausgesprochen ist (19). Überhaupt sollte die ganze Schwerindustrie zerstört oder demontiert werden, da diese sämtlichen Industrien zum Kriegspotential gehören (16).[10] Zweifellos sollte die Zerstörung der Fabrikbetriebe die Zerstörung aller in Frage kommenden Industriebauten einschließen, wie das schon 1942 von Einzig gefordert worden war.

Alle in Punkt 1 vorgesehenen Maßnahmen sollten in „möglichst kurzer Zeit nach der Kapitulation“ durchgeführt werden. Der Grund für diese Eile ist offenkundig: Morgenthau fürchtete spätere Meinungsverschiedenheiten unter den Alliiierten, außerdem rechnete er mit zunehmendem Widerspruch im eigenen Lande.[11] In seinem Buch (19) appellierte der Privatmann Morgenthau nochmals an die Alliierten, alle noch irgendwo in Deutschland vorhandenen Werke der Schwerindustrie unverzüglich zu zerstören, obwohl inzwischen die Beschlüsse von Potsdam klar gemacht hatten, daß von keiner der Konferenzmächte an die völlige Zerstörung oder Demontage der deutschen Schwerindustrie gedacht worden ist.

Bergbau

Während gemäß Punkt 4 alle Bergwerke der internationalen Zone zerstört werden sollten, fehlt in Punkt 1 eine entsprechende Forderung. Damit ist nicht gesagt, daß die Bergwerke in den beiden Reststaaten erhalten werden sollten. Offenbar gehörten auch die mitteldeutschen Braunkohlenwerke zum Kriegspotential, denn wie McConnell Morgenthau am 4. Sept. erläuterte,[12] würden zur Zeit in verschiedenen Laboratorien, besonders in „Duisberg", umwälzende metallurgische Verfahren unter Verwendung von Braunkohle erprobt. Weiteres darüber ist nicht bekannt.

Wissenschaftliche Entwaffnung

Noch eine weitere Entmilitarisierungsmaßnahme hielt Morgenthau für erforderlich: die wissenschaftliche, insbesondere die naturwissenschaftliche und technologische „Entwaffnung". Ähnliche Forderungen sind auch in der amerikanischen Öffentlichkeit erhoben worden und in einem im August 1945 veröffentlichten Aufsatz führte Senator Kilgore aus, es sei ein Märchen zu glauben, die deutsche naturwissenschaftliche Forschung stehe im Dienst des menschlichen Fortschritts. Die deutschen Naturforscher seien vielmehr stets Schrittmacher des Militarismus gewesen und es müsse ihnen das Handwerk gelegt werden.[13] *Wissenschaftliche Entwaffnungsmaßnahmen sind zwar im Morgenthauplan nicht ausdrücklich vorgesehen. Daß jedoch Laboratorien und Forschungsstätten der Schwerindustrie zusammen mit dieser verschwinden sollten, ist selbstverständlich, wurde in Morgenthaus Buch aber trotzdem ausdrücklich betont, und es wurde dort weiter hervorgehoben, das gleiche gelte auch für die Institute der Universitäten zweifellos einschließlich der Technischen Hochschulen (179).*
In Teil II, 31 der endgültigen Direktive JCS 1067 vom Mai 1945 wurde im Sinn Morgenthaus entschieden und in der schon erwähnten FEA-Denkschrift vom Dezember 1945 A Program for German Economic and Industrial Disarmament wurde ein „adequate scientific disarmament program" ausdrücklich gefordert und in allen Einzelheiten erörtert.[14]
Wir geben hier Abschnitt 31 der Direktive 1067 wieder:
„a. Unterbinden Sie die Fortführung aller Forschungsaufträge und schließen Sie alle Laboratorien, Forschungs- und ähnliche Institute, außer solchen, die dem Schutz des öffentlichen Gesundheitswesens dienen;
b. Schaffen Sie Laboratorien und ähnliche Institute ab, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine zusammenhing, unter vorläufiger Sicherstellung solcher Laboratorien und Anstalten und vorläufiger Festnahme

des zugehörigen Personals, die für unsere eigenen wissenschaftlichen Forschungen von Interesse sein mögen und lassen sie diese Einrichtungen später entfernen oder zerstören;
c. Gestatten Sie die Wiederaufnahme naturwissenschaftlicher Arbeit in besonderen Fällen aber nur, wenn auf Grund sorgfältiger Untersuchung festgestellt ist, daß sie in keiner Weise zu Deutschlands künftigem Kriegspotential beitragen und nur unter angemessenen Bedingungen die
1. die genaue Art des erlaubenden Forschungsvorhabens beschreiben;
2. vom Forschungsvorhaben alle Personen ausschließen, die bisher eine Schlüsselstellung in der Kriegsforschung eingenommen haben;
3. häufige Kontrollen vorsehen und
4. strenge Strafe, einschließlich Schließung der in Frage kommenden Institution vorsehen, falls diesen Weisungen zuwidergehandelt wird".

Zwei private Sachverständigengutachten

Es war der Gedanke der Zerstörung der deutschen Industrie (und Bergwerke), der inner- und außerhalb der amerikanischen Regierung den schärfsten Widerspruch ausgelöst hat. Hier sei noch auf die Stellungnahmen von zwei privaten Sachverständigengruppen hingewiesen, die Morgenthaus Demontagepläne als verderblich abgelehnt haben.

Die im September 1944 im Auftrag der Brookings Institution, Washington, (einer der amerikanischen Schwerindustrie nahestehenden Forschungsanstalt) veröffentlichte Schrift The control of Germany and Japan von Harald G. Moulton und Louis Marlio machte schon durch ihren Titel deutlich, daß sie eine weitgehende Zerstörung der deutschen Industrie ablehnte. Sie wandte sich – ahnungsvoll – ausdrücklich gegen die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland. Als Morgenthau am 7. Sept. von der unmittelbar bevorstehenden Veröffentlichung dieses Buchs hörte, war er tief beunruhigt, denn er verstand sofort, daß dessen Gedankengänge den seinen entgegengesetzt waren. Von einer Kontrolle der gesamten deutschen Industrie durch alliierte Aufsichtsbehörden wurde infolge der zu erwartenden Schwierigkeiten ebenfalls abgeraten. Statt dessen wurde ein Programm der Überwachung einiger leicht kontrollierbarer Schlüsselindustrien empfohlen sowie ein Verbot der Herstellung von Aluminium, Flugzeugen und synthetischem Öl, verbunden mit einer größtenteils geringfügigen Drosselung einiger metallurgischen Industrien. Ebenso sollte die Neuanlage oder der Wiederaufbau zerstörter großer Elektrizitätswerke verboten und Deutschland in Zukunft im wesentlichen auf die Einfuhr elektrischer Kraft angewiesen sein. Zur Vermeidung von Härten waren insoweit finanzielle Beihilfen der Vereinigten Staaten vorgesehen. Ein

solches Programm würde den Wiederaufbau einer deutschen Kriegswirtschaft unmöglich machen und die Weltwirtschaft nicht in unverantwortlicher Weise stören. Es sei auch darum zu empfehlen, weil eine solche Regelung einen verhältnismäßig geringen Teil der deutschen Arbeiterschaft erwerbslos machen würde.[15]
Schon 1943 hatten die fünf größten Berufsverbände der amerikanischen Ingenieure einen Ausschuß bestellt, dessen Aufgabe es sein sollte, Vorschläge zur wirtschaftlichen Entwaffnung des „zweimaligen deutschen Aggressors" auszuarbeiten, die aber die deutsche Wirtschaft nicht mehr als nötig lahmlegen sollten. Dieser Ausschuß veröffentlichte am 29. Sept. 1944 eine kurze Stellungnahme zum Morgenthauplan, soweit er damals bekannt war, der nicht nur die Eigentümer und Arbeiter der zu zerstörenden Betriebe, sondern die ganze Welt bestrafen würde. Statt einer „willkürlichen Zerstörung der deutschen Industrie" schlug der Ausschuß in einem 4-Punkte-Programm die Einschränkung oder Kontrolle ausgewählter Industrien oder Betriebe vor und regte an, die synthetische Ölproduktion und einen Teil der Stickstoffproduktion, die Flugzeugindustrie und einen geringen Teil der Stahlindustrie zu eliminieren. Das genüge zur Verhinderung einer neuen Aufrüstung Deutschlands. Der endgültige Bericht wurde im September 1945 veröffentlicht, machte sich die Formulierungen vom September 1944 im wesentlichen zu eigen und wollte auch Versuche, Atomenergie zu erzeugen, verhindern. Er entwickelte weiter ein ausführliches System von Kontrollmaßnahmen für die einzelnen Industrien und Rohstoffe[16].
Ebensowenig wie durch die Einwendungen seiner politischen Gegenspieler inner- und außerhalb der Regierung ließ sich Morgenthau durch diese und ähnliche Vorschläge aus der Fassung bringen und scheint sie als Finanzminister ignoriert zu haben. In seinem Buch fertigte er sie kurz ab: Behauptungen wie die, die deutsche Schwerindustrie sei für das europäische Wirtschaftsleben unentbehrlich, seien Märchen, die von der deutschen Propaganda seit vielen Jahren in Umlauf gesetzt würden. Die, die solche Märchen in den Vereinigten Staaten verbreiten, seien vor allem Leute, die durch Geschäftsbeziehungen zu den deutschen Kartellen zum Unglück des eigenen Landes Geschäfte gemacht hätten (30). Die Entfernung der deutschen Schwerindustrie nach anderen Ländern – daß eine solche nur in begrenztem Umfang möglich war, wurde verschwiegen – werde außerdem diese Länder befähigen, eigene Industrien auszubauen oder zu entwickeln. Das bedeute einen höheren Lebensstandard im übrigen Europa. Europa werde dadurch ein besserer Markt für die übrige Welt, insbesondere die Vereinigten Staaten. Auch die Behauptung, die Zerstörung der deutschen Industrie wäre ein Todesurteil für Millionen Deutscher, insbesondere von Arbeitern, störte ihn wenig. Eine anständige Höhe von Wohlstand könne das begabte und anpassungsfähige deutsche Volk nach einer

allerdings schwierigen Übergangszeit auch ohne Schwerindustrie erreichen. Falls erforderlich, könnten arbeitslos gewordene Arbeiter in Arbeitsbataillone gesteckt werden und dazu beitragen, im Ausland den Schaden zu beseitigen, den sie und ihre Führer verursacht hätten.[17]

Wirtschaftliche Entwaffnung und Reparationen

Die von Morgenthau vorgesehene De-Industrialisierung Deutschlands konnte auf zweifache Weise erfolgen: a) durch wirtschaftliche „Entmilitarisierung", d. h. durch Zerstörung oder Entfernung von Industriebetrieben gemäß Punkt 1 (und, soweit die „Internationale Zone" in Frage kam, gemäß Punkt 4); b) durch Demontagen zum Zweck von Reparationen gemäß Punkt 5 (b). Dabei sollte im Fall von Konflikten die Durchführung der „Entmilitarisierung" der von Reparationsleistungen durch Demontagen vorgehen. Morgenthau behauptete später, sein Plan habe lediglich die Zerstörung und Demontage der deutschen Schwerindustrie gefordert und habe die leichte, insbesondere die Gebrauchsgüter erzeugende Industrie nicht betroffen. Im Juli 1946 hat er sich in beleidigtem Ton gegen seine amerikanischen Kritiker gewandt, die ihm unbilligerweise vorgeworfen hätten, er habe die ganze deutsche Industrie vernichten wollen. Die Behauptung, Morgenthau habe lediglich die deutsche Schwerindustrie zerstören wollen, wurde auch von zahlreichen wissenschaftlichen Autoren übernommen und kann auch heute gehört werden.[18]

Morgenthaus ursprüngliche Absicht war die Zerstörung der gesamten deutschen Industrie, nicht nur der leichten Industrie, und des gesamten Bergbaus

Demgegenüber ist zu bemerken: Penrose versicherte, Morgenthau habe ursprünglich die ganze deutsche Industrie (also auch die leichte) durch Explosivstoffe vernichten lassen wollen. Auch Hull und Stimson haben im Sept. 1944 von einer unterschiedlichen Behandlung der leichten und Schwerindustrie durch den Morgenthauplan nichts gewußt. Auch die Meldung der Associated Press v. 23./24. Sept. 1944 wußte nichts von einer solchen Unterscheidung und sprach von der Beseitigung der ganzen deutschen Industrie. Infolge dieser und sonstiger von Morgenthau nicht richtiggestellter Meldungen, war daher auch in der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck allgemein, daß die gesamte deutsche Industrie zerstört werden sollte. Außerdem hätte auch die leichte Industrie durch Demontagen für Reparationsleistungen gemäß Punkt 5 vernichtet werden können.[19]

Morgenthaus ursprüngliche Absicht, wie sie auch in den Punkten 1, 4 und 5 ihren Ausdruck findet, war die Zerstörung der gesamten deutschen Industrie und des gesamten Bergbaus. Die Vereinbarung von Quebec v. 15. Sept. 1944, die sich – vorläufig – mit der Zerstörung oder Demontage der metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien des Ruhr- und Saargebiets begnügen wollte, war ein Kompromißprodukt und darf zur Auslegung der endgültigen Fassung des Morgenthauplans nicht unkritisch herangezogen werden. Seit Quebec scheinen allerdings in Morgenthau Zweifel aufgestiegen zu sein, ob sich die Zerstörung der ganzen deutschen Industrie durchführen lasse, und Morgenthaus erste amtliche Stellungnahme, in der lediglich die Vernichtung der Schwerindustrie gefordert wurde, war sein Schreiben v. 1. Nov. 1944, das sich gegen die britische Deutschlandplanung wandte, welche sehr viel früher ausgearbeiteten Vorschläge zu Morgenthaus Ärger eine Zerstörung der deutschen Schwerindustrie überhaupt nicht vorgesehen hatten, obwohl sich Churchill in Quebec – aber nur für das Ruhr- und Saargebiet – grundsätzlich auf ein solches Programm festgelegt hatte. Auch später hat sich Morgenthau hauptsächlich für die Zerstörung der Schwerindustrie eingesetzt, wollte sich aber anscheinend, was die Zukunft der leichten Industrie betrifft, lange nicht festlegen. Erst in seiner genannten Aussage vor dem Senatsausschuß für das Bankwesen v. 12. Juni 1945 erklärte er unmißverständlich, die Deutschen könnten ihre Bedürfnisse an „Nahrung und Kleidung“ weiterhin selbst erzeugen, was vielleicht heißen sollte, daß er auf der Zerstörung der Verbrauchsgüterindustrien nicht länger bestehen wollte. Morgenthaus Behauptung, er habe lediglich die Eliminierung der deutschen Schwerindustrie, nicht aber die der leichten Industrie gefordert, war daher ein Versuch, den Morgenthauplan zu verharmlosen und gleichzeitig der plumpe Versuch einer Geschichtsfälschung.

[1] Das industrielle Kriegspotential eines Landes kann – oder konnte – nur als Teil des allgemeinen Kriegspotentials betrachtet werden, wie das in Klaus Knorr: *The war potential of nations*, 1956. dargelegt wird. Zum Kriegspotential gehört nach Knorr alles, was eine Nation befähigt, Krieg zu führen, z. B. die Größe, die Kriegsbereitschaft eines Landes, die Vaterlandsliebe, der Bildungsstand, der Wohlstand seiner Bevölkerung. Industrie und Bergbau bilden von diesem Standpunkt aus nur einen Teil des Kriegspotentials. Sicher teilte Einzig grundsätzlich Knorrs Standpunkt, wenn er meinte, die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen (der Beseitigung des industriellen Kriegspotentials Deutschlands) bildeten keinen absoluten Schutz gegen neue deutsche Aggression, lediglich die Ausrottung des Großteils des deutschen Volkes könnte einen solchen Schutz bilden. Vgl. noch die Denkschrift des Dichters, damaligen Assistant Secretary of State, ehemaligen Roosevelt-Protegée, späteren Professors für Poetik und jetzigen Professors emeritus der Harvard Universität, Archibald McLeish v. 18. 7. 1945 (*Potsdam-Dokumente*, Bd. II, 781), wo ausgeführt wird: „Das hauptsächliche Kriegspotential Deutschlands sind nicht die deutsche Industrie oder die deutschen Rohstoffe. Das eigentliche Kriegspotential Deutschlands

ist das deutsche Volk, dessen Fähigkeiten im Bereich der Industrie, Technik und Naturwissenschaft und dessen Fügsamkeit im Bereich der militärischen und gesellschaftlichen Disziplin, die während eines beträchtlichen Zeitraumes demonstriert worden sind. Da die Zerstörung des deutschen Volkes nicht denkbar ist und da es nicht denkbar ist, daß das deutsche Volk unter dauernder Kontrolle oder Beaufsichtigung von außen her gehalten werden wird, folgt, daß die Alliierten ihr in Jalta proklamiertes Ziel, dafür zu sorgen, daß Deutschland den Weltfrieden nie wieder stören wird ... nicht allein durch die Zerstörung der materiellen Mittel für das Kriegsführen erreichen können." McLeist entwickelt anschließend ein Umerziehungsprogramm.

[2] Während Stalins wohl absichtlich unklarer Bemerkungen gegenüber Churchill über die Zukunft der deutschen Industrie am Abend des 28. 11. 1943 in Teheran soll Roosevelt gemäß der Bohlen-Niederschrift nicht anwesend gewesen sein (vgl. *Teheran Dokumente,* 511). Gemäß einer undatierten Niederschrift von H. D. White *(ebd.,* 884) soll aber Roosevelt auf der Konferenz von Quebec im Herbst 1944 Churchill gegenüber auf diese Bemerkungen Stalins Bezug genommen haben. Zweifellos hat Roosevelt zu Stalins genannten Bemerkungen in Teheran nicht Stellung genommen.

[3] so auch das genannte Dokument „C. *German* militarism cannot be destroyed by destroying Nazism alone" in *Morgenthau Diary (Germany),* 599. Es handelte sich um die Kriege von 1864; 1866; 1870; 1914; 1939

[4] Vgl. besonders Morgenthaus oft zitierte Denkschrift v. 20. 9. 1944

[5] Vgl. Denkschrift v. 20. 9. 1944

[6] NYT, 12. 11. 1945

[7] Offenbar sollten nach den Grundsätzen des Morgenthauplans Rüstungsbetriebe ohne Ausnahme zerstört und nicht zu Reparationen oder „Restitution" in Form von demontierten Einrichtungen herangezogen werden, was ebenfalls mit der Politik des Außen- und Kriegsministeriums im Widerspruch stand.

[8] so auch Hammond: aaO, 367

[9] *Morgenthau Diary (Germany),* 517 f. Wir nehmen an, daß diese Grundsätze von McConnell herrühren, da sie mit früher von ihm formulierten Grundsätzen weitgehend übereinstimmen.

[10] Es ist nochmals darauf hinzuweisen, daß diese Ausführungen lediglich eine abgeschwächte Form der ursprünglichen Forderung Morgenthaus auf Zerstörung der gesamten deutschen Industrie (einschließlich leichter Industrie) darstellen, wie er sie am 14. 8. 1944 in London und in den folgenden zwei Wochen in Washington vorgetragen hat.

[11] Vgl. auch Roosevelts Bemerkung v. 6. 9. 1944: „Wir können diese wirtschaftlichen Maßnahmen in sechs Monaten oder in einem Jahr durchführen; es hat damit keine Eile", sie hat Morgenthau besonders deprimiert.

[12] *Morgenthau Diary (Germany),* 502

[13] Kilgores Aufsatz „Germany is not yet defeated" ist abgedruckt in *The New York Times Magazine,* 12. 8. 1945, 10. B. Baruch behauptete einige Wochen später, die deutschen und japanischen Naturwissenschaftler arbeiteten schon jetzt auf die wissenschaftliche Vorbereitung des dritten Weltkriegs hin. Zwar hätten die Vereinigten Staaten infolge der Atombombe zur Zeit einen Vorsprung, der aber bei mangelnder Wachsamkeit verloren gehen könne. NYT, 2. 11. 1945, 17, Sp. 1

[14] Über das „wissenschaftliche Entwaffnungsprogramm" vgl. 12 f; 171–181 dieser Denkschrift. Vgl. auch Balabkins: aaO, 15 f; 31 f

[15] Über Morgenthaus Besorgnis wegen der bevorstehenden Veröffentlichung dieses Buchs vgl. *Morgenthau Diary (Germany),* 557. Morgenthaus Mitarbeiter Herbert Gaston bezeichnete das Buch bei dieser Gelegenheit als „Propaganda" und „Sabotage" von Morgenthaus Deutschlandplanung.

[16] Über die Vorschläge v. 29. 9. 1944 vgl. NYT, 29. 9., 4, Sp. 5 und 30. 9., 4, Sp. 5; New York Post, 29. 9., 10, Sp. 1. Über den endgültigen Bericht vom Herbst 1945 vgl. *Science News Letter*, 13. 10. 1945, 228

[17] Vgl. auch Denkschrift Morgenthaus v. 20. 9. 1944

[18] Vgl. Morgenthaus Rede „Postwar treatment of Germany" v. 17. 6. 1947, abgedruckt in *American Academy of Political and Social Science. Annals.* Juli 1946, 127. Morgenthau führte dort u. a. aus: „So far as I am aware, no one has proposed the elimination of all German industry. Certainly, I have not, although if I did not know better, listening to my critics would long ago have convinced me that I had. As it is clearly set forth on pp. 70 and 71 of my book for anyone who wishes to find out, my proposed blueprint... calls for the retention of 6,600,000 workers in industry." Diese Ausführungen in seinem Buch entsprachen aber nicht seiner ursprünglichen Haltung. Außerdem ergibt Punkt 4 klar, daß die gesamte Industrie (also auch die leichte) der internationalen Zone zerstört werden sollte. Allerdings hätte Morgenthau zur Stützung seiner Auffassung anführen können, daß nach der von ihm vorgeschlagenen Regelung die „internationale Zone" (einschließlich Ruhrgebiet) nicht mehr zu Deutschland gehört hätte!
Wissenschaftliche Werke, die behaupten, Morgenthau habe lediglich die Schwerindustrie zerstören wollen, sind u. a. Feis, Herbert: *Churchill, Roosevelt, Stalin.* 1957, 367; Murphy, Robert: *Diplomat among warriors,* 1964. 226.

[19] Vgl. Penrose: aaO, 280 f. Hulls Memoiren, 1603: „Morgenthau insisted... that Germany should be stripped of her industries and converted into an agrarian country; und 1617: „Morgenthau's plan would wipe out in Germany everything except the land, and the Germans would have to live on the land". Auch Truman meinte in seinen Memoirs, Bd. I, 327: „Morgenthau had worked out a plan to eliminate the industrial potential of Germany by making it a strictly pastoral and agricultural country". Über Stimmen aus der amerikanischen Öffentlichkeit vgl. z. B. *Time* (Wochenschrift), 2. 10. 1944, 42, und die Briefe der Professoren F. Hanna und Calvin Hoover in NYT, 28. 9. 1944, 18; Sp. 7, und 9. 10., 22, Sp. 7

Neunzehntes Kapitel

„2. DIE NEUEN GRENZEN DEUTSCHLANDS

Polen sollte den Teil Ostpreußens erhalten, der nicht an Rußland fällt und den südlichen Teil Schlesiens.
Frankreich sollte das Saargebiet und die angrenzenden, durch Rhein und Mosel abgegrenzten Bezirke erhalten.
Wie unten in Punkt 4 dargelegt, sollte eine internationale Zone geschaffen werden, die das Ruhrgebiet und die angrenzenden Industriegebiete umfaßt".

Zur Entstehungsgeschichte von Punkt 2

Punkt 2 der endgültigen Fassung entspricht Punkt 2 (a–c) der ersten, zweiten und dritten Fassung des Morgenthauplans. Abschnitt (d) der ersten Fassung, der sich mit Gebietsabtretungen an Dänemark befaßt, wurde, offenbar wegen Geringfügigkeit, in die folgenden Fassungen nicht aufgenommen. Abschnitt (e) der ersten drei Fassungen wurde zu Punkt 3 der Letztfassung.

Das Gutachten von Morgenthaus Mitarbeiter Bitterman

Wir verweisen zunächst auf ein Gutachten von Henry Bitterman, einem Mitarbeiter von H. D. White in der Abteilung für Geldforschung und Statistik des Finanzministeriums. Da es den Morgenthau-Tagebüchern entnommen ist, dürfte es Morgenthaus Aufmerksamkeit erregt haben.[1].
Dänemark sollte, gemäß dem Bitterman-Gutachten, fast ganz Schleswig-Holstein erhalten und der Nord-Ostsee-Kanal sollte sich künftig auf dänischem Gebiet befinden. Die deutsche Westgrenze sollte von einem Punkt westlich Wilhelmshaven in die Gegend von Neuwied führen und von dort dem Rhein bis zur schweizer Grenze folgen. Große Gebietsabtretungen sollten an die Niederlande, Belgien und Luxemburg erfolgen und das Ruhrgebiet sollte zwischen Holland und Belgien aufgeteilt werden. Bitterman führt da-

zu aus: „Es scheint möglich, eine Grenze durch die Mitte des Gebiets zu ziehen, wobei der an Belgien fallende ... Teil Dortmund, Essen und Elberfeld und Düsseldorf ... und der an Holland fallende Teil Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamm und Münster einschließen würde ... Der Bevölkerungszuwachs von sieben Millionen Deutschen in Holland und fünf Millionen in Belgien würde allerdings schwierige politische Fragen hervorrufen. Ein Vorteil wäre, daß die Bevölkerung im Nordosten der neu erworbenen Gebiete fast denselben Dialekt spricht wie ihre westlichen Nachbarn. Dagegen würde die Bevölkerung des Ruhrgebiets in ihren neuen Ländern einen ganz fremden Bestandteil darstellen. Die damit verbundenen Gefahren könnten wohl nur durch die völlige Entfernung der Bevölkerung dieser Gebiete vermieden werden".

Bitterman fordert die Oder-Neiße-Grenze

Sensationell ist die von Bitterman vorgeschlagene Grenzziehung im Osten, denn die von ihm geforderte Ostgrenze ist, wie ein Blick auf seine Karte zeigt, die Oder-Neiße-Linie. In seinem Gutachten führt Bitterman dazu aus: „Die Ostgrenze, bei der Stadt Stettin beginnend, folgt der Oder nach Süden bis zu ihrer Vereinigung mit der Neiße und folgt der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze in der Nähe von Görlitz"[2]

Morgenthau und der deutsche Osten

Wir besprechen jetzt Punkt 2:
Polen sollte den Teil Ostpreußens erhalten, der nicht an Rußland fällt und den „südlichen" Teil Schlesiens. Was Ostpreußen betrifft, konnte Morgenthau im Sommer 1944 auf die volle Unterstützung des Präsidenten rechnen[3]. Roosevelt ist 1943 wahrscheinlich davon ausgegangen, daß ganz Ostpreußen einem nichtkommunistischen Polen zufallen würde. Auf der Konferenz von Teheran hatte aber Stalin Ansprüche auf Teile Ostpreußens angemeldet[4] und es war inzwischen auch klar geworden, daß er an ein kommunistisches (von ihm „demokratisch" genanntes) Polen dachte, das die deutschen Ostgebiete übernehmen sollte. Das hat aber Roosevelt nur wenig gekümmert.[5]
Wenn Morgenthau weiter die Abtretung des „südlichen" Teils von Schlesien forderte, so wäre der Ausdruck „östlicher Teil" richtiger gewesen, denn Morgenthau verlangte die Abtretung Oberschlesiens und des östlichen Niederschlesiens. Weitere Gebietsabtretungen an Polen waren nicht vorgesehen. Vielmehr sollte anscheinend von der Nordostspitze Niederschlesiens die von Morgenthau vorgeschlagene Grenze bis zur Ostsee mit der Vorkriegsgrenze

übereinstimmen. Morgenthau begründete in seinem Buch die geplanten Gebietsabtretungen wie folgt: die Abtrennung Ostpreußens „und" des südlichen Schlesiens an Polen würde den polnischen Korridor beseitigen, diese geographische und politische Ungeheuerlichkeit. Sie würde den Polen einen weiteren Zugang zum Meer geben (obwohl doch fast die ganze ostpreußische Ostseeküste an die Sowjetunion gefallen wäre).

Vernichtet die Wiege des Junkertums!

Sie würde außerdem die größten Junkergüter und die Wiege des Junkertums vom Reich entfernen, würde Polen die Kohle und Industrien geben, mit denen eine bessere polnische Volkswirtschaft aufgebaut werden könnte und würde die Schaffung eines starken und unabhängigen Polens ermöglichen (159). Offenbar war die im Osten vorgesehene Grenzziehung, von Ostpreußen abgesehen, Morgenthaus eigene Idee, denn ähnliche Vorschläge sind weder von Roosevelt noch von anderen amerikanischen Regierungsstellen gemacht worden.[6] Vielmehr hatte der Präsident am 1. Nov. in Teheran Stalins Vorschlag, die deutsch-polnische Grenze solle an die Oder vorverlegt werden, wohlwollend aufgenommen[7] und bei seiner schon angeführten Unterhaltung mit Mikolajczyk vom Juni 1944 soll er weiter erklärt haben, Polen habe einen Anspruch auf „Schlesien", also wohl ganz Ober- und Niederschlesien.

Die Motive für Morgenthaus Ostvorschläge

Während Morgenthau alle sonstigen amerikanischen Vorschläge zur Nachkriegsbehandlung Deutschlands um ein Vielfaches zu übertrumpfen suchte, muß die von ihm vorgesehene deutsche Ostgrenze als verhältnismäßig maßvoller Vorschlag betrachtet werden. Sie war weniger drastisch als die von Roosevelt geplante Regelung. Wir erinnern jedoch daran, daß nach der genannten Associated Press-Meldung v. 23. Sept. 1944 solche deutschen Gebiete an Polen fallen sollten, die die Sowjetunion in dieser Weise behandelt wissen wollte. Das Bitterman-Gutachten hätte mit dieser Idee der Maximalforderungen im Einklang gestanden. Es erhebt sich daher die Frage: Wie sind diese beiden Versionen in der (damals noch geheimen) Letztfassung des Morgenthauplans und in der für die Öffentlichkeit bestimmten Associated Press-Meldung miteinander zu vereinbaren?
Morgenthaus Pläne für eine deutsche „Agrarreform", mit denen wir uns in unseren Bemerkungen zu Punkt 10 beschäftigen, bringen uns vielleicht der Lösung dieses scheinbaren Rätsels näher: Die infolge der Zerstörung der In-

dustrie arbeitslos gewordenen Arbeiter sollten – soweit sie nicht im Ausland Zwangsarbeit zu leisten hatten – auf den „riesenhaften" Junkergütern als Kleinbauern angesiedelt werden. Nur auf diese Weise könnten sie überleben, denn die Einfuhr von Lebensmitteln nach Restdeutschland sei auf lange unmöglich. Das für die „Agrarreform" benötigte Land durfte daher nicht zu klein bemessen werden, wenigstens auf dem Papier, zumal nach dem Verlust der „Wiegen des Junkertums". Aber wohl nur auf dem Papier: falls nämlich die Sowjetunion keine weitergehenden Gebietsforderungen stellen würde, wozu sie in der Associated Press-Meldung eingeladen war. Selbst in seinem im Oktober 1945 veröffentlichten Buch legte Morgenthau seiner „Agrarreform" den in Punkt 2 vorgesehenen Gebietsstand zugrunde, obwohl seit Ende August 1944 offenkundig war, daß die Sowjetregierung auf der Oder-Neiße-Linie bestand und obwohl die Vertreibung der deutschen Bevölkerung östlich dieser Linie in vollem Gang war. Unter diesen Umständen erscheinen Morgenthaus Vorschläge für die neue deutsche Ostgrenze schwindelhaft. Es scheint, daß Morgenthau die in Punkt 2 vorgesehene Ostgrenze empfahl, damit es so aussähe, als stünde für die von ihm vorgesehene Umsiedlung der Arbeiter wenigstens ein Minimum von Land zur Verfügung, während er spätestens von Ende August 1945 ab sicher wußte, dieses Land würde nicht verfügbar sein. Erst in einer Rede vom 13. Dez. 1945[8] machte Morgenthau die Entdeckung, daß der Gebietszuwachs Polens sehr viel größer sei, als er seinerzeit angenommen habe.[9]

Die von Morgenthau geplanten Gebietsabtretungen an Frankreich

Die wichtigste von Morgenthau im Westen vorgesehene Gebietsabtretung – von der Internationalen Zone abgesehen – umfaßte das Gebiet südlich der Mosel und westlich des Rheins, also die ganze Rheinpfalz, Rheinhessen und den südlichen Teil des Rheinlands, einschließlich Saargebiet, welche Gebiete an Frankreich abgetreten werden sollten. Von der französischen Regierung sind derartige Forderungen nie erhoben worden. Auch Roosevelt und das Außenministerium hatten sich niemals für derartige Regelungen eingesetzt. Der Vorschlag stimmt aber mit der von Bitterman vorgesehenen deutsch-französischen Grenzziehung überein und ist daher wahrscheinlich aus seinem Gutachten übernommen worden, dem damit erhebliche Bedeutung zukommt. Es sei daran erinnert, daß auf Grund des Abkommens von Quebec v. 15. Sept. 1944 außer dem Ruhr- auch das Saargebiet de-industrialisiert werden sollte. Dieses Abkommen hat sich aber über etwaige territoriale Neuregelungen nicht ausgesprochen. Für Morgenthau stand indessen offenbar fest, daß das Saargebiet Frankreich zufallen sollte. Sollte es trotzdem de-industrialisiert werden? Morgenthau hat die De-Industrialisierung des Saargebiets Anfang Sept.

1944 mehrfach gefordert,[10] wollte aber offenbar vorläufig keine endgültige Entscheidung treffen. In seinem Buch hat er den Gedanken einer De-Industrialisierung des an Frankreich fallenden Saargebiets nicht vertreten. Die Abtretung des Gebiets würde Frankreich industriell stärken, denn dadurch würden die französischen Stahlwerke, die bisher auf deutsche Kohle angewiesen waren, von der deutschen Ausfuhr unabhängig, und die Franzosen erhielten eine gewisse Entschädigung für die ihnen von den Deutschen zugefügten Schäden (159). Die Zerstörung der Saarindustrie wäre mit diesen Ausführungen nicht unvereinbar gewesen, denn ausdrücklich hat sich Morgenthau nur für die Erhaltung des Saarbergbaus ausgesprochen. Die Abtretung der übrigen Gebiete werde Frankreich strategisch stärken.

Die Zukunft des Nord-Ostsee-Kanals

Am 1. Dez. 1943 hatte Roosevelt auf der Konferenz von Teheran die Organisierung des „Kieler Kanals und der Stadt Hamburg“ als einer Zone unter internationaler Kontrolle vorgeschlagen. Über die Art der Kontrolle wurde nichts gesagt, wahrscheinlich sollte aber die Sowjetunion, vielleicht sogar in führender Weise, an ihr beteiligt werden. Schon am 28. Nov. hatte Roosevelt auf einer anderen Konferenzsitzung erklärt, er interessiere sich für die Sicherung der freien Zufahrt zur Ostsee und habe eine Art „Treuhänderschaft“ im Auge, vielleicht mit einem „internationalen Staat“ in der Nähe des Kieler Kanals, um die Durchfahrt in beiden Richtungen zu sichern. Da Roosevelt ein paar Monate früher zu Kardinal Spellman gesagt hatte, es sei geplant, die Welt in Interessensphären aufzuteilen und auf dem europäischen Kontinent werde Rußland das entscheidende Wort sprechen, muß man fragen, ob er Stalin als Treuhänder-Kandidaten für den an den Ufern des Nord-Ostsee-Kanals zu errichtenden internationalen Staat im Auge hatte. Auf alle Fälle konnte Morgenthau, wenn er den Nord-Ostsee-Kanal seiner internationalen *Zone einfügen wollte, an Gedankengänge Roosevelts anknüpfen. Über die Durchführung der Kontrolle des Kanals hat er sich nicht näher geäußert. Auf S. 159 seines Buchs bemerkte er lediglich, durch die Gebietsabtretungen an Dänemark werde die internationale Kontrolle des Kanals „ein bißchen“ erleichtert.*[11]

Punkt 5 weiß nichts von Gebietsabtretungen an Dänemark, die Niederlande und Belgien. Gemäß Punkt 2 (d) der Erstfassung sollte jedoch Dänemark das Gebiet zwischen seiner gegenwärtigen Grenze und der internationalen Zone nördlich vom Nord-Ostsee-Kanal erhalten. Diese Gebietsabtretung ist in der Letztfassung nicht erwähnt und wurde wahrscheinlich lediglich wegen Geringfügigkeit weggelassen, denn aus Morgenthaus Karten geht hervor, daß sie

weiterhin geplant war.[12] Auch in seinem Buch hielt Morgenthau diese Forderung aufrecht. Die Bevölkerung dieses Gebiets sei auch zum großen Teil dänisch (159).[13]
Gebietsabtretungen an die Niederlande und Belgien sind in keiner der uns bekannten Fassungen des Morgenthauplans vorgesehen, noch sind sie in Morgenthaus Karten eingezeichnet. Auf S. 159 seines Buchs führte Morgenthau jedoch aus, daß Teile der Rheinprovinz (die aus der internationalen Zone auszugliedern wären), an Belgien und Holland abgetreten werden sollten, falls diese es wünschten. Beide Staaten könnten auf diese Weise für die Verluste entschädigt werden, die sie während der Besatzungszeit erlitten hätten. Die Holländer seien weiter zum Erwerb von Land berechtigt, das ihnen diejenigen Landstriche ersetze, die von den Deutschen während ihres Rückzugs überflutet oder zerstört worden seien.

Die deutsche Bevölkerung muß von den abzutretenden Gebieten vertrieben werden

Was das Schicksal der Bevölkerungen der abzutretenden Gebiete betrifft, konnte Morgenthau auch insoweit an Roosevelt anknüpfen, der am 15. März 1943 zu Eden gesagt hatte, er denke, es sollten Abmachungen getroffen werden, daß die „Preußen" in derselben Weise aus Ostpreußen entfernt werden, wie nach dem Ersten Weltkrieg die Griechen aus der Türkei abgeschoben worden seien. Das sei eine etwas rauhe Behandlungsweise. Es sei aber die einzige Möglichkeit, den Weltfrieden zu erhalten, denn den Preußen dürfe man unter keinen Umständen trauen.[14] Wenn Roosevelt diese Forderungen auf Ostpreußen beschränkte, so wohl deshalb, weil er sich damals auf weitere Gebietsabtretungen nicht festgelegt hatte. Es ist behauptet worden, der Morgenthauplan habe Aussiedlungen der Bevölkerungen abzutretender Gebiete nicht vorgesehen. Das ist unrichtig, wie sich aus unseren Darlegungen zu Punkt 5 (d) ergibt. In seinem Buch erklärte Morgenthau, es solle mit dem „altmodischen Brauch" aufgeräumt werden, starke Bevölkerungen, zusammen mit dem Land, an eine andere Regierung auszuhändigen. Es gehe nicht länger an, die alte „feudalistische Auffassung" zu vertreten, die Bevölkerung gehe zusammen mit dem Land von einem auf den andern Herrn über. Die Deutschen in den abzutretenden Gebieten sollten nach den beiden gemäß Punkt 3 zu errichtenden deutschen Reststaaten abgeschoben werden. Die Nachkriegszeit sei zur Durchführung solcher Maßnahmen besonders geeignet, denn viele Leute seien jetzt sowieso ohne Heimat (160). Diese Grundsätze sollten ganz allgemein gelten, im Osten wie im Westen, obwohl die französische Regierung inzwischen klargemacht hatte, daß sie an eine Austreibung Deutscher aus Frankreich zufallen-

den deutschen Gebieten nicht denke.[15] Dieselbe Regelung sollte auch auf alle Volksdeutschen und die Sudetendeutschen Anwendung finden. Die Gelegenheit zu gefährlicher Propaganda wäre andernfalls zu verführerisch. Die Nazis hätten das der Welt gezeigt. Allen ihren Aggressionen vor dem Zweiten Weltkrieg seien stets hysterische Ausbrüche über angebliche Mißhandlungen edler deutscher Minderheiten vorangegangen (160). Und wie zu Punkt 4 dargelegt wird, sollte „als Mindestforderung" auch auf der Abwanderung der Bevölkerung der internationalen Zone, d. h. von ganz Nordwestdeutschland, nach den beiden deutschen Reststaaten bestanden werden.

[1] abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany)*, 453 ff, und schon früher in *Interlocking Subversion*, 2402 ff. Die zum Bitterman-Gutachten gehörige Kartenskizze ist anscheinend versehentlich in *Morgenthau Diary (Germany)* nicht aufgenommen worden, jedoch in *Interlocking Subversion*, 2409, abgedruckt.

[2] Das Gebiet westlich der Oder um Swinemünde wollte Bitterman also offenbar Deutschland belassen. Wir können kaum glauben, daß die Oder-Neiße-Linie Bittermans eigene Erfindung war. Schon am 14. 8. hatten amerikanische Zeitungen berichtet, das polnische kommunistische Lublin-Regime erhebe Ansprüche auf alles deutsche Land östlich der Oder und Neiße (NYT, 14. 8. 1944, 6, Sp. 1). Aus der Meldung ergibt sich, daß es sich bei der „Neiße" um die westliche (Lausitzer) Neiße handelte. Einen solchen Anspruch scheint aber die Lubliner Regierung erst am 28. 8. amtlich erhoben zu haben. Vgl. Wagner, Wolfgang: Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie. 1964, 87. Da aber die Oder-Neiße-Linie in gewissen amerikanischen Kreisen schon vorher als künftige deutsch-polnische Grenze empfohlen worden ist – so in dem schon im Frühsommer 1944 abgeschlossenen Buch von William B. Ziff: *The gentlemen talk of peace*. 1959 – ist nicht ausgeschlossen, daß diese Forderung aus den Vereinigten Staaten über Lublin nach Moskau gelangt ist, wo sie im Dezember 1944 zum erstenmal amtlich erhoben worden sein soll.

[3] Roosevelt hatte sich schon am 15. 3. 1943 Eden gegenüber für die Abtrennung Ostpreußens vom Reich eingesetzt (*Foreign Relations 1943*. Bd. III, 15) und wiederholte diese Stellungnahme am 5. 10. Hull gegenüber, *ebd.*, Bd. I, 542. Hull erklärte am 25. 10. auf der Außenministerkonferenz in Moskau, über die Abtrennung Ostpreußens vom Reich bestehe Übereinstimmung, *ebd.*, Bd. I, 632.

[4] *Teheran Dokumente*, 604

[5] Roosevelt hat im Juni 1944 dem Präsidenten der polnischen Exilregierung in London Mikolyjczyk versichert, er würde sich für den Erwerb ganz Ostpreußen durch Polen – also zweifellos ein nicht kommunistisches Polen – einsetzen (Vgl. *Jalta-Dokumente*, 205). Diese Erklärung ist aber wohl erfolgt, weil Roosevelt befürchtete, er könnte ohne eine solche die Stimmen der polnisch-amerikanischen Wähler bei der bevorstehenden Präsidentenwahl verlieren. Über die Stellung Hulls und des Außenministeriums zu dieser Zeit (vgl. NYT, 29. 10. 1944, IV, 5, Sp. 5).

[6] Morgenthaus Vorschlag hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenzen stimmte aber in erheblichem Umfang mit dem des – ehemaligen Under Secretary of State Sumner Welles in seinem Buch *Time for decision*, 1944, überein. Die Vorschläge von Welles haben auch das Gutachten von Otto Nathan beeinflußt. Dieses Gutachten beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Teilung Deutschlands und wird im nächsten Abschnitt besprochen.

[7] *Teheran-Dokumente*, 594

[8] abgedruckt in *Congressional Records*, Bd. 91, A 5513. Vgl. auch die Rede „Postwar treatment of Germany" v. 17. 6. 1946, abgedruckt in *American Academy of Political and Social Science. Annals.* Juli 1946, 127. Morgenthau berief sich hier aber in irreführender Weise auf S. 70/71 seines Buchs, welche Darstellung er jetzt berichtigte.

[9] Gleichzeitig schlug er vor, mehr Arbeiter in der leichten Industrie zu beschäftigen, als er in seinem Buch vorgeschlagen hatte, damit die deutschen Exporte erhöht und mit ihrem Erlös Lebensmittel gekauft werden könnten.

[10] Vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 460; 489; Blum III, 359. Roosevelt teilte Morgenthaus Mißtrauen gegenüber Frankreich und hat seit 1943 wiederholt die Entmilitarisierung Frankreichs gefordert, vgl. insbesondere *Foreign Relations 1943*, Bd. III, 15.

[11] Über Roosevelts Bemerkungen v. 1. 12. und 28. 11. 1943 vgl. *Teheran-Dokumente*, 600; 510. Der am 28. 11. gebrauchte Ausdruck „trusteeship" wurde hier mit „Treuhänderschaft" wiedergegeben. Vgl. auch Roosevelts Bemerkungen zu Kardinal Spellman in Gannon, I. S. J.: *The Cardinal Spellman Story*. 1962. 222; vgl. auch *Foreign Relations* 1943 (Bd. I, 542).

[12] Vgl. die in *Morgenthau Diary (Germany)* nach S. 554 abgedruckte Karte, wahrscheinlich v. 5. oder 6. 9., der Vorläuferin der in *German is our problem* nach S. 160 abgedruckten Karte.

[13] Vgl. auch die im Bitterman-Gutachten vorgesehenen Gebietsabtretungen an Dänemark.

[14] *Foreign Relations 1943*, Bd. III, 542. Am 5. 10. vertrat der Präsident denselben Standpunkt gegenüber Außenminister Hull, *ebd.*, Bd. I, 542

[15] Vgl. NYT, 12. 12. 1945, 10, Sp. 4

Zwanzigstes Kapitel

„3. DIE TEILUNG DES NEUEN DEUTSCHLAND

Das deutsche Restgebiet soll in zwei autonome, unabhängige Staaten aufgeteilt werden, einen süddeutschen Staat, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten und einen norddeutschen Staat, der einen großen Teil des alten preußischen Staats, Sachsen, Thüringen sowie mehrere kleinere Staaten umfaßt.
Eine Zollunion soll zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich bestehen, das seine politischen Grenzen von vor 1938 wiedererhält".

Vorgeschichte

Diese Fassung des Punkts 5, dem Punkt 2 der Erstfassung wörtlich entspricht, muß im Zusammenhang mit Punkt 7 gelesen werden. Danach müsse das Ziel der alliierten Regierungen die schließliche Teilung des deutschen Restgebiets sein. Wann diese Teilung erfolgen sollte, hat Morgenthau nicht dargetan.

Die amerikanischen Zerstückelungs-„Experten"

Viele amerikanische amtliche, halb- und nichtamtliche Stellen haben sich schon frühzeitig mit der Teilung, oder, wie meist gesagt wurde, Zerstückelung (dismemberment) des Reichs beschäftigt, das nach ihrem Willen auch durch Annexionen stark geschwächt worden wäre. Anfang 1942 hatte Präsident Roosevelt einen Sachverständigenausschuß unter dem Vorsitz von Under Secretary of State Sumner Welles beauftragt, diese Frage zu prüfen. Während Welles eine Teilung befürwortete, sprach sich im Sommer des folgenden Jahrs die große Ausschußmehrheit gegen Zerstückelung aus, weil eine solche die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands steigern, die Lieferung von Reparationen in Frage stellen, die deutsche Ernährung gefährden und nationalistische Strömungen begünstigen würde. Auch Hull und das Außen-

ministerium, abgesehen von Welles, lehnten Zerstückelung ab, nicht aber Präsident Roosevelt, der sich am 15. März 1943 Eden gegenüber für die Förderung separatistischer Bestrebungen ausgesprochen hat, die zu einer Teilung führen könnten. Als dann der Präsident vom anwesenden Harry Hopkins gefragt wurde, was geschehen sollte, falls spontane separatistische Forderungen ausblieben, war Roosevelts Antwort, Deutschland müsse unbedingt in mehrere Teile zerlegt werden und einer von ihnen müsse Preußen sein. Den Preußen dürfe man nicht länger erlauben, ganz Deutschland zu beherrschen.[1]
Anfang September 1943 erzählte der Präsident dem Kardinal Spellman, er habe sich mit Churchill dahin geeinigt, Deutschland solle in folgende Staaten aufgeteilt werden: Bayern, Rheinland, Sachsen, Hessen, Preußen. Württemberg werde ein Teil Bayerns. Sachsen solle Teile Preußens erhalten. Hannover solle selbständig werden. Am 5. Okt. erklärte der Präsident dem Außenminister Hull vor dessen Abreise nach Moskau „kategorisch", er befürworte die Teilung Deutschlands in drei oder mehr Staaten. Am 19. Nov. sagte Roosevelt zu Mitgliedern seines militärischen Führungsstabs auf der Fahrt nach Teheran, Deutschland solle in drei, möglicherweise fünf, Staaten aufgeteilt werden, einen süddeutschen Staat ohne Österreich, einen norddeutschen und einen nordostdeutschen Staat. Die logische Grundlage für eine solche Regelung wäre, daß der süddeutsche Staat überwiegend katholisch, der nordwestdeutsche überwiegend protestantisch wäre, während die Religion des ostdeutschen als Prussianismus bezeichnet werden könnte.

Ein vom Präsidenten „vor einigen Monaten erdachter" Zerstückelungsplan

Weiter brachte der Präsident am 1. Dez. 1943 auf der Vollsitzung der Konferenz von Teheran überraschend einen Teilungsplan zur Sprache, den er „vor einigen Monaten erdacht" habe. Danach sollte Deutschland in fünf „autonome" Gebiete (1. ein stark verkleinertes und geschwächtes Preußen; 2. Hannover und den Nordwestabschnitt; 3. Sachsen „und" die Leipziger Gegend; 4. Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau und das Gebiet südlich (?) des Rheins; 5. Bayern, Baden und Württemberg sowie in zwei internationale Zonen aufgeteilt werden.[2]
Under Secretary of State Welles hatte am 16. März 1943 eine Besprechung mit Eden, bei welcher Gelegenheit er sich für die Aufteilung Deutschlands in drei „Einheiten" (1. einen süddeutschen katholischen Staat, mit dem größten Teil des Rheinlands; 2. einen nordwestdeutschen und 3. einen nordostdeutschen protestantischen Staat) einsetzte und gewann den Eindruck, Eden billige eine solche Lösung. Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung veröffentlichte Welles Anfang 1944 einen Bestseller „Time for Decision". in dem er auf

seinen Eden gemachten Vorschlag zurückkam und die Aufteilung Deutschlands in drei „autonome" Staaten und die Unabhängigkeit Österreichs forderte. Dem nordostdeutschen Staat sollte ein kleiner Streifen früher westpolnischen Gebiets zufallen, während Ostpreußen und Danzig an Polen fallen sollten.[3] *Das im vorigen Abschnitt genannte Gutachten von A. Bitterman und ein weiteres, ebenfalls im Auftrag Whites abgefaßtes Gutachten des notorischen kommunistischen fellow traveller's Otto Nathan beschäftigten sich ebenfalls mit der Teilung Deutschlands. Nathans Gutachten betont seine enge Anlehnung an Welles und wollte dem geplanten nordostdeutschen Staat einen Streifen früher polnischen Gebiets geben. Nach dem extremeren Bitterman-Gutachten sollte das stark geschwächte Reich lediglich in einen nord- und süddeutschen Staat geteilt werden. Der offenbar als Bundesstaat gedachte Südstaat sollte auch die „Republik Österreich" umfassen, obwohl Bitterman bekannt war, daß im Oktober 1943 in Moskau die Wiederherstellung Österreichs als selbständigen Staats beschlossen worden war. Nach Bittermans Ansicht war jedoch Österreich ohne größeres Hinterland nicht lebensfähig und durch seine Vereinigung mit dem „reichen, Landwirtschaft treibenden Staat Bayern" würde ein gesunder Staatskörper entstehen.*[4]

Morgenthaus Teilungsplan gleicht dem von Sumner Welles

Zweifellos durfte Morgenthau, was die Teilungsvorschläge des Punkts 3 betraf, mit der Zustimmung des Präsidenten rechnen. Daß sein Plan weitgehend mit dem von Welles-Nathan übereinstimmt, ergibt der Vergleich von Nathans Karte und derjenigen von Welles mit der Karte in Morgenthaus Buch. Morgenthau betonte außerdem seine enge Anlehnung an Welles (157) und wenn er Deutschland in zwei Staaten teilen wollte, statt wie Welles in drei, so hat er auch hierfür den Grund angegeben: „Es wird eine Teilung in zwei statt wie bei Welles in drei Staaten vorgeschlagen . . . weil wir das Ruhrgebiet als internationale Zone organisieren wollen" (160). Die internationale Zone des Punkts 4, die von Deutschland abgetrennt werden sollte, entsprach im wesentlichen dem von Welles geplanten nordwestdeutschen Staat.

Morgenthau schlägt „Anschluß" Österreichs an reichen süddeutschen Staat vor

Der Absatz 2 des Punkts 3 ist die einzige Stelle des Morgenthauplans, in der Österreich genannt wird. Es sei hier an das Bitterman-Gutachten erinnert, in dem aus angeblich wirtschaftlichen Gründen der „Anschluß" Österreichs an den neuen süddeutschen Staat den Beschlüssen der Moskauer Konferenz zu-

wider vorgeschlagen wurde. Wenn Bitterman trotzdem die Angliederung Österreichs an den süddeutschen Staat forderte, so wohl darum, weil er den Österreichern dieselbe Behandlung zuteil werden lassen wollte wie den Reichsdeutschen.[5]

Morgenthau betrachtet Teilung des deutschen Restgebiets in zwei Staaten als beste Lösung

Nach Morgenthaus Behauptung war die Teilung Rumpfdeutschlands eine Schutzmaßnahme gegen weitere deutsche Aggression. Zwei oder drei deutsche Teilstaaten seien schwächer als ein Gesamtstaat desselben Umfangs (156). Morgenthau fuhr fort, man könne manchmal hören, eine Zerstückelung Deutschlands in zwanzig oder dreißig Staaten wäre besser als eine solche in zwei oder drei. Man solle aber nicht zu weit gehen. Das Ziel der Alliierten müsse sein, Deutschland lediglich soweit zu schwächen, daß es aufhöre, eine Weltgefahr zu sein (158). Eine Teilung in zwei Staaten sei aber keine Garantie für künftiges deutsches Wohlverhalten. Es könne daher auf die weiteren, vom Morgenthauplan vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen, insbesondere die Zerstörung des industriellen Kriegspotentials, nicht verzichtet werden (163). Die größte durch eine Teilung entstehende Gefahr sei sogar, daß sie von manchen als genügende Sicherung des künftigen europäischen Friedens betrachtet werden könnte (181). Würden die beiden neuen Staaten Anstalten treffen, sich zu vereinigen, so wäre das ein Warnungszeichen und die „Welt" werde dann gut daran tun, Gegenmaßnahmen vorzubereiten (163). Auf Einwände wie die, eine Teilung Deutschlands werde seine Fähigkeit, Reparationen zu leisten oder seine Ernährung sicherzustellen, vermindern, ging Morgenthau in seinem Buch nicht ein.
Daß die Frage der Teilung Deutschlands schon bei Morgenthaus Unterredungen vom Aug. 1944 mit Sir John Anderson und Eden in London und im folgenden Monat im Kabinettkomitee für Deutschland eine Rolle gespielt hat, ist erwähnt worden und später sind, wie erwähnt, das Außen- und Kriegsministerium Morgenthaus Teilungsplänen entgegengetreten oder haben sich für eine Vertagung dieser Frage eingesetzt. Morgenthau hielt aber an seiner Teilungsforderung fest und beklagte sich in seinem zur Kenntnis der britischen Regierung gebrachten Schreiben v. 1. Nov. 1944, daß der Entwurf des Handbuchs für die künftigen britischen Militärbehörden in Deutschland die Teilungsfrage außer Acht lasse, obwohl sich weder Churchill noch irgend ein anderer britischer Regierungsvertreter in dieser Angelegenheit Morgenthau gegenüber festgelegt hatte.[6]
Auf die folgende Entwicklung, soweit sie die Teilungsfrage betrifft, gehen wir nur kurz ein. Auf der Konferenz von Jalta war Stalin der eifrigste Befür-

worter einer Teilung. Seine Forderung wurde von Roosevelt unterstützt, obwohl das Außenministerium im Januar 1945 in seinem „Briefing Book" erneut von einer Teilung abgeraten hatte. Nachdem am 12. Jan. 1945 in Jalta die künftige Teilung Deutschlands in drei oder vier Besatzungszonen bekanntgegeben worden war, erhoben sich in den Vereinigten Staaten Stimmen, die anregten, die Teilung durch den allmählichen Ausbau der Besatzungszonen zu „autonomen" Staaten oder Protektoraten der Besatzungsmächte vorzunehmen, ein Gedanke, der dem Präsidenten schon bei seiner angeführten Äußerung v. 19. Nov. 1943 vorgeschwebt haben mag, und der auch von Morgenthau nahestehender Seite befürwortet wurde. Vielleicht, daß auch Morgenthau selbst solche Gedanken gehegt hat. Festgelegt in dieser Hinsicht hat er sich jedoch nicht.[7]

Stalins Proklamation v. 9. Mai 1945 „die Sowjetunion hat nicht die Absicht, den deutschen Staat zu zerstückeln oder zu zerstören", hätte allem weiteren amerikanischen Zerstückelungsgerede ein Ende bereiten sollen. Das war aber nicht der Fall. Vielmehr scheint auch Präsident Truman in den ersten Wochen seiner Präsidentschaft den Plan einer Teilung Deutschlands vertreten zu haben, obwohl das Außenministerium, dessen Rat der neue Präsident meist folgte, solche Ideen weiterhin ablehnte, und am 28. Mai 1945 versicherte Harry Hopkins dem Diktator im Kreml, „Truman ist für die Zerschlagung Deutschlands". Sogar noch kurz vor Potsdam soll Truman für die dauernde Teilung Deutschlands eingetreten sein. Während der Postdamer Konferenz hat er aber seinen Standpunkt geändert und die Erklärung der Konferenzmächte v. 2. Aug. 1945 machte deutlich, daß sie an der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands festhalten wollten.[8]

Für eine Abtrennung Bayerns

Der Privatmann Morgenthau hat aber, wie aus seinem Buch hervorgeht, die Teilung Deutschlands weiterhin befürwortet und in einem Interview v. 4. Okt. hat er sich für die Abtrennung Bayerns von Deutschland ausgesprochen. Der Grund für dieses Manöver ist durchsichtig: Da das rechtsrheinische Bayern ganz zur amerikanischen Besatzungszone gehörte, hätte eine solche Maßnahme durch einseitigen Akt der Vereinigten Staaten durchgeführt werden können und da seit der Konferenz von Potsdam feststand, daß an eine Teilung Deutschlands im Weg einer Drei- (oder Vier-) Mächte-Vereinbarung nicht zu denken war, war ein derartiger Schritt seine letzte Hoffnung, selbst wenn eine solche Maßnahme zu Schwierigkeiten mit der Sowjetregierung hätte führen können. Die Trumanregierung hat von diesem Wink Morgenthaus offenbar keine Notiz genommen.[9]

[1] Vgl. im allgemeinen Hammond: aaO, 314 f. Über die Roosevelt-Eden-Unterhaltung s. *Foreign Relations 1943,* Bd. III, 13

[2] Über die Spellman-Unterredung vgl. Gannon: aaO, 224. Verfasser versichert, Kardinal Spellman habe über diese Aussprache am 4. 9. eine zweiseitige Niederschrift angefertigt, die seiner Darstellung zugrunde liegt. Roosevelt hatte Churchill eben in Quebec getroffen. Über Roosevelts Bemerkung v. 5. 10. 1943 vgl. *Foreign Relations 1943.* Bd. I, 542. Über die Bemerkungen v. 19. 11. vgl. *Teheran-Dokumente,* 253. Roosevelts Erklärung auf der Konferenz am 1. 12. vgl. *ebd.,* 600. (Die etwas abgeschwächte Übersetzung des russischen Protokolls ist enthalten in Fischer, Alex. [Herausgeber]: *Teheran, Jalta, Potsdam.* 1968. 84).

[3] Vgl. *Foreign Relations 1943.* Bd. III, 19 ff

[4]) Das Nathan-Gutachten ist abgedruckt in *Morgenthau Diary (Germany),* 457 ff. Über Nathans kommunistenfreundliche Haltung vgl. die Bemerkungen des Herausgebers Kubek, *ebd.,* 23, 33

[5] In seiner genannten Denkschrift v. 1. 11. 1944 führte Morgenthau aus: „Falls Österreich wesentlich besser als Deutschland behandelt werden soll, sollte seine Behandlung in einer besonderen Direktive festgelegt werden", wie es dann später geschehen ist. Das deutet darauf hin, daß Morgenthau gegen eine Besserstellung der Österreicher war. Morgenthau mag die Bittermansche Lösung für die richtige gehalten haben, wußte aber, daß sie damals nicht zu verwirklichen war, und fand sich daher mit einer Zollunion als zweitbester Lösung ab.

[6] Der Passus der Vereinbarung von Quebec: „converting Germany into a country primarily agricultural... in character" könnte andeuten, daß Roosevelt und Churchill damals an die Erhaltung der politischen Einheit Deutschlands gedacht haben.

[7] Die Forderung, die Besatzungszonen zu „Staaten" auszubauen, wurde auch von B. M. Baruch vertreten, so in seiner Rede v. 22. 6. 1945 vor dem Kilgore-Ausschuß, wo er ausführte: „Wird Deutschland für eine gewisse Zeitspanne in vier Zonen geteilt und besetzt und dann wiederhergestellt oder ist die Besetzung der Vorläufer einer Zerstückelung in kleinere Teile?" Es ist hier noch auf die Eingangsworte des Punkts 7 hinzuweisen: „Die militärische Verwaltung Deutschlands in der Anfangszeit sollte mit dem Ziel einer schließlichen Teilung... durchgeführt werden". Das könnte als Vorschlag zum Ausbau der Besatzungszonen zu „Staaten" verstanden werden; so anscheinend auch Blum III, 357. Diese Auffassung stünde mit dem Wortlaut des Punkts 3 nicht im Einklang.

[8] Über Trumans ursprüngliche Gegnerschaft gegen die Einheit Deutschlands vgl. *Potsdam-Dokumente,* Bd. I, 50, und Leahy, William D.: *I was there.* 1950. 388 f

[9] Über Morgenthaus Interview vgl. NYT, 5. 10. 1945, 7, Sp. 1. Anscheinend war Stalin in Teheran, einer Anregung Churchills folgend, bereit gewesen, sich für die Abtrennung Bayerns einzusetzen, vgl. *Jalta-Dokumente,* 625. Als Beispiel der Propaganda privater amerikanischer Kreise für die Abtrennung Bayerns führen wir noch die Ausführungen von Herbert P. Lee: *„Failure to partition Germany – A disastrous appeasement"* an, in *Prevent World War III,* No. 19 (1947), 23, wo gefordert wird, den „bayrischen Haß gegen alles Preußische zu schüren und die Bayern zu ermutigen, ostdeutschen Flüchtlingen die Einreise und Aufenthaltsgenehmigung in Bayern zu versagen". Das Ziel der amerikanischen Militärregierung sollte sein, den deutschen Nationalismus durch die Förderung eines bayrischen Nationalismus und eines Nationalismus der übrigen deutschen Staaten zu pflegen. Nur so könne der Gefahr des Wiedererwachens „pangermanistischer" Bestrebungen wirksam vorgebeugt werden. „Die Einigung im Jahr 1871 hat Deutschland mehr und mehr zu einer Weltgefahr gemacht." „Wir müssen Deutschland entgermanisieren (DEGERMANIZE, mit großen Buchstaben geschrieben), das heißt, wir müssen den Überlegenheitskomplex der Deutschen ausrotten."

Einundzwanzigstes Kapitel

„4. DAS RUHRGEBIET

Hier liegt das Herz von Deutschlands industrieller Macht. Nicht nur alle Industrien dieses Gebiets, die zur Zeit vorhanden sind, müssen beseitigt werden, sondern das Gebiet muß auch so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet werden kann. Folgende Maßnahmen werden dieses Ziel erreichen:
(a) Innerhalb einer kurzen Frist, falls möglich nicht später als sechs Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten, müssen alle Industrieanlagen und alle Einrichtungen, die nicht durch militärische Einwirkungen zerstört worden sind, vollständig demontiert und als Restitution nach den Ländern der Alliierten transportiert werden. Aus den Bergwerken sind alle Einrichtungen zu entfernen und die Bergwerke sind zu schließen.
(b) Das Gebiet soll eine internationale Zone werden, die von einer internationalen Sicherheitsbehörde regiert wird, welche von den Vereinten Nationen errichtet wird. Bei der Verwaltung des Gebiets soll sich die internationale Behörde von Grundsätzen leiten lassen, die geeignet sind, obige Absichten zu fördern".

Das Ruhrgebiet, das Herz des deutschen Kriegspotentials

Schwerpunkt des deutschen Kriegspotentials war nach Ansicht aller in Frage kommenden amerikanischen Regierungsstellen das Ruhrgebiet. Es wurde daher von zahlreichen amerikanischen Deutschlandplanern eine Sonderbehandlung dieser Wirtschaftseinheit gefordert. Die gemäßigteren wollten sich mit einer strikten Kontrolle der in Frage stehenden Industrien und Bergwerke begnügen, diese aber nicht antasten. Besondere Beachtung fand ein Vorschlag des holländischen Botschafters in Washington, Alexander Loudon, vom Frühjahr 1943, der anregte, die Alliierten sollten die Schwerindustrie und die Bergwerke des Ruhrgebiets auf unbestimmte Zeit als Treuhänder verwalten, die betreffenden Betriebe durch Aktienmehrheiten kontrollieren und die Ak-

tienpakete als Reparationen erwerben. Die Treuhänder sollten die Erzeugnisse dieser Betriebe ins Ausland verkaufen und Gewinne sollten auf Reparationskonto gutgeschrieben werden.[1] Andere wollten das Ruhrgebiet von Deutschland trennen und als angeblich selbständigen Staat oder Protektorat unter Aufsicht der Alliierten organisieren.

Der John-Foster-Dulles-Plan von 1944

Am 20. Aug. 1944 haben sich auch der republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas Dewey und dessen außenpolitischer Berater John Foster Dulles, der spätere Außenminister des Präsidenten Eisenhower, für die Umwandlung des Ruhrgebiets in eine „international kontrollierte Einheit" ausgesprochen, ohne klarzustellen, wie das im einzelnen geschehen und ob das Ruhrgebiet von Deutschland getrennt werden sollte. Die Erzeugnisse der Industrien und Bergwerke des Ruhrgebiets sollten diesem Vorschlag gemäß allen europäischen Ländern zugänglich sein.[2]
Die amerikanische Regierung hat sich, was die Zukunft des Ruhrgebiets betrifft, lange nicht festgelegt. Offenbar hatte das Außenministerium bis zum Sommer 1944 weder eine politische noch eine wirtschaftliche Sonderstellung des Gebiets befürwortet. Jedoch hatte bekanntlich Präsident Roosevelt am 1. Dez. 1943 in Teheran die Zerstückelung Deutschlands in fünf Staaten und zwei „internationale Zonen" angeregt. Die eine Zone sollte aus dem Gebiet um den Nord-Ostsee-Kanal und Hamburg und die andere aus dem Ruhr- und Saargebiet bestehen. Letztere sollte zum Vorteil von ganz Europa bewirtschaftet werden.
Morgenthau konnte also auch hier teilweise an Roosevelts Vorarbeit anknüpfen. Vielleicht war er sich aber zunächst über die Zukunft des Ruhrgebiets nicht im klaren, denn auf Grund des genannten Bitterman-Gutachtens sollte dieses unter die Niederlande, Belgien und Luxemburg aufgeteilt werden, während in der Associated Press-Meldung v. 24. Sept. 1944 von einer Abtretung des Saargebiets und der „westdeutschen Industriegebiete", also wohl in erster Linie des Ruhrgebiets an Frankreich die Rede war. In der ersten wie in allen folgenden Fassungen des Morgenthauplans war die Organisierung des Ruhrgebiets als internationaler Zone vorgesehen und auch gebietsmäßig war die Regelung in allen vier Fassungen des Morgenthauplans dieselbe. Über die Entstehungsgeschichte des Punkts 4 vgl. Kap. 9. Wir beschäftigen uns im Folgenden mit der endgültigen Fassung des Punkts 4.
Wir bringen hier zunächst leicht gekürzt das auf Morgenthaus Weisung ausgearbeitete Gutachten F des Finanzministeriums v. 10. Sept. 1944:

„Warum die Hilfsquellen des Ruhrgebiets gesperrt werden müssen" zum Abdruck:

„Während der letzten hundert Jahre ist die industrielle Kapazität des Ruhrgebiets die Grundstütze des modernen deutschen Militarismus gewesen. Sehr große, hochwertige Vorräte an Kohle, die zur Herstellung von Koks besonders geeignet ist, und eine günstige geographische Lage, die die Einfuhr von Eisenerz erleichtert, dienten der Schaffung eines industriellen Apparats, der in der Welt einzig dasteht und dessen Entwicklung durch bewußt militärische Überlegungen geleitet worden ist.

Die Eliminierung dieses industriellen Apparats ist unumgänglich notwendig, um neue deutsche Aggression auf viele Jahre unmöglich zu machen. Keine andere Maßnahme könnte diesem Hauptziel der Vereinten Nationen mit gleicher Wirksamkeit dienen. Die Zerstückelung Deutschlands allein würde nicht ausreichen, da die politische Entwicklung in einigen Jahrzehnten eine Wiedervereinigung der verschiedenen deutschen Staaten möglich machen könnte. In einem solchen Fall besäße der wiedervereinigte deutsche Staat sofort ein großes industrielles Potential, es sei denn, daß die Ruhrwirtschaft zerstört wäre.

Im Fall der Eliminierung der Ruhrindustrie würden sicher neue Eisen- und Stahlindustrien im außerdeutschen Europa aufgebaut, um diejenigen Bedürfnisse an Eisen und Stahl zu befriedigen, die bisher von der Ruhrindustrie wahrgenommen wurden und sie würden von französischen Eisenerzen Gebrauch machen. Kohle aus dem Saargebiet, aus Frankreich, dessen Produktion erhöht würde, aus Großbritannien, Schlesien und Polen stünde zur Verfügung. Die Eliminierung der Ruhrwirtschaft wäre daher ein willkommener Beitrag zum Wohlstand der Kohlenindustrien der verschiedenen Vereinten Nationen. Großbritannien hat sehr große Kohlenreserven, seine nachgewiesenen Reserven kommen unter Zugrundelegung des gegenwärtigen Stands der Ausbeute, einem Bedarf für etwa 500 Jahre gleich ... Die neuen, in Europa entstehenden Eisen- und Stahlindustrien, die den Platz der Ruhrindustrie einnehmen werden, werden eine derart machtvolle und previlegierte Stellung haben, daß sie eine dauernde wirksame Schranke gegen eine erneute Industrialisierung des Ruhrgebiets darstellen.[4]

In seinem Buch hat Morgenthau zur Forderung, die „Ruhr area" von Deutschland zu trennen, weiter, wie folgt, Stellung genommen: Da die Ruhrkohle zur Stahlerzeugung besonders geeignet sei, werde jeder Versuch, die deutsche Schwerindustrie und damit das deutsche Kriegspotential wieder aufzubauen, vom Ruhrgebiet seinen Ausgang nehmen. Da die Kohle vom Ruhrgebiet nicht entfernt werden könne – außer durch Abbau – müsse das Ruhrgebiet von

Deutschland getrennt werden (20). Falls das Gebiet von einem oder einigen anderen Staaten annektiert werde (woran Morgenthau früher anscheinend selbst gedacht hatte), werde es zu einem ständigen politischen Zankapfel (22–23). Das Beste wäre, es den Vereinten Nationen zu unterstellen oder seine Zukunft der Entscheidung der Führer der Alliierten zu überlassen.

Die politische Sonderbehandlung des Ruhrgebiets

Wir erörtern zunächst die politische Sonderbehandlung der Internationalen Zone, deren Umfang aus der in *Morgenthau Diary (Germany)* nach S. 554 abgedruckten Karte zu ersehen ist.[5]

Ruhrgebiet und „internationale Zone"

Zu der als „Ruhr area" zu organisierenden internationalen Zone sollte nicht nur das Ruhrgebiet als solches, sondern so gut wie ganz Nordwestdeutschland gehören, seine zahlreichen landwirtschaftlichen Gegenden eingeschlossen. Trotzdem wurde dieses ganze Gebiet irreführend als „Ruhr area" bezeichnet. Offenbar wollte Morgenthau an Roosevelts Vorschläge von Teheran anknüpfen, die er ins Extreme steigerte. Von Roosevelts südlicher internationaler Zone schlug er das Saarland Frankreich zu und aus dem Ruhrgebiet und Umgebung und Roosevelts nördlicher Zone wollte er eine große internationale Zone machen, die sich von Aachen bis dicht vor Kassel und von Frankfurt bis an die (neue) dänische Grenze erstreckt hätte. Diese Zone sollte von einer von den Vereinten Nationen zu errichtenden internationalen Behörde regiert werden, für deren Tätigkeit jedoch in Punkt 4 (b) ins einzelne gehende Grundsätze nicht aufgestellt worden sind. Auf S. 23 seines Buchs meinte Morgenthau jedoch, die Befugnisse der zu errichtenden Behörde sollten von den Alliierten (also nicht, wie in Punkt 4 vorgesehen, den Vereinten Nationen) geregelt werden. Die neue Behörde solle Eigentümerin der Bergwerke werden (an deren Zerstörung Morgenthau in seinem Buch nicht länger festhalten wollte); ihr würden die Polizeigewalt und alle Verwaltungsbefugnisse in der Zone zustehen. Sie habe vor allem die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß keine Ruhrkohle dazu benützt würde, neue Betriebe der Schwerindustrie anstelle der zu zerstörenden in der Zone selbst oder in den beiden deutschen Reststaaten zu errichten.[6] Sie werde auch die Verwertung der Ruhrkohle für Europas Wohlfahrt und Wiederaufbau überwachen. Auf S. 180 führte Morgenthau jedoch aus, die Verwaltung der internationalen Zone wie überhaupt die ganze weitere Deutschlandplanung solle in den Händen der Alliierten liegen. Die

„neue Organisation“, d. h. die Vereinten Nationen, hätten genügend andere Aufgaben und solle nicht mit Kriegsmaßnahmen belastet werden. Diese Ausführungen sind mit dem Wortlaut des Punkts 4 (b) nicht zu vereinbaren. Morgenthau hat Gründe für seinen Meinungswechsel nie bekanntgegeben.

Der von Morgenthau geplante sowjetrussische Machtzuwachs alarmierte Mc Cloy

Falls die Verwaltung der internationalen Zone in den Händen der Alliierten gelegen hätte, hätte das zweifellos die Beteiligung der Sowjetunion an der militärischen Besetzung dieser Zone und daher eine gewaltige Verstärkung des sowjetrussischen Einflusses in Deutschland bedeutet, worauf wir in unserem Schlußkapitel näher eingehen. Hier sei bemerkt, daß dieser von Morgenthau geplante Zuwachs der sowjetrussischen Macht auf McCloy „alarmierend“ gewirkt hat.[7] Praktisch wäre die internationale Zone eine Art Kondominium der Großen Drei geworden, wodurch gleichzeitig die bisherigen Pläne über die Verteilung der Besatzungszonen über den Haufen geworfen worden wären. Eine solche Regelung hätte das Ende der nordwestlichen Zone bedeutet, auf die Anfang Sept. 1944 noch die Engländer und Amerikaner Anspruch erhoben haben.

Die wirtschaftliche Sonderbehandlung

Das eigentlich Neue gegenüber der Erstfassung vom 1. Sept. ist die in allen späteren Fassungen vorgesehene wirtschaftliche Sonderbehandlung der internationalen Zone, denn es war jetzt die völlige Zerstörung der ganzen, also auch der leichten Industrie und aller Bergwerke dieses Gebiets vorgesehen.

Alle Industrien des Ruhrgebiets sind zu zerstören

Dieses Gebiet sollte von „allen“ zur Zeit bestehenden Industrien entblößt und so geschwächt werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet werden kann (Punkt 4 a, Satz 1).
Die Kritiker des Morgenthauplans, angefangen mit Stimsons Bemerkungen v. 5. Sept. im Kabinettkomitee für Deutschland, warfen insbesondere die Frage auf, warum das ganze Wirtschaftsleben der internationalen Zone vernichtet werden sollte. Wäre nicht die Internationalisierung dieses Gebiets und seine strikte Überwachung durch die Alliierten genügender Schutz gegen neue

deutsche Aggression, vor allem, wenn das durch Amputationen weiter Gebiete geschwächte Reich durch eine Teilung, wie sie in der endgültigen Fassung vorgesehen war, weiter geschwächt würde? Morgenthaus Denkschrift vom 10. Sept. 1944 bemühte sich nachzuweisen, daß auf eine Zerstörung der Ruhrwirtschaft trotz aller sonstigen Sicherungsmaßnahmen nicht verzichtet werden könnte. Am 17. Jan. 1945 vertrat Morgenthau in einer langen Aussprache mit Außenminister Stettinius erneut den bisherigen Standpunkt.[8] Diese Aussprache wurde am 19. Jan. von Vertretern des Außen- und Finanzministeriums mit Assistant Secretary of State Clayton und H. D. White an ihrer Spitze fortgesetzt und White, der am 4. Sept. 1944 und noch bei weiteren Gelegenheiten versucht hatte, Morgenthaus Zerstörungsabsichten Zügel anzulegen,[9] führte jetzt, offenbar Morgenthaus Instruktionen folgend, aus:

„*Falls das Ruhrgebiet internationalisiert wird und dessen Industrien beibehalten und gefördert werden, werden die in diesem Zusammenhang entstehenden Schwierigkeiten ungeheuer sein und wahrscheinlich unsere Absicht zunichte machen, dieses Gebiet daran zu hindern, erneut eine Quelle potentieller deutscher industrieller und damit militärischer Macht zu werden.*

... Ein internationalisiertes (aber nicht de-industrialisiertes) Ruhrgebiet würde den Anlaß zu fortgesetzten Zänkereien und Schwierigkeiten zwischen den internationalen Partnern hervorrufen und die Zeit würde kommen, wenn die (alliierten) Manager sagen würden: ‚Befreien wir uns von unserem Kopfweh, indem wir das Ruhrgebiet Deutschland zurückgeben'. . . Die De-Industrialisierung des Ruhrgebiets hätte zwei grundlegende Vorteile: Sie würde den Weg zu einer Agrarisierung Deutschlands weisen, und es ist nicht zweifelhaft, daß das deutsche Volk mit seinen technischen und organisatorischen Fähigkeiten viel auf dem langen Weg der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und Ertragsfähigkeit erreichen könnte. Sie würde den Alliierten außerdem eine Atempause von 10, 20, 25 Jahren geben. Während und am Ende dieses Zeitraums könnten wir die Frage erneut überprüfen. Falls die Alliierten überzeugt sein sollten, daß Deutschland noch immer eine Gefahr ... (für den Weltfrieden) ist, könnte es nötig sein, weitere Kontrollmaßnahmen einzuführen, um es am Boden zu halten. Falls aber die Deutschen bis dahin den richtigen demokratischen Geist zeigen, könnte auf weitere Kontrollen verzichtet werden ... Es ist auch darauf hinzuweisen, daß, falls das Ruhrgebiet oder größere Teile desselben an Frankreich, Belgien oder Holland abgetreten werden, nationale Minderheitenprobleme entstünden.“[10] Die Haltung des Finanzministeriums war also die alte.

Einzelheiten über Morgenthaus Zerstörungsprogramm

Was die wirtschaftliche Sonderbehandlung der internationalen Zone im einzelnen betrifft, sollten alle maschinellen und sonstigen industriellen Einrichtungen (equipment), soweit sie nicht im Verlauf der Feindseligkeiten zerstört worden waren, demontiert und als „Restitution" nach den alliierten Ländern geschafft werden. Überhaupt sollte soweit wie möglich die ganze Ruhrindustrie nach den alliierten Ländern geschafft werden. Da es sich insoweit um „Restitution" und nicht um Reparationen gehandelt hätte, hätten diese Leistungen nicht auf Reparationskonto angerechnet werden können. Die Frage von eingebauten Maschinen und nichttransportfähigen Einrichtungen wird nicht erörtert. Offenbar sollten sie so rasch wie möglich zerstört werden. In derselben Weise sollten auch die „plants" behandelt werden, welcher Ausdruck sich in diesem Zusammenhang nur auf die Fabrikgebäude und sonstigen Industriebauten beziehen kann. Wie konnten diese „Anlagen" anders demontiert werden als dadurch, daß sie in die Luft gesprengt werden? Daß Morgenthau spätestens vom September 1944 ab von diesem Gedanken beherrscht wurde, ergibt sich aus seinen mitgeteilten Bemerkungen zu White und Mitarbeitern, besonders v. 4. Sept. 1944.

Der „Trümmerhaufen" Ruhrgebiet

Auch Stimson hatte den Eindruck, Morgenthau wolle das Ruhrgebiet in einen „Trümmerhaufen" oder in einen „Schutthaufen" verwandeln lassen, was dafür spricht, daß Morgenthau die ganze Ruhrindustrie durch Explosivstoffe vernichten lassen wollte.

Zerstörungsprogramm soll raschmöglichst durchgeführt werden

Alle Demontagen von Fabrikeinrichtungen und -anlagen sollten gemäß 4 (a) „binnen einer kurzen Frist, wenn möglich nicht später als sechs Monate nach Aufhören der Feindseligkeiten" durchgeführt werden. Daß Morgenthau es am liebsten gesehen hätte, wenn die deutschen Industriebetriebe, vor allem die des Ruhrgebiets, während des Vormarsches der alliierten Heere vernichtet worden wären, ist schon erwähnt worden und in der dritten Fassung des Morgenthauplans v. 5. Sept. war die Zerstörung eines großen Teils der industriellen Anlagen des Ruhrgebiets durch die vorrückenden alliierten Truppen ausdrücklich vorgesehen. Eine entsprechende Vorschrift ist aber in die endgültige Fassung nicht aufgenommen, wahrscheinlich, weil Roosevelt, was die Zerstörung

der Ruhrwirtschaft betraf, sich auf einen bestimmten Zeitpunkt nicht festlegen lassen und von überstürzten Maßnahmen Abstand nehmen wollte.
Die Frage der Überführung demontierter deutscher Industriebetriebe nach anderen Ländern ist während des Kriegs in den Vereinigten Staaten von zahlreichen amtlichen und nichtamtlichen Stellen untersucht worden. Alle kamen zum Ergebnis, solche Standortänderungen könnten nur Erfolg haben, wenn sie mit größter Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt würden. Übereilte Maßnahmen würden dagegen wirtschaftliches Chaos in Deutschland und Westeuropa zur Folge haben. Morgenthau kam es aber auf eine möglichst rasche Durchführung der Zerstörungsmaßnahmen an, vor allem darum, weil er mit einem baldigen Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten rechnete, der sein Zerstörungswerk hätte gefährden können.[11] Auch daraus ergibt sich, daß wirtschaftliche Erwägungen bei der von Morgenthau vorgesehenen Zerstörungspolitik keine Rolle spielten.

Die Forderung der Zerstörung des Ruhrbergbaus

Ebensowenig wie die Zerstörung der Ruhrindustrie war in der ersten Fassung des Morgenthauplans die der Ruhrbergwerke vorgesehen. Auf Morgenthaus Betreiben wurde jedoch in die zweite Fassung eine entsprechende Vorschrift eingefügt. Ihre Formulierung war in der dritten Fassung verschärft, dann aber in Punkt 4 (a), Satz 2 der endgültigen Fassung wieder etwas gemildert. Danach waren aus den Bergwerken der internationalen Zone (also nicht nur des Ruhrgebiets) alle Einrichtungen zu entfernen und die Bergwerke sollten geschlossen werden.
Die Forderung der Zerstörung des westdeutschen Kohlenbergbaus (und sonstiger Bergwerke) hatte sofort das Entsetzen des Außen- und Kriegsministeriums sowie des Generals Eisenhower hervorgerufen. Sie wurde unter Hinweis auf die in Europa bestehende Kohlenknappheit auch von weiten nichtamtlichen Kreisen verdammt. Sogar seine eigenen Mitarbeiter hatten versucht, Morgenthau von einer solchen Forderung abzubringen. H. D. White nahm am Nachmittag des 4. Sept. 1944 besonders eindringlich gegen die Ausführung eines solchen Programms Stellung.[12] Erst am 17. Jan. 1945 schien sich ein leichtes Nachgeben Morgenthaus anzukündigen, denn bei seiner Aussprache mit Außenminister Stettinius erklärte er, er schlage weiterhin die Schließung des Ruhrkohlenbergbaus für die nächsten fünfzig Jahre vor, fügte jedoch hinzu, seine Haltung werde von seinen Mitarbeitern nicht geteilt.[13] Am 22. März 1945 hat sich dann Präsident Roosevelt dem Assistant Secretary of State Clayton gegenüber klar gegen die Zerstörung des Ruhrbergbaus ausgesprochen[14] und am 30. April 1945 nahm der persönliche Beauftragte Roosevelts, Richter

Samuel Rosenman, dessen Dienste zunächst auch Truman in Anspruch nahm, in einer langen Erklärung für die Erhaltung des Ruhrbergbaus und dessen sofortige Einsetzung für den Wiederaufbau Europas Stellung,[15] welchen Standpunkt sich kurz darauf die FEA zueigen machte. Seit der Konferenz von Potsdam war außerdem klar, daß keine der Konferenzmächte an die Zerstörung des ganzen deutschen oder Ruhrbergbaus dachte. In seinem Buch *Germany is our problem* hat daher der Privatmann Morgenthau seine Forderung auf Zerstörung des Ruhrbergbaus nicht länger vertreten, ging dort auf dessen Zukunft aber nur kurz ein. Die Ruhrkohle sollte weiter zum Besten Europas abgebaut werden und deutsche Bergleute sollten in den Bergwerken für Europa arbeiten, bis sie durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden könnten (65). Am 4. Okt. 1944 hat Morgenthau vor Pressevertretern erklärt, er habe bis vor kurzem die Schließung der Bergwerke befürwortet, sehe jetzt aber ein, diese könnten „eine Zeitlang“ Europas dringenden Bedarfs wegen an Ruhrkohle nicht geschlossen werden.[16] Das war offenbar Morgenthaus letzte Äußerung zur Frage der Zukunft des Ruhrbergbaus. Anscheinend wollte er an seiner Forderung auf dessen Zerstörung festhalten, war aber damit einverstanden, daß solche Maßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden.
Die internationale Zone sollte außerdem „so geschwächt und kontrolliert werden, daß sie in absehbarer Zeit kein Industriegebiet werden kann“. Die Zerstörung der Industrien und des Bergbaus dieses Gebiets sollten vor allem diesem Ziel dienen. Wahrscheinlich hatte Morgenthau aber weitere Schwächungspläne, denn wir erinnern uns, daß er am 4. Sept. 1944 die Umwandlung des Ruhrgebiets in ein „Geisterland“ gefordert hat. Über weitere konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels hat sich Morgenthau nicht ausgesprochen. Da aber das Ruhrgebiet als Industriegebiet zerstört werden sollte, hätte das sicher die Zerstörung aller Kanäle, Hafenanlagen, Güterbahnhöfe und dergleichen bedeutet.

Alles im Ruhrgebiet soll zerstört werden außer Wohnhäusern und Bauerngütern

Überhaupt sollte nach Whites erläuternden Bemerkungen v. 4. Sept. 1944 im Ruhrgebiet „alles entfernt oder zerstört werden außer Wohnhäusern und Bauerngütern“.[17] Was die Wohnhäuser betrifft, erhebt sich allerdings die Frage: Waren betriebseigene Arbeitersiedlungen als Industrieanlagen anzusehen und zu zerstören? Gemäß Denkschrift A v. 10. Sept. 1944 sollten „Einrichtungen des Beförderungswesens, einschließlich Eisenbahnen“ sowohl in Restdeutschland wie im Ruhrgebiet als Reparationen nach den verwüsteten

Ländern gesandt werden, und es ist möglich, daß Morgenthau für das Ruhrgebiet, den Lehren von William B. Ziff folgend, den Abbau der meisten (nicht nur zweigleisigen) Eisenbahnlinien ins Auge gefaßt hat.

Alle Deutschen haben die internationale Zone, einschließlich Ruhrgebiet zu verlassen

Wie bemerkt, haben die zweite und dritte Fassung des Morgenthauplans die Entfernung eines großen, vielleicht des größten Teils der Bevölkerung des Ruhrgebiets und ihre „Zerstreuung" in alle Welt ins Auge gefaßt. Entsprechende Forderungen sind in der endgültigen Fassung des Morgenthauplans nicht enthalten. Morgenthaus Diskussionen mit dem Präsidenten und den Vertretern des Außen- und Kriegsministeriums ist in dieser Sache nichts zu entnehmen. In seinem Buch hat sich Morgenthau jedoch auch mit dieser Frage beschäftigt: Danach sollten überhaupt keine Deutschen im Ruhrgebiet bleiben, denn andernfalls wäre das Geschrei nach „Anschluß" eine ständige Gefahr für den Weltfrieden (23). Die gesamte Bevölkerung der internationalen Zone (also nicht nur des Ruhrgebiets) – einschließlich der Bauern und kleinen Handwerker? – würde daher der Sache einer dauernden europäischen Verständigung einen großen Dienst erweisen, wenn sie in einen der beiden (gemäß Punkt 3 zu errichtenden) neuen deutschen Staaten „zurückkehren" und versuchen würde, ihr Fortkommen in der Landwirtschaft oder im Handwerk zu finden. Die meisten würden wahrscheinlich Landarbeiter werden und wären als solche eine kleinere Gefahrenquelle, als es die beiden letzten Generationen der Ruhrarbeiter gewesen seien (24). Die Flucht großer Teile der Bevölkerung des Ruhrgebiets infolge der alliierten Luftangriffe sei eine sehr viel schlimmere Erfahrung gewesen, als es jetzt die friedliche Aussiedlung dieser Menschen sein werde. Das Bedauerliche sei, daß es so vielen Evakuierten gestattet worden sei, ins Ruhrgebiet zurückzukehren (23). Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte Morgenthau klar, daß sich das eben Gesagte nicht nur auf das Ruhrgebiet, sondern auf die ganze internationale Zone beziehen sollte (160). Am 26. Sept. 1945 hatte Morgenthau vor Pressevertretern erklärt, es könne in Europa keinen Frieden geben, solange das Ruhr- und Saargebiet nicht internationalisiert und alle Deutschen von dort entfernt seien. Am 4. Okt. betonte er auf einer weiteren Pressekonferenz, alle Deutschen sollten vom Ruhr- und Saargebiet entfernt und letzteres sollte mit Frankreich vereinigt werden[18].

Anscheinend sollte aber die Räumung der internationalen Zone durch die deutschen Arbeiter und Bergleute (mit oder ohne Angehörige?) nur allmählich erfolgen, denn „selbstverständlich“ sollte die Ruhrkohle weiter von deutschen Arbeitern abgebaut werden, bis diese durch Bergleute vom Ausland abgelöst werden könnten (65). An ihre Stelle sollten „französische, belgische, holländische und andere“ Arbeiter treten (23). Die französischen, belgischen und niederländischen Regierungen hatten jedoch inzwischen klargemacht, daß sie an eine zwangsweise Umsiedlung der Bevölkerungen etwa an sie fallender deutscher Landesteile nicht dächten, und es ist daher anzunehmen, daß sie abgelehnt hätten, an der Neubesiedlung der internationalen Zone teilzunehmen. Unter diesen Umständen erlangen die Worte „und andere Arbeiter“ besondere Bedeutung. Hatte Morgenthau die Absicht, die internationale Zone, einschließlich Ruhrgebiet und Umgebung des Nord-Ostsee-Kanals durch Russen besiedeln zu lassen? Sowjetrußland wäre die einzige Macht gewesen, die sich an eine derart gewaltige Aufgabe hätte heranwagen können. Da Stalin auf der eben beendeten Konferenz von Potsdam erneut sein besonderes Interesse an der Zukunft des Ruhrgebiets bekundet hatte, ist eine solche Frage nicht unbegründet[19]. Es ist das aber eines der Geheimnisse des Morgenthauplans, die sein Urheber mit ins Grab genommen hat.

[1] Vgl. NYT, 29. 3. 1943, 3, Sp. 5. Loudon stand zweifellos unter dem Eindruck von Paul Einzig.

[2] NYT, 21. 8. 1944, 1; Sp. 1. Dewey erklärte, er wolle über diesen Vorschlag in den nächsten Tagen mit Außenminister Hull sprechen. Ob eine solche Unterredung stattgefunden hat, konnte nicht festgestellt werden.

[3] *Morgenthau Diary (Germany)*, 602 f

[4] Zu der Behauptung, England hätte Kohlenreserven für 500 Jahre, notierte Stimson in seinem Tagebuch: „Das steht gewiß mit allem im Widerspruch, was ich gehört habe“. *Stimson Diaries*, 9. 9. 1944, 2

[5] Diese Karte ist im wesentlichen identisch mit der zweifellos später entstandenen Karte in *Germany is our problem.*

[6] Aus dieser Darstellung könnte der unrichtige Eindruck entstehen, die Zerstörung der leichten Industrie der Internationalen Zone sei nicht beabsichtigt.

[7] *Stimson Diary*, 4. 9. 1944, 2

[8] *Morgenthau Diary (Germany)*, 882

[9] *ebd.*, 487

[10] *ebd.*, 899 f

[11] Am 4. 9. 1944 sagte Morgenthau zu White und Mitarbeitern: „I think personally whatever is going to be done is to be done the first six months because I think at the end of six months, the people are going to be soft“ (*Morgenthau Diary [Germany]*, 492).

[12] *Morgenthau Diary (Germany)*, 498. Auf weitere entsprechende Versuche Whites reagierte Morgenthau zunächst in derselben ablehnenden Weise.

[13] *ebd.*, 882

[14] *ebd.*, 1117

[15] Rosenmans Erklärung ist abgedruckt in NYT, 1. 5. 1945, 15, Sp. 2

[16] NYT, 5. 10. 1945, 7, Sp. 1

[17] *Morgenthau Diary (Germany)*, 497. Kurz zuvor hatte White mit offenbarer Billigung Morgenthaus gesagt: „That (die Zerstörungsmaßnahmen) does not mean that there are'nt any farms left or small shops left", wobei „small shops", wohl mit „kleine Handwerksbetriebe" und „Kaufläden" zu übersetzen wäre. Eine Frage seines Mitarbeiters Gaston v. 4. 9.: „You would leave agriculture?" hatte Morgenthau mit „yes" beantwortet; *ebd.*, 493

[18] NYT, 27. 9. 1945, 14, Sp. 3 und 5. 10., 7, Sp. 1

[19] Über Stalins Interesse vgl. *Potsdam-Dokumente*, Bd. II, 522; 535; 1000 f. Offenbar hat aber die Sowjetregierung selbst an eine Entfernung der Bevölkerung aus dem Ruhrgebiet nicht gedacht; vgl. insbesondere die ebd., 183 f, gekürzt wiedergegebene Unterhaltung Clayton – Majskji, wahrscheinlich v. 20. 7. 1945 mit Beziehung auf die Ruhreinwohner: Clayton: „Leave the Germans there?"; Majskji: „Yes".

Zweiundzwanzigstes Kapitel

„5. RESTITUTION UND REPARATIONEN

Reparationen in Form von künftigen Zahlungen und Lieferungen sollen nicht gefordert werden. Restitution und Reparationen sind durch Übergabe von vorhandenen deutschen Hilfsmitteln und Gebieten zu leisten, z. B.
(a) durch Rückgabe des von den Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten durch Plünderung erworbenen Eigentums;
(b) durch Übertragung deutschen Gebiets und deutscher Privatrechte an industriellem Eigentum, das sich in solchen Gebieten befindet, an die von Deutschland überfallenen Länder und an die auf Grund des Teilungsplans vorgesehene internationale Organisation;
(c) durch Entfernung und Verteilung an die verwüsteten Länder von industriellen Anlagen und Einrichtungen in der internationalen Zone und in den nach Maßgabe des Teilungsplans abgegrenzten nord- und süddeutschen Staaten.
(d) durch deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands; und
(e) durch Beschlagnahme aller deutschen Vermögenswerte außerhalb Deutschlands.
Punkt 5 stimmt mit Punkt 4 der ersten drei Fassungen wörtlich überein.

Gutachten A und B

Mit Restitution und Reparationen beschäftigen sich die Denkschriften A und B vom 10. Sept. 1944[1].
„A Reparationen würden ein mächtiges Deutschland bedeuten
Falls wir erwarten, daß Deutschland Reparationen durch wiederkehrende Leistungen entweder in Geld oder Gütern bezahlt, wären wir von Anfang an gezwungen, ein Programm für die Erholung und den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Zum Beispiel, wir müßten das Transportwesen und die öffentlichen Versorgungsbetriebe wiederaufbauen, müßten die Arbeiterschaft mit Lebensmitteln versorgen, die durch Kriegseinwirkung beein-

trächtigte Schwerindustrie instandsetzen, Arbeiterwohnungen schaffen und Rohstoffe bereitstellen. Gleichgültig, wie dieses Programm durchgeführt würde, wir würden in der Tat für Deutschland das tun, was wir vorhaben, für die befreiten Gebiete Europas zu tun, nur vielleicht in größerem Ausmaß wegen der fortgeschritteneren Industrialisierung Deutschlands.
Wenn die Reparationen eingestellt würden, hätte Deutschland eine mächtige Wirtschaft und größere ausländische Märkte, als das in den dreißiger Jahren der Fall war. Ein Programm weitgehender Reparationen muß daher aus den folgenden Gründen zurückgewiesen werden:
1. Vom politischen Standpunkt aus wäre es sehr schwierig, die Völker des befreiten Europas und der anderen Vereinten Nationen einschließlich der Vereinigten Staaten zur alsbaldigen Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zu überreden.
2. Falls das befreite Europa durch Reparationen in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland gerät, kann diese wirtschaftliche Abhängigkeit nicht in dem Zeitpunkt beseitigt werden, in dem Reparationen aufhören. Das restliche Europa wäre von Deutschland als Lieferanten und Markt weiterhin abhängig. Diese wirtschaftlichen Bindungen würden auch politische Bindungen zur Folge haben. Deutschland wäre wieder da, wo es in den dreißiger Jahren war, als es ihm möglich war, das restliche Europa durch seine industrielle Macht zu beherrschen und wirtschaftliche Macht auszuüben, um politische Herrschaft zu erlangen.
3. Ein wirtschaftlich starkes Deutschland stellt ipso facto eine militärische Bedrohung der Sicherheit der Welt dar.
4. Die Zahlung von Reparationen würde mit den Exportindustrien der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Wettbewerb treten und politische Verstimmungen unter den Vereinten Nationen hervorrufen.
(a) Was ein Land als Reparationen erhält, wird es in der Nachkriegszeit nicht von den alliierten Industriestaaten kaufen.
(b) Wenn Deutschland Reparationen leisten muß, muß es Industrieerzeugnisse nach nichteuropäischen Märkten ausführen, um die nötigen Devisen zu erhalten, mit denen es Rohstoffe für seine Industrien kaufen kann. Es wird daher mit England und den Vereinigten Staaten in den lateinamerikanischen Staaten, den afrikanischen und den asiatischen Märkten wieder in Wettbewerb treten müssen.
5. Ein wirtschaftlich starkes Deutschland würde mit anderen Ländern wirksamer in Wettbewerb treten können, wenn die Reparationsleistungen aufhören. Ein deutsches Reparationsprogramm nach diesem Krieg wäre wohl nicht erfolgreicher als die Versuche des Dawes- und Young-Plans nach dem letzten Krieg.“

„B Wirtschaftliche Restitution Deutschlands an die Vereinten Nationen
Anstelle von wiederkehrenden Leistungen wird der zu solchen deutschen Leistungen berechtigte Staat einen Pauschalbetrag in Form von deutschen Sachgütern, deutschem Menschenmaterial (human resources) und deutschem Gebiet erhalten.
Dieser Pauschalbetrag, der besser Restitution als Reparation genannt wird, wird in folgender Weise geleistet:
(a) durch Übertragung deutschen Gebiets an die befreiten Länder, einschließlich der dort befindlichen industriellen Einrichtungen. Es wird vorgeschlagen, daß das große schlesische Industriegebiet an Polen übertragen wird und die Industrien des Saargebiets und der benachbarten Gebiete an Frankreich. Diese Gebiete werden für die Erwerberstaaten enorme Werte darstellen.
(b) durch Entfernung von industriellen Anlagen und Einrichtungen und von Verkehrsmitteln, einschließlich Eisenbahnen, die sich in Rumpfdeutschland und im Ruhrgebiet befinden, und ihre Verteilung unter die verwüsteten Länder. Es wird davon ausgegangen, daß ganze Fabrikeinheiten, Maschinen, Einrichtungen, Vorräte an Rohstoffen, Eisenbahnen und Schiffe nach den verwüsteten Ländern gesandt werden und die Grundlage für Wiederherstellung und größtmögliche Industrialisierung des befreiten Europas bilden werden und daß, soweit möglich, die gesamte Industrie des Ruhrgebiets in dieser Weise verlegt wird.
(c) durch Schaffung deutscher Arbeitsbataillone zur Leistung von Wiederherstellungsarbeiten außerhalb Deutschlands.
(d) durch Beschlagnahme aller deutschen Auslandsguthaben gleich welcher Art.
Restitution in der Art, wie oben beschrieben, wird für die Empfängerstaaten politisch und wirtschaftlich nützlicher sein, als irgendeine Form wiederkehrender Leistungen wäre.
Vorteile werden fast unmittelbar mit dem Erhalt der Maschinen, Einrichtungen und des Menschenmaterials erzielt und die Volkswirtschaften der Empfangsstaaten werden gegenüber der deutschen absolut und relativ gestärkt werden.
Soweit die Nachfrage dieser Länder nach Industrieprodukten von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich statt von Deutschland befriedigt wird, profitieren die Empfangsstaaten auch dadurch, daß die betreffenden Leistungen in den ersten Nachkriegsjahren rascher erfolgen. Durch Leistung solcher Güter können die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich auch ihren Außenhandel in der Nachkriegszeit vergrößern."

Ein Beispiel für Morgenthaus terminologische Verfälschungen

Was die gemäß Punkt 5 von Deutschland an die Siegermächte zu überführenden Leistungen im allgemeinen betrifft, unterschied Morgenthau ebenso wie das Außenministerium zwischen „restitution“ und Reparationen[2]. Während aber das Außenministerium im Einklang mit der herrschenden Völkerrechtslehre Restitution auf vom Reich (oder seinen Vertretern) begangenes Unrecht beschränken wollte, sollten nach Morgenthaus Meinung auch Leistungen in Form von demontierten Industriebetrieben und Leistungen durch die Zwangsarbeit Deutscher als Restitution und nicht als Reparationen betrachtet werden, was eine neue terminologische Verfälschung darstellte, aber auch praktisch von Bedeutung gewesen wäre, da lediglich Reparationen, nicht aber Restitution auf Reparationskonto gutgeschrieben worden wären.

Keine wiederkehrenden Leistungen von deutschen Industrieerzeugnissen

Wenn gemäß den Eingangsworten von Punkt 5 Reparationen in Form künftiger Zahlungen und Leistungen, d. h. insbesondere durch wiederkehrende Lieferungen von Industrieerzeugnissen nicht gefordert werden sollten, stand diese Auffassung im Gegensatz zum Standpunkt des Außenministeriums, das bis zur Bekanntgabe des Morgenthauplans stets gefordert hatte, die große Masse der Reparationen sollte aus solchen wiederkehrenden Leistungen (auch von Kohle) bestehen, das vor weitgehenden Demontagen außerhalb der Rüstungsindustrie im strikten Sinn warnte und das auch einen gewissen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft befürwortet hat. Das Außenministerium hielt an seiner Auffassung auch weiterhin fest.
Morgenthaus Gründe gegen Reparationen durch wiederkehrende Leistungen sind in der Denkschrift A dargelegt. In seinem Buch machte Morgenthau weiter geltend, eine in erster Linie auf wiederkehrenden Leistungen, insbesondere von Industrieerzeugnissen, beruhende Reparationsregelung würde die Irrtümer der Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg wiederholen (81). Sie wäre geeignet, kleine und wirtschaftlich schwache Länder zu schädigen. Was die Lieferung von Kohle betrifft, erfolge ihre Förderung fast ausschließlich in der internationalen Zone und in Oberschlesien, und solche Lieferungen könnten schon darum nicht als Reparationen betrachtet werden, weil beide Gebiete aufgrund der vom Morgenthauplan vorgesehenen Regelung nicht mehr zu Deutschland gehörten (81, 111).
Die Sowjetunion hatte wiederholt betont, daß sie auf umfangreiche deutsche Reparationen in Form von wiederkehrenden Leistungen, insbesondere Industrieerzeugnissen, bestehen wolle. Dasselbe ergab sich aus dem Varga-Plan.

Nach Kolkos verfehlter Deutung sollte Morgenthaus Reparationspolitik vor allem der wirtschaftlichen Niederhaltung der Sowjetunion dienen

Diese Besonderheit war daher eine Achillesferse des Morgenthauplans und die am Beginn unseres Buches erwähnte neue Deutung des Morgenthauplans durch Gabriel Kolko wird besonders auf Morgenthaus Vorschlag, von wiederkehrenden deutschen Reparationsleistungen abzusehen, gestützt. Zwar behaupteten die Historiker, der Morgenthauplan sei deutschfeindlich. Diese Charakterisierung sei aber, Kolko zufolge, irreführend, falls sie nicht in einem weiteren, bisher übersehenen Zusammenhang erfolge. Die vom Morgenthauplan vorgesehene Zerstörung der deutschen Wirtschaft sei nicht Selbstzweck gewesen, sondern war gleichzeitig „ein Plan zur Entbolschewisierung Rußlands“ und der Versuch, „dieses Land erneut in die kapitalistische Weltwirtschaft einzugliedern“. Kolkos These ist: Infolge der der russischen Wirtschaft zugefügten Kriegsschäden hätte die Sowjetunion auf lange große Einfuhren von Industrieerzeugnissen, Halbfabrikaten und dergleichen zu ihrem raschen Wiederaufbau benötigt. Mit Hilfe der Reparationen hätte der Wiederaufbau der Sowjetwirtschaft ohne sonstige erhebliche ausländische Hilfe bewerkstelligt werden können. Beim Ausbleiben namhafter Reparationen hätte sich jedoch die Sowjetunion hilfesuchend an das einzige andere Land wenden müssen, das zu solchen Leistungen in der Lage gewesen wäre: die Vereinigten Staaten. Es hätte dann die Möglichkeit bestanden, nicht nur die Sowjetwirtschaft, sondern auch die russische Gesellschaft neu in die kapitalistische Ordnung einzugliedern[2]. Nicht nur Morgenthau, sondern auch andere amerikanische Regierungsstellen hätten gelegentlich derartige Ziele verfolgt[3].
Damit sollte wohl gesagt sein, daß dann die Amerikaner in der Lage gewesen wären, der Sowjetunion die Bedingungen zu diktieren, unter denen sie Wiederaufbaukredite erhalten sollte. Nun steht aber fest, daß Morgenthau und das Finanzministerium der Sowjetunion besonders günstige Kredite bedingungslos gewähren wollten. Schon darum scheinen Kolkos Darlegungen schlecht begründet und sie stehen mit unseren Darlegungen über Morgenthaus Sowjetfreundschaft in vollem Widerspruch[4].
Wir wenden uns jetzt den Restitutions- und Reparationsvorschlägen des Punkts 5 im einzelnen zu.

Restitution für Plünderungen

Wiedergutmachung sollte durch die Rückgabe oder Ersatzleistung für Eigentum erfolgen, das die Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten durch Plünderung erworben haben. Hier hätte es sich, falls Morgenthau den Begriff

Plünderung nach anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen verstanden wissen wollte, um echte Restitution gehandelt. Da wir aber über Morgenthaus Auslegung dieses Begriffs nicht unterrichtet sind, gehen wir auf diese Angelegenheit nicht weiter ein[5].

Restitution durch Gebietsabtretungen – ohne die Bevölkerung

Restitution sollte u. a. durch Übertragung von deutschen Gebieten und von Privatrechten an industriellen Einrichtungen in abgetretenen Gebieten an die Länder erfolgen, an die diese Gebiete abgetreten werden. Gemäß Denkschrift B sollten „die großen industriellen Räume Schlesiens" und „die Saarindustrie und umliegende Territorien" an Polen und Frankreich abgetreten werden. Wie Morgenthau in seinem Buch anführte, sollten die Bevölkerungen aus den von Deutschland an seine Nachbarn abzutretenden Gebieten entfernt und nach den beiden deutschen Reststaaten abgeschoben werden (160). Die Erwerbsmächte hätten also das Land mit allem unbeweglichen und zurückgelassenen beweglichen Vermögen erworben. Morgenthau wollte diesen Erwerb als Restitution gelten lassen[6].

Reparationen durch Demontage, auch der leichten Industrie

„Restitution" sollte weiter durch Entfernung von Industriebetrieben und industriellen Einrichtungen aus der internationalen Zone und dem neugeschaffenen nord- und süddeutschen Staat und ihre Verteilung unter die „verwüsteten" Länder erfolgen. Der Vergleich von Punkt 5 (c) mit Punkt 1 ergibt, daß wirtschaftliche Entwaffnung und Reparationen durch Demontagen einander ergänzen sollten, denn auch gemäß Punkt 1 war die „Entfernung oder Zerstörung" der Hilfsindustrien der Kriegsindustrie, also zweifellos des größten Teils der Schwerindustrie vorgesehen. Wahrscheinlich sollten die nicht zu zerstörenden Industrien demontiert und in anderen Ländern wiederaufgebaut werden, wobei aber im Zweifelsfall der Zerstörung des deutschen Kriegspotentials der Vorrang vor der Lieferung von Reparationen gebührte[7].
Was die Durchführung der Demontagen im einzelnen betrifft, kann auf Abschnitt (b) der Denkschrift (vgl. I b) verwiesen werden. Während sich die in Punkt 1 vorgesehenen Zerstörungsmaßnahmen im wesentlichen auf die Schwerindustrie beschränkt hätten, hätte gemäß Punkt 5 (b) auch die gesamte leichte Industrie der beiden Reststaaten demontiert werden können[8]. Beachtung verdient noch der Ausdruck „verwüstete Länder", denn lediglich diese sollten Reparationen erhalten. Morgenthau wußte, daß Frankreich, Belgien

usw. nicht als verwüstete Länder bezeichnet werden konnten. Auch Abschnitt 5 (c) ist daher eine jener Vorschriften, durch die die Sowjetunion begünstigt worden wäre, wobei zuzugeben ist, daß die Roosevelt-Regierung damals nicht an die Geltendmachung amerikanischer Reparationsforderungen gedacht hat, abgesehen vielleicht von der Übernahme des gesamten deutschen Kunstbesitzes, einschließlich deutscher Kunst.
Daß keine andere Forderung Morgenthaus auf größeren Widerspruch gestoßen ist, als die in den Punkten 1, 4 (a) und 5 (c) geforderte Zerstörung oder Demontage des größten Teils der deutschen Industrie, ist schon erwähnt worden. Ihren Kritikern gegenüber erklärten Morgenthau und White, sie planten gar nicht die Zerstörung der deutschen Industrie, sondern lediglich deren Überführung nach anderen Ländern. Dieser Standpunkt wird auch in Denkschrift B (gegen Ende) vertreten, wo ausgeführt wird, durch die Lieferung von demontierten Maschinen und Einrichtungen würden den Empfangsstaaten „fast unmittelbar" nach der Lieferung Vorteile entstehen. In seinem Buch führte Morgenthau weiter aus, seine Vorschläge seien auch besonders deshalb zu empfehlen, weil im Fall solcher Verlagerung von Industriebetrieben nicht nur Deutschland geschwächt, sondern seine bisherigen Feinde gestärkt würden (81). Viele Industriebetriebe kämen außerdem infolge der Demontage dorthin, wo sie von jeher gestanden hätten, wenn rein wirtschaftliche Erwägungen und nicht politische Machenschaften für die Wahl ihrer Standorte maßgebend gewesen wären (46). Wie leicht es sei, Industrien von einer nach einer anderen Gegend zu verlegen, hätten Deutschland und die Sowjetunion während des Krieges aller Welt gezeigt (19). Trotzdem verwiesen die Kritiker des Morgenthauplans weiterhin auf die Unwirtschaftlichkeit der von Morgenthau vorgeschlagenen Demontagepolitik. Diese Auffassung machte sich auch der Bericht des Ausschusses des Repräsentantenhauses für die amerikanische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit unter Vorsitz des Kongreßmanns Colmer v. 12. Nov. 1945 zueigen[9], wo ausgeführt wird:
„Die Vernichtung der deutschen Industrie würde das gesamte europäische Wirtschaftssystem auf lange Zeit lähmen oder stark beeinträchtigen. ... Es ist unmöglich, lediglich durch Veränderung des Standorts von Industriebetrieben jene Kombination von geschulten Arbeitskräften, Betriebsleitungen, Organisation, günstiger geographischer Lage und anderen Bedingungen herzustellen, die zu erfolgreicher industrieller Tätigkeit erforderlich sind."
Diese Worte sind erst lange nach der Ausarbeitung des Morgenthauplans niedergeschrieben worden. Sie werden aber hier angeführt, weil sie die Hauptschwierigkeiten der Verlagerung von Industrien in andere Länder aufzeigen.

„Restitution" sollte auch durch die Zwangsarbeit Deutscher außerhalb Deutschlands geleistet werden. Die Arbeit der von der Hitlerregierung während des Zweiten Weltkriegs aus den besetzten Gebieten nach Deutschland geschafften Arbeiter wurde in den Vereinigten Staaten allgemein als „Sklavenarbeit" bezeichnet. Sklavenarbeit durch Neger war aber bis vor fast hundert Jahren das Kennzeichen des Wirtschaftssystems des amerikanischen Südens. Besonders darum hat das Wort Sklavenarbeit in den Vereinigten Staaten auch heute einen schlechten Klang, und Forderungen, deutsche Zwangsarbeiter zum Wiederaufbau der alliierten Länder und insbesondere der Sowjetunion heranzuziehen, machten sich in den Vereinigten Staaten erst verhältnismäßig spät bemerkbar. Zwei Hauptarten von Vorschlägen lassen sich unterscheiden, und eine solche Unterscheidung ist auch schon in der erwähnten Reparationsdenkschrift des ECEFP-Ausschusses v. 12. Aug. 1944 enthalten. Während die einen an gelernte Arbeiter dachten, die auf bestimmte Zeit gegen Bezahlung unter menschenwürdigen Bedingungen im Ausland Wiederaufbauarbeit leisten sollten, wollten andere Arbeitsgangs als Strafbataillone organisieren, in denen die „Nazis" oder bestimmte Gruppen von ihnen gleichzeitig über ihre Kollektivschuld nachdenken sollten. Präsident Roosevelt hatte schon im Oktober 1943 anerkannt, die Sowjetunion habe Anspruch auf Gebrauch deutscher Zwangsarbeiter. Das Außenministerium war aber auch in dieser Hinsicht lange zurückhaltend und noch in seiner Denkschrift v. 29. Sept. 1944 stellte es fest, die Sowjetunion und andere Länder würden nach dem Krieg deutsche Zwangsarbeiter anfordern, enthielt sich aber eigener Stellungnahme.[10] Wenn dann Präsident Roosevelt am 21. Okt. 1944 in seiner genannten Wahlrede behauptete, das deutsche Volk werde nicht versklavt, wurde das von vielen dahin verstanden, der Präsident lehne die Beschäftigung von deutschen „Sklavenarbeitern" in den Siegerstaaten ab, allerdings zu Unrecht, denn am 2. März 1945 hat Roosevelt öffentlich erklärt, daß er an die Heranziehung deutscher Zwangsarbeiter zum Wiederaufbau der Sowjetunion denke.[11] Die Proteste in den Vereinigten Staaten gegen die Beschäftigung deutscher „Sklavenarbeiter" in den Siegerstaaten sind trotzdem nicht verstummt, besonders auch aus den Kreisen amerikanischer Arbeitnehmerverbände.[12]

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß in den Verhandlungen des IPCOG-Ausschusses vom Mai 1945 alle Ausschußmitglieder, vor Morgenthau abgesehen, die Einreihung Deutscher in Arbeitsbataillone zum Zwecke von Aufbauarbeiten im Ausland, entschieden bekämpft haben.

Morgenthau soll geplant haben, dreißig Millionen Deutsche nach Nordafrika abzuschieben

Morgenthau dagegen soll schon am 12. Aug. 1944 in London erklärt haben, die infolge Zerstörung der deutschen Industrie arbeitslos gewordenen Arbeiter und Bergleute könnten nach Nordafrika abgeschoben werden. Wahrscheinlich sollten sie dort als Zwangsarbeiter beschäftigt werden.[13] Auf Morgenthaus Anregung gegenüber Roosevelt v. 2. Sept. 1944, viele Millionen Deutsche nach Zentralafrika zu verfrachten, wo sie beim Bau großer hydroelektrischer Anlagen Verwendung finden könnten und ähnliche Bemerkungen gegenüber H. D. White v. 31. Aug. und 4. Sept. haben wir hingewiesen. In seinem Buch hat Morgenthau zur Frage von Reparationsleistungen durch deutsche Arbeitsbataillone nur kurz Stellung genommen. Zwangsarbeiter, die in den befreiten Ländern auf dem Land oder in Fabriken arbeiten, würden auf Jahre hinaus benötigt (79). Überhaupt sollten die infolge der Eliminierung der deutschen Schwerindustrie arbeitslos gewordenen Arbeiter „auf dem Land arbeiten oder in Arbeitsbataillonen außerhalb Deutschlands den Schaden beseitigen helfen, den die Deutschen verursacht haben, denn die Existenz von Millionen mittelloser und verzweifelnder Menschen wäre eine Beleidigung der Humanität und ein Anschlag auf die Sicherheit der Welt“ (70, 79).

Die Ausführung des Morgenthauplans wäre ein Todesurteil vor allem für die Ruhrarbeiter gewesen

Nach Morgenthaus eigener Behauptung wären die meisten infolge Zerstörung der deutschen Schwerindustrie arbeitslos gewordenen Arbeiter ehemalige Ruhrarbeiter und Arbeiter aus der internationalen Zone gewesen. Da aber, was die internationale Zone betrifft, die ganze einheimische Bevölkerung von dort entfernt werden und nach den beiden neuen deutschen Reststaaten abgeschoben werden sollte, kommt man zum Ergebnis, daß die arbeitslos gewordenen Arbeiter im Ausland Zwangsarbeit leisten, während ihre Familienangehörigen nach den beiden neuen deutschen Staaten abgeschoben werden sollten. Es hat sich daher auch hier gezeigt, daß die Ausführung des Morgenthauplans ein Todesurteil vor allem für die Masse der deutschen Arbeiterschaft und vor allem für die Ruhrarbeiter gewesen wäre.

Beschlagnahme aller deutschen Vermögenswerte im Ausland, auch in neutralen Staaten

Reparationen sollten weiter durch die Beschlagnahme aller deutschen Vermögenswerte außerhalb Deutschlands geleistet werden. Insbesondere müsse verhindert werden, daß nach der Eliminierung der deutschen Schwerindustrie von deutschem Kapital kontrollierte und daher für künftige deutsche Aggression geeignete industrielle Schlupfwinkel im Ausland weiterbestünden. „Stahlwerke in Schweden, Werkzeugmaschinenfabriken in der Schweiz und chemische Industrien in Argentinien könnten einer neuen Generation von deutschen Kriegsherren fast ebensogut für ihre Machenschaften dienen, wie das bisher bei den Kruppwerken in Essen der Fall gewesen ist“. Vor allem sei aber zu verhindern, daß die Deutschen „Mittelpunkte künftiger Aggression“ (also wohl Betriebe der Schwerindustrie) ins Ausland verlegten, bis sich dann die Gelegenheit ihres Wiederaufbaus im Inland biete (24).[14] Es müßten weiter von Deutschen kontrollierte Industriebetriebe in solchen Ländern „unterdrückt“ werden, die mit dem Nazismus sympathisiert hätten (174). Offenbar dachte Morgenthau ernstlich an die Zerstörung eines Teils der Industrien von Spanien, Argentinien und vielleicht anderer Länder. Aber nicht nur deutsche, wenn auch ausländisch getarnte Industriebetriebe im Ausland gelte es aufzustöbern und zu vernichten. Überhaupt sollten alle deutschen Guthaben im Ausland nicht nur des Reichs, sondern auch private, gleich welcher Art, auch in neutralen Ländern, sichergestellt und eingezogen werden. Das hätte leicht zu Reibungen mit den bisherigen Neutralen führen können. Die 1945 der Bretton Woods Konferenz von White vorgelegte Resolution VI sollte Schwierigkeiten in dieser Hinsicht vorbeugen.

Das „e. b.“ (z. B.) am Ende des ersten Absatzes von Punkt 5 zeigt, daß es sich bei den dort aufgeführten Leistungen nur um Beispiele handelt. Welche Reparationsleistungen sonst noch in Frage kommen, hat Morgenthau nicht im einzelnen dargelegt. Zwar sollten, wie gezeigt, Reparationen in Form von künftig wiederkehrenden Leistungen, insbesondere von Industrieerzeugnissen nicht gefordert werden. Bereits erzeugte Güter sollten jedoch, wie auf S. 79 von Morgenthaus Buch dargelegt wird, zu Reparationen herangezogen werden. Solche Leistungen könnten sogar dem Wiederaufbau der verwüsteten Teile Europas ungeheuren Aufschwung geben. Sie sollten auch einen erheblichen Teil der zur Zeit in Deutschland vorhandenen Güter ausmachen[15].

Der versteckte Ausdruck „livestock“ (Schlachtvieh)

Diese Leistungen sollten insbesondere „machinery of all kinds, stock of raw materials, gasoline, livestock, railroad equipment, barges, fabricated steel in

short, a whole catalogue of useful manufactures for allied consumers and industries“ darstellen. Manche dieser Gegenstände wären auch unter Absatz (c) gefallen. Trotzdem geben diese Ausführungen zu einer Reihe von Fragen Anlaß; z. B. sollten auch die Bauern ihrer landwirtschaftlichen und die Handwerker ihrer Handwerksmaschinen beraubt werden? Sollte das Wort „barges“ andeuten, daß außer der deutschen Hochsee- und Fischereiflotte auch die Flußschiffahrt zerstört werden sollte? Sollten die Gedanken von William B. Ziff hinsichtlich der Zukunft der deutschen Eisenbahnen nicht nur in der internationalen Zone, sondern auch in den beiden deutschen Reststaaten Verwirklichung finden?

[1] *Morgenthau Diary (Germany), 597 ff*

[1a] Vgl. hinsichtlich des Außenministeriums besonders *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 283; 413; sowie die Reparationsdenkschrift des ECFEP-Ausschusses v. 12. 8. 1944 und das Dokument desselben Ausschusses v. 14. 8., bes. 282 f

[2] Kolko, aaO, 323 f; 334; 338

[3] Vgl. Kolko: aaO, 334. Im Herbst 1943 hatte Hull „von den Möglichkeiten“ gesprochen, „die Sowjetunion in das System unserer allgemeinen Handelspolitik auf der Grundlage gegenseitiger Vorteile“ einzuschließen; vgl. *Foreign Relations 1943*, Bd. I, 614 f

[4] Ideen, wie Kolko sie Morgenthau zuschreibt, sind auch in *Morgenthau Diary (Germany)* nirgends angedeutet. Auch Kolkos Behauptung, Morgenthau und White hätten zu den „mehr rußlandfeindlichen Regierungsvertretern“ gehört (324), ist unbegründet.

[5] Es hätten sich viele Einzelfragen ergeben, z. B. durch Rechtsgeschäft erfolgter Erwerb von Rechten in besetzten Gebieten durch deutsche Soldaten, Privatpersonen und Gesellschaften als „Plünderung“ betrachtet werden?

[6] Vgl. *auch Princeton-Entwurf I* v. 16. 11. 1944, Kap. III, „Economic restitution by Germany to the United Nations“; dort wird der „transfer of German territories“ gemäß Pkt. 2 ausdrücklich als eine Form wirtschaftlicher „Wiedergutmachung“ angeführt.

[7] So ausdrücklich der FEA-Bericht v. 20. 12. 1945, 334 ff

[8] In der Internationalen Zone sollte, wie bemerkt, nicht nur die Schwerindustrie, sondern auch die leichte Industrie zerstört werden. Während gemäß Pkt. 1 in den beiden Reststaaten Betriebe der Schwerindustrie nicht wieder aufgebaut werden durften, erhebt sich insoweit hinsichtlich der leichten Industrie die Preisfrage: dürfen solche Betriebe nach erfolgter Demontage wiederaufgebaut werden und vielleicht nur zu dem Zweck, um erneut demontiert zu werden? Vgl. dazu auch unsere Bemerkungen zu Punkt 9.

[9] *Eigth Report of the House Special Committee of post-war economic policy and planning pursuant to House Resolution 60 (79th Cong., 1st Sess.). Economic reconstruction of Europe*, Nov. 12, 1945. Vgl. bes. 36; 39. Dieser Bericht war vom „Hoover Report“ (benannt nach dem amerikanischen Wirtschaftssachverständigen Calvin Hoover) v. 10. 9. 1945 erheblich beeinflußt.

[10] *Jalta-Dokumente*, 156, 158

[11] Roosevelt erklärte damals vor Pressevertretern, die Frage der Beschäftigung deutscher Zwangsarbeiter in Rußland sei (in Jalta) nicht diskutiert worden, er sei aber der Ansicht, es wäre keine schlechte Idee, wenn „einige“ ehemalige deutsche Soldaten nach Rußland gehen und helfen würden, die dortigen Trümmer zu beseitigen. Vgl. NYT, 3. 3. 1945, 1, Sp. 3. Roosevelts Behauptung, die Frage sei in Jalta nicht diskutiert worden, ist unrichtig; vgl. die Aussprache Maiskij-Harriman und den Beschluß der Großen Drei v. 11. 2. 1945 (V 2 c); *Jalta-Dokumente,* 982

[12] So hat sich der Vorsitzende der American Federation of Labor, William Green, am 30. 4. 1945 Präsident Truman gegenüber scharf gegen solche Pläne ausgesprochen. NYT, 1. 5. 1945. 15, Sp. 2. Über die damalige Haltung Trumans ist nichts bekannt geworden.

[13] Roosevelt soll, nachdem er Anfang 1943 die Sahara kennengelernt hatte, der Gedanke fasziniert haben, sie durch riesenhafte Bewässerungsanlagen in einen Blumengarten zu verwandeln; vgl. Coit: aaO 331. Vielleicht wollte daher Morgenthau auf diese Weise das „Menschenmaterial“ zur Ausführung dieses neuesten Hobby des Präsidenten rekrutieren. Gemäß Thomas A. Bailey: *A diplomatic history of the Aemerican people 4,* 860, Anm. 7, soll Morgenthau „die Verschiffung von ungefähr dreißig Millionen überzähliger Deutscher nach Nordafrika geplant“ haben.

[14] Vor einer solchen Gefahr hatte schon 1943 der Emigrant Emil Ludwig in seiner Schrift *How to deal with the Germans?* gewarnt.

[15] Ähnlich auch die Associated Press-Meldung v. 24. 9. 1944

Dreiundzwanzigstes Kapitel

„6. ERZIEHUNG UND PROPAGANDA

(a) Alle Schulen und Universitäten werden geschlossen, bis eine alliierte Erziehungskommission ein brauchbares Reformprogramm entworfen hat. Es wird davon ausgegangen, daß es eine beträchtliche Zeit dauern kann, ehe irgend eine höhere Erziehungsanstalt wieder geöffnet wird. Mittlerweile ist das Studium deutscher Studenten an ausländischen Universitäten nicht verboten. Volksschulen sollen, sobald geeignete Lehrkräfte und Lehrbücher zur Verfügung stehen, wieder geöffnet werden.
(b) Alle deutschen Radiostationen, Zeitungen, Zeitschriften, Wochenschriften usw. haben ihre Tätigkeit einzustellen, bis geeignete Kontrollmaßnahmen geschaffen sind und ein angemessenes Programm ausgearbeitet ist.“

Ist das deutsche Volk geisteskrank?

Die amerikanische Literatur zur Um- und Neuerziehung der Deutschen war wohl ebenso reichhaltig wie die über „wirtschaftliche Entwaffnung“ und Reparationen. Einige, so der Professor für Psychiatrie an der Columbia Universität, New York, Richard M. Brickner,[1] vertraten die Ansicht, das deutsche Volk sei in den letzten 150–200 Jahren das Opfer einer kollektiven Geisteskrankheit geworden, sei von nationalem und rassischem Größenwahn besessen und paranoisch gestört. Zur Zeit seien die Paranoiker in der Überzahl und die Frage sei, wie die Nichtparanoiker identifiziert und zur Heilung und Umerziehung der Paranoiker herangezogen werden könnten. Die deutsche Frage sei vielleicht in erster Linie eine psychiatrische und psychopathologische Angelegenheit. Brickner versuchte, einen Leitfaden zur Gesundmachung der deutschen Seele zu entwerfen. Pessimistischer urteilte der Professor für klinische Psychologie, Edmund Jacobson[2] und dozierte, wie bei Tieren seien auch bei den Menschen die Grade ihrer Zerstörungssucht und Wildheit verschieden. Abgesehen von ihrem Milieu sei es ihre „psycho-chemische Beschaffenheit“, welche die Deutschen zu ihren verbrecherischen Anschlägen gegen den Welt-

frieden hinreiße. Während Jacobson an der Möglichkeit einer Lösung der deutschen Frage durch medizinische Mittel zu verzweifeln schien, hielt der Professor für Psychiatrie, David Abrahamson, eine Beseitigung der aggressiven deutschen Geisteshaltung mit Hilfe psychiatrischer Mittel für möglich, empfahl die Heranziehung psychoanalytischer Techniken und betonte, vor allem müsse die dominierende Stellung des Vaters in der deutschen Familie gebrochen und die künftige Erziehung überwiegend in die Hände von Frauen gelegt werden.[3] Im Gegensatz zu Brickner usw. behaupteten andere, die Deutschen seien geistig gesund, seien aber von nationalistischen und pangermanistischen Erziehern generationenlang fehlerzogen worden und riefen nach re-education (Umerziehung) und einer Neugestaltung des deutschen Erziehungswesens.

Morgenthaus Ideen über Umerziehung

Auch Morgenthau, der die Deutschen offenbar für geistig gesund hielt, hat sich mit deren Um- und Neuerziehung befaßt. Forderungen auf Umerziehung der (erwachsenen) Deutschen sind im Morgenthauplan nicht enthalten.[4] Daß Morgenthau trotzdem für Umerziehung war, ergibt sich aus seinen schon erwähnten Bemerkungen gegenüber dem Präsidenten und gegenüber White vom 31. Aug. 1944. Wenn trotzdem die Umerziehung betreffende Vorschriften dem Morgenthauplan nicht einverleibt worden sind, so wohl darum, weil White und Mitarbeiter sich bis zuletzt gesträubt haben, Morgenthaus Vorschläge in den Plan aufzunehmen.
Blickt man in Morgenthaus Buch, so verblüffen die darin enthaltenen Gedanken zur Umerziehung durch ihre Einfachheit. Wie schon erwähnt, werde die Zerstörung der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, einen besonders wichtigen Beitrag zur Umerziehung bilden, denn mit der Schwerindustrie würden den Deutschen die Mittel zur Aggression genommen und es sei anzunehmen, daß sie dann statt an Krieg an die Segnungen des Friedens glauben würden. Allerdings werde sie die Zerstörung ihrer Industrien nicht von heute auf morgen in Friedensfreunde verwandeln. Sei jedoch die Industrie zerstört, so werde die große Masse der Deutschen aus Bauern bestehen und Bauern seien militaristischer Propaganda an sich schwer zugänglich, denn Bauern wollten ihr Land bestellen und hätten wenig Zeit für andere Dinge (146). Ja, so versicherte Morgenthau später, derartige Überlegungen hätten viel zur Entstehung seines Deutschlandplans beigetragen: „Ich, der ich selbst Bauer war, wußte, daß Leute, die auf dem Lande leben, friedfertig sind und alle propagandistischen Einflüsse, die von außen kommen, ablehnen. Warum sollten wir daher nicht aus Deutschland ein Land vorzugsweise von Kleinbauern machen?“[5] Mit diesen bukolischen Schwärmereien stand allerdings

Morgenthaus Vorschlag gegenüber dem des Präsidenten v. 2. Sept. 1944, einen großen Teil der Deutschen zwischen zwanzig und vierzig in Zentralafrika mit dem Bau riesenhafter Kraftwerke zu beschäftigen, was gleichzeitig zu ihrer Umerziehung beitragen werde, in schroffem Gegensatz.

Wer soll die nazistisch verseuchte deutsche Jugend erziehen?

Was die Neuordnung des deutschen Erziehungswesens betrifft, war zunächst zu überlegen, ob die Erziehung der deutschen Jugend durch deutsche Erzieher erfolgen oder in die Hände ausländischer Lehrkräfte gelegt werden sollte. Wir erinnern an Morgenthaus Ausführungen gegenüber Stimson v. 23. Aug. 1944, vielleicht wäre es das beste, die Kinder ihren Eltern wegzunehmen und sie von ehemaligen amerikanischen, britischen und russischen Offizieren erziehen und mit dem Geist echter Demokratie erfüllen zu lassen. Diese Doktrin ist jedoch in den Morgenthauplan nicht übernommen worden und in der gleich zu nennenden Denkschrift wie in seinem Buch vertrat Morgenthau die Auffassung, die notwendigen Erziehungsreformen müßten von den Alliierten überwacht, aber von den Deutschen vorgenommen werden (147).

Die Bedingungen für Um- und Neuerziehung sind nach Morgenthaus Ansicht besonders ungünstig

Zuverlässige deutsche Erzieher heranzubilden, sei jedoch eine schwierige Aufgabe, denn die Lehren von der Verherrlichung des Krieges, die außerhalb Deutschlands von kleinen, nicht ernstzunehmenden Gruppen gepredigt würden, hätten die deutsche Erziehung seit langem beherrscht und seien in Deutschland amtlich anerkannte Dogmen (105). Das sei nicht verwunderlich, denn schon „die Fichtes, Hegels und Kants“ hätten ihre Lehre in äußerst kriegerischer Sprache vorgetragen (102), während die meisten heutigen Erzieher außerdem gelehrige Schüler von Nietzsche und Treitschke seien und unter dem Einfluß der Nazidoktrinen stünden (150). Die Aufgabe der künftigen deutschen Erzieher sei auch darum schwierig, weil die Eltern der nächsten Generation von Schülern die am meisten fehlerzogenen Leute der Weltgeschichte seien, denn die Nazis hätten sich ihrer in frühester Jugend bemächtigt und sie seien durch die Nazi-Erziehung völlig brutalisiert. Es müsse daher eine ganz neue Generation von Eltern heranwachsen, ehe die neuen pädagogischen Ideen fruchtbar werden könnten (150).

Denkschrift H

Im Folgenden teilen wir den Inhalt der Denkschrift H v. 10. Sept. 1944 „*Was ist in der Frage der Umerziehung der Deutschen zu tun?*“[6] in gekürzter Form mit:

„Der das deutsche Volk beherrschende militaristische Geist ist seit vielen Jahrzehnten in allen deutschen Erziehungsanstalten bewußt gefördert worden. Schulen, Colleges und Universitäten sind in sehr eindrucksvoller Weise benutzt worden, Kindern und der jungen Generation die Keime eines aggressiven Nationalismus und das Verlangen nach Welteroberung einzupflanzen. ... Erfolgreiche Neuerziehung kann nicht vom Ausland durch ausländische Lehrkräfte erfolgen. Sie muß von den Deutschen selbst durchgeführt werden. Die harten Tatsachen der Niederlage und der Notwendigkeit politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Neuorientierung müssen die Lehrmeister des deutschen Volkes sein. Das bestehende Erziehungssystem, das völlig nazifiziert ist, muß vollständig umgeformt und reformiert werden. Die Hauptaufgabe ist, politisch zuverlässige Lehrer zu finden und so rasch wie möglich neue Lehrer heranzubilden, die von einem neuen Geist beherrscht werden. Es sollte eine Erziehungskommission der Vereinten Nationen geschaffen werden, der die oberste Entscheidung in allen Erziehungsfragen und Fragen der öffentlichen Meinungsbildung zusteht. Alle Erziehungsanstalten, gleich welcher Art, werden geschlossen. Ihre Wiederöffnung hängt ab erstens von der Möglichkeit der Zusammenstellung politisch zuverlässiger Lehrkörper; zweitens von der Neugestaltung der Lehrpläne; drittens von der Fertigstellung neuer Lehrbücher, die die völlig unbrauchbaren der früheren Zeit ersetzen ... Während die Möglichkeit besteht, Lehrkörper für Volksschulen in verhältnismäßig kurzer Zeit zusammenzustellen, mögen alle höheren Lehranstalten, die in der Vergangenheit die hauptsächlichen Mittelpunkte militaristischer und pangermanistischer Propaganda gewesen sind, für eine Reihe von Jahren geschlossen bleiben müssen“.

Morgenthaus Grundforderung: Alle deutschen Schulen werden geschlossen

Wir besprechen jetzt Punkt 6 a. Morgenthaus Grundforderung lautet: Alle Lehranstalten, einschließlich Volksschulen, bleiben bis auf weiteres geschlossen, eine Forderung, die von der Direktive JCS 1067 übernommen und am 16. Dez. 1944 dem deutschen Volk auf Weisung des Generals Eisenhower über den Rundfunk mitgeteilt worden ist.[7] Diese Regelung bedeutete einen klaren Sieg Morgenthaus, denn das Außenministerium hatte sich gegen eine Schließung der deutschen Schulen, einschließlich der höheren Schulen ausge-

sprochen, wollte sich mit einer „ausgedehnten Überwachung" des Schulwesens begnügen und hat an diesem Standpunkt auch nach Bekanntwerden des Morgenthauplans festgehalten,[8] während es dem Kriegsministerium besonders auf Offenhaltung der Volksschulen ankam, um die Kinder von den Straßen fernzuhalten.[9] In seinem Buch hat sich dann der Privatmann Morgenthau mit der baldigen Wiedereröffnung der Volksschulen abgefunden, nachdem das Potsdamer Abkommen ihn darüber belehrt hatte, daß die Konferenzmächte eine „möglichst vollständige Kontrolle", aber keine Schließung der deutschen Schulen befürworteten.[10]

Die Zukunft der höheren Schulen

Was das höhere Schulwesen betrifft, konnte es gemäß Abs. 1, Satz 2 des Punkts 6 eine „beträchtliche Zeit" dauern, ehe die höheren Schulen wieder geöffnet werden könnten. Der Ausdruck „beträchtliche Zeit" sollte offenbar gemäß der genannten Denkschrift „einige Jahre" bedeuten. Das war einer der unscharfen Ausdrücke, wie sie Morgenthau liebte. Man muß daher fragen: Sollten die höheren Schulen geschlossen bleiben, bis die Kinder der damals noch ungeborenen Generation von Eltern herangewachsen waren, die den Einflüssen des Nazismus nicht mehr unmittelbar ausgesetzt waren und an denen Morgenthau seine neuen pädagogischen Ideen erproben wollte?

Das Ende der deutschen Universitäten

Über die Zukunft der deutschen Universitäten hat sich Morgenthau selbst nie klar ausgesprochen. In seinem Buch erwähnte er lediglich, es sollte den Universitäten verboten sein, naturwissenschaftliche Forschungsstätten und Laboratorien zu unterhalten, andernfalls würden diese Institute von Militaristen mißbraucht (179). Wenn Morgenthau weiter ausführte, aus den Lehrbüchern der Universitäten müßten die mittelalterlichen Dogmen der letzten zwölf Jahre ausgemerzt werden und Nazis und „Nazifreunde" müßten von den Fakultäten entfernt werden (149), so erweckt das den Eindruck, er habe beabsichtigt, die Universitäten zu säubern, ihren Bestand aber nicht anzutasten. Damit steht die genannte, höchstwahrscheinlich auf Informationen des Finanzministeriums beruhende Meldung des *Wall Street Journal* v. 24. Sept. 1944 im Widerspruch, wo behauptet wird, Morgenthau fordere die dauernde Schließung aller deutschen Universitäten. Lediglich für die medizinischen Fakultäten könnten Ausnahmen gemacht werden, um einen zu großen Mangel an Ärzten zu verhindern. Hauptgrund für die Unterdrückung der Universitäten war nach dieser Meldung, daß in den Herzen der voraussichtlichen Studenten

und Dozenten die Naziideen zu sehr verankert wären. In einem nicht veröffentlichten Entwurf zu Morgenthaus Buch[11] wurde auf die Gefährlichkeit der an den Universitäten herrschenden geistigen Atmosphäre besonders hingewiesen: Die Universitäten seien seit langem die stärksten intellektuellen Bollwerke des Militarismus und völlig beherrscht von Naziideen und Nazipersonal. Es gelte, nicht nur die Arsenale der Wehrmacht, sondern auch die der aggressiven Ideen zu zerstören. Die seelische Entwaffnung der Deutschen werde wohl das schwierigste Problem sein, vor das sich die Alliierten gestellt sehen. Das klingt wie ein Aufruf zur Zerstörung der Universitäten als einer Entmilitarisierungsmaßnahme und dürfte die Richtigkeit der Darstellung des *Wall Street Journal* bestätigen. Daß von einem Fortbestehen der Technischen Hochschulen und ähnlicher Fachschulen im künftigen deutschen Agrarstaat keine Rede gewesen wäre, ist selbstverständlich.

Zeitungen und Rundfunk

Gemäß Punkt 6b sollten alle deutschen Zeitungen und Rundfunksender ihre Tätigkeit vorläufig einstellen, während das Außenministerium lediglich die Unterdrückung der Nazipresse und die vorläufige Zensur des Nachrichtenwesens vorgesehen hatte[12]. Morgenthau hat sich zu dieser Sache anscheinend amtlich niemals näher geäußert. In seinem Buch begnügte er sich mit der Feststellung, die Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung des Eindringens „militaristischer, nazifreundlicher und pangermanistischer Einflüsse“ in diese Institutionen, werde nach ihrer Wiederzulassung erforderlich sein (174). Wir werden noch sehen, daß gemäß den Bestimmungen der Anlage zu Punkt 11 allen „ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei, Nazifreunden, den Junkern und ehemaligen Offizieren des Heeres und der Marine“ verboten sein sollte, u. a. den Beruf eines Lehrers oder eines Journalisten auszuüben.

[1] Brickner, Richard M.: *Is Germany incurable?* 1943 (mit einer empfehlenden Vorrede der Anthropologin Margaret Mead)

[2] Jacobson, Edmund: *The peace we Americans need.* 1944

[3] Abrahamson, David: *Men, mind and power, 1944.* Später beschäftigte die amerikanische Militärregierung einige Psychiater, die sich vor allem mit Fragen der Umerziehung zu beschäftigen hatten. Vgl. das Interview eines dieser Spezialisten, Dr. David M. Levi, in NYT, 4. 11. 1945, 27, Sp. 1. Vgl. auch v. Schrenk-Notzing: *Charakterwäsche.* 1965. 125 f; 138 ff

[4] Morgenthau hat später behauptet, die erste Fassung seines Deutschlandplans (v. 1. 9.) sei, was die „Umerziehung“ betreffe, „schwach“ gewesen (Vgl. seine Ausführungen in *New York Post,* 28. 11. 1947, 2). Hier muß es sich um einen Gedächtnisfehler handeln, denn die Vorschriften der ersten Fassung des Morgenthauplans über Erziehung und Unterricht sind mit denen aller späteren Fassungen identisch.

[5] Morgenthau in *New York Post*, 24. 11. 1947, 2; vgl. auch Blum III, 377

[6] *Morgenthau Diary (Germany)*, 603 f

[7] Über Eisenhowers Proklamation vgl. NYT, 17. 12. 1944, 20, Sp. 1

[8] Vgl. Hulls Schreiben an Roosevelt v. 29. 9. 1944; *Jalta-Dokumente*, 157; vgl. auch ebd., 183 f

[9] Daß es Morgenthau auf die Schließung aller Schulen, einschließlich Volksschulen, ankam, ergibt sich auch aus seinen genannten Einwendungen v. 1. 11. 1944 gegen das Handbuch der britischen Militärbehörden, wo er sich darüber beschwerte, daß die Briten die deutschen Schulen unter allen Umständen offenhalten wollten und damit die „Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung des deutschen Erziehungswesens“ ignorierten. Vgl. *Jalta-Dokumente*, 165

[10] *Potsdam-Dokumente*, Bd. II, 1482. Diese Regelung entsprach den Vorschlägen des amerikanischen Außenministeriums v. 16. 7. 1945, *ebd.*, 750

[11] *Princeton-Entwurf II*, Kap. XIII, „Controls over Germany“, v. 24. 11. 1944. Wenn gemäß Punkt 6 (a), Satz 3, während der Schließung der Universitäten deutschen Studenten das Studium an ausländischen Hochschulen nicht verboten sein sollte, erhebt sich die Frage: wie sollten diese Studenten ins Ausland gelangen, da nach Morgenthaus Absicht allen Deutschen die Reise ins Ausland verboten sein sollte?

[12] Diesen Standpunkt vertrat das Außenministerium noch im Schreiben v. 29. 9. 1944; *Jalta-Dokumente*, 157. Die ursprüngliche Direktive JCS 1067 folgte auch insoweit dem Morgenthauplan, vgl. *Jalta-Dokumente*, 145; vgl. auch *Potsdam-Dokumente*, Bd. II, 1504

Vierundzwanzigstes Kapitel

„7. POLITISCHE DEZENTRALISIERUNG

Die militärische Verwaltung in Deutschland sollte in der Anfangszeit mit dem Ziel einer schließlichen Teilung Deutschlands durchgeführt werden. Zur Erleichterung der Teilung und der Sicherstellung ihrer Dauer sollten sich die Militärbehörden von folgenden Grundsätzen leiten lassen:
(a) Alle politische Entscheidungen treffenden Beamten der Reichsregierung werden entlassen; amtlicher Verkehr ist hauptsächlich mit örtlichen Regierungsstellen aufzunehmen.
(b) Die Wiederherstellung der Länderregierungen in den 18 Ländern, in die Deutschland zur Zeit eingeteilt ist, ist anzustreben; außerdem sind aus den preußischen Provinzen selbständige Länder zu machen.
(c) Nach der Teilung Deutschlands sollten die verschiedenen Länderregierungen ermuntert werden, für jedes der neu geteilten Gebiete eine Bundesregierung zu errichten. Diese neuen Regierungen sollten auf föderalistischer Grundlage gebildet werden, mit besonderer Betonung der Länderrechte und mit einem hohen Maß lokaler Autonomie".

Punkt 7 entspricht fast völlig Punkt 8 der ersten Fassung[1].

Der „anfängliche Zeitraum"

Unter „politischer Dezentralisierung" soll wohl die Dezentralisierung des deutschen Regierungssystems verstanden werden. Damit beschäftigt sich jedoch lediglich der zweite Satz des letzten Absatzes. Im übrigen behandelt Punkt 7 die während des „anfänglichen Zeitraums", d. h. vor der gemäß Punkt 3 durchzuführenden Teilung zu ergreifenden Maßnahmen im Bereich der deutschen Behördenorganisation. Auch der Titel des Punkts 7 ist daher irreführend. Wir nehmen jetzt zu den drei Unterabschnitten des Punkts 7 im einzelnen Stellung und bemerken:

Das Wort „Reich“ muß aus dem deutschen Wortschatz verschwinden

Zu a: Am 1. April 1944 hatte Präsident Roosevelt erklärt, das Wort „Reich“ müsse aus dem deutschen Wortschatz verschwinden[2]. Von da ab waren sich alle amerikanischen Regierungsstellen einig, daß es in Zukunft keine Reichsregierung mehr geben dürfe. Trotzdem dauerten die Versuche des Außenministeriums, eine Unterscheidung zwischen politischen und technischen obersten Reichsbehörden zu machen, an und besonders das Fortbestehen einer einheitlichen deutschen Eisenbahn- und Postverwaltung, vor allem aber das Weiterfunktionieren solcher bisher dem Reichswirtschaftsministerium unterstellten Behörden zu befürworten, die für die Lebensmittelverteilung und Rationierung zuständig waren.[3] Das war aber nicht das, was Morgenthau anstrebte, der die Entlassung aller obersten Reichsbeamten verlangte, die die höchsten Entscheidungen trafen, gleichgültig, ob es sich um politische oder technische Ämter handelte. Daher erregte er sich in seinem Buch über die Beibehaltung des ehemaligen Reichsverkehrsministers Dorpmüller als Leiter des westdeutschen Eisenbahnwesens, der seine Stellung zur Sabotage der Besatzungsmaßnahmen mißbrauchen könnte (176).

Morgenthau arbeitete auf wirtschaftliches Chaos in Deutschland hin

Besonders Aufgaben der Lebensmittelversorgung hätten nur von einer obersten Zentralstelle mit weiten Vollmachten erfolgreich angepackt werden können. Da es aber gemäß Punkt 7 solche Ämter nicht geben sollte und da, wie aus Punkt 8 hervorgeht, alliierte Stellen für solche Aufgaben nicht zuständig sein sollten, kommt man zu dem Ergebnis, daß Morgenthau nicht nur planmäßig auf wirtschaftliches Chaos in Deutschland hinarbeitete, das er schon am 12. Aug. 1944 in London als unvermeidlich bezeichnet hatte, sondern daß er auch beabsichtigte, die deutsche Lebensmittelversorgung nach Möglichkeit zu erschweren. Offenbar hat das amerikanische Außenministerium Morgenthaus Absichten durchschaut, denn es hat auch nach dem Bekanntwerden des Morgenthauplans an seiner bisherigen Politik festgehalten und betont, eine Zusammenarbeit alliierter Stellen lediglich mit lokalen deutschen Verwaltungsbehörden, wie Morgenthau es vorsah, könne die bestehenden Schwierigkeiten nicht meistern. Weiter wurde betont, die Besatzungsbehörden wünschten, von der vorhandenen deutschen Behördenorganisation soviel wie möglich beizubehalten, und bestünden insbesondere auf Weiterfunktionieren der mit Sicherstellung der Ernährung befaßten deutschen Behörden[4].

Zu b: Wenn in (b) die Wiederherstellung der Länderregierungen vorgesehen wird, muß gefolgert werden, daß Morgenthau zunächst auch die Länderregie-

rungen abschaffen wollte, die dann später neu errichtet werden könnten. Falls die Länderregierungen erst nach Länderwahlen hätten tätig werden sollen, hätte der erste Abschnitt des „anfänglichen Zeitraums“, ohne höhere Regierungsstellen, lange dauern können. In dieser Zeit wäre ein völliges administratives Vakuum, lediglich mit nebeneinander bestehenden, aber nicht einheitlich geleiteten lokalen Verwaltungsstellen vorhanden gewesen.

Auch Preußen muß zerschlagen und der „Prussianismus“ muß ausgemerzt werden

Außer dem Reich sollte auch Preußen zerschlagen werden, und zwar sollten die (nicht amputierten) preußischen Provinzen besondere Länder werden. Auf die Gefahren des „Prussianismus“ hatte seit dem Ersten Weltkrieg ein ganzes Heer von angelsächsischen Propagandisten auf beiden Seiten des Atlantik hingewiesen, und es ist oft behauptet worden, es sei vor allem das Zusammenwirken der ostelbischen Junker mit den rheinisch-westfälischen Industriellen gewesen, das Preußen zu einer Geißel der Menschheit gemacht habe. In einer auf der Außenministerkonferenz in Moskau im Nov. 1943 zirkulierten Denkschrift hat sich dann auch das amerikanische Außenministerium für eine „Verminderung der preußischen Vorherrschaft im Reich“ eingesetzt, und am 31. Mai 1944 befürwortete es eine Teilung Preußens in eine Anzahl Bundesländer mittlerer Größe[5], nachdem inzwischen Präsident Roosevelt betont hatte, man könne den Preußen nicht trauen und nachdem er ihre Religion als „Prussianismus“ bezeichnet hatte. Morgenthau konnte daher mit seiner Forderung der Zerschlagung Preußens wohl auf erhebliche Zustimmung in den maßgebenden amerikanischen Regierungsstellen rechnen. Auch für Morgenthau war Preußen Hauptträger des deutschen Militarismus (161). Verfehlt wäre aber anzunehmen, die Zerstückelung Preußens würde die deutsche Gefahr beseitigen, denn aus dem preußischen sei längst ein deutscher Militarismus geworden (162). Daher seien auch Teilung und Dezentralisierung Preußen-Deutschlands nicht ausreichend. Die wichtigste Maßnahme zur Sicherung des Weltfriedens sei die Zerstörung der Industrie. Falls sie erhalten würde, wäre für die Industriellen nichts leichter, als die Kontrolle der dezentralisierten deutschen Staaten in ihre Hand zu bekommen. Die Regierungen dieser Staatsgebilde wären in Zukunft lediglich die Marionetten der Großindustriellen (163). Wir haben schon gehört, daß Morgenthau vor einer zu weitgehenden Teilung oder Zerstückelung Deutschlands gewarnt hat, wie sie insbesondere diejenigen planten, die eine Teilung des Reichs in die Staaten der vorbismarckischen Zeit befürworteten. Eine derart übertriebene Anwendung des Teilungsgedankens könnte zu völliger Verwirrung führen, die selbst wieder gefährlich werden könnte (158).

Gerade eine solche Teilung in die vorbismarckischen Staaten war aber das, was Morgenthau für den zweiten Abschnitt seines „anfänglichen Zeitraums" plante, der von erheblicher Dauer hätte sein können.

Das Morgenthausche Restdeutschland

Zu c: Der Umfang beider Staaten, in die das Morgenthausche Restdeutschland zerlegt werden sollte, ergibt sich aus Punkt 3. Die Organisierung dieser Staaten sollte nicht durch die Alliierten, sondern durch die inzwischen gebildeten Länderregierungen erfolgen. Die beiden neuen Gebilde sollten „confederations of states", d. h. wohl Bundesstaaten mit Bundesregierungen an ihrer Spitze sein. Die Zuständigkeit der Bundesregierungen sollte aber weitgehend beschränkt sein.

„Dezentralisierung"

Damit sind wir beim Problem der Dezentralisierung des künftigen deutschen Regierungssystems angelangt. Für eine maßvolle Dezentralisierung hatte sich, wie bemerkt auch das Außenministerium ausgesprochen, das hoffte, auf diese Weise den Präsidenten von seinen Zerstückelungsplänen abzubringen. Das Außenministerium machte jedoch darauf aufmerksam, daß eine Dezentralisierung nicht zu weit gehen dürfe, da gerade die demokratischen Kräfte in Deutschland Befürworter eines zentralistischen Regierungssystems gewesen seien und radikale Maßnahmen in entgegengesetzter Richtung den dauernden Unwillen dieser Kreise hervorrufen könnten.[6] Was die von Morgenthau vorgesehene Dezentralisierungspolitik betrifft, sollten die Regierungen der beiden neuen Staaten nicht von aus Wahlen hervorgegangenen Volksvertretungen, sondern durch Vereinbarungen der in Frage kommenden Länderregierungen gebildet werden. Das geschah wohl, weil Morgenthau annahm, die Länderregierungen würden versuchen, sich weitgehende Reservatrechte zu sichern und so die Befugnisse der Bundesregierung von Anfang an beschneiden. Entsprechende Tendenzen sind dann auch später in der Politik der amerikanischen Militärregierung zutage getreten[7]. Für den Fall, daß die Länderregierungen sich bei der Organisierung der beiden neuen Staaten nicht selbst auf den von Morgenthau befürworteten Föderalismus festgelegt hätten, hätten sie hierzu von den Alliierten gemäß (c) Satz 1 „ermuntert" werden sollen. Aber nicht nur die Länderrechte gegenüber den beiden neuen Staaten, sondern auch die Rechte der Gemeinden gegenüber den Länderregierungen sollten durch ein hohes Maß von lokaler Autonomie betont werden, so daß wohl die Vermutung der Zuständigkeit im Zweifel bei den Ländern und Gemeinden ge-

legen hätte. Eine solche Ordnung hätte dazu beitragen können, die potentielle Fähigkeit der beiden neuen Staaten zur Aggression zu schwächen, ohne dadurch zusätzliche Leiden für das deutsche Volk zu verursachen (161). Gegen letztere Behauptung müssen jedoch besonders darum Bedenken angemeldet werden, weil die nach den Grundsätzen des Morgenthauplans gebildeten beiden deutschen Reststaaten, für die Fragen der Lebensmittelversorgung auf viele Jahre im Vordergrund gestanden hätten, auch infolge der durch Punkt 7 vorgesehenen Hemmungen, unfähig gewesen wären, eine erfolgreiche Lebensmittelpolitik zu treiben[8].

[1] Die Ausdrücke „into three parts" nach „partition of Germany" (vielleicht wollten White-Morgenthau die internationale Zone zunächst als dritten deutschen Staat bezeichnen) und „loose" vor „confederation of states" im Untersatz der Erstfassung fehlen in der endgültigen Fassung. Der letzte Satz der Erstfassung ist in den späteren Fassungen weggelassen.

[2] *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 502

[3] Vgl. bes. CPWP-Denkschrift v. 5. 8. 1944 in *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 306 ff

[4] *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 399 f

[5] *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 303

[6] Vgl. undatiertes Gutachten des Außenministeriums v. Okt. 1943 in *Teheran-Dokumente*, 186, und Schreiben Hulls an den Präsidenten v. 31. 5. 1944, *Jalta-Dokumente*, 157

[7] Vgl. z. B. NYT, 9. 6. 1946, 1, Sp. 2

[8] Morgenthau schwieg sich über das Verhältnis der beiden deutschen Reststaaten zueinander aus. Hätten sie ihre Wirtschaftspolitik koordinieren, hätten sie auch eine Zollunion (wie der süddeutsche Staat mit Österreich) abschließen dürfen? Oder wäre es ihnen verboten gewesen, mit einander Handel zu treiben, ebenso wie es ihnen gemäß Whites genannten Bemerkungen v. 2. 9. 1944 verboten sein sollte, mit der internationalen Zone Handel zu treiben?

Fünfundzwanzigstes Kapitel

„8. VERANTWORTUNG DER MILITÄRBEHÖRDEN FÜR DIE LOKALE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Die einzige Aufgabe der Militärbehörden bei der Kontrolle der deutschen Wirtschaft soll darin bestehen, die militärischen Unternehmungen und die militärische Besetzung zu erleichtern. Die alliierte Militärregierung wird keine Verantwortung übernehmen für solche Aufgaben wie Preiskontrolle, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau, Verteilung, Verbrauch, Unterbringung, Transportwesen und wird keine Maßnahmen treffen, die den Zweck haben, die deutsche Wirtschaft zu stärken, ausgenommen solche, die für die militärischen Operationen erforderlich sind. Die Verantwortung für die Versorgung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes ist Sache des deutschen Volkes, mit solchen Hilfsmitteln wie sie ihm unter den gegebenen Verhältnissen zur Verfügung stehen mögen".

Das amerikanische Außen- und Kriegsministerium befürworteten Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft

Das amerikanische Außenministerium war von jeher der Meinung, die Vereinigten Staaten sollten nach der Kapitulation zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und Friedensindustrien beitragen und sich dabei der Hilfe der zuständigen deutschen Verwaltungsstellen bedienen, um einen wirtschaftlichen Hohlraum im Herzen Europas zu vermeiden und die Lieferung von Reparationen, besonders in Form von Industrieerzeugnissen und Kohle zu ermöglichen. Dieser Standpunkt wurde auch von dem vom Außenministerium gebildeten *Committee on Postwar Programs*[1] sowie von der schon genannten Denkschrift des COFEP-Ausschusses v. 14. Aug. 1944 vertreten. Auch die obersten Stellen des amerikanischen Heeres befürworteten unter Billigung von Kriegsminister Stimson bis zum Sommer 1944 ausreichende Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft und erwogen, notfalls Hilfsmittel der Besatzungstruppen zur Verfügung zu stellen[2].

Der Wortlaut des Punkts 8 der endgültigen Fassung deckt sich, mit einer unwesentlichen Ausnahme, mit der des Punkts 9 zur Erstfassung[3].

Wie Morgenthau die deutsche Wirtschaft kontrollieren wollte

Wie sich aus Punkt 9 ergibt, hat auch Morgenthau zahlreiche Kontrollen der deutschen Wirtschaft vorgeschlagen, aber keine zu deren Schutz, vielmehr negative Maßnahmen, deren Zweck es sein sollte, den Wiederaufbau der nach den Grundsätzen des Morgenthauplans demolierten deutschen Wirtschaft und Industrie zu verhindern. Auf den ersten Blick könnte es, wie Morgenthau in seinem Buch ausführte, zweckmäßig scheinen, die von den Deutschen zum Schutz ihrer Wirtschaft getroffenen Regelungen wie Preiskontrolle, Rationierung usw. zu übernehmen. Unter Ignorierung der vom Außenministerium vorgenommenen Untersuchungen erklärte er jedoch, eine solche Politik sei praktisch unausführbar (175). Außerdem wäre ihr Erfolg schlimmer als ein Mißerfolg. Denn im Fall eines Erfolgs würde sich die Wirtschaft Deutschlands schneller erholen als die seiner Opfer. Die für eine solche Politik verantwortlichen amerikanischen Offiziere wollten gute Arbeit leisten – Morgenthau knüpfte hier an Gedanken von B. Bernstein an – und würden daher immer umfangreichere Forderungen nach Hilfeleistung erheben (177). Eine solche Politik würde daher nicht nur Enttäuschung bei den mit den Vereinigten Staaten befreundeten Nachbarn Deutschlands auslösen, sondern auch zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Hegemonie der Deutschen in Europa führen (176)[4]. Die Alliierten, vor allem die Vereinigten Staaten, sollten sich daher auf Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft nicht einlassen.

Ihre Kontrolle sollte in den Händen der auf lange hinaus funktionsunfähigen deutschen Behörden liegen

Die Alliierten sollten gemäß Satz 1 nur solche die deutsche Wirtschaft betreffende Regelungen durchführen, die militärische Operationen oder die militärische Besetzung erleichtern. Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft wären daher unzulässig gewesen, falls sie nicht militärische Operationen förderten oder die Besetzung erleichterten. Wenn dann Satz 2 fortfährt, die Alliierten sollten keine Verantwortung für solche Probleme wie Preiskontrolle, Rationierung (insbesondere von Lebensmitteln), Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau usw. übernehmen, waren das eben die Gebiete, die nach Auffassung des Außenministeriums in die Zuständigkeit der Besatzungsbehörden fallen sollten. Wenn die in Satz 2 genannten Aufgaben nicht den Besatzungs-

behörden obliegen sollten, so – muß man folgern – sollten sie offenbar in den Händen der Deutschen liegen und der Titel eines am 9. Sept. 1944 von H. D. White in Gegenwart Morgenthaus verlesenen Dokuments lautet ausdrücklich: „Die Wohlfahrt der deutschen Wirtschaft ist Sache der Deutschen und nicht der alliierten Militärbehörden[5]."

Nochmals Morgenthaus Chaospolitik

Wir haben in unseren Bemerkungen zu Punkt 7 darauf hingewiesen, daß während des dort genannten „anfänglichen Zeitraums" handlungsfähige Reichs- und Landesbehörden und infolge Entnazifizierungsmaßnahmen und dergl. auch Lokalbehörden nicht vorhanden gewesen wären. Maßnahmen wie Lebensmittelzuteilung, Preiskontrolle usw. hätten außerdem nur von Zentralbehörden mit einem hohen Maß von Autorität und Ermessensfreiheit gemeistert werden können. An all dem hätte es jedoch lange gefehlt. Dem Außen- und Kriegsministerium ist das nicht entgangen. So sagte McCloy am 1. Nov. 1944 zu Morgenthau, die Vereinigten Staaten seien dabei, sich die Auffassung zu eigen zu machen, die einzige Regierung nach der Kapitulation werde die alliierte Militärregierung sein, und trotzdem werde so getan, als gäbe es eine deutsche Regierung und dieser nichtexistierenden deutschen Regierung würden wichtige Aufgaben übertragen[6]. Morgenthau und Mitarbeiter wußten auf derartige und ähnliche Vorwürfe nichts anderes zu erwidern als z. B.: falls die Besatzungsbehörden beauftragt würden, Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft zu ergreifen, werde jeder Deutsche es für seine vaterländische Pflicht halten, sie zu sabotieren[7].

Kampf des Außen- und Kriegsministeriums gegen Morgenthaus Chaospolitik

Gegen Morgenthaus Haltung wurde vom Außen- und Kriegsministerium noch eingewendet, seine Politik würde zu hemmungsloser Inflation und zu wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Chaos in Deutschland führen. Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, hatten schon die genannten Denkschriften v. 5. und 14. Aug. 1944 die Ergreifung geeigneter Sofortmaßnahmen unmittelbar nach der Kapitulation gefordert. Morgenthau hatte jedoch am 12. Aug. 1944 in London vor amerikanischen Regierungsvertretern in London erklärt, wirtschaftliches Chaos in Deutschland sei unvermeidlich. Es sei nicht Aufgabe der Vereinigten Staaten, eine Inflation zu verhindern, um so weniger als die Deutschen in allen von ihnen besetzten Gebieten inflationistische Poli-

tik getrieben hätten. Es geschehe ihnen daher recht, wenn sie jetzt den Geschmack ihrer eigenen Rezepte verspürten[8]. Nachdem außer dem Außen- und Kriegsministerium auch andere Regierungsstellen gegen die von Morgenthau geplante „Chaos-Politik“ (wie sie von 1945 ab auch von amtlichen amerikanischen Stellen genannt wurde) protestiert hatten[9], und nachdem im April 1945 Roosevelts Sonderbeauftragter für Wirtschaftsfragen, Leon Henderson, gewarnt hatte, Reparationsleistungen (wie sie inzwischen die Großen Drei in Jalta vorgesehen hatten), hätten eine stabile deutsche Währung zur Voraussetzung; daraus ergebe sich die Notwendigkeit der alliierten Kontrolle der deutschen Wirtschaft, die inflationistische Gefahren zu bekämpfen habe[10], drückte sich Morgenthau vorsichtiger aus, behauptete, auch er sei gegen Inflation[11], bestritt aber weiterhin, die von ihm befürwortete Politik mache Inflation und wirtschaftliches Chaos unvermeidlich.

Da Morgenthau, was die Frage von Wirtschaftskontrollen betraf, mit fast allen andern amerikanischen Regierungsstellen in Widerspruch stand[12] und nicht zu bewegen war, seine Haltung zu ändern, wurde es notwendig, diese Angelegenheit dem Präsidenten zur Entscheidung vorzulegen. Roosevelt, der nach Morgenthaus wiederholter Behauptung schon früher erklärt haben soll, die deutsche Wirtschaft solle ihr eigenes Volumen suchen („let the German economy seek its own level“)[13], und darum Morgenthau in der Frage der wirtschaftlichen Kontrolle Deutschlands nahezustehen schien, hat im März 1945 zu McCloy gesagt, Kontrollen seien erforderlich, sollten aber auf ein Minimum beschränkt werden: „Laßt die Deutschen die Sache machen. Wir beaufsichtigen sie und das ist alles[14].“ Um dieselbe Zeit meinte er Clayton gegenüber, der Schutz der deutschen Wirtschaft solle hauptsächlich in den Händen der Deutschen liegen und auf Roosevelts Bemerkung, es solle ein Ausschuß von drei Deutschen (zum Zweck der Kontrolle der deutschen Wirtschaft und insbesondere zur Förderung des Kohlenabbaus) eingesetzt werden; ihnen werde gesagt, was sie zu tun hätten und wenn sie die erteilten Weisungen nicht ausführten, würden sie erschossen, haben wir schon hingewiesen[15].

Die Haltung der Direktive JCS 1067 betr. Wirtschaftskontrollen bedeutete einen Sieg Morgenthaus

Die erste Fassung der Direktive JCS 1067 v. 22. Sept. 1944 hat, wie bemerkt, hervorgehoben, daß die alliierten Militärbehörden für Aufgaben wie „Preiskontrolle, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau. Verteilung, Unterbringung, Transportwesen“ nicht verantwortlich sein, daß vielmehr diese Angelegenheiten „Sache des deutschen Volkes“ sein sollten. Sie hat damit die in Satz 2 des Punkts 8 erfolgte Aufzählung wörtlich wiederholt,

jedoch hinzugefügt, die Besatzungsbehörden könnten in die genannten Bereiche zum Zweck der Verhinderung von schweren Krankheiten oder Unruhen oder, unter gewissen Bedingungen auch zur Weiterverfolgung des Kriegs gegen Japan, eingreifen. Diese Regelung war also ein klarer, vorläufiger Sieg Morgenthaus. Die genannte, aus Satz 2 des Punkts 8 übernommene Formulierung wurde allerdings in der endgültigen Fassung der Direktive vom 21. April 1945 nicht wiederholt. Aber auch die neue Direktive bezeichnete es als ihren obersten Zweck, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Gefahr für den Weltfrieden zu werden (Teil I, 4c), und sah die Einführung lediglich solcher Wirtschaftskontrollen seitens der Besatzungsbehörden vor, „die erforderlich sein mögen, die Sicherheit der Besatzungstruppen sicherzustellen, Verhungern zu verhindern oder solchen Krankheiten oder Unruhen vorzubeugen, die die Besatzungstruppen gefährden könnten" (Teil I, 5a). Zwar wollte die neue Direktive durch geeignete Maßnahmen einer „Inflation von solchem Ausmaß vorbeugen, die den Besatzungszweck vereiteln könnte" (Ziff. 38). Trotzdem sollten aber, von den angeführten Ausnahmen abgesehen, keine Maßnahmen zum Schutz der deutschen Industrie und des deutschen Gewerbes getroffen werden und in einer auf Anregung von Oberst Boettiger (vielleicht auf Anregung seines Schwiegervaters Roosevelt) der Direktive eingefügten Klausel wurde ausdrücklich festgestellt, „daß Deutschlands unbarmherzige Kriegführung und der fanatische Naziwiderstand die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß den Deutschen die Verantwortung für das, was durch ihr Verhalten über sie hereingebrochen ist, nicht abgenommen werden kann" (Teil I, 4a). Morgenthaus Chaospolitik war dadurch zur (vorläufigen) Richtschnur der amerikanischen Besatzungspolitik erklärt und die Direktive war insoweit ein gemilderter Morgenthauplan.
Von besonderer Wichtigkeit war die künftige Regelung der deutschen Ernährung, von der im Morgenthauplan nicht ausdrücklich die Rede ist. Wir verweisen jedoch auf den besonders wichtigen Satz 3: „Die Verantwortung für die Versorgung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes mit solchen Hilfsmitteln, wie sie ihm unter den gegebenen Verhältnissen zur Verfügung stehen mögen, ist Sache des deutschen Volkes".

Das deutsche Volk muß mit dem auskommen, was es hat

Das bedeutet: Das deutsche Volk muß mit dem auskommen, was es hat, d. h. mit dem, was ihm nach der nach den Grundsätzen des Morgenthauplans erfolgten Ausplünderung übrig geblieben ist. Es sollte also nicht nur jede wirtschaftliche Hilfe, sondern auch die Lieferung von Nahrungsmitteln an die

Deutschen unterbleiben. Wir verweisen hier nochmals auf die am 24. Sept. 1944 veröffentlichte Associated Press-Meldung, wonach „alle andern Völker sich weigern sollten, der Bevölkerung Deutschlands irgendwelche wirtschaftlichen oder sonstigen Unterstützungen zu gewähren, so daß sich die Deutschen selbst aus dem Trümmerhaufen herausarbeiten müssen, den ihr Krieg in Europa hinterlassen hat". Dieser nichtamtlichen Formulierung, die zweifellos ein Verbot von Lebensmittellieferungen umfassen sollte, kommt auch darum besondere Glaubwürdigkeit zu, weil im Herbst 1944 auch Hull und Stimson davon ausgegangen sind, daß auf Grund des Morgenthauplans Hilfeleistungen an das deutsche Volk von außen, einschließlich Lebensmittellieferungen, verboten sein sollten. Wir haben allerdings gesehen, daß Morgenthau von Ende September 1944 ab im Rahmen der in III genannten „schwere Krankheiten und Unruhenklausel" der Direktive JCS 1067 zu gewissen Konzessionen bereit gewesen ist. In seinem im Oktober 1945 veröffentlichten Buch hat dann aber der Privatmann Morgenthau wieder seinen ursprünglichen Standpunkt eingenommen. Dort befürwortete er ein ganz allgemeines Verbot der Lieferung von Lebensmitteln, das von ihm vor allem auf zwei Gründe gestützt wurde: falls den Deutschen alliierte Lebensmittel zur Verfügung gestellt würden, müßten entsprechende Mengen den Opfern deutscher Aggression vorenthalten werden, die sie sehr viel notwendiger brauchten; außerdem könnten die Deutschen die von ihnen benötigten Lebensmittel selbst erzeugen, falls sie entsprechende landwirtschaftliche Reformen durchführten. Diese würden sie aber nur dann durchführen, wenn sie infolge von Lebensmittelknappheit dazu gezwungen würden.[16]

Morgenthau und die Frage von Lebensmitteleinfuhren nach Deutschland

Wir geben jetzt die wichtigsten Stellen in Morgenthaus Buch, die sich mit der deutschen Ernährung befassen, wieder:
„Wenn das künftige Deutschland einen ernsten Versuch macht, sich selbst zu ernähren, kann es das tun ... Es wird aber diese Anstrengung nur machen, wenn es dazu gezwungen ist und die Vereinten Nationen sich weigern, dem deutschen Volke die Verantwortung abzunehmen. Falls wir den Deutschen mit Nahrungsmitteln aushelfen – und es würde sich um Lebensmittel handeln, die für unsere hungernden Alliierten bereitgestellt sind – werden die Deutschen die erforderlichen landwirtschaftlichen Reformen nicht durchführen" (56).
„Die Deutschen werden während der nächsten paar Jahre ihre eigenen Lebensmittel erzeugen müssen, gleichgültig, welche Politik die Vereinigten Staaten einschlagen, falls wir nicht unsere Alliierten statt unsere Feinde verhungern lassen wollen. Es wird auf Jahre hinaus wenig genug für Belgier,

Holländer, Polen, Griechen, Tschechen, Jugoslawen und andere geben, die jahrelang gehungert haben, weil die Deutschen die Welt in den Krieg gestürzt haben (60)".

„Der Mangel an Nahrungsmitteln ist und wird weiterhin außerordentlich ernst sein, umsomehr, falls die Deutschen nicht auf jede Weise, besonders auch durch Zerstörung ihrer Schwerindustrie, dazu angehalten werden, ihre eigenen Lebensmittel auf eigenem Land anzubauen ... Hilfsaktionen, die die Vereinten Nationen in Deutschland unternehmen könnten, wären notwendigerweise unzulänglich. Ein Dutzend anderer europäischer Länder sind genau so in Not wie die Deutschen und sehr viel würdiger, Hilfe zu erhalten. Außerdem kann nur ein Minimum von Schiffsraum für Hilfsmaßnahmen für die befreiten Länder zur Verfügung gestellt werden" (140).

„Das Elend infolge von Hunger und Kälte wird in diesem Winter (1945/1946) in Deutschland außerordentlich sein. Bis die Arbeiter der ehemaligen Schwerindustrie und die entlassenen Soldaten begonnen haben, Lebensmittel zu produzieren und zerstörte Häuser wiederaufzubauen, wird es in Deutschland Unterernährung und Not infolge Frierens geben. Die einzige Möglichkeit, eine solche Entwicklung zu verhindern, wäre, andern europäischen Ländern Nahrungsmittel und lebenswichtige Güter vorzuenthalten, die sie noch sehr viel dringender brauchen" (191).

Diesmal werde es daher in Deutschland richtigen Hunger geben und nicht nur eine bevorstehende Lebensmittelknappheit, wie die deutsche Waffenstillstandskommission 1918 gejammert habe (197). Die Deutschen stünden jetzt vor einer sehr viel schwierigeren Aufgabe des Wiederaufbaus und es stehe ihnen eine sehr viel verhängnisvollere Zeit von Hunger und Armut bevor, als es nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen sei. Ferner würden sie jetzt mit einem Haß bedacht, wie er bisher der Neuzeit unbekannt gewesen sei, da er nie so reichlich verdient worden sei (131).

Am 13. Febr. 1946 erklärte dann Morgenthau plötzlich in einer Rede[17] unter Bezugnahme auf die inzwischen aufgenommenen amerikanischen Lebensmittellieferungen, er sei froh, daß sich die Vereinigten Staaten insoweit ihrer Pflichten bewußt seien.

[1] Vgl. dessen Gutachten v. 31. 3. 1944, *Foreign Relations 1944,* Bd. I, 302; 305 sowie die Stellungnahme des gleichen Ausschusses v. 5. 8. 1944, *ebd.*, 306 f

[2] Vgl. Hammond: aaO 328 ff

[3] In Punkt 8 fehlen die Worte „and are indicated above" am Schluß von Satz 2 des Punkts 9 der Erstfassung.

[4] Im *Princeton-Entwurf II,* Kap. IV, „Controls over Germany" v. 24. 11. 1944 wurden diese angeblichen Gefahren in noch grelleren Farben ausgemalt: Maßnahmen der

Alliierten zum Schutz der deutschen Wirtschaft gäben den Deutschen Gelegenheit, den Alliierten Bedingungen aufzuerlegen oder ihre Anordnungen zu sabotieren. Die Deutschen hätten dann die Möglichkeit, die Besatzungstruppen unglücklich zu machen. Ja, sie wären schließlich in der Lage, die Alliierten aus Deutschland hinauszuekeln, um anschließend ihr Handwerk der Aggression erneut zu beginnen.

[5] *Morgenthau Diary (Germany)*, 594. Wahrscheinlich handelte es sich hier um ein zu den auf S. 597 ff abgedruckten Schriftstücken gehörendes Aktenstück, das aus unbekannten Gründen nicht mit abgedruckt worden ist.

[6] *ebd.*, *725 f*

[7] Schreiben von Coe an Morgenthau v. 21. 4. 1945, *ebd.*, 1173

[8] Penrose: aaO 247 ff. In seinem Buch ging Morgenthau auf diese Gesichtspunkte nicht ein. Der Princeton-Entwurf II hat sich jedoch im angeführten Kapitel auch mit diesen Fragen beschäftigt: Die Alliierten dürften nicht versuchen, die in Deutschland zu erwartende Inflation zu kontrollieren, denn das würde bedeuten, den Deutschen große Mengen von Gebrauchsgütern und Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, ihre Wirtschaft anzukurbeln und den Schwarzhandel zu unterbinden. Die in Frage kommenden Güter würden aber von den Opfern deutscher Aggression benötigt. Versuche der Alliierten, eine Inflation zu bremsen, wären außerdem eine undankbare Aufgabe, deren Ausführung man den Deutschen überlassen müsse. Diese seien auch in der Lage, die schlimmsten Auswüchse einer Inflation zu verhindern, falls sie einen ernsten Versuch machten. Allerdings hätten sie schon einmal eine Inflation zu politischen Zwecken mißbraucht. Das einzige, was die Alliierten tun könnten, sei, den Deutschen zu zeigen, daß sich die Herbeiführung von Zuständen, die eine ungehemmte Inflation auflösen, nicht lohne. Zwar sei eine „Inflation größeren Ausmaßes“ unvermeidlich. Bei genügend gutem Willen sollte es aber gelingen, „den Inflationsprozeß auf mehr oder weniger stabile Grundlage zu stellen“.

[9] Vgl. insbesondere das Schreiben des Londoner Botschafters Winant v. 23. 1. 1945, *Morgenthau Diary (Germany)*, 884, in dem betont wurde, Demontagen in großem Maßstab, zusammen mit der Tatsache, daß für Wirtschaftskontrollen zuständige deutsche Behörden nicht vorhanden seien oder nicht funktionierten, würde ein Vakuum erzeugen, das zu völligem Chaos führen würde.

[10] *Morgenthau Diary (Germany)*, 1065; vgl. auch Boettigers Warnungen vor wirtschaftlichem Chaos v. 19. 12. 1944, *ebd.*, 788

[11] Vgl. z. B. die Aussprache mit McCloy u. a. v. 25. 4. 1945, *ebd.*, 1182 f

[12] die einzige Ausnahme war anscheinend der im März 1945 von Roosevelt zum amerikanischen Mitglied der Reparationskommission ernannte Isador Lubin, der aber von Truman bald durch Pauley ersetzte wurde.

[13] *Morgenthau Diary (Germany)*, 1184

[14] *ebd.*, 1076

[15] Anscheinend wollte Roosevelt aber, nach einer weiteren, allerdings nicht ganz klaren Bemerkung Claytons v. 22. 3. 1945 (*Morgenthau Diary*, 1072), die öffentlichen Versorgungsbetriebe aufrechterhalten.

[16] Über die von Morgenthau vorgeschlagene „Agrarreform“ und die Unmöglichkeit, auf eine derartige Weise die deutsche Ernährung sicherzustellen, vgl. unsere Bemerkungen zu Punkt 10.

[17] abgedruckt in *Congressional Records*, 91, A 5513

Sechsundzwanzigstes Kapitel

„9. KONTROLLE DER ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Während eines Zeitraums von mindestens zwanzig Jahren nach der Kapitulation sollen von den Vereinten Nationen geeignete Kontrollmaßnahmen, einschließlich der Kontrolle des Außenhandels und strengen Beschränkung der Kapitaleinfuhr aufrechterhalten werden, die dazu dienen, in den neu errichteten Staaten die Errichtung oder Ausdehnung von Schlüsselindustrien zu verhindern, die die Grundlage des deutschen militärischen Potentials bilden und andere Schlüsselindustrien zu kontrollieren.

Eine derartige Vorschrift fehlt in der Erstfassung. Eine entsprechende, aber textlich abweichende Fassung findet sich als Punkt 8 in der zweiten Fassung v. 4. Sept., wo eine Laufzeit von zehn Jahren vorgesehen war. Punkt 8 der dritten Fassung ist mit obigem Text identisch.

Negative Wirtschaftskontrollen

Im Gegensatz zum Außen- und Kriegsministerium war Morgenthau der Ansicht, Kontrollen der deutschen Industrie, insbesondere Schwerindustrie, garantierten keine Sicherheit gegen künftige deutsche Aggression. Derartige Maßregeln wären auch leicht zu umgehen und wären im Fall künftiger alliierter Meinungsverschiedenheiten wirkungslos (168). Es sei daher, wie besonders in unseren Erläuterungen zu Punkt 1 dargelegt, die Zerstörung des deutschen Kriegspotentials und insbesondere der Schwerindustrie erforderlich. Trotzdem seien auch nach Durchführung dieser Maßnahmen zahlreiche Kontrollen erforderlich, die besonders dazu dienen sollten, folgende Entwicklungen zu verhindern (174):

„*1. politische Bewegungen im Geiste militaristischer, nazistischer und pangermanistischer Traditionen;*
2. das Eindringen solcher Tendenzen in das Nachrichten- und Schulwesen;
3. die Schaffung von Einrichtungen für eine Aufrüstung;

4. die Verlegung von Stützpunkten deutscher Aggression ins Ausland mit dem Ziel, sie bei passender Gelegenheit in Deutschland neu aufzubauen; bereits errichtete Anlagen in Ländern, die mit dem Nazismus sympathisiert hätten, seien zu unterdrücken;
5. naturwissenschaftliche und industrielle Forschung, die zur Entwicklung neuer militärischer Hilfsmittel führen könnte."

Punkt 9 befaßt sich lediglich mit – negativen – Wirtschaftskontrollen. Wir gehen daher hier auf die in Ziff. 1 und 2 geforderten Kontrollmaßnahmen nicht ein.

Gutachten G

Gutachten G v. 10. Sept. 1944[1] dient der Erläuterung des Punkts 9. Wir geben es hier ungekürzt wieder:

„G. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft betreffende Kontrollen.
Ein System auf lange Sicht zur Kontrolle der strategischen Elemente der deutschen Wirtschaft sollte während eines langen Zeitraums, mindestens 20 Jahre, wirksam sein. Die zu kontrollierenden Elemente sind:
1. deutsche Auslandsguthaben, einschließlich Patente und Urheberrechte
2. der deutsche Außenhandel
3. Clearing- und Handelsabkommen mit andern Ländern
4. Kapitalein- und -ausfuhr
5. Industrien, die strategisches Material herstellen, außer solchen, für die Sondervorschriften bestehen
6. die deutsche Handels- und Fischereiflotte
7. die Binnenschiffahrt, z. B. Kanäle und Flüsse
Es ist erforderlich, die im Vorstehenden genannten strategischen Elemente der deutschen Wirtschaft zu kontrollieren, damit es den Deutschen unmöglich gemacht wird, durch ihren Gebrauch die verschiedenen Zweige ihrer industriellen und wirtschaftlichen Struktur für künftige militaristische und aggressive Ziele einzusetzen. Deutschland ist die führende Macht gewesen, die Zolltarife, Vorzugszölle, Devisenbewirtschaftung, Kontrolle des Durchgangsverkehrs, Einfuhrquoten, internationale Kartelle, Patente und Urheberrechte zu diskriminierenden und unlauteren Handelsmanipulationen seinen Nachbarn gegenüber gebraucht hat. Das war der Brennpunkt vieler wirtschaftlicher Mißstände und Handelskriege in den zwanziger und dreißiger Jahren."

Die Kontrollen des Punkts 9 sollen dazu dienen, in den gemäß Punkt 3, 7 zu errichtenden deutschen Staaten die Einrichtung oder Erweiterung von Schlüsselindustrien, die für das deutsche „militärische Potential" von grundlegender Bedeutung sind, zu verhindern und „andere Schlüsselindustrien" zu überwachen. Zum „militärischen Potential", welcher Ausdruck anscheinend mit dem von Morgenthau und Mitarbeitern später bevorzugten „Kriegspotential",

oder, wie in diesem Zusammenhang richtig gesagt werden sollte, „industriellem Kriegspotential" identisch ist, gehören vor allem die gemäß Punkt1 zu zerstörenden Industrien, insbesondere die Eisen- und Stahl-, die chemische und elektrische Industrie, oder wie Morgenthau stets wiederholte, die ganze Schwerindustrie.
Offenbar setzt daher Punkt 9 die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie voraus und sein Hauptzweck soll sein, den Wiederaufbau der Kriegs- und Schwerindustrie durch geeignete Kontrollen zu verhindern. Solche Kontrollmaßnahmen seien unvermeidlich, denn nur durch eine dauernde Unterdrükkung dieser Industrien könne einem Wiedererwachen teutonischer Raserei vorgebeugt werden (164). Solche Kontrollen seien leicht durchzuführen und benötigten kein großes Personal, denn Fabrikanlagen ließen sich leicht entdecken und unterirdische oder sonstige größere verborgene Werke zu errichten, sei fast unmöglich (178).

Kontrolle der leichten Industrie

Abgesehen von diesen, der Verhinderung der Neuanlage von schwerindustriellen Betrieben dienenden Kontrollen sind gemäß Punkt 9 noch „andere Schlüsselindustrien" zu kontrollieren, also offenbar Industrien, die fortbestehen sollen und es kann sich daher insoweit nur um Werke der leichten Industrie handeln. Wie sie kontrolliert werden sollen, hat Morgenthau nicht klar ausgesprochen. Ein früherer Entwurf zu Morgenthaus Buch hat sich aber auch mit dieser Frage befaßt:[2] Insbesondere müsse die Einfuhr von Rohstoffen und ihre Zuteilung an die leichte Industrie überwacht werden, und die alliierten Mächte müßten noch weitere „verwaltungsmäßige Lasten" zu solchen Zwecken auf sich nehmen, die nicht näher bezeichnet werden. Offenbar sollte auch der leichten Industrie – soweit sie überhaupt fortvegetierte – das Leben schwer gemacht werden. Einer der Gründe, die Morgenthau angeführt hatte, um die Zerstörung der Schwerindustrie zu rechtfertigen, war, ihre Kontrolle würde ein riesenhaftes Personal erfordern (178). Man muß daher fragen: Hätte die wirksame Kontrolle der leichten Industrie nicht ein ebenso großes Personal bedingt?

Zerstörung des deutschen Außenhandels

An Kontrollmaßnahmen werden auch die Kontrolle des Außenhandels und Maßnahmen zur Beschränkung der Kapitaleinfuhr auswahlweise genannt. Nicht nur alle Devisengeschäfte, sondern auch die Auslandskorrespondenz Deutscher seien, wie in Morgenthaus Buch ausgeführt wird, sorgfältig zu überwachen. Geschäftsverbindungen Deutscher mit ausländischen Firmen und eine

Beteiligung deutschen Kapitals an ausländischen Unternehmungen seien völlig zu unterbinden (179). Ebenso müsse es Ausländern unmöglich gemacht werden, sich an deutschen Betrieben zu beteiligen. Hierfür hätte schon die vorgesehene weitgehende Unterbindung der Einfuhr ausländischen Kapitals gesorgt. Vor allem müsse aber verhindert werden, daß deutsche, insbesondere schwerindustrielle Betriebe ins Ausland verlegt würden, wie das nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen sei. Da außerdem die „Unterdrückung" durch Deutsche kontrollierter industrieller Betriebe notwendig sei, sei die deutsche Grenze politisch und wirtschaftlich völlig abzuriegeln. Das sei auch darum nötig, damit es den Deutschen nicht gelinge, die Nachbarländer mit einem Netz von Agenten und Spionen zu überziehen, die als Geschäftsleute oder Techniker verkleidet seien.[3]

Wissenschaftliche Entwaffnung

Kontrollen zur Überwachung oder Verhinderung deutscher industrieller, technischer oder wissenschaftlicher Forschung sind in Punkt 9 nicht erwähnt. Da aber, wie aus unseren Bemerkungen zu Punkt 1 hervorgeht, Morgenthau auch eine „wissenschaftliche Entwaffnung" des deutschen „Aggressors" für erforderlich hielt und die Zerstörung oder Entfernung der großen Mehrzahl der deutschen naturwissenschaftlichen und technischen Forschungsanstalten vorgesehen hatte, mußte auch Vorsorge dafür getroffen werden, daß derartige Institute nicht wieder aufgebaut würden. Wie Morgenthau in seinem Buch darlegte, sei die Durchführung der erforderlichen Kontrollmaßnahmen im allgemeinen nicht schwierig. Zwar sei damit zu rechnen, daß die Deutschen heimliche Laboratorien errichteten. Da aber heute erfolgreiche naturwissenschaftliche Forschungsarbeit meist auf Team-Arbeit beruhe, die nicht leicht verborgen bleiben könnte, sei regelmäßig mit dem Erfolg der erforderlichen alliierten Sicherungsmaßregeln zu rechnen (73 f, 179).

Für die Kontrollen des Punkts 9 war eine „Mindest"-Dauer von 20 Jahren vorgesehen. Diese Frist hätte also beliebig verlängert werden können. Während gemäß Punkt 9 die Durchführung dieser Maßnahmen in den Händen der Vereinten Nationen liegen sollte, betonte Morgenthau in seinem Buch, sie sollte unmittelbar von den Alliierten ausgeübt werden.

[1] *Morgenthau Diary (Germany)*, 603

[2] *Princeton-Entwurf I*, Kap. IV: „The disarmament of Germany and military and economic controls are not enough", v. 20. 11. 1944, Ende.

[3] *Princeton-Entwurf I*, Kap. XIII „Controls over Germany" (undatiert)

Siebenundzwanzigstes Kapitel

„10. LANDWIRTSCHAFTLICHES PROGRAMM

Alle großen Güter sollen aufgeteilt und unter die Bauern verteilt werden und das System der Primogenitur und der Fideikommisse soll abgeschafft werden".

Morgenthaus Patentlösung zur Sicherstellung der deutschen Ernährung: Zerschlagung der Junkergüter

Punkt 10 der letzten Fassung war ursprünglich Abschnitt f des Punkts 5 der Erstfassung, der die Behandlung der Kriegsverbrecher und Sondergruppen betrifft. Er wurde von dort unverändert in Abschnitt G der Anlage B der zweiten und dritten Fassung übernommen. Der Ausdruck „Junker estates" der ersten drei Fassungen ist in Punkt 10 durch „large estates" ersetzt[1].

Mit der Forderung, den deutschen Großgrundbesitz und insbesondere die „Junker"-Güter zu enteignen, und in Kleinbauernstellen umzuwandeln, stand Morgenthau nicht allein. Das Schlagwort von der Gefährlichkeit der Junker entstammte der britischen Propaganda des Ersten Weltkriegs und wurde in den Vereinigten Staaten seit 1933 zu neuem Leben erweckt. Auch das amerikanische Außenministerium hat zum Zweck der Eliminierung des deutschen Militarismus die Zerstörung der „privilegierten Stellung" der „Junker" durch Zerschlagung ihrer Güter und deren Verteilung an Kleinbauern befürwortet.[2] Auch hier konnte daher Morgenthau an die Vorschläge anderer oberster Regierungsstellen anknüpfen.

In unseren Bemerkungen zu Punkt 8 haben wir dargelegt, daß das von Morgenthau vorgesehene Verbot von Hilfeleistungen an die Deutschen ein Verbot von Lebensmittellieferungen einschließen sollte und daher nach Meinung von Stimson, Hull und anderer den Hungertod für Millionen Deutsche bedeutet hätte.

Morgenthau sind diese Anklagen nicht entgangen. Zunächst hat er zu ihnen geschwiegen. In Kapitel IV seines Buchs hat er aber ausführlich zu ihnen Stellung genommen.[3] Wäre es richtig, meinte Morgenthau, daß dreißig Millionen Deutsche infolge der von ihm vorgesehenen Maßnahmen verhungerten, so könnte ihr Elend eine Gefahr für den Weltfrieden werden (48). Richtig sei jedoch, daß die beste Möglichkeit für die arbeitslos gewordenen Arbeiter, besonders der Schwerindustrie, bald zu einem angemessenen Lebensunterhalt zu gelangen, darin bestehe, daß sie sofort ihre eigenen Lebensmittel anbauen und nicht auf den Wiederaufbau der industriellen Riesenbetriebe warteten (49). Die Schaffung von Kleinbauernstellen auf den Junkergütern beanspruche sehr viel weniger Zeit als der Wiederaufbau der Kruppwerke (63). Deutschland habe die Arbeitskräfte und das Land, um seine Bevölkerung zu ernähren.[4] Deutschlands Zukunft liege auf dem bäuerlichen Boden (48). Die deutsche Industrie habe in den letzten Jahrzehnten, in denen Deutschland eine Gefahr für den Weltfrieden gewesen sei, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit so gefesselt, daß darüber die erstaunliche Stärke der deutschen Landwirtschaft fast übersehen worden sei (52). Leider sei aber die Verteilung des Grundbesitzes in Deutschland unglücklich und eine Agrarreform sei erforderlich. Ihre Ausführung sei Sache der Deutschen (50). Trotzdem war Morgenthau bereit, mit seinem Rat beizustehen: Weniger als 7000 Junkerfamilien seien 1938 Eigentümer von fast einem Viertel des deutschen landwirtschaftlichen Bodens gewesen und 34 000 Großgrundbesitzer hätten mehr als ein Drittel des landwirtschaftlich verwertbaren Lands zu eigen gehabt. Wir haben schon gehört, die Junker seien das Rückgrat des deutschen Militarismus und die größten Kriegshetzer in Europa, und jetzt werden wir vom ehemaligen Bauern Morgenthau belehrt, sie seien auch „unwürdige Landwirte“ (60). Infolge ihrer rückschrittlichen Methoden und der von ihnen durchgesetzten Schutzzollpolitik hätten sie nicht nur zum Ruin der deutschen Arbeiterschaft, sondern auch zu dem des Bauerntums beigetragen (58). Bei der Forderung auf Aufteilung der Junkergüter gingen daher die Interessen der Alliierten mit denen der deutschen Wohlfahrt Hand in Hand (58 f).

Die genannten 34 000 Großgrundbesitzer hätten 1938 von den ihnen gehörenden 37 000 000 Acre nur 12 720 000 (etwa 5 150 000 ha) in Bearbeitung gehabt. Werde ihr Land angemessen verteilt, so könnte der Besitz von Hunderttausenden von Kleinbauern mit Anwesen von weniger als 5 Acre zu vollen Bauernstellen ausgebaut werden. Oder falls 24 000 000 Acre in Stellen von 12 Acre aufgeteilt würden, könnten zwei Millionen Familien auf neuen Heimstätten angesiedelt werden. 12 Acre sei mehr, als was der durchschnittliche deutsche Vorkriegsbauer besessen habe (60).[5]

Punkt 10 verlangt die Verteilung der großen Güter „unter die Kleinbauern". Von einer Ansiedlung der arbeitslos gewordenen Arbeiter auf diesen Gütern war überhaupt nicht die Rede[6]. Die Vermutung liegt nahe, daß es Morgenthau anfangs nur darauf ankam, die „Junker" für ihre angeblichen militaristischen und pangermanistischen Machenschaften zu bestrafen, während die arbeitslos gewordenen Arbeiter, besonders die Ruhrarbeiter (auf die Morgenthau nicht gut zu sprechen war, weil sie „Instrumente der Aggression" herstellten) in Arbeitsbataillone gesteckt und nach Rußland oder Afrika verfrachtet werden sollten. Diese Auslegung allein entspricht dem Wortlaut des Punkts 10. Erst nachträglich scheint Morgenthau infolge immer zahlreicher werdender Proteste gegen künftige deutsche „Sklavenarbeit" auf den Gedanken gekommen zu sein, ein Teil der früheren Industriearbeiter könnte auf den „Latifundien" der „Junker" angesiedelt werden.[7]
Es ist auch einleuchtend, daß eine „Agrarreform", wie sie Morgenthau vorsah, nicht vor Ablauf einer Übergangszeit hätte Erfolg haben können. Außerdem war klar, daß die ehemaligen Industriearbeiter nicht ohne Umschulung als Arbeiter einschlafen und am nächsten Morgen als Bauern aufwachen würden. Auf diese Schwierigkeiten hat Assistant Secretary of State Clayton am 25. April 1945 in Gegenwart Morgenthaus nachdrücklich hingewiesen und hat darauf aufmerksam gemacht, daß auf aufgeteiltem Großgrundbesitz in den ersten Jahren meist bedeutend weniger produziert werde, als vor der Aufteilung der Fall gewesen sei.[8] Auf alle diese Schwierigkeiten ging Morgenthau, von einer Ausnahme abgesehen, in seinem Buch überhaupt nicht ein,[9] verkündete vielmehr, die Deutschen könnten sich ohne Lebensmittellieferungen von außen selbst ernähren. Es komme nur darauf an, die „Protektionswirtschaft" der Junker zu beseitigen. Dadurch würden Millionen deutscher Bauern von den Fesseln befreit, die bisher ihre Entschlußkraft gelähmt hätten. Nicht nur wären die Deutschen dann in der Lage, sich selbst zu ernähren. Sie könnten sogar zu der ungeheuren Aufgabe beitragen, das Gespenst des Hungers in ganz Europa zu bannen, das der von ihnen herbeigeführte Krieg verursacht habe (58).

Amtliche amerikanische und britische Sachverständigengutachten lehnen Morgenthaus landwirtschaftliches Programm ab

Auch Morgenthaus Vorschläge für eine deutsche „Agrarreform" sind von den Sachverständigen einmütig abgelehnt worden. Wir verweisen insbesondere auf die Denkschrift des Außenministeriums v. 5. Aug. 1944, wo dargelegt

wurde, im Weg einer Landreform könnten vielleicht eine Million Personen (nicht Familien!) zusätzlich auf dem Land untergebracht werden.[10] Demgegenüber kam ein amtliches Gutachten britischer Sachverständiger von Ende 1944 zum Ergebnis, unter Berücksichtigung des Verlustes von Ostpreußen und Oberschlesien könnten ungefähr 110 000 Bauernfamilien auf dem bisherigen Großgrundbesitz untergebracht werden. Die Übergangszeit werde aber schwierig sein und Aufwendungen von etwa sieben Milliarden Reichsmark für fünf Jahre erfordern.[11]

Weiter sei bemerkt: Nach Morgenthaus Plan sollte der Großgrundbesitz in Kleinbauernstellen von je 12 Acre (ca. 4,9 ha) aufgeteilt werden.[12] Diesen Vorschlag lehnte der erwähnte FEA-Bericht vom 17. Dezember 1945 ab, und zwar auf Grund eines Gutachtens des Agrarsachverständigen Herbert W. Parisius, das die Aufteilung des – verbliebenen – deutschen Großgrundbesitzes in Bauernstellen von 10–20 ha vorsah, was der Tatsache Rechnung trug, daß für eine deutsche „Ackernahrung" mindestens 7,8 bis 8 ha erforderlich sind, in zahlreichen Gegenden, namentlich im ehemaligen deutschen Nordosten wesentlich mehr.[13]

Wollte Morgenthau auch die Nutznießer seiner „Agrarreform" langsam verhungern lassen?

Es erhebt sich daher die Frage: Hat Morgenthau die von ihm geplanten Heimstätten absichtlich zu klein bemessen? Wollte er auch die Nutznießer seiner „Agrarreform" langsam verhungern lassen? War der Morgenthauplan ein Plan nicht nur zur Zerstörung der deutschen Wirtschaft, sondern auch zur Zerstörung des deutschen Volkes?

[1] Trotz geringfügiger textlicher Änderung wurde dadurch das Wesen der ursprünglichen Fassung erheblich geändert. Die entsprechenden Bestimmungen der ersten drei Fassungen stellten eine Strafbestimmung gegen die „Junker" dar, die auch unfähig sein sollten, öffentliche Ämter zu bekleiden. Dadurch, daß die Junkergüter (zweifellos entschädigungslos) enteignet würden, sollte der angeblich enorme politische Einfluß dieser „Kaste" gebrochen werden. Gemäß Punkt 10 der letzten Fassung (dessen Zusammenhang mit Punkt 11 „Kriegsverbrecher und Sondergruppen" gelöst ist), sind nicht nur Junkergüter, sondern der gesamte Großgrundbesitz zu enteignen und die Enteignung soll, wie sich aus dem Titel ergibt, ein „landwirtschaftliches Programm" darstellen.

[2] Vgl. insbesondere Denkschrift v. 31. 8. 1944, *Foreign Relations*, Bd. I, 278; 285

[3] Kap. IV. *„A future for Germany"* (48 ff). Ein früherer Entwurf zu diesem Kapitel v. 22. 2. 1945 (Princeton-Entwurf I, Kap. IV) trägt den Titel „30 000 000 Germans will not starve".

[4] Diese Ausführungen stehen im Widerspruch mit der wiederholt genannten Meldung des *Wall Street Journal* v. 23. 9. 1944.

[5] Morgenthau hat den Ausdruck „24 000 000 Acre" nirgends erläutert, was fast doppelt so viel ist, als was die Großgrundbesitzer 1938 angeblich landwirtschaftlich nutzten. Offenbar war in diese Zahl auch das Waldland eingerechnet, und Morgenthau betonte, viele Neusiedler müßten Bäume fällen, um sich eine Unterkunft zu bauen und „anschließend" müsse das abgeholzte Land gerodet werden, so daß Getreide auf ihm angepflanzt werden könne; ein hartes Handwerk, wie Morgenthau sachverständig hinzufügt (51). In seiner Rede v. 13. 12. 1945 wiederholte Morgenthau, sein Agrarprogramm bedeute auch das Abholzen von Wäldern, so daß genügend Heime für Neusiedler gebaut und anschließend die Wälder in Ackerland umgewandelt werden könnten. Wir haben auf Morgenthaus segensreiche Aufforstungsarbeiten im Staat New York hingewiesen. Deutschland sollte dagegen von seinen Wäldern offenbar völlig entblößt werden.

[6] Auch auf S. 60 seines Buchs spricht Morgenthau von einer Verteilung des Großgrundbesitzes an die Kleinbauern (zu denen vielleicht auch die landwirtschaftlichen Arbeiter gerechnet werden konnten, nicht aber arbeitslos gewordene Industriearbeiter). Auf S. 50 meinte er jedoch, fünf Millionen infolge Zerstörung der Schwerindustrie arbeitslos gewordene Arbeiter sollten auf dem durch Aufteilung des Großgrundbesitzes verfügbar gewordenen Land untergebracht werden. „Mit zwei Arbeitern auf die Familie" – welcher Ausdruck nicht erklärt wird – würde das zweieinhalb Millionen neue Bauernstellen ergeben. Falls es sich um „Heimstätten" von je 12 Acre handeln sollte, wären für diese neuen Siedlungen dreißig Millionen Acre erforderlich gewesen, sechs Millionen mehr, als nach Morgenthaus eigener Behauptung zur Verfügung standen. Die Kleinbauern, an die doch Punkt 10 ausschließlich dachte, wären bei einer solchen Regelung leer ausgegangen.

[7] Außerdem muß man fragen, falls der Großgrundbesitz unter die ehemaligen Industriearbeiter verteilt werden sollte, was wäre dann mit den Ostflüchtlingen, Volksdeutschen usw. geschehen, die doch nach Morgenthaus Vorschlägen ebenfalls heim ins Rumpf-Reich geschickt werden sollten? Für sie hätten offenbar nur Wälder im Staatsbesitz zur Verfügung gestanden und Exerzierplätze – die mitaufzuzählen Morgenthau nicht vergaß (60), sich aber keine Gedanken darüber machte, ob letztere nicht von den Besatzern benötigt würden. Außerdem könnten in „Millionen von Arbeitsjahren" Sümpfe (welche, wird nicht gesagt) trocken gelegt und Berge terrassiert werden (60).
Ein Teil der von Morgenthau mitgeteilten Zahlen scheint sich auf die Verhältnisse von 1938 zu beziehen, während Ostpreußen und ein Teil Schlesiens – welche Gebiete Morgenthau als „Wiege des Junkertums" bezeichnet hat – von Deutschland getrennt werden sollten. Außerdem war zur Zeit der Veröffentlichung seines Buchs (5. Oktober 1945) die Vertreibung der Deutschen östlich der Oder-Neiße-Linie in vollem Gang, was Morgenthau aber nicht veranlaßte, sein Zahlenmaterial auf den neuesten Stand zu bringen. Erst in seiner Rede v. 13. 12. 1945 (vgl. Anm. 5) machte er die Entdeckung, daß infolge unerwartet großen polnischen Gebietserwerbs das für eine „Agrarreform" zur Verfügung stehende Land nicht so umfangreich sei, wie er ursprünglich angenommen habe.

[8] *Morgenthau Diary (Germany)*, 1204. Der Texaner Clayton verwies hier besonders auf die Enteignungsgesetzgebung in Mexiko (die vor allem U.S.A.-Großgrundbesitz betroffen hatte, mit welcher Entwicklung Clayton, wie er sagte, intim vertraut war).

[9] Die Ausnahme war die Umschulung der Arbeiter. Der deutsche Arbeiter, meinte Morgenthau, habe ein engeres Verhältnis zum Land als die meisten sonstigen Arbeiter. Millionen von ihnen hätten Schrebergärten, die oft den Eindruck von kleinen Bauerngütern machten. Außerdem hätten die Nazis ihre jungen Leute jedes Jahr einige Wochen aufs Land geschickt. Das Zusammenwirken dieser und weiterer Umstände mache Millionen deutscher Arbeiter „fast" zu Bauern, noch ehe sie ihre Heimstätten erhalten hätten.

[10] *Foreign Relations 1944.* Bd. I, 310. Das Außenministerium ging damals davon aus, daß Ostpreußen, Danzig und ein Teil Schlesiens an Polen abgetreten würden (und daß die dortige deutsche Bevölkerung diese Gebiete zu räumen habe). Das stimmte mit den Amputationsforderungen des Punkts 2 des Morgenthauplans im Osten weitgehend überein.

[11] Woodward: aaO 475, Anm. 1. Das Gutachten fuhr fort, es sei nicht sicher, ob die Enteignung der Junker politisch zweckmäßig wäre, denn andere Bevölkerungsgruppen hätten Hitler genau so unterstützt. Das Gutachten wurde auf Ersuchen des britischen Außenministeriums nach Empfang von Morgenthaus „Denkschrift" vom 1. 11. 1944 ausgearbeitet.

[12] In *Princeton-Entwurf I,* Kap. IV, v. 22. 2. 1944 „30 000 000 Germans will not starve" war die Aufteilung des Großgrundbesitzes in Stellen von je 15 Acre vorgesehen. Die Verkleinerung von 15 auf 12 Acre ist nirgends erklärt.

[13] Zweifellos wußte das Morgenthau, denn er mußte von der Schule her das nach dem amerikanischen Bürgerkrieg geprägte Schlagwort „40 acres and a mule" kennen, was als Minimum für die Neger in den Südstaaten vorgesehenen landwirtschaftlichen Reformen betrachtet worden ist. Aus diesem Programm ist nichts geworden.

Achtundzwanzigstes Kapitel

„11. BESTRAFUNG VON KRIEGSVERBRECHERN UND BEHANDLUNG VON SONDERGRUPPEN

Vorschläge für die Bestrafung gewisser Kriegsverbrechen und die Behandlung von Naziorganisationen und gewisser Sondergruppen sind in Punkt 11 enthalten.

Zur Entstehungsgeschichte des Punkts 11

Punkt 11 enthält keine Angaben über die Bestrafung von Kriegsverbrechen und die Behandlung von Sondergruppen. Punkt 5 der ersten Fassung v. 1. Sept. hat sich jedoch eingehend mit der „Behandlung von Sondergruppen" (einschließlich SS usw.) befaßt. Punkt 9 der zweiten und dritten Fassung v. 4. und 5. Sept. (mit – sachlich – demselben Titel wie Punkt 11) lautet: „Es liegen Vorschläge zur Bestrafung von Kriegsverbrechen und Behandlung von Naziorganisationen und gewissen Sondergruppen in Anlage B bei[1]." Wahrscheinlich war ein solches Dokument auch dem hier zu besprechenden Punkt 11 beigefügt, denn dort wird auf ein solches „program" ausdrücklich verwiesen. Eine derartige Urkunde ist aber bisher nicht bekannt. Man darf jedoch annehmen, daß es mit den genannten Anlagen B v. 4. und 5. Sept. weitgehend übereinstimmt. Abschnitt G „Junkergüter" der Anlagen B kehrt in der endgültigen Fassung des Morgenthauplans mit unwesentlichen Änderungen als selbständiger Punkt 10 wieder. In der endgültigen Fassung der Anlage war daher Abschnitt G zweifellos nicht mehr vorhanden. Im übrigen dürfte aber die Anlage zu Punkt 10 mit den genannten Anlagen B weitgehend übereinstimmen. Anlage B v. 5. Sept. wird daher hier abgedruckt und anschließend besprochen.

Morgenthaus Vorschläge zur Bestrafung der Kriegsverbrecher werden hier zum erstenmal ausführlich erörtert

Anlage B
„Bestrafung gewisser Kriegsverbrechen und Behandlung von Sondergruppen
A. Bestrafung gewisser Kriegsverbrecher
(1) Erzverbrecher
Eine Liste der Erzverbrecher dieses Kriegs, deren offensichtliche Schuld von den Vereinten Nationen allgemein anerkannt wird, soll so schnell wie möglich angelegt und den zuständigen Militärbehörden übermittelt werden. Die Militärbehörden sollen hinsichtlich aller auf der Liste stehenden Personen folgendermaßen instruiert werden:
(a) Sie sollen so rasch wie möglich festgenommen und nach der Festnahme so rasch wie möglich identifiziert werden; die Identifizierung ist von einem Offizier im Generalsrang zu bestätigen.
(b) Wenn eine solche Identifizierung erfolgt ist, soll die identifizierte Person sogleich von einem aus Soldaten der Vereinten Nationen bestehenden Exekutionskommando erschossen werden.
(2) Gewisse andere Kriegsverbrecher
(a) Die Alliierte Militärregierung soll Militärkommissionen zur Aburteilung gewisser während dieses Kriegs gegen die Zivilisation begangener Verbrechen errichten. Sobald als praktisch möglich sollen Vertreter der befreiten Länder Europas in diese Kommissionen aufgenommen werden. Diese Verbrechen sollen solche Verbrechen umfassen, die im folgenden Abschnitt aufgeführt sind und solche weiteren Verbrechen, mit deren Aburteilung die Militärkommissionen von Zeit zu Zeit beauftragt werden.
(b) Jede Person, die verdächtig ist, (durch Erteilen von Befehlen oder auf andere Weise) den Tod eines Menschen in einer der folgenden Situationen herbeigeführt, verursacht oder an dessen Tötung teilgenommen zu haben, wird festgenommen und es wird von der in Frage kommenden Militärkommission raschestens gegen ihn verhandelt, außer wenn vor der Hauptverhandlung eine der Vereinten Nationen beantragt hat, daß die betreffende Person in ihren Gewahrsam überwiesen wird zwecks Aburteilung auf Grund ähnlicher Beschuldigungen wegen Straftaten, die in ihrem Hoheitsgebiet verübt worden sind:
(1) Der Tod ist durch eine vom Kriegsrecht verbotene Handlung verursacht;
(2) Das Opfer ist als Geisel zur Vergeltung für die Taten anderer getötet worden;
(3) Das Opfer erlitt den Tod infolge seiner Nationalität, Rasse, Hautfarbe, seines Glaubens oder politischen Überzeugung;
(c) Jede Person, die von den Militärkommissionen wegen eines in Abschnitt b

benannten Verbrechens verurteilt wird, wird mit dem Tod bestraft, es sei denn, daß die Militärkommissionen in außergewöhnlichen Fällen feststellen, daß mildernde Umstände vorliegen, in welchem Fall eine andere Strafart gewählt werden kann, einschließlich Verschickung nach einer Strafkolonie außerhalb Deutschlands. Nach Verurteilung soll das Urteil sobald wie möglich vollstreckt werden.

B. Gefangenenhaltung bestimmter Gruppen

(1) Alle Mitglieder folgender Gruppen werden gefangen gehalten, bis die Schuld jedes einzelnen bestimmt ist:

(a) der SS;

(b) der Gestapo;

(c) alle hohen Beamten der Polizei, SA und anderer Sicherheitsorganisationen;

(d) alle hohen Regierungsbeamten und Funktionäre der Nazipartei;

(e) alle führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die dem Nazismus eng verbunden sind.

6. Registrierung gewisser Gruppen

(1) Es soll so schnell wie möglich bekannt gegeben werden, daß folgende Personen verpflichtet sind, sich in eine von Beamten der Alliierten Militärregierung geführte Liste einzutragen:

(A) Alle Mitglieder der Nazipartei, der Gestapo, SS, SA und des Kraftfahrkorps;

(B) Funktionäre und alle, die eine besoldete Stellung in der Arbeitsfront, in Kraft durch Freude, der Hitlerjugend und der Organisation Todt innehatten;

(2) Die Form und Art der Registrierung werden von den Militärbehörden festgelegt.

(3) Unterlassung der Registrierung oder falsche Angaben bei der Registrierung stellen eine von den Militärkommissionen im Auftrag der Alliierten Militärregierung zu verfolgende strafbare Handlung dar und schwere Strafen, einschließlich Todesstrafe, werden vorgesehen.

D. Arbeitsbataillone

Abgesehen von der Frage festgestellter Schuld wegen eines besonderen Verbrechens stellt bloße Mitgliedschaft in der SS, der Gestapo und ähnlicher Gruppen den Grund für Einreihung in Zwangsarbeitsbataillone dar, die außerhalb Deutschlands Wiederaufbauarbeiten leisten.

E. Auflösung der Naziorganisationen

Die Nazipartei und ihre sämtlichen angeschlossenen Verbände wie Arbeitsfront, Hitlerjugend, Kraft durch Freude usw. sind aufzulösen und ihr Eigentum und ihre Akten sind einzuziehen. Jede Anstrengung muß gemacht werden, alle Versuche zu verhindern, sie als Untergrundorganisationen oder in verschleierter Form wiederaufleben zu lassen.

F. Verbot der Ausübung gewisser Vorrechte
Alle Mitglieder folgender Gruppen sind aus öffentlichen Ämtern zu entfernen und für unfähig zu erklären, öffentliche Ämter zu bekleiden oder als Redakteure, Lehrer oder Rechtsanwälte oder in leitender Stellung im Bankwesen, in der Industrie oder im Handel tätig zu sein:
(1) der Nazipartei;
(2) Nazifreunde, die durch Wort oder Tat das Naziprogramm erheblich gefördert haben;
(3) die Junker;
(4) Offiziere des Heeres und der Marine.
G. Junkergüter
Alle Junkergüter sind zu zerschlagen und unter die Bauern zu verteilen und die Systeme der Primogenitur und Fideikommisse sind abzuschaffen.
H. Auswanderungsverbot
(1) Es soll eine Bekanntmachung erlassen werden, auf Grund deren allen Einwohnern in Deutschland verboten wird, Deutschland, außer mit Genehmigung der Alliierten Militärregierung, zu verlassen oder zu versuchen, es zu verlassen.
(2) Jede Zuwiderhandlung gegen diese Bekanntmachung stellt eine von den Militärkommissionen der Alliierten Militärregierung zu ahndende Strafe dar und schwere Strafen, einschließlich Todesstrafe, werden vorgesehen.
(3) Alle erforderlichen Schritte sind von den Militärbehörden zu unternehmen, um alle derartigen Personen an der Ausreise (ohne Genehmigung) zu verhindern."
Morgenthaus Vorschläge zur Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher waren die weitaus extremsten, die von amtlicher amerikanischer Seite gemacht worden sind. In seinem Buch hat Morgenthau die Frage der Bestrafung der Kriegsverbrecher fast völlig ignoriert. In drei früheren Entwürfen zum Buch wird jedoch ihre Behandlung in besonderen Abschnitten erörtert. Wir ziehen diese hier heran, da sie die Schärfe von Morgenthaus geplantem Vorgehen zum Teil erklären[2].

Die Deutschen sind rückfällige Kriegsverbrecher

Dort wird u. a. ausgeführt: Der gegenwärtige Krieg sei nicht der erste verbrecherische Anschlag der Deutschen gegen den Weltfrieden. Schon in dem von ihnen angezettelten Ersten Weltkrieg hätten sie, mit dem Erzbösewicht Wilhelm an ihrer Spitze, die abscheulichsten Kriegsverbrechen begangen. Die Deutschen seien daher rückfällige Kriegsverbrecher. Der gegenwärtige Krieg mit seinen unbeschreiblichen Greueln sei nur eine schreckliche Fortsetzung dessen, was sie schon früher getan hätten. Die den Kriegsverbrechern nach dem

Ersten Weltkrieg gezeigte Milde habe diese ermutigt, einen neuen Krieg und noch größere Verbrechen zu planen.
Auch soweit es sich um die Bestrafung der Kriegsverbrecher handelt, konnte Morgenthau an zahlreiche amtliche amerikanische und alliierte Kundgebungen anknüpfen, insbesondere die von den Außenministern der Großen Drei am 30. Sept. 1943 vereinbarte Moskauer Erklärung[3]. Inzwischen hatte die EAC versucht, auf die Moskauer Erklärung gestützte Verfahrensgrundsätze für die Bestrafung solcher „major criminals“ auszuarbeiten, „deren Verbrechen geographisch nicht begrenzt sind“ und die durch „gemeinschaftliche Entscheidung der Alliierten gesühnt werden“ sollten. Sie war aber bis Sept. 1944 zu keinen Ergebnissen gelangt und Morgenthaus Vorschläge sollten auch dazu dienen, die Verhandlungen der EAC voranzutreiben. Morgenthaus prozeßrechtliche Forderungen spielten praktisch keine Rolle. Wir gehen daher nicht weiter auf sie ein, sondern beschäftigen uns vor allem mit dem von Morgenthau vorgesehenen materiellen Recht.

Die Erzkriegsverbrecher

Wir bemerken jetzt zu den einzelnen Vorschriften der Anlage B:
I. *Erzverbrecher.* Vielleicht wollte Morgenthau, auch was die „Erzverbrecher“ betrifft, an die Moskauer Erklärung anknüpfen. Alle Erzverbrecher sollten, Morgenthaus Absicht gemäß, in einer Liste namentlich aufgeführt werden. An einer „Liste führender Nazis“ hat das Kriegsministerium im Herbst 1944 gearbeitet und White teilte Morgenthau am 4. Sept. 1944 mit, ein Vertreter des Kriegsministeriums habe ihm gesagt, auf der Liste stünden etwa 2500 Namen. Dazu bemerkte Morgenthau, Stalin habe eine Liste von 50 000[4].

Morgenthaus Kriegsverbrecherliste

Morgenthau hat eine eigene Liste ausarbeiten lassen, die dem Präsidenten vor seiner Abreise nach Jalta zum Gebrauch auf der Konferenz überreicht werden sollte, welche Absicht dann aber nicht durchgeführt wurde[5]. Näheres über diese Liste ist nicht bekannt. Alle in ihr Genannten sollten nach Identifizierung ohne Gerichtsverhandlung erschossen werden. Vielleicht hatte Morgenthau insoweit auf Hulls Unterstützung gehofft, der Ende Okt. 1943 in Moskau erklärt haben soll, die Erzkriegsverbrecher sollten von einem Kriegsgericht summarisch abgeurteilt und am nächsten Morgen unter Trommelwirbel gehenkt werden[6].

Stimsons Entrüstung über Morgenthaus Erzverbrecher-Forderungen

Nach Stimsons Darstellung hat Morgenthau seine Forderung auf Erschießung der „Erzverbrecher" ohne Gerichtsverfahren am 6. Sept. 1944 auch im Kabinettkomitee für Deutschland in Gegenwart des Präsidenten erhoben, ist aber auf Stimsons erbitterten Widerstand gestoßen. Er habe, schrieb Stimson am 7. Sept. in sein Tagebuch, noch am gleichen Abend mit dem ihm befreundeten Richter am Obersten Bundesgericht Felix Frankfurter gesprochen und es sei ihm ein Trost gewesen, daß dieser, „ein Jude wie Morgenthau", die Angelegenheit mit ihm in völlig objektiver Weise erörtert und seinen Unwillen über Morgenthaus Forderung, die führenden Nazis ohne Gerichtsverhandlung erschießen zu lassen, zum Ausdruck gebracht habe[7]. Anscheinend hat Roosevelt Morgenthaus Forderung auf Erschießung der „Hauptkriegsverbrecher" ohne Gerichtsverfahren zunächst unterstützt, denn am 20. Sept. hat McCloy Stimson berichtet, er habe gehört, der Präsident habe sich in Quebec Churchill gegenüber „sehr entschieden" für die Hinrichtung der führenden Nazis nach Ergreifung eingesetzt[8].

Wahrscheinlich wollte Morgenthau viele Tausende,
darunter viele Unschuldige,
ohne Gerichtsverhandlung als Hauptverbrecher „liquidieren"

Stimsons Entrüstung richtete sich gegen die Erschießung der Erzkriegsverbrecher ohne Gerichtsverfahren. Der Personenkreis, der auf diese Weise „liquidiert" werden sollte, war zweifellos groß, denn andernfalls wäre Stimsons Reaktion nicht verständlich. Wahrscheinlich gibt uns daher Princeton-Entwurf II über Morgenthaus wahre Absichten Auskunft. Danach sollten „die verantwortlichen Organe der deutschen Regierung, die höheren Ränge der deutschen Wehrmacht, die Leiter der Polizei, der SS, SA und Gestapo und anderer Sicherheitsdienste, die leitenden Figuren im Geschäftsleben, in der Industrie und im Finanzwesen, im Erziehungswesen, in der Presse und im Justizdienst" als Erzkriegsverbrecher bestraft werden, denn „sie tragen die Hauptschuld an der Verschwörung, welche die Erde in Flammen gesetzt hat... Sie sind die Hauptverschwörer, die in der Weise behandelt werden sollten, wie es die Moskauer Erklärung vorsieht, durch gemeinsame Entscheidung der alliierten Regierungen". Unter diesen Umständen ist wahrscheinlich, daß Morgenthau seinen Begriff der „Erzverbrecher" von Anfang an auf die genannten Gruppen oder doch auf einen weiten Personenkreis hat anwenden wollen. Etwaige Listen hätten jederzeit ergänzt werden können[9].

II. *Gewisse andere Kriegsverbrecher.* Auch insoweit wollte Morgenthau nach Möglichkeit an die Moskauer Erklärung anknüpfen. Während jedoch gemäß dieser geographisch begrenzte Verbrechen „durch die Leute entschieden und abgeurteilt werden" sollten, „welche sie (die Deutschen) so schändlich behandelt haben", während also nationale Gerichte über diese Straftaten entscheiden sollten, wären die von Morgenthau in A 2 vorgesehenen Verfahren von internationalen Militärkommissionen durchzuführen gewesen, die Morgenthau besonders darum willkommen waren, weil solche aus Soldaten bestehende Tribunale sich weniger um juristisches Detail kümmern würden als Juristen-Gerichte[10].

Auch die „anderen Kriegsverbrecher" sollten gemäß 2 C, gleichgültig, ob es sich um Täter, Teilnehmer oder Gehilfen handelte, grundsätzlich mit dem Tod bestraft, mildernde Umstände sollten nur „in außergewöhnlichen Fällen" zugebilligt werden. Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Behandlung der „Erzverbrecher" und der der „anderen Kriegsverbrecher" hätte daher, vom Strafvollzug abgesehen, nicht bestanden, denn mildernde Umstände hätten nur ausnahmsweise zugebilligt werden können.

Versendung in eine Strafkolonie

In derartigen Fällen wäre auch „Verschickung in eine Strafkolonie außerhalb Deutschlands" zulässig gewesen. Näheres über diesen Vorschlag ist nicht bekannt[11].

Im einzelnen bemerken wir:

1. *Unter Verletzung des Kriegsrechts erfolgte Tötungen.* Da dieses Gebiet, selbst im Bereich der Haager Abkommen von 1899 und 1907 noch zur Zeit der Ausarbeitung des Morgenthauplans völlig umstritten war, gehen wir auf Einzelheiten nicht ein.

Ein Beispiel, wie Morgenthau das Kriegsrecht „anwenden" wollte

Es sei hier noch auf folgendes Beispiel verwiesen: Nach amtlicher, noch im Herbst 1944 geltender Auffassung der Vereinigten Staaten[12] war die warnungslose Versenkung feindlicher Handelsschiffe (soweit sie nicht feindliches Geleit in Anspruch nahmen usw.) durch U-Boote völkerrechtswidrig und wäre ein Kriegsverbrechen gewesen. Gemäß Morgenthaus Vorschlag wäre

in einem solchen Fall nicht nur der U-Boot-Kommandant, sondern auch die ganze Besatzung grundsätzlich mit dem Tod zu bestrafen gewesen.
Es sei hier nun noch auf das folgende Beispiel hingewiesen: Nach amtlicher, noch im Herbst 1944 geltender Auffassung der Vereinigten Staaten[12] war die warnungslose Versenkung feindlicher Handelsschiffe (soweit sie nicht feindliches Geleit in Anspruch nahmen usw.) durch U-Boote völkerrechtswidrig und wäre ein Kriegsverbrechen gewesen. Gemäß Morgenthaus Vorschlag wäre in einem solchen Fall nicht nur der U-Boot-Kommandant, sondern auch die ganze Besatzung grundsätzlich mit dem Tod zu bestrafen gewesen.
3. *Das Opfer hat den Tod infolge seiner Rasse erlitten.* Diese Vorschrift ist von besonderer Bedeutung, da auf diese Weise alle „während dieses Kriegs" außer- und innerhalb Deutschlands begangene Judenmorde zu bestrafen gewesen wären. Eine entsprechende Forderung hat Morgenthau anscheinend auch am 5. oder 6. Sept. 1944 im Kabinettskomitee für Deutschland erhoben.

Stimson hat Bedenken gegen Bestrafung der in Deutschland erfolgten Judenmorde durch nichtdeutsche Gerichte

Offenbar hat er bei dieser Gelegenheit die Anwendung dieser Bestimmung – dem Wortlaut zuwider – auch auf vor Kriegsbeginn erfolgte Judenmorde gefordert, denn Stimson hat in einer am 9. Sept. an den Präsidenten gerichteten Denkschrift ausgeführt:
„Es fällt mir sehr schwer, eine (juristische) Rechtfertigung dafür zu finden, daß Militärkommissionen diejenigen verfolgen und verurteilen sollen, die vor oder nach Kriegsbeginn an Ausschreitungen teilgenommen haben, die in keinem Zusammenhang mit den Kriegshandlungen stehen ... Es gibt ein Gebiet, in das, wie ich fürchte, ausländische Gerichte sich nicht einmischen können. Solche Gerichte wären in derselben Weise unzuständig, wie ausländische Gerichte unzuständig wären, diejenigen zu bestrafen, die in unserem Lande Lynchmorde begangen oder solche ungesühnt gelassen haben[13]."
Wenn Morgenthau auch die Bestrafung der vor Kriegsbeginn erfolgten Judenmorde (und weiterer Verbrechen) forderte, während sie sich, wie bemerkt, nur auf „während dieses Kriegs" begangene Handlungen beziehen sollte, war das für ihn nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn Deutschlands „Aggressionen" hatten nach seiner Ansicht nicht erst am 1. Sept. 1939 begonnen. Im Princeton-Entwurf II wurde daher auch die im März 1939 erfolgte Besetzung der Tschechoslowakei als „Kriegsverbrechen" bezeichnet.
III. *Festhaltung gewisser Kriegsverbrecher.* Diese Vorschrift ist, von der Überschrift abgesehen, mit Punkt 5, b der Erstfassung identisch. Der neue Titel ist aber für die Auslegung dieses Abschnitts von Bedeutung, denn durch ihn

werden die in B aufgeführten Personengruppen als Kriegsverbrecher abgestempelt und die hier aufgezählten fünf Gruppen sollten lediglich infolge Gruppenzugehörigkeit Kriegsverbrecher sein.

SS und Waffen-SS

Zu den in B aufgeführten Sondergruppen gehörte auch die SS. Am 7. Sept. 1944 unterrichtete White Morgenthau über eine Unterhaltung mit McCloy, in der dieser gefordert hatte, die Waffen-SS von der der SS zugedachten Behandlung auszunehmen, da die Waffen-SS-Leute „just soldiers“ (gewöhnliche Soldaten) seien. White meinte weiter, die von ihm in dieser Sache gehörten „deutschen Sachverständigen“ hielten McCloys Auffassung für „sträflichen Unsinn“ und White selbst fügte hinzu, nach seiner Überzeugung sei die Waffen-SS die SS-Elite, ihre Leute seien zäher und fanatischer als die übrigen und er charakterisierte sie endgültig mit dem amerikanischen Ausdruck „Gangster“[14].

Gefangenenhaltung der führenden, dem Nazismus eng verbundenen Persönlichkeiten

Wir erwähnen noch Gruppe E: Alle führenden, im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten, „die dem Nazismus eng verbunden sind“. Es brauchte sich also nicht um Parteimitglieder zu handeln. B, E war daher eine Generalklausel, die der Willkür Tür und Tor geöffnet, die „Eliminierung“ der deutschen Wirtschaftsführer und -sachverständigen ermöglicht und die von Morgenthau beabsichtigte Chaospolitik unvermeidlich gemacht hätte.

Zwangsarbeit Deutscher im Ausland

IV. *Arbeitsbataillone.* Über die SS vgl. auch 3, b. Morgenthau hatte schon am 28. Aug. 1944 zu White gesagt, es erhebe sich die Frage, ob nicht die ganze SS in einen andern Teil der Welt abgeschoben werden sollte, denn man könne die Konzentrationslager nicht für immer fortbestehen lassen. Die Sache solle so unbarmherzig wie möglich gemacht werden[15]. Die Gestapo „und ähnliche Gruppen“ sollten wie die SS behandelt werden. Der Ausdruck „ähnliche Gruppen“ ist anscheinend nie erläutert worden[16].

V. *Verbot der Ausübung gewisser Vorrechte.* Unter anderem sollten alle Mitglieder der Nazipartei und gewisse „Nazifreunde" aus öffentlichen Ämtern entfernt werden. SA-Leute usw., die nicht Parteimitglieder waren, wären sicher unter diesen Begriff gefallen[17]. Am 7. Sept. 1944 haben Morgenthau und White die Frage der Behandlung der Reichs- und Landesbeamten, denen zweifellos auch die Kommunalbeamten gleichgestellt werden sollten, mit McCloy erörtert. Aus McCloys Bemerkungen ergibt sich, daß Morgenthau nicht nur alle Beamten, sondern auch alle Angestellten, einschließlich Schreibgehilfinnen, falls sie Parteimitglieder oder „Nazifreunde" waren, aus dem öffentlichen Dienst entfernen wollte. McCloys Einwand, man könne nicht sofort jedes Parteimitglied entfernen. Es müsse ein Unterschied zwischen aktiven Mitgliedern und Mitläufern gemacht werden, alles andere würde die Vernichtung der Existenz von dreizehn Millionen Menschen bedeuten, machte auf Morgenthau keinen Eindruck und er erwiderte, es handle sich nicht um dreizehn, sondern höchstens um fünf Millionen[18]. Auch das Argument eines anderen Vertreters des Kriegsministeriums, der ganze deutsche Regierungsapparat werde im Fall der von ihm vorgeschlagenen Massenentlassungen zusammenbrechen und das Ergebnis werde Chaos sein, störte ihn nicht und er bestand weiter auf der Durchführung seines ganzen Programms[19].

Wie Offiziere und „Junker" an der Vorbereitung neuer Welteroberungspläne gehindert werden sollten

Über die „Junker", besondere Zielscheibe der britischen Propaganda im Ersten Weltkrieg und seit dem Frühjahr 1917 auch der Propaganda des Präsidenten Wilson, vgl. 7. Die ehemaligen Wehrmachtsoffiziere sollten nicht nur unfähig sein, öffentliche Ämter zu bekleiden, sondern sollten weiteren entehrenden Beschränkungen unterliegen und sollten ihrer Pensionsansprüche verlustig gehen. Dadurch werde ihr Elitestatus zerstört. Es werde so verhindert, daß sie sich neuen Welteroberungsplänen zuwendeten, wie sie das nach dem Ersten Weltkrieg getan hätten. Die Junker, das Rückgrat des deutschen Offizierkorps, würden weiter dadurch entmachtet, daß ihnen ihre Güter weggenommen würden[20].
VI. *Auswanderungsverbot.* Nicht nur die Auswanderung, sondern auch befristete Ausreise ins Ausland sollte grundsätzlich verboten sein. Zuwiderhandlungen sollten u. U. mit dem Tod bestraft werden[21].

Wir besprechen im Folgenden die von Morgenthau vom Okt. 1944 ab zur Bestrafung der Kriegsverbrecher vorgeschlagenen Maßnahmen. Wie bemerkt soll sich Präsident Roosevelt im September 1944 in Quebec Churchill gegenüber „sehr entschieden" für die Erschießung der „Naziführer" ohne Gerichtsverfahren ausgesprochen haben. Anfang 1945 informierte aber Roosevelts Sonderbeauftragter, Richter Samuel Rosenman, Morgenthaus Sachverständigen für Kriegsverbrecherfragen Josiah E. DuBois jr., daß dieser, ebenso wie das Kriegs- und Außenministerium der Auffassung sei, die Naziführer sollten nicht ohne Gerichtsverfahren hingerichtet werden[22]. DuBois arbeitete anschließend einen Vorschlag aus, der auch die Aburteilung der „Erzverbrecher" in einem vereinfachten Strafverfahren vorsah, außerdem sollte in besonderen Verfahren das verbrecherische Wesen von Verbänden wie der SS, Gestapo und weiterer Organisationen festgestellt werden. Die Rechtsgrundlage für letztere Verfahren sollte das in dieser Form dem deutschen Strafrecht unbekannte Rechtinstitut der „conspiracy" (Verschwörung) sein[23]. DuBois erklärte das von ihm vorgeschlagene Verfahren gegen die genannten Verbände Morgenthau am 19. Jan. 1945 folgendermaßen:
„Z. B., wenn die SS in einem solchen Verschwörungsprozeß (als verbrecherische Organisation) verurteilt ist, bedeutet das, daß jedes Mitglied schuldig ist. Dann bleiben nur zwei Fragen übrig: erstens, die Identifizierung der Mitglieder und zweitens die Straffestsetzung auf Grund bloßer Mitgliedschaft. Es wären gewisse Mindeststrafen ohne jedes weitere Strafverfahren zu verhängen oder es wird ein dem Rang des einzelnen Mitglieds entsprechend abgestuftes Strafensystem geben, aber es werden keine weiteren Einzelprozesse durchgeführt[24]."
DuBois hat diese Vorschläge in ein Schreiben eingearbeitet, das Morgenthau noch am 19. Jan. an Rosenman zwecks Weitergabe an den Präsidenten übersandt hat und das diesem auf der bevorstehenden Konferenz von Jalta als Verhandlungsgrundlage dienen sollte. Der Wortlaut des Schreibens ist nicht bekannt. Es soll aber vorgeschlagen haben, daß, falls die Verschwörungslehre zugrunde gelegt würde, auch „die Ermordung von Juden und von Angehörigen anderer Minderheiten der Achsenmächte" diesen Grundsätzen gemäß bestraft werden sollte[25].
Im Folgenden geben wir den von DuBois ausgearbeiteten Abschnitt zur Bestrafung der Kriegsverbrecher in dem in den *Harry Dexter White Papers* abgedruckten Entwurf zu Morgenthaus Buch *Germany is our problem* vom 16. Nov. 1944 ungekürzt wieder[26].

Eins der rachsüchtigsten amerikanischen Dokumente aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs

„XIII. Ich glaube, wir müssen alle Kriegsverbrecher streng und summarisch behandeln. Die elementare Gerechtigkeit verlangt, daß wir das aus denselben Gründen tun, die wir bei der Bestrafung gewöhnlicher Verbrecher zur Anwendung bringen. Die Gesellschaft hat aber einen tieferen, fundamentaleren Grund für die erbarmungslose Behandlung dieser Kriegsverbrecher, denn sie sind eine Herausforderung an unsere Zivilisation. Ebenso wie allgemein anerkannt ist, daß Deutschland militärisch entwaffnet werden muß, sollte man einsehen, daß es auch psychologisch und moralisch entwaffnet werden muß. Diese Kriegsverbrecher, die die Vorhut einer nationalen Anstrengung darstellen, das deutsche Volk zu entmenschlichen und zu brutalisieren und alle ‚niedrigeren' Völker zu zerstören, müssen vernichtet werden, wenn wir an das Herz der deutschen Frage vom psychologischen Standpunkt herangehen wollen. Ich schlage vor, daß die notorischen politischen, militärischen und Parteiführer und alle Mitglieder aller dieser Organisationen für organisierte Brutalität sofort verhaftet werden. Jeder (Verhaftete) sollte zu dem einzigen Punkt gehört werden, ob er tatsächlich Führer oder Mitglied einer dieser Organisationen war. Dann sollte diese ganze Gruppe in einem militärischen Riesenprozeß wegen Verschwörung zur Führung eines totalen Kriegs gegen die Zivilisation vor Gericht gestellt werden. Die Verhandlung sollte nicht länger als zwei oder drei Tage dauern und an ihrem Ende, dessen bin ich sicher, wird das Urteil: schuldig gesprochen werden und die Strafe auf Tod lauten. Nach der Verurteilung dieser notorischen Gruppen von Kriegsverbrechern zum Tode sollte das Urteil sofort vollstreckt werden, außer in Fällen, in denen mildernde Umstände eine gewisse Herabsetzung der Strafe wünschenswert erscheinen lassen. Nach Ausführung dieses schmutzigen, aber notwendigen Geschäfts würde ich vereinfachte Auslieferungsverfahren einführen, so daß Deutschlands vergewaltigte Nachbarn jenen Deutschen Gerechtigkeit widerfahren lassen können, die beschuldigt sind, während der Besatzungszeit auf ihrem Gebiet oder gegen ihre Gesetze Verbrechen begangen zu haben. Indem ich dieses Programm zur Bestrafung der Kriegsverbrecher unterbreite, möchte ich eine Warnung hinzufügen: So wichtig es für uns ist, die Kriegsverbrecherfrage in wirksamer Weise anzupacken, sollten wir bedenken, daß das nur ein kleiner Ausschnitt aus dem gesamten deutschen Problem ist und daß eine angemessene Behandlung der Kriegsverbrecher nicht als Ersatz für die angemessene Behandlung anderer Seiten der deutschen Frage betrachtet werden darf."

Planten Morgenthau-DuBois die Ausrottung der deutschen Offiziere und Soldaten des Zweiten Weltkriegs?

Anmerkung: Die Rechtsgrundlage für diesen Riesenprozeß sollte ebenfalls das Rechtsinstitut der Verschwörung bilden. Wie DuBois selbst hervorhebt, hätte es sich um ein „summarisches" Verfahren und daher um einen Scheinprozeß gehandelt, der die Grundsätze des Strafrechts in noch schlimmerer Weise verletzt hätte, als das oben besprochene Verfahren. In diesem Verfahren sollten nicht nur die Führer der politischen und militärischen Organisationen und die Parteiführer, sondern auch die „Mitglieder" dieser Organisationen abgeurteilt werden. Die einzige politische Organisation zu dieser Zeit war die Nazipartei (mit ihren angeschlossenen Verbänden) und unter Anwendung der für die Auslegung rechtserheblicher Urkunden geltenden Rechtsgrundsätze kann man lediglich zum Ergebnis kommen, daß außer den Parteiführern auch die (männlichen und weiblichen) Mitglieder der NSDAP als Kriegsverbrecher und grundsätzlich mit dem Tod bestraft werden sollten. Da in derselben Weise auch die „Führer" und „Mitglieder" der „militärischen Organisationen" behandelt werden sollten, ist zu folgern, daß DuBois in dieser Urkunde die Ausrottung nicht nur des deutschen Offizierkorps, sondern auch der Soldaten des Zweiten Weltkriegs angestrebt hat. Zweifellos handelt es sich hier um eines der rachsüchtigsten amerikanischen Dokumente aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, das alles in Anlage B (vgl. I) Gesagte weit in den Schatten stellt und das als versuchtes Genocid an einem erheblichen Teil des deutschen Volkes bezeichnet werden muß.

Noch eine Gruppe angeblicher Kriegsverbrecher: die deutschen Industriellen

Es sei hier noch auf eine Gruppe angeblicher deutscher Kriegsverbrecher hingewiesen, die in Anlage B nicht aufgeführt ist, die deutschen Industriellen und Finanzleute. Da schon Henry Morgenthau sen. 1918 behauptet hatte, an dem – nie stattgefundenen – Kronrat v. 5. Juli 1914 hätten auch die führenden deutschen Industriellen und Finanzleute teilgenommen und sie hätten den Welteroberungsplänen des Kaisers ihre Unterstützung zugesagt, füllte Morgenthau jr. wenn er die Bestrafung der Industriellen als Kriegsverbrecher forderte, lediglich seines Vaters Wein in neue Schläuche. Daß auch General Eisenhower, wahrscheinlich in Morgenthaus Gegenwart, im Sommer 1944 die Bestrafung „gewisser deutscher Industrieller" als Kriegsverbrecher für notwendig erklärt hat, ist schon betont worden und auf die Forderung des Zeitungsmanns Joseph Pulitzer vom Mai 1945, die deutschen Industriellen

und Finanzleute, müßten als Kriegsverbrecher hingerichtet werden, sowie auf die besonders gehässigen Angriffe der Senatoren E. Thomas und Kilgore auf die genannten Gruppen haben wir ebenfalls hingewiesen.
Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs bemächtigten sich zahlreiche amerikanische Linksradikale des Schlagworts von der besonderen Gefährlichkeit der deutschen Industriellen, so der uns bereits als eifriger Befürworter des Morgenthauplans bekannte Professor an der Jeshiva University New York, Max Lerner, der im Nazismus eine reaktionäre und gegenrevolutionäre Erscheinung erblickte. Hitler war nach seiner Auffassung (und der des Senators Thomas) lediglich das Werkzeug der Industriellen, die ihm zur Macht verholfen hätten und deren gefügiges Werkzeug er geblieben sei. Der deutsche Kapitalismus sei, wie Lerner dozierte, Monopolkapitalismus und treibe daher notwendigerweise zum Krieg. Man muß dem marxistisch geschulten Vielschreiber bestätigen, daß er Lenins Lehre vom imperialistischen Krieg eifrig studiert hat, die aber unter seinen Händen zu deutschfeindlicher Propaganda degenerierte. Noch wichtiger als die Zerstörung der deutschen Industrie war nach Lerners Meinung die Zerstörung der deutschen Industriellen als Klasse, eine Schicht, die der Naziideologie tief verfallen sei. Die Industriellen sollten daher ebenso behandelt werden wie die Heer- und Parteiführer, was doch wohl heißen sollte: das alles sind Hauptkriegsverbrecher, die man einen Kopf kürzer machen muß. Morgenthau selbst scheint während seiner amtlichen Laufbahn auf das angeblich verbrecherische Treiben der Industriellen nur kurz hingewiesen zu haben, hat aber die Notwendigkeit der Zerstörung der deutschen Industrie auch damit begründet, daß eine solche Maßnahme die gefährliche Klasse der Industriellen entmachten würde. Auch in seinem Buch kam Morgenthau auf das gefährliche Treiben der Industriellen nur kurz zu sprechen (12, 69). Im Princeton-Entwurf II wurden aber auch die „leitenden Gestalten der Industrie und des Bankwesens“ als Hauptkriegsverbrecher bezeichnet.
Am 18. Okt. 1945 erklärte der Privatmann Morgenthau, viele deutsche Industrielle und Finanzleute hätten die gemeinsten Nazi-Kriegsverbrechen begangen, wie die Ausplünderung der besetzten Gebiete und die Beschäftigung von Sklavenarbeitern. Die militärischen Erfolge der Nazis seien ihnen zum großen Teil zuzuschreiben, aber ihre Namen stünden trotzdem nicht auf der Kriegsverbrecherliste. Offenbar wollte sich Morgenthau damit Stalins These zu eigen machen, alle Industriellen, die russische Zwangsarbeiter beschäftigt hätten, seien Kriegsverbrecher.
Erneut leistete Senator Kilgore Morgenthau Sekundantenhilfe: Am 6. Okt. hatte er im Auftrag seines Unterausschusses eine Liste mit Namen von 42 Industriellen bekannt gegeben, die als Kriegsverbrecher bestraft werden sollten. Außerdem gab er bekannt, das Finanzministerium habe inzwischen die Machenschaften von 43 weiteren Industriellen untersucht und der Name eines

von ihnen, Krupp, stehe schon auf der Kriegsverbrecherliste. „Ich hoffe, daß die Namen der übrigen, darunter der des [achtzigjährigen] Hugenberg, ebenfalls auf die Liste gesetzt werden." Es ist anzunehmen, daß diese „Untersuchungen" schon vor Morgenthaus Rücktritt begonnen hatten, da sich dessen Nachfolger Vinson für diese Dinge nicht interessierte.

Auch Morgenthaus enger Mitarbeiter Bernstein hat sich nach seinem Ausscheiden aus dem Regierungsdienst wiederholt für die Bestrafung der deutschen Industriellen, insbesondere Großindustriellen als Kriegsverbrecher ausgesprochen. Man muß daher annehmen, daß auch diese Forderung einen wichtigen Bestandteil von Morgenthaus Deutschlandplanung darstellte[27],

[1] Die den Fassungen v. 4. und 5. 9. beiliegenden identischen Anlagen B wurden zum erstenmal in *Morgenthau Diary (Germany)*, 507 ff und 551 ff abgedruckt. In Blum III sind sie nicht erwähnt.

[2] Vgl. Princeton-Entwurf I, Kap. XI, „Punishment for war crimes and treatment of special groups" v. 16. 11. 1944 und Princeton-Entwurf II, Kap. V, „Punishment for war crimes" v. 25. 2. 1945; vgl. auch Abschnitt XIII (2706) des Kapitels II des in *Interlocking Subversion* (2693 ff) teilweise abgedruckten Entwurfs vom Winter 1944/45.

[3] abgedruckt in: *U.S. Foreign Relations 1943*, Bd. I, 768 f

[4] *Morgenthau Diary (Germany)*, 486 f. Bei Stalins angeblicher Liste handelte es sich wohl um eine Anspielung auf die auf S. 554 der *Teheran-Dokumente*, Stalin zugeschriebenen Bemerkungen v. 29. 11. 1943

[5] *ebd.*, 593

[6] Hull: *Memoirs*, 1282 f. Im Gegensatz zu Morgenthau wünschte also Hull ein summarisches Gerichtsverfahren.

[7] *Stimson Diaries*, 7. 9. 1944, 1, wo auch ausgeführt wird, Morgenthau habe diese Forderung in einem (bisher unbekannten) Schreiben an die Mitglieder des Kabinettkomitees geltend gemacht. In seiner Aufsatzreihe in der *New York Post* nahm Morgenthau am 28. 11. 1947, 2, zu dieser Angelegenheit, wie folgt, Stellung: „The other (issue) was the question of war criminals. The Treasury favored the execution of an agreed list of war criminals upon apprehension while Stimson favored trial by an international tribunal".

[8] *Stimson Diaries*, 20. 9. 1944

[9] Vgl. Anm. 6. *Princeton-Entwurf II* sah allerdings eine Art Scheinprozeß zur Aburteilung auch der „arch criminals" vor. Hierbei handelte es sich aber um eine spätere Entwicklung.

[10] so *Princeton-Entwurf I*. Im übrigen gehen wir auf Morgenthaus prozeßrechtliche Vorschläge nicht ein. In Princeton-Entwurf II wurde noch ausführlich erörtert, wie Auslieferungsverfahren im Fall von Personen, die in mehr als einem Land Verbrechen begangen haben, erleichtert und beschleunigt werden könnten.

[11] Es sei aber an Morgenthaus Vorschläge, Deutsche als Zwangsarbeiter nach Zentralafrika usw. zu senden, erinnert.

[12] Vgl. die als Anlage zu einer Denkschrift des Heeresanwalts im amerikanischen Kriegsministerium v. 30. 10. 1943 abgedruckte „Vorläufige Liste von Kriegsverbrechen", wo „the destruction of merchant ships and passenger vessels ... without

warning“ als Kriegsverbrechen aufgeführt ist. Da die Denkschrift nebst Anlage in *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 173, veröffentlicht ist, muß man annehmen, daß diese Grundsätze auch noch 1944 gültig waren.

[13] abgedruckt in *Stimson Diaries*, 9. 9. 1944

[14] *Morgenthau Diary (Germany)*, 556

[15] *Morgenthau Diary (Germany)*, 448. Offenbar wollte Morgenthau, wie auch aus weiteren Äußerungen geschlossen werden kann, die ganze SS usw., soweit ihre Mitglieder nicht mit dem Tod zu bestrafen waren, in die ehemaligen Konzentrationslager der Hitlerregierung stecken lassen. Das war anscheinend auch die Absicht anderer amerikanischer Regierungsstellen, denn in einer im Auftrag Eisenhowers am 13. 12. 1944 „dem deutschen Volk“ durch den Rundfunk übermittelten Erklärung wurde bekanntgegeben, in den Nazi-Konzentrationslagern würden nach Befreiung ihrer gegenwärtigen unschuldigen Insassen verhaftete Nazis interniert; vgl. NYT, 14. 12. 1944, 6, Sp. 2.

[16] Da außer den in D genannten Gruppen auch die infolge Zerstörung der Industrie arbeitslosen Arbeiter im Ausland Zwangsarbeit leisten sollten, fragt es sich, ob beide Klassen verschieden behandelt werden sollten. Morgenthau und Mitarbeiter haben sich hierzu zur Zeit der Ausarbeitung des Morgenthauplans nicht geäußert. Diese Frage war aber schon in der ECEFP-Denkschrift v. 14. 8. 1944 aufgeworfen worden und wurde im Frühjahr 1945 im IPCG-Ausschuß ausführlich erörtert.

[17] Die exemplarische Bestrafung oder Sonderbehandlung der Parteimitglieder und SA-Leute war von zahlreichen privaten amerikanischen Stellen gefordert worden, u. a. von dem Schriftsteller Earnest Hemingway, der die Sterilisierung aller SA-Männer gefordert haben soll; vgl. *Prevent World War III*, No. 6, 15

[18] *Morgenthau Diary (Germany)*, 559

[19] *ebd.*, 560 f

[20] Vgl. *Princeton-Entwurf II*, Kap. V

[21] Da gemäß Punkt 7 a, während der Zeit der Schließung der Universitäten „deutschen Studenten das Studium an ausländischen Universitäten nicht verboten sein“ sollte, muß man fragen, wie sie dorthin gelangen sollten.

[22] Vgl. Blum III, 397

[23] *Conspiracy* ist im angelsächsischen Recht eine zwischen zwei oder mehr Personen ausdrücklich oder stillschweigend eingegangene Übereinkunft zur Ausführung einer rechtswidrigen Handlung oder zur Herbeiführung einer rechtmäßigen Handlung mit unerlaubten Mitteln.

[24] *Morgenthau Diary (Germany)*, 892. Die Mitglieder der einzelnen Organisationen sollten also „verurteilt“ werden, ehe ihre Identität festgestellt war. Es hätte sich also um einen allen Grundsätzen des modernen Strafrechts widersprechenden Scheinprozeß gehandelt.

[25] Blum III, 398

[26] abgedruckt in *Interlocking Subversion*, 2706. An der Verfasserschaft von DuBois kann kein Zweifel bestehen.

[27] Über Lerners Forderung einer Bestrafung der deutschen Industriellen als Kriegsverbrecher siehe besonders seine Ausführungen in der Wochenschrift *The New Republic*, 30. 10. 1944, 353, 356. Über Morgenthaus Rede v. 18. 10. 1945 (vor Studenten der Universität Boston) vgl. NYT, 19. 10. 1945, 8, Sp. 2. Die Rede vom 8. 12. 1945 ist abgedruckt in *Congressional Records*, Bd. 91, A 5513; vgl. auch NYT, 9. 12. 1945, 20, Sp. 2. Über Kilgores Ausführungen v. 6. 10. 1945 vgl. NYT, 7. 10. 1945, 8, Sp. 4. Bernstein, der vor seinem Ausscheiden aus der Militärregierung auch mit der Untersuchung der angeblich verbrecherischen Machenschaften der deutschen Kartelle befaßt war und gegen zahlreiche deutsche Wirtschaftsführer scharf vorgegangen war, führte in seiner Rede v. 31. 1. 1946 (abgedruckt in *Congressional*

Record, Bd. 91, A 1425 f; A 1493 f) u. a. aus: „Die Washingtoner Direktive ordnete ausdrücklich die Verhaftung der führenden deutschen Industriellen und Finanzleute an. Unsere die deutschen Industrien und Banken betreffenden Erhebungen machten völlig klar, daß die führenden Industriellen und Bankleute die Hauptverschwörer (zur Herbeiführung) des deutschen Angriffskriegs waren. Diese Finanzleute und Industriellen taten alles, um dem Nazismus zum Sieg zu verhelfen, denn sie fürchteten die deutsche Arbeiterschaft und Demokratie. Nach der Machtergreifung durch die Nazis arbeiteten sie mit diesen zusammen, um die Macht des Dritten Reichs aufzubauen, um auf Krieg hinzuarbeiten und um Krieg zu führen. Diese Industriellen und Finanzleute verdankten der deutschen Aggression riesige Gewinne. In vielen Fällen waren diese Industrie- und Finanzführer der Nazipartei nicht eigentlich beigetreten, denn sie brauchten sich der offenkundigen Symbole des Nazismus nicht zu bedienen. Sie waren trotzdem aktive Partner der Nazis."
Weiter oben in seiner Rede (A 1425) hatte sich Bernstein besonders darüber beklagt, daß die künftigen amerikanischen Besatzungsoffiziere niemals gründlich gelehrt worden seien, das wirkliche Wesen von „Nazismus, Junkertum, preußischem Militarismus, deutschem big business und Pangermanismus" zu erkennen und diese Kräfte zu zerstören.

Neunundzwanzigstes Kapitel

„12. UNIFORMEN UND PARADEN

(a) Keinem Deutschen wird nach Ablauf einer angemessenen Frist nach Aufhören der Feindseligkeiten gestattet sein, eine militärische oder die Uniform einer militärähnlichen Organisation zu tragen.
(b) Nirgendswo in Deutschland dürfen militärische Paraden stattfinden und alle Militärkapellen werden aufgelöst".

„13. LUFTFAHRZEUGE

Alle Luftfahrzeuge (einschließlich Segelflugzeuge), gleichgültig ob Militär- oder Handelsflugzeuge, werden zwecks weiterer Verfügung beschlagnahmt. Keinem Deutschen soll erlaubt sein, ein Flugzeug zu bedienen oder bei dessen Bedienung zu helfen, einschließlich Flugzeuge im Eigentum ausländischer Interessen."

Roosevelts „drei Dinge" – Fremdkörper im Morgenthauplan

Die Punkte 12 und 13 gehen auf die erwähnten Bemerkungen Roosevelts v. 2. Sept. 1944 zurück. Insbesondere Punkt 12 ist ein Fremdkörper im Morgenthauplan. Beide Punkte werden daher nur kurz und zweckmäßigerweise zusammen besprochen.
Bei seiner Aussprache mit Roosevelt am 2. Sept. 1944 in Fishkill zeigte Morgenthau dem Präsidenten die Erstfassung des Morgenthauplans v. 1. Sept. und Roosevelt soll, als er diesen Text las oder überflog, gesagt haben: „Ich möchte wissen, ob die drei Dinge darin sind, die mich besonders interessieren". Nach Durchsicht des gesamten Dokuments habe der Präsident gesagt, was das für drei Dinge sind: nämlich: Deutschland darf nicht gestattet werden, Flugzeuge irgendwelcher Art zu haben, nicht einmal Segelflugzeuge und die (zivile) Luftfahrt in Deutschland sollte in den Händen anderer Länder liegen. Das zweite ist, niemand darf eine Uniform tragen und es darf kein Marschieren geben.

Das wird den Deutschen mehr als alles andere zeigen, daß sie besiegt sind"[1]. Dieser Vorschrift entsprachen die Punkte 10 und 11 der Fassung v. 4. Sept. Sie lauteten:

„10. *Das Tragen von Abzeichen und Uniformen*

A. Niemand in Deutschland (außer Mitglieder der Vereinten Nationen oder neutraler Länder) darf irgendwelche militärische, den Dienstgrad oder die Waffengattung betreffenden Abzeichen oder militärische Orden und Ehrenzeichen tragen.

B. Keine solche Person wird nach Ablauf von – Monaten nach Einstellung der Feindseligkeiten berechtigt sein, irgendwelche militärische Uniformen oder die Uniform militärähnlicher Organisationen zu tragen.

11. *Das Verbot von Umzügen, Nazifahnen und dergleichen*

A. Umzüge (gleich ob militärisch, politisch, zivil oder sportlich) sollen nirgendwo in Deutschland gestattet werden. Alle Militärkapellen werden aufgelöst und keiner Musikkapelle sollte gestattet werden (während eines Zeitraums von – Jahren), durch die Straßen Deutschlands zu marschieren.

B. Alle Fahnen und andern Schaustücke der Naziorganisationen werden eingezogen. Ein Teil soll zur Verteilung an ausländische Museen bereitgestellt werden; die übrigen werden zerstört (es soll keine öffentliche Zurschaustellung von Nazifahnen oder -abzeichen oder von Reichsfahnen gestattet sein)[2].

Am 9. Sept. sagte White, als er Morgenthau die Änderungen erklärte, die die Fassung v. 5. Sept. inzwischen durchgemacht hatte: „Eine (Änderung) besteht darin, daß wir den Abschnitt über die Abzeichen gestrichen haben. Wir ließen nur das die Uniformen Betreffende stehen.[3]

Zerstörung der deutschen Flugzeugindustrie – eine alte Rooseveltsche Forderung

Die Punkte 12 v. 4. und 5. Sept. stimmten mit Punkt 13 der endgültigen Fassung inhaltlich überein. Die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Entfernung aller Flugzeuge, einschließlich Handelsflugzeuge, und das Erfordernis der Zerstörung der deutschen Luftfahrtindustrie hätte sich schon aus Punkt 1 ergeben, da militärisch verwendbare Flugzeuge als Kriegsmaterial und die Flugzeugindustrie, vom Standpunkt des Morgenthauplans, als Rüstungsbetriebe betrachtet werden mußten[3]. Die praktische Bedeutung des Punkts 13 wäre sehr gering gewesen. Lediglich das Verbot der Herstellung und des Gebrauchs von Segelflugzeugen war dem Punkt 1 gegenüber neu.

Roosevelts Haltung entsprach einer von ihm seit langem vertretenen Ansicht, die vielleicht auf eine Anregung von Anthony Eden zurückgeht. Am 2. oder 3. Sept. 1943 sagte der Präsident zu Kardinal Spellman, Deutschland dürfe in Zukunft weder eine Luftflotte noch eine zivile Luftfahrt haben und keinem Deutschen dürfe gestattet werden, das Fliegen zu lernen[4]. Am 11. Nov. erklärte er vor hohen amerikanischen Beamten, Deutschland (sowie Japan und Italien) sollten nach dem Krieg keine Flugzeugindustrie und keine zivile Luftfahrt besitzen. Die Teilnahme dieser Länder am internationalen Luftverkehr werde auf die Unterhaltung von Flughäfen und dergleichen beschränkt sein. Die Deutschen dürften in Zukunft keine anderen Flugzeuge haben als Kinderspielzeuge.[5] Noch am 20. Okt. 1944 schrieb der Präsident an Hull, die Entmilitarisierung Deutschlands müsse alles einschließen, was mit der Luftfahrt zu tun habe[6]. Roosevelt scheint lange geglaubt zu haben, die Zerstörung der deutschen Flugzeugindustrie (aber nicht der Industriegebäude), zusammen mit Zerstückelung und Annexionen werde einen genügenden Schutz gegen künftige deutsche Aggression darstellen.

[1] Vgl. Blum III, 332, und Morgenthau in *New York Post*, 28. 11. 1947, 2

[2] Die entsprechenden Punkte 10 und 11 der Fassung v. 5. 9. enthalten dieser Fassung gegenüber geringfügige Änderungen; vgl. *Morgenthau Diary (Germany)*, 550

[3] Die schon erwähnte, anscheinend von McConnell angefertigte Niederschrift vom 4. 9. 1944, enthielt in 1. den Vorschlag: „(g). Scrap airplane plants and prohibit construction and operation of airplanes by the Germans"; *ebd.*, 518. Auf Grund des Punkts 1 wären zweifellos auch die in Frage kommenden Fabrikgebäude zu zerstören gewesen, während Roosevelt an eine derartige Maßnahme sehr wahrscheinlich nicht gedacht hat.

[4] Gannon, aaO, 224

[5] *Teheran-Dokumente*, Bd. I, 358

[6] *Foreign Relations 1944*, Bd. I, 358

Dreißigstes Kapitel

„14. DIE VERANTWORTUNG DER VEREINIGTEN STAATEN

Obwohl die Vereinigten Staaten in allen internationalen Kommissionen militärisch und zivil voll vertreten sein müssen, die zum Zweck der Durchführung des ganzen Deutschlandprogramms errichtet werden mögen, sollte die Hauptverantwortung für die militärische Überwachung und die Zivilverwaltung in Deutschland den Streitkräften der kontinentalen Nachbarn Deutschlands zustehen. Genau gesagt, sollten zu diesen Streitkräften russische, französische, polnische, tschechische, griechische, jugoslawische, holländische und belgische Soldaten gehören.
Unter diesem Programm könnten die Truppen der Vereinigten Staaten innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zurückgezogen werden.“

Punkt 14 entspricht den sehr viel längeren Punkten 10 der ersten und 13 der zweiten und dritten Fassung. White sagte am 9. Sept. zu Morgenthau: „Wir haben (in der letzten Fassung) viel von dem die Verantwortung der Vereinigten Staaten betreffenden weggelassen. Wir kürzten das und sagten lediglich, daß sie (die Vereinigten Staaten) an der Verwaltung (Deutschlands) teilnehmen sollten, daß aber unser Programm die sehr rasche Zurückziehung der amerikanischen Truppen gestatten würde.[1]

Die beiden Abschnitte der militärischen Besetzung Deutschlands

Die entsprechenden Vorschriften der früheren Entwürfe sind zur Auslegung des Punkts 14 und zum Verständnis von Morgenthaus Absichten wichtig. Danach sollte die militärische Besetzung Deutschlands durch die Alliierten in eine erste Periode der Besetzung durch die alliierten Hauptmächte (Vereinigte Staaten, Sowjetunion, England) und in eine zweite, längere Periode geteilt werden, in der die militärische Besetzung von den kontinentalen Nachbarn Deutschlands durchgeführt wird. In der anscheinend kurzen, ersten Periode hätte die „De-

militarisierung", d. h. vor allem die De-Industrialisierung zu erfolgen. Im zweiten Zeitabschnitt von unbestimmter Dauer sollten die sonstigen vom Morgenthauplan vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt werden.
Ein wesentlicher sachlicher Unterschied zwischen den drei ersten und der letzten Fassung des letzten Punkts des Morgenthauplans besteht nicht.

Die amerikanischen Truppen sollten aus Deutschland möglichst rasch zurückgezogen werden

In seinem Buch vertrat Morgenthau, was die künftige Rolle der Amerikaner in Deutschland betrifft, denselben Standpunkt wie in den ersten drei Fassungen: Die Aufgaben, die die amerikanischen Besatzungstruppen durchzuführen hätten, seien nicht von langer Dauer. Sie sollten an der völligen Entwaffnung des ehemaligen Reichs teilnehmen und die Demontage der Schwerindustrie beschleunigen. Damit seien ihre Aufgaben erfüllt. Sie sollten dann möglichst rasch durch Truppen europäischer Alliierter ersetzt werden. Die einzigen Amerikaner, die in Deutschland bleiben sollten, seien Mitglieder der Kommissionen, die mit der Kontrolle des Landes befaßt seien, zusammen mit technischem Personal, das die Beschlüsse der Kommissionen auszuführen habe. Nach Durchführung der Demontagen und der Entwaffnung sollten die Amerikaner den Truppen der europäischen Verbündeten Platz machen (192). Ebenso wie die Amerikaner sollten auch die Kanadier und alle andern überseeischen Kontingente, einschließlich der Kolonialtruppen, aus Deutschland zurückgezogen werden.[2]

Gründe für diesen Vorschlag Morgenthaus

Auch über die Gründe, warum die amerikanischen Truppen möglichst rasch aus Deutschland zurückgezogen werden sollten, hat sich Morgenthau in seinem Buch geäußert: Schon nach dem Ersten Weltkrieg seien die amerikanischen Besatzungstruppen einem wahren Hagel deutscher Propaganda ausgesetzt gewesen. Es sei anzunehmen, diesmal werde die Propaganda noch intensiver sein. Die jungen Rekruten, die die Kampftruppen in Deutschland ablösen würden, seien naiv und unerfahren im Bereich des internationalen Banditentums und seien als Wächter in der deutschen Besserungsanstalt nicht brauchbar (200), vor allem, wenn sie das Hungerelend in Deutschland sehen, das außerordentlich sein werde. Soldaten aus Deutschlands Nachbarländern dagegen, in deren Herzen die Erinnerung an fünf Jahre deutscher Hungerpolitik lebe, würden auf deutsche Propagandatricks nicht hereinfallen und wären

eher bereit, ein realistisches Programm zur Verhinderung neuer deutscher Aggression durchzuführen (192).
Wenn Morgenthau eine kurze amerikanische Besatzungszeit vorschlug, stand seine Haltung im Einklang mit der des Präsidenten, der wiederholt der Überzeugung Ausdruck gegeben hat, der amerikanische Isolationismus werde sofort nach dem Zweiten Weltkrieg, wie seinerzeit nach dem Ersten, mächtig erstarken, weswegen eine baldige Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Europa ins Auge zu fassen sei. Am 18. Nov. 1944 schrieb er Churchill, die Soldaten seines Landes müßten nach der Kapitulation Deutschlands so schnell nach den Vereinigten Staaten zurückgesandt werden, wie das der zur Verfügung stehende Schiffsraum erlaube[3].
Am 5. Febr. 1945 beantwortete er in Jalta Churchills Frage, wie lange die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland blieben, in Stalins Gegenwart dahin: „Zwei Jahre wäre das Äußerste".[4] Ebenso wurde eine rasche Zurückziehung der amerikanischen Truppen nach der deutschen Kapitulation auch von Kreisen gefordert, die dem Morgenthauplan gänzlich fern standen, wie von dem uns bereits als Feind des Morgenthauplans bekannten Senators Edwin C. Johnson, der am 29. Sept. 1944 gefordert hat, die Vereinigten Staaten sollten nach der Herstellung geordneter Verhältnisse in Deutschland, ebenso wie die Sowjetunion und Großbritannien, ihre Truppen von dort zurückziehen und sich mit der Unterhaltung eines Stabs von je 10 000 „Beobachtern" begnügen.[5] Zweifellos kannte Morgenthau Roosevelts Haltung und diese „neoisolationistischen" Strömungen, denen er gänzlich fernstand, die er aber für seine Zwecke auszubeuten suchte.
Nach Ablauf der in den drei ersten Fassungen der hier in Frage kommenden Vorschrift vorgesehenen kurzen ersten Phase der Besatzungszeit sollten die amerikanischen (und britischen) Truppen aus Deutschland und dem europäischen Kontinent zurückgezogen und die Überwachung Deutschlands von da ab von „russischen, französischen, polnischen, tschechischen, griechischen, jugoslawischen, norwegischen, holländischen und belgischen" Kontingenten durchgeführt werden, obwohl die Russen, Jugoslawen, Griechen und Norweger ebenso wie die Belgier und Holländer keine unmittelbaren Nachbarn der beiden neuen deutschen Staaten gewesen wären. Es ist klar, daß der Einfluß der Sowjetunion in einem solchen Besatzungsregime überwältigend gewesen wäre.

„Policing the world": eine Lieblingsidee Roosevelts

Aber vielleicht durfte Morgenthau auch insoweit auf das Verständnis des Präsidenten hoffen, denn sein Vorschlag paßte zu einer Lieblingsidee Roosevelts: Policing the World. Danach sollten in Zukunft, wie Roosevelt häufig

ausgeführt hat, vier oder fünf große Länder die Welt als „Polizisten“ überwachen, während anscheinend alle anderen Länder mehr oder wenig weitgehend entwaffnet werden sollten. Es ist bekannt, daß Roosevelt längere Zeit auch an die Entwaffnung Frankreichs gedacht hat.[6] Wir führen hier zwei weniger bekannte Äußerungen zu diesem Steckenpferd des Präsidenten an: Am 5. April 1943 soll er gesagt haben, die Schwierigkeiten einer polizeilichen Weltüberwachung seien nicht unüberwindlich. China würde Asien überwachen; Afrika würde von Großbritannien und Brasilien gemeinsam überwacht. Letzteres sei zu dieser Aufgabe infolge räumlicher Nachbarschaft mitberufen. Die Vereinigten Staaten würden „die Amerikas“ unter ihren Schutz nehmen und würden die Erhaltung des Friedens in Europa England und Rußland überlassen.[7] Anfang September 1943 sagte der Präsident zu Kardinal Spellman, die Welt werde nach dem Krieg in Interessensphären aufgeteilt. China erhalte den Fernen Osten, die Vereinigten Staaten den Pazifischen Raum und Rußland und England erhielten Europa und Afrika. Da aber England vorwiegend koloniale Interessen habe, müsse man annehmen, Rußland werde in Europa die ausschlaggebende Rolle spielen. Die Vereinigten Staaten würden dort wohl nur geringen Einfluß haben. Er hoffe, die Intervention Rußlands in Europa werde nicht allzu hart sein. Aber vielleicht seien das Wunschträume.[8] Roosevelts Gedanke des policing the world war also nichts anderes als eine Anregung, die Welt in vier oder fünf große Einflußgebiete aufzuteilen, und die Sowjetunion wäre auf dem europäischen Kontinent der Haupt- und vielleicht der einzige Polizist gewesen. Auf alle Fälle wäre unter einer solchen Regelung ganz Deutschland sofort unter sowjetrussischen Einfluß geraten.

Wenn wir gesagt haben, zur Zeit des Bekanntwerdens des Morgenthauplans hätten die meisten Amerikaner auf eine langdauernde freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gehofft, hatte sich diese Sachlage im Oktober 1945, dem Zeitpunkt der Veröffentlichung von Morgenthaus Buch, wesentlich geändert. Die Errichtung und Konsolidierung kommunistischer Regimes in Osteuropa und auf dem Balkan beunruhigte immer weitere Kreise. Inzwischen waren auch die Besatzungszonen in Deutschland festgesetzt. Präsident Truman war in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung entschlossen, die amerikanische und britische Zone nicht unter sowjetrussischen Einfluß geraten zu lassen. Trotzdem sah aber der Privatmann Morgenthau nichts von diesen Gefahren und schilderte die amerikanisch-sowjetrussischen Beziehungen in seinem Buch in den rosigsten Farben.[9]

U.S.-Senatoren hielten Morgenthauplan für Teil einer kommunistischen Weltverschwörung

Die Mitglieder des Unterausschusses für Innere Sicherheit des Rechtsausschusses des Senats sollen dem Punkt 14 ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet und gefragt haben: War die Regelung, die hier vorgeschlagen wurde, nicht gerade das, was die Sowjetunion wünschte? Und, so sollen sie weiter gefragt haben: Wenn H. D. White (der von diesem Ausschuß anscheinend einmütig als Urheber und Verfasser des Morgenthauplans betrachtet wurde) auf diese Weise den europäischen Kontinent dem Kommunismus ausliefern wollte, ist das nicht ein weiterer Beweis dafür, daß White tatsächlich Sowjetspion gewesen ist?[10]. So einfach ist aber die Sachlage nicht, denn wie wir gesehen haben, hat Präsident Roosevelt längere Zeit mit Gedanken gespielt, die, man möchte sagen, zwangsläufig zur Errichtung einer Sowjetdiktatur in Europa geführt hätten, Bestrebungen, die hinterher von den genannten Senatoren als landesverräterisch angeprangert worden sind.

Wollte Morgenthau Deutschland dem Sowjet-Kommunismus ausliefern? – Und unter welcher Bedingung?

Liegt es daher nicht nahe, anzunehmen, daß Morgenthau sich der genannten Ideen Roosevelts bedienen wollte, um Deutschland dem russischen Kommunismus auszuliefern, weil er hoffte, Stalin möchte bereit sein, seinen Deutschlandplan bis zum letzten Buchstaben auszuführen?

[1] *Morgenthau Diary (Germany)*, 594

[2] Das hätte auch die Ausschließung britischer Truppen bedeutet, vielleicht, weil Morgenthau den britischen „Torys" mißtraute und weil Penrose am 12. 8. 1944 seine Frage, ob die Briten ein rachsüchtiges Volk seien, verneint hatte. Vgl. Penrose: aaO, 245

[3] *Jalta-Dokumente*, 286

[4] *ebd., 628.* Wenn Roosevelt bei dieser Gelegenheit noch betonte, er könne zwar den Kongreß und das amerikanische Volk dahin bringen, (mit den übrigen Mächten) für den Frieden zu arbeiten, aber er könne sie nicht überreden, auf lange Zeit eine Armee in Europa zu unterhalten, hat er die damalige Stimmung in den Vereinigten Staaten vielleicht richtig beurteilt. Andererseits hat sich Harry Hopkins Anfang 1945 in einem Aufsatz in *The American Magazine* für eine dauernde Besetzung Deutschlands und Japans durch die Vereinigten Staaten ausgesprochen, da in beiden Ländern schon mächtige Gruppen am Werke seien, einen neuen Krieg vorzubereiten, um die Vereinigten Staaten zu erobern. Außenminister Hull hat Ende 1944 Roosevelt eine

Besatzungszeit in Deutschland von 25–50 Jahren vorgeschlagen. Vgl. Hull, *Memoirs*, 1617

[5] *Chicago Tribune*, 30. 9. 1944, 1, Sp. 5

[6] Vgl. u. a. *Foreign Relations 1943*, Bd. III, 17; Hull: *Memoirs*. 1641 f

[7] Hassett: aaO, 166

[8] Gannon: aaO, 222

[9] *Germany is our problem*. Kap. IV: „Germany as an anti-Russian smoke screen". 89 ff

[10] Vgl. *The United States News and World Report*, 11. 12. 1953, 44

SCHLUSS

Der Morgenthauplan – ein kunstvolles Gebilde

Wir haben die Vorschriften, aus denen der Morgenthauplan sich zusammensetzt, der Reihe nach untersucht. Es genügt aber nicht, einen der vierzehn Punkte des Morgenthauplans nach dem andern zu betrachten, um sich ein Bild von dessen wahrem Wesen zu machen. Wir haben Morgenthaus Deutschlandplan ein kunstvolles Gebilde genannt. Alle seine Forderungen – mit Ausnahme der auf Roosevelt zurückgehenden Punkte 12 und 13 – waren in kluger Weise aufeinander abgestimmt. Wir versuchen jetzt, das geistige Band zu entfalten, das sie zusammenhält.
Die oberste Forderung des Morgenthauplans war die Zerstörung sämtlicher industriellen Betriebe und aller Bergwerke im Ruhrgebiet und in der gemäß Punkt 4 zu errichtenden internationalen Zone, die fast ganz Nordwestdeutschland umfaßt hätte.

Nochmals: das „Geisterland" Ruhrgebiet

Dieses ganze Gebiet wäre nach Durchführung der von Morgenthau vorgesehenen Zerstörungen ein riesenhaftes, von Bulldozern eingeebnetes „Terrain" gewesen, eine von landwirtschaftlichen Oasen unterbrochene Einöde, also eben das „Geisterland", von dem Morgenthau am 4. Sept. 1944 seinen Mitarbeitern gegenüber mit bezug auf das Ruhrgebiet gesprochen hat.[1]

Weitere vorgesehene Zerstörungsmaßnahmen

Hinzugekommen wäre gemäß Punkt 1 die Zerstörung der Schwerindustrie, vielleicht weiterer Industriezweige und vielleicht auch zahlreicher Bergwerke in den gemäß Punkt 3 zu errichtenden beiden Staaten, aus denen das deutsche Restgebiet nach Durchführung der in Punkt 2 und 4 vorgesehenen Gebietsabtretungen bestanden hätte. Aber auch die noch bestehenden Industrien hätten gemäß Punkt 5 zu Reparationen durch Demontagen herangezogen

werden und auf diese Weise ebenfalls zerstört werden können. Die Teilung des deutschen Restgebiets in einen nord- und süddeutschen Staat hätte weitere wirtschaftliche und sonstige Nachteile gebracht und auch die künftige Lebensmittelbewirtschaftung erschwert. Wir erinnern daran, daß es gemäß Whites Erläuterungen v. 2. Sept. 1944 den beiden Reststaaten verboten sein sollte, Handelsbeziehungen mit der internationalen Zone zu unterhalten.
Es ist daher möglich, daß nach Morgenthaus Absichten auch den beiden Reststaaten verboten sein sollte, miteinander Handel zu treiben. Weiter hätten die in Punkt 7 vorgesehenen „Dezentralisierungs“-Maßnahmen, während der dort vorgesehenen „anfänglichen Periode“, also während eines besonders kritischen Zeitraums von unbestimmter Dauer, die Zerstörung des größten Teils des deutschen Regierungs- und Verwaltungsapparats, soweit er damals noch vorhanden gewesen wäre, bedeutet Chaospolitik. Die in der Anlage B zur zweiten Fassung des Morgenthauplans v. 4. Sept. 1944 vorgesehene totale Entnazifizierung, die zweifellos auch von der endgültigen Fassung aufrecht erhalten worden ist, hätte vollends das Ende des Funktionierens jeder geordneten deutschen Verwaltungs- und überhaupt jeder Behördentätigkeit und außerdem das Ende des deutschen Berufsbeamtentums bedeutet. Das Ergebnis wäre völliges wirtschaftliches Chaos in Deutschland gewesen, wie von den Vertretern des amerikanischen Außen- und Kriegsministeriums Morgenthau gegenüber sofort geltend gemacht worden ist.
Trotzdem hätten aber alle die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung betreffenden Verwaltungsaufgaben, insbesondere alle Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft und Sicherstellung der Ernährung nicht in den Händen der Besatzungsbehörden, sondern in denen der zunächst überhaupt nicht vorhandenen oder völlig funktionsunfähigen deutschen Regierungs- und Verwaltungsstellen liegen sollen. Vor allem hätte die deutsche Bevölkerung auf alliierte Lebensmittellieferungen nicht rechnen dürfen, denn auf Grund des Punkts 8 hätte „die Verantwortung für die Versorgung ... des deutschen Volkes in den Händen des deutschen Volkes liegen“ sollen, „mit solchen Hilfsmitteln, wie sie ihm (vom Zeitpunkt der Kapitulation ab) unter den Umständen zur Verfügung stehen mögen“.

Lebensmittel sind „Hilfsmittel“ i. S. des Punkts 8, Satz 3

Zu diesen „Hilfsmitteln“ (facilities) hätten zweifellos auch Lebensmittel gehört. Neben den Punkten 4 und 1 war daher Punkt 8 und insbesondere dessen Satz 3 die wichtigste Bestimmung des Morgenthauplans.

Abschließende Bemerkungen über Roosevelts Verhältnis zum Morgenthauplan

Zur Ausführung seines Deutschlandplans hätte Morgenthau der vorbehaltlosen Unterstützung des Präsidenten Roosevelt bedurft. Wir haben also jetzt zur Frage des Verhältnisses des Präsidenten Roosevelt zum Morgenthauplan abschließend Stellung zu nehmen. Eingangs haben wir auf die ungeheure Machtfülle des Präsidenten in Kriegszeiten hingewiesen, die mit der des Diktators der Römischen Republik verglichen worden ist. Zweifellos hätte Roosevelt vor Wiederherstellung des Friedens über die Macht verfügt, den Morgenthauplan in allen wesentlichen Punkten auszuführen. Denn während der Präsident zur Durchführung konstruktiver Maßnahmen auf Geldbewilligungen von seiten des Kongresses angewiesen ist, hätte er rein destruktive Maßnahmen, wie sie der Morgenthauplan vorsah und die größere Ausgaben nicht verursacht hätten, völlig legal in eigener Machtvollkommenheit durchführen können.

Ebenso wie es beim römischen Diktator der Fall war, nimmt aber auch die Macht des amerikanischen Präsidenten nach Wiederherstellung des Friedens rasch ab und es ist zu berücksichtigen, daß nach amerikanischem Staatsrecht der Frieden außer durch Friedensvertrag auch durch Gesetz und daher unter Umständen rasch wiederhergestellt werden kann. Falls in einem solchen Fall die vom Präsidenten vorgesehenen Zerstörungsmaßnahmen vom Kongreß nicht gedeckt worden wären, hätte sich die Frage erhoben, ob z. B. amerikanische Miteigentümer deutscher Industriebetriebe das Oberste Bundesgericht zum Einschreiten gegen vom Präsidenten in Deutschland befohlene Demontagemaßnahmen hätten bewegen können. Auch diese Sachlage erklärt die große Eile, die Morgenthau mit seinem Zerstörungsprogramm hatte. Nicht nur Roosevelt, dessen Gesundheit ihm Sorge bereitete, war zur Durchführung seiner Pläne unentbehrlich, denn er durfte nicht damit rechnen, daß sein Nachfolger bereit wäre, eine solche Politik durchzuführen. Er wußte auch, daß die von ihm vorgesehenen Maßnahmen noch vor Wiederherstellung des Friedenszustandes durchgeführt sein mußten.

Aus unseren Darlegungen ergibt sich, daß im September 1944 in der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck überwog, der Morgenthauplan habe die Unterstützung des Präsidenten, und es ist erwiesen, daß sich Roosevelt vom Morgenthauplan niemals öffentlich losgesagt hat. Zwar glaubten Hull und Stimson seit Oktober 1944, der Präsident habe dem Morgenthauplan den Rücken gekehrt. Morgenthau war aber weiter davon überzeugt, er habe die volle Unterstützung seines Präsidentenfreunds. Auch in der Öffentlichkeit war diese Auffassung weit verbreitet. Wir verweisen lediglich noch auf eine Rundfunkrede des uns bekannten, außenpolitisch hervorragend unterrichte-

ten ehemaligen Senators Burton K. Wheeler v. 21. Juli 1949,[2] in der er erklärte, Roosevelt habe „die Morgenthau-Idee als Leitgedanken seiner Deutschlandpolitik niemals aufgegeben". Fest steht jedoch, daß Roosevelt eine endgültige Entscheidung hinsichtlich der künftigen Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten nicht getroffen hat. Wenn es auch so aussieht, als habe der Präsident am 15. Sept. 1944 in Quebec das Schicksal des Ruhr- und Saargebiets als größter deutscher Industriegebiete besiegeln wollen, war der Akt der Paraphierung des Deutschlandabkommens von Quebec vielleicht nicht mehr als ein Morgenthau erwiesener Freundschaftsdienst, wahrscheinlich auch mit dem Blick auf zahlreiche mutmaßliche Geldgeber für die Präsidentenwahl. Vielleicht darf auch der Baruch-Reise nach London im März 1945 keine besondere Bedeutung beigemessen werden. Vielleicht sollte sie dazu dienen, Churchill an seine in Quebec übernommenen Pflichten zur Einleitung der De-Industrialisierung und „Pastoralisierung" Deutschlands zu erinnern. Es ist aber auch möglich, daß Roosevelt, bewährter Übung folgend, Baruch hauptsächlich darum nach London gesandt hat, um diesen besonders aufdringlichen Menschen ein paar Wochen los zu sein. Es sei nochmals betont, daß der Präsident als Leiter der Außenpolitik der Vereinigten Staaten und absoluter Herr über das Geschehen in Feindesland niemand Rechenschaft schuldet. Jeder Präsident der Vereinigten Staaten ist außerdem den vielfältigsten Einflüssen ausgesetzt. Sogar von seinen engsten Beratern erhält er manchmal miteinander unvereinbare Ratschläge. Soweit Roosevelts Deutschlandpolitik in Frage kommt, gingen diese Gegensätze sogar mitten durch seine Familie: Während Mrs. Roosevelt und sein Sohn Elliott den Morgenthauplan bedingungslos unterstützten und mit Morgenthau an Deutschenhaß wetteiferten, riet Präsidententochter Anna, wohl auch unter dem Einfluß ihres Manns, Oberst Boettiger, wiederholt zur Mäßigung. Wenn derartige gegensätzliche Einflüsse gleichzeitig auf Roosevelt einhämmerten, konnte es vorkommen, daß er vorläufig beiden Seiten recht gab. Das ist der Sinn seines erwähnten Scherzes, seine Rechte wisse oft nicht, was seine Linke tue. Unter diesen Umständen billigen wir der letzten uns bekannten amtlichen Äußerung Roosevelts zur Deutschlandfrage v. 6. April 1945 besondere Bedeutung zu und glauben, daß es in den letzten Wochen und Monaten vor seinem Tod in noch höherem Maße seine Absicht war, „eine Politik des Nachdenkens und der Vertagung" zu treiben, als das früher der Fall gewesen war.[3]

Das letzte Roosevelt-Morgenthau-Symposion

Hören wir jetzt noch Morgenthaus Erzählung über seine Unterhaltung mit dem Präsidenten am Abend des 11. Aprils 1944 in Warm Springs, Ga., in

dessen Quellen dieser wiederum Stärkung suchte. Roosevelt habe lange mit ihm zusammengesessen, habe mit zitternden Händen Cocktails gemixt und habe eine Unmasse Witze erzählt. Folgende Stellen aus der Schilderung dieses Symposions geben wir wörtlich wieder:[4]

„Ich (Morgenthau) sagte, ich möchte nach dem V-E-Tag (Tag der deutschen Kapitulation) ein Buch veröffentlichen, in dem gezeigt wird, wie sechzig Millionen Deutsche sich selbst ernähren können. Er (Roosevelt) sagte: „Ich sagte, daß sie das können". Ich fuhr fort, wenn das Buch fertig ist, möchte ich es ihm zeigen und ich hoffe, daß er ein Vorwort schreibt ... Er sagte: „Ich denke, das ist fein ... Ich habe viele eigene Ideen. Ich würde etwas über meine Unterhaltungen mit Dr. Schacht beifügen" ... Im Verlauf der weiteren Unterhaltung fragte ich den Präsidenten, ob er wünsche, daß ich mich weiter für die künftige Behandlung Deutschlands interessiere. Er antwortete nicht direkt. Ich sagte: „Sehen Sie, Herr Präsident, ich kämpfe erbittert und das ist, wofür ich kämpfe ... eine schwache Wirtschaft für Deutschland, was bedeutet, daß es politisch schwach sein wird, daß es nicht in die Lage kommt, einen neuen Krieg zu entfachen ... Ich habe eifrig für die Gewinnung des Kriegs gearbeitet und jetzt möchte ich helfen, den Frieden zu gewinnen". Der Präsident sagte: „Henry, ich bin hundert Prozent mit Ihnen". Ich sagte: „Sie mögen Dinge hören, denn ich werde dafür kämpfen". Er äußerte sich nicht dazu, aber ich habe ihm völlig klar gemacht, was ich tun werde. Ich wiederholte es zwei- oder dreimal".

In seiner genannten Aufsatzreihe in der *New York Post* vom Nov. 1947 gab Morgenthau eine kürzere, angeblich ebenfalls auf sein Tagebuch gestützte Darstellung und zog aus seiner Aussprache mit Roosevelt folgende Schlüsse:

„Es wurde somit durch meine letzte Unterhaltung mit dem Präsidenten klargestellt, daß er aufs äußerste entschlossen war, keine sentimentalen Erwägungen zu dulden, die jene Bedingungen hätten mildern können, deren Vorhandensein erforderlich ist, um die Deutschen und Deutschland daran zu hindern, erneut zum Aggressor zu werden".

Als sich so die Freunde zu nächtlicher Stunde über Roosevelts Witze vor Lachen schüttelten und Morgenthau seine Haßgefühle gegen alles Deutsche erneut vor Roosevelt ausbreitete, stand vielleicht der Todesengel schon hinter dem Präsidenten. Am Morgen des folgenden Tages erlitt er einen schweren Schlaganfall und ein paar Stunden später war er tot.

Die Bedeutung dieser letzten Aussprache Morgenthaus mit Roosevelt darf infolge ihres rein privaten Charakters nicht überschätzt werden. Morgenthaus Darstellung bestätigt den Eindruck, daß sich der Präsident, trotz beängstigender körperlicher Schwäche, geistig in guter Form befand. Das ist ein weiteres Beispiel der von Roosevelt geübten Kunst der Menschenbehandlung. Denn wenn Morgenthau glaubte, Roosevelt habe sich erneut zum Morgenthauplan

bekannt, war das vielleicht das, was dieser Morgenthau glauben machen wollte. Die Sachlage war jedoch anders: Wenn Roosevelt Morgenthau erneut seine Unterstützung für die Veröffentlichung von dessen Buch zusagte, handelte es sich insoweit um die Unterstützung eines privaten Anliegens Morgenthaus. Durch seine Anspielung auf Dr. Schacht hat der Präsident klargemacht, daß, falls er sich entschließen sollte, ein Vorwort zu schreiben, es sich nicht um die Unterstützung der in Morgenthaus Buch geltend gemachten Forderungen, sondern um einige unverbindliche persönliche Bemerkungen handeln würde. Da die Bemerkung: „Ich sagte, daß sie das können", im Zusammenhang mit der unverbindlichen Buchdiskussion gefallen ist, darf ihr besondere Bedeutung nicht zugebilligt werden.[5] Was jedoch die weitere Mitwirkung Morgenthaus an der Formulierung von Roosevelts Deutschlandpolitik betrifft, hat sich letzterer auch bei dieser Gelegenheit nicht festgelegt. Roosevelts Worte: „Ich bin hundert Prozent mit Ihnen" bezogen sich eigentlich nur auf Morgenthaus Bitte, ihn weiter an der Formulierung der amerikanischen Deutschlandpolitik mitwirken zu lassen. Das Verhalten des Präsidenten bei dieser letzten Begegnung mit Morgenthau erscheint daher als weiteres Anzeichen, daß er sich auf den Morgenthauplan bis zu seinem Tod nicht hat festlegen wollen.
Morgenthau wußte zur Zeit der Ausarbeitung seines Deutschlandplans, daß Deutschland nach der Kapitulation in drei oder vier Besatzungszonen geteilt werden sollte und hätte daher zur vollen Ausführung seiner Forderungen auch der Unterstützung Churchills und Stalins bedurft. Was Churchill betrifft, mochte ihm das Abkommen von Quebec vorläufig genügen, an dessen weitere Geltung ihn wahrscheinlich Baruch im März 1945 hatte erinnern sollen.

Morgenthaus in Aussicht gestellte Belohnungen für Stalin

Schwieriger lag die Sache mit Stalin. Die größte Schwierigkeit wäre das Ausbleiben von deutschen Reparationsleistungen in Form von Industrie-Erzeugnissen gewesen, wie sie die Russen seit langem beanspruchten. Für das Ausbleiben solcher Reparationen sollte die Sowjetunion jedoch durch große, an keinerlei politische Bedingungen gebundene amerikanische Kredite entschädigt werden, die die Russen befähigt hätten, statt der deutschen Reparationen amerikanische Erzeugnisse zu günstigen Bedingungen zu erwerben. Außerdem hatte Morgenthau für die Sowjetunion weitere Belohnungen bereit und es ist bemerkenswert, daß der Kapitalist Morgenthau mehr und mehr zu einem Bewunderer des Sowjetstaats und der Sowjetwirtschaft geworden ist. Daher hat er auch auf alle Versuche von amerikanischer und britischer Seite, Deutschland zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus auszubauen, mit Empörung und Wut reagiert. Was die weiteren Belohnungen für die Sowjetunion be-

trifft, so wissen wir, daß er diese an der Verwaltung der von ihm vorgesehenen internationalen Zone, zu der nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch der Nord-Ostsee-Kanal gehört hätten, in führender Weise beteiligen wollte. Sehr wahrscheinlich hätte das auch die Teilnahme an der militärischen Überwachung dieser Zone, die nicht ohne militärische Besatzung gelassen werden konnte, bedeutet. Das wäre einer Vorverlegung russischer militärischer Stützpunkte an die bisherige deutsche Westgrenze gleichgekommen. Und wenn am 22. Juni 1945 Baruch in einem Senatsausschuß die Frage erhoben hat, ob die Russen Kiel fordern würden, so darf der richtig verstandene Morgenthauplan als vorweggenommene Einladung an die Russen verstanden werden, einen solchen Anspruch zu erheben.

Die in Punkt 14 vorgesehene baldige Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Deutschland und ihre Ersetzung durch Kontingente der „kontinentalen Nachbarn Deutschlands", zu denen auch die Sowjetregierung gehören sollte, obwohl sie nach der von Morgenthau vorgesehenen Gebietsregelung nicht an die deutschen Reststaaten gegrenzt hätte, hätte vollends die endgültige Auslieferung Deutschlands an die Sowjetunion und den Kommunismus bedeutet. Wir haben darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Senatsausschusses, der 1953 die Tätigkeit des angeblichen Sowjetspions H. D. White untersucht hat, nicht glauben konnten, daß Punkt 14 in einem amerikanischen Gehirn erzeugt sein konnte und daß sie daher der unhaltbaren Auffassung zuneigten, der Morgenthauplan selbst sei das Werk des Kremls gewesen, das der Sowjetagent White seinem Boss Morgenthau zugespielt habe.

Zweifellos sind derartige Spekulationen verfehlt. Richtig ist dagegen, daß Morgenthau in der durch seinen Deutschenhaß erzeugten maßlosen Verblendung der Sowjetunion in einer Weise in die Hände arbeiten wollte, die rückblickend als landesverräterisch bezeichnet werden muß.

Der Morgenthauplan und die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten

Hier noch einige Worte zur Frage: Inwieweit entsprach der Morgenthauplan den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten? Die Frage, wie das nationale Interesse der Vereinigten Staaten zu definieren ist, hat seit der 1934 erfolgten Veröffentlichung der Schrift von Charles A. Beard *The idea of national interest* viele amerikanische Historiker und Tagesschriftsteller beschäftigt. Die Ernsthaften unter ihnen stimmten wenigstens darin überein, daß dieses Interesse mit Mitteln rationalen und nicht emotionalen Denkens festgestellt werden müsse. Von diesem Standpunkt aus wenden wir uns nochmals den Denkschriften des ECEFP-Ausschusses vom 12. und 14. Aug. 1944 zu, weil sie

uns heute als beste amtliche Stellungnahmen der Vereinigten Staaten zur künftigen Deutschlandpolitik erscheinen.

Abschließende Bemerkungen zu den Denkschriften des ECEFP-Ausschusses

Für Außenminister Hull wie für den ECEFP-Ausschuß war die Deutschlandfrage lediglich der Ausschnitt aus einer weiteren – und vom amerikanischen Standpunkt aus – wichtigeren Frage, der raschen Wiederherstellung des Welthandels und der Eingliederung einer kontrollierten und seiner Rüstungsbetriebe beraubten, jedoch nicht unnötig geschwächten deutschen Wirtschaft in eine soweit wie möglich auf der Grundlage des freien Wettbewerbs beruhenden Weltwirtschaft und damit der Wiederherstellung eines weltweiten, den neuen Verhältnissen angepaßten und, soweit notwendig, reformierten kapitalistischen Wirtschaftssystems.[6] Wirtschaftliches Chaos sollte daher in Deutschland unter allen Umständen vermieden werden, denn dieses würde an den deutschen Grenzen nicht Halt machen. Die Demontagen sollten sich in vernünftigen Grenzen halten und der größte Teil der deutschen Industrie sollte erhalten werden, daß Deutschland seinen vollen Beitrag zum raschen Wiederaufbau Europas und der Weltwirtschaft leisten, gleichzeitig aber seine Ernährung sicherstellen könnte. Die Reparationen, zweifellos einschließlich der Arbeitsleistungen, sollten kurzfristig sein, da, wie wir gesehen haben, „Reparationen künstlich und vom normalen Handel verschieden" sind und daher als störendes Element beim Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft betrachtet werden müssen. Daher wird eine Zerstückelung abgelehnt, weil sie die deutsche Wirtschaft durch neue künstliche Grenzen schwächen und die Reparationsleistungen vermindern würde. Die deutsche Ernährung sollte sich zunehmend verbessern, weil nur eine willige und gut genährte Arbeiterschaft geeignet wäre, das schwierige Werk des europäischen Wiederaufbaus und das Reparationsprogramm durchzuführen. Durch eine solche Politik könnte Deutschland „zum Wiederaufbau Europas und einer friedlichen und sich festigenden Weltwirtschaft beitragen, an deren Segnungen auch Deutschland zu gegebener Zeit hoffen darf teilzunehmen". Anscheinend erblickte daher die Denkschrift v. 14. Aug. in der ausgebombten, aber „technisch fortschrittlichen" deutschen Bevölkerung von damals den Vorläufer einer neuen deutschen Wohlstandsgesellschaft und einen amerikanischem kapitalistischem Denken offenen ideologischen, d. h. antikommunistischen Partner.[7]

Mit diesen wirtschaftspolitischen, dem Denken des Außenministers Hull entsprechenden Darlegungen standen allerdings die außenpolitischen Kundgebungen der amerikanischen Regierung, einschließlich des Präsidenten zur Deutschlandpolitik meist nicht im Einklang, worauf wir jetzt nicht eingehen. Vielmehr beschränken wir uns darauf, die Hauptforderungen Morgenthaus mit den Denkschriften v. 12. und 14. Aug. 1944 kurz zu vergleichen. Die völlige Zerstörung der nordwestdeutschen, insbesondere der Ruhrwirtschaft und eines großen Teils der übrigen deutschen Wirtschaft, einschließlich der gesamten Schwerindustrie, hätte nicht nur die Rückgliederung Deutschlands in die europäische Gesamtwirtschaft unmöglich gemacht, sondern auch diese selbst gefährdet. Das wirtschaftliche Chaos, das sich dann in Deutschland eingestellt hätte – und vor dem die Denkschrift v. 14. Aug. in weiser Voraussicht gewarnt hatte – hätten die amerikanisch-britischen Militärverwaltungen den Grundsätzen des Morgenthauplans gemäß nicht beseitigen dürfen, selbst wenn sie das infolge politischer oder humanitärer Erwägungen hätten tun wollen. Morgenthaus Zerstörungspolitik, zusammen mit dem von ihm (indirekt) geforderten Verbot von alliierten Lebensmittellieferungen an die deutsche Bevölkerung wäre daher geeignet gewesen, diese in die Hände der Sowjetunion zu treiben, in der die verhungernden Deutschen ihre letzte Hoffnung gesehen hätten. Die Teilnahme der Sowjetunion an der Verwaltung und Besatzung der internationalen Zone hätte den Prozeß der Bolschewisierung Deutschlands erleichtert, der seit Juli 1943 mit der Gründung des Komitees Freies Deutschland in Moskau vorbereitet wurde und die in Punkt 14 vorgesehenen Maßnahmen hätten diesen Prozeß zu einem raschen erfolgreichen Abschluß gebracht.
Damit, daß Deutschland nach einem Sieg der Alliierten unter sowjetrussischen Einfluß gelangen könnte, hatten zahlreiche amerikanische Regierungsstellen seit langem gerechnet. Die Sorge, daß ein entwaffnetes Deutschland ein Macht-Vakuum wäre, das der Sowjetunion wie eine reife Frucht in den Schoß fallen könnte, hat Stimson schon im Herbst 1943 beunruhigt.[8] Der maßvolle Ton der Denkschriften v. 12. und 14. Aug. 1944 mag mit derartigen Erwägungen zusammenhängen. Schon vorher begannen die obersten amerikanischen Militärbehörden mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der militärische Widerstand Deutschlands plötzlich zusammenbrechen könnte.

Roosevelt über das „Rennen nach Berlin"

Am 19. Nov. 1943 erklärte Präsident Roosevelt gegenüber militärischen Beratern, daß sich die Amerikaner (im Fall eines plötzlichen Aufhörens des mili-

tärischen Widerstands der Deutschen) am „Rennen nach Berlin" zu beteiligen hätten.[9] Offenbar dachte also Roosevelt damals daran, zu verhindern, daß Deutschland völlig unter sowjetrussischen Einfluß gerate. Das ist ein weiterer Grund anzunehmen, daß sich Roosevelt Morgenthaus Hauptforderungen, falls er sie wirklich durchschaute, nicht zueigen machen wollte.

Ein Wort Trumans vom Jahr 1941

Gleich nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion soll der damalige Senator Truman erklärt haben: „Falls wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir den Russen helfen und falls Rußland gewinnt, sollten wir den Deutschen helfen. Es mögen sich so viele von ihnen wie möglich gegenseitig töten; aber ich möchte Hitler unter keinen Umständen als Sieger sehen".[10] Vielleicht haben diese Worte Trumans – wenn wir von dem Gedanken des gegenseitigen sich Abschlachtens absehen – damals den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten entsprochen. Als Truman am 12. April 1945 die Nachfolge Roosevelts antrat, war das Reich am Ende seiner Kräfte. Vier Wochen später war Hitler tot und die Russen standen in Berlin. Man mag den seit langem in den Vereinigten Staaten ständig wiederholten Worten, mit einem „madman" (Wahnsinnigen) wie Hitler könne man nicht verhandeln, Verständnis entgegenbringen. Wäre es aber jetzt für den neuen Präsidenten nicht Zeit gewesen, sich seiner Worte vom Juni 1941 zu erinnern und trotz der inzwischen erfolgten Zonenregelung Churchills Drängen nachzugeben,[11] den Versuch zu machen, sich in das „Rennen nach Berlin" einzuschalten und die Sowjetunion und den Kommunismus von jenen Teilen Deutschlands fernzuhalten, die von den Russen noch nicht überrannt waren? Aber vielleicht war inzwischen, vielleicht auch unter dem Einfluß des verderblichen Nizer-Buchs, manches vom Morgenthau-Geist in Trumans Denken eingedrungen, was ihn hinderte, die neue Lage in Europa in realistischer Weise zu beurteilen. Er hat daher seine historische Stunde gleich zu Beginn seiner Regierung verpaßt.
Abschließend stellt sich uns der Morgenthauplan als krassestes, von hemmungslosem Deutschenhaß gekennzeichnetes Beispiel emotionalen Denkens während der Zeit des Zweiten Weltkriegs dar, das mit den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten in vollem Widerspruch stand.

War der Morgenthauplan ein Ausrottungsplan?

Wir haben zu Eingang unseres Buchs darauf hingewiesen, daß der Morgenthauplan von zahlreichen Sachkennern als Ausrottungsplan bezeichnet worden ist. Wenn wir zu dieser Frage nicht abschließend Stellung genommen haben, so darum, weil sie sich auf Grund der zur Verfügung stehenden Do-

kumentation nicht mit Sicherheit mit ja oder nein beantworten läßt. Wir müssen aber jetzt auf sie eingehen und fragen: Falls es Morgenthaus Absicht gewesen sein sollte, Ausrottungspolitik zu treiben, wären dann die von ihm befürworteten Maßnahmen das richtige Mittel zum richtigen Zweck gewesen? Morgenthau hat Behauptungen, sein Ziel sei Ausrottungspolitik, falls er nicht vorzog, sie zu ignorieren, zurückgewiesen mit der Behauptung, die während des Kriegs wohlgenährten Deutschen könnten jetzt Entbehrungen besser ertragen als ihre während des Kriegs hungernden Opfer, denen sich jetzt die Fürsorge der Alliierten und vor allem der Vereinigten Staaten zuwenden müsse. In seinem Buch hat er weiter geltend gemacht, die Durchführung der von ihm vorgeschlagenen „Agrarreform“ und die Ansiedlung der arbeitslos gewordenen Industriearbeiter auf den ehemaligen Junkergütern könnte den Deutschen in kürzerer Zeit einen angemessenen Lebensstandard sichern als der Wiederaufbau der riesenhaften Betriebe der Industriebarone. Leute, die als Neusiedler nicht unterkommen könnten oder nicht zu gebrauchen wären, sollten im Ausland Zwangsarbeit leisten. Wir haben auf das Verfehlte von Morgenthaus Darlegungen hingewiesen, haben das von Morgenthau unterbreitete statistische Material als falsch erkannt, haben hervorgehoben, daß auch alle amerikanischen und britischen Sachverständigengruppen Morgenthaus Darlegungen und Berechnungen zurückgewiesen haben und machen noch darauf aufmerksam, daß Morgenthaus Behauptungen v. 11. April 1945 gegenüber Roosevelt, sechzig Millionen Deutsche könnten sich selbst ernähren, mit den eigenen Behauptungen des Finanzministeriums im Widerspruch standen, wie sie am 23. Sept. 1944 vom *Wall Street Journal* veröffentlicht worden sind. Wenn dann Stimson dem Präsidenten am 23. Aug. 1944 geschrieben hat, die Ausführung des Morgenthauplans werde für dreißig Millionen Deutsche den Hungertod bedeuten, bestätigte das die genannten Ausführungen des Wall Street Journal und machte außerdem klar, daß auch Stimson davon ausging, daß den Deutschen alliierte und insbesondere amerikanische Lebensmittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Stimson hat am 23. Sept. 1944 aber lediglich gewußt, daß Morgenthau „die Möglichkeit erwägt, alle Industrien aus Deutschland zu entfernen und (aus den Deutschen) eine auf dem Lande lebende Bevölkerung von Kleinbauern zu machen“. Zweifellos rechnete er mit dem Verlust deutscher Gebiete im Osten und mit der Vertreibung der dortigen deutschen Bevölkerung. Er kann aber damals von Morgenthaus Absicht, auch viele Millionen Westdeutsche zu vertreiben und nach den beiden deutschen Reststaaten abzuschieben, noch nichts gewußt haben. Schon darum wäre, wenn wir die endgültige Fassung des Morgenthauplans zugrunde legen, die Zahl der voraussichtlichen Hungertoten beträchtlich zu erhöhen. Diese Zahl hätte sich infolge des Fehlens oder Zusammenbruchs einer geregelten Lebensmittelbewirtschaftung und -versorgung weiter erhöht.

Es ist außerdem daran zu erinnern, daß, wie Morgenthau in seinem Buch (79) betonte, außer Maschinen und Industrieeinrichtungen auch alle sonstigen für den Wiederaufbau der verwüsteten Länder geeigneten Güter als Reparationen abgeführt werden sollten wie „Rohmaterialien, Benzin, Schlachtvieh, Eisenbahnmaterial, Flußschiffe." Besonders interessant ist der zwischen den übrigen Wörtern geschickt versteckte Ausdruck „livestock",[12] der dartut, daß Morgenthau auch deutsche Lebensmittel als Reparationen abführen lassen wollte. Da es sich bei den angeführten Worten lediglich um beispielsweise Aufzählungen handelte, ist wahrscheinlich, daß Morgenthau auch Getreidevorräte und Saatgut, wie schon vorher der Varga-Plan, für geeignete Reparationsgüter gehalten hat. Selbst die gemäß Morgenthaus Vorschlägen auf den ehemaligen Junkergütern anzusiedelnden Arbeitslosen hätten infolge zu geringen bewirtschaftbaren Bodens – von allem andern abgesehen – sich nicht ausreichend ernähren können und wären ebenfalls verhungert, nur daß bei ihnen der Prozeß des Zugrundegehens etwas länger gedauert hätte als bei den meisten andern. Diejenigen ehemaligen Industriearbeiter (wenn auch nicht ihre Angehörigen), für die „Heimstätten" nicht zur Verfügung gestanden hätten und die daher im Ausland Zwangsarbeit hätten leisten müssen, wären daher vielleicht eine begünstigte Gruppe gewesen, da sie, wenigstens teilweise, Aussicht gehabt hätten, vor dem Verhungern bewahrt zu werden. Die genannte Denkschrift des extrem deutschfeindlichen FEA (Enemy Branch)-Ausschusses v. 20. Dez. 1945 kam daher zum Ergebnis, die Durchführung des Morgenthauplans würde die Eliminierung des deutschen Volkes bedeuten. Wir führen hier noch zwei private Stellungnahmen von sachkundiger amerikanischer Seite an, die zum gleichen Ergebnis kommen: *„Die Ausführung des Morgenthauplans hätte den größten Akt von Völkermord bedeutet, der in der Neuzeit begangen worden ist" (Freda Utley: The high cost of vengeance. 1949. S. 16).*

„Es wäre gerade so gut, wenn Morgenthau (an Stelle des Morgenthauplans) Gaskammern empfehlen würde. Sie würden die wirtschaftliche Erholung Deutschlands für immer beseitigen", vgl. George Doherty, in The Commonweal unabhängige katholische Wochenschrift 9. Nov. 1945, S. 95

Zusammenfassend kommen wir zu dem Ergebnis, daß die von Morgenthau vorgeschlagenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit das richtige Mittel gewesen wären, „das deutsche Volk", um Niemöllers Worte zu wiederholen, „bis zu seinen Wurzeln auszurotten".

Es ist nicht wahrscheinlich, daß Roosevelt Morgenthaus Ausrottungs-Absichten unterstützte

Morgenthaus letzte Unterhaltung mit Roosevelt v. 11. April 1945 war vielleicht ein Versuch, den Präsidenten auf die von ihm angestrebte Ausrottungspolitik festzulegen, und das Verhalten Roosevelts spricht dafür, daß er trotz seiner Suppenküchen-Bemerkungen und trotz der besonders frivolen Formulierung, die er diesem Slogan am 22. März 1945 gegeben hatte, für Ausrottungspolitik in Deutschland nicht zu haben war. Der Politiker Roosevelt hat außerdem gewußt, daß, sobald Gerüchte über derartige Greuel, wie sie Morgenthau offenbar geplant hat, in der amerikanischen Öffentlichkeit auftauchten, er sich ständig anwachsendem Widerspruch gegenübersehen und der Republikanischen Partei erneut Gelegenheit geben würde, gegen „Morgenthaus grauenhaften Plan" zu Felde zu ziehen, wie das ihre Führer schon im Herbst 1944 getan hatten.[13] Der Präsident, wie wir ihn kennen, wäre nicht der Mann gewesen, es auf solche Gefahren ankommen zu lassen. Vielleicht hat das Schicksal des deutschen Volkes im Frühjahr 1945 nur an einem dünnen Faden gehangen. Wir glauben jedoch nicht, daß der Präsident dem Drängen Morgenthaus und seiner Freunde nachgegeben hätte, diesen Faden zu durchschneiden.

Roosevelts Verantwortung

Für die Atmosphäre bedingungslosen und heute unvorstellbaren Deutschenhasses, wie sie zur Zeit der Kapitulation Deutschlands in weiten Kreisen in den Vereinigten Staaten herrschte, trägt jedoch Präsident Roosevelt die Hauptverantwortung. Wir haben gesagt, Präsident Truman habe seine historische Stunde zu Beginn seiner Präsidentschaft verpaßt, weil er versäumt hat, die Russen gleich nach Hitlers Tod am weiteren Vordringen in Deutschland zu verhindern. Die Frage ist jedoch: Hätte der neue Präsident eine solche Schwenkung vornehmen können, falls er sie für notwendig gehalten hätte? Wir glauben nicht, daß der Neuling Truman imstande gewesen wäre, den Morgenthau-Freunden und der großen Mehrzahl der amerikanischen Meinungsmacher zum Trotz, das amerikanische Volk binnen kürzester Frist von einer rein emotionalen Politik des Deutschenhasses auf eine den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten entsprechende sachliche Politik umzustellen. Roosevelt hatte den verhängnisvollen Kurs zu lange gesteuert, als daß ihn sein Nachfolger plötzlich hätte ändern können. Denn selbst für den Präsidenten der Vereinigten Staaten gilt das Wort des Mephisto: „Das Erste steht uns frei; im Zweiten sind wir Knechte."

[1] Der Ausdruck „ghost territory“ wird in Kap. 9 erläutert. Aus Stimsons Schreiben v 5. 9. ergibt sich, daß Morgenthau diesen Ausdruck auch in den Verhandlungen des Kabinettkomitees für Deutschland v. 5. 9. gebraucht hat. Zweifelhaft ist, ob der Ausdruck „Geisterland“ sich nur auf das Ruhrgebiet im eigentlichen Sinn oder auf die ganze internationale Zone beziehen sollte.
G. Kolko schreibt in seinem wiederholt erwähnten Buch auf S. 326: „Die Alliierten sollten (gemäß der Erstfassung des Morgenthauplans) aus dem Ruhrgebiet eine internationale Zone machen und ihr verbieten, mit Deutschland Handel zu treiben. Später fügte Morgenthau eine Vorschrift hinzu, der gemäß die fast völlige Zerstörung der Industriebetriebe und Bergwerke (der aus dem Ruhrgebiet bestehenden internationalen Zone) erfolgen sollte.“ Da es sich hier um die neueste amerikanische Untersuchung dieser Sache handelt, sei wiederholt, daß die Neufassungen des Morgenthauplans nicht die „fast völlige“, sondern die völlige Zerstörung aller Industrien und Bergwerke nicht nur des Ruhrgebiets, sondern auch der sehr viel größeren internationalen Zone vorgesehen haben.

[2] NYT, 22. 7. 1949, 4, Sp. 1

[3] Unter diesen Umständen erscheint es zweifelhaft, ob Roosevelt an seinen lange vertretenen Zerstückelungsplänen festhalten wollte.

[4] Blum III, 418 f; die Darstellung soll auf den Morgenthau-Tagebüchern beruhen.

[5] Roosevelts Bemerkung war wohl eine Anspielung auf seine Äußerung v. 8. 9. 1944 im Kabinettkomitee für Deutschland: „Alle Sachverständigen widersprechen dieser Auffassung (daß ein de-industrialisiertes Deutschland sich selbst ernähren kann), aber ich stimme ihr zu“.

[6] Als zu beseitigende Auswüchse der deutschen Form des Kapitalismus nannte die Denkschrift v. 14. 8. im Einklang mit der damaligen deutschfeindlichen Propaganda, aber in viel gemäßigterer Form vor allem die „großen finanziellen Monopole“, insbesondere die Kartelle, die so umgestaltet werden müßten, daß sie nicht erneut als „Mittel wirtschaftlicher oder politischer Aggression in Europa“ gebraucht werden könnten. Von einer Unterdrückung der deutschen Kartelle war nicht die Rede.

[7] Vgl. auch Kolko, aaO, 322 ff

[8] Stimson Diary, 20. 11. 1943

[9] *Teheran-Dokumente*, 259

[10] NYT, 24. 6. 1941, 101, Sp. 4

[11] Churchill: *Triumph and tragedy*, 430 ff

[12] „livestock“ ist gemäß *Webster's Dictionary* „in landwirtschaftlichen Betrieben verwendete oder gehaltene Haustiere, besonders solche, die zum Zweck von Gelderwerb gehalten werden“; gemeint sind insbesondere hochwertige Schlacht- und Zuchttiere.

[13] Die Ausdrücke „Morgenthaus grauenhafter Plan“ (Landon) und „dessen ganzen Inhalt wir noch nicht kennen, aber wir kennen wenigstens einen Teil davon“ (Dewey), v. 4. 11. 1944, deuten an, daß die Führer der Republikanischen Partei vermuteten, Morgenthau wolle Ausrottungspolitik treiben.

THE WHITE HOUSE

WASHINGTON

April 6, 1945.

MEMORANDUM FOR

THE SECRETARY OF STATE

I have just read Special German series #2 from Winant.

I think our attitude should be one of study and postponement of final decision.

My original thought, which I still maintain, is with the purpose of elimination of the word "Reich". This question goes beyond payments which deeply effect the problem of what Germany will be ten or twenty years from now.

F. D. R.

Copies sent Dunn, Acheson, Clayton, Walkins, Riddleberger.

6 O - 67 - vol.1 (Face p. 554)

GENERAL SERVICES ADMINISTRATION

National Archives and Records Service

Diary of Henry Morgenthau, Jr.

ANHANG

Erste Fassung des Morgenthauplans vom 1. September 1944
Morgenthau Diary (Germany), 463–466

September 1, 1944.

SUGGESTED POST-SURRENDER PROGRAM FOR GERMANY

It is suggested that the position of the United States should be determined on the basis of the following principles:

1. *Demilitarization of Germany.*

It should be the aim of the Allied Forces to accomplish the complete demilitarization of Germany in the shortest possible period of time after surrender. This means completely disarming the German Army and people (including the withdrawal or destruction of all war material) and the total destruction of the whole German armament industry as well as those parts of supporting industries having no other justification.

2. *Partitioning of Germany.*

(a) Poland should get that part of East Prussia which doesn't go to the U.S.S.R. and the southern portion of Silesia as indicated on the map.

(b) France should get the Saar and the adjacent territories bounded by the Rhine and the Moselle Rivers.

(c) As indicated in part 3 an International Zone should be created containing the Ruhr and the surrounding industrial areas and the Kiel Canal.

(d) Denmark should be given the territories between its present borders and the International Zone, north of the Kiel Canal.

(e) The remaining portion of Germany should be divided into two autonomous, independent states, (1) a South German state comprising Bavaria, Wuerttemberg, Baden and some smaller areas and (2) a North German state comprising a large part of the old state of Prussia, Saxony, Thuringia and several smaller states.
There shall be a custom union between the new south German state and Austria, which will be restored to her pre-1938 political borders.

3. *The Ruhr.* Here lies the heart of German industrial power. It should be dealt with as follows:

(a) An International Zone should be created containing the Ruhr and the surrounding industrial areas. Included in the Zone should be the Kiel Canal and the Rhineland. The Zone should be governed by the international security organization to be established by the United Nations. The approximate borders of the Zone are shown on the attached map.

(b) The internationalization of this area shall in no way interfere with: (a) total destruction of the German armament industry and supporting industries in the Ruhr

in accordance with Part 1 of this memorandum, (b) restitution and reparations, including removal and distribution of industrial plants and equipment, in accordance with Part 4 of this memorandum.

(c) Ownership and control of major industrial properties remaining shall be transferred to the international organization. (d) The international organization shall be governed by the following general principles:

(i) The natural resources and the industrial capacity of the Ruhr area shall not be used or developed so as to contribute in any way to the military potential of Germany or the Ruhr area.

(ii) The Zone will be a free trade area. However, the importation of capital should be discouraged.

4. *Restitution and Reparation.*

Reparations, in the form of recurrent payments and deliveries, should not be demanded. Restitution and reparation shall be effected by the transfer of existing German resources and territories, e.g.,

(a) by restitution of property looted by the Germans in territories occupied by them.

(b) by transfer of German territory and German private rights in industrial property situated in such territory to invaded countries and the international organization under the program of partition.

(c) by the removal and distribution among devastated countries of industrial plants and equipment situated within the International Zone and the North and South German states delimited in the section on partition.

(d) by forced German labor outside Germany.

(e) by confiscation of all German assets of any character whatsoever outside of Germany.

5. *Treatment of Special Groups.*

(a) A particularly intensive effort must be made to apprehend and punish war criminals.

(b) All members of the following groups should be detained until the extent of the guilt of each individual is determined:

(i) The S.S.
(ii) The Gestapo.
(iii) All high officials of the police, S.A. and other security organizations.
(iv) All high Government and Nazi party officials.
(v) All leading public figures closely identified with Nazism.

(c) Apart from the question of established guilt for special crimes, mere membership in the S.S., the Gestapo and similar groups will constitute the basis for inclusion into compulsory labor battalion to serve outside Germany for reconstruction purposes.

(d) The Nazi Party and all affiliated organizations such as the Labor Front, The Hitler Youth, The Strength-through-Joy, etc., should be dissolved and their properties and records confiscated. Every possible effort should be made to prevent any attempts to reconstitute them in underground or disguised form.

(e) All members of the following groups should be dismissed from public office, disenfranchised and disqualified to hold any public office or to engage in the journalist, teaching, and legal professions, or, in any managerial capacity in banking, manufacturing or trade:

(i) The Nazi Party.
(ii) Nazi sympathizers who by their words or deeds materially aided or abetted the Nazi program.
(iii) The Junkers.
(iv) Military and Naval officers.

(f) All Junker estates should be broken up and divided among the peasants and the system of primogeniture and entail should be abolished.

6. There should be abrogated and declared null and void all pre-surrender laws, decrees, regulations or aspects of the same which discriminate on the basis of race, color, creed or political opinions.

7. *Education and Propaganda.*

(a) All schools and universities will be closed until an Allied Commission of Education has formulated an effective reorganization program. It is contemplated that it may require a considerable period of time before any institutions of higher education are reopened. Meanwhile the education of German students in foreign universities will not be prohibited. Elementary schools will be reopened as quickly as appropriate teachers and textbooks are available.

(b) All German newspapers, magazines, weeklies, etc., will cease publication immediately and shall not resume publication until so directed.

(c) All German radio stations will be discontinued immediately and shall not be permitted to resume operations until so directed.

8. *Political Decentralization.*

The military administration in Germany in the initial period should be carried out with a view toward the eventual partitioning of Germany into three states. To facilitate partitioning and to assure its permanence the military authorities should be guided by the following principles:

(i) Dismiss all policy-making officials of the Reich government and deal primarily with local governments.

(ii) Encourage the reestablishment of state governments in each of the states (Lander) corresponding to 18 states into which Germany is presently divided and in addition make the Prussian provinces separate states.

(iii) Upon the partition of Germany, the various state governments should be encouraged to organize a federal government for each of the newly partitioned areas. Such new governments should be in the form of a loose confederation of states, with emphasis on states' rights and a large degree of local autonomy. Eventually such confederacies would assume sovereign functions, including separate currency and postal systems, powers of foreign representation and negotiation, etc.

9. *German Economy.*

The sole purpose of the military in control of the German economy shall be to facilitate military operations and military occupation. The Allied Military Government shall not assume responsibility for such economic problems as price controls, rationing, unemployment, production, reconstruction, distribution, consumption, housing, or transportation, or take any measures designed to maintain or strengthen the German economy, except those which are essential to military operations and are indicated above. The responsibility for sustaining the German economy and people rests with the German people with such facilities as may be available under the circumstances.

10. *United States Responsibility.*

(a) The responsibility for the execution of the post-surrender program for Germany set forth in this memorandum is the joint responsibility of the United Nations. The execution of the joint policy agreed upon should therefore eventually be entrusted to the international body which emerges from United Nations discussions.

Consideration of the specific measures to be taken in carrying out the joint program suggests the desirability of separating the task to be performed during the

initial period of military occupation from those which will require a much longer period of execution. While the U.S., U.K. and U.S.S.R., will, for practical reasons, play the major role (of course aided by the military forces of other United Nations) in demilitarizing Germany (point 1), the detailed execution of other parts of the program can best be handled by Germany's continental neighbors.

(b) When Germany has been completely demilitarized there would be the following distribution of duties in carrying out the German program:

(i) The U.S. would have military and civilian representation on whatever international commission or commissions may be established for the execution of the whole German program and such representatives should have adequate U.S. staffs.

(ii) The primary responsibility for the policing of Germany and for civil administration in Germany would be assumed by the military forces of Germany's continental neighbors. Specifically, these should include Russian, French, Polish, Czech, Greek, Yugoslav, Norwegian, Dutch and Belgian soldiers.

(c) Under this program United States troops could be withdrawn within a relatively short time. Actual withdrawal of United States troops should not precede agreement with the U.S.S.R. and the U.K. on the principles set forth in the above parts of this memorandum.

Zweite Fassung des Morgenthauplans vom 4. September 1944
Morgenthau Diary (Germany), 503–507

Auszug:

SUGGESTED POST-SURRENDER PROGRAM FOR GERMANY

It is suggested that the position of the U.S. should be determined on the basis of the following principles:

1. Demilitarization of Germany.

It should be the aim of the Allied Forces to accomplish the complete demilitarization of Germany in the shortest possible period of time after surrender. This means completely disarming the German Army and people (including the removal or destruction of all war material), the total destruction of the whole German armament industry, and the removal or destruction of other key industries which are basic to military strength.

3. The Ruhr area.

(The Ruhr surrounding industrial areas as shown on the attached map[1] including the Rhineland and all German territory north of the Kiel Canal.) Here lies the heart of German industrial power, the caldron of wars. This area should not only be stripped of all presently existing industries but so weakened that it can never become an industrial area. The following steps will accomplish this:

A. Within a short period, if possible not longer than six months after the cessation of hostilities, all industrial plants and equipment not destroyed by military action shall either be completely dismantled and moved from the area or completely destroyed. All equipment shall be removed from the mines and all possible steps shall be taken to make it as difficult as possible ever to return the mines to operation.

[1] See map on page 460.

It is anticipated that the stripping of this area would be accomplished in two steps (aside from the destruction that will occur from military operations):
1. Removal of plants and equipment by members of the United Nations as restitution and reparation. (Paragraph 4.)

2. All equipment not removed within a stated period of time, say six months, will be completely destroyed or reduced to scrap and allocated to the United Nations.

B. All people within the area should be made to understand that this area never again will be allowed to become an industrial area, accordingly all people and their families within the area having special skill for technical training should be encouraged to migrate permanently from the area and should be as widely dispersed as possible. Steps will be taken to assure subsistence to the people pending their migration out of the area or transfer to new occupations having no military potential.

C. The area should be made an international zone to be governed by an international security organization to be established by the United Nations. In governing the area, the international organization should take all possible steps and be guided by policies designed to further the above stated objectives.

Dritte Fassung des Morgenthauplans vom 5. September 1944
Morgenthau Diary (Germany), 548–551

Auszug:

3. The Ruhr Area

(The Ruhr, surrounding industrial areas, as shown on the attached map, including the Rhineland, the Kiel Canal, and all German territory) north of the Kiel Canal. Here lies the heart of German industrial power, the caldron of wars. This area should not only be stripped of all presently existing industries but so weakened and controlled that it can not in the foreseeable future become an industrial area. The following steps will accomplish this:

(a) Within a short period, if possible not longer than 6 months after the cessation of hostilities, all industrial plants and equipment not destroyed by military action shall either be completely dismantled and removed from the area or completely destroyed. All equipment shall be removed from the mines and the mines shall be thoroughly wrecked .

It is anticipated that the stripping of this area would be accomplished in three stages:

(i) The military forces immediately upon entry into the area shall destroy all plants and equipment which cannot be removed.
(ii) Removal of plants and equipment by members of the United Nations as restitution and reparation (Paragraph 4).
(iii) All plants and equipment not removed within a stated period of time, say 6 months, will be completely destroyed or reduced to scrap and allocated to the United Nations.

(b) All people within the area should be made to understand that this area will not again be allowed to become an industrial area. Accordingly, all people and their families within the area having special skills or technical training should be encouraged to migrate permanently from the area and should be as widely dispersed as possible.

(c) The area should be made an international zone to be governed by an international security organization to be established by the United Nations. In governing the area the international organization should be guided by policies designed to further the above stated objectives.

Vierte Fassung des Morgenthauplans vom 9. September 1944 (abgedruckt in Morgenthau, Henry: Germany is our problem, vor S. IX)

Program to Prevent Germany from starting a World War III

1. *Demilitarization of Germany.*

It should be the aim of the Allied Forces to accomplish the complete demilitarization of Germany in the shortest possible period of time after surrender. This means completely disarming the German Army and people (including the removal or destruction of all war material), the total destruction of the whole German armament industry, and the removal or destruction of other key industries which are basic to military strength.

2. *New Boundaries of Germany.*

(a) Poland should get that part of East Prussia which doesn't go to the U.S.S.R. and the southern portion of Silesia. (See map in 12 Appendix.)

(b) France should get the Saar and the adjacent territories bounded by the Rhine and the Moselle Rivers.

(c) As indicated in 4 below an International Zone should be created containing the Ruhr and the surrounding industrial areas.

3. *Partitioning of New Germany.*

The remaining portion of Germany should be divided into two autonomous, independent states, (1) a South German state comprising Bavaria, Wuerttemberg, Baden and some smaller areas and (2) a North German state comprising a large part of the old state of Prussia, Saxony, Thuringia and several smaller states.
There shall be a custom union between the new South German state and Austria, which will be restored to her pre-1938 political borders.

4. *The Ruhr Area.* (The Ruhr, surrounding industrial areas, as shown on the map, including the Rhineland, the Keil Canal, and all German territory north of the Keil Canal.)
Here lies the heart of German industrial power. This area should not only be stripped of all presently existing industries but so weakened and controlled that it can not in the foreseeable future become an industrial area. The following steps will accomplish this:

(a) Within a short period, if possible not longer than 6 months after the cessation of hostilities, all industrial plants and equipment not destroyed by military action shall be completely dismantled and transported to Allied Nations as restitution. All equipment shall be removed from the mines and the mines closed.

(b) The area should be made an international zone to be governed by an international security organization to be established by the United Nations. In governing the area the international organization should be guided by policies designed to further the above stated objective.

5. *Restitution and Reparation.*

Reparations, in the form of future payments and deliveries, should not be demanded. Restitution and reparation shall be effected by the transfer of existing German resources and territories, e. g.,

(a) by restitution of property looted by the Germans in territories occupied by them;

(b) by transfer of German territory and German private rights in industrial property situated in such territory to invaded countries and the international organization under the program of partition;

(c) by the removal and distribution among devastated countries of industrial plants and equipment situated within the International Zone and the North and South German states delimited in the section on partition;

(d) by forced German labor outside Germany; and

(e) by confiscation of all German assets of any character whatsoever outside of Germany.

6. *Education and Propaganda.*

(a) All schools and universities will be closed until an Allied Commission of Education has formulated an effective reorganization program. It is contemplated that it may require a considerable period of time before any institutions of higher education are reopened. Meanwhile the education of German students in foreign universities will not be prohibited. Elementary schools will be reopened as quickly as appropriate teachers and textbooks are available.

(b) All German radio stations and newspapers, magazines, weeklies, etc. shall be discontinued until adequate controls are established and an appropriate program formulated.

7. *Political Decentralization.*

The military administration in Germany in the initial period should be carried out with a view toward the eventual partitioning of Germany. To facilitate partitioning and to assure its permanence the military authorities should be guided by the following principles:

(a) Dismiss all policy-making officials of the Reich government and deal primarily with local governments.

(b) Encourage the reestablishment of state governments in each of the states (Lander) corresponding to 18 states into which Germany is presently divided and in addition make the Prussian provinces separate states.

(c) Upon the partition of Germany, the various state governments should be encouraged to organize a federal government for each of the newly partitioned areas. Such new governments should be in the form of a confederation of states, with emphasis on states' rights and a large degree of local autonomy.

8. *Responsibility of Military for Local German Economy.*

The sole purpose of the military in control of the German economy shall be to facilitate military operations and military occupation. The Allied Military Government shall not assume responsibility for such economic problems as price controls, rationing unemployment, production, reconstruction, distribution, consumption, housing, or transportation or take any measures designed to maintain or strenghten the German economy, except those which are essential to military operations. The responsibility for sustaining the German economy and people rests with the German people with such facilities as may be available under the circumstances.

9. *Controls over Development of German Economy.*

During a period of at least twenty years after surrender adequate controls, including controls over foreign trade and tight restrictions on capital imports, shall be maintained by the United Nations designed to prevent in the newly-established states the establishment or expansion of key industries basic to the German military potential and to control other key industries.

10. *Agrarian program.*

All large estates should be broken up and divided among the peasants and the system of primogeniture and entail should be abolished.

11. *Punishment of War Crimes and Treatment of Special Groups.*

A program for the punishment of certain war crimes and for the treatment of Nazi organizations and other special groups is contained in section 11.

12. *Uniforms and Parades.*

(a) No German shall be permitted to wear, after an appropriate period of time following the cessation of hostilities, any military uniform or any uniform of any quasi military organizations.

(b) No military parades shall be permitted anywhere in Germany and all military bands shall be disbanded.

13. *Aircraft.*

All aircraft (including gliders), whether military or commercial, will be confiscated for later disposition. No German shall be permitted to operate or to help operate any aircraft, including those owned by foreign interests.

14. *United States Responsibility.*

Although the United States would have full military and civilian representation on whatever international commission or commissions may be established for the execution of the whole German program, the primary responsibility for the policing of Germany and for civil administration in Germany should be assumed by the military forces of Germany's continental neighbors. Specifically, these should include Russian, French, Polish, Czech, Greek, Yugoslav, Norwegian, Dutch and Belgian soldiers.

Under this program United States troops could be withdrawn within a relatively short time.

Anlage B zur dritten Fassung des Morgenthauplans
Morgenthau Diary (Germany), 551–554

APPENDIX B
PUNISHMENT OF CERTAIN WAR CRIMES AND TREATMENT OF SPECIAL GROUPS

A. PUNISHMENT OF CERTAIN WAR CRIMINALS

(1) Arch-criminals

A list of the arch-criminals of this war whose obvious guilt has generally been recognized by the United Nations shall be drawn up as soon as possible and transmitted to the appropriate military authorities. The military authorities shall be instructed with respect to all persons who are on such list as follows:

(a) They shall be apprehended as soon as possible and identified as soon as possible after apprehension, the identification to be approved by an officer of the General rank.

(b) When such identification has been made the person identified shall be put to death forthwith by firing squads made up of soldiers of the United Nations.

(2) Certain Other War Criminals

(a) Military commissions shall be established by the Allied Military Government for the trial of certain crimes which have been committed against civilization during this war. As soon as practicable, representatives of the liberated countries of Europe shall be included on such commissions. These crimes shall include those crimes covered by the following section and such other crimes as such military commissions may be ordered to try from time to time.

(b) Any person who is suspected of being responsible for (through the issuance of orders or otherwise), or having participated in, causing the death of any human being in the following situations shall be arrested and tried promptly by such military commissions, unless prior to trial one of the United Nations has requested that such person be placed in its custody for trial on similar charges for acts committed within its territory:

(i) The death was caused by action in violation of the rules of war.
(ii) The victim was killed as a hostage in reprisal for the deeds of other persons.
(iii) The victim met death because of his nationality, race, color, creed, or political conviction.

(c) Any person who is convicted by the military commissions of the crimes specified in paragraph (b) shall be sentenced to death, unless the military commissions, in exceptional cases, determine that there are extenuating circumstances, in which case other punishment may be meted out, including deportation to a penal colony outside of Germany. Upon conviction, the sentence shall be carried out immediately.

B. DETENTION OF CERTAIN GROUPS

(1) All members of the following groupe should be detained until the extent of the guilt of each individual is determined

(a) The S.S
(b) The Gestapo.
(c) All high officials of the police, S.A. and other security organizations.
(d) All high Government and Nazi Party officials.
(e) All leading public figures closely identified with Nazism.

C. REGISTRATION OF CERTAIN GROUPS

(1) A Proclamation shall be issued as soon as possible requiring the following persons to register before designated officials of the Allied Military Government:

(a) All members of the Nazi Party, the Gestapo, S.S., S.A., and Kraft Korps.

(b) Officials, and anyone occupying a position for which remuneration is received, in the Labor Front, Strength-through-Joy, Hitler Youth, and Todt.

(2) The registration shall be on a form and in a manner to be prescribed by the military authorities.

(3) Failure to register or the making of a false registration shall be made an offense triable by military commissions under the Allied Military Government, and heavy penalties shall be prescribed, including death.

D. LABOR BATTALIONS

Apart from the question of established guilt for special crimes, mere membership in the S.S., the Gestapo and similar groups will constitute the basis for inclusion into compulsory labor battalion to serve outside Germany for reconstruction purposes.

E. DISSOLUTION OF NAZI ORGANIZATIONS

The Nazi Party and all affiliated organizations such as the Labor Front, The Hitler Youth, The Strength-through-Joy, etc., should be dissolved and their properties and records confiscated. Every possible effort should be made to prevent any attempts to reconsitute them in underground or disguised form.

F. PROHIBITION ON EXERCISE OF CERTAIN PRIVILEGES

All members of the following groups should be dismissed from public office, disenfranchised and disqualified to hold any public office or to engage in journalist, teaching, and legal professions, or, in any managerial capacity in banking, manufacturing or trade:

(1) The Nazi Party.

(2) Nazi sympathizers who by their words or deeds materially aided or abetted the Nazi program.

(3) The Junkers.

(4) Military and Naval officers.

G. JUNKER ESTATES

All Junker estates should be broken up and divided among the peasants and the system of primogeniture and entail should be abolished.

H. PROHIBITION ON EMIGRATION

(1) A Proclamation shall be issued prohibiting any person resident in Germany from leaving or attempting to leave Germany, except with permission from the Allied Military Government.

(2) Violation of this Proclamation shall be an offense triable by military commissions of the Allied Military Government and heavy penalties shall be prescribed, including death.

(3) All possible steps shall be taken by the military authorities to prevent any such person from leaving (without permission).

Die Vereinbarung von Quebec vom 15. September 1944
Morgenthau Diary (Germany), 620–621

QUEBEC DIRECTIVE ON GERMANY

At a conference between the President and the Prime Minister upon the best measures to prevent rearmament by Germany it was felt that an essential feature was the future disposition of the Ruhr and the Saar.

The ease with which the metallurgical chemicals and electric industries in Germany can be converted from peace to war has already been impressed upon us by bitter experience. It must also be remembered that the Germans have devastated a large portion of the industries of Russia and other neighboring allies, and it is only in accordance with justice that these injured countries should be entitled to receive the machinery they require in order to repair the losses they have suffered. The industries referred to in the Ruhr and in the Saar would therefore be necessarily put out of action and closed down. It was felt that the two districts should be put under some body under the world organization which would supervise the dismantling of these industries and make sure that they were not started up again by some subterfuge.

This program for eliminating the war-making industries in the Ruhr and in the Saar is looking forward to converting Germany into a country primarily agricultural and pastoral in its character.
The Prime Minister and the President were in agreement upon this program.

O.K. F.D.R.
W.C.
15.9.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

CCS	Combined Chiefs of Staff
Congr. Rec.	Congressional Records
EAC	European Advisary Commission
ECEFP	Executive Committee on Economic Foreign Policy
FEA	Foreign Economic Administration
IPCOG	Informal Policy Committee on Germany
JCS	Joint Chiefs of Staff
NYT	The New York Times (Tageszeitung)
Omgus	Office of Military Government
SHAEF	Supreme Headquarters, American Expeditionary Force

In den Anmerkungen werden noch folgende Abkürzungen und Kurzbezeichnungen gebraucht:

Foreign Relations
Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (Erscheint jährlich in mehreren Bänden)

Sonderbände aus dieser Reihe sind:

Jalta Dokumente
The Conferences at Malta and Yalta 1945 (1955)

Potsdam Dokumente
The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945 2 Bde 1960

Teheran Dokumente
The Conferences at Cairo and Teheran 1943 (1961)

Morgenthau Diary (Germany)
Vgl. 17, Anm. 6

Morgenthau Diary (China)
Morgenthau Diary China; prepared by the subcommittee to investigate the administration of the Internal Security Act and other internal security laws of the Committee on the Judiciary United States Senate (1965)

NYT
The New York Times (Tageszeitung)

Princeton Entwurf I und II
Zwei unveröffentlichte Entwürfe zu Morgenthaus Buch *Germany is our problem*, enthalten in den (ungedruckten) *Harry Dexter White* Papers in der Firestone Library, Princeton University

SACH- UND PERSONENVERZEICHNIS

Berichtigung

S. 39, Z. 11 u. 15 v. o. Combined Chiefs of Staff statt Joint Chiefs of Staff

S. 53, Z. 8 v. o. japanisch-chinesischen statt russisch-chinesischen

S. 85, Z. 1 v. u. 1944 statt 1945

S. 87, Z. 3 v. u. Industrieerzeugnisse statt Kriegserzeugnisse

S. 146, Z. 4 v. o. Leitartiklers statt Leitartikels

S. 160, Z. 5 v. o. letztes Wort aber entfällt

S. 220, Z. 2 Anm.: NYT; New York Post; St. Louis Post Dispatch

S. 243, Kapitelüberschrift lautet: 1. Die Entmilitarisierung Deutschlands

S. 291, Z. 12 v. u. e. g. statt e. b.

S. 324, Z. 1 der Kapitelüberschrift: Die Bestrafung von Kriegsverbrechen statt Die Bestrafung von Kriegsverbrechern

S. 331, statt Z. 3—9 v. o.: 2. Geiselerschießungen. Morgenthau konnte insoweit an die Erklärung Roosevelts und Churchills v. 25. 5. 1941 und an weitere Erklärungen Roosevelts anknüpfen. Wieder wären (außer in ungewöhnlichen Fällen) nicht nur die Befehlshaber, sondern auch alle Teilnehmer an solchen Aktionen, insbesondere alle Mitglieder von Exekutionskommandos mit dem Tod zu bestrafen gewesen.

S. 351, Z. 13 v. o. Chaospolitik streichen